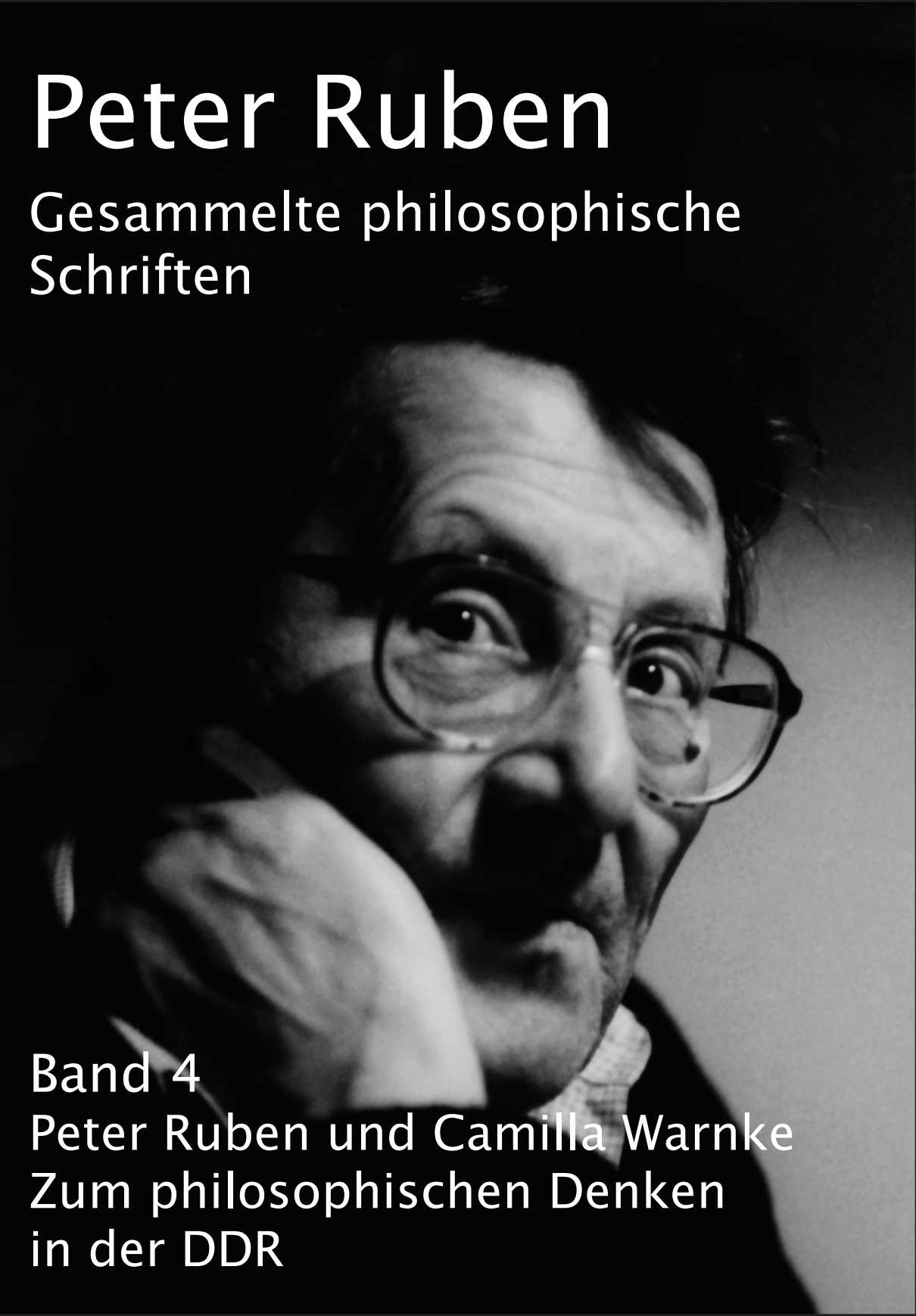
Peter Ruben

Gesammelte philosophische Schriften



Band 4

Peter Ruben und Camilla Warnke

Zum philosophischen Denken in der DDR

Peter Ruben

Gesammelte philosophische Schriften

Herausgegeben von Ulrich Hedtke und Camilla Warnke
in Verbindung mit Karl Benne

Band 4

Peter Ruben und Camilla Warnke
Zum philosophischen Denken in der DDR

Die Herausgeber danken der Clara-Zetkin-Stiftung
für die freundliche Unterstützung dieser Publikation.

Peter Ruben
Gesammelte philosophische Schriften
Band 1: Zu den philosophischen Grundlagen
Band 2: Zu philosophischen Fragen von Wirtschaft und Gesellschaft
Band 3: Zu philosophischen Fragen der Naturwissenschaften. Zur Geschichte der Philosophie
Band 4: Peter Ruben und Camilla Warnke: Zum philosophischen Denken in der DDR

Kostenfreie elektronische Ausgabe

© 2023 Camilla Warnke, Ulrich Hedtke.

Alle Rechte vorbehalten. Verbreitung der elektronischen
Ausgabe unter Angabe der Quelle gestattet.

Satz: Rainer Land
Umschlaggestaltung: Rainer Land, Foto Camilla Elle
Quelle: https://www.peter-ruben.de/

Inhaltsverzeichnis

Peter Ruben und Camilla Warnke 10
Arbeit – Telosrealisation oder Selbsterzeugung der menschlichen Gattung?
Bemerkungen zu G. Lukács' Konzept der „Ontologie des gesellschaftlichen Seins"
1. Arbeit – Realisation teleologischer Setzung?
2. Gesellschaftlichkeit als Aufhebung der Natur?

Peter Ruben 24
Über Meinung und Wahrheit im Kontext ökonomisch-philosophischer Probleme der Gegenwart –
Neue Bemerkungen zu einem alten Problem

Peter Ruben 36
Die DDR und ihre Philosophen –
Über Voraussetzungen einer Urteilsbildung

Hans-Christoph Rauh und Peter Ruben 48
Überlegungen und Fakten zur demokratischen Reform philosophischer Institutionen in der ehemaligen DDR

Camilla Warnke 57
Kommunistische Parteiherrschaft und Wissenschaft

Peter Ruben 73
Deutsche Tradition und marxistische Philosophie
Ein Kolloquiumsvortrag mit Diskussionsbeiträgen von K.-D. Eichler, H.-M. Gerlach, U. J. Schneider, H. Seidel, G. Terton und C. Warnke

Peter Ruben 89
Vom Ende einer Hoffnung –
Bericht über eine Versammlung und Überlegungen zu ihrem Thema

Peter Ruben 103
Von der Philosophie und dem deutschen Kommunismus
1. Vorbemerkung
2. Was soll unter „Philosophie" verstanden werden?
3. Was soll unter „Kommunismus" verstanden werden?
4. Über die Ausbildung der kommunistischen Philosophie als Voraussetzung der DDR-Philosophie

4.1 Die Anfänge
4.2 Die russische Marxismus-Rezeption
4.3 Deutsche kommunistische Philosophie in der Weimarer Republik
4.4 Stalins ‚Kurzer Lehrgang'
5. Schlussbemerkung

Peter Ruben 140
Klaus Zweiling, der Lehrer
1. Die Herkunft
2. Der Sozialist
3. Der Kommunist
4. Der philosophische Theoretiker
Schlussbemerkung

Camilla Warnke 166
„Das Problem Hegel ist längst gelöst" –
Eine Debatte in der DDR-Philosophie der fünfziger Jahre

Camilla Warnke
Der junge Harich und die Philosophiegeschichte – 194
Wolfgang Harichs Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie 1951–1954
Biografische Notizen
Das philosophiehistorische Konzept

Camilla Warnke
Abschied von den Illusionen – 216
Wolfgang Heise in den sechziger Jahren

Peter Ruben 244
DDR-Philosophie unter Parteiregie – Neue Anfänge zwischen dem 5. und 8. SED-Parteitag
1. Die kommunistische Parteiführung erklärt, was kommunistische Philosophie ist
2. Von den realen Bedingungen der philosophischen Produktion 1958 bis 1971
3. Institutionelles Wachstum der DDR-Philosophie vom 5. bis zum 8. SED-Parteitag

Peter Ruben 274
Neues von der philosophischen Front – Notwendige Bemerkungen zu den Lebenswenden von Herbert Hörz
Der Vorlauf

Die Nachgeburt
Die Arbeit und die philosophische Grundfrage
Bemerkungen zum wirklichen Konflikt 1980/81

Camilla Warnke 294
Nicht mit dem Marxismus-Leninismus vereinbar!
Der Ausschluß von Peter Rubens Philosophiekonzept
aus der DDR-Philosophie 1980/1981
Vorbemerkung
Der hoffnungsvolle Anfang
Zwei differente Philosophie-Konzepte
Schrittweise Demontage
Die „Grüne Mappe“
Die Parteiausschlüsse
Unvorhergesehene Wendung
Öffentliche Verurteilung

Camilla Warnke 331
Zur Geschichte des Zentralinstituts für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Bericht und Reflexionen
I. Einführung: Anmerkungen zur Genesis des Marxismus-Leninismus
II. Die Arbeitsgruppe Philosophiehistorische Texte (APT)
III. Die Arbeitsgruppe Philosophie
IV. Das Institut für Philosophie (IfPh)
V. Die Akademiereform und die Bildung des Zentralinstituts für Philosophie (ZIPh)
V.1. Exkurs
V.2. Strukturelle Veränderungen im 1. Fünfjahrplan 1971–1975
V.3. Der erste Fünfjahrplan 1971–1975 und der „große Institutsknatsch“
V.4. Der Bereich Dialektischer Materialismus (DiaMat)
V.5. Der Bereich Dialektischer Materialismus nach 1981
V.6. Der Bereich Philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung
V.7. Der Bereich Historischer Materialismus (HistMat)
V.8. Das Arbeitsgebiet Geschichte der Philosophie
VI. Das ZIPh während der Wende und der Abwicklung
VI.1. Die eigenständigen Reformen
VI.2. Evaluation
VI.3. Abwicklung

Zu diesem Band

Dieser Band enthält Texte von Peter Ruben und mir zur Geschichte und zu Persönlichkeiten der DDR-Philosophie. Beginnend bei deren geistigen Quellen in der kommunistischen Bewegung bis zu ihrem institutionellen Ende stellen wir wichtige Entwicklungsetappen dar und haben es mit drei deutlich unterscheidbaren Generationen zu tun. Die Gründergeneration der Geburtsjahrgänge 1874–1924 wurde weitgehend von Persönlichkeiten geprägt, deren politisches Engagement in der Weimarer Republik wie gegen den Faschismus ihnen für ihre Position in der SED ein Maß an Souveränität verlieh, das sie davor schützte, sich Dogmen unkritisch zu beugen. Ernst Bloch, Wolfgang Harich, Walter Hollitischer, Georg Klaus, Leo Kofler, Hermann Ley wie auch Klaus Zweiling ließen sich nicht einfach vorschreiben, wie sie marxistische Philosophie zu lehren oder eine Zeitschrift zu redigieren hatten. Ruben berichtet in diesem Band von den beiden Vorlesungen, die ihn in seiner Studienzeit nachhaltig beeinflussten – der von Zweiling zur philosophischen Kategorienlehre und der von Klaus zur formalen Logik. Später fand er im Forschungsbereich von Hermann Ley an der Humboldt-Universität den Freiraum, weiterführenden Studien zu Problemfeldern nachzugehen, die ihm Zweiling und Klaus eröffnet hatten.

Das durchaus spannungsreiche Verhältnis zwischen der Parteiführung der DDR und der Philosophie ist auch mit Blick darauf zu reflektieren, welchen Freiraum die Philosophie im Verhältnis zur parteiamtlichen Ideologie jeweils gewann oder verlor. Die Parteiführung hat ihre Sicht 1958 in dem Brief des ZK über das Studium des dialektischen Materialismus u. a. mit den Worten formuliert „Das Studium der marxistisch-leninistischen Philosophie hat bei uns nur Sinn, wenn es hilft, die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zu lösen.“ Das war die Forderung, die Philosophie vor allem als Parteiideologie zu verstehen.

Dieser Befehlslage konnte die nachfolgende, von Ruben nicht ohne Ironie als Siegergeneration bezeichnete Personengruppe der Jahrgänge 1925–1952 nicht so begegnen wie die vorhergehende, sie hatte sich vor allem zu arrangieren. Das gelang manchem Philosophen problemlos, manchem nur unter Druck und anderen gar nicht. Nicht wenige waren aber auch bereit, den philosophierenden Parteisoldaten zu geben und Karriere zu machen. So mancher dieser Propagandisten hielt sich bis zum Ende der DDR in leitender Position: Mit dem Kollaps der DDR wurde für viele dieser Generation die Frage nach ihrem beruflichen Schicksal zwar akut, jedoch zugleich durch Berentung entschärft. Demgegenüber traf der Zusammenbruch der DDR die nach 1952 Geborenen, denen der Prager Frühling und dessen Scheitern zum Schlüsselerlebnis geworden war, mit voller Wucht: Wir begegnen in diesem Band (wie in Band 2) auch den optimistischen Hoffnungen, die jüngere Philosophen zu

Zeiten der „Wende“ bewegten. Daraus wurde aber kaum etwas, und bis auf wenige Ausnahmen wechselten sie schließlich den Beruf.

Mit dem Blick auf die Gründergeneration wird eine historische Zäsur sichtbar, die den Charakter der DDR-Philosophie stark geprägt hat: der Antifaschismus. Ruben betont, „dass die DDR-Philosophie während der Nazizeit in Deutschland auf den Weg gebracht worden ist, indem die Vertreter der Gründergeneration der DDR-Philosophie vom Naziregime verfolgt, geschlagen, gefangen gehalten oder ins Exil getrieben worden sind“ (in diesem Band, S. 37). Ferner erlebte die DDR in den 1960er Jahren im Zusammenhang mit den Mühen um ein „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung“ eine Reformphase. Damals waren neben neuen Forschungen zu philosophischen Aspekten der Kybernetik und zur Operationsforschung auch Reflexionen des Zusammenhangs von Wissenschaft und Gesellschaft möglich, die man, wie in diesem Band gezeigt, in den 1980er Jahren nur noch mit Verwunderung nachlesen konnte.

Den Freiräumen, die gegenüber Parteiideologen behauptet werden konnten und um die es mit den Reformansätzen ging, die wir hier u.a. mit dem Wirken Zweilings, Harichs, Heises und Rubens vorstellen, waren mit dem Herrschaftsmonopol der SED feste Grenzen gesetzt. Dabei war ihre Erhaltung auch sehr unterschiedlichen Konfliktsituationen ausgesetzt: War der Parteichef der Universität akademisch taub oder nicht? Gelang es, einen einfältigen Funktionär mit rein taktischen Berichten zufrieden zu stellen? Will man dem philosophischen Leben in der DDR gerecht werden, muss man das Verhältnis der Freiräume zu den parteiideologisch bewirtschafteten Gebieten und damit die Fluktuationen dieser problematischen Gemengelage genau studieren. So arbeiteten am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 von den 92 an diesem Institut beschäftigten Wissenschaftlern 41 an Projekten, die man nur schwerlich parteipolitisch nennen kann. Zu diesen gehörte die Mitarbeit an der gesamtdeutschen Ausgabe der Schriften von Gottfried Wilhelm Leibniz. Die Abteilung Edition gab neben vielen anderen Texten die Werke Ludwig Feuerbachs und Schriften von Bernhard Bolzano heraus. Die philosophiegeschichtliche Forschung des Instituts wurde seit jeher nach international gültigem Standard betrieben.

Wie in Fußnoten zumeist mitgeteilt, haben die Herausgeber die Texte noch einmal durchgesehen und an die neue Orthografie angepasst. Die Gestaltung der Originalfassung wie auch der Fußnoten wurde aber grundsätzlich belassen.

Camilla Warnke

Peter Ruben und Camilla Warnke

Arbeit – Telosrealisation oder Selbsterzeugung der menschlichen Gattung?

Bemerkungen zu G. Lukács' Konzept der „Ontologie des gesellschaftlichen Seins"[1]

Zweifellos betrachtet Georg Lukács die kategoriale Bestimmung der Arbeit als das Schlüsselproblem in der Untersuchung der gesellschaftlichen Bewegung und Entwicklung. In seiner „Ontologie des gesellschaftlichen Seins" jedenfalls versucht er, eben diese Position zu realisieren – und zwar in bemerkenswerter Selbstkorrektur seines einst in „Geschichte und Klassenbewusstsein" vertretenen Standpunktes. Diese Selbstkorrektur bezieht sich expressis verbis bekanntlich auf die in den frühen zwanziger Jahren formulierte Tendenz, „den Marxismus ausschließlich als Gesellschaftslehre, als Sozialphilosophie aufzufassen und die darin enthaltene Stellungnahme zur Natur zu ignorieren oder zu verwerfen"[2], auf die Attitüde also, die Natur überhaupt als „gesellschaftliche Kategorie"[3] aufzufassen. Und mit Recht wendet Lukács gegen seine frühere Position ein, dass ein Begriff der Ökonomie, aus dem „die Arbeit als Vermittler des Stoffwechsels der Gesellschaft mit der Natur … herausfällt"[4], einen eingeengten, verkürzten Determinationsakt reflektiert. Mit Recht proklamiert er auch, „dass gerade die materialistische Auffassung der Natur die wirklich radikale Trennung zwischen bürgerlicher und sozialistischer Weltanschauung herbeiführt".[5]

Wir stimmen diesem Urteil vorbehaltlos zu. Wir sind mit Lukács einig darin, dass der marxistischen Analyse menschlicher Gesellschaftlichkeit eben die Analyse der Arbeit obligatorisch zugrunde zu legen ist, und teilen auch die Entschiedenheit, mit der er auf der theoretischen Realisierung dieser Voraussetzung besteht.

Nichtsdestoweniger halten wir es für erforderlich, gegen Lukács zu pole-

---

1 Erstveröffentlichung in: DZfPh 27(1979)1, S. 20–30. Ursprünglich wurde der Beitrag von der Leitung des Zentralinstituts für Philosophie der AdW der DDR für die Edition im Ungarnheft der DZfPh angefordert. Dieses Heft unterlag langfristiger Vorbereitung und erschien im November 1979. Unser Beitrag wurde im Sommer 1977 hergestellt; später erhielten wir von der Institutsleitung die Nachricht, der vorgesehene Zweck stehe nicht mehr zur Debatte. Gerüchteweise erfuhren wir, dass aus Ungarn Einwände gegen eine Auseinandersetzung mit G. Lukács geäußert wurden. So lagerte das Manuskript vollständig für den Druck vorbereitet in der Redaktion der DZfPh, bis ihr neuer Chefredakteur Hans-Christoph Rauh seine Edition in eigener Entscheidung betrieb. – Druckfehler wurden korrigiert sowie eine Anpassung an die gegenwärtig gültige Orthografie vorgenommen (Anm. d. Autoren).

2 G. Lukács: Geschichte und Klassenbewußtsein. Neuwied/(West-)Berlin 1968. S. 15

3 Vgl.: Ebd. S. 16

4 Ebd.

5 Ebd.

misieren, sofern der wirkliche Inhalt dieser Realisierung zur Debatte steht, sofern es wesentlich um die philosophisch-kategoriale Untersuchung der Arbeit und damit zugleich um die Bestimmung des Zusammenhangs der menschlichen Gesellschaft mit der Natur geht.

1. Arbeit – Realisation teleologischer Setzung?

Die Determination des Wesens der Arbeit wird von Lukács mit folgenden Feststellungen zum Ausdruck gebracht:

> 2. Für Marx sei „die Arbeit … der einzige Punkt, wo eine *teleologische Setzung* als reales Moment der materiellen Wirklichkeit ontologisch nachweisbar" sei.[1]
>
> 3. „Wir können vom gesellschaftlichen Sein nur dann vernünftig sprechen, wenn wir begreifen, dass seine Genesis, seine Abhebung von seiner Basis, sein Eigenständigwerden, auf der Arbeit, d. h. auf der fortlaufenden Verwirklichung teleologischer Setzungen beruht."[2]

Es versteht sich, dass wir die Prüfung der Adäquatheit eines beliebigen Arbeitsbegriffs an beliebigen Arten der Arbeit vollziehen dürfen; denn der Begriff soll ja das Gemeinsame *aller* Arten einer Gattung zum Ausdruck bringen. Von welcher Beschaffenheit also der auf die *Realisierung teleologischer Setzungen* fixierte Arbeitsbegriff ist und welche theoretischen Implikationen er einschließt, das kann an irgendeinem Fall realer Arbeit untersucht werden. Wir ziehen es im Folgenden vor, den elementaren Ackerbau als spezielle Arbeitsart der weiteren Diskussion zu unterstellen. Dabei sei vorab bemerkt, dass das *Subjekt* des Ackerbaus hierbei ebensowohl als Individuum (der Bauer als Privatarbeiter) wie als Gemeinde (die Bauernschaft einer Produktionseinheit etwa als Gemeinarbeiter bzw. gesellschaftlicher Gesamtarbeiter) vorstellbar ist. Denn es handelt sich darum, dass gewisse Ergebnisse der Kategorialanalyse der Arbeit vom Unterschied und Gegensatz verschiedener möglicher Subjekte der Arbeit gar nicht betroffen werden. Der Einfachheit halber also darf man bei der Betrachtung der Arbeit des Ackerbaus vom einzelnen Bauern in der Vorstellung ausgehen – wohl wissend, dass nach Bedarf dieser Privatarbeiter für das Denken umgehend durch den Gesamtarbeiter ersetzt werden kann.

Analysieren wir nun den realen Ackerbau *kategorial,* so unterscheiden wir seine *gegenständlichen Glieder* voneinander, nämlich den Bauern auf der einen Seite und seinen Acker auf der anderen, wobei wir sie als *Subjekt der Arbeit* einerseits und *Objekt der Arbeit* andererseits bestimmen. Der Bauer ist *Subjekt,* sofern er 1. den Grund und Boden *aneignet* (sich zu diesem als *Eigentümer* verhält) und 2. ihn in der Bearbeitung nach seinen Erhaltungsbedürfnissen *umbildet* (sich zum Acker als *Produzent* verhält). Der Acker ist

1 Ebd. S. 19

2 Ebd. S. 19 f. (Hervorhebung von uns – P. R./C. W.)

Objekt, sofern er Substanz des Eigentums des Bauern und äußere Bedingung seiner effektiven Reproduktion ist. Demgemäß sind Subjekt und Objekt des Ackerbaus voneinander untrennbare Momente unter der Bedingung, dass die *konkrete* Arbeit der Agrikultur Gegenstand der Kategorienanalyse ist. Wir haben keinen *wirklichen* (konkreten) Ackerbau, sofern der Bauer nicht aktuell seinen Acker bearbeitet! Und nur mit Bezug auf dies *reale Tun* sind Bauer und Acker als Subjekt und Objekt die kategorialen Glieder eben desselben. Trennten wir die konkrete Einheit beider (historisch realisiert etwa durch Enteignung!), so hätten wir es *nicht* mehr mit dem *konkreten* Ackerbau, mit der *wirklichen Arbeit* also, zu tun, sondern höchstens mit der Möglichkeit des Ackerbaus – gegeben durch die voneinander unabhängige reale Existenz des Arbeitsfähigen einerseits und des bearbeitungsfähigen Naturgegenstands andererseits, eben des Grund und Bodens.

Wir betonen: Die *Untrennbarkeit* von Subjekt und Objekt der Arbeit ist notwendig an die aktuelle Existenz des *Arbeitsvorgangs* gebunden. Wenn also konkrete Arbeit besteht, so sind Subjekt und Objekt der Arbeit voneinander untrennbar. Das besagt mit der logischen Kontraposition: Wenn Subjekt und Objekt der Arbeit getrennt sind, so besteht keine konkrete Arbeit. Die Untrennbarkeit der kategorialen Glieder, eine für die Dialektik charakteristische Eigentümlichkeit, ist notwendige Bedingung des wirklichen Vorgangs, nicht aber „An-sich-Bestimmtheit" der Arbeit überhaupt. Wir können uns natürlich sehr wohl den Bauern in Trennung von seinem Acker vorstellen, wenngleich wir uns so nicht die *konkrete* Arbeit vorstellen können. Wir können zum Beispiel den Bauern als Träger eines bestimmten *Arbeitsvermögens* denken, das er in der aktuellen Arbeit auf den Acker überträgt und darin vergegenständlicht. Die Agrarprodukte sind dann als verdinglichtes Arbeitsvermögen zu betrachten, und wir können mit vergleichender Gegenüberstellung des aufgewandten subjektiven Arbeitsvermögens und des konsumierbar vergegenständlichten Arbeitsvermögens zum elementaren ökonomischen Urteil gelangen, ob der Aufwand größer, gleich oder kleiner ist als das konsumierbare Resultat. Indem wir dies vollziehen, unterstellen wir die konkrete Arbeit als realisiert, als abgeschlossen, also unmittelbar als *nicht* existent, und unter dieser Voraussetzung treten der Bauer und sein Acker einander nicht mehr als Subjekt und Objekt im konkreten Arbeitsvorgang gegenüber, sondern vielmehr als *vergleichbare,* aber gegeneinander äußerliche (getrennte) Sachverhalte. Wir nennen solche Betrachtung auch „*analytisch*".

Wir halten fest: Wenn wir von der Unterscheidung der Glieder im realen Vorgang zu ihrer Trennung übergehen (aus welchen Gründen auch immer), so gehen wir von der dialektischen Kategorialdetermination zur analytischen Fixierung über, von der kategorialen Unterscheidung zum analytischen Vergleich. In letzterem haben wir es nicht mit der *wirklichen* Arbeit, sondern mit den Bedingungen ihrer *Möglichkeit* zu tun. Man kann natürlich auch unter dieser Voraussetzung vom „Subjekt" und vom „Objekt" des Ackerbaus *sprechen,* muss aber wissen, dass nunmehr die fraglichen Termini im eigentlichen

Sinne nicht mehr dialektische Kategorien bezeichnen, sondern vergleichbare Gegenstände in einer binären Relation! Mit dieser Bedingung ist nicht die wirkliche Arbeit, sondern die realisierbare Arbeitsfähigkeit Gegenstand unserer Betrachtung. Mit der wirklichen Arbeit haben wir es nur zu tun, wenn im Zusammenwirken ihrer gegenständlichen Glieder (des Produzenten und seines Produktionsobjekts) deren Selbstständigkeit gegeneinander *aufgehoben* ist, sie also in der Einheit eines Prozesses zusammengeschlossen sind.

Diesen kategorialen Zusammenhang in genereller Auffassung hat Marx im Auge, wenn er die Arbeit als Existenzweise der menschlichen Gattung ausspricht. Es ist also nicht die verkürzte Vorstellung der Arbeit als Realisierung teleologischer Setzungen, als Verwirklichung der durch das Bewusstsein formulierten Ziele oder Zwecke – wie Lukács annimmt. In unserer Charakterisierung der konkreten Arbeit kommt die Zwecksetzung, insofern sie durch das Bewusstsein vermittelt ist, zunächst gar nicht vor. Man kann höchstens von einem Telos sprechen, insoweit der Ackerbau mindestens auf die einfache Reproduktion seines Subjekts gerichtet ist (andernfalls wäre er als *wiederholbare* Verhaltensart in Frage gestellt). Es ist aber gar nicht nötig zu verlangen, dass unser Bauer dies auch *weiß.* Er zeigt uns dieses Wissen (und damit das fragliche Bewusstsein), wenn er seinen Beitrag gegen seinen Aufwand vergleicht und ebenso die Reproduktion des Aufwands als Ziel seiner Tätigkeit bestätigt. In vorkapitalistischen Gesellschaftssystemen bei naturalwirtschaftlichen Dorfgemeinschaften zum Beispiel dürfte solches Wissen nur höchst unentwickelt sein und das entsprechende Bewusstsein vielmehr als Hoffnung auf die Gnade der Götter bestehen.

Was die Arbeit als speziell menschliche Wesensäußerung von dem Verhalten anderer natürlicher Gattungen artspezifisch unterscheidet, ist unseres Erachtens nicht ihr Charakter, Realisation teleologischer Setzungen zu sein, sondern der einfache Umstand, dass sie *werkzeugvermittelte* Gattungstätigkeit ist. Das bedeutet: Unsere kategoriale Unterscheidung des Subjekts und des Objekts der Arbeit hat zusätzlich die konkrete Einheit von Subjekt und Objekt als *vermittelte Einheit* zu berücksichtigen im genauen Sinne des Terminus, nämlich als eine Einheit, die durch objektive Organe, durch schon produzierte Arbeitsmittel zustande kommt. Es ist die *Existenz der Arbeitsmittel,* welche die menschlichen Fähigkeiten und Gegenstände erst zu *Arbeitsfähig*keiten und *Arbeits*gegenständen macht! Das Arbeitsmittel ist das reale Subjekt-Objekt, das Schelling einst im Ich Fichtes suchte, aber mangels der Orientierung auf die wirkliche materielle Produktion nicht fand. Selbstverständlich hat die Verwendung von Arbeitsmitteln in der Geräte- oder Werkzeugverwendung (welchen Terminus man wählt, ist gleichgültig) der Tiere ihre biologische Voraussetzung. Und selbstverständlich kann man darüber streiten, bei welcher Bestimmtheit der Werkzeugverwendung nun eindeutig von „Arbeit“ zu sprechen sei. Philosophisch ist solcher Streit unergiebig, weil es keinen Zweifel an der qualitativen Verschiedenheit von menschlicher und tierischer Werkzeugverwendung geben kann. Klar ist zum Beispiel, dass Tiere keine Übertragung

von Werkzeugen einer Generation auf die nächste kennen (eine für die Genesis des Bewusstseins fundamentale Bedingung). Klar ist, dass Tiere nicht den Gebrauch des Feuers realisieren. Weitere Charakteristika jenes qualitativen Unterschieds wären gewiss anzugeben.

Wir haben noch zu bemerken, dass der Übergang zur menschlichen Werkzeugverwendung, durch den das Verhalten der biologischen Art der Menschen *Arbeit* wird, keineswegs teleologische Setzungen im Sinne von Lukács genetisch voraussetzt. Wir können etwa mit K. Holzkamp unterscheiden: „Ad hoc-Werkzeugherstellung (bzw. -modifikation), Werkzeugherstellung für eine zukünftige Gelegenheit und gesellschaftliche Werkzeugherstellung.“[1] Und wir können Holzkamp auch zustimmen, wenn er erklärt: „Der entscheidende Schritt zur menschlichen Form der Werkzeugherstellung liegt offensichtlich im Übergang von der Ad hoc-Werkzeugherstellung zur Werkzeugherstellung für eine künftige Gelegenheit.“[2] Diese Wende wird realisiert, wenn das zufällig gebrauchte Werkzeug nicht mehr nach dem Gebrauch weggeworfen, sondern vielmehr als *zu erhaltendes Mittel* für künftige Anlässe seiner Verwendung aufbewahrt wird. Und es versteht sich, dass durch diese Wende auch die teleologische Zwecksetzung erfolgt, insofern sie wirklich für die menschliche Arbeit eine Conditio sine qua non ist. Am zu erhaltenden Arbeitsmittel gewinnt der Mensch die Fähigkeit, teleologische Zwecksetzungen zu formulieren. Es sind daher nicht diese die genetische Vorbedingung der Arbeit, sondern es ist umgekehrt *die Arbeit die genetische Vorbedingung der teleologischen Zwecksetzung,* insofern letztere (wie Lukács unterstellt) vom Bewusstsein ausgedrückt wird.

Mit der obigen Feststellung haben wir unseren entscheidenden Einwand gegen Lukács’ Theorie der Arbeit als Realisation teleologischer Zwecksetzungen vorgebracht. Wir heben seinen Standpunkt auf, indem wir konstatieren: Teleologische Setzungen sind Ausdrücke des in und vermittels der Arbeit hervorgebrachten Bewusstseins, also nicht Voraussetzungen der Arbeit schlechthin, sondern vielmehr deren ideelle Momente! Überdies: Insofern eine teleologische Setzung für einen speziellen Arbeitsvorgang vorausgesetzt ist, realisiert die wirkliche Arbeit immer mehr als den reinen Inhalt des Telos. Die *geplante* und die *wirkliche* Arbeit fallen niemals und unter keinen Umständen identisch zusammen. Vielmehr ist der Plan gar nichts anderes als die *Antizipation des Allgemeinen* in jedem Vorgang. Aber erstens ist das *antizipierte* Allgemeine nicht das *wirkliche* Allgemeine, und zweitens ist das Allgemeine nicht wirklich ohne das Einzelne. Das Einzelne jedoch, eben weil es das Einzelne ist, ist kein Gegenstand der Planung, folglich kein Inhalt irgendeines Telos, sehr wohl aber unabdingbares Moment der wirklichen Arbeit. Wollten wir zugeben, dass Arbeit Telosrealisation ist, müssten wir gegen das Auftreten des Einzelnen und Zufälligen in der konkreten Arbeit den „Terrorismus der

1 K. Holzkamp: Sinnliche Erkenntnis – Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Frankfurt a. M. 1973. S. 112

2 Ebd.

Furcht“ (Hegel) wecken, uns also lächerlich machen. Wollten wir aber diesen „Terrorismus der Furcht“ nicht und dennoch die Arbeit als Telosrealisation akzeptieren, so müssten wir umgekehrt den „Brei des Herzens“ dadurch realisieren, dass wir auf die Kenntnisnahme der Planabweichungen im Verlaufe der wirklichen Arbeit verzichten – eine ebenso lächerliche Attitüde.

Wir halten fest: (1) Die Existenz von Werkzeugen, artspezifisches Charakteristikum der Arbeit, ist die Voraussetzung der teleologischen Zwecksetzung; die Arbeit ist Setzung und Aufhebung der teleologischen Zwecksetzung. (2) Die Realisation eines Zieles ist nur das auf die Erhaltung der Zielsetzenden gerichtete Moment der Arbeit. Das Erfassen aller Bedingungen für einen speziellen Arbeitsvorgang im Ziel ist ausgeschlossen; also ist die wirkliche Arbeit immer reicher als das vom Bewusstsein formulierte Ziel (einschließlich der zugehörigen Mittel), also ist die Reduktion der Arbeit auf Telosrealisation unmöglich. (3) Die Auffassung der Arbeit als Verwirklichung einer teleologischen Zwecksetzung impliziert die Annahme des Primats des Bewusstseins gegenüber der materiellen Arbeit, also den Verlust des Materialismus in der Gesellschaftsanalyse. Sie kann nur als Reflexion des im Denken nicht aufgehobenen Gegensatzes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit gewertet werden, wobei der *Schein der Aufhebung* durch die *Subsumtion* der körperlichen unter die geistige Arbeit auftritt.

Betrachten wir das Phänomen der Arbeit unter dem Gesichtspunkt unserer obigen Entwicklungen, so versteht es sich von selbst, dass ein Teil der Natur, nämlich die Arbeitsmittel und -gegenstände, *immanenter* Bestand der konkreten Arbeit ist. Eben weil die Arbeit nicht ohne ihr Objekt existiert, ist die Natur keine rein äußerliche Bedingung der Arbeit! Wenn die Arbeit in ihrer Bestimmtheit als Existenzweise die Einheit von Subjekt und Objekt, Tätigkeit und Gegenstand realisiert, wenn sie diese Einheit *selbst* und nicht nur eines ihrer Momente ist, dann ist ihr vernünftiger Begriff auch nicht unter Ausschluss ihres Objektes, ihres Gegenstandes zu gewinnen. Dann geht Natur als konstitutives Moment in den Begriff der Arbeit ein.

Wird mit Lukács hingegen, der durchaus auch von der Vorstellung der Arbeit als Existenzweise der menschlichen Gattung ausgeht, die Arbeit als Realisierung teleologischer Setzungen aufgefasst, dann wird das Gemeinwesen, die Gesellschaft im Systemabschluss gegenüber der Natur, als eine in sich abgeschlossene Wirklichkeitssphäre konstituiert. Denn in der Zweckrealisation *als solcher* treten keine unvorhergesehenen Bedingungen auf, hat also die Natur keine aktive Bedeutung. Der der Arbeit *immanente Widerspruch* verwandelt sich auf diesem Wege in einen *äußeren Gegensatz,* in den Gegensatz von passiver Natur und aktiver Gesellschaft. Infolgedessen wird die Natur unter dem Titel reiner Objektivität, die Gesellschaft unter dem der reinen Subjektivität vorgestellt. Und da unter dieser Voraussetzung die Entwicklung der Gesellschaft nur als Zunahme von reiner Subjektivität, als sich ständig steigernde Entobjektivierung begriffen werden kann (ein Vorgang, der nach

Lukács freilich nie zu Ende kommt), wird ihr Richtungssinn als der stetiger Entfernung von der Natur angegeben. Darauf kommen wir noch zurück.

Hier geht es zunächst darum festzuhalten, dass die als Telosrealisation aufgefasste Arbeit notwendig die Teleologie genetisch voraussetzt. Wenn nämlich das Objekt aus dem konkreten Begriff der Arbeit ausgeschlossen wird und den Status einer der Arbeit äußerlichen Bestimmung erhält, dann kann der wiederherzustellende Zusammenhang der Tätigkeit mit dem Gegenstand nur teleologisch vermittelt sein. Gegenständliche Tätigkeit kann sich unter dieser Voraussetzung nur als *auf* Objekte *gerichtete* Tätigkeit darstellen. Da in der von ihrer objektiven Bedingung gereinigten Arbeit der Grund für diese Gerichtetheit ausschließlich in eben dieser Tätigkeit *selbst* gefunden werden kann, wird die Arbeit schlicht als teleologischer, auf ein zielsetzendes Bewusstsein zu reduzierender Vorgang unterstellt. Lukács trennt mithin das teleologische Moment der Arbeit von seinen gegenständlichen Voraussetzungen. Nicht dass er dieses Moment benennt und fixiert, sondern dass er es von seinen gegenständlichen Voraussetzungen trennt, steht hier zur Kritik!

Der Arbeitsbegriff von Marx ist mit dem von Lukács keineswegs identisch. Aber wir wollen, um die vorhandene Differenz noch genauer bestimmen zu können, nochmals auf unser Beispiel vom Ackerbau zurückkommen. Gemäß seiner Bestimmung der Arbeit als Realisation teleologischer Setzung würde für Lukács nämlich allein der Bauer als gegenständlicher Repräsentant der Arbeit in Frage kommen. Sein Acker würde zwar auch in dieser Sicht als eine für die Arbeit des Bauern notwendige Bedingung gelten, insofern sich zweckbestimmtes Tun natürlich immer an Gegenständen vollzieht; aber er wäre sein *jenseits* der Arbeit liegendes *äußeres* Objekt, ein *nicht immanenter* Umstand. Während im Arbeitsbegriff von Marx Bauer und Acker als Glieder oder Momente einer konkreten Einheit aufgefasst werden, wobei jedes der beiden Momente eine Einheit von Gegenständlichkeit und Verhalten ist, veräußerlicht Lukács diese Glieder gegeneinander und begreift sie damit nicht länger als Momente einer konkreten Einheit. Sie treten zu Entitäten auseinander derart, dass das Subjekt der Arbeit auf bloße Tätigkeit oder bloßes Verhalten und ihr Objekt auf bloße Gegenständlichkeit reduziert wird, womit beide Seiten gegeneinander verselbstständigt werden und den Charakter abstrakter Bestimmungen annehmen.

Die beiden Seiten verwandeln sich in Vertreter von Abstraktionen, da der subjektive Repräsentant des Ackerbaus, unser Bauer, unter dieser Voraussetzung ohne seinen konkreten Bezug auf den Acker gesehen wird und daher gar nicht mehr in seiner Artbestimmtheit als Bauer wirklich ist. Er tritt uns vielmehr als *Träger von Arbeitsvermögen* entgegen. Aber als reines Arbeitsvermögen aufgefasst, ist die Arbeit gleichgültig gegenüber der Besonderheit ihrer Artbestimmtheit; oder in der Bestimmung, Arbeitsvermögen zu sein, sind die Arbeitsarten nivelliert, d. h. als gegeneinander austauschbare unterstellt, worin ihre Unterschiedlichkeit gegeneinander ohne Bedeutung ist. Arbeit wird hier – mit anderen Worten – als Verausgabung von Arbeitskraft gedacht. Die-

se Gleichgültigkeit in Bezug auf die Besonderheit der Artbestimmtheit der Subjekte findet ihr notwendiges Pendant in der Abstraktion von der Verschiedenheit der Artbestimmtheit der Arbeitsgegenstände: Unbestimmtes Arbeitsvermögen kann sich an jeglichem Objekt betätigen, weshalb dem auf reines Arbeitsvermögen reduzierten Subjekt die universelle Austauschbarkeit der Arbeitsobjekte entspricht. Damit verlieren die Arbeitsobjekte gleichfalls ihre Artbestimmtheit als für sie wesentlich, das heißt, sie kommen nur noch als passiver Rohstoff, als *mögliche* Objekte der Arbeit, als ihr an sich unbestimmtes Substrat in den Blick.[1]

Unsere bisherige Analyse hat uns dazu gebracht, Lukács zu konzedieren, dass mit der von ihm vorgeschlagenen Definition der Arbeit als Realisation teleologischer Setzung in der Tat eine allgemeine Bestimmung geleistet wird. Aber, so ist zu fragen, welchen allgemeinen Inhalt hat Lukács im Blick? Es handelt sich unseres Erachtens nicht um die konkret-allgemeine, sondern um eine *abstrakt-allgemeine* Bestimmung der Arbeit, die ihre ontologische Entsprechung in einer speziellen historischen Gestalt der abstrakten Arbeit besitzt. Unter der Voraussetzung der *wirklichen* Trennung des Bauern von seinem Acker, des Gemeinwesens von seinen Produktionsgegenständen und Arbeitsmitteln, unter der Voraussetzung des Gegensatzes von Arbeit und Eigentum also wird die konkrete Arbeit durch die *abstrakte Arbeit* kommandiert. Und auf diese historischen Bedingungen trifft die von Lukács unterstellte Reduktion der Arbeit auf die Realisation von Zwecken zu, sofern sie nämlich *vom Gesichtspunkt der Kommandeure gedacht* wird. Arbeit als Telosrealisation ist der Arbeitsbegriff von nicht materiell Produzierenden, die aber an den Arbeitsprodukten interessiert sind und deren Erzeugung zu organisieren haben.

Wir wiederholen, was wir eingangs betont haben: Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass Lukács dem gesellschaftlichen Sein die Arbeit als „ontologische Zentralkategorie“ zugrunde legen will[2] und dass er sie „als Urphänomen, als Modell des gesellschaftlichen Seins“ schlechthin betrachtet[3]. In dieser Attitüde stimmt er mit Marx überein. Der Unterschied besteht in der Differenz in Bezug auf den der Bestimmung des gesellschaftlichen Seins schlechthin zugrunde liegenden Arbeitsbegriff. Das aber eben ist gravierend. So ist zum Beispiel der Grund für das bemerkenswerte Fehlen der Beziehung von Arbeit und *Eigentum* in Lukács' Systematik der Ontologie des gesellschaftlichen Seins nicht darin zu suchen, dass Lukács diese Beziehung etwa für historisch unwesentlich gehalten hätte; es geht unseres Erachtens hier vielmehr darum, dass sein reduzierter Begriff von Arbeit eben diesen Gegensatz ausblendet und dass er ihn daher aus seinen theoretischen Vorgaben nicht systematisch ableiten kann.

Wenn die Beziehung von Arbeit und Eigentum hingegen für Marx' allge-

1 Vgl.: P. Damerow / P. Furth / B. Heidtmann / W. Lefèvre: Probleme der materialistischen Dialektik. In: Sozialistische Politik (SOPO). (West-)Berlin. Heft 42/1977. S. 5ff.
2 Vgl. G. Lukács: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die Arbeit. Neuwied 1973. S. 13
3 Ebd., S. 9

meine Bestimmung des gesellschaftlichen Seins von konstitutiver Bedeutung ist – man denke nur an den Begriff der Produktionsweise –, dann deshalb, weil Marx seiner Gesellschaftstheorie den konkret-allgemeinen Begriff der Arbeit voraussetzt. Bei diesem Begriff gelten Bauer und Acker lediglich als verschiedene Momente innerhalb einer *Einheit*, realisiert der Bauer über die Entäußerung seiner Arbeitsfähigkeit im Acker ebenso sein Wesen, wie der Acker über die Reproduktion der Arbeitsfähigkeit des Bauern dessen Wesen realisiert. Damit aber ist der Acker nicht als eine äußerliche Bedingung für die Tätigkeit des Bauern, sondern als *sein* Acker, *sein Anwesen* unterstellt[1], und die Arbeit gilt als diese *Beziehung selbst* bzw. als der Prozess, in dem die Einheit des Bauern mit seinem Anwesen permanent realisiert wird, indem er sich sein Anwesen zum Moment seiner eigenen Lebenstätigkeit, zu seinem *Eigentum* macht, es *aneignet.* In diesem Modell der Arbeit ist also der Produzent immer zugleich als *Eigentümer* seiner Produktionsgegenstände und -mittel, das *Gemeinwesen* als *Gemeineigentümer* vorausgesetzt.

Was ist mit diesem Arbeitsbegriff für die allgemeine Theorie der Gesellschaft, für die „Ontologie des gesellschaftlichen Seins“ gewonnen? Zweifellos dies, dass sich von der so verstandenen Arbeit her – historisch wie systematisch – das Phänomen der teleologischen Zwecksetzung rekonstruieren lässt: *historisch,* insofern mit dem konkret-allgemeinen Arbeitsbegriff als historisch ursprünglich das Gemeineigentum vorausgesetzt ist und die teleologische Zwecksetzung als eine historisch entstandene, bestimmte Leistung in der Arbeit eingegrenzt wird; *systematisch,* insofern nur im Hinblick auf den konkret-allgemeinen Begriff der Arbeit die teleologische Zwecksetzung überhaupt als Moment der Arbeit charakterisierbar und praktisch wie theoretisch fixierbar wird.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen kann die Verkehrung, die Lukács’ ontologischer Bestimmung der Arbeit als Realisation teleologischer Setzung zugrunde liegt, auch praktisch problematisiert werden. Es handelt sich darum, dass Lukács’ Definition der Arbeit als Realisation teleologischer Setzung auf den ersten Blick plausibel zu sein scheint. Selbstverständlich kann und muss *analytisch* an jedem Arbeitsvorgang die Zwecksetzung von ihrer Realisierung an einem Objekt unterschieden werden, und im Hinblick darauf kann sich Lukács durchaus auf den Commonsense berufen. Wenn er jedoch meint: „Die bloße Tatsache, dass die Arbeit die Verwirklichung einer teleologischen Setzung ist, ist ein elementares Erlebnis des Alltagslebens aller Menschen“[2], so bleibt zu fragen, ob der eigentumslose und daher *nicht* teleolo-

1 Wir verwenden hier den Terminus „Anwesen“ im gleichen Sinne, wie „ousia“ in der griechischen Alltagssprache verwendet wurde. Hier meint „ousia“ einfach den privaten Grundbesitz des Bauern, also den angestammten Grund und Boden, durch dessen Bearbeitung sich der Bauer erhalten konnte. Es versteht sich dabei, dass wir den Bauern (ein Individuum) theoretisch durch ein Gemeinwesen (eine Gattung) ersetzen können, ohne dass am Räsonnement etwas zu ändern wäre. Und in der Tat ist in der griechischen Antike die als Polis organisierte Gemeinschaft auch der Eigentümer der „ousia“.

2 G. Lukács: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die Arbeit. S. 13

gisch setzende Arbeiter sein Tun tatsächlich als Realisierung der *Setzung* und der nichtarbeitende Eigentümer, daher teleologische Setzungen vollziehende, dieselbe *Realisierung erlebt.* Und bereits mit dieser Frage wird das praktische Problem des Übergangs zum dialektischen Denken formuliert.

2. Gesellschaftlichkeit als Aufhebung der Natur?

In Korrektur seines in „Geschichte und Klassenbewusstsein" vertretenen Standpunkts, die Natur als gesellschaftliche Kategorie aufzufassen, will Lukács – wie aus seiner eingangs zitierten Proklamation hervorgeht – seiner Gesellschaftsontologie nunmehr das materialistisch begriffene Verhältnis von Natur und Gesellschaft zugrunde legen. Er will „die Arbeit als Vermittler des Stoffwechsels der Gesellschaft mit der Natur" verstanden wissen.

Wie realisiert Lukács diese Proklamation, wie versteht er das Verhältnis der Gesellschaft zur Natur? Nach Lukács wächst das gesellschaftliche Sein „in einem konkret-materiellen Prozess seiner Genesis aus dem Natursein heraus", und es reproduziert sich auch „ständig in diesem Rahmen und kann sich – gerade ontologisch – nie vollständig von dieser Basis lösen. Dabei muss der Ausdruck ‚nie vollständig' besonders hervorgehoben werden, denn die wesentliche Richtung im Sichausbilden des gesellschaftlichen Seins besteht gerade darin, rein naturhafte Bestimmungen durch ontologische Mischformen von Naturhaftigkeit und Gesellschaftlichkeit zu ersetzen … und die rein gesellschaftlichen Bestimmungen auf dieser Grundlage weiter zu entfalten. Die Haupttendenz des so entstehenden Entwicklungsprozesses ist die ständige quantitative wie qualitative Zunahme der rein oder vorwiegend gesellschaftlichen Komponenten, das ‚Zurückweichen der Naturschranke'."[1] An anderer Stelle gibt Lukács – den eben skizzierten Gedanken bekräftigend – als Beziehung der Gesellschaft zur Natur die „letzthinnige Unablösbarkeit von dieser materiellen Basis" an und als ihre Evolutionsrichtung ihre „ununterbrochene, extensiv wie intensiv ständig zunehmende Überwindung, ihre Transformation in Richtung der reinen Gesellschaftlichkeit".[2]

Wir haben allen Grund zu vermuten, dass sich in Lukács' Formel vom Rein-gesellschaftlich-Werden im Verlauf der Evolution der Gesellschaft die Vorstellung permanenter Abnahme ihrer Naturbeziehung und Naturbedingtheit verbirgt. Diese Vermutung wird noch dadurch verstärkt, dass die Natur in den zitierten Passagen unter dem Titel eines – man möchte fast sagen „leider" – *unauflöslichen Restes* reflektiert wird. Unter dieser Voraussetzung aber kann mit Blick auf gesellschaftliche Evolution nicht mit Marx rechtens vom „Zurückweichen der *Naturschranke*" die Rede sein, sondern es muss vom Zurückweichen der *Natur,* d. h. von sukzessiver Entfernung der Gesellschaft von

1 G. Lukács: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die ontologischen Grundprinzipien von Marx. Darmstadt/Neuwied 1972. S. 14

2 Ebd. S. 46f.

der Natur gesprochen werden. Und die Differenz des „späten“ vom „frühen“ Lukács besteht in dieser Sicht darin, dass die Natur für den „frühen“ Lukács eine immer schon gesellschaftliche Kategorie ist, während sie für den „späten“ Lukács diesen Charakter in unendlicher Annäherung erst erhält.

Die Vorstellung vom Zurückweichen der Natur stellt sich ein, sofern Natur mit Kant als *unbestimmtes An-Sich* unterstellt ist, das seine *Bestimmtheit* erst im Zugriff der tätigen Subjektivität erhält, und wenn vor dem Hintergrund dieser Vorstellung mit N. Hartmann gelten soll: „Was dem Dafürhalten des Subjekts entzogen ist, das besteht ‚an sich‘.“[1] Nur angesichts solcher theoretischen Voraussetzung stellt sich die Sache so dar, als würde mit der Entwicklung von Gesellschaftlichkeit und bezogen auf sie die Natur progressiv minimiert. Aber diese Vorstellung kommt eben genau dadurch zustande, dass man die Arbeit a priori bereits allein als Äußerung ihres Subjekts, also unter Ausschluss und im Gegensatz zu ihrem Objekt begrifflich angenommen hat.

Bezeichnenderweise legt Lukács seine eben skizzierte Position zum Naturverhältnis der Gesellschaft besonders prononciert anlässlich der Behandlung der Wertkategorie dar, der er den Status einer „ontologischen Tatsache“ zuerkennt, da er in ihr die „Zentralkategorie der gesellschaftlichen Produktion“ sieht.[2] Im Wert, der sich nach Lukács „schon vollständig von der materiellen Naturhaftigkeit losgelöst“ hat[3], aus dem „bereits jede naturhafte Materialität entschwunden ist“[4], sieht er diejenige Kategorie, die die Tendenz des Reingesellschaftlich-Werdens und der gleichzeitigen Entnaturalisierung trägt und verbürgt.

Dagegen ist einzuwenden: Nur vom Standpunkt des Ausschlusses des Arbeitsgegenstandes und -mittels aus dem Arbeitsbegriff stellt sich der Wert unter dem Titel des Rein-gesellschaftlich-Werdens dar. Es ist nämlich die *Repräsentation* der abstrakten Arbeit, durch die der „Gebrauchswert zur Erscheinungsform seines Gegenteils, des Werts“ wird[5], durch die der Wertrepräsentant also als das *Wesen* gilt, gegenüber dem die Naturalform der Produkte, ihre „naturhafte Materialität“, zum Unwesentlichen der Produktion herabgesetzt ist und damit auch für die Reflexion leicht zum Verschwinden gebracht werden kann.

Der reale Schein des Rein-gesellschaftlich-Werdens entsteht, genauer gesagt, deshalb, weil sich unter der *Herrschaft* des Privateigentums – mit Marx zu sprechen – der Wert in ein „automatisches Subjekt“ verwandelt, als sich selbst verwertender Wert und damit „als eine prozessierende, sich selbst bewegende Substanz“ erscheint.[6] Und mit einer sich selbst bewegenden Substanz haben

1 N. Hartmann: Zur Grundlegung der Ontologie. Berlin/Leipzig 1935. S. 22
2 G. Lukács: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die ontologischen Grundprinzipien von Marx. S. 46
3 Ebd. S. 47
4 Ebd.
5 K. Marx: Die Wertform. In: K. Marx / F. Engels: Kleine ökonomische Schriften. Berlin 1955. S. 269
6 K. Marx: Das Kapital. 1. Bd., in: K. Marx / F. Engels: Werke. Bd. 23. Berlin 1973. S. 169

wir es genau dann zu tun, wenn diese all ihre Entwicklungsbedingungen in sich selbst vorfindet, wenn sie zu ihrer Entwicklung keines anderen bedarf. Das aber bedeutet für unseren Zusammenhang: Wird die abstrakte Arbeit, weil sie die konkrete über das Privateigentum kommandiert, als Arbeit schlechthin unterstellt, so erfolgt die Konstituierung des ihr zugehörigen allgemeinen Gesellschaftsbegriffs durch Systemabschluss. Das heißt, das System der Werte (der Sozialform der Arbeitsprodukte und der mit ihnen gegebenen Beziehungen) konstituiert sich als eigenständige Sphäre, als *Subjekt und Substanz* gegenüber ihrer „naturhaften Materialität" als Gebrauchswerte (als Mittel zur Befriedigung physischer Bedürfnisse), und letztere erscheinen lediglich als das *unbestimmte Substrat,* mittels dessen sich das System der Werte realisiert.

Es ist nicht verwunderlich, dass das von Lukács vorgestellte Muster gesellschaftlicher Entwicklung hinsichtlich seiner allgemeinen Züge überall dort in ähnlicher Form vertreten wird, wo wir es mit dem Bemühen zu tun haben, gesellschaftliche Evolution vom Standpunkt der Herrschaft des Privateigentums zu begreifen – so im jüngsten Versuch von J. Habermas, ein allgemeines Modell gesellschaftlicher Evolution zu repräsentieren: Wie bei Lukács wird hier – der Einschätzung von K. H. Tjaden zufolge, die wir teilen – „die außergesellschaftliche Welt, in der die gesellschaftliche sich konstituiert, als vorgeschichtliche Vorbedingung des sog. soziokulturellen Niveaus" begriffen, aber nachdem dieses Niveau erst einmal erreicht ist, handelt es sich um einen rein gesellschaftlichen Vorgang, um „ausschließlich soziale Evolution".[1]

Das Wesen der gesellschaftlichen Evolution besteht nicht darin, dass sich die Beziehung der Gesellschaft zur außergesellschaftlichen Welt, zur Natur sukzessive verringert, es besteht nicht darin, dass die Naturbeziehung immer mehr an Bedeutung für die Evolution der Gesellschaft verliert. Dieser *Schein* entsteht nur unter der Voraussetzung, dass die Produktion als Wertverwertung auftritt.

Aber der damit unterstellte Systemabschluss gegenüber der Natur wird sofort aufgehoben, wenn wir die Subsumtion des Gebrauchswertes unter den Tauschwert aufgeben. Dann erweist sich die Gesellschaft als ein der Umwelt gegenüber offenes System. Sie erzeugt im Prozess der Produktion die materiellen Subsistenzmittel (die Gebrauchswerte) zur physischen Reproduktion ihrer Gattungsexistenz, und dieser Prozess realisiert sich als realer Stoff- und Energieaustausch mit der Natur. Die Arbeit erweist sich in dieser Sicht als diese Naturbeziehung, dieser Stoffwechsel *selbst,* und sie stellt sich als ein Konkretum dar, in das die Arbeitsgegenstände und -mittel *als Momente* eingeschlossen sind. Wir können daher die Redeweise von Lukács nicht teilen, wonach die Arbeit den Stoffwechsel der Gesellschaft mit der Natur *vermittelt.* da der Arbeit in dieser Formulierung eine *separate* Existenz *neben* dem Stoffwechsel zugeschrieben wird; die Arbeit ist nichts als *diese Vermittlung selbst*!

Unter dieser Voraussetzung aber erweist sich die Vorstellung, dass sich die

1 K. H. Tjaden: Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte. In: Das Argument. Heft 101. S. 14

Bedeutung der Naturbeziehung im Verlaufe der gesellschaftlichen Evolution verringern könnte, als Trugschluss. Mit K. H. Tjaden ist zu betonen, „dass die vor- und außergesellschaftliche Natur tatsächliche und andauernde Bedingung der gesellschaftlichen Lebensweise der Menschen ist, welche somit weder als voraussetzungslose noch als unabhängige soziokulturelle Evolution von der Evolution jener Bedingungen abgetrennt werden kann. Gesellschaftliche Entwicklung ist Entwicklung derjenigen Systeme sozialer Aktivität, die auf der naturevolutionären Entgegensetzung von menschlicher und außermenschlicher Natur beruhen und den problematischen materiellen Austausch zwischen diesen beiden Naturmomenten bewerkstelligen.“[1]

Tjaden gibt in der zitierten Passage zu Recht zwei Bestimmungen für das Verhältnis der Gesellschaft zur Natur an. Er kennzeichnet es als Verhältnis des *Gegensatzes* und unter dem Titel des materiellen Austausches als *Einheit.* Damit bestimmt er es aber als *Widerspruch.* Und dieser Widerspruch wird im *realen Widerstreit,* in dem der Mensch dem „Naturstoff selbst als eine Naturmacht“ gegenübertritt[2], ebenso gelöst wie ständig neu erzeugt. Es versteht sich, dass dieser Widerspruch jeweils nur dann als positiv gelöst gelten kann bzw. dieser Widerstreit für die Gesellschaft jeweils nur dann mit dem Sieg endet, wenn die Gesellschaft wenigstens ebenso viel an Arbeitsfähigkeit in der Konsumtion aufnimmt, wie sie in der Produktion ausgegeben hat, wenn sich das System also identisch zu reproduzieren vermag. Mit der Evolution der Produktion aber haben wir es dann zu tun, wenn die Gesellschaft in ihrem Stoffwechsel mit der Natur mehr an Arbeitsfähigkeit zurückerhält, als sie in der Produktion verausgabt hat, wenn sich das System also erweitert reproduziert.

Diese Evolution der Naturbeziehung der Gesellschaft wird im historischen Materialismus bekanntlich unter dem Begriff der Produktivkraft-Entwicklung und ihre konstitutive Bedeutung für die systeminternen Gesellschaftsstrukturen unter dem der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen vorgestellt. Und wenn von Produktivkraft-Entwicklung die Rede ist, dann heißt das für unseren Kontext nicht nur, dass sich die gesellschaftlichen Arbeitsmittel entwickeln, sondern auch, dass sich durch das Einbeziehen neuer Naturstoffe und Naturkräfte in den gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur gleichzeitig damit die Naturbeziehung der Gesellschaft *erweitert und vertieft.*

Es muss in diesem Zusammenhang ausdrücklich hervorgehoben werden, dass die Arbeit ein *Naturprozess* ist, in dem der Mensch dem Naturstoff als eine *Naturmacht* gegenübertritt. Und diese Redeweise ist ebenso wenig eine Metapher wie die Bestimmung der Produktion als Stoffwechsel. Nur unter dieser Voraussetzung kann nämlich verstanden werden, dass die gesellschaftliche Arbeit – wie Tjaden richtig feststellt – „einen naturdialektischen Prozess“ vermittelt, „in dem Energien und Materialien des materiellen Kreislaufs im

1 Ebd. S. 16
2 Vgl. K. Marx: Das Kapital. 1. Bd., a. a. O. S. 192

Gesamtsystem der Erde durch informierte Aktivität der menschlichen Populationen umverteilt werden“. Und nur aus diesem Blickwinkel wird sichtbar, dass die „ökologischen Verhältnisse auf der Erde … nicht einen bloß äußeren Kontext der ökonomischen Systeme“ darstellen, sondern dass „die Ökonomie menschlicher Vergesellschaftung … vielmehr nur ein – freilich: ausgezeichnetes – Element der übrigen durch die Ökologie erforschten ‚Ökonomie der natürlichen Systeme‘ ist“.[1]

Wenn wir in diesem Sinne mit Marx Gesellschaft als ein der natürlichen Umwelt gegenüber offenes Stoff und Energie austauschendes System begreifen, dann hat das System Gesellschaft die Eigenschaft objektiver Zielstrebigkeit, *objektiv teleologischen Charakter* einfach deshalb, weil sie nur existiert unter der Bedingung mindestens ihrer *einfachen Reproduktion.* Die *Erhaltung* ist das elementare objektive *Telos*! Und in dieser Bestimmung ist die Gesellschaft in einen Begriff mit allen Stoffwechsel vollziehenden Systemen zusammen zu nehmen.

Da Lukács – wiewohl er das Wort „Stoffwechsel“ für die Kennzeichnung der Naturbeziehung des Menschen verwendet – den Stoffwechsel nicht allen Ernstes als solchen denkt, kommt ihm die Arbeit nicht als Ausdruck der *objektiven Zielstrebigkeit* offener Systeme in den Blick, sondern nur als *bewusste Zielsetzung* und Zielrealisierung. Damit aber ist die Arbeit für ihn „der einzige Punkt, wo eine teleologische Setzung als reales Moment der materiellen Wirklichkeit ontologisch nachweisbar ist“.[2] Dieses Unverständnis *objektiver* Zielstrebigkeit hat zur Folge, dass er – noch hinter Kants regulative Idee vom Naturzweck zurückgehend – Zweck und Kausalität, die für ihn für die Seinsart von Gesellschaft und die Seinsart von Natur stehen, dass er Subjekt und Objekt in der Beziehung wechselseitiger Ausschließung denkt. Und nachdem zwischen Natur und Gesellschaft erst einmal diese Kluft aufgerissen, die Beziehung des Gegensatzes ohne Einheit hergestellt ist, kann dann Gesellschaft nur noch so vorgestellt werden, dass sie sich in ihrer Entwicklung immer weiter von der Natur entfernt.

1 K. H. Tjaden: Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte. A. a. O., S. 31
2 G. Lukács: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die Arbeit. S. 19

Peter Ruben

Über Meinung und Wahrheit im Kontext ökonomisch-philosophischer Probleme der Gegenwart – Neue Bemerkungen zu einem alten Problem[1]

Meine Damen und Herren,
der Wechsel im Amt des Direktors einer Institution, die seit mehr als 30 Jahren philosophischer Forschung und Edition verpflichtet ist, findet in einer Situation statt, in der es mir unangemessen zu sein scheint, nach den üblichen Regeln für Antrittsvorlesungen zu verfahren und Ihnen ein Thema meines speziellen Forschungsinteresses so zu präsentieren, als sei in unserer Welt nichts geschehen und bei unterstellter Kontinuität der Institution allein das intellektuelle Bedürfnis zu befriedigen, die besondere Sicht eines neuen Amtsinhabers auf einen legitimen Gegenstand der gemeinsam realisierten Wissenschaft vorzustellen. Das ist in Zeiten ruhigen Fortschreitens im Rahmen gegebener und stabiler Ordnung wissenschaftlichen Betriebs natürlich sinnvoll und akademisch honorig. Aber im Herbst 1989 ist die Ordnung, die auch dieses Institut als eines ihrer Glieder eingeschlossen hat, zusammengebrochen. Und gegenwärtig befinden wir uns in einem Übergang, in dem die Anpassung an die Wissenschaftsverfassung der Bundesrepublik auf der Tagesordnung steht, in dem wir aus dem Verband der Akademie der Wissenschaften der DDR in die Kompetenz des Landes Berlin entlassen werden, in dem das bisherige Selbstverständnis unserer eigenen Produktion als Philosophen in einem Lande Thema ist, das seine eigene Negation beschlossen und sich als Teil des neu entstehenden politischen Körpers der Deutschen zu reorganisieren entschlossen hat.

Das ist ohne Zweifel ein tiefgreifender geschichtlicher Wandel, dessen philosophische Reflexion mit Sicherheit erfolgen wird. Und es kann keinen Zweifel daran geben, dass sich die Substanz philosophischer Kompetenz in der nun bald ehemaligen DDR daran wird erweisen müssen, ob Philosophen, die in ihr ausgebildet wurden, gearbeitet und ihre Auseinandersetzungen so oder so bestanden haben, zu einer philosophisch respektablen Reflexion dieses Wandels und seiner Voraussetzungen werden beitragen können.

Momentan ist der Schein nicht ausgeräumt, dass die Philosophen in der DDR angesichts des Zusammenbruchs des Systems, in dem sie agiert haben, sprachlos seien. Im Juli des Jahres publizierte die Deutsche Zeitschrift für Philosophie eine Zuschrift der Magdalene Schönhoff vom März 1990, in der die zur Zeit arbeitslose Diplomingenieurin beklagte: „... in diesen Wochen fühle sicher nicht nur ich mich im Stich gelassen. Ist die philosophische Elite dieses Landes verstummt?“ (DZfPh 38/1990/7, 696) Wer mit der Kennzeichnung

1 Vortrag zur Investitur als Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR am 21. September 1990

„philosophische Elite dieses Landes“ auch immer gemeint sein mag, wahr ist, dass die Öffentlichkeit bisher keinen ernsthaften Reflexionsversuch des bisherigen Wirkens der Repräsentanten der DDR-Philosophie zur Kenntnis nehmen konnte. Er liegt nicht vor und wohl auch nicht in den Schreibtischen. Die „philosophische Elite“, die Frau Schönhoff wahrscheinlich meint, hat, so darf ich vielleicht sagen, ihr Korsett, geschnürt von der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED und über mehr als 30 Jahre von Kurt Hager geleitet, verloren und steht nun atomisiert und in der Tat verstummt vor einem Berg an Trümmern, den sie als Produkt auch des eignen Tuns erkennen und begreifen muss, will sie Frau Schönhoff und den ihr Gleichgesinnten Rede und Antwort stehen. Das ist eine Aufgabe, die mit der Artikulation einiger geläufiger Redeweisen, dem aktuellen Zeitgeiste gezielt angemessen, nicht erfüllt, nicht einmal in Angriff genommen ist. Das ist auch eine Aufgabe, deren Lösung sich in dem Maße erschließt, in dem der Vorgang der Aufhebung des DDR-Erbes erst wirklich wahrnehmbar macht, wie jener Trümmerberg eigentlich zusammengesetzt ist, d. h. was in ihm genuin der Philosophie, ich will nicht mit Husserl sagen, als „strenger“, doch immerhin als bestimmter, besonderer Wissenschaft zukommt und was ganz anderer Provenienz ist, etwa ökonomischer, politischer oder ideologischer Herkunft.

Ich betone diese Unterscheidung umso mehr, als in der Gegenwart unsere Wissenschaft sich einer Umarmung und Erwartung gegenübersieht, welche die Philosophie „als Gesamtschau“ wähnt und sie daher für so wichtig hält, wie Prof. Dr. Paul Ziesche von der Sektion Physik der TU Dresden in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie schreibt, „dass sie nicht allein Sache der Berufsphilosophen sein kann“ (DZfPh 38/1990/9, 887). Herr Ziesche legt uns als Erneuerungsprogramm nahe, „eine *Philosophie des Humanismus und Realismus*“ zu „verkünden“, die „nicht die Erkenntnistheorie, sondern die *Ethik* als Grundlage für ein vernünftiges Verhalten miteinander sowie gegenüber der Natur an die Spitze stellt“, die mit einer Reihe von „Bekenntnissen“ den „Blick auf das heute Wesentliche“ richten soll. Die „Gesamtschau“, die „Verkündung“, das „Bekenntnis“ etc., sind gewiss mentale Aktivitäten, die wirkliche, weil wirksame, oder auch imaginierte Bedürfnisse stillen. Aber sind dies Aktivitäten der Philosophie als bestimmter Wissenschaft? Wenn, so ist auch mit dem Blick auf die Konkursmasse offizieller Philosophieproduktion in der nun vergehenden DDR zu fragen, das Philosophieren dem Interesse an Bekenntnis, Verkündung, an Einstellung und Haltung unterworfen ist, wie kann da noch von einer Wissenschaft die Rede sein, die ihrerseits doch jederzeit das Bedürfnis nach der Wahrheit befriedigen muss, also nicht ein Bekenntnis, sondern die Erkenntnis liefern soll. Bekenntnisse, Verkündigungen, Weltanschauungen sind jederzeit doch nicht Produkte philosophischen Mühens, sondern seine Gegenstände. Nicht dass ein Mensch eine Konfession hat, dass er seiner Gemeinschaft etwas verkündet, dass er eine Anschauung, eine Einstellung oder Haltung und dergleichen besitzt, macht ihn zum Philosophen, sondern

dass er dies Besitztum thematisiert, als Gegenstand seines Erkennens sich vorsetzt, daher im berühmten Zweifel Descartes' im Verhältnis zu Bekenntnissen, Verkündungen, Anschauungen etc. steht, sich von ihnen distanziert, um sie zu begreifen. Die wissenschaftliche Basis solchen Begreifens ist für die Philosophie seit den Zeiten der griechischen Antike jederzeit die Logik, d. h. die Erkenntnis, dass wir unabhängig von besonderer sinnlicher Vorstellung sehr wohl Bedingungen von Wahrheit verbindlich angeben können.

Genau an dieser Stelle, so meine ich, muss die theoretisch vernünftige Reflexion des durch die DDR-Philosophie hinterlassenen Erbes einsetzen. Herrn Ziesches Erneuerungsprogramm, das manche teilen mögen, unterstellt nämlich die weitere Geltung einer alten Annahme. Das ist die zu meinen, die Philosophie sei dasselbe wie die Proklamation einer Weltanschauung, einer „Gesamtschau", wie Herr Ziesche sagt, oder einer Ideologie, wie wir heute auch sagen können. Diese Meinung, durch Lenins Diktum vom exklusiven Gegensatz zwischen bürgerlicher und sozialistischer Ideologie noch verschärft und durch die Etablierung der kommunistischen Partei als Zentrum des Staatsapparats in den Rang eines offiziellen Dogmas erhoben, realisiert die unmittelbare und rücksichtslose Unterwerfung der Wissenschaft Philosophie unter die Interessen einer Führungskaste, die sich als Werkzeug einer imaginierten „historischen Mission der Arbeiterklasse" wähnt. Es wird dadurch das, was an sich *Gegenstand* der Philosophie ist, in die Stellung ihrer indiskutablen intellektuellen Voraussetzung erhoben und folglich sie selbst wesentlich unmöglich. Mit anderen Worten: Die zu realisierende Aufhebung des Erbes der DDR-Philosophie findet sich in einer paradoxen Situation. Sie hat ein Erbe zu bewältigen, das, sofern es philosophische Bedeutung hat, unter philosophiefeindlichen Bedingungen geschaffen worden ist. Sie sieht sich mit einer Gestalt der Philosophie konfrontiert, die unvermeidlich den Stempel einer herrschenden Ideologie trägt und tragen musste, wollte sie überhaupt Dasein haben. Man hat den Eindruck, dass das, was von dieser Gestalt vielleicht erhalten wird, sich zur offiziellen Ideologie wie die berühmte Schattenwirtschaft zur zentralistischen Naturalplanung der rohkommunistischen Wirtschaft verhält. Und jeder Außenstehende muss wissen, dass die Schattenwirtschaft das notwendige Komplement zentralistischer staatlicher Planwirtschaft gewesen ist. Die staatliche Formierung einer Volkswirtschaft als zentrale Verwaltung der Ressourcen ist das eine, der individuelle Zugriff auf sie im Interesse persönlicher Lebensgestaltung das andere. Und da erstere ohne lebendige Individuen nicht zu haben gewesen ist, musste letzterer nolens volens gestattet werden.

Mit dem Blick auf diesen Zusammenhang darf man feststellen, dass die DDR-Philosophie mit jedem neuen Studienjahr sozusagen ihr naturwüchsiges Potential erfahren hat, das jenseits aller ideologischen Normierung, außerhalb des administrativen Zugriffs durch die gewöhnliche menschliche Reproduktion stets erneut zur Verfügung gestanden und die schließliche Liquidation der Philosophie, an sich eine feste Tendenz des nun erledigten Systems, de

facto unmöglich gemacht hat. Die wirkliche und des Aufhebens werte Philosophie der DDR ist das Produkt persönlichen Engagements für Erkenntnis und Wahrheit, eines Engagements, in dem die offizielle Ideologie sehr wohl als nicht ignorierbare Bedingung der Produktion unterstellt, nicht aber als sein Zweck anerkannt worden ist. Dass diese Situation in unerhört vielen Fällen zu Verwerfungen persönlicher Schicksale, zu tragischen Konsequenzen hier und grotesken Folgen dort geführt hat, ist zu bekannt, als dass ich hier und heute darauf eingehen muss.

Was ich aber weiter zur Aufhellung der die DDR-Philosophie bestimmenden geistigen Verfassung notieren möchte, das ist die nach meiner Sicht sie kennzeichnende Grundvorstellung von der Natur der menschlichen Emanzipation, das Werk der sich selbst befreienden Arbeiterklasse zu sein. Philosophie an sich, indem sie Vorurteile thematisiert, ist wenigstens geistig gesetzte Emanzipation. Insofern ist es sehr verständlich, wenn mit der Thematisierung der sozialen Frage, die einst Franz Baader 1835 im „Missverhältnis der Vermögenslosen oder Proletairs zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät in Betreff ihres Auskommens, sowohl in materieller als intellektueller Hinsicht“ begründet gesehen hat, die Arbeiterschaft als Subjekt moderner Emanzipation identifiziert worden ist, und Philosophen dieses Subjekt als Akteur begrüßt haben, der die Philosophie verwirklichen werde. Diese Wahrnehmung eines Trägers für das Weltlichwerden der Philosophie ist so neu nicht, wie wir mit Platons Besuch in Syrakus wissen und ebenso in der Erwartung der klassischen Aufklärung kennen, welche sie mit gewissen Fürsten gehegt hat. Die so deutlich werdende praktische Interessiertheit, die philosophisch *gedachte* Emanzipation mittels besonderer Personen oder Gemeinschaften in die Welt einzubilden, muss nun wohl durch die Philosophie selbst als Aktion ihrer eigenen Negation erkannt werden, Anders gesagt: Wenn ein Philosoph meint, die Verwirklichung der Philosophie sei die Bestimmung einer partikularen Instanz, so determiniert er die Philosophie als Sache einer Partei und eben darum unphilosophisch. Indem nämlich die Philosophie mit der Unterstellung der logischen Wahrheit ihr theoretisches Fundament so besitzt, dass ihr der Wissenschaftscharakter gar nicht streitig gemacht werden kann, signalisiert sie damit zugleich, keine besondere gemeinschaftliche oder gesellschaftliche Instanz zu vertreten, sondern schlicht auf dem Standpunkt zu stehen, für die Erhaltung und Entwicklung der menschlichen Gattung gebraucht zu werden. Für die Philosophie wie für alle Wissenschaft gibt es nur eine Parteinahme, die für die Wahrheit. Die Wahrheit aber ist für jeden Menschen da und wird daher durch die Gesellschaft aller Menschen garantiert, nicht durch eine besondere Gemeinschaft oder gar eine Pseudogemeinschaft, die wir auch „Klasse“ nennen.

Was ich hier thematisiere, ist natürlich nichts anderes als Marx’ Bestimmung der menschlichen Emanzipation in seiner „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, die fixiert: „Der *Kopf* dieser Emanzipation ist die *Philosophie*, ihr *Herz* das *Proletariat*. Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die

Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie“ (MEW 1, 391). Es ist diese begeisterte und sicher das Gemüt ergreifende Sicht, die in der DDR-Philosophie den Vereinigungspunkt mit der offiziellen Ideologie geliefert hat. Diese offizielle Ideologie hatte freilich nicht die Idee von der *Aufhebung* des Proletariats, sondern im genauen Gegenteil zu ihr die Vorstellung von der „Festigung der Macht der Arbeiterklasse“, also die Annahme von der *Un*aufhebbarkeit des Proletariats. Nichtsdestoweniger ist beiden die Präsentation der Arbeiterschaft als einer die menschliche Emanzipation garantierenden Gemeinschaft eigen. Und das identifiziert den Rahmen der DDR-Philosophie als einer besonderen Gestalt der Geistesgeschichte.

Die wirkliche Arbeiterschaft der DDR hat am 18. März 1990 die schöne Unterstellung als eine Täuschung des Bewusstseins gezeigt. Sie hat das Geld gewählt, nicht um unverbesserlichen Ideologen Kummer zu bereiten, sondern um die realen Möglichkeiten zur Wiederherstellung der entsetzlich abgewirtschafteten volkswirtschaftlichen Substanz zu gewinnen. Und wie ich meine, hat sie darüber hinaus der Philosophie signalisiert, sie nicht als die Instanz eines durch sie zu realisierenden Ideals schöner oder frommer Gemeinschaftlichkeit wahrzunehmen, sondern als den Träger eines subjektiven Produktionsvermögens, das ohne gesellschaftlichen Austausch nicht entwickelt werden kann. Sie hat ihr wirkliches Interesse gegen das ihr angedichtete, das bloß vermeinte durchgesetzt. Bedeutet diese Ent-Täuschung der offiziellen und inoffiziellen DDR-Philosophie, dass sie in der Philosophiegeschichte keinen anderen Rang als den einer Fußnote haben wird? Ich frage damit nicht nach dem künftigen Schicksal von allerlei Kompendien des dialektischen und historischen Materialismus, sondern nach der Mitgift der DDR-Philosophie für die künftige deutsche philosophische Produktion. Und ich meine, dass diese Mitgift, wenngleich sie unter der romantischen Idealisierung der Arbeiterschaft als des modernen Trägers menschlicher Emanzipation hervorgebracht worden ist, dennoch mit ihrer Thematisierung der menschlichen Lebenstätigkeit, Wissenschaft und Technik darin eingeschlossen, Erkenntnisse versammelt hat, auf die wir auch künftig nicht verzichten können.

Freilich werden sie theoretisch reformuliert und neu bestimmt werden müssen – und zwar im Kontext der philosophischen Tradition, die im offiziellen Schulbetrieb der DDR-Philosophie nicht weniger ignoriert worden ist wie die Substanz unserer Volkswirtschaft in der zentralen staatlichen Naturalplanung. Ich sehe für mich den Ansatz zu dieser Reformulierung in der Erkenntnis, dass, falls die Vorstellungen von Gemeinschaft und Gesellschaft in Anknüpfung an Tönnies’ bekannte Unterscheidungen begrifflich klar bestimmt werden, die klassische Annahme der deutschen politischen Arbeiterbewegung: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages“ (Gothaer Programm 1875), beweisbar eine Absurdität ausdrückt. Sie ist aus-

gedrückt, sofern nur „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ voneinander wohl unterschiedene Verknüpfungsarten zwischen Menschen bedeuten. Wird unter „Gesellschaft“ das durch Austausch von Produkten und Diensten bestimmte Verbindungssystem gemeint, so hat die Gesellschaft an sich kein Eigentum, obwohl erst sie jeden Tauschteilnehmer als Eigentümer realisiert. Dann kann es auch kein Gemeingut der Gesellschaft geben, sondern immer nur Gemeingut einer bestimmten Gemeinschaft, sei sie eine Familie, ein Stamm, eine Nation. Es ist dann naheliegend, den Begriff der Gemeinschaft unter Voraussetzung der unmittelbaren Kooperation von Individuen zu definieren, also mit Unterstellung der Produktionsvorstellung. Mit dieser Sicht wären Gesellschaft und Gemeinschaft ähnlich zu unterscheiden wie Austausch und Produktion. Akzeptiert man solche Determination, versteht sich, dass die Verwechslung von Gemeinschaft und Gesellschaft absurd ist. Und das legitimiert die erklärte Beurteilung der Annahme des Gothaer Programms.

Was aber absurd ist, ist unrealisierbar. Und folglich kann die Befreiung der Arbeit, d. h. die menschliche Emanzipation, nicht mittels Gemeineigentum an den Arbeitsmitteln und genossenschaftlicher Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrags errungen werden. Die Unrealisierbarkeitsbehauptung betrifft hier nicht das Gemeineigentum an den Arbeitsmitteln, sondern die Unterstellung, der so konstituierte Eigentümer sei die Gesellschaft. Vielmehr ist er immer eine lokal bzw. regional besondere Gemeinschaft mit anderen außer sich, die nur zu ignorieren sind, wenn reine Subsistenzproduktion verwirklicht werden kann. Wird dagegen mit ihnen ausgetauscht, bestimmt sich der Austauschende selbst als ein Glied der Gesellschaft im erklärten Sinne. Wird aber ausgetauscht, so handelt es sich nicht um die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit, sondern um ihre Regelung nach dem Wertgesetz, um die gesellschaftliche Vermittlung der Produkte und Dienste durch Geld, sei dies nun durch Gerste, Gold, Silber, Papier oder Kreditkarten dargestellt.

Nimmt man diese Sicht an, so steht die Philosophie vor der Frage, die ideologisch tradierte Verdammung der „Herrschaft des Geldes“ und der „Profitwirtschaft“, die die Geschichte des modernen Kommunismus ganz wesentlich kennzeichnet, zu thematisieren, um eine erneuerte Sicht der menschlichen Emanzipation zu gewinnen. In dieser Sicht wird Marx’ Vision des Austauschs als der Gattungstätigkeit sicher erhalten bleiben, aber zugleich seine Deutung desselben als des Orts wechselseitiger Prellerei, nur betrieben wegen unzureichender militärischer Potenz, den Tauschpartner zum Knecht zu machen, aufgegeben werden müssen. Der Austausch, unter welchen Motiven auch immer zustande gebracht, ist nicht einfaches Geben und Nehmen, wenn er den Wettbewerb, die Konkurrenz einschließt. Er ist dann vielmehr das Medium der positiven Selektion wertbevorteilter Produkte und Dienste, daher indirekt die Aktion der Auswahl überlegener Produktivkräfte. Und dies ist es, was ihn zur unerlässlichen Bedingung progressiver Wirtschaftsentwicklung macht, die allein und wirklich die Lösung der sozialen Frage ist.

Mit dieser Sicht des Austauschs als der definierenden Bedingung wirklicher Gesellschaftlichkeit ist nun impliziert, dass wir die Stellung des persönlichen Unternehmertums im Reproduktionsprozess neu durchdenken und begreifen müssen. Wenn nämlich Gesellschaftlichkeit als notwendige Bedingung humaner Evolution zugleich die wechselseitige Anerkennung der Austauschenden als gegeneinander exklusive Eigentümer unterstellt, wenn weiter die Präsentation von Neuerungen im Austausch die Voraussetzung dieser Evolution ist, dann muss das Individuum als der Akteur der Neuerung anerkannt werden, d. h. sein Dasein als Person in der Wirtschaft. Eben dies bedeutet, gegen die absolute Herrschaft des Gemeineigentums in staatlicher Verfügung die Notwendigkeit des persönlichen Eigentums anzuerkennen, das allein erst das Individuum zur ökonomischen Person macht, d. h. vor allem zum Vertragspartner im Austausch. Und erst in dieser Bestimmtheit kann die Person das Unternehmertum realisieren, ohne das der Prozess der progressiven Wirtschaftsentwicklung nicht aufrechterhalten werden kann.

Im nun untergegangenen Parteistaat ist der persönliche Unternehmer Gegenstand beständiger Attacke und Denunziation gewesen – mit der Folge, dass wir im Augenblick noch immer mit einer Mentalität rechnen müssen, die das Warten auf Entscheidungen „von oben“ für normal hält und sich Eigeninitiative nur schwerlich vorstellen kann, vor allem nicht im produktiven Verhalten. Der Parteistaat mit der Staatspartei als Führungsbasis und als Selektionsinstrument zur Funktionärsauswahl hat der Persönlichkeit als solcher den Krieg erklärt. Ob erklärt wird: „Du bist nichts, dein Volk ist alles“, wie das in Jahren der Naziherrschaft der Fall gewesen ist, oder ob im stalinistischen Kommunismus die Unterwerfung des Individuums unter die „historische Mission der Arbeiterklasse“ gefordert wird, in jedem Fall handelt es sich darum, dass eine spezielle Gemeinschaft über die Individuen gestellt wird, die ihr zugehören. Das aber ist der Ausschluss der Persönlichkeit, d. h. der Besonderheit der Person als Souverän ihres Verhaltens und Vertragspartner für andere Personen. Die Person wird dadurch auf den Funktionär heruntergebracht, der Inputs der Obrigkeit in Outputs für die Untergebenen nach genau festgelegten Regeln zu transformieren hat – koste es, was es wolle.

Solche Negation der Person aber ist in der Wirtschaft identisch mit der Verneinung des Unternehmertums überhaupt, das ich Ihnen gern im Sinne eines der bedeutendsten Ökonomen unseres Jahrhunderts, Joseph Alois Schumpeter, zu verstehen nahelegen möchte. In diesem Sinne nämlich ist ein Unternehmer nicht nur das, was z. B. das Umsatzsteuergesetz besagt: „Unternehmer ist, wer eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbständig ausübt“, sondern er ist im Unterschied zu den, wie die Ökonomen sagen, normalen Wirtschaftssubjekten jemand, der den gegebenen Wirtschaftskreislauf mit der Durchsetzung einer Neuerung, einer Innovation, wie man heute nach Schumpeters Vorbild sagt, durchbricht, ein wirklicher Neuerer also, nicht etwa jemand, der schlechten Ersatz aus Gründen irgendeiner „Störfreimachung“ präsentiert, um eine Neuererprämie einzustreichen. Der Unternehmer ist in

diesem Sinne im deutlichen Unterschied zum bekannten Leiter jemand, der mit Mut, Verantwortungsbewusstsein, mit kluger Spekulation und Sinn für die sozialen Folgen seines Handelns erkennbare Möglichkeiten ökonomischen Fortschritts verwirklicht und genau damit als individueller Träger der Wirtschaftsentwicklung auftritt. Der Unternehmer leitet nicht nur, sondern er führt unter klaren Bedingungen der Ungewissheit und des Risikos in eine neue Lage des wirtschaftlichen Zusammenhangs. In diesem Sinne ist er der Motor der Wirtschaftsentwicklung, wenn dieses Bild nicht allzu genau genommen wird. Denn es geht in solcher Tätigkeit nicht um bloße Energieumwandlung, sondern vor allem um die Äußerung menschlicher Persönlichkeiten in der Führung zu neuen Ufern wirtschaftlichen Verhaltens, was der Inhalt der Wirtschaftsentwicklung ist.

Indem die progressive Wirtschaftsentwicklung das Neuerungsangebot im Sinne spontaner Aktivität für den Markt erfordert, stellt sich die Frage nach dem Subjekt der Neuerung, nach ihrem Initiator. Wie ich es sehe, müssen wir auch auf Grund unserer Erfahrung der letzten 45 Jahre anerkennen: Träger dieser Neuerung ist die Person, nicht die Gemeinschaft und nicht die Gesellschaft. Warum ist das so? Alle Neuerung in der Wirtschaft basiert auf der durch das Denken geleiteten Entdeckung oder Erfindung. Wer aber denkt? – Dies ist eine Frage an die Philosophie! – Eine Gemeinschaft hat sicher einen vielleicht löblichen Gemeinsinn oder common sense, aber sie denkt nicht, sondern bildet vielmehr das Kommunikationssystem für schon sprachlich fixierte Gedanken, für schon Gedachtes also. Und sie liefert sicher auch das Feld des Meinungsstreits. Sie zirkuliert also Gedanken, aber sie produziert sie nicht. Der Produzent der Gedanken ist die Person, die in ihrer konkreten Arbeit auf dem Wege des Versuchs und Irrtums erfährt und urteilt, ob bestimmten Gegenständen bestimmte Eigenschaften oder Verhaltensarten zukommen oder nicht. Der denkende Mensch ist, mit Kant zu sprechen, eine Art Richter, „der die Zeugen nötigt, auf die Fragen zu antworten, die er ihnen vorlegt“. Mit dieser Sicht des Denkens und Erkennens ist immer unterstellt, dass die bloß sprachliche Reproduktion schon gebildeter Gedanken natürlich immer die zugrunde liegende Denkarbeit voraussetzt. Und sie wird vom Einzelmenschen verrichtet. Daher ist die Person in ihrer Freiheit für die Wirklichkeit ökonomischer Innovation unabdingbar. Daher ist die wirtschaftliche Entwicklung, wo die persönliche Freiheit ausgeschlossen wird, im höchsten Maße gefährdet und schließlich unrealisierbar. Demzufolge sind Unternehmertum und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft Kehrseiten derselben Medaille.

Ich habe davon gesprochen, dass die Philosophie vor der Aufgabe steht, die tradierte Verdammung der „Herrschaft des Geldes“ und der „Profitwirtschaft“ zu thematisieren. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen der wundesten Punkte jener Ideologie eingehen, von der wir uns, wie ich meine, verabschieden müssen, wenn wir zur wirklichen Lösung der sozialen Frage beitragen wollen. Das ist die überkommene Vorstellung von Zins und Kredit. Sie ist Bestandteil des Selbstverständnisses des nun bankrotten Parteistaats

gewesen. Indem er das uralte Vorurteil gegen Zins und Kredit übernommen, eine reine Binnenwährung verwendet und die Staatsbank dem Finanzministerium unterstellt hat, ist von einem Bankgewerbe im Sinne der Aktivitäten von Geschäftsbanken der Sache nach keine Rede gewesen. Wenn Betriebe ihre Gewinne nahezu vollständig an den Staat abführen müssen, um sodann Produktionsmitteleinkäufe mittels Kreditaufnahme beim Staat zu betreiben, wobei obendrein noch die Verschuldung durch Multiplikation mit einem Umrechnungskoeffizienten bürokratisch in der Binnenwährung mehr als vervierfacht wird, hört jedes Ernstnehmen des Kreditverhältnisses auf und damit das ökonomische Verständnis des mit ihm antizipierten Wirtschaftswachstums. Zur Beruhigung des eigenen Gewissens kann man noch auf die üble Figur des Wucherers verweisen, womit denn für den Hausgebrauch ausgemacht ist, dass Kredit eigentlich Freundschaftsdienst sein sollte, der Zins aber selbstverständlich eine Schweinerei ist.

Gegen diese Sicht des Kreditgeschäfts ist zunächst und vor allem zu sagen, dass Kreditgeber und Kreditnehmer mit dem Eingehen der Verbindlichkeiten ein soziales, ein gesellschaftliches Verhältnis zueinander eingehen, das im Falle des Produktivkredits der Produktionsentwicklung dient. Der Zins, den die Vertragspartner vereinbaren, ist daher die ideelle Vorwegnahme des Zuwachses, den die über den Kredit finanzierte Produktion erwarten lässt. Der Zins bedeutet an sich kein wie immer geartetes Knechtschaftsverhältnis, oder gar die „Zinsknechtschaft“ der Nazi-Ideologie, sondern die ökonomische Bestimmung, die beabsichtigte Produktion so zu organisieren und zu realisieren, dass der Erlös einen Überschuss über den Kostenersatz enthält. Die Zinsvereinbarung zielt also an sich auf Produktionswachstum, und der Zins selbst ist der Sache nach der Anteil des Kreditgebers am Zuwachs, während der Kreditnehmer als Unternehmer den Gewinn als seinen Anteil einzieht. Zins und Unternehmergewinn machen zusammen das aus, was die Angelsachsen „Profit“ nennen. Mit anderen Worten: Der Profit, der mit Einsatz eines Produktivkredits gemacht werden kann, hat ökonomisch die Bedeutung des Zuwachses, ist Ausdruck des Produktionswachstums. Da vernünftigerweise niemand gegen Produktionszunahme eingestellt sein kann, ist eine Denunziation des Profits an sich unweigerlich auch ein Angriff auf wachstumsorientierte Produktionsführung. Wieso kommt es dennoch dazu, dass der Profit überhaupt und der Zins im Besonderen zu Steinen des Anstoßes für viele Demagogen werden, die man ebenso rechts wie links in der politischen Parteienlandschaft finden kann? Es ist nach meiner Überzeugung sehr wichtig, sich neben allen sonstigen praktischen Fragen der Existenzgründung mittelständischer Unternehmen auch diese zu stellen. Denn wir brauchen gegenwärtig für die geistige Klärung unserer Lage vielleicht nichts so dringend wie ökonomische Aufklärung im weitesten Sinne. Der vergangene Parteistaat hat neben dem Substanzverzehr unserer Volkswirtschaft auch einen ökonomischen Dilettantismus hervorgebracht, der – wie überall zu sehen ist – schwer auf den Gemütern lastet und

enorme Hemmungen verursacht, sich auf die Bedingungen der Verkehrs- oder Marktwirtschaft richtig einzustellen. Ökonomische Aufklärung tut daher not.

Was also ist es, das der Attacke auf Zins und Profit für viele den Schein von Plausibilität verleiht? Da der Zins künftiges Wachstum antizipiert, also klar eine Spekulation auf die Zukunft ausdrückt, die kreditfinanzierte Produktion aber in der rauhen Wirklichkeit immer unter dem Risiko des Scheiterns steht – wie jede andere Produktion auch –, so ist nicht auszuschließen, dass die Verschuldung nicht, wie vorgesehen, aufgehoben werden kann. Diese bei kluger Produktionsführung durchaus beherrschbare Gefahr wird aber riesengroß, wenn die Kreditaufnahme nicht Produktions-, sondern Konsumtionszwecken dient. Sie ist ebenso groß, wenn Produktionen in Gang gesetzt werden, deren Realisierung in den Sternen geschrieben steht, für die also das Absatzproblem aus welchen Gründen immer nicht vernünftig gelöst worden ist. Es kommt dann eine Lawine der Verschuldung zustande, die seit Jahrhunderten in den stets gleichen Appell mündet, die Schulden zu streichen.

Wir erleben gegenwärtig international in dieser Beziehung nichts wesentlich anderes als das, was einst Solon in Athen erfahren hat. Es ist diese scheinbar unaufhebbare Verschuldung, die den sozialen Boden für die Attacke auf Zins und Profit unmittelbar bildet.

Es gibt aber einen noch tiefer liegenden Grund für den Angriff auf den Zins, über den die alte Mutter Kirche sicher am besten Auskunft geben kann. Denn sie hat sich lange aus gutem Grund geweigert, die Zinsnahme unter ihren Gemeindegliedern anzuerkennen. Der sozialtheoretische Kern des Kreditgeschäfts besteht nämlich darin, dass es eine Personenbeziehung konstituiert, die sich jenseits des Verhältnisses des Individuums zu seiner Gemeinschaft realisiert. Das Gemeinwesen ist nicht der Kreditgeber der Gemeinschaftsmitglieder, sondern lebt vielmehr umgekehrt von ihrer Steuer. Wenn Glieder einer Gemeinschaft in ein Kreditverhältnis eintreten, so wird damit der Anspruch des Gemeinwesens auf die individuellen Überschüsse beschränkt, und es bildet sich jenseits der speziellen Gemeinschaft das heraus, was wir im Deutschen die „Gesellschaft“ nennen, die ihrerseits die Souveränität der Person unterstellt. Das Kreditgeschäft ist also ein Mittel der Emanzipation der Person von der Gemeinschaft. Und das ist der eigentliche Grund für die Attacke auf den Zins. Man wird stets finden, dass die Zinsankläger glühend menschliche Gemeinschaft, Freundschaft, Liebe predigen und den „schnöden Mammon“ angreifen, auch wenn sie gegen das Honorieren ihrer Predigten keinen Einwand haben. Sie verteidigen darin die gegebene Gemeinschaft gegen die Gesellschaft, die ihrerseits durch den Markt in Erscheinung tritt und über ihn einen Selektionsdruck auf die individuellen und gemeinschaftlichen Produktivkräfte so ausübt, dass die wertbevorteilten präferiert werden, womit die am Austausch teilnehmenden Gemeinschaften gezwungen werden, auf die Dauer Strukturveränderungen vorzunehmen, falls sie nicht untergehen wollen. Indem der Zins das Signum der Gesellschaftlichkeit ist, ist er der Stein des An-

stoßes für alle jene, die die „guten alten Zeiten“ herbeisehnen und sich vor dem Fortschritt fürchten.

Es wäre eine Illusion zu wähnen, dass wirtschaftlicher Fortschritt uneingeschränkt von allen wirklich auch gewollt wird. Denn er hat in der Tat ein Janusgesicht, weil er mit der Produktivitätssteigerung auch die Entwertung bisheriger Kräfte und Mittel einschließt. Diese Entscheidung wird, wir können das gegenwärtig in unserem Lande nur zu gut wahrnehmen, als harter und ungerechter Schicksalsschlag subjektiv empfunden. Und eben diese Empfindung ist es, die Demagogen ausnutzen, um im Strom ökonomischer Ahnungslosigkeit munter zu schwimmen, die „schmutzige Herrschaft des Geldes“ unter Anklage zu stellen und frommen Gemüts die Schuldenstreichung zu fordern.

Gegen dieses seit Generationen währende Spiel gibt es nur das Mittel der ökonomischen Aufklärung, welches vor allem Kreditnehmer und -geber in spe für sich selbst, aber auch für andere ausbilden müssen. Natürlich treten beide ins Kreditgeschäft ein, um hier den Zins und dort den Gewinn zu erwirtschaften. Und da beide Ertragsarten, wenn sie positiv realisiert sind, Wirtschaftswachstum reflektieren, so hat die Gesellschaft insgesamt etwas davon. Aber da das Kreditgeschäft durch Vereinbarung Selbständiger verwirklicht wird, so können hier Kredithaie, wie man sagt, und dort Hasardeure auftreten, die nichts als den Schein des Unternehmertums vorstellen.

Das ist kein Votum gegen die Verkehrswirtschaft und für die kommunistische Gemeinwirtschaft, wie wir heute nach unserer Erfahrung feststellen müssen. Die wirklich realisierte Gemeinwirtschaft hat den Freibeuter und hemmungslosen Egoisten nicht weniger gekannt als die Privatwirtschaft. Unsere Ausschüsse zur Untersuchung von Korruption und Amtsmissbrauch erfahren dies ganz genau. Und so ist es offensichtlich eine bloße Meinung, keine Wahrheit, dass der Ausschluss des Privateigentums und der konvertiblen Währung die Bedingung für die moralische Sicherung des Altruismus ist.

Mit diesen Bemerkungen möchte ich mein ökonomisch-philosophisches Räsonnement beschließen, aber nicht ohne zum Abschluss noch festzuhalten, dass die DDR-Philosophie, abgesehen von ihrer allgemeinen Teilnahme an der ideologischen Verhimmelung der Arbeiterschaft, sich vor allem vorwerfen lassen muss, den Ausschluss der Wahrnehmung des Archipel GULag als Bedingung ihres Daseins akzeptiert zu haben.

Ich meine damit nicht die selbstverständliche Rücksicht auf die Gefährlichkeit solcher Wahrnehmung, wenn sie öffentlich gemacht wird. Ich meine die *persönliche* Entscheidung, Tatsachen nicht wahrnehmen zu wollen, für das Bewusstsein zu verdrängen oder als „objektiv unvermeidliche Nebenfolgen eines großen geschichtlichen Experiments“ zu verniedlichen. Natürlich öffnen sich erst jetzt die Archive und also wird erst jetzt unser Wissen detailliert. Aber wir müssen uns eingestehen, dass die beliebte Reaktion: „Wir sind belogen und betrogen worden“, sehr viel mit Selbstschutz zu tun hat und wenig mit der Wahrheit. Die Wahrheit ist vielmehr, dass wir den Terror nicht

thematisiert haben, weil wir ihn im Rahmen unserer Grundauffassung nicht denken, nicht begreifen konnten.

Jene Thematisierung hätte diesen Rahmen gesprengt. Und wir sahen zu ihm keine Alternative. Damit aber produzierten wir eine Philosophie auf Knien, d. i. eine Philosophie, die der Wahrheit ihre unbedingte Gefolgschaft aufgekündigt hat. Das einzusehen, halte ich für die unerlässliche Bedingung der, wie man heute sagt, „Aufarbeitung unserer Vergangenheit". Ohne ihre Erfüllung werden wir die Zukunft nicht gewinnen. Sie wird gewonnen, wenn wir uns als verantwortliche Personen dem Resultat unseres eigenen Tuns stellen. Darin erst bilden wir die Persönlichkeit aus, ohne die auch unsere Wissenschaft, die geliebte Philosophie, nicht wirkliche Existenz haben kann.

Peter Ruben

Die DDR und ihre Philosophen – Über Voraussetzungen einer Urteilsbildung[1]

Der Redaktion der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* klagte Magdalene Schönhoff im März 1990: „… in diesen Wochen fühle sicher nicht nur ich mich im Stich gelassen. Ist die philosophische Elite dieses Landes verstummt?“[2] Das ist – in dieser Zeit beschleunigter Auflösung des gestern noch vermeintlich unverrückbar Gegebenen – lange her. „Dieses Land“, die DDR, besteht nicht mehr. Seine „philosophische Elite“, durch Nationalpreise gekennzeichnet und im *Philosophenlexikon* des Dietz Verlags in wohl kalkulierter Auswahl dem Publikum dauerhaft präsentiert, sieht sich einem Konkursverfahren gegenüber, in dem der Wert ihrer Unternehmung nach Kriterien ermittelt werden soll, die sie zwar kannte, doch in ihrem Einflussgebiet nicht im Ernst hat gelten lassen. Aufgewachsen unter den Bedingungen kommunistisch geführter staatlicher Naturalplanung, selektiert nach den Gesichtspunkten der Abteilung Wissenschaft des Zentralkomitees der SED und über dreißig Jahre von Kurt Hager geleitet, hat sie nun ihre gewohnte hierarchische Ordnung verloren, steht atomisiert, verstört und in der Tat verstummt vor einem Berg von Trümmern, den sie als Produkt eigenen Tuns begreifen muss, soll Frau Schönhoffs Klage die Chance einer Antwort haben.

Die Umstände der Realisierung dieser Chance, so ist vernünftigerweise *zuzugestehen,* sind problematisch genug: Erstens ist der plötzliche Zusammenbruch des die Existenz jener „Elite“ garantierenden politischen und wirtschaftlichen Systems so gründlich, dass Benommenheit des Bewusstseins wie bei einem Kollaps diagnostiziert werden darf. Zweitens induziert der Verlust und die öffentliche Denunziation der gewohnten Hierarchie im Bewusstsein der freigesetzten Individuen jener „Elite“ die Rückerinnerung an die eigene Unterwerfung, so oder so praktiziert, wodurch sie sich in schöner Gleichheit mit allen Betroffenen wahrnehmen und recht genau notieren, wie sie dann und wann einen Kampf mit diesem oder jenem Hierarchen bestanden haben, dessen Sinn quasi in der Antizipation dessen bestanden hat, was jetzt erst mit Erfolg gekrönt worden ist. So nehmen sie sich nicht als Produzenten, vielmehr als Produzierte wahr, erzeugt durch ein System, das sie nicht gemacht, sondern vorgefunden haben, ein System, das das Vergehen gegen seine regulativen Grundsätze jederzeit mit dem Ausschluss aus der Gemeinschaft seiner Träger zu ahnden fähig gewesen ist. Drittens schließlich ruft die Entwertung und Peripherisierung der „Elite“ ein Gefühl der Apathie hervor, das

1 Erstveröffentlichung in: DZfPh 39(1991)1, S. 50–58. Druckfehler wurden korrigiert und eine Anpassung an die neue Orthografie vorgenommen.

2 M. Schönhoff: Brief an die Redaktion der DZfPh. Heft 7/1990. S. 696

die Anstrengung des Begreifens lähmt und die Entscheidung, sich nicht einzumischen und besser zu schweigen, für einen Ausdruck erreichter Weisheit zu halten nahelegt. Si tacuisses, philosophus mansisses, sagten die alten Römer. Hatten sie unrecht?

Wie sich „die philosophische Elite dieses Landes" nun auch immer künftig verhalten mag, diejenigen, die in der DDR so oder so Philosophie betrieben haben, stehen vor dem Problem, sich des Erbes zu versichern, das sie in kommende gesamtdeutsche philosophische Produktion nolens volens einzubringen haben. Als ein Beitrag zur näheren Bestimmung dieses Erbes sind die folgenden Überlegungen gedacht.

1

Ich meine nicht, dass es zur Beurteilung der DDR-Philosophie und ihrer Akteure hinreicht, ihr Dasein im etablierten System des nun vergangenen Staates zu thematisieren. Es darf nicht vergessen werden, dass die DDR-Philosophie während der Nazizeit in Deutschland auf den Weg gebracht worden ist, indem die Vertreter der Gründergeneration der DDR-Philosophie vom Naziregime verfolgt, geschlagen, gefangen gehalten oder ins Exil getrieben worden sind. Ihr Eintritt in die öffentlich unterhaltene philosophische Lehre und Forschung nach dem Zweiten Weltkrieg ist mit der durch ihre Erfahrung der Vorkriegs- und Kriegszeit vermittelten und entschiedenen Absicht notwendig verbunden gewesen, die Resurrektion von Faschismus ist ein für allemal unmöglich zu machen. Und es versteht sich, dass derjenige Partner der Anti-Hitler-Koalition, der im Gebiet der später gegründeten DDR die politische Hoheit übernommen hatte, auch die Selektionsbedingungen bestimmte, unter denen philosophische Lehrämter besetzbar waren. Die Überzeugung, in der Sowjetunion und in der kommunistischen Partei die sichersten Garanten gegen die Wiederauferstehung des Faschismus zu wissen, determinierte die Konstituierung der Gründergeneration der DDR-Philosophie im Rahmen der Polarisierung, die der Kalte Krieg der Nachkriegszeit präsentierte. Diese Überzeugung, durch den Kampf der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg wohl begründet, ist durch den Herbst 1989 natürlich nicht widerlegt worden.

Die deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg – und damit auch die Geschichte der DDR-Philosophie – ist die historische Folge der mörderischen Aggression, die das nationalsozialistische Deutschland gegen die Völker Europas und der Welt unternommen hat. Wenn wir jetzt die Wiederherstellung der deutschen politischen Einheit in dem fast unglaublich kurzen Zeitraum von nur einem Jahr erfahren, so sollten wir zu keiner Stunde übersehen, wodurch ihr langjähriger Verlust verursacht worden ist. Und eben in diesem Verlust hat die DDR-Philosophie ihren historischen Platz. Die politische Spaltung der Deutschen, 1949 zwar vollendet, aber keineswegs begonnen, hat die DDR nicht als Irredenta eines nach der Eroberung verbliebenen

Stammlands konstituiert, sondern als die deutsche Gestaltung einer Parteinahme, die wenigstens seit der Novemberrevolution von 1918 politisch präsent ist und die Vorstellung von der revolutionären Lösung der sozialen Frage zu verwirklichen versucht hat. Diese Parteinahme, seit 1919 in der internationalen kommunistischen Bewegung institutionell verfasst, hat ohne Zweifel zu einer geschichtlichen Änderung unserer Existenzbedingungen geführt, die der Herbst 1989 nicht als null und nichtig, sondern vielmehr als beendet und daher als gegebene Voraussetzung weiterer Entwicklung erklärt hat. In dieser historischen Veränderung sind DDR und BRD gegeneinander gekehrte Gestalten der deutschen Nachkriegsgeschichte gewesen, deren wechselseitige Beziehung aufeinander gerade durch die gegenseitige Exklusion konstituiert worden ist. Diese Bestimmtheit gilt sicher auch für die DDR-Philosophie. Sie ist daher kein Fremdkörper in der deutschen Geistesgeschichte, sondern eine ihrer Nachkriegsgestalten, also Ausdruck des Geistes einer Zeit, die nun am Ende ist.

2

Das Bündnis der deutschen Kommunisten mit der Sowjetunion, in der Weimarer Republik mit idealistischer und geradezu emphatischer Deutung dieses Staats als der „ersten Macht der Arbeiter und Bauern“ ideologisch fundiert und nach dem Zweiten Weltkrieg in schöner deutscher Devotion auch politisch wirksam realisiert, hat der DDR-Philosophie zweifellos den Rahmen ihres faktisch möglichen Daseins vorgegeben. Insofern ist die gegenwärtige subjektive Wahrnehmung, selbst weniger Produzent als vielmehr Produkt eines vorausgesetzten Systems zu sein, nicht so einfach von der Hand zu weisen. Die 1945 von den Alliierten durchgesetzten Zonengrenzen haben durchaus mitbestimmt, wie man danach östlich oder westlich der Elbe öffentlich philosophieren gekonnt hat. Jede Urteilsbildung, die dieses Faktum ignoriert, kann nur dilettantisch sein. Das System, das nun in Rede steht, ist in der Tat älter als die DDR-Philosophie. Es ist, wie ich es sehe, 1928 bis 1930 in der Sowjetunion durchgesetzt und im Gefolge der Niederlage Hitlerdeutschlands Schritt für Schritt in der zunächst Sowjetischen Besatzungszone und dann Deutschen Demokratischen Republik übernommen worden. Was immer man über die DDR-Philosophie denken mag, sie muss im Kontext dieser geschichtlichen Lage beurteilt werden. Eine hurtige Thematisierung der Geisteswissenschaften in der DDR unter Ausschluss ihrer Einbettung in diese Lage liefert der Urteilsbildung sicher einen gedachten Gegenstand, nur nicht den, der wirklich zu begreifen ist.

Was mit dem Blick auf die DDR-Philosophen nach meinem Dafürhalten deren persönliche Verantwortung jenseits des vorgegebenen politischen Systems wirklich begründet, ist die subjektive Entscheidung für seine Verteidigung. Diese Entscheidung ist je nach dem erreichten Systemzustand und in

Abhängigkeit von der persönlichen Disposition sehr verschieden motiviert und realisiert worden. Sie hat die Grundannahme als gültig unterstellt, dass die menschliche Emanzipation im Sinne der Konzeption von Marx durch die moderne Arbeiterschaft ins Werk gesetzt werde, die sich zu diesem Zweck als politisch kämpfende Klasse für sich formiere, um mittels der Eroberung der politischen Macht der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende zu setzen und die wahre menschliche Gemeinschaftlichkeit zu verwirklichen. Diese Vorstellung ist nicht mit Hilfe eines „ideologischen Apparats" zum offiziellen Dogma gemacht worden, dem sich Philosophen, aus dem Staatshaushalt unterhalten, in ihrem Sprachgebrauch anpassen, um ungestört die selbst gewählten Themen dennoch zu behandeln. Sie ist die persönlich akzeptierte Meinung der Gründergeneration der DDR-Philosophie gewesen, gebildet auf Grund der Erfahrung ihres politischen Kampfes gegen die faschistische Barbarei.

Diese Sicht machte die DDR-Philosophen bereit, die politische Führung des historisch neuen Staatswesens durch die kommunistische Partei zu unterstützen, die natürlich unabhängig von ihrem Zutun ausgemachte Sache gewesen war. Verstärkt wurde diese Unterstützung durch den geheimen und genuin philosophischen Hintergedanken platonischer Provenienz: Es mögen doch Philosophen Staatslenker sein. Das Bedürfnis, der wirklichen politischen Führung ein philosophisches oder wissenschaftliches Licht aufzustecken, war effektiv und virulent. Es trieb nicht wenige in die Nähe der Macht, wo zudem, wie die Erfahrung dann zeigte, obendrein auch Sicherheit gegen gewöhnliche Konkurrenz zu finden war. Wer die Protektion eines Politbürokraten gewonnen hatte, konnte die Imagination pflegen, jener Idee Platons ein wenig zur Realität zu verhelfen, und war andererseits sicher, nicht rücksichtslos zum Ziel ungehobelter Rezensionen, frecher Kritiken und sonstiger Auswüchse des so genannten wissenschaftlichen Meinungsstreits zu werden.

Im Gegenzug zu dieser Tendenz hat die kommunistische Partei, unter welchem Namen auch immer formiert, etwas geboten, was keine sonstige Partei im Gepäck ihres Selbstverständnisses hat, die Vorstellung nämlich, dass sie unter Voraussetzung des dialektischen und historischen Materialismus ihr Führungskonzept erarbeite, d. h. selbst eine bestimmte Philosophie zur geistigen Bedingung ihrer Tätigkeit mache. Eine politische Partei, die sich auf die Wissenschaft beruft, vermag durchaus Wissenschaftler zu finden, die sich eben dieser Partei verpflichtet sehen. Und da der Alltag politischer Tätigkeit ein kompliziertes Geflecht von Interessenabwägung und Entscheidungsfindung ist, bedarf die Aufklärung über den wirklichen Zusammenhang zwischen kommunistischer Partei und Wissenschaft der praktischen Erfahrung, die nur in hinreichender Dauer zu gewinnen ist.

Man könnte den DDR-Philosophen den Vorwurf machen, dass sie die tatsächliche Beziehung der kommunistischen Partei zur Wissenschaft am Gang bereits der Ereignisse in der Sowjetunion spätestens seit 1930 hätten wahrnehmen und studieren sollen. Ökonomie, Historiographie, Psychologie, Biologie und auch die eigene Disziplin, die Philosophie, waren darin gravierend

betroffen. Aber es ist sicher, dass solche Wahrnehmung, solches Studium, wären sie im Sinne der Aufklärung öffentlich betrieben worden, den sofortigen Ausschluss aus den Reihen der Vertreter institutionalisierter Wissenschaft zur Folge gehabt hätten. Daher muss festgestellt werden, dass die DDR-Philosophie unter stillschweigender Anerkennung oder mindestens Duldung der Tabuisierung essentieller politischer Ausdrücke des Systems ausgebildet worden ist, das sie ermöglicht hat und von ihr verteidigt worden ist. Mit anderen Worten: Es muss eingestanden werden, dass die wissenschaftliche Attitüde, wahrnehmbare Phänomene für sich und objektiv zu thematisieren, mit Bezug auf das Verhalten der politischen Führungsinstitution des eigenen Systems von vornherein aufgegeben worden ist. Damit aber ist die DDR-Philosophie, so sehr in ihr auch Ideologien thematisiert worden sind, selbst unter ideologischem Kommando verwirklicht worden. Sie hat diese Tatsache mit der Eigenkennzeichnung, „wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse“ zu sein, durchaus ausgesprochen.

In diesem Zusammenhang muss das noch immer wirklicher Erklärung harrende Phänomen notiert werden, dass Intellektuelle jenseits der Grenzen der Sowjetunion bereit gewesen sind, die Moskauer Prozesse, die Spitze des Eisbergs, der auch die Wissenschaft getroffen hat, zu verharmlosen oder gar als Akte der Verteidigung des „ersten Staats der Arbeiter und Bauern“ zu deuten. Feuchtwangers *Moskau 1937* ist nur eines der vielen irritierenden Beispiele. Bloch, dessen Schüler zu sein, DDR-Philosophen sich zur Ehre anrechnen, hat jene Prozess- und Vernichtungsorgie nicht wesentlich anders als Feuchtwanger gesehen. In diesem Kontext steht auch die DDR-Philosophie.

3

Wenn in der Deutung der Arbeiterschaft als des Trägers der menschlichen Emanzipation der gemeinsame Fixpunkt des Selbstverständnisses der kommunistischen Partei und der DDR-Philosophie gegeben gewesen ist, so ist das wirkliche Resultat der Anstrengungen, dieser Vorstellung ein materielles Dasein zu geben, offenbar ihre Widerlegung. Die vermeinte revolutionäre Lösung der sozialen Frage, die von den kommunistischen Parteien überall, wo sie mit der Übernahme der Staatsgewalt im politischen Kampf siegreich gewesen sind, durch Enteignung und Ausschluss des inneren Markts versucht worden ist, hat zu einem Wirtschaftssystem geführt, das in Stagnation und volkswirtschaftlichen Substanzzerfall geendet ist. Es ist also nicht die soziale Frage gelöst, sondern der Mangel national generalisiert worden. Die progressive Wirtschaftsentwicklung, realisiert in gesteigerter Produktivität und durch Ausbildung neuer Produktivkräfte, hat in nichtkommunistisch verfassten Wirtschaftssystemen stattgefunden. Sie aber ist die wirkliche Bedingung für die Lösung der sozialen Frage.

Wenn wir diese Feststellung akzeptieren, und ich sehe keine verständi-

ge Möglichkeit, ihrer Anerkennung auszuweichen, so ist die Aufhebung der DDR-Philosophie zum Moment künftiger deutscher philosophischer Produktion mit der Gretchenfrage verbunden: Wie halten wir es mit Marx' Vision: „Wie die Philosophie im Proletariat ihre *materiellen,* so findet das Proletariat in der Philosophie seine *geistigen* Waffen,…"[1]? Ist „die *Emanzipation des Menschen",* ohne Zweifel philosophisches Thema, in der Tat so zu verstehen, dass als *„Kopf* dieser Emanzipation … die *Philosophie"* auftritt, während „ihr *Herz* das *Proletariat"* ist? Gilt der Satz wirklich: „Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie"[2]? Die positive Beantwortung dieser Fragen hat die DDR-Philosophie in ihrer Grundlegung bestimmt. Das wirkliche Ergebnis der kommunistischen Wirtschaftsführung, vorausgesetzt, diese wird als Versuch beurteilt, Marx' Vision zu realisieren, besteht nicht in der menschlichen Emanzipation, sondern in der Subsumtion der Individuen unter nationale Gemeinwesen, repräsentiert durch kommunistische Partei- und Staatsführungen. In dieser Unterwerfung sind die Individuen nicht als Personen, d. h. als souveräne Vertragspartner in der Determination der sozialen Verhältnisse, sondern als Funktionäre anerkannt, die auf allerlei Inputs mit bestimmten Outputs zu reagieren haben. Und machen Individuen in solchem System ihre Persönlichkeit geltend, riskieren sie den Ausschluss aus der formierten Gemeinschaft bis hin zur willkürlichen Aberkennung der Staatsbürgerschaft, im Extremfall bis zur Aburteilung als „Volksfeind".

Man wird Marx nicht unterstellen müssen, dass seine Sicht der menschlichen Emanzipation auf die Unterwerfung der Individuen unter national verfasste Gemeinwesen hinausgelaufen ist. Zu deutlich ist aus seinen Texten wahrnehmbar, dass er „die Emanzipation des Menschen" ohne die Freiheit der Person gar nicht in Erwägung gebracht hat. Dennoch ist wohl festzustellen, dass er in romantischer Verklärung der Gemeinschaftlichkeit in den vermögenslosen Lohnarbeitern diejenigen Akteure identifiziert hat, die das „wahre menschliche Gemeinwesen" zu verwirklichen geschichtlich berufen sind. In dieser Identifikation ist, wie ich es sehe, eine Verwechslung der Gemeinschaft mit der Gesellschaft im Spiel, die auf der ebenso romantischen Denunziation des Handels, des Geldes, des Profits beruht.

Der junge Marx notiert auf Grund seines Studiums der zeitgenössischen Nationalökonomie: „Der *Austausch …* ist = der *Gattungstätigkeit* und Gattungsgeist, deren wirkliches, bewusstes und wahres Dasein die *gesellschaftliche* Tätigkeit und der *gesellschaftliche* Genuss ist."[3] Ich halte diese Feststellung nach wie vor für gültig und verstehe sie präzise in dem Sinne, dass der Austausch, vermittels des Markts realisiert, diejenige Verbindungsart zwi-

1 K. Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 1, Berlin 1957, S. 391

2 Ebd.

3 K. Marx: Auszüge aus Mills „Élémens d'économie politique". In: K. Marx/F. Engels: Werke, Erg.-bd. 1. Teil, Berlin 1968, S. 450f.

schen Menschen begründet, die wir „Gesellschaft“ nennen. Für Marx jedoch ist im selben Kontext klar, dass die Gesellschaft, „unter der Form des *Austauschs* und des *Handels“* aufgefasst, nur die entfremdete Form des geselligen Verkehrs sei, die Präsentation des menschlichen Gemeinwesens „unter der Form der *Entfremdung“*. Das bedeutet einerseits, dass Gesellschaft und Gemeinschaft begrifflich nicht genau unterschieden werden, andererseits, dass die menschliche Emanzipation mit der Herstellung des „wahren Gemeinwesens“ der Menschen den Austausch transzendiert, daher die nichtentfremdete Gesellschaftlichkeit in der Gemeinschaft vorstellt. Diese Sicht ist nur unter der Bedingung verständlich, dass der Austausch an sich verdächtig wird. Und das ist in der Tat der Fall: „Die Absicht der *Plünderung,* des *Betrugs* liegt notwendig im Hinterhalt … Reicht die physische Kraft hin, so plündere ich dich direkt. Ist das Reich der physischen Kraft gebrochen, so suchen wir uns wechselseitig einen Schein vorzumachen, und der Gewandteste übervorteilt den andern.“[1]

Es ist gar nicht zu bestreiten, dass der Handel als aufgehobene Plünderung historisch-faktisch auftritt. Ebensowenig soll geleugnet werden, dass Händler unter entsprechenden Bedingungen den Rückfall in die Plünderung realisieren. Aber erschöpft dies die Bestimmtheit des Handels als der realisierten Gesellschaftlichkeit oder Sozialität? Meines Erachtens muss unter entwicklungstheoretischen Gesichtspunkten zugestanden werden, dass der Austausch nicht allein eine Veranstaltung des Gebens und Nehmens ist, sondern spätestens mit der Genesis der kapitalistischen Produktionsweise das Medium der Selektion wertbevorteilter Produkte und Dienste und daher Evolutionsbedingung. Überlegene Produktivkräfte erscheinen im Austausch vermittels wertvollerer Produkte und Dienste, führen folglich zu Extraprofiten, und diese scheinen der naiven Anschauung Resultate der Übervorteilung zu sein. Nimmt solche Anschauung die Gewalt eines Volksvorurteils an, so kann sich die Mobilisierung gegen den Austausch überhaupt richten und hat im Falle des Sieges keine andere Chance, als ihn durch die Distribution in der Gemeinschaft zu ersetzen. Damit lässt sich zwar der Gegensatz zwischen arm und reich vermindern, aber die innovative Potenz der Produzenten bleibt auf der Strecke.

Es steht nun wohl zweifelsfrei fest, dass die moderne kommunistische Bewegung ihre politische Potenz gerade aus der Mobilisierung von Teilen der Arbeiterschaft gegen die „Herrschaft des Geldes“ und gegen die „Profitwirtschaft“ gewonnen hat. Sie hat auf diese Weise die soziale Frage dadurch zu lösen versucht, dass sie in der von ihr dominierten Gemeinschaft die im Austausch erscheinende Gesellschaftlichkeit aufgelöst hat, um sie durch zentral regulierte Zuteilung zu ersetzen. Sie hat also das Volksvorurteil gegen Geld, Zins und Gewinn in unserem Jahrhundert erneut praktisch durchgesetzt und damit eben jenes Ergebnis produziert, das nun über den Einsatz fremder Investoren aufgehoben werden soll. Es ist unbestreitbar, dass die in der Vergangen-

1 Ebd., S. 460f.

heit herrschende marxistische Marx-Interpretation genügend Textstellen namhaft zu machen fähig gewesen ist, in denen genau jene Lesart präsent ist, die das „wahre menschliche Gemeinwesen" jenseits des Markts ideell ansiedelt. Insofern also Marx' Vision diese Leseart impliziert, wird die Aufhebung der DDR-Philosophie ohne vernünftige Marx-Kritik nicht zu haben sein. Einen ihrer Ansatzpunkte sehe ich in der deutlichen Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft mit dem Rückgriff auf den Unterschied zwischen Austausch und Produktion. In dieser Unterscheidung ist selbstverständlich das sozialtheoretische Erbe nicht länger unter Verwendung des bloßen Schlagworts „bürgerliche Wissenschaft" von der Kenntnisnahme auszuschließen.

Natürlich ist mit der Behauptung, zur Aufhebung der DDR-Philosophie sei vernünftige Marx-Kritik unerlässlich, nicht die Befolgung der vulgären Parole „Marx ist Murks" gemeint. Wie ich es sehe, hat Marx die Grundlegung einer entwicklungstheoretischen Ökonomie vorgenommen. Und auf ihre weitere Ausbildung wird man sinnvoll nicht verzichten wollen. Marx' Analyse der Arbeit mit dem Ergebnis der Bestimmung ihres Doppelcharakters wird wohl weiterhin Bestandteil unserer sozialwissenschaftlichen Erkenntnis bleiben. Sie wird diese Bedeutung umso mehr gewinnen, als die Marxsche Vorstellung vom Klassenkampf als dem wesentlichen Inhalt der menschlichen Geschichte durch die moderne kommunistische Bewegung ad absurdum geführt worden ist, als diese die „Verschärfung des Klassenkampfs" bemüht hat, um sich gegen ihre alten Mitglieder zu wenden, Sündenböcke zur Erklärung der Folgen ihrer ökonomischen Fehlentscheidungen vorzustellen. Der Klassenkampf, der als politisches Phänomen gar nicht geleugnet werden soll, ersetzt nicht die Produktion. Und ihre Entwicklung wie die des Austauschs sind es, welche menschliche Geschichte bestimmen.

4

Für eine vernünftige Urteilsbildung über die DDR-Philosophie und ihre Träger ist, abgesehen von der Verständigung über die Gültigkeit der von ihnen akzeptierten Grundannahmen, sicher auch die Kenntnisnahme der entsprechenden Geschichte unbedingt Voraussetzung. Was in der Gegenwart ein bares Faktum zu sein scheint, erweist sich im historischen Kontext als durchaus problematischer Fall. Wer sich in der DDR der Philosophie verschrieben hat, in der Regel in jugendlichem Alter aus ganz gewöhnlichen Gründen des Erkenntnisgewinns, dem haben sich Karrieremöglichkeiten eröffnet, die vom Mitglied des Zentralkomitees der SED bis zum Insassen eines Zuchthauses reichten. DDR-Philosophen stehen für die Realisierung beider Extreme wie für die mannigfaltigen Zwischenlagen, die mittels Philosophiestudium erreichbar sind. Mit Blick auf diesen Sachverhalt ist die Präsentation der DDR-Philosophie als der Magd der kommunistischen Politik sicher verkürzt und in dieser Einseitigkeit falsch. Die DDR-Philosophenschaft erschöpft sich nicht

in der „philosophischen Elite dieses Landes“, falls ich Frau Schönhoffs Kennzeichnung richtig deute. Sie hat sich mit jeder neuen Generation reproduziert und in dieser Reproduktion stets erneut den Konflikt zwischen Wahrheit und Parteilichkeit mit höchst verschiedenen Ergebnissen für die beteiligten Individuen ausgetragen. In dieser fortgesetzten Reproduktion ist das oben charakterisierte Grundverhältnis der DDR-Philosophen zur kommunistischen Partei (wie dieser Partei zu den Philosophen) zum Inhalt eines Experiments geworden, das durchaus neuartig gewesen ist und dann im Herbst 1989 sein definitives Resultat für jedermann feststellbar erreicht hat: Die fromme Annahme von der möglichen Herrschaft der Philosophie im Staate, wenigstens von der Bildungsfähigkeit oder Belehrbarkeit der herrschenden Politbürokraten ist eine bare Illusion. Die Berufung der kommunistischen Partei auf den dialektischen und historischen Materialismus ist über die Berufung des ihn im Lehramt darstellenden Kaders zur Subsumtion der Philosophie unter die Interessen der Führungskaste geworden.

Dieser Zustand ist nicht von Anfang an gegeben gewesen, sondern erst hervorgebracht worden. Bedenkt man, dass 1951 an der Berliner Humboldt-Universität die Philosophie in den Rang eines Hauptfachs erhoben worden ist, dass 1956 an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin eine Arbeitsgruppe Philosophische Studientexte gegründet worden ist, aus der 1961 das Philosophische Institut dieser Akademie hervorgegangen ist, dass an den Universitäten in Leipzig, Halle und Jena die philosophische Lehre unverdrossen betrieben wird und auch in Dresden, Greifswald und Rostock Heimstätten hat, so ist natürlich festzuhalten, dass das fragliche Experiment die notwendige Bedingung, philosophische Forschung und Lehre überhaupt institutionell zu sichern, nolens volens eingeschlossen hat. Das ist keine Kleinigkeit, wenn man in Rechnung stellt, dass eine a priori bezweckte Unterwerfung der Philosophie unter die Ideologie der kommunistischen Partei am einfachsten zu haben ist, wenn die Philosophie zum Parteischulfach deklariert wird. Das ist zwar auch geschehen, hat aber nicht zur Liquidation ihrer akademischen Existenz geführt, sondern zur regulierten Konkurrenz zwischen beiden Institutionen. Damit ist der Konflikt zwischen philosophischer Produktion akademischer Provenienz und der gleichen Produktion im Parteiauftrag de facto anerkannt gewesen, die Differenz zwischen Wissenschaft und Politik durchaus unterstellt.

Die Geschichte der DDR-Philosophie ist die Geschichte der Entwicklung dieser Differenz. Hat noch der Slánský-Prozess im November 1952, dessen deutsche Kopie durch den 17. Juni 1953 verhindert worden ist, in der Philosophengemeinde der DDR mitunter kuriose Phänomene hervorgebracht, so sind die Jahre von 1956 bis 1958 bereits einschneidend gewesen. Der kurze Sommer der DDR-Philosophie, eingeleitet mit der Freiheitskonferenz im März 1956 in Berlin, ist mit dem zweiten Einmarsch der Sowjetarmee in Budapest am 4. November 1956 beendet worden. Was folgte, war die Denunziation und willkürliche Identifikation so genannter „partei- und staatsfeindli-

cher Gruppen“ auch unter Philosophen und selbst unter Philosophiestudenten, die zuvor das Bedürfnis nach der Kenntnisnahme marxistischer Philosophie erst aus dem deutschen Westen an die Humboldt-Universität getrieben hatte. Zuchthaus und „Bewährung in der Produktion“ wurden Stationen für Philosophiebeflissene, die das Jahr 1958 als einen Wendepunkt in der Geschichte der DDR-Philosophie ausweisen. Die nach 1956 möglich scheinende Gestaltung eines partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen den DDR-Philosophen und der regierenden Partei zerbarst am polizeistaatlichen Eingriff. Für die weitere Entwicklung war geklärt, dass jede künftige philosophische Bemühung mit der Anpassung an die artikulierten Interessen der Parteiführung zu rechnen hatte. Und da die Artikulation gewöhnlich durch den Ersten oder Generalsekretär des Zentralkomitees der herrschenden Partei vorgenommen wurde, hatte die mehr oder weniger passende Zitatensammlung in philosophischen Texten eine zunehmende Heimstatt. Sie diente der Ab- und Rückversicherung wie dem Nachweis der Ergebenheit. Schließlich, das muss man wohl sagen, entwickelte sich das Zitatenunwesen zur Erfüllung einer Art festen Solls, dessen Erfüllung von konkurrierenden Zensoren durchaus geprüft und im Falle der Nichterfüllung als Nachweis zweifelhafter Parteilichkeit gebraucht worden war.

Diese Situation der DDR-Philosophie, 1961 durch den Bau der Mauer zementiert, der es in Konflikte geratenen Philosophen unmöglich machte, sich durch einen einfachen Grenzübergang dem Zugriff zu entziehen, ist dann in den 60er Jahren auf Grund der einsetzenden Reformdebatte mit ihrem Höhepunkt zwischen 1962 und 1965 erheblich gelockert worden. Die Konstruktion des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ hat eine Diskussion des Zusammenhangs von Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht, die man in den 80er Jahren nur noch mit Verwunderung nachlesen konnte. Die Philosophen haben sich mit den Fachwissenschaften befassen können, und bereits 1959 ist an der Humboldt-Universität ein Lehrstuhl für Philosophische Probleme der Naturwissenschaften eingerichtet worden, dem nicht wenige DDR-Philosophen ihre Graduierung verdanken. Sein langjähriger erster Inhaber, Hermann Ley, durch und durch aufklärerisch gesinnt und mit den politischen Mechanismen wohl vertraut, hat seinen Promovenden nicht ohne Erfolg die Mysterien des Wegs, „um ein Parteiverfahren herumzukommen“, verdeutlichen können. Und Parteimitglied zu sein, ist im Allgemeinen ja in der Tat Bedingung einer philosophischen Karriere gewesen. Mit dieser Bedingung ließ sich in der Reformatmosphäre der 60er Jahre philosophisch leben, sofern die Spielregeln beachtet wurden.

Das tat Robert Havemann nicht, als er im Wintersemester 1963/64 seine Vorlesung „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ an der Humboldt-Universität hielt. Prompt fanden sich Verfasser einer „Kurzen Einschätzung der Rede Havemanns in Leipzig 1962 und seiner Vorlesungen an der Humboldt-Universität Berlin 1963/64“, die man nun in der Edition

von Dieter Hoffmann nachlesen kann.[1] „Sumpf des Revisionismus und Anarchismus“, Vorbereitung „konterrevolutionären Schmutzes“ nach der Art des Petöfi-Zirkels in Ungarn, Beschimpfung der „Mitglieder der Parteiführung als Schädlinge und Dogmatiker“, so lauten die Vorwürfe der Autoren und charakterisieren damit die Gefahrenzone, der sich kein DDR-Philosoph nähern durfte, wollte er nicht seinen Beruf aufs Spiel setzen. Robert Havemann ist seinen Weg gegangen, 1966 sogar aus der Mitgliedschaft der Akademie ohne Rücksicht auf ihr Statut gestrichen worden und hat damit exemplarisch demonstriert, dass natürlich auch in den 60er Jahren die Entscheidung des Jahres 1958 in Geltung geblieben ist. Sie hat bedeutet, dass das Beharren auf dem Standpunkt der Person im Konfliktfall die Einsamkeit und Isolation zur Folge haben wird, die nicht jedermanns Sache ist. Sie hat daher bedeutet, dass die DDR-Philosophie gar nichts anderes mehr als eine Philosophie auf Knien hat sein können.

Wie 1956 die Intervention in Ungarn, so hat 1968 die Intervention in Prag der DDR-Philosophie den politischen Rahmen ihres Daseins nachdrücklich demonstriert. Die Verteidigung der „Arbeiter-und-Bauern-Macht“ blieb zwar der Einigungsgrad der DDR-Philosophen mit der regierenden Partei. Aber was ist in dieser Macht wirklich präsent, wenn sie mit nun schon erkennbarer Regelmäßigkeit stets die eigene Bevölkerung durch Panzergebrauch zu der Ordnung ruft, die die politische Führung namens der „historischen Mission der Arbeiterklasse“ für angemessen hält? Diese Frage hat die Intervention von 1968, wie ich meine, endgültig provoziert und damit das naive Streben, die Vereinigung mit der kommunistischen Partei nicht sorglos in Gefahr zu bringen, gebrochen. Der philosophische Verstand hat sich angesichts der militärischen Macht auf den Zynismus eingelassen und fortan in einer doppelten Welt gelebt, der öffentlichen hier, der privaten dort. DDR-Philosophen haben die Tragödien, die sich unter ihren Kollegen in Prag abspielten, natürlich gekannt – und keine Rettung gesehen.

Der Übergang von der Ulbricht- zur Honecker-Administration hat dann wohl für einen Augenblick nochmals die Hoffnung genährt, dass die politisch-ideologische Beurteilung der Philosophie mit einem Eintritt in sozusagen neue Sachlichkeit gemildert werden könnte. Diese neue Sachlichkeit währte nur kurz und erwies sich sehr bald selbst als ideologische Leere, von Kurt Hager mit der Proklamation der Leninschen Schrift *Materialismus und Empiriokritizismus* als des geltenden philosophischen Katechismus ausgefüllt. Um 1975 ist dann so gut wie allen Mitgliedern der DDR-Philosophengemeinde klar gewesen, dass die mit Beginn der DDR-Philosophie gesetzten Erwartungen in das Bündnis der kommunistischen Partei mit der Wissenschaft unerfüllbar bleiben werden – jedenfalls bei der gegebenen Partei- und Staatsführung. Daher hat sich jedes Mitglied dieser Gemeinde nach seinen persönlichen Bedin-

1 R. Havemann: *Dialektik* ohne Dogma? Aufsätze, Dokumente und die vollständige Vorlesungsreihe zu naturwissenschaftlichen Aspekten philosophischer Probleme. Hrsg. v. D. Hoffmann. Berlin 1990

gungen eingerichtet, das nach seinem Dafürhalten Beste daraus zu machen. Der Widerstand gegen die Etablierung philosophischer Monopolbildungen, fein vermittels Reisekaderbestimmungen und diverser Ratsbildungen aufeinander abgestimmt, ist gering geblieben. Die Hoffnung auf eine Änderung kraft der Gewalt der Biologie der Menschen hat vornehmlich das Bewusstsein der jüngeren Generation beherrscht, die bereits die Auseinandersetzungen zwischen den Älteren nicht mehr als ihre Sache betrachtet hat. In dieser Endstellung ist die DDR-Philosophie vom Herbst 1989 eingeholt worden und harrt nun der Verwertung, die aussteht.

5

Zum Abschluss dieser Skizze möchte ich bemerken, dass der durch den ökonomischen und politischen Zusammenbruch des modernen Kommunismus ermöglichte Durchbruch zu einer demokratischen Verfassung seinen zivilisatorischen Impetus nur dadurch realisieren kann, dass das Problem der Verantwortung strikt unter Voraussetzung der Person gestellt und gelöst wird. Urteile, die Gruppenverurteilungen sind, kennen wir zur Genüge; sie sind widerlich und keine Aufhebung des Prinzips, von dem wir uns verabschieden müssen. Der Geschichte der DDR-Philosophie liegt das Verhalten von Individuen zugrunde, denen es nicht vergönnt gewesen ist, die freie und rechtlich sichere Entfaltung ihrer Persönlichkeit betreiben zu können. Eingemauert und in ihren Auslandskontakten von der Gnade ihrer Chefs abhängig, haben sie die bedrohliche Provinzialisierung, Gift für die Wissenschaft, erlitten und sehen sich nun mit der Gefahr der Entwertung konfrontiert. Das ist eine Situation, die durchzustehen viel Charakterstärke verlangt. Sie wird nicht durchgestanden, wenn Pauschalverurteilungen den Inhalt der sehr wohl nötigen Urteilsbildung ausmachen. Eine zivilisierte Verabschiedung der Vergangenheit kann das nicht sein.

Selbstverständlich gibt es Verantwortliche für den Zustand, in den mit dem DDR-Unternehmen überhaupt auch die DDR-Philosophie hineingeführt worden ist. Sie sind als Personen haftbar. Und es muss ihnen die freie Entscheidung zugestanden werden, diese Verantwortung zu erfassen und die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Dazu brauchen sie Zeit. Und die ist in diesen Tagen der Anstrengung, die neuen Produktionsbedingungen hervorzubringen, knapp. Das Verstummen der „philosophischen Elite dieses Landes“, so beklagenswert es sein mag, ist verständlich, wenn man die Gründlichkeit der Umwälzung in Rechnung stellt, die wir erleben. Es bleibt nur zu hoffen, dass es eines nicht zu fernen Tages nicht durch Bekenntnisse, sondern durch Erkenntnisse abgelöst wird.

Hans-Christoph Rauh und Peter Ruben

Überlegungen und Fakten zur demokratischen Reform philosophischer Institutionen in der ehemaligen DDR

Ohne Zweifel sind die staatlich finanzierten Einrichtungen philosophischer Lehre und Forschung in den vierzig Jahren der Existenz des kommunistischen Parteistaats auf deutschem Boden zu ideologischen Kampforganen gemacht worden, die namens der sogenannten „wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse" die parteikonforme Deutung der Entscheidungen einer Führungsgruppe zu betreiben hatten, welche sich nach dem 1930 endgültig realisierten stalinistischen Modell schließlich und endlich stets auf die Philosophie des Marxismus-Leninismus, den „dialektischen und historischen Materialismus", berief, sofern sie überhaupt ein Begründungsbedürfnis empfand. Ohne Zweifel ist diese Apotheose der Philosophie und der Subordination der Philosophen mit der Hilfe von Fachvertretern durchgesetzt worden, die entweder der platonischen Idee einer Regierung durch Philosophen anhingen oder im System der hierarchischen Gliederung des Parteimonopols der SED ihre Einkommen sichernde Stelle suchten und fanden. „Parteibeschlüsse sind Wissenschaft", hieß es in einer Zwischenüberschrift eines Vortrags von Gerhard Harig zum Thema „Wesen und Entstehung der marxistischen Philosophie" im Frühjahr 1958 in Leipzig[1], womit exakt ausgedrückt wurde, was Aufgabe und Ziel der ideologisch-politischen Einpassung wenigstens der offiziell realisierbaren Philosophie war. Dieses Ziel ist mit derselben Gründlichkeit in der ehemaligen DDR erreicht worden, mit der auch der Verzehr der volkswirtschaftlichen Substanz betrieben worden ist. Letzteren haben die im Gefolge beständiger Konflikte schließlich herausselektierten „führenden Repräsentanten" der DDR-Philosophie ebenso nobel ignoriert wie die im Herbst 1989 abgehalfterte „Partei- und Staatsführung". So stehen sie nun vor einem Scherbenhaufen eigener Produktion, den sie verantworten müssen, wenn sie künftig noch als Gesprächspartner Geltung haben wollen.

Dies vorausgesetzt, möchten wir, die wir beide seit 1964 ein- und angestellte DDR-Philosophen sind, angesichts der mit der Herstellung der deutschen Einheit verbundenen Bewertungsprozesse der Wissenschaftseinrichtungen in der ehemaligen DDR bemerken, dass weder das für die Gewinnung der Zukunft unerlässliche Urteil über die Vergangenheit der Wissenschaft in der DDR im Allgemeinen noch das über die Philosophie im Besonderen vernünftig gebildet werden kann, wenn das bare Faktum ignoriert wird, dass die

1 In: Forum 12(1958)20, wissenschaftliche Beilage, S. 1

Geschichte der DDR – wie die der Sowjetischen Besatzungszone zuvor – Bestandteil der deutschen Nachkriegsgeschichte gewesen ist. Natürlich wird die gegenwärtige Praxis der Wissenschaftsreform in der ehemaligen DDR unter Voraussetzung des von der Volkskammer beschlossenen Beitritts zur Bundesrepublik und des Einigungsvertrags zu realisieren sein. Angesichts dieser Bedingung tritt leicht der Schein ein, den ein Konkursverfahren rechtens verbreitet: Ein durch inkompetente Unternehmensführung zugrunde gerichteter Betrieb wird aufgelöst und in seinen produktiv verwendbaren Teilen möglichst sozial verträglich dem Versuch der Reanimation unter neuen Führungen unterworfen. Allein, die DDR ist in Wahrheit nie ein wirklich eigenständiges Unternehmen gewesen, sondern das Produkt der Realisierung des Sieges der Anti-Hitlerkoalition über den deutschen Faschismus, das Resultat des Kalten Kriegs, der eben jetzt in Paris (KSZE) erst als endgültig beendet festgestellt worden ist.

Die Deutschen, die 1945 zufällig östlich der von den Sieger- und Besatzungsmächten deklarierten Demarkationslinie wohnten, sind mit Existenzbedingungen konfrontiert worden, die 1933 in Deutschland selbst gesetzt wurden, als man die „nationale Revolution“ betrieb oder geschehen ließ. Wer A sagt, muss auch B sagen, weiß der gewöhnliche Verstand. Und dasjenige B, das für einen Teil der Deutschen „Sowjetische Besatzungszone“ und „Deutsche Demokratische Republik“ hieß, hatte im A der „nationalen Revolution“ von 1933 seine direkte historische Ursache. Die wirkliche Aufhebung des Erbes der ehemaligen DDR ist daher eine nationale Angelegenheit aller Deutschen, derjenigen sowohl, die die DDR wollten und verteidigten, als auch derjenigen, die mit ihr den Grundlagenvertrag schlossen und Geschäfte machten. Wer in der Tat die nationale Einheit der Deutschen will, kann in der ehemaligen DDR nicht einfach ein marodes Unternehmen sehen, das als fremdes Eigentum auf dem Markt angeboten wird, sondern ist in ihr mit seiner eigenen, eben der deutschen Nachkriegsgeschichte konfrontiert, die im deutschen Faschismus ihre Voraussetzung hat. Die nun von unseren Nachbarn und von den Weltmächten goutierte deutsche Einheit wird von uns selbst nur sinnvoll verwirklicht werden können, wenn wir diesen historischen Zusammenhang keinen Augenblick aus dem Auge verlieren.

Diese Sicht schließt die Anforderung ein, die in der ehemaligen DDR selbst entwickelten demokratischen Potenzen, deren Realisierung den Einigungsvertrag ja erst möglich gemacht hat, sorgfältig in Rechnung zu stellen, Dazu ist Information und Kenntnisnahme nötig. Und dies mit Blick auf die DDR-Philosophie zu vermitteln, ist unser weiteres Anliegen. Wir reagieren damit natürlich auch auf die im deutschen Westen geführte Debatte, deren Problemstellung Karl-Heinz Heinemann zusammengefasst hat, als er dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrats die Frage stellte: „Werden die Hochschulen und Institute in der DDR in der Lage sein, sich am eigenen Schopf aus

dem Sumpf zu ziehen, oder brauchen sie Hilfe von außen?“[1] Wir ignorieren das Bild vom „Sumpf“, das gewiss die Folgelasten des von Deutschland verursachten Zweiten Weltkriegs verzeichnet, und berichten einfach, was in der ehemaligen DDR selbst bisher getan worden ist, um die Bedingungen philosophischer Lehre und Forschung einer demokratisch verfassten Gesellschaft entsprechend zu gestalten.

Die erste Feststellung besteht darin zu vergegenwärtigen, dass die Wissenschaft Philosophie mit dem Tun offiziell bestallter bzw. sogenannter „führender“ Repräsentanten dieses Fachs an unseren philosophischen Einrichtungen nicht notwendig zusammenfällt. Wie überall hat sich auch in der ehemaligen DDR die Philosophie mit jeder neuen Studentengeneration reproduziert und darin a priori das Konfliktpotential erhalten, ohne das Philosophie nie betrieben worden ist. Die Geschichte der DDR-Philosophie ist in einem die der positiven Selektion des „Reisekaders“ und der negativen Selektion derjenigen, die den Anforderungen der SED-Parteiführung, in mehr als dreißig Jahren von Kurt Hager formuliert und exekutiert durch die Abteilung Wissenschaften des Zentralkomitees der SED, nicht entsprachen. Die Geschichte der DDR-Philosophie ist in einem die der Lobreden auf die Weisheit der Parteiführung *und* die der Verurteilung von „Revisionisten“ und sonst in Ungnade Geratenen.

Man kann die DDR-Philosophie ohne die Wahrnehmung dieses beständigen Konflikts nicht angemessen verstehen. Je nach den bestehenden politischen Lagen hat er sich verschieden dargestellt, in den fünfziger Jahren etwa in drakonischen Zuchthausstrafen selbst für Studenten, später etwas sanfter durch Isolierung und Ausschluss öffentlicher Wirksamkeit. Aber er ist stets virulent geblieben und für jede und jeden, die und der sich der Philosophie verschrieb, Bedingung für die Kalkulation des eigenen Handelns. Und sehr wohl sind Situationen eingetreten, in denen sich in Konflikt geratene Philosophen angesichts der erwarteten Dauerhaftigkeit der deutschen Teilung entschlossen haben, fürderhin keinen aussichtslosen Streit mehr zu wagen und sich in ausbaufähigen Nischen der wissenschaftlichen Produktion zu widmen, darin dem Kaiser gebend, was des Kaisers war (die Überzeugung nämlich von Geltung seiner „historischen Mission“). Solche Nischen fanden sich auch in der philosophischen Lehre, insbesondere in der Philosophiegeschichte.

Das stets vorhandene, weil unvermeidlich reproduzierte Konfliktpotential ist nach der 1980 bis 1982 angesichts der Entwicklung in Polen absolvierten Revisionsmus-Attacke erneut durch Gorbatschows Perestrojka-Politik mobilisiert worden, um sodann auf Grund des „Sputnik“-Verbots zu einem neuen Eklat zu führen: Die SED-Parteiorganisation des Zentralinstituts für Philosophie an der damaligen Akademie der Wissenschaften wandte sich – im Verein mit anderen – gegen diesen absurden Schritt Honeckers, Herrmanns und Hagers. Als dann im August und September 1989 der Flüchtlingsstrom mit dem parteioffiziellen Kommentar versehen wurde, keiner der Abtrünnigen

1 In: Frankfurter Rundschau vom 6. September 1990, S. 9

und „Verräter“ wäre zu bedauern, lief das Fass über. Vor allem jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter forderten die Annahme einer Resolution – noch immer im Rahmen der SED-Parteiorganisation –, mit der die Ablehnung des Kurses der Parteiführung entschieden zum Ausdruck gebracht werden sollte. Zu dieser Zeit wiegelten die offiziellen Repräsentanten, gänzlich befangen im historischen Taumel der Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR, noch alles ab. Sie waren zudem mit der Ausrichtung des Philosophie-Kongresses befasst, der anfangs November 1989 nochmals das Bild von der heilen Welt wenigstens nach außen vorstellen sollte. Außerdem konnten sie nicht sicher sein, ob die Führung nicht doch die chinesische Karte ziehen würde mit Folgen, die die Älteren seit 1956 sehr gut kannten. Jener letzte DDR-Philosophie-Kongress endete kläglich mit dem allzu verspäteten „Bekenntnis“, die Philosophie wäre zur bloßen „Magd der Politik“ verkommen.

Die unvorhergesehene Öffnung der Mauer am 9. November 1989 änderte auch für die Philosophen radikal die Lage. Die jüngeren Vertreter bereiteten mit Hingabe ihr Forum als Gegenveranstaltung zum Philosophie-Kongress vor, die älteren entschlossen sich, jeder auf seine Weise, angesichts der klar erkennbaren Endphase der DDR die bereits längst realisierten Initiativen der jüngeren aufzugreifen, die samt und sonders darauf hinausliefen, die die Person in Studium, Lehre und Forschung entmündigenden abstrusen Vorschriften des politkommissarischen Universitäts- und Akademie-Apparats sowie die hierarchische Struktur geisteswissenschaftlicher Arbeit überhaupt zu beseitigen. Diese Vorschriften bedeuteten z. B., dass kein Mitarbeiter einer Universität oder der Akademie souverän seinen Postverkehr mit wem auch immer betreiben konnte; diese Struktur bedeutete z. B., dass kein Mitarbeiter selbständig Publikations- oder Vortragsabsichten verwirklichen durfte, dass seine Graduierungsinteressen in ihrer Realisierung von für fünf Jahre vorgegebenen zentralen Forschungsplänen oder von der Gnade der Vorgesetzten abhängig waren, daher auf Jahre hinaus verzögert oder auch gänzlich unterbunden werden konnten. Mit dem Verschwinden des Parteiapparats an jeder philosophischen Einrichtung war der Damm gebrochen. Und im Januar 1990 ergriff die Parteiaustrittswelle auch jene, die früher frommen Gemüts keine höhere Ehre kannten als die, folgsame ideologische Parteisoldaten an der „philosophischen Front des Klassenkampfs“ zu sein. Die Parteiorganisation des Zentralinstituts für Philosophie selbst setzte u. a. eine Kommission ein, um die Rechtmäßigkeit der 1981 betriebenen Ausschlüsse von Philosophen zu prüfen – und als statutenwidrig zu beurteilen, was noch im November 1989 von den Akteuren jener Kampagne bestritten wurde. Ähnliche Rehabilitierungen gemaßregelter Philosophen fanden auch anderwärts statt. Auf diese Weise waren im Februar 1990 die langjährigen Existenzbedingungen der an der Akademie betriebenen DDR-Philosophie endgültig aufgelöst, das Korsett des Partei-, Staats- und Sicherheitsapparats zerbrochen, ohne das offizielle „marxistisch-leninistische Philosophie“ nicht ist. Ihre diversen Räte, Leitungs- und Führungsgremien lösten sich auf jammervollste Weise einfach auf, da letztlich niemand mehr

an ihrer Weiterexistenz und Entscheidungsfindung interessiert war, von ihrem demokratisch gänzlich illegitimen Dasein ganz zu schweigen.

Am Zentralinstitut für Philosophie wurde am 9. Februar 1990 ein Wissenschaftlicher Rat gewählt, der die Kompetenz für die Führung der wissenschaftlichen Produktion bei voller Wahrung der persönlichen Verantwortung der Wissenschaftler haben sollte wie auch das Vorschlagsrecht in Bezug auf die Besetzung der Leitungsfunktionen. Nach durchaus kontroverser Debatte wurde Einigkeit darüber erzielt, dass alle wissenschaftlichen Mitarbeiter aktives Wahlrecht, allein die promovierten Mitarbeiter auch das passive Wahlrecht haben sollten. So ist denn auch verfahren worden, und der auf diese Weise gebildete Wissenschaftliche Rat wählte Prof. Hermann Klenner, der mit Abstand die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte, zu seinem Vorsitzenden. Er kennt die Mysterien einer parteibürokratisch subordinierten Wissenschaft aus eigenem Erleben 1958 und 1968 speziell und fühlt sich mit dem Zentralinstitut für Philosophie verbunden, weil es ihm nach diesen „Erfahrungen" die Möglichkeit wissenschaftlicher Produktion bot (eine Möglichkeit übrigens, die auch Herbert Crüger erhielt, der 1958 zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden war). Jetzt hat die Humboldt-Universität Hermann Klenner rehabilitiert.

Harald Fritzschs Frage: „Wohin mit den SED-Professoren?"[1], ist am Zentralinstitut für Philosophie jedenfalls von Professor Manfred Buhr, Direktor dieses Instituts seit der sogenannten Akademiereform, beantwortet worden, ehe der *Spiegel* sie veröffentlichte: Abberufung von der Direktion des Instituts! Die entscheidende wissenschaftsorganisatorische Frage in dieser Forschungseinrichtung bestand nicht darin, ob Repräsentanten des alten Systems gehen, sondern darin, durch wen sie ersetzt werden könnten. Der Anfang März an der Akademie endgültig konstituierte Runde Tisch (Vorsitzender wurde Hermann Klenner) hatte gefordert, dass alle Direktoren und Leiter sich einer Vertrauensabstimmung unterwerfen sollten. Diese Forderung brauchte am Zentralinstitut für Philosophie nicht erfüllt zu werden, weil der Direktor dem Wissenschaftlichen Rat seine Abberufungsabsicht mitgeteilt hatte. Und da im Sinne des basisdemokratischen Aufbruchs am Institut der gewählte Wissenschaftliche Rat das Vorschlagsrecht von niemandem bestritten in Anspruch nahm, war eben nicht Harald Fritzschs Frage die wesentliche, sondern die nach dem neuen Kandidaten.

In einer ganz ähnlichen (offensichtlich aber noch keineswegs abgeschlossenen und auch sehr unterschiedlichen) Weise vollziehen sich seit gut einem Jahr demokratische Umgestaltungen der philosophischen Sektionen bzw. Institute an den ehemaligen DDR-Universitäten: Berlin, Leipzig, Halle, Jena, Dresden und Greifswald, umfassend eingebunden in nunmehr zunehmend landesspezifisch verlaufenden Erneuerungen dieser Universitäten als Ganzes. Parallel zum schon angedeuteten Zerfall der polit-ideologischen Leiteinrich-

1 In: Der Spiegel 44(1990)30, S. 138

tungen philosophischer Arbeit in der DDR führte die vollständige Auflösung der für das sog. „gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenstudium" verantwortlichen Sektionen für Marxismus-Leninismus mit ihrem dogmatisch-trivialisierten „Philosophieanteilen" zu einer ersten bedeutsamen Befreiung der traditionsreichen *Universitätsphilosophie* von ideologisch-sektiererischer Umklammerung und politischer Bevormundung. Insbesondere zerfiel die entscheidende politkomissarische Instanz des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften, unmittelbar unterstellt der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED (Hager, Hörnig/Schirmer), und es kam zur Wiederbegründung eigenständiger Philosophischer Fakultäten bzw. geisteswissenschaftlicher Fachbereiche, in denen die universitätsphilosophischen Institute nunmehr ohne die ihnen 1968 infolge der Ulbricht-Hagerschen III. Hochschulreform übergestülpten „marxistisch-leninistischen" Einengungen fast aller ihrer Lehrgebiete und Lehrstühle wieder entstehen konnten. Sichtbarster Ausdruck dieser Selbstbefreiung und demokratischen Erneuerung war u. a. der Versuch der Formierung eines nunmehr eigenständig agierenden Arbeitskreises „Universitätsphilosophie" der oben genannten vormaligen DDR-Universitäten (unter Leitung von H.-M. Gerlach und einem der Mitautoren des vorliegenden Berichts) mit dem erklärten Ziel, u. a. auch die vorangegangene jahrzehntelange Dominanz durch die Philosophischen Institute der Partei-Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED sowie auch der Akademie der Wissenschaften der DDR insbesondere auf dem Gebiet der philosophischen Forschung, der Publikations- und Reisemöglichkeiten abzubauen.

Vor allem ging und geht es aber um den vollständigen Abbau aller jener pseudowissenschaftlichen (philosophiegeschichtlich „hergeleiteten", wie philosophisch-systematisch „begründeten") ideologisierten Ansprüche auf massenhafte Propagierung einer angeblich allein „wahren" und „allmächtigen" Weltanschauungslehre, die Philosophie unter Verlust ihres eigentlich pluralen Dialog- und Diskurscharakters schließlich zur rein ideologischen Lehrdogmatik mit pseudoreligiösem Bekenntnischarakter entarten ließ. Dogmatisch-sektiererische Schubfächer und ideologisch-ausgrenzende Reduktionismen wie „Idealismus", „spätbürgerlich" oder „Revisionismus" hatten zu einer erschreckenden philosophischen Verarmung, Isolation und Provinzialisierung auf dem Gebiet der Philosophie geführt. Das tatsächliche, vom großen philosophischen Erbe in seiner Gesamtheit *wie* aktuellen gesamtdeutschen, europäischen und weltweiten Breite und Vielgestaltigkeit zunehmend abgekoppelte (allein schon „geregelt" durch einen ideologisch strengstens reglementierten philosophischen Literaturtransfer) Philosophieverständnis wurde insbesondere in sog. philosophischen Weiterbildungskursen gewissermaßen „klassikerzitatenweise" zur politischen Parteitags- bzw. Tageslegitimation verkürzt und entstellt. Dies alles führte schließlich zu einer ebenso verflachten wie unvermittelten Ineinssetzung der Philosophie mit der Politik und Ideologie, zur Deklaration der Philosophie als offizieller „Parteiphilosophie" mit Anspruch auf ein widersinniges und immer unerträglicher werdendes Geltungsmonopol,

in dessen Folge Philosophie tatsächlich zur ideologischen Magd von Politik verkam. Neben der generellen ideologisch-pejorativen Abwertung aller nur denkbaren „nicht-marxistischen“ Philosophien als „vor-“, „früh-“ oder „spätbürgerlich“, als „klassenfeindlich“, „krisenhaft-reaktionär“, „revisionistisch“ oder „konterrevolutionär“, angeklagt des „Verzichts auf Fortschritt, Geschichte, Erkenntnis und Wahrheit“ (M. Buhr), war es vor allem die periodisch immer wiederkehrende Ausgrenzung und Verurteilung eigenständiger philosophischer Denkansätze in unserem Lande, die von Bloch und Lukács bis zu Havemann und Ruben reichten.

Eine wirklich demokratische Erneuerung bzw. Reform unserer philosophischen Einrichtungen, insbesondere der der Universitäten, auf die sich ohne Frage der Schwerpunkt der philosophischen Arbeit (als unabdingbare Einheit von Forschung, Lehre und Studium) in den neuen Bundesländern verlagern wird, kann natürlich ohne eine personelle und fachphilosophische Umstrukturierung (unter Voraussetzung einer Evaluierung) ganz sicher nicht erfolgreich vonstatten gehen. Das sollte sich aber u. E. bei Wahrung der nun endlich errungenen Autonomie der ehemaligen DDR-Universitäten, ihrer Fakultäten und einzelnen Institute in echter Kooperation mit den leistungsfähigen Wissenschaftlern vollziehen. Die nach allen Vorruhestandsregelungen oder sonstigen Umsetzungen noch verbleibende philosophische Hochschullehrerschaft muss bei auch sachgerechter Leistungsanalyse selbstverständlich die Möglichkeit eines Neubeginns haben. Das sollte bei weiterer Ausgestaltung eines eigenständigen Philosophie-Magisterstudienganges sowie einer Wirksamkeit von Philosophie im Rahmen eines fakultätsübergreifenden Studium generale an unseren Universitäten und Hochschulen neben Berufungen aus den Altbundesländern auch die Einstellung an der philosophischen Lehre interessierter und befähigter ehemaliger „Akademie-Philosophen“ einschließen.

Natürlich wissen wir sehr genau, dass die im Zentralinstitut für Philosophie wie in den philosophischen Einrichtungen des Hochschulwesens im Frühjahr 1990 bestehende Situation durchaus lokal und konkret bestimmt gewesen ist, keine Generalisierung des Urteils erlaubt. Je nach der besonderen personellen Zusammensetzung und der vorangegangenen Entwicklung einer Wissenschaftseinrichtung verläuft der Versuch, demokratische Reformen durchzusetzen, verschieden, wird er unterschiedliche Ergebnisse haben. Ist er zugleich an die Frage nach der bloßen Existenz einer solchen Einrichtung gebunden, droht also die Gefahr der Arbeitslosigkeit, kann der basisdemokratische Aufbruch auch das Resultat haben, dass dann oftmals Vertreter des sogenannten „Reisekaders“, langjährige Exekutoren kommunistischer Wissenschaftspolitik gerade deshalb Vertrauensabstimmungen gewinnen, weil ihnen zugetraut wird, die in ihrer tradierten Monopolstellung erlangten Beziehungen zum Erhalt ihrer Einrichtungen nutzen zu können, womit es durchaus zu einer Verzögerung oder gar Unterbrechung der Erneuerung kommt. Das kann niemand überraschen, der sich mit der Geschichte der Demokratie befasst hat. Im Zentralinstitut für Philosophie war jedenfalls im Frühjahr 1990 klar, dass der

bisherige Direktor spätestens im Mai seinen Posten quittieren wollte. Damit hatte er dazu beigetragen, dass die demokratische Reform an diesem Institut ohne Inszenierung lautstarker Querelen in einer durchaus zivilisierten Form absolviert werden konnte.

Der weitere Gang der Ereignisse am philosophischen Institut der ehemaligen DDR-Wissenschaftsakademie ist ohne Rückgriff auf die gegen einen der Autoren 1980/81 realisierte Revisionismus-Attacke nicht zu verstehen. Diese soll hier nicht weiter dargestellt werden.[1] Was jedoch festgehalten werden muss, ist der für die demokratische Reform konkret wichtige Umstand, dass eben jener Angriff, der zunächst jahrlange Isolation bedeutet hat, durch den Herbst 1989 sozusagen als langfristige Investition in die Realisierbarkeit einer Alternative determiniert worden ist. Diese – fast möchte man sagen – „List der Vernunft" ist wiederum durch die jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zentralinstituts für Philosophie verwirklicht worden, die anlässlich des letzten DDR-Philosophie-Kongresses auf gewisse „Leichen im Keller" verwiesen haben, derer man sich erinnern sollte, zumal sie in der Tat noch lebten. Die Folge dieser Erinnerung ist die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission zu den arbeitsrechtlichen Konsequenzen der damaligen Attacke gewesen, deren Ergebnisse am 7. Mai 1990 in einer Mitarbeitervollversammlung einschließlich der Betroffenen, die damals vom Institut gehen mussten, präsentiert worden sind. Die widerspruchslos akzeptierte Konsequenz der Kommission hat darin bestanden, allen vom Institut 1981 verwiesenen Mitarbeitern die Chance zu geben, ihren ehemaligen Arbeitsplatz wieder einzunehmen. Zugleich hat der Bericht dieser Untersuchungskommission dazu geführt, dass nunmehr, also fast zehn Jahre nach den fraglichen Vorgängen, für alle anhand der jetzt zur Verfügung stehenden Akten klar geworden ist, was damals tatsächlich geschehen ist, nicht etwa der anarchisch freche Angriff auf die notwendige Ordnung, sondern die gezielte Domestikation in Abwehr gegen imaginierte polnische Effekte innerhalb der DDR-Philosophie.

Die Arbeit der unabhängigen Untersuchungskommission, die von Frau Dr. Ursula Goldenbaum geleitet worden ist, hat wesentlich dazu beigetragen, dass am Tage ihres Berichts der Wissenschaftliche Rat des Instituts mit 16 von 18 Stimmen den Vorschlag beschlossen hat, einen der Autoren als neuen Institutsdirektor dem Akademie-Präsidenten zur Ernennung zu empfehlen. Diese Ernennung ist am 18. Juni 1990 rückwirkend zum 1. Juni mitgeteilt worden. Und damit ist der Weg auch für die personelle Erneuerung der Leitung des philosophischen Instituts freigemacht worden. Als der *Spiegel* Harald Fritzschs offenen Brief publiziert und mit der Titelfrage „Wohin mit den SED-Professoren?" versehen hat, ist im Zentralinstitut für Philosophie die Beantwortung dieser Frage bereits mit der nach der Verordnung vom 8. Februar 1990 möglichen Antwort entschieden worden: In den Vorruhestand. Diese Entscheidung

1 Die Darstellung wird zur Publikation vorbereitet. – Anm. 2005: Es handelt sich um die vom Wissenschaftlichen Rat des ZIPh beschlossene und von H.-C. Rauh edierte Sammlung „Gefesselter Widerspruch. Die Affäre um Peter Ruben". Berlin: Dietz Verlag 1991

haben Manfred Buhr, Rolf Kirchhoff, Wolfgang Eichhorn und Götz Redlow in eigener Verantwortung getroffen und damit eben das getan, was Verantwortliche eines gescheiterten Unternehmens in zivilisierten Verhältnissen normalerweise tun. Dass dies faktisch möglich geworden ist, ist selbstverständlich Verdienst der demokratischen Bewegung in der ehemaligen DDR. Dennoch ist der persönliche Respekt denen nicht zu versagen, die, wenn es Zeit ist, die praktisch angemessene Konsequenz aus den Ergebnissen des eigenen Tuns ziehen.

Mit der Übertragung der Aufgabe an den Wissenschaftsrat, durch eine Evaluation der Institute der ehemaligen DDR-Wissenschaftsakademie wie der Universitäten Voraussetzungen für eine Neuordnung des vorhandenen ostdeutschen Wissenschaftspotenzials zu schaffen, ist die weitere demokratische Selbstbestimmung an diesen Einrichtungen u. E. de facto zum Erliegen gekommen. Die deutsche Vereinigung hat die Initiative in die Hände der Wissenschaftspolitik gelegt, die ihrerseits alle weiteren Veränderungen von den Ergebnissen der Evaluation abhängig macht. Da dies die Folge der Wahlergebnisse vom 18. März 1990 ist, bleibt nur zu hoffen, dass Evaluatoren wie Wissenschaftspolitiker die in der demokratischen Reform gelegten Keime künftiger Wissenschaftsverfassung im deutschen Osten wahrnehmen werden, um sie in Kooperation mit den betroffenen Wissenschaftlern selbst im Interesse wissenschaftlicher Produktivität wachsen und gedeihen zu lassen. Dies Interesse verbindet uns alle. Jedes Sonderinteresse impliziert erneut Trennung und Gegensatz.

Camilla Warnke

Kommunistische Parteiherrschaft und Wissenschaft

Zur gescheiterten Emanzipation des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der Berliner Humboldt-Universität 1956–1958 [1]

> „Wir gehen unablässig von dem Standpunkt aus, dass die marxistische Gesellschaftswissenschaft einen parteilichen Charakter tragen und unlöslich mit dem Kampf der Partei verbunden sein muss."
> Kurt Hager (auf der 28. ZK-Tagung der SED, Juni 1956)

Das Thema dieser Tagung: das Verhältnis von Philosophie und gesellschaftlicher Praxis, lädt wie kein zweites dazu ein, Erfahrungen aus dem wissenschaftlichen Alltag des real existierenden Sozialismus zu reflektieren. Die berühmte 11. Feuerbachthese, die zweifellos Pate für dieses Thema stand, war einer der in der DDR meist zitierten Sätze von Marx. Er prangte in Marmor gemeißelt unter der Büste des Meisters an der Stirnwand des Foyers der Humboldt-Universität. Und der Bezug auf Platons utopische Vorstellung, dass es gut um den Staat bestellt sei, in dem Philosophen regieren, den Schmied-Kowarzik eingangs seines Vortrags hergestellt hat, war in den Gründerjahren der DDR unter ihren Philosophen sehr beliebt; er war in Vorlesungen so unterschiedlicher Persönlichkeiten wie Kurt Hager und Wolfgang Harich zu hören.

Im Verständnis ihrer Philosophen galt die zu konstituierende sozialistische Gesellschaft nämlich als die endlich realisierbar gewordene Platonsche Utopie, als das künftige Produkt der in die Welt einzubildenden philosophischen Vernunft, die man in Gestalt der marxistischen Theorie zu besitzen glaubte und die ja die Forderung einschließt, die Philosophie aufzuheben, indem sie verwirklicht wird. Mit dieser Aufhebung der Philosophie in der Praxis meinte man auch, den historisch verhängnisvollen Gegensatz von geistloser Macht und machtlosem Geist, der seit dem Zerfall der klassischen Antike immer wieder thematisiert worden war, überwinden zu können.

Diese Hoffnung ist zerronnen. Nicht etwa deshalb, weil die Aufhebung der Philosophie in der Praxis nicht realisierbar gewesen wäre, sondern gerade deshalb, weil dies geschah. Und die Verwirklichung der Idee ist auch in diesem Falle nicht anders ausgegangen als Platons Experiment. Platon hatte, wie die Überlieferung berichtet, um die Polis auf die Basis von Vernunft und

---

1 Erstveröffentlicht in. H. Eidam u. W. Schmied-Kowarzik (Hrsg.): Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis. Auseinandersetzungen mit der Marxschen Theorie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Würzburg: Königshausen & Neumann GmbH 1995, S. 233-249.

Nomos zu stellen, den Inhaber der politischen Macht im Stadtstaat Syrakus, Dionysios I., zum Instrument dieses Planes zu machen versucht. Das Experiment endete mit Platons Verkauf in die Sklaverei, also mit der Verbannung des Trägers der Vernunft aus der politischen Praxis, dem Ausschluss aus der Gemeinschaft der Staatsbürger.

Auch die marxistischen Intellektuellen der DDR wollten mittels Instrumentalisierung der politischen Macht die Idee einer vernünftig eingerichteten Gesellschaft verwirklicht wissen und reihten sich zu deren Aufbau in die herrschende kommunistische Partei ein. Wie im Falle Platons führte dieses Bündnis zur Kollision des Individuums mit der Macht, diesmal mit dem verselbständigten Apparat der Partei, deren Dionysios in den Gründerjahren der DDR Walter Ulbricht hieß, und zum Ausschluss aus der Gemeinschaft der Partei, dem die Vernichtung der bisherigen sozialen Existenz oft auf dem Fuße folgte. Für die Situation der Philosophie insgesamt aber führte die Liaison mit der politischen Macht zu einer Verkehrung des intendierten Zweck-Mittel-Verhältnisses: Sie degenerierte zur Parteiideologie, d.h. zum Mittel, die politischen Ziele der jeweiligen Parteiführung propagandistisch durchsetzen zu helfen, zur „Magd der Politik“, wie in der Philosophenzunft nach der Wende bitter konstatiert wurde.

Nichts scheint einleuchtender als die Forderung der 11. Feuerbachthese, und mit dem Ende des real existierenden Sozialismus ist die Verantwortung der Philosophen für die Gestaltung der Wirklichkeit nicht vom Tisch. Aber, wie der Ausgang der Versuche der Realisierung der vielbeschworenen Einheit von Theorie und Praxis zeigt, nichts scheint schwieriger zu sein, als die Verkehrung ihrer Intentionen ins Gegenteil zu verhindern. Nach solchen Erfahrungen aber kann man nicht umhin, die Praxisbeziehung der Philosophie zu problematisieren.

Der folgende Vortrag ist als Studie zu diesem Thema aus dem Wissenschaftsbetrieb der DDR zu verstehen.

Wohl keines der an Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR gelehrten Fächer hatte unter Studenten einen so miserablen Ruf wie das sogenannte „Gewi-Grundstudium“. Zeit seiner Existenz galt es als Inbegriff dogmatischer Enge, tödlicher Langeweile und Gängelei. Das „gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium“ – so der offizielle Name – war 1951 im Zuge der Neuorganisation des Hochschulwesens als obligatorischer Bestandteil des Studiums eingeführt worden. Gelehrt wurden, gemäß der Leninschen drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus: Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie, Grundlagen der Politischen Ökonomie und Wissenschaftlicher Sozialismus. Die Lehrkräfte für diese Fächer waren in den sogenannten „Instituten für Gesellschaftswissenschaften“ organisiert[1], deren Leitung einem eigens für sie eingesetzten Prorektor unterstellt war, welcher seinerseits dem

1 Seit dem Studienjahr 1959/60 hießen die Institute dann „Institute für Marxismus-Leninismus“ und das Fach „marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium“. Zur Geschichte des Grundstu-

Staatssekretariat für Hochschulwesen unterstand; und beide wurden schließlich von der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED ideologisch angeleitet und kontrolliert. Die Aufgabe des Gewi-Grundstudiums aber sollte die theoretische Vorbereitung der Studenten auf die Praxis der sozialistischen Gesellschaft sein, die im Parteijargon als „Propagierung des Marxismus-Leninismus" bestimmt wurde mit dem Ziel, die Studenten „zur grenzenlosen Ergebenheit gegenüber der Partei der Arbeiterklasse und der SU zu erziehen".[1]

Dieses Ziel und die über seine Realisierung wachenden Apparate schlossen die Möglichkeit, marxistisches Gedankengut frei zu interpretieren oder gar kritisch zu hinterfragen, ideologisch und administrativ von vornherein aus.

Vor dem 20. Parteitag der KPdSU wurde diese Beschränkung vom Lehrpersonal jedoch kaum als solche empfunden. Wohl deshalb nicht, weil es sich überwiegend aus jungen Leuten rekrutierte, die ihre marxistische Bildung nach 1945 in Lehrgängen an Parteischulen, in Antifa-Kursen in sowjetischer Kriegsgefangenschaft oder am Franz-Mehring-Institut in Leipzig erworben hatten, das meines Wissens seit 1950 Lehrer für Marxismus-Leninismus ausbildete. In diesen Kursen war ihnen die stalinistische Variante des Marxismus vermittelt worden, in der Subordination unter die Beschlüsse der Parteiführung - unabhängig von ihrem Inhalt – als praktische Quintessenz für ein normgerechtes Verhalten von Marxisten galt. Denn – so Havemann zugespitzt und im Anschluss an Kołakowski:

„Das Wort Marxist bezeichnet nicht einen Menschen, der die eine oder andere inhaltlich umrissene Auffassung von der Welt besitzt, sondern einen Menschen mit einer bestimmten Geisteshaltung, die durch die Bereitschaft gekennzeichnet ist, Auffassungen zu akzeptieren, die behördlich bestätigt worden sind. Welchen aktuellen Inhalt der Marxismus besitzt, ist von diesem Gesichtspunkt aus ohne Bedeutung - man wird dadurch zum Marxisten, dass man sich bereit erklärt, von Fall zu Fall den Inhalt zu akzeptieren, den die Behörde präsentiert".[2]

Dass die Partei gegen das Individuum „immer immer recht" hat, wie Louis Fürnbergs Liedtext verkündete, war nicht so arg befremdlich für eine Generation, der in der Hitlerjugend Unterordnung, Disziplin und Korpsgeist als selbstverständliche Verhaltensnormen beigebracht worden waren. Und dieses autoritäre Verhaltensmuster blieb zunächst vielfach unberührt beim Übergang zur neuen Weltanschauung. So nimmt es nicht wunder, dass sich die Mitarbeiter des Grundstudiums bis zum 20. Parteitag in der Regel als parteikonforme Propagandisten des Marxismus-Leninismus verhielten, die der Parteiführung kaum Anlass zu ideologischer Schelte gaben. Die Kritik der Studenten am Dogmatismus der Lehre und an ideologischer Gängelei, die seit seiner Ein-

diums vgl. die Einleitung zu: *„Hoffnung kann enttäuscht werden". Ernst Bloch in Leipzig,* dokumentiert und kommentiert von V. Caysa, P. Caysa, K.-D. Eichler u. E. Uhl, Frankfurt a.M. 1992.

1 Arbeitsplan Studienjahr 1953/54 des Instituts für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin (hektographiertes Arbeitsexemplar), S. 1.

2 Robert Havemann, Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemen, hg. v. D. Hoffmann u. H. Laitko, Berlin 1990, S. 193.

führung das Grundstudium permanent begleitete, aber erschien im Selbstverständnis des Lehrpersonals und der Parteiinstanzen als Bestätigung des eigenen Tuns, nämlich als Ausweis dafür, dass man sich dem ideologischen Kampf gegen die Einflüsse des Klassengegners gestellt hatte.

Der 20. Parteitag der KPdSU hat diese unproblematisierte Einheit von Parteivolk und Parteiführung – hier wie in anderen intelligenzintensiven Betrieben der DDR auch – in die Krise gebracht, und sie zerfiel. Indem die Kritik am Stalinismus den Mythos von der Unfehlbarkeit der Partei als Mythos durchschaubar machte und damit zerstörte, setzte sie die ausstehende Emanzipation der Individuen von ihren autoritären Verhaltensstrukturen in Gang.

Es waren zwei Generationen von Parteiintellektuellen, die dies betraf: die Jungmarxisten, die eigenständige politische Urteilsfähigkeit nun überhaupt erst auszubilden begannen. Und es betraf die Elterngeneration, die ihr Verhältnis zur Partei unter der Bedingung des Widerstands gegen die Naziherrschaft realisiert hatte unter der Bedingung von Illegalität, Haft und Emigration; in all diesen Fällen unter der ihres Ausschlusses aus der angestammten staatlichen Gemeinschaft. Diese Situation hat bei vielen Altkommunisten die Tendenz zu polarisierter, entdifferenzierter Freund-Feind-Ideologie verstärkt, die ihnen nicht gestattete, die stalinistische Barbarei wahrzunehmen, geschweige denn zu thematisieren.[1]

Nach 1945 aber wurde dieses ideologische Schema durch den historischen Umstand perpetuiert, dass der kommunistischen Partei in Gestalt der Ostexulanten um Ulbricht und Pieck im Schlepptau der siegreichen Sowjetunion und von deren Gnaden die politische Macht zufiel.

Obgleich jene kommunistischen Westemigranten, die nach 1945 in die sowjetisch besetzte Zone zurückkehrten, dem stalinistischen Geist der Partei kaum weniger blind und unkritisch folgten, wurden sie von der Parteiführung permanent unter Verdacht gestellt, in der Emigration bürgerlich unterwandert worden zu sein. Und von den Parteisäuberungen und politischen Prozessen der 50er Jahre war dieser Personenkreis – als potentielle Gegenelite – unverhältnismäßig stark betroffen, auch in dem hier zu schildernden Falle.

Das personelle Szenario des Gewi-Instituts der Humboldt-Universität setzte sich zur Zeit des 20. Parteitages, mit dem die Geschichte beginnt, aus Personen der skizzierten Gruppen zusammen. Es umfasste ca. 70 Mitarbeiter – in der übergroßen Mehrheit Leute der geschilderten Art und Herkunft. Ab Herbst 1956 kamen einige besser ausgebildete Absolventen mit regulärem fünfjährigen Philosophiestudium dazu, die nicht nur ausgewählte Passagen aus den Schriften der Klassiker des Marxismus und nicht nur diese, sondern auch Kant und Hegel gelesen hatten und darauf brannten, ihr Wissen an den Mann zu bringen. Die Institutsleitung befand sich in den Händen der sogenannten „äl-

1 Zu dieser Situation Stephan Hermlin nach der Wende: „Es blieb uns keine andere Wahl. Zwischen diesem barbarischen Faschismus und dem, was an Schlimmem im Namen des Sozialismus passiert ist, mussten wir unsere Wahl treffen“. In: M. Engelhardt, *Deutsche Lebensläufe. Gespräche*, Berlin 1991, S. 151.

teren Genossen“ – allesamt Mitglieder der kommunistischen Partei vor 1945 und mehrheitlich ehemalige Westexulanten –, deren Anteil jedoch insgesamt nicht mehr als etwa zehn Prozent des Personalbestandes betrug. Der über der Leitung des Grundstudiums thronende Prorektor für Gesellschaftswissenschaften war hingegen ehemaliger Ostexulant und zur Zeit des 20. Parteitags Mitglied des ZK der SED.[1]

Nach dem 20. Parteitag war es um das problemlose Einvernehmen mit der Parteiführung geschehen. Das Lehrpersonal des Grundstudiums fand sich von ihr in die unerträgliche Situation gebracht, von den Studenten mit Chruschtschows Geheimrede konfrontiert zu sein, aber ihren Text offiziell nicht kennen zu dürfen, denn die Parteiführung hatte ihn ja nicht publiziert und hat das auch in der Folgezeit nicht getan. Wollte man genaueres wissen, musste man sich bei der *Welt* bedienen, die den Text im Juni 1956 publizierte.

Statt sich der Kritik des Stalinismus zu stellen und sich mit den stalinistischen Zügen der eigenen Geschichte und politischen Praxis auseinanderzusetzen, gab das Ulbrichtsche Politbüro die Linie vor, keine Fehlerdiskussion zuzulassen, sondern alle Energien auf die grandiose Perspektive der neuen Wirtschaftsziele der Partei zu richten, auf die Modernisierung, Mechanisierung und Automatisierung der Produktion, was in Reaktion auf den 20. Parteitag auf der 3. Parteikonferenz im März 1956 beschlossen worden war.

1 Zur Illustration dieser personellen Gruppierung hier vier biographische Skizzen. Als typisch für die Gruppe der jungen Nachkriegsmarxisten mag *Erwin Gülzow* (1926–1992) stehen. Vater: Telegraphenarbeiter; 1936 Eintritt ins Jungvolk, 1941 in die Flieger-HJ, Ausbildung als Luftwaffenhelfer; 1944 zur Luftwaffe eingezogen, beim Minenlegen verwundet und Unterschenkel amputiert; französische Kriegsgefangenschaft; 1946–48 Ausbildung zum Neulehrer, arbeitet als Lehrer mit Unterbrechungen bis Anfang der 50er Jahre; tritt 1948 der SED bei, wird auf Lehrgängen der Kreis- und Landesparteischule marxistisch geschult; 1953 wird er wissenschaftlicher Assistent am Gewi-Grundstudium der Humboldt-Universität und avanciert nach zweijährigem externen Studium der Geschichte am Franz-Mehring-Institut zum Diplomlehrer für Gesellschaftswissenschaften. – Typisch für die Gruppe der Westemigranten und der sogenannten „älteren Genossen“ ist die Biographie des damaligen Institutsdirektors *Heinrich Saar*, geb. 1920, Vater: Lehrer; in sozialdemokratischem Elternhaus im humanistischen Sinne erzogen; emigrierte mit seinen Eltern 1934 in die Tschechoslowakei, hier Kontakte mit der kommunistischen Partei; 1938 Emigration nach Paris, 1939 Eintritt in die KVJD und in die tschechische Auslandsarmee; wird mit den Resten dieser Armee nach England evakuiert, dient zeitweise in der englischen Armee; 1941 Eintritt in die KPD; 1945 Rückkehr nach Deutschland in die SBZ; Besuch einer Landesparteischule, Parteifunktionen im Hochschulwesen; 1948–1951 Studium an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät in Leipzig; Dozent an der Hochschule für Planökonomie in Berlin für das Gewi-Grundstudium; mit Unterbrechung Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt- Universität von 1953 bis Sommer 1957. – Zu den der Leitung des Grundstudiums angehörenden Westexulanten gehörte auch *Herbert Crüger* (Jg. 1911), dessen Autobiographie vorliegt; vgl. ders., *Verschwiegene Zeiten*, Berlin 1990. – Und schließlich sei die Vita von *Robert Naumann* (1900–1978) skizziert: ursprünglich Werkzeugmacher und Parteifunktionär; bereits 1920 Übersiedelung in die Sowjetunion, wird Mitglied der KPdSU (B); Studium der Politischen Ökonomie an der deutschen Parteischule; ab 1926 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut der „Roten Professur“; 1930–1943 Mitarbeiter im Sekretariat der Komintern; 1943–1950 Dozent und stellvertretender Leiter der Antifa-Schulen in der UdSSR; ab 1950 Prorektor für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität; während der Zeit der hier vorgestellten Kampagne, also zwischen 1956 und 1958 auch Mitglied des ZK der SED. Vgl. H. Crüger, *Verschwiegene Zeiten*, S. 240.

Dieser Linie vermochte das Parteivolk nicht zu folgen. Vor allem die Parteiintelligenz verstand sie als erbärmliches Ablenkungsmanöver, als schlitzohrige Flucht nach vorn aus der Verantwortung für die eigene Geschichte. In den folgenden Monaten nahm daher der Druck auf die Parteiführung zu, die verdrängten humanistisch- emanzipatorischen Intentionen des Marxismus zu reaktivieren und die diesen gemäßen politischen Formen zu entwickeln. D.h. die geforderte Entstalinisierung zielte darauf, Demokratie und Selbstbestimmung zur funktionalen Basis aller Sphären des gesellschaftlichen Lebens zu machen.

Diese Stimmung herrschte auch im Gewi-Grundstudium. Bei einer Vergatterung der Lehrkräfte im Mai 1956 auf die Linie der 3. Parteikonferenz, bei der Kurt Hager – damals Wissenschaftssekretär des ZK der SED[1] – „politische Schwankungen" im Grundstudium rügte, forderten Mitarbeiter, statt in sich zu gehen, eine neue Informationspolitik der Partei: so die Herausgabe eines Informationsbulletins, das schnell und umfassend alle wesentlichen Dokumente der internationalen Arbeiterbewegung publizieren solle.

Seit der Unterschlagung der Chruschtschow-Geheimrede war das Vertrauen des Parteivolkes in die Informationspolitik seiner Führung brüchig geworden. Statt wie früher auf Zuteilung von Informationen zu warten, entstanden vielerorts Beschaffungs- und Austauschsysteme. So auch im Gewi-Grundstudium der Humboldt-Universität. Hier kursierte das Togliatti-Interview zum 20. Parteitag vom Juni 1956, das ein rühriger dienstreisender Kollege aus Westdeutschland eingeschmuggelt hatte, und die Gemüter erhitzten sich an der Frage, ob die Verbrechen der Stalin-Zeit durch die Person Stalins oder das System bedingt waren und welche seiner Konstruktionsfehler für die Entartungen des Sozialismus verantwortlich sind. In maschinenschriftlichen Durchschlägen von Hand zu Hand gingen z.B. auch die Rede Gomułkas vor dem 8. ZK-Plenum im Oktober 1956 mit der faszinierenden Idee der Arbeiterselbstverwaltung und – bei der jugoslawischen Militärmission in Westberlin beschafft – die Rede Titos in Pula zum Ungarn-Aufstand im November 1956.[2] Aber auch die Medien der DDR boten dem Bedürfnis nach Emanzipation Nahrung. So traf die Wochenzeitung *Sonntag* mit ihrer Attacke auf den Dogmatismus den nervus rerum des Grundstudiums, und für die „Hemmnisse des

1 Kurt Hager, geb. 1912, Arbeiterkind, Oberrealschule in Stuttgart, 1931 Abitur; 1929 KVJD; journalistische Tätigkeit; mehrere Monate KZ Heuberg; 1937–39 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg; 1941–1946 Exil in England; 1946 Rückkehr nach Deutschland; seit 1949 Leiter der Abteilung Parteischulung und Parteipropaganda und ab 1952 Leiter der Abt. Wissenschaft und Hochschulen im Parteivorstand bzw. ZK der SED; seit 1949 Ord. Prof. für Philosophie an der Humboldt-Universität; 1950 Kandidat, 1954 Mitglied und ab 1955 Sekretär des ZK der SED, verantwortlich u.a. für Wissenschaft, Volksbildung, Kultur, 1959 Kandidat, seit 1963 Mitglied des Politbüros und Leiter der Ideologischen Kommission beim Politbüro. Vgl. *Wer war wer – DDR*, Berlin 1992, 162.

2 Am rührigsten in der Beschaffung dieser Materialien war Erwin Gülzow (vgl. Fn. Seite 61). Dies war 1958 im politischen Strafrechtsprozeß gegen Saar, Crüger und Gülzow ein für Gülzow strafverschärfendes Delikt.

schöpferischen Marxismus“, die Wolfgang Harich hier im April 1956 namhaft machte, mochte man fürderhin nicht mehr geradestehen müssen. Besonders Georg Lukács’ Plädoyer für friedliche Koexistenz und Dialog der Ideologien, seine Forderung, mit Sektierertum und Dogmatismus radikal zu brechen, bekräftigte eigene Intentionen.[1] Die Botschaft dieses Essays, der im Sommer 1956 erschien: dass, je menschlicher wir den Sozialismus in unseren Ländern erbauen, wir umso mehr seinem Sieg im inter-nationalen Maßstab dienen, war jener Geist, in dem der kritische Teil der Lehrkräfte des Grundstudiums das Studienjahr 1956/57 begann.

Das neue Studienjahr brachte dem Lehrpersonal eine angespannte und schwierige Situation. Der Widerwille der Studenten gegen den Parteistil vieler Lehrveranstaltungen schlug in der Atmosphäre des Tauwetters vielerorts und auch in Berlin in die Forderung um, das Grundstudium überhaupt abzuschaffen.

Weder die Leitung des Instituts noch dessen kritische Geister hielten das für sinnvoll. Das Übel, nach dessen Beseitigung die Studenten verlangten, war nach ihrer Diagnose nämlich nicht der Marxismus, sondern seine dogmatisch entstellte stalinistische Lesart und seine Subordination unter die jeweils aktuellen Losungen der Parteipolitik. Wollte man der studentischen Forderung unstalinistisch, d.h. repressionsfrei widerstehen – und die Leitung des Gewi-Instituts der Humboldt-Universität wollte das –, so musste man das wissenschaftliche Niveau der Lehrveranstaltungen erhöhen. Und dieses Programm, das unter dem Motto des Kampfes gegen den „Hauptfeind Dogmatismus“ stand, verfolgte das Ziel, den Marxismus nicht länger als Parteiideologie, sondern als wissenschaftliche Weltanschauung zu lehren, d.h. als Orientierungs- und Erkenntnismittel, damit sich die jungen Adepten der Wissenschaft in der komplexen, widersprüchlichen Realität zurechtfinden und selbständig politisch richtige Entscheidungen zu treffen vermögen. Dabei hatte man zum einen die gesellschaftliche Wirklichkeit im Blick, für deren Erkenntnis man mit einem undogmatisch gehandhabten Marxismus – mit Historischem Materialismus, Politischer Ökonomie und Wissenschaftlichem Sozialismus – den Schlüssel in der Hand zu haben meinte. Zum anderen bemühte man sich – im Anschluss an Engels’ Projekt zur Dialektik der Natur – den Naturwissenschaftlern fachverbundene Philosophievorlesungen anzubieten, geeignet, im Zeitalter eines ausdifferenzierten Wissenschaftssystems den bornierenden Folgen der wissenschaftlichen Arbeitsteilung entgegenzuwirken.

Wenngleich dieses Programm mit den wissenschaftlich größtenteils un-

1 Georg Lukács, „Der Kampf des Fortschritts und der Reaktion in der heutigen Kultur*“, Aufbau*, XII. Jg. (1956), H. 9, 761–776. – Ein aus heutiger Sicht eher kurioses Faktum am Rande: Damit seine Dozenten den kritischen Dialog mit dem weltanschaulichen Gegner wissenschaftlich solide führen können, ließ der Direktor des Instituts, Heinrich Saar, von dessen Schreibkräften G.A. Wetters dickleibiges, 1952 erschienenes, gleichfalls von Gülzow aus Westdeutschland eingeschmuggeltes Buch *Der dialektische Materialismus* abschreiben und die Durchschläge an die lesenden Kräfte verteilen. Der Neothomismus war Mitte der 1950er Jahre der Lieblingsfeind der DDR-Philosophie.

zulänglich ausgebildeten Leuten nur dilettantisch realisierbar war und man zudem das herkömmliche System des Marxismus-Leninismus unhinterfragt bestehen ließ, war mit ihm ein marxistisches Studium generale intendiert.

An engerer Verbindung der Mitarbeiter des Grundstudiums mit den Fachwissenschaftlern war auch die Parteiführung interessiert. Im Mai 1956 wurde auf höchster Parteiebene beschlossen, die Parteigrundorganisationen der Gewi-Institute aufzulösen und deren Mitglieder an den von ihnen jeweils fachlich betreuten Fakultäten parteimäßig zu organisieren.[1] Dieser Beschluss fand bei den Betroffenen große Zustimmung. Aber für die Parteiführung war der Sinn dieser Bindung primär der, die vor allem an den naturwissenschaftlichen Fakultäten oft recht schwachen Parteiorganisationen zu stärken, um mit ihrer Hilfe die parteipolitische Linie in den Fakultäten besser durchsetzen zu können.[2] Und in der Zeit der Ungarn-Ereignisse im Oktober/November 1956 hat sich diese Strategie der Parteiführung dann auch bewährt.

Der unterschiedlichen Motive für diese Maßnahme waren sich beide Seiten damals wohl kaum bewusst, sondern jede unterstellte der anderen ihre eigenen Ziele. Unter diesem Aspekt ist die Geschichte des Verhältnisses der Wissenschaftler zur Parteiführung auch eine Geschichte permanenter Missverständnisse gewesen.

Im Frühsommer 1956 wurde der Diskurs zwischen Parteiführung und wissenschaftlicher Parteiintelligenz wesentlich von der Auseinandersetzung um Dogmatismus und wissenschaftlichen Meinungsstreit bestimmt. In Wirklichkeit waren das zwei Diskurse, zwei verschiedene Kontexte, in denen die Termini nicht dasselbe meinten. Und wenn sich Walter Ulbricht auf dem Höhepunkt der Tauwetterperiode wiederholt zu der Aussage genötigt sah, der Dogmatismus sei das „Haupthindernis“ der Entwicklung, so würde die Analyse der einschlägigen Texte zeigen, dass sich das zugehörige Vorstellungsfeld von dem der Wissenschaftler unterschied. „Dogmatisch“ war im Parteiidiom synonym mit „lebensfremd“, und als „lebensfremd“ galt ein Denken und Verhalten, das der jeweils „konkreten“, sprich, der von der Parteiführung definierten politischen Lage und Zielvorgabe nicht angemessen ist. „Wer an den Beschlüssen der Partei vorbeigeht, hat das Leben nicht verstanden.“[3] Mit solcher Bestimmung des Dogmatismus konnte sich Ulbricht – ohne sich selbst

1 Z.B. sollte der Dozent, der Philosophie an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät las, auch deren Parteigrundorganisation angehören.

2 Die Auflösung der Parteiorganisationen des Grundstudiums geht auf einen Beschluss der Parteiführung vom Mai 1956 zurück. Den von der Partei mit dieser Maßnahme verbundenen Sinn hat Naumann wie folgt charakterisiert: „Die Genossen wurden in die Parteiorganisationen und Institute überführt, in denen sie arbeiten, um eine engere Verbindung der marxistisch-leninistischen Ausbildung unserer Studenten mit den in den betreffenden Fakultäten und Instituten bestehenden Problemen zu erzielen und so zu engerer Verbindung der politischen ideologischen Ausbildung mit dem politischen Leben und den ideologischen Problemen des akademischen Nachwuchses an den einzelnen Fakultäten zu gelangen“. Vgl. Robert Naumann, Referat auf der Vollversammlung des Instituts für Gesellschaftswissenschaften vom 23.10.57, ZPA (*Zentrales Parteiarchiv*), IV 2/ 904/ 703/ 81.

3 Typisch hierfür Robert Naumann: „Parteilichkeit ohne Partei bleibt eine Phrase. Wer an den Beschlüssen der Partei vorbeigeht, hat das Leben nicht verstanden“. (Protokoll des Plenums des

untreu zu werden – als Kämpfer gegen ihn aufspielen und den schwarzen Peter an das oft „langweilige“ Grundstudium weitergeben, das dogmatisch sei, weil es – statt sich an das von der konkreten Parteipolitik bestimmte Leben zu halten – vom Übel „abstrakter Marxismus-Darstellung“, von „Buchstabengelehrtheit“ befallen sei.[1]

Gravierend verschieden waren auch die Vorstellungen, die Wissenschaftler und Parteifunktionäre mit dem damals vielbeschworenen „wissenschaftlichen Meinungsstreit“ zur „schöpferischen Entwicklung“ des Marxismus-Leninismus verbanden. Die für das Parteiverständnis typische Auffassung lässt sich kurz so zusammenfassen: wissenschaftlicher Meinungsstreit zur schöpferischen Entwicklung des Marxismus unter Führung der Partei.[2]

Während Meinungsstreit im Kontext der Wissenschaft Mittel zur Wahrheitsfindung und diese ein Diskurs mit durchaus offenem Ausgang ist, war er im Kopf des kommunistischen Parteifunktionärs ein Diskurs mit feststehendem Resultat: nämlich mit der Durchsetzung der Parteidoktrin, die in ihrer Wahrheit (exakter: Gültigkeit) vorausgesetzt ist, gegen ideologische Widerstände. Während also im ersten Falle der Streit der Meinungen als methodos, als unvermeidlicher Weg zur Erreichung des in seiner Bestimmtheit offenen Zieles gilt, erscheint er im zweiten Falle eher als Umweg, als Instrument der politisch-ideologischen Unterwerfung unter das hinsichtlich seiner Bestimmtheit fixierte Ziel.

Die Verschiedenartigkeit der beiden Diskurse und ihre Beziehung aufeinander wurde als Verhältnis von Wissenschaftlichkeit (resp. Objektivität) und Parteilichkeit thematisiert, und im Hinblick auf seine Bestimmung lassen sich zwei Positionen unterscheiden. Man konnte die Beziehung als logos, als Verhältnis zweier gegeneinander relativ autonomer Diskurse verstehen. Diese Auffassung verteidigte damals beispielsweise Georg Klaus gegen die Tendenz, die Objektivität von wissenschaftlichen Theorien zu bestreiten, nur weil sie unter dem Vorzeichen „bürgerlicher Ideologie“ entstanden seien, wie das z.B. in den frühen 50er Jahren in der Logik-Debatte und in der Diskussion um die Relativitätstheorie der Fall gewesen war. In Bezug auf die Naturwissen-

Instituts für Gesellschaftswissenschaften der Humboldt-Universität vom 04.12.57, *ZPA*, IV 2/ 904/ 703/ 77.)

1 Vgl. diesbezgl. Walter Ulbricht, „Zur wissenschaftlichen Diskussion an den Universitäten. Aus der Rede auf der Tagung des Parteiaktivs der Humboldt-Universität Berlin“, *Neues Deutschland,* 21.06.1556, S. 3.

2 Typisch für die Parteiauffassung des wissenschaftlichen Meinungsstreites sind z. B. auch die folgenden Sätze R. Naumanns: Wir brauchen die Entwicklung des Meinungsstreits „so dringend, wie der Mensch die Luft braucht. Wir brauchen ihn, um den Lehrkörper zu überzeugen und für die Verwandlung unserer Universitäten zu gewinnen. Wir brauchen ihn für die politisch- ideologische Erziehung unserer Studenten. […] Aber wir müssen uns auch darüber klar sein, dass man die Frage des Meinungsstreites nicht abstrakt, sondern konkret behandeln muss. Wir führen doch nicht einen Meinungsstreit überhaupt um des Meinungsstreites willen, sondern um die Festigung der Positionen des Sozialismus und die Stärkung des Kampfes um die Einheit Deutschlands. Wer das nicht versteht oder vergisst, der hat das Wesen des Meinungsstreites nicht verstanden.“ (Referat auf der Vollversammlung … vom 23.10.57, 93 f.)

schaften wurde diese Position nach der Pleite mit Lyssenko parteioffiziell auf lange Sicht auch akzeptiert.

Anders lag die Sache bei den sogenannten „Gesellschaftswissenschaften", die das Epitheton „marxistisch-leninistisch" meist schon im Namen trugen. Ihnen ist es Zeit der Existenz der DDR nie vollständig gelungen, die Autonomie des Wissenschaftsdiskurses vom Parteidiskurs durchzusetzen. Die herrschende Beziehung blieb die der Subordination unter die Parteiideologie, denn auch die für die Wissenschaft jeweils verbindliche Marxismus-Interpretation wurde im Parteidiskurs festgelegt, was unmissverständlich in der oben zitierten Redeweise von der schöpferischen Entwicklung des Marxismus unter der Führung der Partei ja auch ausgesprochen ist.

Dass diese Vorstellung in sich widersprüchlich, ja absurd ist, wurde in der Regel nicht wahrgenommen, da der Genosse Wissenschaftler selbst dieser Widerspruch in Personalunion war. Sein Ethos als Wissenschaftler verlangte, den Meinungsstreit nach den Regeln des wissenschaftlichen Diskurses zu führen, sein Verhaltenskodex als Genosse, die ideologische Hegemonie seiner Partei zu akzeptieren. Der Widerspruch wurde meist durch Kompromiss gelöst. Die Forderung nach parteiunabhängiger Entwicklung der Wissenschaft wurde zu der nach ideologisch großzügigerer Handhabung der Führungsrolle herabgemindert, was faktisch jedoch auf den Verzicht auf Autonomie, auf die Subsumtion der Wissenschaft unter die Parteiregie hinauslief.

Dieses Verhaltensmuster der Parteiintelligenz aber sorgte dafür, dass die mit dem 20. Parteitag einsetzende Emanzipation mit Hilfe der eigenen Zunft erstickt wurde. Die Parteiführung vermochte nämlich ein Potential von Mitstreitern zu mobilisieren, das ein schwach entwickeltes wissenschaftliches Profil und Ethos mit einem stark ausgeprägten parteipolitischen Engagement verband, für das die Subordination der Wissenschaft unter die Parteipolitik selbstverständlich war. Als Repräsentant dieses Typs kann etwa der aus der Bloch-Kampagne unrühmlich bekannte Leipziger Philosoph und Hochschullehrer Rugard Otto Gropp gelten. In unserer Geschichte spielte diesen Part der Prorektor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, ZK-Mitglied und Professor der Ökonomie, Robert Naumann.[1]

„Anstatt andere Genossen, die in der Wissenschaft etwas geleistet haben, niveaulos anzugreifen", sollte der Genosse Naumann „endlich einmal nach sechs Jahren in der DDR eine selbständige wissenschaftliche Arbeit vorlegen"[2] – so der Sprachwissenschaftler Wolfgang Steinitz auf der 28. ZK-Tagung im Juli 1956 in treffender Charakteristik dieses Mannes. Und keiner beschwor die Praxisverbindung der Theorie stärker als eben dieser Verhaltenstyp. Aber auch jene Gruppe der Intelligenz mit entwickeltem Wissenschaftsethos, die – wie Steinitz – der Parteiführung damals vorwarf, „einerseits nach wissenschaftlichem Meinungsstreit [zu] rufen, aber gleichzeitig Maßnahmen [zu] ergreifen,

1 Vgl. Fn. Seite 61.

2 Vgl. den Diskussionsbeitrag von Prof. Wolfgang Steinitz auf der 28. Tagung des ZK der SED vom 27.07.–29.07.56 (parteiinterner Druck), ZPA, IV2/1/83/42.

die seine elementaren Voraussetzungen verhindern“[1], forderte nicht die Autonomie der Wissenschaft, sondern nur eine bessere Wissenschaftspolitik der Partei, denn auch Steinitz subsumierte die Wissenschaft unter die Ideologie.[2]

Diese widersprüchliche Determination ihres Verhaltens aber machte die Parteiintelligenz für Schuldzuweisungen anfällig. Als im Oktober/November der Ungarn-Aufstand ausbrach und die Parteiführung der SED dafür u.a. Lukács und den Petöfi-Kreis haftbar machte, gingen die Parteiintellektuellen in sich, und nicht wenige waren geneigt, sich ihre reformerischen Ideen und parteioppositionellen Umtriebe als Versagen im Klassenkampf anzurechnen. Diese Selbstentwaffnung aber erleichterte es Ulbricht, mit seinem Machtapparat bis zur 35. ZK-Tagung im Februar 1958 schrittweise alle reformerischen und emanzipatorischen Ansätze zu zerschlagen. Die Reform des Grundstudiums gehörte zu ihnen, und ihre gewaltsame Beendigung war nur eine der zahlreichen Aktionen zur Verwirklichung dieses Ziels.

Im Sommer 1956 konnte von ideologischer Selbstentwaffnung jedoch noch keine Rede sein. Man hielt sich im Grundstudium an die der Parteiführung abgenötigten Erklärungen zu Dogmatismus und Meinungsstreit[3] und legte sie im Sinne der eigenen Reformbestrebungen aus. Man fühlte sich durch die Aufforderung Hagers bestärkt: man möge „experimentieren“, um die richtigen Formen für die Lehrtätigkeit des Grundstudiums zu finden. Und im Reformklima des Frühjahrs 1956 beschloss die Leitung des Berliner Gewi-Instituts mit Rückhalt im Staatssekretariat für Hochschulwesen (das in der Reformwelle mitschwamm), einen neuen liberalen Leitungsstil einzuführen. Zwar sollte den Lehrveranstaltungen nach wie vor der staatliche, zentral vorgegebene, einheitliche Lehrplan zugrunde liegen, aber dieser konnte seit dem Studienjahr 1956/57 je nach Fakultät und wissenschaftlicher Individualität des Lehrenden modifiziert werden.

So hat damals Dr. Friedrich Herneck, an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät lehrend, statt der im Plan vorgesehenen zwei- eine achtstündige Vorlesung zu den Problemen eines modernen Materiebegriffs gehalten; so plante einer der neu engagierten Philosophie-Absolventen, mit höheren Semestern ein Kant-Seminar zu veranstalten. Und ich selbst, mit frisch erworbenem Philosophie-Diplom in der Tasche, brannte lehrplanwidrig darauf, meine eben aus Marxens Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten gewonnenen Einsichten in das Weltgetriebe an die Studenten der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät weiterzugeben.

1 Ebd.

2 Vgl. ebd., 40.

3 Auf der Parteiaktivtagung der Humboldt-Universität bezeichnete Ulbricht höchstselbst den Dogmatismus als „Haupthindernis“. Er erklärte hier wörtlich: „Wir wünschen, dass an den Universitäten und Hochschulen eine Atmosphäre schöpferischer wissenschaftlicher Aktivität, des wissenschaftlichen Meinungsstreits herrscht. Wir möchten, dass die Studenten zu selbständig denkenden Wissenschaftlern werden.“ Und gegen das zum Teil „langweilige“ Grundstudium empfahl er „die schöpferische Entwicklung der marxistisch-leninistischen Lehre unter Führung der Partei der Arbeiterklasse“. (W. Ulbricht, „Zur wissenschaftlichen Diskussion an den Universitäten“, 3.)

Konform mit der Orientierung, den Studenten philosophisches und gesellschafts-wissenschaftliches Wissen zu vermitteln, statt sie ideologisch zu erziehen, war die Praxis, die bis dahin obligatorischen Prüfungen wahlweise durch Seminarscheine und der Fachdisziplin der Studenten thematisch nahestehende Hausarbeiten zu ersetzen.[1] Der Erfolg der Reformansätze aber war unübersehbar. Denn wem es gelang, dem Grundstudium den Charakter eines marxistischen Studium generale zu geben, der konnte des Interesses seiner Studenten gewiss sein.

Die Generation, die 1956 die DDR-Universitäten bevölkerte, war in ihrer Mehrheit nämlich nicht antimarxistisch und antisozialistisch gesinnt. Ihr Protest galt den autoritären stalinistischen Strukturen des Systems, und das auch dort, wo er sich als Forderung nach Abschaffung des Grundstudiums artikulierte. Die Ziele der damaligen oppositionellen Studentengruppen vermögen darüber Auskunft zu geben; sie waren in aller Regel reformsozialistischer Natur.[2]

Reformsozialistische Ideen und Diskussionen standen auch hinter der Liberalisierungspraxis des Grundstudiums. Ihren Kern hat im Sommer 1956 einer der jungen Dozenten des Instituts in einem Thesenpapier zusammengefasst. Dieses später als „konterrevolutionäre Plattform“ denunzierte Papier enthielt u.a. Vorschläge wie die: den Betrieben größere Selbständigkeit zu geben und die Arbeiter nach jugoslawischem Modell über Arbeiterräte an der Leitung der Betriebe zu beteiligen; die Volksarmee durch eine Volksmiliz zu ersetzen; die Verselbständigung des Parteiapparates gegenüber den Mitgliedern und der Partei gegenüber dem Volk aufzuheben; die Opfer des Stalinismus in der DDR zu rehabilitieren und die für sie Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen usw.

Spätestens mit dem Ungarn-Aufstand und seinen Erscheinungen des weißen Terrors kam die reformsozialistische Debatte im Grundstudium ins Stocken. Man befürchtete angesichts von Unruhen an der Veterinärwissenschaftlichen Fakultät der Humboldt- Universität und anderer Turbulenzen das Übergreifen des Aufstandes auf die DDR, ging in sich und begann zu vergessen, dass es je ein solch ketzerisches Papier gegeben hatte. Die Verhaftung Harichs Ende November 1956, die 30. ZK-Tagung (31.1.–1.2.57), auf der Ulbricht – unter dem Motto: nicht der Dogmatismus, sondern der Revisionismus ist die „Hauptgefahr“ – den Rundumschlag gegen alle Reformideen führte,

1 Gegen diese Liberalisierung der Bewertungspraxis machte ein Mitarbeiter des Staatssekretariats für Hochschulwesen auf dem Institutsplenum vom 04.12.57 geltend, dass auch die „Prüfungen Instrument des Klassenkampfes an den Universitäten“ zu sein hätten. Vgl. Protokoll … vom 04.12.57.

2 Vgl. M. Jänicke, *Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953*, Teil II, Köln 1964, 135: „Nach allem, was über die studentischen Oppositionsgruppen zu erfahren war, vertrat keine von ihnen Zielstellungen, die den Rahmen allgemeinsozialistischer Vorstellungen gesprengt hätten. Es spricht im Gegenteil vieles dafür, dass gerade dieser militanteste Teil der studentischen Opposition von 1956/57 am stärksten durch das polnische bzw. jugoslawische Beispiel und die damals im Ostblock allenthalben auftretenden sozialistischen Erneuerungsbestrebungen bestimmt wurde.“

die Kampagne gegen Bloch und seine Schüler, gegen die Reformkonzepte in der Ökonomie (Behrens und Benary) taten ein übriges, die quer zur Parteilinie liegenden Diskussionen im Grundstudium zu beenden.

Die skizzierte liberale Handhabung der Lehrtätigkeit blieb von diesem ideologischen Rückzug zunächst mehr oder weniger unberührt, bis sie mit Beginn des Studienjahres 1957/58 zum Stein des Anstoßes wurde. Denn Anfang 1957 war mit der Entscheidung, dass die Einbindung der DDR ins sozialistische Lager „unwiderruflich" sei, gleichzeitig beschlossen worden, die Universitäten und Hochschulen der DDR in sozialistische umzuwandeln. Und hatte die Parteiführung angesichts der offenen Deutschlandfrage geduldet, dass das Grundstudium als marxistisches Studium generale verstanden wurde, so war diese Toleranz jetzt vorbei. Das Grundstudium galt nun neben SED und FDJ als „das dritte wichtige Glied zur Gestaltung des sozialistischen Bewusstseins unserer akademischen Jugend", als das „wichtigste Werkzeug der Partei und Regierung an den Hochschulen und Universitäten, das sozialistische Bewusstsein in die Intelligenz […] zu tragen."[1] Wichtigstes Werkzeug deshalb, weil sich der Student der SED, vielleicht noch der FDJ, nicht aber dem für einen erfolgreichen Abschluss des Studiums obligatorischen Grundstudium entziehen konnte.

Die Demontage war als wohlorganisierte Kampagne angelegt. Ihr spiritus rector, Prorektor Naumann, eröffnete sie im Oktober 1957 vor dem versammelten Institutsvolk mit einem mehrstündigen Referat. Haupttenor war die Kritik an der Leitung des Instituts: Sie habe zu wenig Augenmerk auf die Auswertung der Parteibeschlüsse gelegt, also die Trennung von Wissenschaft und Politik, Wissenschaft und Praxis betrieben. Als Paradefall für diesen Vorwurf diente hier und in der weiteren Kampagne die Lehrtätigkeit des Dozenten Dr. Friedrich Herneck.[2]

Der zweite Vorwurf, der – wie der alte Komintern-Mann wohl wusste – für die Betroffenen noch bedrohlicher war, bestand in der minutiösen Aufzählung „politischer Schwankungen" der Institutsleitung nach dem 20. Parteitag und in dem Verdacht: die im kleinen Kreise geführten politischen Gespräche deuteten auf „Elemente eines gruppenmäßigen Zusammenhanges" hin.[3]

Nimmt man den Fraktionsvorwurf mit dem Umstand zusammen, dass kurz zuvor in Vorbereitung der 33. ZK-Tagung den ZK-Mitgliedern eine umfangreiche und detaillierte „Analyse der Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz"[4] zugegangen war, die Naumann kennen musste, und stellt man in Rechnung, dass – entgegen normaler Versammlungspraxis – alle weiteren Institutsplenen in dieser Kampagne nahezu wörtlich protokolliert wurden[5], dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren,

1 R. Naumann, Referat auf der Vollversammlung … am 23.10.57, 117.
2 Vgl. ebd., 132 f.
3 Ebd., 109.
4 Vgl. „Analyse der Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz", ZPA IV /I /182.
5 Vgl. Protokoll des Institutsplenums vom 04.12. und vom 11.12.57, ZPA IV / 2 / -904 / 703.

dass hier bewusst und geplant die „Entlarvung“ einer weiteren Feindgruppe inszeniert worden ist.

Es ist hier nicht mein Thema, den Verlauf der Kampagne nachzuzeichnen, mit der im einvernehmlichen Zusammenwirken von Partei- und Staatsorganen eine „partei- und staatsfeindliche Gruppe“ nach geradezu klassischem Klischee zurechtgezimmert wurde: Die ideologisch aufgeweichten Westemigranten Saar und Crüger haben die jungen Nachwuchsgenossen – im Prozess repräsentiert durch Gülzow – politisch „irregeleitet“ und werden von wachsamem Ostexulanten überführt.

Mit der Verhaftung dieser Personen fand die Kampagne im März 1958 ihren Abschluss, und das im Dezember auf der Basis des (seit Februar 1958 geltenden) Strafrechtsergänzungsgesetzes nach § 13, Abs. 1,24 gefällte Urteil lautete: für Heinrich Saar und Herbert Crüger je acht, für Erwin Gülzow fünf Jahre Zuchthaus wegen „schweren Staatsverrats“.[1]

Flankiert wurde dieser Vorgang durch Stasi-Verhöre der Mitarbeiter, Parteiverfahren und die Entfernung uneinsichtiger Sympathisanten aus dem Institut. Nach diesem Säuberungs- und Disziplinierungsprozess war es nicht wiederzuerkennen. Von den im Vorlesungsverzeichnis 1957/58 namentlich ausgewiesenen 74 Mitarbeitern waren im Studienjahr 1958/59 24 nicht mehr präsent, also ein Drittel ausselektiert. Und auch die Verbliebenen waren durch eine von den Partei- und Staatsorganen seit Oktober 1957 pausenlos in Tätigkeit gehaltene Mühle gegangen, in der sie in wechselseitiger Denunziation demontiert worden waren und sich in Selbstbeschuldigungen kleingemacht hatten. Stolz meldete die Parteileitung der Humboldt-Universität, pünktlich zu Beginn der 3. Hochschulkonferenz der SED (28.2.–2.3.1958), auf deren Tagesordnung die Entwicklung der Hochschulen zu sozialistischen Universitäten stand: Das Gewi-Institut der Humboldt-Universität könne nunmehr seiner Rolle als „Kampfinstrument“ der Partei gerecht werden.[2]

Es versteht sich, dass der am Ende der Kampagne stehende Gerichtsprozess die Liberalisierung der Lehrtätigkeit natürlich nicht direkt zum Gegenstand der Anklage machen konnte; im juristischen Kontext trat dieser nur als ideologisch-moralischer Hintergrund für die politische Plattform in Erscheinung. Analysiert man jedoch die gut dokumentierte Kampagne in ihrem Gesamtverlauf, so kehrt sich die Gewichtung um. Ihr Sinn bestand genau darin, die wissenschaftspolitische Konzeption der Parteiführung für das Grundstudium durchzusetzen. Und die sich im Verlaufe der Kampagne bietende Chance, aufgrund bestimmter zutage geförderter Daten eine staatsfeindliche Gruppe à la Harich ausmachen zu können, war für die Parteiinstanzen sozusagen ein zusätzlicher Glücksfall, ein willkommenes Mittel zur Realisierung ihres Zieles.

Daher richtete sich in der ersten Phase der Kampagne die Kritik auf die Lehr- und Publikationstätigkeit von Friedrich Herneck. Denn er war derjenige

1 Vgl. H. Crüger, *Verschwiegene Zeiten*, 198.

2 Vgl. G. Gericke, „Klarheit durch Auseinandersetzung. Vom erfolgreichen Kampf gegen unmarxistische Anschauungen an der Humboldt-Universität“, *Neues Deutschland* 27.2.58, 4.

unter den Mitarbeitern des Instituts, der die Tendenz, die marxistische Philosophie als Wissenschaft aufzufassen und im Sinne eines Studium generale zu lehren, am reinsten verkörperte und am profiliertesten betrieb. Mit zahlreichen Publikationen hatte er sich an naturwissenschaftlich-philosophischen Debatten beteiligt und für einen undogmatischen Umgang mit dem Marxismus gestritten, u.a. für eine Revision der unter Marxisten grassierenden borniert-einseitigen Urteile über E. Mach und A. Comte.[1] Da dieser Umgang mit dem Marxismus auf einen Teil der jungen Dozenten großen Einfluss hatte, musste Herneck nach Maßgabe der Parteiinstanzen entweder zum Widerruf gebracht oder aus dem Grundstudium entfernt werden.

Folgerichtig begann die Kampagne damit, dass das Staatssekretariat für Hochschulwesen die Arbeit des Grundstudiums an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, an der Herneck lehrte, zu untersuchen hatte, und – wohl wissend, worum es gebeten war – das Urteil: Vernachlässigung der politischen Erziehungsarbeit fällte.[2] Begleitet wurde die Kampagne durch öffentliche Polemik in der *Humboldt-Universität*, der Zeitschrift der Universitäts-Parteileitung, im *Neuen Deutschland* und im Referat Kurt Hagers auf der 3. Hochschulkonferenz.[3] Da Herneck sich zum Widerruf nicht verstand, wurde er parteioffiziell unter die „Revisionisten" eingereiht, was gleichbedeutend mit seinem Ausschluss aus der Partei und seiner Entlassung aus dem Grundstudium war. Beides fand im März 1958 mit der folgenden Begründung statt:

1 Friedrich Herneck (1909–1993). 1941 Promotion in Erlangen zu einem germanistisch-sprachwissenschaftlichen Thema; Soldat im 2. Weltkrieg, studiert in sowjetischer Kriegsgefangenschaft die Werke Lenins und wird Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland; tritt 1945 der KPD bei; 1949 Lehrer an der Landesparteischule Potsdam; Herneck erhielt zwei Parteistrafen: eine für „Sozialdemokratismus", die zweite 1958 wegen „Revisionismus", der u.a. in der „Verherrlichung" von Mach, Ostwald und Einstein bestand. Nach seiner Entlassung aus dem Gewi-Grundstudium arbeitete er an einer dreibändigen Geschichte der Humboldt-Universität. – Die anstößigen Publikationen Hernecks waren u.a.: „Am entscheidenden Punkt vorbei", Sonntag (07.10.56); „Die Rolle des Positivismus in der Physik", Rundfunkvortrag (06.01.57); „Über den Zweifrontenkrieg in der marxistischen Philosophie", Rundfunkvortrag (14.07.57); „Warum gehört dem Sozialismus die Zukunft?'1, *Wissenschaft und Fortschritt*, 11 (1957); ferner Publikationen über Ostwald, ebd., 3 (1957) und über Ernst Mach in *Wiss. Z. d. Humboldt-Universität*, 3 (1956/57). – Zur Kritik an Hernecks Positionen: H. Taut, „Marxistische Philosophie ist unvereinbar mit revisionistischen Auffassungen", *Neues Deutschland* (18.12.57). Hier heißt es, Herneck verkörpere „in Reinkultur die Methodologie einer flachen, eklektischen und positivistischen ‚naturwissenschaftlichen Zubereitung' der marxistischen Philosophie, die Methodologie der Trennung von Wissenschaft und Politik, eines unverbindlichen Herumphilosophierens", es handle sich bei ihm um „ein Herumschleichen um einen klaren Klassenstandpunkt". – In der *Humboldt-Universität*, dem Organ ihrer Parteileitung, wurde zur selben Zeit eine ideologische Kampagne gegen Herneck geführt: H. Taut u. H. Klotz, „Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften", Beilage 4 (02.12.57); G. Gruse, „Hic Rhodus, hic salta, Genosse Herneck", 4 (10.03.58); W. Besenbruch, „Die Linie ist falsch", ebd.; und unter dem Titel: „Dr. Herneck auf der Linie unserer Feinde" erschien ebd., 5 (24.03.58), eine Stellungnahme der Leitung des Instituts für Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium zu Hernecks „Verfehlungen".

2 Vgl. Bericht der Brigade des Staatssekretariats für Hochschulwesen am Institut für Gesellschaftswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin in der Zeit vom 18.11.–23.11.1957, ZPA IV / 2 / 904 / 703 / 10.

3 Vgl. Kurt Hager, „Der Kampf für die sozialistische Hochschule", *Neues Deutschland* 01.03.58, S. 4.

„Als Dozent an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät hat Genosse Dr. Herneck seine Funktion als sozialistischer Erzieher sträflich vernachlässigt. Genosse Herneck verkannte völlig den weltanschaulichen Charakter des dialektischen Materialismus und sah in ihm bestenfalls ein methodisches Forschungsinstrument. Es kommt aber in der sozialistischen Erziehung gerade darauf an, den Studenten, Assistenten und Professoren die Weltanschauung der Arbeiterklasse klarzumachen. Genosse Dr. Herneck stützte sich in seiner Lehrtätigkeit nicht auf die Beschlüsse der Partei, wozu er verpflichtet war, er nahm vielmehr gegenüber den Parteibeschlüssen eine arrogante Haltung ein. […] Dies alles beweist, dass Genosse Dr. Herneck auf die Positionen des bürgerlichen Revisionismus heruntergekommen ist.“[1]

Und in einem resümierenden Bericht über die abgeschlossene Kampagne heißt es im Juni 1958:

„Die Revision des Marxismus-Leninismus wurde unter der Flagge des angeblichen Kampfes gegen den Dogmatismus und ‚Stalinismus‘ von der parteifeindlichen Gruppe unter Schützenhilfe von Herneck in das Grundstudium getragen, die Formen waren im Wesentlichen folgende: Die künstliche Trennung von Wissenschaft und Politik durch objektivistische Darlegung des Marxismus-Leninismus, Überbetonung der bürgerlichen Philosophiegeschichte und der Naturwissenschaften in ihrer Bedeutung für den dialektischen Materialismus, Missachtung und Negierung der Beschlüsse der Partei in den Lehrveranstaltungen.“

Das positiv „Neue“ nach der Kampagne aber wird darin gesehen, dass sich die Mitarbeiter des Grundstudiums durch Leute wie Herneck nicht „… mehr durch Buchgelehrsamkeit einschüchtern lassen“.[2]

Durch „Buchgelehrsamkeit“ sich nicht mehr „einschüchtern“ lassen; das heißt im Klartext: Hier wird als Sieg verbucht, dass man dem Hochschullehrer für Marxismus den Anspruch auszutreiben suchte, seinen Gegenstand nach wissenschaftlichen Normen zu traktieren. Von diesem Kahlschlag des Wissenschaftsethos aber hat sich das Grundstudium bis zum Ende der DDR nie mehr erholt.

1 Beschluss der Universitätsparteileitung zur Abberufung Hernecks als Dozent für Philosophie an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, Humboldt-Universität, 5 (14.03.58).

2 Zur Einschätzung der Lage im Grundstudium, 14.06.58, ZPA IV hl / 904 / 77/ 79 u. 81.

Peter Ruben

Deutsche Tradition und marxistische Philosophie[1]

Ein Kolloquiumsvortrag mit Diskussionsbeiträgen von K.-D. Eichler, H.-M. Gerlach, U. J. Schneider, H. Seidel, G. Terton und C. Warnke

Meine Damen und Herren, mich interessiert in Bezug auf das Thema dieses Kolloquiums das Phänomen und das Problem der eigentümlichen – wie soll ich sagen? – Amalgamierung zwischen bolschewistischer Tradition und deutscher Philosophie unter der Voraussetzung, dass sie in einem Teilgebiet Deutschlands, in dem die Herrschaft der kommunistischen Partei realisiert worden ist, zu einer Verbindung geführt hat, die trotz aller Dominanz der sowjetischen Besatzungsmacht in diesem Ostteil Deutschlands dennoch eine genuine Fortsetzung der deutschen philosophischen Tradition ist. Daher die Frage, wie es zu diesem Amalgam gekommen ist. Dazu wird es vernünftig sein, ein paar Voraussetzungen zum Begriff der deutschen philosophischen Tradition zu bieten, um die Art und Weise, wie ich sie darstellen will, plausibel zu machen. Ich gehe davon aus, dass diejenige deutsche Philosophie, die ich hier unterstelle, die spezielle Tradition ist, die durch Fichte begründet worden ist und ihren Höhepunkt natürlich im Werk Hegels hat, ihren Ausgang dann – klassisch mit Engels gesagt – in Feuerbach gefunden hat. In dieser klassischen deutschen Philosophie mit dem erklärten Ausschluss des verehrten Immanuel Kant, der die Aufklärung auf ihren Höhepunkt geführt hat, ist durch Fichte eine neue, für unsere Epoche wesentliche Tradition begründet worden, nämlich – und das ist mein Schlagwort, das ich hier gebrauchen möchte – die Philosophie als eine Theorie der Arbeit. Die berühmte »Tathandlung«, die Fichte in seiner theoretischen Begründung der Philosophie voraussetzt, ist nach meinem Dafürhalten letzten Endes nichts anderes als die Reflexion, die Entwicklung des Geistes als Arbeit zu verstehen. Diese Sicht wird von Hegel mit der Vorstellung von der Arbeit des Weltgeistes auf den Höhepunkt geführt. Das als Voraussetzung gesagt, möchte ich gleichzeitig hinzufügen, dass genau in diesem Sinne die klassische Philosophie 1844 von Marx entschlüsselt worden ist – insbesondere Hegel und seine *Phänomenologie des Geistes* –, eben als eine Theorie der Arbeit. Und damit ist meiner Ansicht nach der unmittelbare Anknüpfungspunkt für die kommunistische deutsche Tradition gegeben, die etwa kurz vor 1840 mit Wilhelm Weitling einsetzt und dann 1848 im *Kommunistischen Manifest* ihre Weltgeltung theoretisch, oder sagen wir besser: ideologisch proklamiert hat. Es geht in der Vorstellung von Marx darum, die

1 Vortrag im Rahmen des Kolloquiums *Die Philosophie in der DDR zwischen Bolschewisierung und deutscher Tradition*. Publiziert in: Klaus-Dieter Eichler / Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Russische Philosophie im 20. Jahrhundert. Mit einem Anhang: Die Philosophie in der DDR zwischen Bolschewisierung und deutscher Tradition. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1996.

Emanzipation der Arbeiterklasse oder die Emanzipation der Arbeit als Programm zu formulieren, was später unter dem Namen Marxismus mindestens seit der Zeit des Engels'schen *Anti-Dühring*, also etwa seit 1878, deutsche und dann auch internationale Geltung gewonnen hat.

Ich spreche in diesem Sinne von »Marxismus«, weil es vernünftig ist, wenn man sich über die Gesamtzusammenhänge der Entwicklung verständigt, gut zu unterscheiden zwischen der originären Marxschen Theorie – das heißt zwischen derjenigen theoretischen Produktionen, die er selbst verantwortet – eine Entwicklung, die 1867 mit der Ausgabe des *Kapital* ihren Höhepunkt gefunden hat – und dem Übergang in eine ideologisch-weltanschauliche Vorstellung, die Engels im Auftrage der sozialdemokratischen oder – damals noch – sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands verfasst hat, in der Auseinandersetzung mit Herrn Dühring, von dem die Parteiführung (das heißt Wilhelm Liebknecht) meinte, dass er in Berlin zu große Bedeutung hätte und zu starken Einfluss – wenn ich es einmal im DDR-Jargon ausdrücken darf – auf die »Berliner Bezirksleitung« ausübte. Deshalb sollte Engels dem Dühring »auf den Kopf steigen«, wurde ihm 1875 gesagt, und das hat er dann auch getan. Was dabei herausgekommen ist, in der klassischen Dreigliederung von Philosophie, Ökonomie und Sozialismus, ist das Schema dessen geworden, was man dann »den Marxismus« genannt hat. Marx hat sich daran mit seinen historischen Bemerkungen zur Geschichte der Ökonomie beteiligt, aber ansonsten die Arbeit Engels überlassen. Als dritte Phase der Entwicklung – das, was dann später »Marxismus-Leninismus« genannt wurde, und zwar der in direktem Fraktionskampf innerhalb der Komintern im Gegensatz zu Trotzki entwickelte Leninismus, sollte als eine Position gerade anti-trotzkistisch sein, was dann 1938 über den *Kurzen Lehrgang* sozusagen als Kanon des Marxismus-Leninismus präsentiert worden ist. Ich meine, dass diese drei Entwicklungsstufen sorgfältig voneinander unterschieden werden sollten, wenn man über Marx, Marxismus und Marxismus-Leninismus redet.

Ich komme also zurück auf die Marxsche Theorie im originären Sinne und möchte festhalten, dass es sich hier um einen theoretischen Bruch mit der Vergangenheit in dem Sinne handelt, dass Marx, wie er das in den Feuerbach-Thesen formuliert und in anderen Darstellungen auch artikuliert, etwa in den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten, die Philosophie für im Geiste realisiert hält, und es nun seiner Ansicht nach darauf ankomme, sie in die Tat umzusetzen. Die originäre Marxsche Intention ist also eigentlich nicht philosophisch, sondern setzt die Philosophie in der Gestalt des Hegelschen Werkes als gegeben voraus und verlangt die Einbildung der Theorie in die Realität. Wenn man will, ist dies ein extremer Platonismus, nämlich die soziale Realität, die soziale Wirklichkeit zu modellieren nach der Theorie der Philosophie, wie immer sie im Einzelnen vorgestellt sein mag. Die Frage, um die es Marx geht, war klarerweise die: Was ist das Subjekt dieser Einbildung der Philosophie in die Welt? Die Antwort war unmissverständlich und klar: das Proletariat. Es ist hier also eine Antwort auf die soziale Frage gegeben

worden, die sich verbindet mit der Vorstellung der Arbeiterschaft als dem Subjekt der künftigen Transformation der Welt in ein Modell der Philosophie, die ihrerseits die Vorleistung dazu schon geliefert hatte, indem sie sich selbst als Produkt der geistigen Arbeit verstanden hatte. Diese Voraussetzung ist eine Voraussetzung für die kommunistische Bewegung, die speziell in Deutschland produziert worden ist und die im 20. Jahrhundert ganz unabhängig vorgegeben war, unabhängig von den Resultaten des Zweiten Weltkrieges, unabhängig von der Voraussetzung, dass die Sowjetarmee Ostdeutschland als Besatzungszone erhielt. So kann man sagen, dass der deutsche Kommunismus in seiner ideologischen Selbstbestimmung hier eine Verständnisbasis zur Verfügung hatte, die ihn durchaus in die Situation geistiger Souveränität hätte bringen können, wenn er es denn – nur unter subjektiven Gesichtspunkten gedacht – gewollt hätte.

Im Unterschied zu dieser Vorstellung, nämlich der Emanzipation der Arbeiterschaft durch die Herstellung des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln – das ist wohlgemerkt die Position des Gothaer Programms von 1875 –, ist nach meinem Dafürhalten im Zusammenhang mit der Rede von einer Bolschewisierung zunächst ganz deutlich die Differenz zu einer genuin russisch-kommunistischen Tradition herauszuarbeiten. Diese Tradition ist durch Lenin in den Jahren zwischen 1900 und 1903 begründet worden, die Genesis-Phase der bolschewistischen Vorstellung. Ich will nur kaleidoskopartig fixieren, was eigentlich der Konnex oder das Verhältnis dieser bolschewistischen oder russisch-kommunistischen Konzeption zur Marxschen Theorie ist, die ja selbstverständlich von den Bolschewiki vorausgesetzt worden ist, aber in eigenständiger Interpretation. Die Marxsche Theorie ist klarerweise nicht ideologisch, man kann in einem gewissen Sinne sagen, moralisch fundiert. Es handelt sich darum, dass die Marxsche Theorie durch Anwendung einer wie immer durch Marx gedeuteten philosophischen Theorie auf die Ökonomie entsteht, die durch die klassische Nationalökonomie in der Gestalt von Smith und Ricardo und anderen als Voraussetzung gegeben war. Die Marxsche Theorie entwickelt sich so für sich als Kritik der Nationalökonomie, die sie selber als das Selbstbewusstsein der Bourgeoisie deutet, als das Selbstbewusstsein der bürgerlichen Klasse, als deren ökonomischen Eigenbegriff. Unter dieser Voraussetzung ist klar, dass die ideologiekritische Position der Marxschen Theorie darauf hinausläuft, im Sinne der Konzeption der *Deutschen Ideologie* – das Feuerbachkapitel dieser Schrift ist nach meinem Dafürhalten nach wie vor der Grundausdruck der Marx-Engels'schen Position vor 1848 – alle ideologischen Verhältnisse zurückzuführen auf die Entwicklung und die Lösung der Probleme in der sozialen und ökonomischen Entwicklung. Das heißt, ideologisch sich nichts vorzumachen und die Ideologie selbst für »falsches Bewusstsein« zu halten – dies ist ein unmittelbares Zitat ihrer eigenen Ausdrucksweise.

Im Unterschied dazu tritt die bolschewistische Konzeption mit der exklusiven Alternative von bürgerlichem und sozialistischem Bewusstsein an: Ein Drittes gibt es nicht, sagt Lenin. Wenn man diese exklusive Alternative nur

logisch analysiert, so heißt sie: Es gibt nichts anderes als Ideologie. Es gibt zwar zwei gegensätzliche Ideologien, wir bewegen uns aber immer im Bereich der Ideologie. Die ideologiekritische Attitüde wird durch den russischen Kommunismus aufgehoben. Diesen ersten Punkt möchte ich gerne im Zusammenhang mit der Klärung des Phänomens einer Amalgamierung von deutscher und russischer Tradition in der DDR-Philosophie fixieren. Das Zweite, was mir in diesem Zusammenhang sehr wichtig ist, ist die Vorstellung von der Natur der kommunistischen Partei. Bekanntlich haben im *Kommunistischen Manifest* Marx und Engels davon gesprochen, dass die Kommunisten keine eigene Partei bilden, sondern dass in allen Arbeiterparteien – vorausgesetzt wurde also, dass es davon viele gibt – die Kommunisten diejenigen sind, die den anderen die Fähigkeit voraus haben, die sozialen Entwicklungstendenzen und Zusammenhänge besser zu verstehen und den universellen Zusammenhang der Kommunisten, also gegenüber der Nationalität die Internationalität zu betonen. Dies sei die Funktion der Kommunisten. Im Gegenzug dazu muss man festhalten, dass aus der russischen Tradition und, wie ich meine, aus dem russischen Interesse an der Organisation des Kampfes gegen den Zarismus, die Vorstellung der kommunistischen Partei als einer Kaderpartei, als einer quasi-militärischen Organisation, geboren worden ist, worin sozusagen beamtete Revolutionäre zusammengeschlossen sind in einem Korpus, der einer autoritären, autoritativen, quasi-militärischen Führung folgt. Dieses Geburtskonzept der kommunistischen Bewegung in Russland, in Gestalt der Bolschewiki, ist dann in der Tat auch siegreich gewesen, weil die Frage des Oktoberaufstandes dominant natürlich eine militärische Frage gewesen ist. Auch ist sie damit verbunden, was zur russischen Revolution und zum Erfolg einer Revolution im modernen Zeitalter offensichtlich dazugehört, nämlich mit dem Übertritt großer Teile der Armee auf die Seite der Revolution gegen das Ancien Régime. Die Frage war nur, wer sie führt, und zu diesem Zweck war die kommunistische Führung als militärischer Stab, als Generalstab der Führung der Militärkräfte gegen das alte Regime zu konstituieren.

In der deutschen Arbeiterbewegung ist dagegen die originär demokratische Tradition als Organisationsprinzip angenommen worden. Sie war auch beispielsweise von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bei der Konstituierung der Kommunistischen Partei Deutschlands durchaus akzeptiert. Ich erinnere daran, dass Rosa Luxemburg, obwohl sie für die Teilnahme der Kommunisten an der Wahl zur Nationalversammlung war, auf dem Parteitag überstimmt worden ist und dies als Mehrheitsmeinung akzeptiert hat.

Diese demokratische Tradition der deutschen Arbeiterbewegung ist different gegenüber dem, was in der kommunistischen Bewegung Russlands in der Tat hervorgebracht worden ist, und ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich betonen, dass es mir bei der Verwendung des Wortes Demokratie um keinerlei moralische Wertung geht, sondern nur um die Feststellung, welches Organisations- oder Strukturprinzip der Parteiorganisation bei der Entscheidung über die Besetzung der leitenden Organe – so darf man es ja

doch nennen – zugrundeliegt: Wahl durch die Organisationen am Ort oder Kommandierung von Funktionären mit quasi-militärischer Kommandogewalt von oben in die unteren Organe. Wir haben eine deutlich differente Geschichte des deutschen oder westeuropäischen Kommunismus einerseits – in Deutschland sehr stark durch englische und französische Voraussetzungen beeinflusst, und des russischen Kommunismus andererseits, der sich im Kampf gegen den Zarismus konstituiert hat. Dies darf unter gar keinen Umständen übersehen oder vergessen werden.

Die Frage, um die es nun geht, ist: Wie kommen diese beiden Traditionsstränge unter einen Hut, so dass am Ende der Entwicklung die DDR-Philosophie als der Versuch besteht und im Verlaufe von 45 Jahren ja auch experimentell realisiert worden ist, den Anspruch der kommunistischen Vorstellung von der Emanzipation der Arbeit philosophisch – oder von mir aus ideologisch – zu begründen? Nach meinem Dafürhalten muss in diesem Zusammenhang der Schnitt gesehen werden im Resultat der deutschen Revolution von 1918/19, die genau wie die russische Revolution auch die Rätebewegung hervorgebracht hat und die Alternative zu entscheiden hatte, die in Russland im Interesse der kommunistischen Partei entschieden worden ist, nämlich: Nationalversammlung oder Rätekongress – wer soll die Macht haben? »Alle Macht den Räten« war bekanntlich die kommunistische Losung, »Alle Macht der Nationalversammlung« oder Durchsetzung des Prinzips der bürgerlichen Demokratie, war das Prinzip der Sozialdemokratie in Deutschland. Die Entscheidung ist in Deutschland wohl schon im Januar 1919 in Berlin definitiv realisiert worden, und zwar auch mit dem Mittel – das darf man nicht übersehen – des Bündnisses der sozialdemokratischen Führung, die ja beständig vom Sozialismus geredet hat, mit dem alten Armee-Apparat; ein Bündnis, das am 10. November 1918 vollzogen worden ist.

Das bedeutet, dass wir es in Russland mit der Übernahme der Macht zu tun haben, mit – wie es dann in den Augen der deutschen Kommunisten als selbstverständliche Deutung galt – der Tatsache, dass hier der erste Staat der Arbeiter und Bauern vorhanden war, während in Deutschland die kommunistische Bewegung eine empfindliche und durch die Machtergreifung Hitlers und der Nationalsozialisten verstärkte und entscheidende Niederlage erlitten hat. Dies bedeutet nach meiner Überzeugung, dass die Bereitschaft, den Leninismus für eine vernünftige und sinnvolle kommunistische Ideologie anzunehmen, in eben dem Maße zunehmen musste, in dem die eigene Niederlage in Deutschland unabänderlich und entschieden, für alle wahrnehmbar, vor Augen trat. Das letzte Ereignis in diesem Zusammenhang ist bekanntlich der Oktober 1923, das mysteriöse Phänomen des sogenannten »Hamburger Aufstands«, der nur deshalb stattfand, weil nicht rechtzeitig genug informiert wurde, dass die Aufstandsabsichten bereits abgeblasen waren.

Die Autorität der siegreichen russischen kommunistischen Partei für die Fraktionskämpfe in der deutschen kommunistischen Partei bekam mithin entscheidende Bedeutung. Ich halte diesen Umkehrpunkt, diese Situation, dass

in beiden Völkern, in beiden Ländern, eine gleichartige Umwälzung versucht worden ist, aber nur in Russland erfolgreich absolviert wurde, während sie in Deutschland in einer anti-kommunistischen Reaktion verloren wurde, für den Ausgangspunkt einer Beurteilung der Entwicklung in der DDR und der DDR-Philosophie überhaupt.

Es wird festgehalten, dass die Philosophie eine Theorie der Arbeit – wenn man will, eine Theorie der Praxis oder eine Theorie des Selbstbewusstseins der sich befreienden Arbeiterschaft – sei, zugleich aber – unter Voraussetzung des quasi-militärischen Führungsanspruchs der kommunistischen Partei – auch dazu dient, den Ideologie-Apparat einer Partei zu schaffen, der qua Parteifunktionäre und Parteibeamte darüber entscheidet, was als ideologisch geltende Sätze anzunehmen sei und was nicht. Diese Doppelbestimmung ist ein Charakteristikum der gesamten DDR gewesen und hat unterschiedliche subjektive Voraussetzungen gehabt: erstens auf Seiten der Philosophen die Annahme, dass die kommunistische Idee der Lösung der sozialen Frage anerkannt wurde. Dass also die Herstellung des Gemeineigentums alle zu Vermögenden macht und daher a priori die soziale Frage ausschließt, hat die volle positive Anerkennung all derjenigen gefunden, die »DDR-Philosophie« betrieben haben, und zwar lange Zeit. Und dass zweitens die Entscheidung darüber, was öffentlich diskutiert werden kann und was nicht, durch den Ideologie-Apparat im Laufe einer Evolutionsperiode erst durchgesetzt werden musste und angesichts jeder neuen Studentengeneration immer wieder neu durchzusetzen war. Wenn man diesen Prozess nun im Einzelnen verfolgt und die Geschichte der DDR-Philosophie im Detail betrachtet, wird man bemerken, dass je nach der Entwicklung des ökonomischen Zustandes dieses Landes und je nach der Entwicklung der geistigen Verarbeitung der außenpolitischen und innenpolitischen Bedingungen stets neuartige Situationen entstanden sind.

Ich möchte hier nicht im Einzelnen auf die Geschichte eingehen, ich will nur etwas nach meinem Dafürhalten Charakteristisches herausgreifen: Die entscheidende Durchsetzung des Apparates und der Kommandogewalt des Parteiapparats über die Philosophie als einer akademischen Disziplin ist bekanntlich in der Sowjetunion in den Jahren 1929 bis 1931 realisiert worden – mit der Besetzung des Marx-Engels-Instituts, mit der Verhaftung von David Rjazanov (er wurde 1938 erschossen) etc. Wenn man fragt, wo es ein Pendant zu dieser Lage und dieser Situation gibt, dann würde ich sagen, in der DDR etwa nach dem Aufstand in Ungarn, zwischen 1956 und 1958 – mit der Realisierung der Losung, die in dieser Zeit in die Philosophiegemeinde der DDR hineingetragen wurde: »Philosophen sind Parteiarbeiter«. Es konnte sich an den Universitätseinrichtungen kein junger Mensch, der sich der Philosophie im Studium hingegeben hat, dieser Losung entziehen, es sei denn, er hatte individuelle Möglichkeiten für sich gefunden, die Kommandierung an irgendeine Stelle der ideologischen Front, des ideologischen Schlachtfeldes, zu umgehen.

Wenn man den Verlauf der Situation von November 1956 bis etwa Ende

1958 verfolgt, als die letzten großen Prozesse stattfinden und Philosophen wie auch Angehörige des Grundstudiums für lange Jahre ins Zuchthaus gehen (alles fing mit der Verhaftung von Wolfgang Harich an), und die Situation in der UdSSR 1929–1931 betrachtet, dann wird man auf eine sehr große Strukturidentität der Prozesse aufmerksam. Und man muss die Konsequenz ziehen, dass die Organisation des modernen russisch geführten Kommunismus des 20. Jahrhunderts mit den durch ihn etablierten Selektionskriterien nolens volens darauf hinausläuft, dass die Philosophie, die im Sinne des Marxschen Konzepts ursprünglich die Führung haben sollte (das Herz ist das Proletariat und der Kopf ist die Philosophie), umgedreht wurde in dem Sinne, dass die Philosophen ihrerseits die Interpreten und Erklärer der Parteibeschlüsse zu sein hatten und ihr Einkommen in Abhängigkeit von dieser Interpretationsleistung genießen durften bzw. eben nicht. Die Entwicklung der DDR-Philosophie lief also schließlich darauf hinaus, dass sie ihre Produktion in den individuellen Leistungen zersplitterte und außerhalb der Zentralisation erfolgte, während innerhalb der Zentralisation, innerhalb des Apparats, den die Philosophie selber mit hervorgebracht hat, schließlich und endlich die vollständige Liquidation auch nur jedes philosophischen Gedankens betrieben worden ist.

Da ich selber an diesem Prozess mitbeteiligt war, habe ich sehr wohl eine empirische Vorstellung davon, wann das etwa der Fall war: Ich habe den Eindruck, dass die Ausschlussaktion, die 1980/81 am Zentralinstitut für Philosophie erfolgte und der wir selber unterworfen waren, im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen, mit der Herausbildung der Solidarność und damit einer ganz neuartigen Perspektive für die Entwicklung in diesen Ländern selbst, sozusagen das letzte Ende für mögliche autonome Denkansätze innerhalb des Apparats war und danach die innere Emigration für alle, die weiterhin Interesse an der Philosophie hatten, angesagt war. Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, dass nach dieser Zeit noch irgendeine nennenswerte ernsthafte philosophische Debatte – innerhalb des Apparats, also der philosophischen Funktionärsgemeinschaft – realisiert worden ist. Die Phänomene im Zusammenhang mit der Nietzsche-Diskussion und der Rezeption von Georg Lukács und ähnlichen sind so verwoben mit der Binnenstabilität der DDR in den 80er Jahren, dass man dies kaum noch vernünftig auseinanderhalten kann.

Ich halte diese Charakterisierung der Situation, wie ich sie hier angedeutet habe, nur für einen ersten Versuch, sozusagen im Kaleidoskopverfahren einmal anzudeuten, was die Bedingungen dafür sind, dass es eine deutsch-russische Gemeinschaft innerhalb der kommunistischen Bewegung so gegeben hat, dass die Kooperation ganz gewiss gegenüber allen anderen Ländern innerhalb des RGW-Blocks übergroße Bedeutung gehabt hat und gleichzeitig damit das Schicksal der DDR-Philosophie formell gekoppelt war an den Zusammenbruch des kommunistischen Systems selbst. Die absolute Atomisierung und Individualisierung zum Schluss ist das Ergebnis dieses Zusammenbruchs. Ich glaube, dass in Bezug auf die originären Intentionen der Marxschen Theorie das kein endgültiger Urteilsspruch ist, nur meine ich, dass dies ein ganz klarer

und endgültiger Urteilsspruch über die bolschewistische Version des Kommunismus ist. Ich glaube schon, dass die kommunistische Intention ihren rationalen Grund darin hat, dass es unter Voraussetzung des Privateigentums in der Tat notwendigerweise Leute gibt, die kein Produktivvermögen haben und daher keine Selbstbestimmung in der Produktion realisieren können. Dies ist ein beständiges Potential der Anklage des Privateigentums. Das bleibt. Die andere Seite ist selbstverständlich, und das möge meine Schlussbemerkung sein, dass das kommunistische Experiment im 20. Jahrhundert unmissverständlich und experimentell klar entschieden hat, dass ein nationales Gemeineigentum unter kommunistisch-politischer Führung unfähig ist, die Produktivkraftentwicklung, die sich Marx unter Voraussetzung des Gemeineigentums eigentlich vorgestellt hat, zu realisieren. Konsequenz der Sache ist, dass die ökonomische Person und damit der Privateigentümer an Produktivvermögen für jede progressive Evolution der Produktivkräfte unverzichtbar ist. Die Erfindung, die Entdeckung, die Innovation, gehen von den Individuen aus, und nicht von Gemeinschaften. Ich darf den frechen Satz zum Abschluss sagen: Es sind nicht die Gemeinschaften, die denken, sondern die Personen.

Diskussion

Helmut Seidel – Der letzte Satz war keine Frechheit, sondern eine Wahrheit. Ich eröffne die Diskussion und bitte um Wortmeldungen.

Ulrich Johannes Schneider – Ich wünsche mir eine Erklärung des Ausdrucks »vollständige Liquidation jedes philosophischen Gedankens«.

Peter Ruben – Ich will es exemplarisch vorführen. Ich greife auf meine eigene persönliche Erfahrung zurück. Ich habe ursprünglich in Berlin Philosophie studiert. Mein Lehrer war Klaus Zweiling, Physiker von Hause aus, dann nach Leipzig transportiert, sicherlich unter Umständen, die weder er noch andere gewollt haben. Ich hatte lange Zeit mit der Ökonomie nichts am Hut, bis ich dann in den 1970er Jahren von einem Ökonomen der Humboldt-Universität, Hans Wagner, aufgefordert wurde, doch methodologische Hilfe für die Darstellung der ökonomischen Theorie zu liefern. Ich bin dann nolens volens in die ökonomische Debatte zur Situation in der Volkswirtschaft der DDR hineingeraten, habe auch mit ihm zusammen publiziert. Das war dann Anlass meiner Denunziation als Revisionist. Und in diesem Zusammenhang, um den Ausdruck »vollständige Liquidation« exemplarisch zu erklären, wurde mir und der gesamten Gruppe, die unter Leitung von Camilla Warnke dort zusammensaß, damals vom stellvertretenden Direktor des Instituts gesagt, dass jede Beschäftigung des Philosophen mit der Ökonomie automatisch zum Revisionismus führe und deswegen zu unterbleiben habe. »Revisionismus« war selbstverständlich ein parteiamtliches Urteil, das hatte nichts mit Philosophie zu tun. Wir kennen in der Philosophie keinen Revisionismus, das ist Nonsens – es gibt höchstens Revisionen dieser oder jener Theorie. Aber Re-

visionismus als Beurteilung der Auffassung eines Menschen ist ein parteiamtliches Urteil, und das bedeutet, mir wurde sozusagen disziplinarisch gesagt, unterlasse Überlegungen zur Ökonomie. Dies heißt Verzicht auf Theorie überhaupt. Das ist ein exemplarischer Aufweis für die vollständige Liquidation des theoretischen Anspruchs.

Ich möchte weiter formulieren. Es ist eine umfangreiche Anzahl von Gutachten über meine Auffassungen entwickelt worden – die sogenannte »grüne Mappe«, die den Mitarbeitern des Zentralinstituts, immerhin 160 Leute, zu lesen gegeben wurde – und es wurde ex cathedra formuliert, dass ich Revisionist sei, einmal, weil ich gegen die Warenproduktion bin, und zum anderen, weil ich für die Warenproduktion bin. Der das formuliert hat, heißt Rolf Kirchhoff und war damals stellvertretender Direktor des Zentralinstituts für Philosophie. Er hat das formuliert, ohne sich bewusst zu sein, dass er damit die Präsentation eines logischen Widerspruchs als Bedingung meiner Anerkennung oder Nichtanerkennung vor diesem Gremium vorführte. Ich sollte eine Absurdität akzeptieren und wäre dann als jemand aufgenommen worden, der zu bilden, zu erziehen und zu bestrafen wäre, aber der immerhin eine Chance gehabt hätte. Wenn ich einen logischen Widerspruch akzeptiere, so heißt das, ich verzichte damit auf Theorie schlechthin. Das ergibt sich aus den Voraussetzungen der Grundlegung logischen Denkens. Wenn ich also diese Anforderung formuliere und niemand der beteiligten Leute – alle, wie man in Leipzig sagte, Akademixer, von Hörz über Eichhorn bis Buhr waren ja versammelt – auch nur eine Ahnung davon hatte, dass dies eine in der Wissenschaft inakzeptable Forderung ist, so bedeutet das, dass sie damit aufgehört haben, die Theorie als solche ernstzunehmen. Auf der einen Seite wird der Hinweis gegeben, bestimmte empirische Fragen nicht zu studieren. Ich erinnere an den Vorsitzenden der Plankommission, Gerhard Schürer, der mehrfach Berichte dem Politbüro vorgelegt hat, worauf von Honecker erklärt wurde, das habe nichts zu sagen. Man nimmt die Realität nicht mehr wahr, macht Vogelstraußpolitik und leugnet die elementare Bedingung allen logischen Denkens, nämlich die Widerspruchsfreiheit in der Argumentation. Wenn dies gilt, sind alle Positionen der Wissenschaft vollständig und absolut verlassen: 1) Negation der empirischen Realität, 2) Negation der Gültigkeit der Logik. Damit befinden wir uns in geistiger Umnachtung. Etwas anderes kann man dazu nicht mehr sagen.

Gerhard Terton – Es ist nicht ganz klar, inwiefern man solche Aspekte, die es ja zweifellos gegeben hat und die für die Ideologisierung der Philosophie sicher auch charakteristisch sind, als eine Fortsetzung der deutschen Tradition in der Philosophie ansehen kann. Das ist ja gerade das Gegenteil davon, nämlich eigentlich Äußerungen des Personenkultes, die hier charakterisiert wurden. Wenn man die Philosophieentwicklung in der DDR beurteilen will, dann kann man natürlich diese Zentrierung und Ideologisierung nicht ausklammem, denn sie ist tatsächlich eine Wesensbestimmung, und insofern stimme ich Ihrer Analyse auch zu, aber unter Philosophie ist doch wesentlich mehr zu verstehen, sie war doch wesentlich reicher. Ich erinnere an all diese

Dinge, die im Kontext der Wissenschaftsphilosophie gemacht worden sind, zur Logik, zur Sprachphilosophie, die ein bisschen außerhalb des ideologischen Zentrums gewesen sind. Dort ist doch viel passiert. Kann Ihre Analyse nicht dazu führen, dass man ein einseitiges Bild erhält? Wir, die wir in diesem Prozess drin waren, wissen, dass es anders war, dass wesentlich mehr passiert ist. Aber wir machen die Analyse auch für andere Leute.

Hans-Martin Gerlach – Im Anschluss daran möchte ich fragen, ob man nicht vielleicht doch davon ausgehen muss, dass es sich um die Entwicklung dessen handelt, was Norbert Kapferer als »Kaderphilosophie« bezeichnet hat. Man mag zu dem Begriff stehen, wie man will, aber sicher umreißt er ein Volumen, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Ich glaube, dass das, was Du hier dargestellt hast, offensichtlich genau dieses Moment trifft. Ich bin immer der Meinung, dass es in der DDR eigentlich so etwas wie eine lutherische Zwei-Reiche-Lehre gab: beide nicht völlig voneinander getrennt, aber auch nicht völlig miteinander identisch. Auf der einen Seite haben wir natürlich diese offizielle Indoktrination – aber als »Bürger zweier Welten« waren wir eben nicht nur hier angesiedelt. Zumindest für eine gewisse Generation will ich das behaupten. Für eine nachfolgende Generation ist das, selbst unter DDR-Bedingungen, schon anders. So hatten wir doch auch Entwicklungslinien, die sich als Nischenkultur – in der Logik, in der Philosophiegeschichte – verhältnismäßig ungestört entwickelt haben. Ich sage immer: Die Logik ist sicherlich ideologiefrei, nicht aber die Logiker, was übrigens vielfach nach der Wende vergessen wurde, auch von den Logikern. Ich meine also, dass es eine Zwei-Reiche-Situation gegeben hat. Das Problem ist, dass die offizielle Ideologie, das sehe ich konkret an Eurem Fall, nach den Ereignissen in Polen, also 1980, nicht mehr in der Lage war, die offensiven Kämpfe durchzuführen. Ich meine nun aber, dass gerade diese Zeit, wenn wir in die deutsche Tradition blicken, offensichtlich das, was Du angedeutet hast, verschiedene Etappen hatte. Eine erste mehr in Eurer Generation, eine zweite in unserer Generation, die schon merkt, dass alles nicht so stimmig ist – ich könnte eigene Erfahrungen anfuhren, will das aber hier sein lassen –, und eine dritte Generation, worüber Volker Caysa in seinem Aufsatz in den *Innenansichten*[1] sehr schön geschrieben hat, die jetzt das Spiel einfach nicht mehr mitspielt, zwar formell noch in Lehrstrukturen und natürlich auch Parteistrukturen eingebunden war etc., aber eigentlich nicht mehr ins alte Modell passt. Häufig wollen Kollegen aus dem Westen gar nicht wahrhaben, dass hier unter einer zentralistisch gelenkten Ideologie der Philosophie – ich will das Wort Totalitarismus nicht nehmen, weil es am Wesen der Sache vorbeigeht – eine verhältnismäßig plurale Buntheit vorhanden war, wenngleich immer mit einer gewissen äußeren Hülle ummantelt. Aber der Kern war doch… Ich zitiere immer wieder das schöne Bild, was einmal im *Spiegel* oder in *Die Zeit* erschien, als das große Denkmal in Berlin eingeweiht wurde: Marx und Engels obendrauf, und unten

1 Volker Caysa, Metaphysik nach Marx. In: Norbert Kapferer (Hg.), Innenansichten ostdeutscher Philosophen, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1994; vgl. S. 74-94.

hebt sich der Sockel und heraus schauen – Nietzsche und Heidegger. Das ist eine ganz typische Erscheinung.

Peter Ruben – Was mir wichtig ist: Der Zusammenhang mit der deutschen Tradition über die Philosophie der Arbeit blieb auch innerhalb der kommunistischen Bewegung erhalten, und nun handelt es sich darum, dass man sich den Evolutionsprozess, der seit 1945 abgelaufen ist, genau ansehen, und auch Biographien studieren muss, was mir zum Beispiel im Fall meines Lehrers Klaus Zweiling wichtig ist: Klaus Zweiling, bei Max Born promoviert, Physiker aus Göttingen, schließt sich der USPD an, bleibt dabei und erklärt mehrere Male, dass er der KPD nicht beitreten wird, und ist dann sozusagen jugendlicher Chefideologe der SAP – einer in den Augen der Kommunisten fürchterlichen Organisation – aber erst seit 1948, seit Stalin im Mai erklärt hatte, es seien überall Titoisten festzumachen: Erst seit diesem Augenblick spielt das in der deutschen kommunistischen Partei, die aus der Vereinigung von KPD und SPD hervorgegangen ist, der SED, überhaupt eine Rolle. Und nun kommt Zweiling selbst in die Bredouille. Ihm wird erklärt, er als Chefredakteur der »Einheit« gebe zu wenig kund über den großen weisen Lehrer und Führer der Völker der ganzen Welt und aller Werktätigen, den weisen Stalin. Er wird im Politbüro kritisiert und im Mai aus der Chefredaktion rausgefeuert, übernimmt den Verlag »Die Technik« und darf dann im Alter von 55 Jahren zum ersten Mal – 1955 – seine Hegelinterpretation liefern, eine materialistische Interpretation Hegels unter dem Titel »Einführung in den philosophischen Materialismus«. Es heißt nicht einmal dialektischer und historischer Materialismus im Sinne des *Kurzen Lehrgangs*, das Wort gebraucht er nicht. Er hat eine phantastische Vorlesung gehalten, die von allen möglichen Leuten im nachhinein beklaut wird – regelrecht beklaut. Das Manuskript ist nicht mehr vollständig erhalten, weil alle Leute, die Lehraufgaben hatten, dort, wenn sie Glück hatten, reingriffen und einige die Texte nicht mehr zurückgaben. Dieser Mann wird gebeten, seine Arbeit zu veröffentlichen, damit ein anständiges Philosophielehrbuch zur Verfügung steht, und dann wird ihm gesagt, er müsse mehr Stalin-Zitate reinbringen. Das war vor dem 20. Parteitag. Und nach dem 20. Parteitag wurde ihm gesagt, die Stalin-Zitate müssten raus. Er hat dann immer gesagt: Das ist meine Vorlesung. Das meine ich mit dieser merkwürdigen Mixtur. Einerseits die Anerkennung der Partei als der absoluten Entität, die meine Existenzweise – von mir positiv angenommen – bestimmt. Wie kann man ohne Partei leben? war die normale Vorstellung des Kommunisten…

Camilla Warnke – vor allem dieser Generation!

Peter Ruben – … richtig, dieser Generation. Und andererseits die absolute Selbstverständlichkeit. Diese Vorlesung ist mein Werk, ich bin der Produzent und niemand sonst. Wenn ihr nicht wollt, dann publizieren wir sie eben nicht. Das war diese Generation, wobei die Bereitschaft, als Parteisoldat aufzutreten, bei Zweiling in enormem Maße entwickelt war. Und jetzt passiert doch 1958 mit der Zuchthausverurteilung von Studenten aus allen möglichen geistigen Zentren der DDR und von Köpfen aus dem Lehrkörper etwas, worin nun eine

neue Selektionsbedingung artikuliert wird. Es ist nun möglich, Lehrstühle mit solchen Leuten zu besetzen, die dem Apparat dienlich erscheinen, und der Apparat selbst selektiert. Das ZK der SED erklärt, wer irgendwo berufen wird oder nicht. Diese Situation war Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre so noch gar nicht gegeben. Aus dem neuen Selektionsmechanismus entwickelt sich dann das, was Kapferer die »Kaderphilosophie« genannt hat und wozu ich meine, dass der Kaderphilosophie ein Philosophenkader zugrunde liegt, sonst kann sie gar nicht existieren. Aber der muss erst zustande gebracht werden. Und dann gibt es in der Tat in der DDR diese zwei Reiche, denn alle die, die Philosophie studieren, sind natürlich nicht a priori Mitglieder des Kaders, das kann gar nicht anders sein. Der Kader versteht sich immer im Verhältnis zu dieser Philosophenschaft als eine institutionalisierte Führungsgruppe. Das Problem ist, dass diese Führungsgruppe Rangkämpfe untereinander auszuführen hat. Wer führt denn nun? Die »Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED« oder gar die Parteihochschule? Oder gar, wie es Buhr versucht hat, das Zentralinstitut bei der Akademie der Wissenschaften oder, wie wir es mal klammheimlich gedacht haben: natürlich die Berliner Sektion für Philosophie, was denn sonst?

Helmut Seidel – In Leipzig haben wir das andersherum gesehen…

Peter Ruben – Man hat es mit einer Verschränkung apparativer Organisation einerseits durch den Parteiapparat zu tun und andererseits mit einem ganz gewöhnlichen Fortführen und Überleben akademischer Konkurrenzsituationen, die zwischen den philosophischen Instituten in Leipzig und Berlin natürlich fröhlich weitergegangen sind und auch weitergegangen wären, wenn der Laden noch länger existiert hätte. Diese Konkurrenzen sind ja auch fruchtbar, man hat ja nichts dagegen. In Berlin waren wir der Meinung, bei Bloch kann man nicht studieren, das ist literarischer Quatsch, man kann nicht Philosoph werden, wenn man nicht Mathematik und Physik studiert hat. Alle diese kleinen Eingebildetheiten und Imaginationen spielen eine Rolle in der philosophischen Auseinandersetzung und gehören meiner Meinung nach dazu und werden von mir in Bezug auf die DDR-Philosophie in keiner Weise geleugnet. Ich will nur sagen, dass die vollständige Liquidation des theoretischen Anspruchs in der Endstellung innerhalb des Philosophenkaders selbst produziert worden ist. Sie ist zum Teil natürlich auch konterkariert worden durch sein Eigeninteresse, im Ausland wirksam zu sein. Das aber diente der Kommunikation, nicht der Führungsleistung. In diesem Sinn ist die Fortführung der deutschen Tradition kraft der Fortführung der universitären Existenz der Philosophie sozusagen nolens volens realisiert worden und hat in den einzelnen Phasen der DDR-Entwicklung natürlich unterschiedliche Gestalt angenommen.

Camilla Warnke – Zur Generationenfrage möchte ich etwas sagen. Meine »Kindergeneration« in der Philosophie hat vielfach andere Merkmale als meine eigene Generation. Es gab einen Erosionsprozess, der schrittweise vor sich gegangen ist, eine Erosion der streng marxistischen Ausrichtung, die bei den Philosophiestudenten unter der Hand vor sich gegangen ist. Schon in der

»Kindergeneration« gab es nicht mehr das eherne Festhalten an marxistischen Positionen und bei den noch Jüngeren noch weniger.

Helmut Seidel – Unser Thema heißt ja doch »Philosophie in der DDR im Spannungsfeld usw.«, nicht »DDR-Philosophie«. Das beschäftigt mich in der letzten Zeit, denn es hat ja in der DDR philosophische Köpfe gegeben, Menschen, die wirklich philosophiert haben. Wir haben gerade ein Kolloquium zu Werner Krauss veranstaltet, der wirklich ein großer Theoretiker gewesen ist, der sich aber dann zurückgezogen hat. Wir haben den Walter Markov gehabt, den Hans Mayer, der von seiner marxistischen Position ja nie abgegangen ist usw. Müßte man nicht genauer sagen, was die institutionalisierte und von der Partei sozusagen im Griff gehaltene Philosophie betrifft und was die sonstige Philosophie? Nehmen wir Wolfgang Heise: Meine Gedanken gehen dahin, was von diesen Leuten, die nicht unter der institutionalisierten Philosophie gedacht haben, was sich da an Bedenkenswertem und Überlegenswertem findet, denn mir scheint, dass da noch manches ist, was – um mit Bloch zu reden – nicht abgegolten ist. Es wurde ja auch reflektiert über das, was in der DDR passierte!

Peter Ruben – Darauf würde ich gerne so antworten: Ich halte es für eine Ideologie zu meinen, dass wir schön sorgfältig selektieren können zwischen institutionalisierter und nicht-institutionalisierter Philosophie in der DDR. Wir kommen um den Widerspruch nicht herum, dass diese Spaltung massenhaft in jeder Person vorhanden war. Du sprachst von Heise: Er war der Fachrichtungsleiter, der mich 1958 aus dem Studium rausgeschmissen hat! Und Heise hat seine Wende 1964 vollzogen. Was ich sagen will, ist folgendes: Das Problem ist, dass wir aus der deutschen kommunistischen und philosophischen Tradition die Bereitschaft zur Anerkennung der kommunistischen Partei haben. Und jetzt ist es eine Sache der persönlichen Erfahrung und der Gelegenheit der Erfahrung: Wann und zu welchem Zeitpunkt bemerkt das Individuum, dass seine Unterwerfung unter die Partei ihm Anforderungen stellt, die zu erfüllen es nicht bereit ist? Dann tritt der Bruch ein. Zunächst ist die Eingliederung in den Philosophenkader von sehr vielen Leuten durchaus mit Bereitschaft akzeptiert worden. Dann entstand die Frage: Mache ich diese oder jene Schweinerei mit, oder mache ich sie nicht mit? Wenn man mit der Honeckeradministration etwa 1970/71 einen Schnitt macht zu der Etappe der Herrschaftserrichtung und – durchsetzung von Ulbricht mit einer auch ganz anderen Vorstellung von der Funktion der SED im Rahmen der Nation – die DDR als Modell des sozialistischen Deutschland, wovon die Honeckeradministration Abschied genommen hat –, wenn man sich also diese ganze Entwicklung in den zwei großen Etappen anschaut, dann ist das so, dass es auf der einen Seite die Bereitschaft gibt, der Institution zu dienen und sozusagen nolens volens Apparatschik zu werden, ohne dass man es eigentlich weiß, und andererseits die Situation für die Apparatschik gewordenen Personen die ist, dass man irgendwann vor der Frage steht, ob man noch weiter mitmacht oder nicht.

Ich muss aus eigener Erfahrung sagen, dass ich wenige kenne, die mir nicht gesagt haben: Ein DDR-Philosoph, der noch kein Parteiverfahren hatte, das ist gar kein richtiger Philosoph! Sie haben alle in der Wende geschrieben, wie sie verfolgt worden sind, und haben alle plötzlich Opfervorstellungen von sich selber gehabt Und ich muss sagen, wenn man jeden Vorgang nach rückwärts in die Geschichte genau verfolgt, dann trat das auch sicher irgendwann einmal auf. Es ist also nicht so, als ob die Opfervorstellung keine Legitimation hätte. Aber es gibt doch ein Amalgam, wo auf der einen Seite der Abschied von der Vorstellung der Emanzipation der Arbeiterschaft steht, und auf der anderen Seite eine Distanzierung von den Auswüchsen der kommunistischen Parteiherrschaft: also zwei verschiedene Sachen. Die Frage ist, ob man unter Voraussetzung der Anerkennung, dass der Satz »Das Privateigentum ist die Ursache der sozialen Frage« gültig sei, sich für den Kommunismus entscheidet und dabei dennoch die Person verteidigt, oder ob man unter derselben Voraussetzung der Meinung ist, man hat Parteisoldat zu sein und nichts anderes. Diese Entscheidung musste in der Geschichte der DDR für jeden einzelnen unter konkreten Umständen jeweils neu vorgenommen werden.

Die Zwei-Reiche-Theorie akzeptiere ich, aber als eine Zwei-Reiche-Theorie innerhalb der Einzelmenschen, die innerhalb der einzelnen Personen zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Umständen verschiedene Äußerungen erfahren. Der eine bringt sich um, weil er es nicht mehr aushalten kann, der andere sagt, klei mi an'n Mors, ich sag's hamburgisch, und geht raus, und der dritte arbeitet zu Hause und hat interne Kreise und Seminare in Wohnungen, durchsetzt von informellen Mitarbeitern. Zu meiner Position: Ich habe den Abschied von der Vorstellung, dass die Arbeiterschaft die Emanzipationsbedeutung im Sinne von Marx hat, erst während der Wende genommen, obwohl ich neun Jahre vorher schon rausgefeuert war – das spielte keine Rolle, das war zufälliges Schicksal. Die Annahme, das Privateigentum sei die Ursache allen Übels und dass die Arbeiterschaft die Lösung der sozialen Frage mit der Herstellung des Gemeineigentums in der Tat historisch betreiben muss, ist für mich erst durch die Wende desavouiert worden, nämlich durch die Tatsache, dass sich niemand unter den Arbeitern in der DDR erhob, um das Volkseigentum zu verteidigen, dass es aber ganz ernsthafte Kämpfe und Anstrengungen der betroffenen Arbeiter gab, ihre Arbeitsplätze zu verteidigen – ohne Rücksicht auf die Frage, wer der Eigner ist. Das ist für mich die Information der Wende gewesen, durch die klar wurde, dass das Eigentumsproblem, so wie es in der kommunistischen Ideologie gesehen wurde, offensichtlich falsch identifiziert worden ist. Das ist meine, allerdings meine persönliche Konsequenz aus der Sache.

Klaus-Dieter Eichler – Meine Frage bezieht sich auf den Anfangsteil, wo von einer deutschen Tradition gesprochen wird, die auf Fichte und die »Tathandlung« des Subjekts zurückgeht und im Marxismus dann als Theorie der Arbeit expliziert wird. Die Frage für einen, der sich mit der Philosophiegeschichte beschäftigt, ist natürlich, warum der Einsatz bei Fichte erfolgt: Ist

dann nicht eine gewisse Verkürzung des Marxschen Ansatzes vorprogrammiert, wenn ich solche Denker wie Leibniz aus dieser Tradition herausnehme? Wenn ich die ontologisch ausgerichtete Philosophie ausklammere, wird dann nicht eigentlich das geleugnet, was Bloch immer wieder diskutiert hat, nämlich dass im Marxismus selbst Ungleichzeitiges existiert, einerseits Elemente einer Modernisierung, andererseits aber auch vorrationale und präreflexive, durchaus plebejisch-mystische Elemente? Verkürze ich also den Marxismus auf eine Theorie der Arbeit, würde sich für mich die Frage stellen, wo dann Engels bleibt mit seinen Systematisierungsleistungen in Bezug auf einen Entwurf im Sinne einer, wie er sagt, Philosophie als Wissenschaft der objektiven Gesetze der Entwicklungen in Natur, Gesellschaft und Denken. Wie ist dann Engels noch in dieses Konzept integrierbar?

Helmut Seidel – Darf ich daran anschließen? Es ist schon was daran, dass nach Kant Fichte eine gewisse Weichenstellung gebracht hat, das würde ich auch unterschreiben. Aber es wurde auch gesagt: Kant ausgeschlossen. Und da wäre ich nun absolut dagegen.

Peter Ruben – Da muss ich ein Missverständnis klären. Natürlich gehören Leibniz und Kant zur deutschen Tradition, das ist selbstverständlich. Darum ging es mir nicht. Kant ist der Höhepunkt und die selbstgesetzte Aufhebung der Aufklärung, und seine universelle Geltung in der internationalen Philosophie versteht sich aus dieser Situation. Mir geht es um folgendes: Ich gehe an die Geschichtsbeurteilung des Marxschen oder Marx-Engelsschen Konzepts des Feuerbachkapitels der *Deutschen Ideologe* heran und verbinde es mit der Wirtschaftsgeschichte. Und diese Verbindung bedeutet, dass zum Beispiel die Theorie der Langen Wellen von N. P. Kondrat'ev aus den 20er Jahren – sowjetisches oder russisches Produkt – und die Einfügung der Schumpeterschen Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung unterstellt wird und, wenn man sie mit der Marxschen Theorie verbindet, was wirklich kein Problem ist, dann kommt dabei heraus, dass wir in der Tat zeitlich stringente Epochenbestimmungen vornehmen können. Wir können dann sagen, dass der »Take off«, wie man im Englischen sagt, der Industriellen Revolution mindestens seit 1788 da ist. Kondrat'ev hat selber seine Dauer auf 40 bis 60 Jahre festgelegt – das ist die »longue durée« der Annales-Schule in Frankreich – und von dieser Voraussetzung her ergibt sich dann der Ansatz, dass diejenige deutsche Tradition, die ich für deutsche Tradition und verknüpfbar mit der kommunistischen Bewegung halte, genau die durch Fichte begründete ist. In dieser Einschränkung spreche ich davon, und zwar deshalb, weil hier im Konnex mit der wirklichen industriellen Umwälzung, wo also das Verständnis der Arbeit als Schaffung eines Kulturraums der Menschen unübersehbar ist und als ein Konzept in der philosophischen Reflexion entwickelt wird, in der Tat durch Fichte, und dann durch Hegel, dort dann der direkte Anknüpfungspunkt in der Theorie von Marx gegeben ist.

Es gibt keinen guten Nachweis darüber, wie viel Marx von Fichte abgeschrieben hat. Aber wenn man die Formulierungen aus Fichtes Schriften mit

denen von Marx im *Kapital* und die zugrundeliegenden theoretischen Konzeptionen vergleicht, dann würde ich schon sagen können, es sei nicht so sehr kühn zu sagen, dass Marx eine ökonomische Interpretation der vorhergehenden Fichteschen Theorie ist. Das bedeutet nicht, dass die aufklärerische Position, den Menschen im Verhältnis seines Denkens zur Realität zu fassen, aufgegeben ist, aber was bei Marx entscheidend ist und den Kern der elften Feuerbachthese ausmacht – die Philosophen haben nur verschieden interpretiert, sind sozusagen die Redner über die Welt, wir wollen sie jetzt verändern, das heißt durch unsere Arbeit umgestalten – ist in der kommunistischen Tradition Deutschlands virulent, ohne dass sich dessen jeder beteiligte Akteur bewusst ist. Indem er aber dauernd die entsprechenden Texte liest und andere nicht so ist sie präsent. Die Frage nach der Eingliederung von Engels in diesen Zusammenhang: Ich nehme Engels beim Wort, denn er hat gesagt, wir brauchen keine Philosophie, denn alles, was von der Philosophie übrigbleibt ist die Lehre von der Logik und der Dialektik – egal, was er nun unter Logik und Dialektik im Einzelnen verstanden hat –, und alles übrige geht in positiver Wissenschaft auf. Ich würde schon die These wagen, dass Engels der Positivist innerhalb des Marxismus ist. Er hat die Philosophie über den Haufen geworfen und auf einfache Weltanschauung reduziert, wobei es dann zum Ansatz von Herbert Hörz, der mir erklärt, dass Philosophie durch Generalisierung aus den Natur- und Einzelwissenschaften entsteht, eigentlich bloß noch ein kleiner Schritt ist. Es ist der Epochenbruch um 1830, in dem Auguste Comte in Frankreich auftritt, das philosophische Zeitalter beendet wird und das Zeitalter der positiven Wissenschaften beginnt, das in Deutschland nach 1848 voll durchschlägt. Man kann nur sagen: Engels schwimmt in diesem Geiste fröhlich mit. Ich möchte ausdrücklich bemerken, wenn ich von der deutschen philosophischen Tradition gesprochen habe, dass es auch eine positivistische Tradition im Kommunismus gibt und beide Traditionen miteinander hart gekämpft haben. Ich will natürlich keinen Kant und keinen Leibniz aus der deutschen Tradition ausschließen, ich will nur von der einen Seite der Entwicklung der Philosophie in Deutschland sprechen.

Peter Ruben

Vom Ende einer Hoffnung – Bericht über eine Versammlung und Überlegungen zu ihrem Thema[1]

Mit dem 31. Dezember 1996 ist das bekannte Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) im Rahmen des Hochschul-Erneuerungs-Programms (HEP) ausgelaufen. Für noch 1380 durch das WIP geförderte Mitarbeiter der ehemaligen Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR hat dieses Datum die Frage avisiert, ob die von den Initiatoren des Programms vertraglich vereinbarte dauerhafte Integration in die Hochschulen eintreten wird oder nicht. Angesichts der selbst im Herbst letzten Jahres noch ungeklärten Lage hatten die Vorstände des WIP-Rats[2] und des Vereins Berliner Debatte e. V. zu einer wissenschaftspolitischen Tagung am 18. Oktober 1996 unter dem Thema „Scheitert das Wissenschaftler-Integrations-Programm?“ eingeladen, zu der gut 250 Teilnehmer erschienen. Die Tagung hatte den Sinn, zur Lösung der ungeklärten Probleme der Erhaltung des WIP-Potentials beizutragen, die Öffentlichkeit zu informieren und die Einhaltung von Verträgen zu fordern, auf die die WIPianer gesetzt hatten. Wir veröffentlichen nachfolgend die auf dieser Tagung gehaltenen Vorträge, um der von uns für uns gesetzten Pflicht nachzukommen, zur Situation der Wissenschaft in Ostdeutschland beständig Informationen zu bieten.

Das WIP wurde zunächst nach Auflösung der AdW der DDR am 31. Dezember 1991 von der KAI e.V. für zwei Jahre (1992 und 1993) getragen, um sodann 1994 bis einschließlich 1996 an den Hochschulen in seine eigentliche Bewährungsprobe einzutreten. Im Wesentlichen ist die WIP-Förderung an den ostdeutschen Hochschulen realisiert worden; nur 11 Wissenschaftler und zwei wissenschaftlich-technische Mitarbeiter waren 1996 noch an Hochschulen der alten Bundesländer beschäftigt. Die Anzahl der WIP-Geförderten nahm von Jahr zu Jahr ab (Ausscheiden aus Altersgründen, wegen frühzeitiger gelungener Integration, auch wegen Bescheiden aus der Gauck-Behörde). Aber die „biologische Lösung“, eben das Ausscheiden aus Altersgründen, konnte selbstverständlich nicht bis zum Ende des Jahres 1996 erwartet werden. Die Hochschulen waren durchaus bereit, die Mitarbeiter der aufgelösten AdW der DDR aufzunehmen, hatten sie doch wegen des WIP durch sie keine finanziellen Beschwerden. Zusagen für die Übernahme in den Stellenplan gaben sie allerdings in der Regel nicht, da sie selbst unter dem Druck der Reduktion ihrer

1 Erstveröffentlichung in: Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2, S. 171-181

2 Der WIP-Rat bildete sich im Zusammenhang mit der Auflösung der KAI e. V. *(Koordinierungs- und Aufbau-Initiative* für die Forschung in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) auf Grund der Initiative ihres Personalrats.

Kosten standen. Wie die personelle Entwicklung des WIP nach dem Ende der KAI e.V. aussah, gibt die Tabelle 1 an:

Tabelle1: WIP-Geförderte

	1994			1995			1996		
	W	M		W	M		W	M	
Berlin	436	106	542	408	99	507	377	86	465
Brandenburg	213	81	294	207	79	286	194	71	265
Sachsen	210	76	286	208	76	284	203	75	278
Thüringen	91	80	171	84	80	164	83	77	160
Sachsen-Anhalt	58	76	134	57	76	133	55	76	131
Mecklenburg-Vorpommern	51	33	84	50	33	83	50	33	83
Insgesamt	1059	452	1511	1014	443	1457	962	418	1382

W meint Wissenschaftler; M meint wissenschaftlich-technische Mitarbeiter; die an Hochschulen der alten Bundesländer beschäftigten WIPianer (elf Wissenschaftler und zwei wissenschaftlich-technische Mitarbeiter) sind in die Darstellung einbezogen.

Wie man sieht, hat die Anzahl der WIP-Geförderten in den drei Jahren von 1994 bis 1996 um 129 Personen abgenommen, d. h., um rd. 8,5%. Die Gründe dafür sind oben angegeben worden. Eine weitere Abnahme wäre auch künftig zu erwarten, würde das WIP fortgesetzt. Die nötige Finanzierung hätte also klar eine degressive Tendenz.

Insgesamt wurden für das WIP 600 Mill. DM aufgewandt, der Löwenanteil von 500 Mill. durch den Bund. Nach Aussagen des ehemaligen Wissenschaftssenators von Berlin, Prof. Manfred Erhardt, kostete das WIP allein 1996 die Summe von 128 Mill. DM.[1] Wie nun nach 1996 die Kosten für die Unterhaltung des verbliebenen WIP-Potentials aufzubringen wären, bildete den eigentlichen Dreh- und Angelpunkt der Debatte über die Perspektive der WIPianer mindestens in den letzten beiden Jahren. In ihrer Entschließung vom 20. Februar 1995 erklärte die Hochschul-Rektoren-Konferenz: „Die Hochschulen sind… nicht in der Lage, die derzeit im Rahmen des WIP finanzierten Wissenschaftler auf Stellen zu übernehmen. … Bei einem ersatzlosen Wegfall des WIP drohen qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Wissenschaft verloren zu gehen, obwohl die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sie im Zuge des begonnenen Generationswechsels dringend benötigen. Daher sollten die östlichen Bundesländer sich auf der Grundlage einer

1 Mitteilung in einem Diskussionsbeitrag auf der Tagung der GEW und des WIP-Rates am 5. Dezember 1995 im Auditorium Maximum der Humboldt-Universität zu Berlin zum Thema „WIP – Leistungen und Perspektiven“. Die Äußerungen Erhardts liegen in einer Textaufnahme nach dem Mitschnitt auf der Tagung im WIP-Rat vor. Man bedenke zum Vergleich in diesem Zusammenhang z. B. die Kosten des gegenwärtigen medizinischen Experiments Reinhold Ewalds in der EURO-MIR-Mission, die mit 63 Mill. DM angegeben werden. Nach dem schon zitierten Mitschnitt im Eingangsreferat zur Tagung vom 5.12.1995.

degressiven Finanzierungsbeteiligung des Bundes verpflichten, die im WIP finanzierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf zusätzliche Stellen zu übernehmen. Soweit eine vollständige Integration zu Verzerrungen in der fachlichen Struktur einzelner Hochschulen führen würde, sollten zur Sicherung des wissenschaftlichen Potentials ggf. k.w.-Stellen eingerichtet werden." Damit war das mögliche Scheitern des WIP klar avisiert.

Aber noch im Dezember 1995 erklärte Senator Erhardt. „Nach meinem Eindruck ist nicht das WIP gescheitert, sondern… die Erwartung, die Hochschulen und die anderen aufnehmenden Forschungseinrichtungen könnten bei stagnierenden oder gar rückläufigen Haushalten und zu reduzierendem Stellenvolumen WIPianer stellenmäßig integrieren."[1] Er vertrat die Meinung: „…dass wir die Verlängerung des WIP über den Zeitraum 31.12.1996 hinaus brauchen". Sie fand selbstverständlich den Beifall der WIPianer und induzierte ein Jahr vor Toresschluss ihre Erwartung, dass die Regierenden in Bund und Ländern zu ihren Worten stehen werden. Das umso mehr, als der Senator versprach: „…ich werde… in die Koalitionsverhandlungen [nach den Berliner Wahlen von 1995, P. R.], die ich ja mit führen werde, einbringen, dass notfalls… das WIP wenigstens in reduzierter, aber nur mäßig reduzierter, Form als Landesprogramm fortgesetzt wird, einfach deshalb,…, weil a) alle WIPianer eben mehrmals evaluiert worden sind, b) sie gute Arbeit leisten, wie wir auch von den Universitätspräsidenten, den Dekanen und den Institutsleitern in den Integrationsadressen hören können." Doch nach den Koalitionsverhandlungen hieß der Wissenschaftssenator in Berlin nicht mehr Erhardt, sondern Radunski, und dieser hatte die Wissenschaft nun neben der Kultur zu verwalten. Das bedeutete eine klare Wende für die Perspektive der WIPianer – nämlich kein „mäßig reduziertes" Landesprogramm, sondern erneute Bewerbung um Teilnahme an einem Programm „Innovative Forschung neue Länder" im Rahmen des Hochschulsonderprogramms (HSP) III.

Die Bedingungen für die Bewerbung um Teilhabe am Programm „Innovative Forschung" wurden z. B. im Lande Brandenburg vom Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Steffen Reiche, mit Unterschrift vom 10. Oktober 1996 über die Universitäten den WIPianern zwei Monate vor Abschluss des WIP zur Kenntnis gebracht – mit der forschen Bedingung, bis zum 15. November 1996 ihre Bewerbungen einreichen zu müssen. So hatten die Brandenburger WIPianer maximal drei Wochen zur Verfügung, sich in ein gleiches Unternehmen zu stürzen, das sie zum Einstieg ins WIP schon einmal absolviert hatten – allerdings mit neuen Zusatzbedingungen. Der Kern dieser Bedingungen lautete: Drittmitteleinwerbung und „juristische Personen, die ihren Sitz im Land Brandenburg haben", als Zuwendungsberechtigte. Wohl gemerkt: Nicht die WIPianer waren zuwendungsberechtigt, sondern die Einrichtungen, die sie einzustellen gedachten. Damit wurden die WIPianer auf den Wissenschaftsmarkt verwiesen und auf Institutionen *außerhalb der Uni-*

1 Nach dem schon zitierten Mitschnitt im Eingangsreferat zur Tagung vom 5.12.1995.

versitäten, die bereit wären, Eigenmittel aufzubringen, um WIPianer-Projekte im Regelfall zu einem Drittel der Kosten durch das Land Brandenburg gefördert zu bekommen. So war aus dem Programm der *Integration* die wirkliche *Desintegration* in Erscheinung getreten.

Zur Ehre des Senators a. D. Erhardt ist zu diesem Faktum ein Satz aus seinen schon mehrfach zitierten Äußerungen auf der Berliner Tagung „WIP-Leistungen und Perspektiven" zu notieren: „Das Programm zur ‚Förderung innovativer Forschergruppen' wird den größten Teil, der hier sitzt, enttäuschen." Denn „dieses Programm… ersetzt nach seiner Struktur und vor allem auch nach seinem Volumen, 100 Mill., nicht eine Verlängerung des WIP-Programms, zumal auch noch nach dem Modus Fraunhofer-Gesellschaft der überwiegende Teil als Drittmittel von außen einzuwerben ist."[1]

Andere freilich meinen, dass gelungene Drittmitteleinwerbung Ausweis wissenschaftlicher Qualität sei, weswegen diejenigen, denen die Einwerbung misslingt, mit Recht durch den Rost fallen. Ich zitiere S. Hilsberg (MdB) aus der Sendung des Deutschlandfunks „WIP – grandios gescheitert" vom 5. Januar 1997: „Wir hätten hier andere Verhältnisse schaffen müssen, nämlich solche der Sockelfinanzierung und – wie allgemein üblich in der bundesdeutschen Forschungslandschaft – der Notwendigkeit, Drittmittel einzufordern, Drittmittel selber einzuwerben. Und dann gibt es einen Ausleseprozess. Derjenige, der nicht in der Lage ist, Drittmittel einzuwerben, weil er entweder keine Forschungen macht, die andere interessieren, oder aber weil er nicht in der Lage ist, die entsprechenden Kontakte zu knüpfen, fällt auf Dauer unters Rost. Man kann dann noch zwei, drei Jahre dort ein bisschen helfen. Aber auf diese Strukturen hätte es kommen müssen – von Anfang an. Faktisch war aber das WIP-Programm anders angelegt. Es war wie eine Geldausschüttung, die nicht gebunden ist an einzelne Forschungsprojekte, im Grunde genommen die Fortsetzung der alten Akademie der Wissenschaften unter anderen strukturellen Rahmenbedingungen. Und das war das Falsche." Als hätte der Wissenschaftsrat den Eintritt in die WIP-Förderung nicht an Forschungsprojekte, beurteilt durch DFG-Gutachter, gebunden! Als sei Produktion überhaupt ein ebenso lustiges wie unnötiges Vergnügen, das nicht Kosten verursacht, sondern sich glücklicher Geldausschüttung aus an sich bestehenden Quellen erfreut, wie weiland Danae Zeus als Goldregen empfing, um mit Perseus niederzukommen. Würde S. Hilsberg die Existenz der Institute der Max-Planck-Gesellschaft von ihrer Drittmittelwerbung abhängig machen? Will er empfehlen, den Beamtenstatus der berufenen Hochschullehrer so lange zu suspendieren, bis sie durch eingeworbene Drittmittel bewiesen haben, zur Kontaktknüpfung fähig zu sein? Möchte er seine Partei als Zuwendungsträger rekonstruieren, der Eigenmittel zur Erforschung der Tauglichkeit des Projekts Eurofighter

1 Das Volumen ist inzwischen auf Grund der Initiative der sächsischen CDU-Landtagsfraktion verdoppelt worden; selbst das Land Berlin hat in letzter Minute seinen zusätzlichen Beitrag zugesagt. Über die sächsische Initiative zum Zeitpunkt der Tagung vom 18. Oktober 1996 vgl. den Beitrag von Wolfgang Hansen und Ulrich Klemm.

2000 aufbringt, um dann mit guten Gründen Gelder von Leuten zu kassieren, die nichts lieber als einen reformierten Jäger 90 haben möchten?

Es ist schon nötig zu sagen: Wenn die Wissenschaft durch *Dritt*mittel (die logischerweise *Erst*- und *Zweit*mittel voraussetzen, welche im Falle des WIP aber nicht mehr gewollt sind) in Existenz versetzt werden soll, so wird sie auf den Markt verwiesen, sollen Wissenschaftler mithin Unternehmer in privatwirtschaftlicher Aktion sein. Es ist sehr gut bekannt, dass die Metamorphose eines Wissenschaftlers zum Unternehmer bei gegebener Fähigkeit zu ökonomischen Einsichten und wirtschaftlich realisierbaren Produkten in nicht wenigen Fällen gelingt. Man weiß auch davon, dass Professorengehälter und Unternehmergewinne sich in manchen Fällen zu persönlichen Gesamteinkommen addieren, die beachtlich sind, aber so entstehen, dass das steuerfinanzierte Gehalt via staatlich unterhaltener Institution die notwendige Bedingung für das zusätzliche Gewinneinkommen ist. Der umgekehrte Weg ist weitgehend unbekannt. Und man braucht nur ein wenig Kenntnis der Wissenschafts- und Entdecker- wie Erfindergeschichte, um zu bemerken, dass die Proklamation der Drittmitteleinwerbung als Kriterium des Urteilens über wissenschaftliche Projekte eine wahre Strangulation der Wissenschaftsentwicklung ist. Wissenschaft ist immer und zu jeder Zeit durch Gemeinwesen finanziert worden – wie die Infrastruktur, das Rechts- und Militärwesen, die Polizei und das Bildungswesen etc. etc.. Wieso in aller Welt soll das bei den WIPianern anders sein?

Es ist hier eine Wissenschaftsvorstellung im Schwange, die ad hoc einer Argumentation dient, welche die einfache Feststellung, dass kein Geld zur Verfügung steht – jedenfalls nicht für das WIP –, kaschieren und beschönigen soll. Diese Vorstellung artikuliert sich auch so, dass Ausgaben für die Wissenschaft, also für die Wissenschaftler einschließlich, unter dem Titel *konsumtive Ausgaben* öffentlich präsentiert werden. Und jeder weiß natürlich, dass man die Zukunft nur mit *investiven* Ausgaben sichern kann. Also kommt es darauf an, die Konsumtion zugunsten der Investition einzuschränken, zu sparen. Und wo nicht zu harter Widerstand auftritt, wird der Sparwille bare Realität, z. B. bei der Integration von Wissenschaftlern aus der AdW der DDR. Wie U. Schlicht im *Tagesspiegel* vom 17. 10. 1996 berichtet, hat auch Jens Reich auf dem SPD-Forum, das kürzlich zur Forschung stattfand, gesagt: Inzwischen werde Wissenschaft im Westen von vielen Politikern, besonders den Finanzministern, als Konsumartikel angesehen und nicht mehr als Investition in die Zukunft. Und im gleichen Blatt klärt uns der Wissenschaftsjournalist auf: „… konsumtive Ausgaben sind im Wesentlichen die Personalkosten … Investitionen“ werden „für Bauten und Geräte“ aufgewandt.[1] Sonach sind es die *Personen*, die konsumieren, während die *Sachen*, die Produktionsmittel, ihre Existenz dem Investieren danken. Das ist eine ökonomisch wirksame Kategorialentscheidung des Alltagsbewusstseins von unsäglicher Ignoranz, mit der das Investieren von der Bildung des sog. „Humankapitals“, d. h. der quali-

1 U. Schlicht: Stunde der Wahrheit. Hauptausschuss erörtert Hochschulhaushalt. In: Der Tagesspiegel (Berlin), 8.2.1997, S. 22

fizierten Arbeitskraft, vollständig getrennt vorgestellt wird. Investitionen sind Aufwendungen für die Erhaltung und Entwicklung der Produktionsbedingungen, zu denen selbstverständlich die subjektiven gehören, d. h. die Produktionsfähigkeiten der Menschen, die mit erzeugten Sachen, Produktionsmitteln, Güter herstellen, von denen ein Teil selbstverständlich auch der Konsumtion dient. Wie denn anders sollen Produktionsmittel in Bewegung gesetzt werden als durch Menschen, die die Qualifikation besitzen, sie produktiv zu nutzen? Insbesondere die Wissenschaft gehört zu den Investitionsbereichen par excellence. Die sie betreibenden Individuen unter die Konsumenten einzureihen, ist zwar ein bequemes Verfahren, reflektiert aber auch eine verfehlte Wissenschaftsvorstellung, um die es im Zusammenhang mit dem Ende des WIP geht und die wenigstens deutlich gekennzeichnet werden soll. WIP-Finanzierung: Konsumtiv oder investiv? Das ist die Gretchenfrage, die gestellt werden muss.

Die Antwort kann gar nicht anders lauten als: Die Wissenschaft ist eine nationale Investitionsaufgabe erster Ordnung. Schon der junge Engels erkannte 1844: „…für einen vernünftigen Zustand, der über die Teilung der Interessen hinaus ist…, gehört das geistige Element allerdings mit zu den Elementen der Produktion und wird auch in der Ökonomie seine Stelle unter den Produktionskosten finden. Und da ist es allerdings befriedigend, zu wissen, dass eine einzige Frucht der Wissenschaft, wie James Watts Dampfmaschine, in den ersten fünfzig Jahren ihrer Existenz der Welt mehr eingetragen hat, als die Welt von Anfang an für die Pflege der Wissenschaft ausgegeben.“[1] Dies ist nun auch die Einsicht der neueren ökonomischen Wachstumstheorie, die seit Ende der 80er Jahre insbesondere in den USA entwickelt worden ist. In ihr ist klar, dass die Ausbildung der Wissenschaft, Forschung und Entwicklung selbstverständlich eingeschlossen, die eigentliche Determinante für die Steigerung der Produktivität einer Volkswirtschaft darstellt. Dies wird natürlich nur dann wirklich wahrgenommen, wenn man sich vom Einfluss der Wahlperioden und anderer kurzfristiger Determinanten der eigenen Entscheidung freimacht und die langfristigen Perspektiven zugrunde legt, sowohl in der Planung als auch in der Beurteilung. Dies wird wahrgenommen, wenn man die Finanzpolitik nicht als ein reines Verteilungsproblem angesichts vorgegebener Ressourcen und mehr oder weniger kräftig artikulierter Zuwendungsinteressen traktiert, sondern als ein Problem der Konzeption einer sinnvollen ökonomischen Entwicklungsstrategie.

Wie aber wird die nationale Investitionsaufgabe Wissenschaft wahrgenommen? 1975 noch betrug der Anteil für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik 5,2 % des Bruttoinlandsprodukts. 1989 dagegen (die Zahlen differieren, ich will nur die Tendenz aufzeigen) 2,9 %, 1995 ganze 2,3 %. Das besagt, dass die Bundesrepublik den letzten Platz unter den OECD-Staaten einnimmt. 1982 sind 4,7 % des Bundeshaus-

1 F. Engels: Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie. In: Deutsch-Französische Jahrbücher, hrsg. v. A. Ruge u. K. Marx. Paris 1844. Hier zitiert nach der Neuausgabe, Leipzig: Philipp Reclam jun. 1973, S. 193

halts für Wissenschaft und Bildung eingesetzt worden, 1997 sind 3,4 % vorgesehen, nach den bisherigen Plänen im Jahre 2000 noch 2,3 %. Hier ist wohl sehr deutlich, dass eine Tendenz des Rückzuges des Staates oder Gemeinwesens aus der Finanzierung der Wissenschaft vorliegt. Dass dies in einem Lande wie Deutschland passiert, dessen physische, materielle Existenz ja eben davon abhängt, dass, wie man so schön sagt, das „Humankapital", d. h. die qualifizierte Arbeitskraft, wirklich gebildet, entwickelt und als Investitionsschubbedingung eingesetzt wird, lässt auf die Verfassung des Gemeinsinns in diesem Lande schließen, d. h. auf sein schlichtes Fehlen. Wie können wir denn unsere internationale Existenz, den „Standort Deutschland" sichern, wenn wir einen derartig degressiven Trend im Wissenschaftsaufwand, und das heißt im Investitionsaufwand, nicht aufhalten wollen?[1]

Angesichts auch des Endes des WIP, das obendrein zum selben Zeitpunkt durch das Ende sehr vieler anderer befristeter Arbeitsverträge mit Wissenschaftlern aus der verendeten DDR komplettiert wird (z. B. an den Großforschungseinrichtungen, insgesamt handelt es sich um mindestens 6000 Personen), muss den Entscheidungsträgern gesagt werden: Überlegt, unter welchen Voraussetzungen künftig in Deutschland Wissenschaftspolitik erfolgen soll. Sind wir uns noch einig darüber, dass die Finanzierung der Wissenschaft die Unterhaltung unseres Investitionsvermögens ist, oder handelt es sich darum, dass eine besondere Klientel, die sich „Wissenschaftler" nennt, nichts weiter als ihren Lebensunterhalt bestreiten will und daher in Dauerstellen für soundso viele Millionen gehalten zu werden wünscht? Hat Wissenschaft neue Nachfragemöglichkeiten zu eröffnen, oder ist die Nachfrage nach Wissenschaft gesättigt?

Edelgard Buhlman von der SPD-Fraktion im Bundestag hat anlässlich der Haushaltsdebatte mit Recht erklärt: „Es ist eine verhängnisvolle Fehleinschätzung der Bundesregierung, sich im Glauben, die Wirtschaft wird schon einspringen, aus der Forschungsförderung zurückzuziehen. Wo die staatlichen Gelder versiegen, zieht sich auch die Wirtschaft zurück. Ein Bericht des Weißen Hauses vom November 1995 findet in einer Analyse über die letzten 30 Jahre keinen einzigen Anhaltspunkt dafür, dass die Industrie mehr für F und E ausgibt, wenn sich der Staat zurückhält. Im Gegenteil, ein Rückgang der öffentlichen Fördermittel geht vielmehr regelmäßig mit einem Rückgang der privaten F und E-Aufwendungen einher." Das ist der systematische Zusammenhang, der deutlich zu machen ist. Es geht darum, die nationale oder staatliche Verantwortung für die Wissenschaft als das Investitionsmittel des Volkes sicherzustellen. Auch wenn das WIP zu Ende geht, sollte wenigstens

1 Die bundesdeutsche Wissenschaftspolitik als Hintergrund des WIP-Schicksals wird nachfolgend in Hansgünter Meyers Analyse auf einem Niveau von hohen Graden untersucht. In seinem Vortrag auf der Tagung vom 18.10.1996 konnte er selbstverständlich nur Teile seiner Erkenntnisse mitteilen. Und wir sind ihm sehr dankbar, dass wir hier seine Studie vollständig präsentieren dürfen, wenngleich sie ein wenig den Umfang eines normalen Zeitschriftenaufsatzes übertrifft. Wir nehmen zuversichtlich an, dass unsere Leser dies akzeptieren werden. Vgl.: Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2, S. 195–213

im öffentlichen Bewusstsein gehalten werden, dass das in der Tat die zugrunde liegende Fragestellung ist.

Mit der ihm eigenen Ironie hat Prof. Dieter Simon, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und ehemals Vorsitzender des Wissenschaftsrats, der die WIP-Idee konzipierte, im *Tagesspiegel* vom 27. November 1996 (S. 8) festgestellt: Die Antwort auf die Frage nach den Verantwortungen für das Scheitern des WIP führe zu nichts. Sie könne „das Unglück der Betroffenen nicht mildern. Denn um ein Desaster handelt es sich in der Tat: In erster Linie, weil eine nicht gerade kleine Gruppe durchweg hochmotivierter und tüchtiger, arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen vermutlich auf Dauer aus ihrer Arbeit geworfen wird. Dass deswegen der Bereich, den Wirtschaft und Politik unermüdlich als einen unserer wichtigsten bezeichnen, zusammenbrechen wird, ist unwahrscheinlich. Sicher handelt es sich durchweg um solide Forschung, und dieses oder jenes mag auch exzellent sein. Aber auch vom Exzellentesten ist vieles nicht lebenswichtig, wenn man ‚Leben' so definiert, wie es sich zur Zeit einspielt. Anders als die Betroffenen verständlicherweise glauben mögen, wird ihr und ihrer ‚wichtigen' Wissenschaft Verschwinden kaum bemerkt werden. Denn aufs Ganze gesehen ist es doch nur weniges, auf das die Gesellschaft verzichten muss. Es handelt sich eben nur um einen ganz kleinen unter den vielen Schritten, mit denen sich Deutschland heute um einen Stehplatz unter den wissenschaftlichen Entwicklungsländern Europas und der Welt bemüht." Wollen wir diesen „Stehplatz unter den wissenschaftlichen Entwicklungsländern" wirklich?

Noch 1995 erklärte Senator Erhardt für das Land Berlin: Wir werden auch „als einziges Bundesland weiterhin darauf bestehen, dass das Wissenschaftler-Integrations-Programm, wie es vom Wissenschaftsrat empfohlen worden ist, auch über den 31.12.1996 hinaus fortgesetzt wird. Das ist deshalb erforderlich, weil auch wir als Politiker zu dieser unbefriedigenden Situation beigetragen haben. Wir können nicht erfolgreich sein, wenn wir gleichzeitig an den Universitäten Stellen und Sachmittel streichen. Das bedeutet, dass jedenfalls Berlin weiterhin auf die Fortsetzung des Programms bestehen muss. Darüber ist sich nicht nur der Wissenschaftssenator schlüssig, sondern auch der Senat. Wir haben eine entsprechende Beschlussfassung des Abgeordnetenhauses gegenüber der BLK, dem Bund und den anderen Bundesländern, dass man weiterhin darauf bestehen muss."[1] Und in der Debatte zu seiner Erklärung beschrieb er nochmals die Ausgangslage in der Konzeption des WIP: **„**Kein Mensch ist davon ausgegangen, dass das WIP und seine Personen zwischendurch abstürzen sollen. Wir alle hatten die Vorstellung (ich war, bevor ich Senator wurde, damals auch anfänglich in der entsprechenden Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates dabei), die zeitliche Befristung rechtfertigt sich daraus, dass Sie hinterher in die Integrationsadressen aufgenommen werden können. Niemand hat gesagt, die Zeit der Befristung diene dazu, damit die Inte-

1 Auf der Tagung „WIP – Leistungen und Perspektiven" am 5.12.1995 erklärt.

gration dann nach fünf Jahren, sozusagen, ausbleibt. Das hatten wir uns nie so vorgestellt. Darum sage ich noch einmal, und das schreibe ich auf meine eigene Brust: wir sind doch selber schuld, nachdem wir nicht mehr genügend Geld haben, dass wir die Universitäten und die Fachhochschulen nicht auch in die Lage versetzen können, eine so große Zahl von WIPianern, in Berlin haben wir 446, aufnehmen zu können. Und deshalb meine ich, muss Bund, müssen die Länder dafür stehen, die Wissenschaftler weiter zu finanzieren." Und mit Blick auf die damaligen Berliner Koalitionsverhandlungen erklärte der Senator den versammelten WIPianern: „Ein Letztes: Ich habe in meinen Forderungen im Rahmen der Koalitionsverhandlungen enthalten und möchte darauf bestehen: falls der Bund versagt, dass dann Berlin für seine eigenen aufgenommenen Wissenschaftler (nicht für die 60, die aus Brandenburg auch auf dem Boden Berlins forschen) im Haushalt 1997 die entsprechenden Mittel aufbringt. Da ich mich auf einen entsprechenden, von mir initiierten Beschluss des Parlaments berufen kann, meine ich, dass ich hier nichts Unsinniges fordere."[1]

Der Nachfolger Erhardts, Senator Radunski, hat diese Amtsmeinung geändert. Und für alle Verantwortungsträger ist seit 1996 – gewiss angesichts der den öffentlichen Haushalten verordneten Sparzwänge – klar, dass das WIP in keiner Form weitergeführt wird. Diese Lage hat auch zu einer eindrucksvollen Änderung im veröffentlichten Bewusstsein geführt. In seinem schon zitierten Artikel im *Tagesspiegel* findet D. Simon: „Das WIP war ein Privileg für Privilegierte. Ein Privileg, weil es nur und ausschließlich für Akademie-Wissenschaftler… entwickelt wurde. Für Privilegierte, weil den Angehörigen" der DDR-Akademien „ohnehin in der Regel das besondere fachliche und ökonomische Wohlwollen der Herrschenden galt". Ist es für einen Forscher ein Privileg, an einer Forschungsakademie in einem Lande zu arbeiten, das eine zentralistische Forschungsorganisation errichtet? Und von welchem „Wohlwollen der Herrschenden" kann für diejenigen Akademie-Mitarbeiter die Rede sein, die keine internationalen Kontakte haben durften, zu keinen Lehrveranstaltungen zugelassen waren und einen Arbeitslohn erhielten, der sich vom DDR-Durchschnittslohn durch nichts unterschied? Die an den DDR-Akademien wirklich Privilegierten, deren Existenz gar nicht zu leugnen ist, sind samt und sonders nicht im WIP finanziert worden. Das hat bereits sein Auswahlmodus im Allgemeinen ausgeschlossen, sofern nicht zuvor die von der De Maizière-Regierung unterbrochene eigenständige Akademie-Reform bereits die Privilegien ganz ohne äußere Einwirkungen gebrochen hatte. Wozu also das WIP „ein Privileg für Privilegierte" nennen, da es doch nichts anderes als eine Form der Unterhaltung von Wissenschaftspotential ist, das durch die deutsche Einheit inkorporiert worden ist? Ist der Eindruck irreführend,

1 Offensichtlich ein Übertragungsfehler. Der Verfasser stellt bei einer Durchsicht der Arbeit im Jahre 2020 ergänzend fest, gemeint sei, dass der Senator über Inhalte spricht, die in seinen Forderungen im Rahmen der Koalitionsverhandlungen enthalten waren. (U.H./C.W.)

in dieser Beschreibung eine Legitimation des Kurswechsels in Sachen WIP wahrzunehmen?

Caroline Möhring braucht solche Legitimation erst gar nicht, sondern meint in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schnurstracks: Den Begriff der „WIPianer… zu lernen lohnt sich freilich kaum mehr. Geht die Zeit der WIPianer doch mit diesem Jahr zu Ende, unwiderruflich wie das WIP…“[1] Das ist nun gewiss eine schlichte Tatsachenfeststellung, die zu realisieren, sich die am 18. Oktober 96 versammelten WIPianer weigerten. Sie standen zu dieser Zeit noch unter dem Eindruck der sächsischen Initiative, von der W. Hansen und U. Klemm berichten.[2] Und über den Fortgang dieser Initiative kann hier berichtet werden, dass sie kurz vor Toresschluss von allen betroffenen Ländern, zuletzt von Berlin, wie vom Bund akzeptiert worden ist. Somit stehen nun doppelt so viel Mittel zur Verfügung wie zunächst für das Programm „Innovative Forschung“ vorgesehen. Welches Resultat die Verhandlungen, die im Januar 1997 fortgesetzt worden sind, schließlich erbringen werden, konnte die Versammlung vom Oktober 1996 natürlich nicht wissen. Es ist ganz instruktiv zu sehen, was sich nach ihrem Zusammentreten abgespielt hat. (Tabelle 2)

Tabelle 2: Weitere Förderung der WIPianer, Personen

	1996	1997 (Stand: 18. Okt. 96)		1997 (Stand: 28. Dez. 96)	
	Geförderte	Geförderte	Nicht-geförderte	Geförderte	Nichtge-förderte
Berlin	465	8	457	120	326
Brandenburg	265	29	236	150	61
Sachsen	278	36	242	224	54
Thüringen	160	96	64	alle	
Sachsen-Anhalt	131	8	123	größter Teil	?
Mecklenburg-Vorpommern	83	10	73	größter Teil	?

Der angegebene Stand vom 18. Oktober 1996 zeigt die Lage, wie sie sich für die Versammlung, deren Thema hier zu Debatte steht, dargestellt hatte. Die Lage vom 28. Dezember 1996 zeigt, so darf man wohl sagen, das Resultat der sächsischen Initiative, zu dem natürlich die Aktivitäten der Versammlungsorganisatoren beigetragen haben.

Mitte Januar 1997 zeigte sich, dass die Wissenschaftsverwaltungen der Länder verschiedene Wege gehen:

Berlin: Von 542 ursprünglich im WIP geförderten Akademie-Mitarbeitern sind 66 im Sinne dieses Programms integriert, d. h.: 12,2%; in diesem Land ist mithin das WIP zu 87,8% gescheitert. Berlin meldet 476 Förderanträge

1 Vgl. ihren Artikel „Die Zeit der WIPianer geht unwiderruflich zu Ende“ in der FAZ vom 28.12.1996.
2 Vgl. ihren Beitrag „Das WIP – eine sächsische Landeslösung in Sicht?“ in unserem Heft (vgl. Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2, S.192-194).

zum Programm „Innovative Forschung“, eine Art WIP-Fortsetzung. 120 WIPianer haben Beamtenzeitverträge für 4 Jahre erhalten; technische Mitarbeiter wurden nicht übernommen. Im Augenblick kann man feststellen: Etwa 150 WIPianer werden weiter finanziert, rd. 300 werden arbeitslos. Nach dem HSP III werden in Berlin an der TU: 24, an der HU: 24, an der FU: 15 weiter gefördert, im Rahmen der außeruniversitären Forschung (also nicht im Sinne des WIP): 57. Das sind zusammen 120 Wissenschaftler. Nach einem weiteren Programm kommen 50-60 weitere WIPianer hinzu, davon z. B. an der TU Berlin 6, so dass an dieser Universität 1997 insgesamt 30 Personen weiter gefördert werden.

Brandenburg: Wie der Wissenschaftsminister angibt, sind von 282 WIPianern 66 integriert, d. h. 23,4%. In diesem Lande ist also das WIP zu 76,6% gescheitert. Die Universität Potsdam allein verzeichnet 140 Nichtintegrierte. Zwischen Weihnachten und Neujahr haben in Brandenburg 73 von 216 WIPianern einen Bescheid zur Förderung nach HSP III erhalten – mit einer Laufzeit von zwei Jahren, in vielen Fällen nur von einem Jahr.

Sachsen: Hier gibt der zuständige Wissenschaftsminister an: Von ursprünglich 274 Förderfällen sind 1996 genau 42 integriert, d. h. 15,3%. So besagt die sächsische Bilanz: Das WIP ist zu 84,7% gescheitert. Die TU Dresden hat 5 von 70 integriert, die TU Chemnitz 2 von 39. Mitte Januar 1997 sieht die sächsische vorläufige Endlage wie folgt aus: Alle WIPianer werden zunächst ein halbes Jahr weiter beschäftigt, um Zeit für weitere Klärung zu gewinnen.

Thüringen: Hier wird gemeldet, dass alle WIPianer bis auf jene, die sozial verträglich ausscheiden, weiter arbeiten können.

Sachsen-Anhalt hat vornehmlich Agrarforscher zu unterhalten. Wie die aktuelle Lage aussieht, ist unbekannt.

Mecklenburg-Vorpommern plant für Mediziner Institutsgründungen. Die aktuelle Lage ist unbekannt.

Mit Datum vom 9. Februar – kurz vor Redaktionsschluss – kann schließlich nach dem mühsam erworbenen Kenntnisstand des WIP-Rats folgende Lage festgestellt werden:

Tabelle 3: WIPianer 1997, Personen

Land	Ende 1996 beschäftigt	Ab 1997			
		dauerhaft beschäftigt	befristet beschäftigt	sozial verträglich ausgeschieden	arbeitslos
Berlin	463	13	182	-	258
Brandenburg	240	-	79	-	161
Sachsen	275	62	186	25	-
Thüringen	142	132	-	10	-
Sachsen-Anhalt	129	9	73	17	30
Mecklenburg-Vorpommern	83	17	50	14	-
Insgesamt	1332	233	570	66	449

Gut ein Drittel der Ende 1996 noch beschäftigten WIPianer ist arbeitslos geworden, 17,5% von ihnen haben eine Dauerbeschäftigung erlangt, 42,8% werden mit unterschiedlicher Befristung (zwischen einem halben Jahr und vier Jahren) weiterhin arbeiten können, und knapp 5% haben eine sozial verträgliche Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses erhalten (z. B. via Vorruhestandsregelung, die z. T. aber noch nicht in Kraft ist).

Wie man sieht, sind äußerst unterschiedliche Landesregelungen erreicht worden; insbesondere haben die Länder Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern die Arbeitslosigkeit für WIPianer vermieden, während Brandenburg 67%, Berlin 55,7% und Sachsen-Anhalt 23,3% ihrer WIPianer in die Arbeitslosigkeit entlassen haben. Thüringen darf für sich in Anspruch nehmen, als einziges Land die originäre WIP-Intention realisiert zu haben.

Wenn nun auch das WIP in der Tat unwiderruflich beendet ist, so kann man doch feststellen, dass die betroffenen Forscher in gut 60% aller Fälle wenigstens in befristeten Stellen weiterarbeiten können. Da die Situation von Land zu Land stark variiert, ist es nützlich, die Wissenschaftsaufwendungen der deutschen Länder pro Einwohner zu notieren. Das wird die unterschiedlichen Schwierigkeiten verdeutlichen, die jedes Bundesland im Besonderen hat. Denn es ist klar, dass das teilweise Scheitern des WIP wesentlich mit der Haushaltskompetenz der Landtage zu tun hat, die über die Wissenschaftsfinanzierung entscheiden, und zwar unabhängig von den Empfehlungen des Wissenschaftsrats, den Meinungen der zuständigen Bundesbeamten, auch von den Intentionen der Wissenschaftsminister der Länder. Für 1995 wird für die Bundesrepublik insgesamt die Nettogröße von 416 DM/Einwohner zur Unter-

haltung von Wissenschaft und Forschung ausgewiesen. Die Länder, deren Ausgaben für Wissenschaft und Forschung seit 1991 doppelt so stark stiegen wie ihre Haushalte insgesamt – sie zahlten 1995 rd. 35 Mrd. DM, d. s. über zwei Drittel der öffentlichen Ausgaben für diesen Posten –, realisierten 1995 folgende Aufwände (in DM/Einwohner):

Berlin	945
Hamburg	709
Bremen	578
Thüringen	481
Sachsen	481
Baden-Württemberg	442
Bayern	428
Hessen	408
Schleswig-Holstein	392
Sachsen-Anhalt	392
Saarland	37
Mecklenburg-Vorpommern	384
Niedersachsen	341
Nordrhein-Westfalen	326
Rheinland-Pfalz	301
Brandenburg	265

Man muss demnach sagen, dass Berlin, das mehr als das Dreieinhalbfache des Aufwands von Brandenburg betreibt, mit Sicherheit auch größere Probleme in der weiteren Unterstützung von WIPianern als jedes andere betroffene Land hat. Umgekehrt ist es an sich schon erfreulich, dass Thüringen und Sachsen unter den deutschen Flächenländern im Wissenschaftsaufwand an der Spitze stehen. Um wieviel mehr muss man respektieren, dass gerade diese beiden Länder in der Arbeitsplatzbindung der WIPianer ebenfalls die Spitzenposition einnehmen. Sollte das etwas mit der entsprechenden Regierungspartei dieser Länder zu tun haben? Oder ist der genius loci noch virulent, der den Deutschen einst Luther, Leibniz, Fichte etc. etc. schenkte? Muss man Brandenburg, das dem preußischen Friedrich II. die gewünschte Ruhestätte gab, daran erinnern, dass der lebende Friedrich die Vertreter der französischen Hochaufklärung um sich – wenigstens zeitweise – zu versammeln wußte? Jedenfalls zeigen unsere Daten ohne Frage, dass Brandenburgs Wissenschaftspolitik das Schlusslicht in der Phalanx der Länder hält.

Wie dem auch immer sei, ein Drittel der WIPianer ist – um nicht *abgewickelt* zu sagen – arbeitslos geworden.

Ihre dem vorhergehende Warnung sei zum Abschluss wiedergegeben:

RESOLUTION

der wissenschaftspolitischen Tagung zum Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP)

Angesichts der gegenwärtigen Lage müssen wir feststellen, dass die zwischen den Regierungen von Bund und Ländern 1992 vereinbarte Integration von mehrfach evaluierten Wissenschaftlern aus Forschungs-Akademien der DDR endgültig zu scheitern droht. Denn vereinbarungsgemäß war mit diesem Integrationsprogramm die dauerhafte Eingliederung von Wissenschaftlern der Institute der ehemaligen Akademien an die Hochschulen der neuen Länder zu erreichen.

Damit sind 1380 mit dem Integrationsprogramm geförderte Personen ab dem 1. 1. 97 von Arbeitslosigkeit bedroht, was auch eine neuerliche Gefährdung des Wissenschaftspotentials in Deutschland bedeutet. Kein verantwortlicher Politiker sollte in diesem Zusammenhang das Ungeheuerliche übersehen, dass mit der Abwicklung von 83 % ihrer Beschäftigten die Wissenschaft stärker als jeder Hauptzweig der ehemaligen DDR-Volkswirtschaft betroffen worden ist.

Wir fordern:
- Initiativen zur produktiven Nutzung des in den neuen Bundesländern brachliegenden Wissenschaftspotentials.
- Die Erfüllung der Bund/Länder-Vereinbarung zum WIP durch die Länderregierungen. Es geht um die Zuordnung zusätzlicher Stellen an Hochschulen oder anderen Forschungsinstituten für die WIPianer.

Berlin, 18. Oktober 1996
Die WIPianer von ihrer wissenschaftspolitischen Tagung

Peter Ruben

Von der Philosophie und dem deutschen Kommunismus

Ein Blick in die Vorgeschichte der DDR-Philosophie[1]

1. Vorbemerkung

Zehn Jahre nach der „Wende“ die Anfänge der DDR-Philosophie zu thematisieren, lässt es angesichts der weitgehenden Fraktionierung – fast Atomisierung – ihrer Produzenten wie des schnellen Vergessens geraten erscheinen, ein paar Feststellungen zum besseren Verständnis vorauszuschicken. Das Wort *DDR-Philosophie* soll im Folgenden die im Gebiet der einstigen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und nachfolgenden DDR unternommenen akademischen Anstrengungen bezeichnen, die mit der Errichtung dieses Staats verbundenen politischen und ökonomischen Absichten der deutschen Kommunisten philosophisch zu begründen bzw. zu legitimieren. Mit dieser Bestimmung ist die DDR-Philosophie selbstverständlich als ein Teil der deutschen Philosophie nach 1945 unterstellt und niemand gezwungen, sich als ein DDR-Philosoph zu verstehen, der zufällig im Gebiet dieses Staats gelebt und sich um die Philosophie bemüht hat. Es hat deutsche Philosophie in der DDR gegeben, die ganz gewiss nicht DDR-Philosophie gewesen ist, d. h. nicht im Interesse der kommunistischen Bewegung und ihrer deutschen Anhänger betrieben worden ist. Es ist aber auch ebenso sicher, dass die DDR als die im Bündnis mit der sowjetischen Siegermacht auf deutschem Territorium errichtete kommunistische Staatsgewalt alles getan hat, in den nach dem Zweiten Weltkrieg zu restaurierenden akademischen Institutionen möglichst ausschließlich die DDR-Philosophie zu institutionalisieren. Mit Einrichtung des philosophischen Fachstudiums an den DDR-Universitäten 1951 ist dieser Vorgang abgeschlossen worden. Seit dem September 1951 ist die DDR-Philosophie für die jedes Jahr nachfolgenden Studenten gegebene Bedingung ihres Bildungserwerbs.

2. Was soll unter „Philosophie“ verstanden werden?

Ich spreche hier von der Philosophie als einer akademisch betriebenen Wissenschaftsdisziplin, nicht von irgendwelchen ‚Unternehmensphilosophien‘, nicht von mehr oder weniger gescheitem Kaffeehausgeschwätz oder sonstiger

1 Erstveröffentlichung in: Volker Gerhardt/ Hans-Christoph Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie. Berlin 2001

‚philosophischer Praxis'. Wenn wir etwa lesen: „Eleganz, hohe Leistung und Sportlichkeit – das sind tragende Elemente der Jaguar-Philosophie"[1], sind wir sicher, dass der Zeitgeist unter ‚Philosophie' Grundsätze der Produktion oder des Dienstes (z. B. die ‚Maritim-Philosophie' der bekannten Hotel-Kette: „Tagen und Schlafen unter einem Dach") irgendwelcher Produzenten oder Betriebe vorstellt, die mit wissenschaftlicher Erkenntnis nichts zu tun haben. Dies ist eine die Philosophie als Wissenschaft vernichtende Ehrung. Ich spreche auch von keiner Weltanschauung, obwohl sich die DDR-Philosophie „wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse" genannt hat (aus Gründen, auf die ich noch eingehen werde). Weltanschauungen sind nicht Philosophie, sondern Themen, Gegenstände der Philosophie. Philosophie ist nicht Weltanschauung, nicht ideologisierende Kritik oder moralisierende Wertung, wenngleich sie dergleichen zum Thema machen muss. Philosophie ist – mit Husserl zu sprechen – „strenge Wissenschaft" oder gar nicht vorhanden.

Sie ist immer noch am bestimmtesten in der Sicht Hegels aufzufassen, dessen *Enzyklopädie* uns erlaubt, auf den Begriff der Philosophie durch Aufzählung zu rekurrieren. Danach ist Philosophie

1. *Logik und Kategorienlehre*. Die Logik teilt die Philosophie mit der Mathematik. Der Unterschied zwischen mathematischer und philosophischer Logik ist nicht essentiell, wenngleich mit Blick auf die nötigen Kenntnisse in beiden Wissenschaften natürlich ganz erheblich. Die Kategorienlehre gehört der Philosophie allein an. Sie wurde von Aristoteles mit seiner ‚Metaphysik' begründet. Und alle positivistische Attitüde, Metaphysik für etwas Übles zu halten (eine merkwürdige ‚Errungenschaft' des österreichischen Spätliberalismus), ändert an der Existenz der Kategorien gar nichts, folglich nichts am Interesse, sie und ihre Zusammenhänge zu erkennen (dies Interesse muss freilich nicht jeder haben).

2. ist sie *Naturphilosophie* (oder philosophische Grundlagen der Naturerkenntnis). Dieser Teil der Philosophie hat die Aufgabe, die in den Naturwissenschaften realisierten logischen und kategorialen Grundlagen zu erforschen und kenntlich zu machen. Keine Naturwissenschaft erklärt, was Kausalität, Substantialität, Quantität oder Qualität etc. seien, aber jede operiert mit den entsprechenden Vorstellungen. Diese auf Begriffe zu bringen, heißt, Naturphilosophie zu realisieren – ein durchaus unspekulatives Bemühen.

3. ist sie nach Hegels Sicht *Philosophie des Geistes*. Wir können sie sicher auch *Gesellschaftsphilosophie* nennen. Denn es ist die aus der Entwicklung des ökonomischen Austauschs zwischen menschlichen Gemeinschaften und dann auch Personen erwachsende (menschliche) Gesellschaft, die das konstituiert, was Hegel den Geist nennt. Vorstellungen, Meinungen, Religionen, Weltanschauungen trifft man auch in Gemeinschaften an. Sie sind sogar Mittel der Gemeinschaftsbildung. Der Geist aber – als gebildete Einheit der Sinnlichkeit mit dem Verstande und der Vernunft und im Erkennen wirklich –

1 Der Tagesspiegel, Berlin, vom 20. März 1999, S. M 1

setzt die Gesellschaft voraus und mit ihr die untereinander in der Debatte, im Diskurs stehenden autonomen Personen, die in ihrer Erkenntnisarbeit Geist entwickeln oder im Verhindern des Erkennens geistlos werden. In solchen Wissenschaften wie der Ökonomie, Soziologie, Politologie, Psychologie etc. hat die Philosophie des Geistes die realisierte Logik und Kategorienstruktur zu untersuchen. In diesem Sinne sind dann z. B. Rechts- und Geschichtsphilosophie Glieder der Sozialphilosophie.

4. schließlich ist die Philosophie essentiell die *Geschichte ihrer selbst*. Die Philosophie hat zu ihrer Geschichte notwendig ein anderes Verhältnis als die sonstigen Wissenschaften zu den ihren. Platon veraltet ebenso wenig wie Aristoteles oder Thales, der Begründer der Philosophie. Dagegen müssen Keplers Gesetze heute nicht à la Kepler gelehrt werden, und die Kenntnisnahme der euklidischen Geometrie setzt nicht notwendig das Studium der ‚Elemente' Euklids voraus. Auch muss kein Chemiker Lavoisier im Original lesen, um gute chemische Forschung betreiben zu können. In der Philosophie dagegen ist die Kenntnis der Ergebnisse, die sich nun auf die Dauer von rund 2600 Jahren verteilen, notwendige Bedingung für die Teilnahme am Fortschreiten eben dieser Wissenschaft. Im gewissen Sinne ist die Philosophie aufgehobene Geschichte ihrer selbst, die dauernde Präsenz der Vergangenheit des Geistes als Mittel, seine Zukunft zu bewirken. Geschichte der Philosophie hat gewiss die Tatsachen der philosophischen Produktion festzustellen. Doch als Erkenntnis des sich im entwickelnden philosophischen Wissen historisch zeigenden Systems der Philosophie selbst hat sie ebenso systematische Bedeutung. Sie demonstriert, dass die Philosophie nicht eine inkonsistente Vielheit von zufällig artikulierten Meinungen ist, die man haben kann oder nicht, sondern das sich historisch entwickelnde Wissen vom konkreten Allgemeinen. (Man kann sich z. B. kaum vorstellen, dass Kategorienlehre ohne Aristoteles betrieben werden kann, ohne seine Entdeckung der sophistischen Schlüsse.)

Unter dem Terminus *DDR-Philosophie* wird selbstverständlich hier nur das verstanden, was als wissenschaftliche Produktion gemäß des angegebenen Philosophiebegriffs identifizierbar ist. Das stimmt mit dem Verständnis so mancher Vertreter dieser Philosophie nicht überein. Man findet etwa im Philosophenlexikon der DDR einen Text zu Giuseppe Peano[1], doch Max Horkheimer sucht man darin vergeblich. Der entscheidende Gesichtspunkt für das Verständnis der Genesis und Konstitution der DDR-Philosophie ist hier aber nicht die subjektive Deutung philosophischer Arbeit durch diesen oder jenen Autor, sondern die mit ihr nach dem alliierten Sieg über den deutschen Fa-

1 E. Lange, D. Alexander (Hrsg.): Philosophenlexikon. Berlin: Dietz Verlag 1982, S. 739-743. Die Angabe über Peano ist angesichts seiner Axiomatisierung der Arithmetik gewiss honorig (für die Geometrie hatte Euklid solche Tat 2200 Jahre früher vollbracht), aber diese epochale Tat determiniert den Italiener noch nicht zum Philosophen. Ganz skurril wird dies Lexikon, wenn es uns Karl Liebknecht und Maxim Gorki präsentiert. Ich nehme an, dass solche Präsentation die Selbstvorstellung der – mit Norbert Kapferer zu sprechen – DDR-Kaderphilosophen, die im genannten Lexikon ‚ausgewogen' und nach der Autoritätsverteilung Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre zelebriert wird, ein wenig dämpfen und erträglicher machen soll.

schismus realisierte Verbindung zwischen dem modernen Kommunismus und der Philosophie in Deutschland. Diese Verbindung an sich ist ein Vorgang, der über 150 Jahre umfasst. Die DDR-Philosophie ist darin nur ein Teilstück einer Tradition, deren Begründung auf Moses Heß zurückgeht.

Er hat 1837 zum ersten Mal positiv – und ohne Wirkung – versucht, eine geschichtsphilosophische Konstruktion zu liefern, die den Kommunismus (von ihm ‚Gütergemeinschaft' genannt) als strengste Erfüllung des Gleichheitspostulats präsentiert.[1] Dieses Postulat, in der französischen Revolution gegen die Privilegien des Adels proklamiert, kann in der Tat kommunistische Intentionen setzen, wenn es auf die Eigentumslage in einer Gemeinschaft angewandt wird. Zwar ist eine Gemeinschaft denkbar, deren Individuen gleich große Produktivvermögen für sich zu eigen haben, somit Privateigentümer sind und dennoch das Postulat der Gleichheit untereinander erfüllen. Doch zweifellos hat Heß mit seiner Feststellung Recht, dass das Gemeineigentum am Produktivvermögen die Gleichheit aller Individuen derselben Gemeinschaft (ökonomisch) ganz sicher konstituiert und – vor allem – reproduziert. Solche Reproduktion ist für eine Gemeinschaft von Individuen mit untereinander gleich großem Produktivvermögen kaum vorstellbar, jeder individuelle Produktions- und Realisierungsvorgang würde die Verschiedenheit hervorbringen, also auf Dauer Reichtum hier und Armut dort einführen. Dies muss nicht an der unterschiedlichen ökonomischen Effektivität der verschiedenen Individuen liegen (obwohl das natürlich unabwendbar ist), sondern wird allein schon durch Differenzen in den Naturbedingungen der Produktion verursacht werden. Es ist dann gerade die kommunistische Organisation der Gemeinschaft, die durch Umverteilung die so hervorgebrachten Unterschiede wieder einebnen wird.

Da die Idee der Gütergemeinschaft als Bedingung für die Erhaltung der Gleichheit unter den Individuen dieser Gemeinschaft mit der Vorstellung vom Kommunismus wohl weitgehend zusammenfällt, darf man Moses Heß den ersten modernen deutschen kommunistischen Philosophen oder philosophischen Kommunisten nennen.[2] Er ist es übrigens auch, der den jungen Friedrich Engels, nachdem dieser seinen Militärdienst in Berlin absolviert hatte, im Oktober 1842 für die Propagierung des Kommunismus wirbt. Zu dieser Zeit hat Marx mit dem Kommunismus noch nichts im Sinn. Etwas später erfährt er von Heß, dass man ‚Kommunismus' als ‚radikalen Sozialismus' verstehen könne. Und 1845 setzen sich alle drei gemeinsam in Brüssel mit der deutschen

1 Vgl.: Die heilige Geschichte der Menschheit. Von einem Jünger Spinoza's. Stuttgart 1837. Wieder abgedruckt in: Moses Heß, Philosophische und sozialistische Schriften 1837-1850. Eine Auswahl. Hrsg. v. Wolfgang Mönke. 2. Aufl.. Berlin: Akad.-Vlg. 1980. S. 1-74. Es heißt darin: „Wir halten nämlich dafür, dass ‚*Gütergemeinschaft*' den Begriff von ‚*Gleichheit*' am genauesten und schärfsten bezeichnet. Nur da, wo gemeinschaftlicher Besitz aller Güter…und Nichts an einer Person, als ausschließendes Eigenthum, gebunden ist – nur da herrscht völlige Gleichheit" (a.a.O., S. 51).

2 Im November 1843 teilt in diesem Sinne auch der junge Engels den britischen Sozialisten (Owenites) mit, dass in Deutschland „Dr. Heß… in der Tat der erste Kommunist in der Partei war…" Vgl. MEW 1, S. 494

Philosophie und Ideologie auseinander, soweit sie ihren bisherigen Lebensweg beeinflusst hat.[1]

Das Resultat dieser Selbstverständigung, die ‚Deutsche Ideologie' wird freilich der Öffentlichkeit erst in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts bekannt. Im Ersten Band der Zeitschrift des Marx-Engels-Instituts in Moskau, ‚Marx-Engels-Archiv', herausgegeben von D. Rjasanow, Frankfurt am Main o. J., ist erstmalig der wohl wichtigste Teil des 1. Bandes der „Deutschen Ideologie", der Teil über Ludwig Feuerbach, veröffentlicht worden.[2] Im Maiheft 1925 der von Hilferding herausgegebenen ‚Gesellschaft' erklärt Arthur Friedberg der Leserschaft die Leistung Rjasanows: „Die Bedeutung dieser Veröffentlichung ist ganz außerordentlich; uns liegt jetzt nicht nur die erste, sondern die einzige, von Marx und Engels selbst im Jahre 1845 verfasste, ausführliche und systematische Darstellung der Lehre des historischen Materialismus vor. Diese Darstellung steht… fast am Anfang des Lebenswerkes von Marx und Engels, es wird… bei ihrer Lektüre klar, dass sie eine bestimmende Bedeutung auf die ganze weitere Entwicklung der Theorie ausübte."[3] Diese 80 Jahre umfassende Inkubationszeit der in der ‚Deutschen Ideologie' entwickelten ge-

1 Die intellektuelle Trennung von Moses Heß haben Marx und Engels erst definitiv mit dem Abschnitt über den ‚deutschen oder den ‚wahren' Sozialismus' im ‚Manifest der Kommunistischen Partei' präsentiert; allerdings hat Heß bereits Ende Mai 1846 Marx geschrieben: „Mit Dir persönlich möchte ich noch recht viel verkehren; mit Deiner Partei will ich nichts mehr zu tun haben" (M. Hess: Briefwechsel. Hrsg. v. E. Silberner unter Mitwirkung v. W. Blumenberg, Gravenhage: Mouton & Co 1959, S. 157).

2 Die vollständige Publikation des erhaltenen Textes erfolgte in: Karl Marx / Friedrich Engels, Historisch-kritische Gesamtausgabe (MEGA),- Werke/Schriften/Briefe, im Auftrage des Marx-Engels-Lenin-Instituts, Moskau hrsg. von V. Adoratski, Erste Abt., Bd.5, Marx-Engels-Verlag G.m.b.H. Berlin 1932. Genauer gesagt, hat Adoratski (Nachfolger des am 16. Februar 1931 abgesetzten und verhafteten Rjasanow) die Einleitung zum Band I/5 der MEGA am 15. Juni 1932 unterschrieben; der Band wurde in Leningrad produziert und erschien de facto 1933. Zuvor publizierten Siegfried Landshut und Jacob P. Mayer als Herausgeber: Karl Marx; Der historische Materialismus. Die Frühschriften, 2 Bde., Leipzig: A. Kröner 1932. In dieser Ausgabe enthält der 2. Band weitere Teile des Manuskripts der ‚Deutschen Ideologie'. – Die Editionsgeschichte dieser eigentlichen Begründung der marxistischen Philosophie ist eine Sache für sich. Vgl. Inge Taubert: Die Überlieferungsgeschichte der Manuskripte der „Deutschen Ideologie und die Erstveröffentlichungen in der Originalsprache. In: MEGA-Studien 1997/2, S. 32-48. Diese Historie ist fast schon eine Antizipation der deutschen Spaltung zwischen 1945 und 1990, sofern sie durch den Gegensatz der ‚bolschewisierten' deutschen Kommunisten und der als ‚Sozialfaschisten' attackierten deutschen Sozialdemokraten, die immerhin im Besitze des Nachlasses von Marx und Engels waren, auf Weisung des 6. Kominternkongresses (17. Juli bis 1. September 1928) begründet ist. Kurt Schumachers Denunziation der KPD als ‚Russenpartei' hat nach dem Sieg der Alliierten über Hitler nur fortgesetzt, was Kautsky 1918 als erster angesichts der Vertreibung der Konstituante durch die Bolschewiki generiert hat, den sozialdemokratischen Antikommunismus. Er steht dem kommunistischen Antisozialdemokratismus in Deutschland, generiert wegen der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, angemessen und würdig zur Seite. Dieser Gegensatz bestimmt noch immer unser Verhalten. Das ist zu bemerken, wenn man in öffentlichen Debatten über den Kommunismus und seine Folgen zunächst aufgefordert wird zu versichern, ihn a priori als ‚Verbrechen' zu beurteilen. Es ist klar, dass Aufforderungen solcher Art tatsächlich jede vernünftige Debatte vernichten, die Vernichtung der Vernunft faktische Konsequenz solcher – wie jeder anderen – Antiposition ist. Unerträglich wird es, falls der Sieg der anständigen Moral über die unanständige Reflexion nicht nur die faktische Konsequenz, sondern auch noch die Intention von Debatteninitiatoren ist; dann ist der diskursive Bruch unabwendbar.

3 A. Friedberg: Der wiederbelebte Marx und der lebendige Marxismus. In: Die Gesellschaft. Inter-

schichtsphilosophischen Konzeption mag indizieren, mit welchen Zeiträumen man beim Urteilsbildungsprozess über die Philosophie kommunistischer Provenienz rechnen muss.

32 Jahre nachdem Marx und Engels die ‚Deutsche Ideologie', wenn man will, ihr philosophisches Manifest, der nagenden Kritik der Mäuse überlassen haben, präsentiert der von Moses Heß geworbene jüngere kommunistische Bundesgenosse im Parteiauftrag (d. h. auf Anforderung Wilhelm Liebknechts) ab Januar 1877 seine Philosophie-Konzeption, produziert als Bestandteil des berühmten ‚Anti-Dühring', welcher dann ein für allemal das Original dessen bildet, was ‚Marxismus' heißt.[1] Dieses Original ist auch für unser Jahrhundert maßgebend geblieben und selbstverständlich besonders für die nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus 1945 möglich werdende DDR-Philosophie. Der von russischen Kommunisten seit 1923 erörterte und dann von der Komintern seit 1924 unter Einfluss Stalins im Kampfe gegen Trotzki konzipierte ‚Leninismus' (den Lenin selbst natürlich nicht gekannt hat) hat daran nichts mehr ändern können. Die Jahre zwischen 1837 und 1878 begrenzen somit die Entstehungsgeschichte eines Erbes, das die DDR-Philosophie allerdings nur zum Teil und strikt unter den ideologischen Voraussetzungen angenommen hat, die von der jeweiligen kommunistischen Parteiführung vorgegeben oder geduldet worden sind.

Es muss betont werden: Für den von Engels begründeten Marxismus ist Karl Marx durch sein ökonomisches Werk fundierend geworden, in Sachen der Philosophie hat jedoch zweifellos Engels die dominierende Geltung erlangt, sofern es sich um die *Konzeption* dessen handelt, was man die ‚moderne kommunistische Philosophie' nennen kann. Die weitere Durchbildung ist dann allerdings, wie man sagen muss, eine deutsch-russische Gemeinschaftsproduktion, die ganz wesentlich von Georgi Walentinowitsch Plechanow (1856-1918) im heftigen Konflikt mit Eduard Bernstein (1850-1932) begründet worden ist. Plechanow hat nach dem Vorgang Engels, der sein Konzept als ‚Materialismus' und als ‚dialektisch' bezeichnet hat, den Namen ‚dialektischer Materialismus' eingeführt.[2]

---

nationale Revue für Sozialismus und Politik. Hrsg. v. Dr. Rudolf Hilferding, Berlin: J.H.W.Dietz Nachf. 2(1925)5, S. 434

1 Brigitte Seebacher-Brandt notiert wohl zutreffend. „Furore machte erst das Buch, eben ‚Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft', das im Juli 78 erschien, in einem Augenblick, da das Sozialisten-Gesetz seine Schatten warf. … Im Erscheinen des ‚Anti-Dühring' sah Karl Kautsky denn auch den Anfang einer marxistischen Schule begründet." Vgl.: B. Seebacher-Brandt: Bebel. Künder und Kärrner im Kaiserreich. Berlin. Bonn: Vlg J. H. W. Dietz Nachf. 1988. S. 185

2 Engels bemerkt in seiner Einleitung zum ‚Anti-Dühring': „Die Einsicht in die totale Verkehrtheit des bisherigen deutschen Idealismus führte notwendig zum Materialismus, aber… nicht zum… mechanischen Materialismus des 18. Jahrhunderts." Der „moderne Materialismus…ist wesentlich dialektisch…" (MEW 20, S. 24). Diese Sicht greift Plechanow auf: „Die dialektische Methode ist der charakteristischste Zug des modernen Materialismus", um sodann gegen Friedrich Albert Langes Einteilung des Materialismus in einen vor Kant und einen nach Kant so proklamieren: „Für jeden, den nicht Systemgeist oder Routine blind machen, drängte sich mit Notwendigkeit eine andere Einteilung auf; der Materialismus *nach* Hegel ist nicht mehr das,

Ehe ich auf diese Fassung in ihrer Bedeutung für die Anfänge der DDR-Philosophie eingehe, muss ich noch betonen, dass im Folgenden stets vom *modernen* Kommunismus die Rede sein soll.

3. Was soll unter „Kommunismus“ verstanden werden?

In der gegenwärtigen Reflexion des Zusammenbruchs, den der europäische Kommunismus 1989/91 erfahren hat, tritt das merkwürdige Phänomen auf, dass sich manche Betroffene strikt weigern, von irgendeiner Realität des Kommunismus Erfahrung zu besitzen. Sie meinen, der „Realsozialismus“ sei zusammengebrochen oder der „Staatssozialismus“ oder eine Sorte „Frühsozialismus“, ohne allerdings für die verwendeten Wörter irgendwelche Definitionen – und damit Begriffe – zu bieten. Die Zuhörer oder Leser, so unterstellen sie, werden schon verstehen, was gemeint sei. Auf einer Tagung über die ‚Jahrhundertbilanz des Kommunismus‘ hat U. J. Heuer in diesem Sinne gestanden, mit dem „Leitbegriff Kommunismus… gewisse Schwierigkeiten“ zu haben. „Kommunismus“, so sagt er, „war für mich ein fernes, immer unwahrscheinlicheres Ziel; … Wenn es denn Kommunismus heißen soll, möchte ich ihn als den Versuch eines Teils der Arbeiterbewegung charakterisieren, durch revolutionäre Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse eine andere Gesellschaftsordnung zu errichten.“[1]

Dieser übrigens von vielen sonstigen Teilnehmern an der Diskussion zur Reflexion dessen, was die mehr als siebzig Jahre kommunistischer Herrschaft in Mittel- und Osteuropa eigentlich bedeuten, ebenso vorgestellte ideelle Transport des Kommunismus in den fernen Horizont menschlicher Zukunft steht im strikten Gegensatz zum klassischen Konzept des ‚Manifests der Kommunistischen Partei‘ vom Februar/März 1848, in dem es unmissverständlich heißt: Die Kommunisten können „ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen“[2]. Das aufgehobene

was er *vor* ihm war. … Lange… erwähnt… mit keinem Wort den dialektischen Materialismus. Der gelehrte Historiker des Materialismus ahnte durchaus nicht, dass es zu seiner Zeit Materialisten gab, die in ganz anderer Weise bemerkenswert waren als die Herren Vogt, Moleschott und Konsorten“ (G. W. Plechanow: Beiträge zur Geschichte des Materialismus. Holbach · Helvétius · Marx, Leipzig: Reclam 1960, S. 166). Plechanow, der dies im Januar 1896 deutsch publiziert, ist schon ein wenig ungerecht gegen Lange (1828-1875), der seine berühmte Schrift im Oktober 1865 veröffentlichte – also vor Marx’ ‚Kapital‘ (das 1867 erschien) und natürlich vor Engels’ ‚Anti-Dühring‘. Mit dem Einsatz der preußischen Soldaten gegen die deutschen Demokraten von 1848 war auch die intellektuelle Szene des Vormärz so gründlich vertrieben worden, dass zur Zeit der Produktion Langes Schopenhauer als der Philosoph galt und nicht Hegel, den Liberale gar nicht mögen. Ungeachtet dessen ist aber wichtig zu notieren, dass Plechanow für die gesamte nachfolgende kommunistische Philosophie Hegel als Epochenscheidung denkt, eine Sicht, der man mit guten Gründen kaum wird widersprechen können. Wie hältst Du›s mit Hegel? Das ist eine der permanenten Fragen des philosophischen Selbstverständigungsprozesses in der Verbindung des Kommunismus mit der Philosophie geworden – und geblieben.

1 U. J. Heuer: „Wichtig ist, dass die Lehre erhalten bleibt“. In: Neues Deutschland vom 15./16. Juli 2000, S. 18

2 K. Marx/F. Engels: Mainfest der Kommunistischen Partei. In: MEW 4, S. 475

Privateigentum (das ist stets persönliches Eigentum an Produktivvermögen, nicht das Eigentum einer Gemeinschaft im Unterschied zu dem einer anderen) ist selbstverständlich nichts anderes als das Gemeineigentum. Und das besagt, dass jede (menschliche) Gemeinschaft, die kein persönliches Produktivvermögen zulässt und sich unter Voraussetzung des Gemeineigentums an ihren Produktionsmitteln erhält und reproduziert, eine kommunistische Ordnung realisiert, den Kommunismus modelliert.[1] Natürlich werden die historisch und lokal besonderen Umstände der realisierten kommunistischen Ordnung dazu führen, dass wir umso mehr *Arten des Kommunismus* voneinander unterscheiden können, je mehr Versuche wenigstens zeitweilig erfolgreich sind.

Zur Bestimmung des Begriffs des Kommunismus muss man sich in der deutschen Sozialwissenschaft übrigens keineswegs nur auf Marx und Engels berufen. Karl Rodbertus (1805–1875) etwa lehrt: Die „*Geschichte ist ein Vereinigungsprocess,* – und zwar ein Vereinigungsprocess, der sich zu immer weiteren Kreisen verschlingt und zu immer grösserer Innigkeit vertieft. Deshalb beruht das geschichtliche… Leben… nicht auf Individualismus, sondern auf *Gemeinschaft.* Gemeinschaft des individualen Lebens ist gerade das einzige sociale Lebensprincip! … – Wir von heute sind freilich gewöhnt, den socialen Fortschritt in dem Uebergang zu einer höheren *Freiheitsstufe* zu erblicken, und entlehnen damit seinen Charakter mehr aus jenem individualistischen Streben, welches absterbende Gemeinschaftsformen zerstört, als aus jener socialen Kraft, welche die bestehenden erhält und neu erblühen lässt. … – Nein der Funke, der überhaupt erst das sociale Leben entzündet, ihm die eigentliche vitale Kraft verleihet… –, *diese Kraft ist nicht die Freiheit, sondern die Gemeinschaft der Individuen,* eine Gemeinschaft, die ihr Leben allseitig – geistig, ethisch und wirthschaftlich – zu umfassen hat, ist wenn man sich nicht vor Worten fürchtet, **Communismus** *und nicht Individualismus*."[2]

---

1 August Becker, der Freund Wilhelm Weitlings, sagt 1844 – gegen den Nationalismus unter den Arbeitern gerichtet: „Kommunist heißt Gemeinschafter oder Gemeinschäftler, wenn ihr wollt. Die Übersetzung klingt aber zu deutschtümlich, wie ihr merken werdet; deshalb bedienen wir uns lieber des fremden Worts, das dem Bluntschli, sei's gedankt, jetzt sehr populär geworden ist. Dass die Worte ‚kommun', ‚gemein', infolge des Sprachgebrauchs der Aristokraten (Ausgezeichneten), deren Leibeigne unsere Voreltern waren, eine üble Nebenbedeutung bekommen haben, geniert uns wenig. Gerade deshalb liegt es in unserem Interesse, den Namen, nach dem wir genannt sind, zu Ehren zu bringen. Ja, Brüder, es liegt im Interesse des gemeinen Volks,… das Gemeine… zu erhöhen und adlig zu machen! … Erst müsst ihr uns den Kommunismus widerlegen, ehe wir den Namen Kommunist ablegen" (in seiner Schrift ‚Was wollen die Kommunisten', Lausanne 1844, S. 46, hier zitiert nach: Frits Kool u. Werner Krause (Hrsg.): Die frühen Sozialisten, Bd. 2. München: dtv (WR 4103) 1972, S. 491). Nach 1848 gab A. Becker seinen Internationalismus auf, und 1870 feierte den preußisch geführten deutschen Sieg über das Frankreich Napoleons III. Johann Caspar Bluntschli publizierte Weitlings Korrespondenz, die Zürichs Polizei am 8. Juni 1843 bei der Verhaftung Weitlings beschlagnahmte: Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren. Zürich 1843. Mit diesem Werke waren ‚die Kommunisten' im deutschen Sprachraum plötzlich bekannte Leute.

2 Johann Karl Rodbertus: Gesammelte Werke und Briefe. Hrsg. v. Th. Ramm. Abt. III: Zur Wirtschaftsgeschichte. Osnabrück: Otto Zeller 1971. S. 228-230. Diese Überlegungen stammen aus Rodbertus' ‚Untersuchungen auf dem Gebiete der Nationalökonomie des klassischen Alterthums', die zwischen 1864 und 1868 in den ‚Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik',

Rodbertus' Hypothese, die menschliche Geschichte sei Vergemeinschaftungsprozess, ist uns heute, die wir Zeugen der Bildung und Entfaltung der Europäischen Union sind, durchaus kein Gegenstand möglicher Falsifikation. In aller Welt finden gleichartige Vorgänge statt. Unter Voraussetzung der Unterscheidung der Gemeinschaft von der Gesellschaft, die Ferdinand Tönnies 22 Jahre nach der zitierten Sicht Rodbertus' publiziert hat[1], wäre nur zu bedenken, dass Rodbertus die selbständige Stellung des Austausches – der Basis der Gesellschaft im Unterschiede zu den vielen Gemeinschaften – nicht in Rechnung gestellt hat, weshalb ihm menschliche Verbindung mit Vergemeinschaftung und daher Gestaltung kommunistischer Formen zusammenfällt.

Über den Opponenten des Kommunismus stellt Rodbertus fest: „Deshalb ist freilich der Individualismus berechtigt, *unvollkommenere* und ihrer Unvollkommenheit ausgelebte *communistische* Formen zu zerstören, aber nicht, um demnächst auf der leeren Stätte sich selbst genug zu thun, sondern nur, *um anderen, neuen, aber* **vollkommeneren** *communistischen Formen den Platz zu ebnen*." Hat der Individualismus seinen Gegner, den Kommunismus, überwunden, „wendet er sich… seiner antisocialen Natur gemäss… gegen sich selbst. Der geistige Individualismus beginnt den ethischen zu schädigen, der politische den wirthschaftlichen. So reisst Verrath in seinen eigenen Reihen ein. Und der wirthschaftliche Individualismus ist es immer zuerst, der sich in den Schirm einer fremden Obhut flüchtet."[2] Angesichts der in diesen Tagen von den persönlichen Privateignern aus der *Transport*branche geäußerten Forderung, der Staat (das ist die politische Gemeinschaft) möge auf die Preisbestimmungen der persönlichen Privateigner aus der *Erdöl*branche reagieren, hat man geradezu ein experimentum crucis auf die positive Geltung der Sicht Rodbertus'. Und rekapituliert man den Zusammenbruch der politischen Herrschaft des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa, so bereitet es nicht die geringsten Schwierigkeiten, ihn nach der Deutung Rodbertus' zu verstehen. Es ist dazu nur nötig, den Rodbertusschen Individualismus in und zwischen den herrschenden kommunistischen Parteien selbst zu erkennen (z. B. in der Reduktion der Erdöllieferung der UdSSR an die DDR von 19 auf 17 Mill. t 1981, in der Öffnung der ungarischen Grenzen 1989 etc., alles Akte der Auflösung der Solidarität mit der DDR bzw. der Durchsetzung der entsprechenden Eigeninteressen). Wenn auch Rodbertus' Konzept des Gegensatzes zwischen Kommunismus und Individualismus gewiss nicht hinreicht, den Gang der

hrsg. v. B. Hildebrand, erschienen sind. Der zitierte Text findet sich 1865 im 4. Jg., S. 273-275. Am Ende der zitierten Stelle merkt der Autor an: „Die Alten verfielen noch nicht in unsern Fehler. Wenn Aristoteles gegen den Communisten Platon polemisirt, so bewegt sich seine ganze Untersuchung um den einfachen Satz: dass die Staaten auf Communismus (κοινωνία) beruhen; darüber kann kein Zweifel sein, die Frage ist nur, wie weit der Communismus reichen soll. … Wir jedoch, die wir keine Aristotelesse sind, verwerfen den Communismus im Princip und nehmen eine auflösende Kraft für das Bindemittel von Gesellschaft und Staat." (A. a. O., Anm. 53)

1 Ferdinand Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen. Leipzig: Fues's Vlg. 1887

2 Karl Rodbertus a. a. O., S. 230 (275)

menschlichen Geschichte vollständig zu verstehen, so ist doch sicher, dass es keine Missdeutung darstellt.[1]

Der Kommunismus ist, wie im Sinne der bisherigen Darstellung vielleicht erkannt werden kann, keine ideologische Chimäre ferner Zukunft, keine Fata Morgana einer irgendwie wohl doch nicht eintreten wollenden Zukunft, kein utopisches Projekt, sondern an sich ein handfester und recht alter Geselle. Er ist überall dort zu identifizieren, wo menschliche Gemeinschaften das Gemeineigentum unter Ausschluss des persönlichen Produktivvermögens zur Bedingung und Voraussetzung ihrer ökonomischen Reproduktion machen. Er ist die im persönlichen Privateigentum und durch es gesetzte Kritik am persönlichen Privateigentum, sehr oft von den Kindern erfolgreicher Privatiers artikuliert, deren Absetzung von ihren Eltern mit der Verhimmelung des Kommunismus ideologisch wetterfest gemacht worden ist. Er ist aber auch das Produkt wirklich bedeutender Gemeinschaftsbildungen. Da sind selbstverständlich zuerst die Spartaner zu nennen[2], die Platon das Original seiner kommunistischen Staatsorganisation boten.[3] Dann haben aber auch vielfach Mönchsorden wie andere religiöse Gemeinschaften kommunistische Ordnungen realisiert.[4] Und seit den deutschen Bauernkriegen ist die kommunistische

1 Mit Bezug auf Rodbertus' Konzept der antiken Wirtschaft hat zuletzt Camilla Warnke auf die hierfür nötige Grundlagenbedeutung seiner Geschichtsphilosophie hingewiesen. Vgl. ihren Beitrag ‚Die Wirtschaft der Antike in Karl Rodbertus' Entwurf einer Weltgeschichte der Ökonomie' in: Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statistik (Lucius & Lucius, Stuttgart 1997), Bd. 216/6, S. 722-738. Für die DDR-Rezeption Rodbertus' überhaupt vgl.: Günther Rudolph: Karl Rodbertus (1805-1875) und die Grundrententheorie. Politische Ökonomie aus dem deutschen Vormärz. Berlin: Akad.-Vlg. 1984. Ansonsten ist zur Kenntnisnahme einer Biographie Rodbertus' noch immer besonders zu empfehlen: Heinrich Dietzel: Karl Rodbertus. Darstellung seines Lebens und seiner Lehre. 2 Bde. Jena 1886-1888. Erste Abteilung. Darstellung seines Lebens. Jena 1886

2 Über die Spartiaten (homoioi) vgl. M. Austin / P. Vidal-Naquet: Gesellschaft und Wirtschaft im alten Griechenland. München: Vlg. C. H. Beck 1984, S. 65-68

3 Vgl. Platons *Staat*, in dem den Wächtern einer Gemeinschaft (Politeia) dekretiert wird: „Erstens darf keiner irgendwie eigene Vermögen besitzen, außer dem allernotwendigsten, sodann darf keiner eine Wohnung oder Vorratskammer von der Art haben, dass nicht jeder, der will, Zutritt dazu hätte." Insbesondere „soll ihnen allein… nicht erlaubt sein Gold und Silber bei sich zu führen… Und damit dürfte ihre dauernde Erhaltung ebenso wie die der Stadt d u r c h sie gesichert sein. Wenn sie aber selbst eigenes Land und Häuser und Geld besitzen, so werden sie Hauswirte und Ackerbauer sein statt Wächter, werden den anderen Bürgern gegenüber als feindselige Herren statt als Bundesgenossen auftreten und werden so, hassend und gehasst, hinterhaltig und selbst dem Hinterhalt von seiten anderer preisgegeben ihr ganzes Leben hinbringen, weit mehr in Angst vor den inneren als vor den äußeren Feinden…" (Platon: Der Staat, 4. Aufl., neu übers. u. erläutert v. O. Apelt, Leipzig: Meiner 1916, S. 132)

4 So enthält die Regel Benedikts v. Nursia (um 480-frühestens 547) im 33. Kapitel als Antwort auf die Frage, ob die Mönche Eigentum haben dürfen, die Erklärung: „Vor allem muss dieses Übel mit der Wurzel aus dem Kloster ausgerottet werden, dass nämlich einer es wage, ohne Erlaubnis des Abtes etwas zu verschenken oder zu empfangen, noch etwas als eigen zu besitzen: durchaus nichts, weder ein Buch noch eine Schreibtafel noch einen Griffel, ganz und gar nichts. Es ist ja den Mönchen nicht einmal erlaubt, über ihren Leib und ihren Willen frei zu verfügen. Sie sollen vielmehr alles Notwendige vom Abte des Klosters erwarten. Es ist keineswegs gestattet, etwas zu eigen zu haben, was der Abt nicht gegeben… hat. Alles sei allen gemeinsam, wie geschrieben steht, und keiner nenne etwas sein eigen…" (Hans Urs v. Balthasar: Die großen Ordensregeln. Hrsg. v. G. Serve. 2. Aufl., Leipzig. St. Benno-Vlg. 1981, S. 285-286). Gleiches gilt auch für die Franziskaner: „Ich gebiete strenge sämtlichen Brüdern, in keiner Weise Münzen oder Geld an-

Potenz im bürgerlichen Europa immer wieder hervorgetreten, insbesondere in den klassischen Revolutionen.[1]

Kommunismus vor der Aufklärung (des 18.Jahrhunderts) ist durchweg religiös orientiert und agrarisch determiniert. Er gewinnt damit oft eine bemerkenswerte Festigkeit, bleibt aber lokal organisiert. Der *moderne* Kommunismus hat die Aufklärung hinter sich und die industrielle Revolution zu seiner Voraussetzung. Durch sie entsteht die Industriearbeiterschaft, die ebensosehr das Protestpotential gegen das persönliche Produktivvermögen einschließt wie den Adressaten für den kommunistischen Ideologen bildet. Durch die industrielle Revolution wird die klassische Agrarfrage in die *soziale Frage* transformiert, weil nun der Boden aufhört, das hauptsächliche Produktionsmittel zu sein. Das Produktivvermögen wird wesentlich Mobiliareigentum, das zu haben oder nicht zu haben Reichtum oder Armut bedeutet.

Der Beginn der industriellen Revolution in England (1788) fällt mit der politischen Revolution in Frankreich (1789) im Wesentlichen zusammen, so dass es wohl vernünftig ist, den Beginn des modernen Kommunismus mit dem Auftreten Babeufs zu datieren. Dieser sagt im 'Manifest der Plebejer' vom 30. November 1795: „*Schwatzt soviel ihr wollt über die beste Regierungsform, ihr werdet nichts ausrichten, solange ihr nicht die Keime der Habsucht und des Ehrgeizes zerstört habt.* … Daher müssen die gesellschaftlichen Institutionen es zuwege bringen, jedem einzelnen die Hoffnung zu nehmen, jemals durch seine Bildung reicher, mächtiger oder vornehmer als seinesgleichen zu werden. … Das einzige Mittel, um zu diesem Ziel zu kommen, besteht darin, eine *gemeinschaftliche Verwaltung* einzuführen; das Privateigentum abzuschaffen; jeden Menschen die Fähigkeit und Fertigkeit ausüben zu lassen, auf die er sich versteht; ihn zu verpflichten, die Frucht seiner Arbeit im gemeinsamen Vorratsspeicher in natura abzuliefern; und eine einfache Verwaltung der Verteilung einzurichten,… die über alle Personen und alle Sachen Buch führt und letztere in peinlichster Gleichheit verteilen… lässt."[2] Über die Realisier-

zunehmen, weder selbst noch durch eine Mittelsperson" und: „Die Brüder sollen nichts zu eigen haben, weder ein Haus noch eine Niederlassung noch irgendeine Sache" (ebd., S. 406-407). Wie man sieht, ist der Ausschluss des persönlichen Eigentums an Sachen und Geld sowohl in der klassischen Antike als auch im mittelalterlichen Feudalwesen konstituierende Bedingung für die Bildung bestimmter Gemeinschaften.

1 Ich verweise auf den am 20. Mai 1527 in Leipzig hingerichteten Hans Hergot, der die als ‚aufrührerisch' verurteilte Schrift ‚Von der neuen Wandlung' 1526/27 unter die Leute brachte, sowie auf die ‚Tiroler Landesordnung' Michel Gaismairs vom Februar/März 1526 (beide Texte abgedruckt in: W. Lenk (Hrsg.): Dokumente aus dem deutschen Bauernkrieg, Leipzig: Reclam 1974, S. 272-294). Vgl. auch H.-J. Goertz (Hrsg.): Alles gehört allen. Das Experiment Gütergemeinschaft vom 16.Jahrhundert bis heute, München: C.H.Beck 1984. Die sonstigen klassischen Texte (Morus, Campanella etc.) müssen wohl nicht sonderlich erwähnt werden. Wichtig ist allerdings noch Gerrard Winstanley: Gleichheit im Reiche der Freiheit. Sozialphilosophische Pamphlete und Traktate, hrsg. v. H. Klenner, Leipzig: Reclam 1983. Wenn ich richtig sehe, schließt Winstanley (1609-vermutlich 1676), in der englischen Revolution auftretend, die Reihe der vorindustriellen kommunistischen Entwürfe.

2 Zit. nach: J. Höppner, W. Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. Bd. II: Texte. Leipzig, Reclam 1975. S. 79-80

barkeit seiner Empfehlung hat Babeuf übrigens keinen Zweifel: “Dass eine solche Verwaltung realisierbar ist, haben die Erfahrungen gezeigt, denn sie wird bei den anderthalb Millionen Mann unserer zwölf Armeen angewandt (und was im kleinen, ist auch im großen möglich).“[1]

Babeufs Forderung der Abschaffung des Privateigentums hat in der Marxschen Sicht einen durchaus überzeugenden Sinn: Da menschlich zu leben den Gebrauch von Produktionsmitteln in der Arbeit unterstellt, ist das Eigentum an eben diesen Mitteln Bedingung der Realisation von Menschlichkeit. Folglich impliziert die Eigentumslosigkeit die Abhängigkeit der Vermögenslosen von den Eigentümern und damit die Frage, ob und wie diese Abhängigkeit aufgehoben werden kann. „Nur soweit der Mensch sich von vornherein als Eigentümer zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und – gegenstände, verhält, wird seine Arbeit Quelle… von Reichtum“, sagt Marx in seiner ‚Kritik des Gothaer Programms‘[2]. Und eben diese Naturbedingtheit der Arbeit impliziert, „dass der Mensch, der kein andres Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der andern Menschen sein muss, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben. Er kann nur mit ihrer Erlaubnis arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubnis leben.“[3]

Der Arbeitsvertrag des Arbeitskraftbesitzers mit dem Eigentümer der gegenständlichen Arbeitsbedingungen zeigt, dass Marx’ Urteil über das Sklaventum des Vermögenslosen sicher hypertroph ist. Nichtsdestoweniger bleibt doch die soziale Frage davon unberührt. Denn wenn der Vermögenslose keinen Arbeitsvertrag erlangen kann, also arbeitslos bleibt, kann er nicht von eigener Arbeit leben. Denn sie ist ja ohne den Zusammenschluss seiner Arbeitskraft mit den Arbeitsmitteln und – gegenständen unrealisierbar. Und genau dies ist die Situation, die Marx korrekt beschreibt und die den Inhalt der sozialen Frage ausmacht.

Der moderne Kommunismus gibt auf sie eine klare und unmittelbar einleuchtende Antwort: Wenn das Eigentum an den Produktionsmitteln, das Produktivvermögen, das menschliche Leben von eigener Arbeit ermöglicht, so stelle man das Gemeineigentum her, so dass alle Individuen einer Gemeinschaft Eigentümer sind – und es gibt keine soziale Frage mehr! Eben in diesem Sinne sagen Marx und Engels im ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘: Die Kommunisten können „ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen“[4]. Dies ist die Sicht alles bisherigen Kommunismus. Sie in der industriellen Gesellschaft zu realisieren, macht die Geschichte des europäischen Kommunismus von Babeuf bis Gorbatschow aus. In dieser Geschichte ist der deutsche Kommunismus von Weitling und Heß

1 Ebd., S. 80
2 MEW 19, S. 15
3 Ebd.
4 MEW 4, S. 475

bis Honecker und Krenz Moment des Gesamtvorgangs – und als ein solches *Moment* zu erkennen und zu begreifen.

In Deutschland speziell ist der moderne Kommunismus *unabhängig von der Philosophie* nicht erst mit der Gründung der KPD um die Jahreswende 1918/19 als politische Bewegung formiert, sondern bereits 80 Jahre früher vom Schneider Wilhelm Weitling (1808-1871) im Auftrage des ‚Bundes der Gerechten' mit der Bundes-Programmschrift *Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte* vorgestellt worden.[1] Wenig später wird er im öffentlichen Bewusstsein notiert.[2] So hat er mehr als 160 Jahre Geschichte hinter sich, und es ist klar, dass wir mit der DDR-Geschichte nur gut 25% der Entwicklung des modernen deutschen Kommunismus thematisieren. Die DDR ist die für 40 Jahre *staatliche* Gestalt gewordene Phase der Geschichte des neueren deutschen Kommunismus.

Es ist in diesem Zusammenhang gewiss nicht unwichtig, in Erinnerung zu rufen, welche Präzision im deutschen sozialtheoretischen Denken mit Blick auf die Bestimmung des Begriffs des Kommunismus schon in den Zeiten des Vormärz erreicht worden ist. Lorenz Stein führt die Unterscheidung des Sozialismus vom Kommunismus in die deutsche intellektuelle Szene 1842 nachhaltig (relevant natürlich auch für Marx und Engels) ein.[3] Er schreibt in der dritten Fassung seiner Darstellung 1850: „Der Sozialismus, mit der industriellen Arbeit entstanden, hat zuerst den *Widerspruch der Idee der Persönlichkeit mit der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit* erkannt und ausgesprochen. Er hat von dieser Erkenntnis aus den Grundsatz aufgestellt, dass die Arbeit als freie Betätigung der Persönlichkeit, von dieser Herrschaft *frei,* dass sie im Gegenteil bestimmt sein müsse, *ihrerseits das Kapital zu beherrschen,* das heißt, *allein* zu bestimmen, *in welcher Weise das Einkommen verteilt werden solle".*[4] Im Unterschied dazu, so Stein, „muss man… sich hüten, unter *dem Kommunismus sich irgendein bestimmtes System,* irgendein *klares logisches Prinzip zu denken*. Noch gegenwärtig hat der an Kraft und Umfang täglich wachsende Kommunismus durchaus keine ihm eigentümliche Lehre; alle einzelnen kommunistischen Richtungen und Systeme haben wenig oder gar keine Gewalt über ihn; er hat sie bald abgeworfen, bald anerkannt, sich ihnen zum Teil hingegeben und sie wieder vergessen, ohne seinen Charakter, ohne seine Richtung zu ändern. *Eben dadurch* ist er aber viel wichtiger und mächtiger als aller Sozialismus. …während der Sozialismus der wissenschaftliche Ausdruck der Auffassung jener sozialen Frage im Geistes eines einzelnen Men-

1 W. Weitling: Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte (1838 geschrieben, Anfang 1839 publiziert, Ndr. Glashütten/Ts. 1973), hier wird das System der Gütergemeinschaft präsentiert, der moderne deutsche Kommunismus begründet.

2 Vgl. Stichwort *Kommunismus* in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hrsg. v. O. Brunner, W. Conze, R. Kosellek. Bd. 3. Stuttgart: Klett-Cotta 1982. S. 4 74 ff.

3 L. Stein: Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte. Leipzig 1842

4 L. v. Stein: Die industrielle Gesellschaft. Der Sozialismus und Kommunismus Frankreichs von 1830 bis 1848. Hrsg. v. G. Salomon. München: Drei Masken Vlg. 921. S. 123

schen ist, ist der Kommunismus vielmehr diese Auffassung einer ganzen Klasse, der Ausdruck eines ganzen Zustandes, …in seiner inneren Bedeutung… wird man ihn… allein aus *den Elementen der industriellen Gesellschaft und ihrem Gegensatze* verstehen."[1]

Das Prinzip dieser Gesellschaft, so Stein, „ist die durch die Familie dauernd erhaltene Herrschaft des Besitzes über den Nichtbesitz, den das Recht des Gesetzes und die Gewalt des Staates schützen. Sowie dies einmal von der ganzen… Klasse der Nichtbesitzer erkannt ist, beginnt plötzlich eine gänzliche Umgestaltung der Auffassung derselben in allen öffentlichen Dingen. Es entsteht der Hass der Nichtbesitzer und Arbeiter gegen die Besitzenden, und besonders gegen die Kapitalisten, die von arbeitslosem Kapitalertrag leben; …das Recht des Eigentums und der Bestand der Familie wird von der nichtbesitzenden Klasse mehr und mehr in Zweifel gezogen, … und so geht aus der sozialen Abhängigkeit dieser Klasse die Negation von Eigentum und Familie als *Geist dieser Klasse* selber hervor."[2] Demgemäß *definiert* Stein: Das „*Bewusstsein des Proletariats von dem Widerspruch seiner Lage mit der Idee der Freiheit und Gleichheit, das sich negativ gegen Eigentum und Familie verhält, weil es in ihnen die absoluten Gegner der Freiheit und Gleichheit sieht, und die Gesamtheit der Systeme, Sekten und Bewegungen, welche aus diesem Bewusstsein hervorgehen, nennen wir den Kommunismus."*[3] *Sozialismus* dagegen ist ihm die „systematische Entwicklung der Idee des Kapitals, des Eigentums, der Familie, der Gesellschaft und des Staates *unter der Herrschaft der Arbeit*"[4].

Ich sehe durch die Entwicklung des modernen Kommunismus im 20. Jahrhundert diese Charakterisierungen nicht widerlegt. Es bleibt nur festzustellen, dass der Übergang von der deutschen zur russischen Dominanz im europäischen Kommunismus, wie er durch den Sieg der bolschewistischen Fraktion der SDAPR im November 1917 und durch die Gründung der Kommunistischen Internationale (Komintern) im März 1919 entschieden worden ist, eine charakteristische Verschiebung in der akzeptierten – mit Stein zu sprechen – „Richtung" wie dem „System" des praktizierten Kommunismus bedeutet.[5] Sie

1 Ebd., S. 343-344
2 Ebd., S. 346-347
3 Ebd., S. 348
4 Ebd., S. 124
5 Zur zeitlichen Ordnung sei notiert: Erstmals im Dezember 1914 fragt sich Lenin, ob man auf den Namen ‚Kommunist' im Sinne von 1848 zurückkommen solle. Am 17. April 1917 fordert seine 19. und letzte ‚April-These' die Benennung der bolschewistischen Partei als einer ‚kommunistischen'. Und am 8. März 1918, kurz nach der vom deutschen Imperialismus erzwungenen Unterzeichnung der Brester Friedensvertrags, nahm der 7. Parteitag der Bolschewiki den Namen ‚Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki)' an. Dies ist die formelle Taufe des russischen Kommunismus im 20. Jahrhundert. Sein Dasein als Glied des internationalen Kommunismus dieses Jahrhunderts ist, wie Lenin als kluger Politiker genau und richtig gesehen hat, mit der Gründung der KPD zu Silvester 1918 konstituiert worden. Die Gründung der Komintern wird im März 1919 von den anwesenden Vertretern beschlossen; im Auftrage Rosa Luxemburgs enthält sich Hugo Eberlein für die deutschen Kommunisten der Stimme. Damit besteht erstmals in der menschlichen Geschichte eine *Weltpartei,* die nichts weniger als die Weltrevolution vollziehen will. Zu diesem Zweck blickt sie wie fixiert bis zum Oktober 1923 unverwandt auf Deutschland, von dem sie dasselbe erhofft, was in Russland ge-

ist von den in Fraktionskämpfen geübten deutschen Kommunisten nach dem Scheitern des ‚deutschen Oktober' 1923 als „Bolschewisierung" etikettiert worden. Und die Komintern hat unter diesem Namen die generelle Aufgabe gestellt, die besondere russische, bolschewistische Revolutionserfahrung zum Aktionsmuster aller kommunistischen Parteien auf dieser Welt zu machen.

Während der moderne Kommunismus im 19. Jahrhundert in Frankreich, England und Deutschland entstanden ist und bis 1918 als Fraktion der II. Internationale innerhalb der Sozialdemokratie existiert hat, ist er im 20. Jahrhundert durch den Ersten Weltkrieg und die russische Revolution zum Agenten der ‚Diktatur des Proletariats' im Sinne der Räteregierung und des Ausschlusses der Nationalversammlung als des Repräsentanten des Volkswillens geworden. Die vom Kommunismus gereinigte Sozialdemokratie ist in dieser Differenzierung zur entschiedensten Vertreterin der Demokratie geworden (wenigstens in Deutschland die demokratische Partei par excellence). Der die Sozialdemokratie ausschließende Kommunismus hat überall das Banner der sozialen Revolution und des antikolonialistischen Befreiungskrieges erhoben. Er hat darin die russische Nation als Hauptakteur zum Träger gehabt.[1]

Da dieser Unterschied im modernen Kommunismus, der das 19. vom 20. Jahrhundert deutlich scheidet, für die Gestaltungsmöglichkeiten auch der DDR-Philosophie von essentieller Bedeutung geworden ist, möchte ich wenigstens einige Unterschiede zum von Engels und Marx formulierten klassischen deutschen Kommunismus des 19. Jahrhunderts anführen:

Erstens bedeutet Lenins Revolutionskonzept die Annahme der exklusiven Alternative „…bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht…"[2] Das besagt selbstverständlich, dass wir das Reich der Ideologie nicht verlassen können. Dem entgegen meinen Marx und Engels, dass „in der ganzen Ideologie die Menschen und ihre Verhältnisse wie in einer Camera obscura auf den Kopf gestellt erscheinen"[3], dass mithin die Ideologie falsches Bewusstsein ist, der kommunistische Emanzipationswille daher auf die Befreiung von der Ideologie zielt. Lenins Position dagegen bietet die Möglichkeit, die Wissenschaft von der Ideologie unterwerfen zu lassen, den Generalsekretär zum Verlautbarer der Wahrheit zu machen und jede unliebsame Wissenschaftsäußerung als politische Fraktion in den Orkus schicken zu können. Der Stalinismus ist die Realisierung dieser Möglichkeit. Die DDR- Philosophie entsteht unter seiner Voraussetzung.

Zweitens ist für das Konzept von Marx und Engels charakteristisch: „Die

schehen ist. Als der ‚deutsche Oktober' zu Grabe getragen werden muss, ist die Verwandlung der Komintern in das Organ Räterusslands und die Genesis eines Bürovorstehers, genannt ‚Generalsekretär', zum ‚Führer' aller Werktätigen die historische Konsequenz, die am 21. Dezember 1929, Höhepunkt des Jahres der ‚großen Wende', für die Öffentlichkeit plötzlich unübersehbar wird.

1 Die Kehrseite dieser Medaille ist die nicht selten perfide Rolle von Sozialdemokraten in der imperialistischen Kolonialpolitik wie die ebenso perfide Rolle von Kommunisten im terroristischen Gebrauch der Staatsmacht.

2 W. I. Lenin: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung. In: W. I. Lenin: Werke (LW), Bd. 5, Berlin: Dietz Vlg. 1976, S. 396

3 MEW 3, S. 26

Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien.“[1] Für Lenin dagegen ist klar: „Das politische Klassenbewusstsein kann dem Arbeiter *nur von außen* gebracht werden, … außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. … Um den *Arbeitern* politisches Wissen zu vermitteln, müssen die Sozialdemokraten *in alle Klassen der Bevölkerung gehen*, müssen sie die Abteilungen ihrer Armee *in alle Richtungen* aussenden.“[2] Während also für den bolschewistischen Kommunismus die Arbeiterschaft ein Reservoir zur Rekrutierung von Soldaten für eine Armee ist, deren Offizierskader bereits ganz unabhängig vom proletarischen Emanzipationskampf besteht, nimmt der marxistische Kommunismus die Konstitution der Arbeiterschaft als Klasse für sich – in Gestalt der *verschiedenen* Arbeiterparteien – als Voraussetzung, um sich „von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch“ zu unterscheiden, dass er „die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats… zur Geltung“ bringt. „Die Kommunisten sind… der entschiedenste… Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“[3]

Drittens ist für den marxistischen Kommunismus die demokratische Republik die Form der ‚Diktatur des Proletariats‘, die natürlich als Herrschaft der ungeheuren Mehrheit (der Vermögenslosen) über eine geringe Minderheit (von Privateignern) verstanden wird. Für den Bolschewismus, der originär wie alle anderen Parteien der II. Internationale die demokratische Republik als politisches Ziel proklamiert hat, wird mit dem Auseinanderjagen der russischen Konstituante im Januar 1918 endgültig entschieden, dass er die militärisch gesicherte Herrschaft einer Minderheit sein wird, die sich auch und vor allem gegen andere sozialistische Parteien richtet (gegen die Sozialrevolutionäre wie gegen die marxistischen Menschewiki). Die von den deutschen Kommunisten 1918/19 verkündete Entgegensetzung der Nationalversammlung zum Rätekongress ist die triste Konsequenz dieser Entscheidung geworden – und mit ihr die antidemokratische Attitüde der KPD.

Selbstverständlich muss eine gründliche Analyse weitere Feststellungen treffen, die zum Verständnis der kommunistischen Geschichte unabdingbar sind. Hier sollen die drei Gesichtspunkte genügen, um deutlich zu machen, dass im 20. Jahrhundert mit der Dominanz der russischen Kommunisten eine Lage herbeigeführt worden ist, die nicht als bruchlose Fortführung des kommunistischen Erbes des 19. Jahrhunderts gedacht werden kann (was ganz mit Steins Einsichten übereinstimmt). Soweit ich die Sache bisher zu sehen fähig bin, scheint es mir vernünftig zu sagen, dass der eigentliche Grund des Bruchs im Eintritt des Imperialismus zu finden ist.[4] Er entwickelt den Kult

1 MEW 4, S. 474
2 LW 5, S. 436
3 MEW 4, a. a. O.
4 Vgl.: J. Schumpeter: Zur Soziologie der Imperialismen. Tübingen: Mohr 1919 (Sonderabdruck

der Macht und Gewalt, realisiert Rüstungsprogramme bis dato ungekannten Ausmaßes, riskiert Kriege um die Neuverteilung von lange bestehenden Kolonialgebieten und führt in seiner deutschen Gestalt in die beiden Weltkriege, die die erste Jahrhunderthälfte als imperialistisches Extrem ausweisen. Der moderne Imperialismus hat so dieselbe soziale Frage zum Gegenstand wie der Kommunismus auch. Aber er versucht sie durch Eroberung und Unterwerfung zu beantworten, durch nationale Mobilisierung des eigenen Volkes gegen die Nachbarvölker; es ist kein Gran menschlicher Emanzipation in ihm, sondern die atavistische Beschwörung kriegerischen und mörderischen Verhaltens, von dem man im 19. Jahrhundert glauben konnte, es als ein historisch ausgestandenes Phänomen betrachten zu können.

In dieser Situation der imperialistischen Bedrohung setzt der bolschewistische Kommunismus dem imperialistischen Krieg den Bürgerkrieg entgegen und wird damit ebenso militant wie zum wichtigsten Bundesgenossen des antikolonialistischen Befreiungskampfes, der die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts charakterisiert. (Die Kolonialfrage ist daher auch in den zwanziger Jahren nach Erledigung der Hoffnung auf den ‚deutschen Oktober' im Jahre 1923 das die Komintern beherrschende Problem.) Die Militarisierung ist sein Schicksal, zuerst durch den Bürgerkrieg motiviert, dann durch den faschistischen Überfall erzwungen und schließlich durch die antikolonialistischen Kriege legitimiert. So produziert der bolschewistische Kommunismus ein Waffenarsenal, das ihn militärisch unbesiegbar macht und zugleich das Grab seiner volkswirtschaftlichen Substanz ad oculos präsentiert. Dieselbe Militarisierung, die ihn siegen ließ, hat ihn schließlich beerdigt. So ging er an sich selbst zugrunde.

4. Über die Ausbildung der kommunistischen Philosophie als Voraussetzung der DDR-Philosophie

Die Anfänge der DDR-Philosophie zu thematisieren, bedeutet, die Beziehung zur Kenntnis zu nehmen, die die deutschen Kommunisten zur Philosophie realisiert haben. Die DDR-Philosophie fällt nicht vom Himmel, ist in ihren Anfängen auch kein Import, sondern hat Produzenten, die in der Weimarer Republik wie im antifaschistischen Widerstand ihre Erfahrungen und Fähigkeiten erworben haben. In der DDR-Philosophie sind, so mein Eindruck, die avisierte, aber gescheiterte „menschliche Emanzipation" ebenso wie die realisierte und unerträglich gewordene Ideologenherrschaft die beherrschenden Bestimmungsmomente. Beide zusammen machen die Produktion eines sachlichen und klaren Bildes jener Anfänge immer noch problematisch. Mit dem Ende der DDR hat sich ja nicht einfach eine „zweite deutsche Diktatur" verabschiedet.[1] Mit ihm ist auch die marxistische Erwartung, die proletarische

aus dem Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpol., Bd. 46, Heft 1 u. 2)

1 Es gab in Deutschland übrigens sehr viel mehr Diktaturen als nur die gegenwärtig im öffentli-

Revolution als historische Vermittlung der gewollten „menschlichen Emanzipation“ zu erfahren, entglitten, verschwunden, aufgelöst. Das ist ein weit tiefer gehender Bruch als der mit einer Diktatur dieser oder jener Provenienz (von der Deutschland wahrhaftig nicht nur zwei kannte). Es ist ein Verlust innerhalb des Zusammenhangs der Philosophie mit der Wirklichkeit selbst, soweit diese Wissenschaft die Aufforderung zu enthalten scheint, die Wirklichkeit nach der Idee oder einem konsistenten Ensemble von Ideen zu bilden, zu gestalten, soweit also die Philosophie das Erbe Platons nicht verleugnet.

4.1 Die Anfänge

Betrachten wir nochmals die Ausgangslage in den Tagen des Vormärz: Im Unterschied zum Intellektuellen Moses Heß präsentiert der Schneider Wilhelm Weitling die andere wichtige Quelle kommunistischer Intention, die entschieden außerhalb der Philosophie angesiedelt ist, die Welt der handwerklichen Arbeit. Wie wird aus dieser Sphäre auf die Philosophie geschaut? Von Weitling erscheint 1845 ‚Das Evangelium des armen Sünders‘ bei Jenni in Bern. Darin heißt es: „Die deutsche Philosophie hat nichts ausgebildet als deutsche Begriffsverwirrung. Die deutsche Philosophie ist die Quintessenz des deutschen Unsinns. Überhaupt, was man als Philosophie getrieben, ist ja nichts als Unsinn, vorgetragen in gelehrten Redensarten, künstlich aus metaphysischem Hokuspokus zusammengesetzt.“[1] Und weiter heißt es: „Ich habe anderswo [‚Garantien…, S. 141 f.] gesagt: die Philosophie muss regieren, und habe erklärt, was ich darunter verstehe. Damit meine ich also nicht die Nebler,… ich meine weder Schelling noch Hegel. Der gefeierte Hegel ist für mich ebenso ein Nebler. Ich darf ihn so nennen, obgleich ich nichts von ihm gelesen habe.“[2] Was Weitling hier artikuliert, hat nach ihm stets zu den Gewissheiten kommunistischer Funktionäre, aber auch Ideologen gehört, womit der Konflikt der kommunistischen Philosophie mit der kommunistischen Partei – speziell mit ihrem ‚Apparat‘ – zur Existenzweise beider gehören musste.

Dieser Konflikt, hätte Weitling das letzte Wort gehabt, dürfte die Vereinigung von Philosophie und Kommunismus kaum hervorgebracht haben, wenngleich sicher eine positivistische Weltanschauung (die in der kommunistischen Bewegung stets eine Heimstatt hatte – in welcher Maske auch immer). Aber gegen Weitling stand Marx, und sein Diktum lautete: „Wenn das Proletariat die *Auflösung der bisherigen Weltordnung* verkündet, so spricht es nur das *Geheimnis seines eignen Daseins aus*, denn es *ist* die *faktische* Auflösung dieser Weltordnung. Wenn das Proletariat die *Negation des Privateigentums* verlangt, so erhebt es nur zum *Prinzip der Gesellschaft*, was die Gesellschaft zu *seinem* Prinzip erhoben hat, was in *ihm* als negatives Resultat der Gesellschaft

chen Bewusstsein gewöhnlich zitierten zwei. Zum Verständnis des Kommunismus wie des Faschismus sollte mindestens die Militärdiktatur Ludendorffs im Ersten Weltkrieg nicht vergessen werden, und ein monarchistischer Absolutismus ist auch eine Diktatur.

1 W. Weitling: Das Evangelium des armen Sünders. Hrsg. V. W. Seidel-Höppner. Leipzig: Reclam 1967. S. 189

2 Ebd., S. 190

schon ohne sein Zutun verkörpert ist. … Wie die Philosophie im Proletariat ihre *materiellen*, so findet das Proletariat in der Philosophie seine *geistigen* Waffen,… Das *gründliche* Deutschland kann nicht revolutionieren, ohne *von Grund aus* zu revolutionieren. Die *Emanzipation des Deutschen* ist die *Emanzipation des Menschen.* Der *Kopf* dieser Emanzipation ist die *Philosophie*, ihr *Herz* das *Proletariat.* Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie."[1]

Mit dieser Proklamation hat die DDR-Philosophie – ungeachtet aller Beschwörung des Materialismus – im klassischen platonischen Verständnis gestanden. Eine philosophische Proklamation kann nicht platonischer sein als die zitierte – zu Beginn des Jahres 1844 erlassene. Was sonst soll „Verwirklichung der Philosophie" heißen, wenn im Zitat doch offenbar nicht das bare Faktum der publizierten Lehre dieses oder jenes Philosophen avisiert wird, sondern ersichtlich die Veränderung der menschlichen Realität nach den Ideen der Philosophie an sich (damals vorgestellt im System Hegels). Und welche Proklamation wäre mehr geeignet, jungen Bildungshungrigen, die in romantischer Selbstbestimmung ihr Leben der Realisierung der menschlichen Emanzipation anzudienen wünschen, das Studium der Philosophie zu empfehlen? Die Anfänge der DDR-Philosophie jedenfalls standen für individuelle Neueinsteiger, die keinem Kader angehörten, unter dem Marxschen Diktum. Und dass die Verbindung des deutschen Kommunismus mit der Philosophie nach dieser Bestimmung die des Herzens mit dem Kopf (ein auf Moses Heß zurückgehendes Bild) hätte sein müssen, sich dann aber praktisch als eine Verknüpfung des kommunistischen Apparats mit den zulässigen Lehrinhalten erwies, war Inhalt einer Evolution, die erst absolviert werden musste, ehe sie zum Gegenstand des Begreifens gemacht werden konnte.

Marx tritt der Philosophie zunächst als Schüler und Freund Bruno Bauers, dann aber als Feuerbachianer gegenüber, d. h. als jemand, der die Philosophie Hegels unter den Verdacht stellt, die Kategorien des Subjekts und Prädikats in ihrer ‚natürlichen' Stellung gegeneinander so verdreht zu haben, dass das Hegelsche Subjekt das wirkliche Prädikat, das Hegelsche Prädikat das wirkliche Subjekt sei (eine Deutung Feuerbachs, in der vermeintlich mit dieser Kategorialkehre der Übergang vom Idealismus zum Materialismus vollzogen wird). Um einfach zu verdeutlichen, was damit gemeint ist, sei das Radfahren und der Radfahrer bedacht: Bei Hegel *setzt sich* das Radfahren als Radfahrer. Und Feuerbach besteht darauf, dass das Radfahren die Tat des Radfahrers sei. Dass die Sache nicht so einfach ist, bemerkt man, wenn man sich das Lernen des Radfahrens genau ansieht. Das Radfahren tritt dem einzelnen Menschen sehr wohl als vorgegeben gegenüber (im Räsonnement Feuerbachs haben wir so das Prädikat, ehe wir sein Subjekt haben). Und Hegels merkwürdiges Setzen erscheint darin, dass die Eltern ihre Kinder aufs Rad setzen, halten und

1 K. Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW 1, S. 391

dies Tun solange fortsetzen, bis jene allein fahren können. Bedenkt man obendrein die Produktion des Fahrrads, so gilt wieder Platons Argument, dass der Produzent die Idee des Radfahrens bereits im Kopf hat, ehe wirklich mit dem Rade gefahren wird. Feuerbachs Rundumschlag zur Erlösung vom Idealismus und ungesäumten Annahme des Materialismus ist also ein Faustschlag in das Gespinst der Kategorien, ein Kinnhaken gegen das Haupt der Philosophie. Er kann nur Positivismus hervorbringen.

Die kommunistische Beschwörung des Materialismus (später von Plechanow mit Entschiedenheit und gründlichen Kenntnissen verteidigt) leidet an der Oberflächlichkeit ihrer Kategorialanalyse. Das ist ein Mangel, den die Reduktion der Philosophie auf „einfache Weltanschauung“ bestens fördert. Und diese Reduktion ist wohl die Folge der Ersetzung erkennenden durch das revolutionäre Verhalten, die der Zeitgeist des Vormärz den Zeitgenossen mit romantischer Emphase vermittelt hat. Marx notiert: „Deutschlands *revolutionäre* Vergangenheit ist… theoretisch, es ist die *Reformation*. Wie damals der *Mönch*, so ist es jetzt der *Philosoph*, in dessen Hirn die Revolution beginnt.“[1] Und nicht auf die Philosophie, sondern auf die Revolution kommt es ihm an.

Diese Attitüde, auf das Denken und Erkennen zu pfeifen und die augenblickliche, unverzügliche, sofort in Szene zu setzende Tat zu wollen, stellt sich nach dem Ende der deutschen Klassik zwischen 1830 und 1840 im Zeitgeist ein – und findet dann auch in Marx’ 11. Feuerbach-These ihren Ausdruck. Zwischen Juni und Ende August 1844 schreibt Marx seine *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte* nieder, worin er als „Feuerbachs grosse That“ den „Beweis“ notiert, „dass die Philosophie nichts andres ist als die in Gedanken gebrachte und denkend ausgeführte Religion; also ebenfalls zu verurtheilen ist; eine andre Form und Daseinsweise d[er] Entfremdung des menschlichen Wesens.“[2] Dies nun zeigt deutlich die Kehrseite der platonistischen Verhimmelung der Philosophie im Kommunismus bei Marx selbst. In der ‚Deutschen Ideologie‘ heißt es denn auch in diesem Sinne: „Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben, beginnt… die… positive Wissenschaft… Die selbständige Philosophie verliert mit der Darstellung der Wirklichkeit ihr Existenzmedium. An ihre Stelle kann höchstens eine Zusammenfassung der allgemeinsten Resultate treten, die sich aus der Betrachtung der historischen Entwicklung der Menschen abstrahieren lassen.“[3]

Wir sehen also im modernen deutschen Kommunismus von Anfang an ein von Extremen bestimmtes Verhältnis zur Philosophie. Für die einen, von Weitling antizipierten, ist die Philosophie (im Sinne des hier unterstellten Begriffs) bestenfalls ein Gegenstand der Negation, verstanden als deutscher Unsinn und Neblerei, weshalb sie den Positivismus im Sinne Comtes für das

1 K. Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW 1, S. 385
2 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte vom Jahre 1844, eingel. v. J. Höppner. Leipzig: Reclam 1988. S. 173
3 MEW 3, S. 27

‚Mannesalter' des Denkens und Erkennens auch des Kommunismus halten. Für die anderen dagegen gilt: Kein Kommunismus ohne Hegel!

Diese Entgegensetzung zwischen Positivismus und Hegelianismus ist von Anfang bis Ende auch ein durchgängiger Charakterzug der DDR-Philosophie, d. h. der Produktion jener Philosophen, die die DDR als deutsches kommunistisches Projekt gewollt und betrieben haben. Es ist die Entgegensetzung der Philosophie mit ihrer eigenen Liquidation, die in der stalinistischen Depression[1] (von der zweiten Hälfte des Jahres 1925 bis zu Stalins Tod am 5. März 1953) eine eigene physische Existenz gewann – im Tod der einen und im Funktionsstellenbesetzen der anderen (Sten, Bucharin, Rjasanow, Sauerland usw. erschossen, Mitin, Judin, Lukács, Kurella usw. am Leben und am Bau des kommunistischen Staates mitwirkend).

1877 gibt Friedrich Engels, wie schon notiert, im Philosophie-Abschnitt seines ‚Anti-Dühring' das nachfolgend gültig werdende Original der „marxistischen Philosophie", von Plechanow aufgenommen und als „dialektischer

1 Wie ich in anderen Darstellungen oft genug beschrieben habe, unterstelle ich für das Verständnis historischer Zusammenhänge die Zyklentheorie Kondratieffs und Schumpeters, weshalb der Terminus ‚stalinistische Depression' hier die gesamte Depressionsphase des 3. Kondratieff mit Blick auf die kommunistische Geschichte meint. Der 3. Kondratieff selbst, Schumpeter nennt ihn den „neomerkantilistischen" – ich ziehe die Bezeichnung „imperialistischer Kondratieff" vor –, beginnt mit dem Jahre 1898 und endet 1952. Der Eintritt in die Depressionsphase liegt somit im Jahre 1925. Vier Jahre später wird mit dem Einbruch der bis dato schwersten Weltwirtschaftskrise der Geschichte allen nachdrücklich deutlich gemacht, dass die Kondratieff-Depression keine bloße Imagination ökonomischer Theoretiker ist. 1939 liegt ihr Tiefpunkt, im Frühjahr dieses Jahres erfolgt der Eintritt in die Erholungsphase, die dann bis 1952 währt. In diesem Jahr ist der kommende lang währende Aufschwung als Prosperitätsphase des neuen, des 4. Kondratieff deutlich spürbar; später wird diese Prosperität als „Wirtschaftswunder" bezeichnet, eine Name, der klar macht, wie unbekannt die Kondratieff-Schumpeter-Lehre noch immer gewesen ist. Fasst man Depressions- und Erholungsphase des 3. Kondratieff unter dem Namen ‚Depression' zusammen, so geht es um die Zeit zwischen 1925 und 1953. Und genau das ist die Zeit des Aufstiegs Stalins, daher die Verwendung des Ausdrucks „stalinistische Depression". – Es ist gegenwärtig üblich, vom „kurzen Jahrhundert" und ähnlichen Kuriosa zu sprechen (so habe das 20. Jahrhundert mit dem ersten Weltkrieg begonnen und dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus geendet). Muss versichert werden, dass ein Jahrhundert – ein Jahrhundert ist? Muss erklärt werden, dass das 20. Jahrhundert mit dem Jahre 1901 beginnt und mit dem Jahre 2000 endet? Das wirkliche Problem ist das Erkennen des geschichtlichen Ganges der menschlichen Verhältnisse, das Begreifen der Geschehnisse in ihrem Zusammenhang. Und dafür ist die Voraussetzung des Zeitrahmens unabdingbar. Dann versteht sich, dass der Erste Weltkrieg kein mystischer Einbruch eines Verhängnisses ist, sondern die sehr klare Folge der imperialistischen Politik, die in Deutschland z. B. mit dem Flottenbau genau im Jahre 1898 unübersehbar in Erscheinung tritt (der japanische Flottenbau beginnt 1897). Mit dieser Sicht ist dann auch zu sagen, dass das 20. Jahrhundert das Zeitalter des Auf- und Abstiegs des Imperialismus ist. Das letzte bedeutende Land, das seine politische Souveränität erlangt hat, ist Namibia im Jahre 1990 gewesen. Und der Kampf der Tschetschenen um ihre Unabhängigkeit zeigt, dass wir noch immer am Erbe des Kolonialismus laborieren (Russland führte gegen Schamyl in Tschetschenien zur selben Zeit Krieg als Frankreich Algerien eroberte.) – Für meine Sicht darf ich noch auf meinen Artikel ‚Wirtschaftsentwicklung und Marxsche Formationslehre' hinweisen in: Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2, S. 105-121. Im selben Heft findet man eine wichtige Information von Klaus Gebicke: Nikolaj Dmitrievič Kondratieff. Über dynamische Modellierung des Kapitalismus, a. a. O., S. 92-103. Des weiteren verweise ich auf Ulrich Hedtke: Stalin oder Kondratieff. Endspiel oder Innovation? Berlin: Dietz Vlg. 1990. Diese Schrift enthält Nikolai Kondratieff: Strittige Fragen der Weltwirtschaft und der Krise (Antwort an unsere Kritiker), a. a. O., S. 135-196

Materialismus“ bezeichnet. Betrachtet man Engels‘ Systematik, durch die Auseinandersetzung mit Dühring induziert, wird man durchaus sagen können, dass der Schöpfer des Marxismus den oben erklärten Philosophiebegriff erfüllt: Ontologie (‚Weltschematik‘), Naturphilosophie, Moral und Recht sowie Kategorien in der dialektischen Determination werden diskutiert, und das ist klassischer philosophischer Stoff, wie immer er behandelt sein mag. Insofern ist es wohl rechtens, von einer *modernen kommunistischen Philosophie* zu sprechen und Engels als ihren ersten Schöpfer festzustellen. Es liegt damit eine gewöhnliche philosophische Schule vor, deren Verhältnis zu anderen debattiert werden kann, deren Vorzüge und Mängel im normalen wissenschaftlichen Dialog oder Diskurs erkennbar sind. Engels selbst sieht die Sache etwas anders und sagt: Der moderne Materialismus, „die Negation der Negation [des Idealismus, den Engels als Negation des antiken Materialismus versteht, P. R.], ist nicht die bloße Wiedereinsetzung des alten… Es ist überhaupt keine Philosophie mehr, sondern eine einfache Weltanschauung, die sich nicht in einer aparten Wissenschaftswissenschaft, sondern in den wirklichen Wissenschaften zu bewähren und zu betätigen hat. Die Philosophie ist hier also ‚aufgehoben‘, das heißt, ‚sowohl überwunden als aufbewahrt‘; überwunden, ihrer Form, aufbewahrt, ihrem Inhalt nach.“[1] Dass Engels die Negation der Negation des antiken Materialismus als „einfache Weltanschauung“ versteht, als Austritt aus der Philosophie, ist natürlich entschieden bestreitbar. Denn Negation der Negation ist mit der Position äquivalent, kann also keine Operation sein, die aus dem Bereich des originären Gegenstands herausfällt; wer die Negation einer Philosophie negiert, bejaht gerade die Philosophie. Mit diesem Einwand wird Engels‘ Konzept einer auf Logik und Dialektik reduzierten Philosophie selbstverständlich nicht getroffen. Es wird nur erklärt, er habe eine besondere Philosophie produziert, obwohl er meint, die Philosophie aufgegeben zu haben. Und wer ein neues philosophisches Konzept hervorbringt, muss keineswegs von seinem Tun auch das entsprechende Selbstbewusstsein haben.

Solche Erwägung wäre in der akademischen Philosophie keiner weiteren Aufregung wert. Ganz anders aber ist die Lage beschaffen, wenn Engels durch Nachfolger in kommunistischer parteilicher Bindung zum „Klassiker“ erklärt wird, dessen Sätze nurmehr als Axiome des sonst noch möglichen Räsonnements behandelt werden können. Genau das ist die Crux der Verbindung der kommunistischen Philosophie mit der kommunistischen Partei bolschewistischer – genauer gesagt: stalinistischer – Provenienz. Sie ist zur Voraussetzung auch der Anfänge der DDR-Philosophie geworden. „Engels hat gesagt“ oder „Marx hat gesagt“ oder „Lenin hat gesagt“ sind schon in ihnen rechtfertigende Sätze von höherer Evidenz als der Satz vom ausgeschlossenen logischen Widerspruch geworden.

Festgehalten sei: Engels setzt das, was „marxistische Philosophie“ oder

1 MEW 20, S. 129

„dialektischer Materialismus“ genannt wird oder die „wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse“. Wie man erkennt, bleibt unklar, ist nun eine besondere Philosophie hervorgebracht worden oder nicht? Die schon bestehende Philosophie sagt gewiss: Was der Form nach überwunden ist, kann dem Inhalt nach nicht nicht überwunden sein. Denn Form und Inhalt sind zwar unterscheidbar, aber nicht trennbar. Die Einigung der positivistischen und der hegelianistischen kommunistischen Philosophen auf Engels macht keine Mühe, weil er selbst einen Widerspruch artikuliert hat. Und von Klassikern formulierte Widersprüche bedeuten allemal die Gelegenheit zur Fraktionsbildungen, die sich an der Position (Behauptung) der jeweiligen Extreme intellektuell fixieren. (Gewöhnlichen Leuten sind Nachweise logischer Widersprüche natürlich Gründe, ihre Ansichten zu korrigieren.) Da die Sätze eines Klassikers als Dogmen gelten, können die Fraktionen mit bestem Gewissen in denselben Personen ihre je eigenen Klassiker vorführen. Dass etwa von der ganzen Philosophie nur Logik und Dialektik bleibe, hat Robert Havemann daher rechtens mit Berufung auf Engels den DDR-Philosophen als Ersatzbuhmännern des Dogmatismus vorwerfen können.[1]

An dieser Stelle möchte ich wenigstens erwähnen, dass der deutsche Kommunismus mit dem Schneider Wilhelm Weitling nicht nur einen Handwerker hervorgebracht hat, der die klassische Philosophie für Vernebelungskunst hielt, sondern mit dem Lohgerber Josef Dietzgen, auch Handwerker, der Philosophie sui generis produzierte.[2] Das, was alle kommunistische Philosophie nach der Aufklärung charakterisiert, spricht auch Josef Dietzgen mit unmissverständlicher Klarheit aus, nämlich dass das Menschenheil von der materiellen Arbeit und von keiner spiritistischen Phantasterei abhänge, dass die Produktivkraft der sozialen Arbeit die entscheidende Bedingung der Humani-

1 Vgl. seinen Artikel ‚Meinungsstreit fördert die Wissenschaften‘ in: Neues Deutschland v. 7./8 Juli 1956, den er am 20. September 1956 mit der Feststellung komplettiert: „Die Genossen Philosophen… wenden sich… gegen meinen Satz: ‚Die Philosophie ist‚…, keine spezielle Wissenschaft mit einem bestimmten Gegenstand. Sie hat alle Gegenstände zum Gegenstand, aber diese wiederum nur vermittels aller anderen Wissenschaften von diesen Gegenständen.‘ … Nun hat sich schon Friedrich Engels…unmissverständlich geäußert… Er spricht… von dem neuen ‚modernen Materialismus‘… und sagt… ausdrücklich…, er… ‚braucht keine über den anderen Wissenschaften stehende Philosophie mehr.‘“ (In: R. Havemann: Philosophie und Dogmatismus, in: Neues Deutschland v. 20. September 1956.) Havemanns Angriff auf den Dogmatismus klopft die Philosophen, die natürlich objektiv gar nicht die Adressaten sein können, weil die Realisation eben des Dogmatismus nirgendwo anders als in Amtsstuben mit Sanktionsgewalt erfolgt. Die aber hütete sich Havemann anzugreifen. Obendrein ist seine Attacke natürlich selbst bester Dogmatismus, indem sie „Engels hat gesagt“ zum Argument macht.

2 Heinrich Saar, 1958 politisch zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, hat 1954 Ausgewählte Schriften Dietzgens im Dietz Vlg. herausgebracht, die sowohl ‚Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit‘ (1869) als auch ‚Das Akquisit der Philosophie‘ (1887) enthalten. 1961-1965 erschienen Dietzgens ‚Schriften in drei Bänden‘ in Berlin. – Zum Gang der Ereignisse, die zur Verurteilung Heinrich Saars führten, vgl.. Camilla Warnke: Kommunistische Parteiherrschaft und Wissenschaft. Zur gescheiterten Emanzipation des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der Berliner Humboldt-Universität 1956-1958 – Eine Fallstudie. In: Heinz Eidam u. Wolfdietrich Schmied-Kowarzik (Hrsg.): Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis. Auseinandersetzungen mit der Marxschen Theorie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Würzburg: Vlg. Königshausen & Neumann 1995, S. 232-249

tät sei. „Mit der Einteilung jedoch der Philosophen in Materialisten und Idealisten verhält es sich ungefähr wie mit der Einteilung des Wetters in gutes und schlechtes oder in Regen und Sonnenschein. … Manchmal ist Regenwetter das Herrlichste der Welt, und sogar kommt es vor, dass während des Regens die Sonne scheint.“[1]

Diese flotte Sicht der Unterscheidung des Materialismus vom Idealismus wird in der russischen Marxismus-Rezeption nicht geteilt. Ihr müssen wir uns zuwenden, weil ohne sie die Anfänge der DDR-Philosophie gar nicht verstanden werden können. Sie wird durch Georgi Plechanow 1883 begründet. Und er ist auch der eigentliche – darf man es sagen? – Prophet des dialektischen Materialismus. Diese wirkliche Bedeutung Plechanows, von Lenin, der sich immer als Schüler des Grandseigneurs des dialektischen Materialismus verstand, stets anerkannt, konnte in der DDR-Philosophie nie ausgesprochen werden, weil Plechanow nicht bereit war, den Großpapa der Bolschewiki zu spielen (auch die Menschewiki hielt er sich als besonderen Verein vom Leibe) und obendrein Russlands Krieg gegen Deutschland 1914/18 auf Grund der deutschen Kriegserklärung für gerecht hielt und daher bis zum Siege durchzuhalten gewillt war. So wurde er in der bolschewistischen Ideologie denn auch ein „Sozialimperialist“. Und das erklärt sein Schicksal in der DDR-Publikationsliste.[2]

4.2 Die russische Marxismus-Rezeption

Am 8. Oktober 1883 vollzieht Plechanow mit der Gründung der Gruppe ‚Befreiung der Arbeit‘ im Exil in Genf (in einem Café am Rhoneufer mit Pawel Axelrod, Wera Sassulitsch, Lew Deutsch, Wassili Ignatow, Ilja Ignatow und seiner Frau Rosalija) den Bruch mit den russischen Volkstümlern (Narodniki) und den Übergang auf den Standpunkt des Marxismus, den er Ende 1881/Anfang 1882 mit der Übersetzung des ‚Manifests der Kommunistischen Partei‘ und der Publikation seiner russischen Ausgabe 1882 in Genf vorbereitet hat. Im selben Monat erscheint seine Arbeit ‚Sozialismus und politischer Kampf‘ ebenfalls in Genf. Zu ihrem Motto macht Plechanow den Satz „Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf“ aus dem ‚Manifest‘[3] und kennzeichnet damit das Charakteristikum der russischen Marxismus-Rezeption, die Umkehrung des gedachten Verhältnisses zwischen Ökonomie und Politik.

---

1 J. Dietzgen: Ausgewählte Schriften. Berlin: Dietz Vlg. 1954, S. 276

2 Plechanow ist in deutscher Sprache nur teilweise bekannt. Alle den kommunistischen Parteiideologen verdächtigen Äußerungen (besonders die nach seiner Rückkehr ins revolutionäre Russland) sind bisher nicht veröffentlicht (es findet sich auch gegenwärtig keine Verlag, der das Risiko einer deutschen Publikation tragen will). Ich verweise auf: Michail Jowtschuk, Irina Kurbatowa: Georgi Plechanow. Eine Biographie. Berlin: Dietz Vlg. 1983. Georgi Plechanow: Eine Kritik unserer Kritiker. Schriften aus den Jahren 1898 bis 1911. Hrsg. v. Erika Mieth. Berlin: Dietz Vlg. 1982. G. W. Plechanow (N. Beltow): Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung. Berlin: Dietz Vlg. 1956. G. W. Plechanow: Über materialistische Geschichtsauffassung. Berlin: Vlg. Neuer Weg 1946. Ders.: Über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte. Berlin: Vlg. Neuer Weg 1945

3 MEW 4, S. 471

Während, wie ich als bekannt unterstelle, der klassische Marxismus das Primat der Ökonomie proklamiert, die politische Revolution für beendet erklärt und die soziale (d. h. natürlich ökonomische) als Aufgabe der Gegenwart diagnostiziert, sehen die russischen Rezipienten den Marxismus als die dem Volkstümlerkonzept überlegene Lehre von der politischen Revolution. Man kann diese Deutung ein grandioses Missverständnis nennen. Aber das ist sie nur mit Bezug auf den von Marx und Engels unterstellten Geltungsbereich ihrer theoretischen Vorstellungen, nämlich mit Bezug auf Westeuropa.[1] Für Russland, das ja im Wesentlichen mit Osteuropa zusammenfällt (und dann noch einen erklecklichen Teil Asiens umfasst) kann von keinem Missverständnis die Rede sein, vielmehr handelt es sich mit der Übernahme des Marxismus durch russische Revolutionäre um eine kühne Hypothese. Denn mit der Existenz des Zarentums war völlig klar, dass Russland noch vor der politischen Revolution stand, die Westeuropa in einzelnen Schritten von den Niederlanden über England und Frankreich bis 1799 absolviert hatte, als Napoleon die Revolution für beendet erklärte. Ebenso klar war aber auch, dass Russland zur selben Zeit wie Japan Teilnehmer an der industriellen Revolution geworden war (mit teilweise phantastischen Investitionen vornehmlich des französischen Kapitals). Wie also sollten sich die russischen Rezipienten des Marxismus die politische Perspektive ihrer Heimat vorstellen?

Die Antwort auf diese Frage kann hier nicht gegeben werden. Ich halte nur fest: Die Ersetzung des Primats der Ökonomie durch das der Politik ist Fundamentalaxiom der russischen Marxismus-Rezeption geworden – und mit der Dominanz der russischen Kommunisten in der Komintern dann auch zum Axiom der ‚bolschewisierten' deutschen Kommunisten.[2] Lenin übernimmt diese Ersetzung von Plechanow als selbstverständlich, und später gilt sie dann als ein Charakteristikum des Leninismus. Sie hat für die herrschenden kommunistischen Parteien die verheerende Folge, wirtschaftliche Probleme durch politische Entscheidungen lösen zu wollen – ein wahrhafter Kinderglaube. Lenin hat wohl noch erkannt, dass Kriegskommunismus nichts als blanke Negation des Bestehenden sein kann und seinen Adepten hinterlassen: Genossen, wir müssen handeln lernen! Wie sehr er das selbst verstanden hat, ist für mich bis dato nicht erkennbar. Stalin aber hat im Januar 1928 mit der Introduktion der ‚Ural-Sibirischen Methode' der Getreidebeschaffung (also Requirieren)

1 Ich muss zur Vermeidung von Fehldeutungen sagen, was ich mit ‚Westeuropa' meine: Das ist jener Teil Europas, der im russischen Verständnis ‚sa rubeshom' genannt wird, genauer der durch die lateinische Kirche katholisch und dann auch protestantisch gewordene Teil (von Portugal bis zum Baltikum und Polen, von Irland bis Ungarn und Kroatien). Osteuropa dagegen ist der von Konstantinopel aus christianisierte Teil, der nach der Eroberung der Stadt durch die Osmanen im russischen Zarentum seinen politischen Degen gefunden hat (wenigstens im russischen Bewusstsein).

2 Das gilt auch für die Anfänge der DDR und ist erst 1962 von Ulbricht in einem Interview in Leipzig angesichts der Wirtschaftsprobleme als erledigtes Dogma erklärt worden. Ich verweise zur weiteren Information auf meinen Artikel ‚Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte' in: Konfliktforschung Aktuell 7(1999)2-3, hrsg. v. Verein für angewandte Konfliktforschung e. V. Berlin, S. 44-79

die Restauration des Kriegskommunismus betrieben, der die alte russische Bauernschaft dann zum Opfer gefallen ist. Die 5 bis 7 Millionen Toten der Jahre 1932 und 1933 sind die Opfer auf dem Altar des Primats der Politik.

Diese Feststellung kann selbstverständlich nicht als Vorwurf gegen Plechanow gedeutet werden. Denn es ist wohl akzeptabel, dass der russische Marxismus den Sturz des Zarismus als politische Revolution avisiert hat. Dass dagegen die russischen Sozialisten und Kommunisten keinen gemeinsamen Weg für die Eröffnung einer hoffnungsvollen ökonomischen Perspektive ihrer Heimat gefunden haben, bleibt ein bitteres Faktum und ein Gegenstand der Erklärung, die noch zu liefern ist.[1]

Was nun die philosophische Wirksamkeit Plechanows angeht, sei hier nur mitgeteilt, dass er Engels‘ Achtung gewinnt, den Patriarchen der II. Internationale in London auch besucht und nichts mehr will, als ein guter Interpret der Konzepte von Marx und Engels zu sein. Da stellt Eduard Bernstein (1850-1932) mit seinem Artikel ‚Das realistische und das ideologische Moment im Sozialismus. Probleme des Sozialismus, 2. Serie II‘[2] eine Provokation zur Verfügung, die Plechanow dazu führt, im Juli 1898 mit seinem Artikel ‚Bernstein und der Materialismus‘[3] zu antworten. Diese Antwort basiert auf einer sehr verständlichen Empörung über Bernsteins Haltung à la Weitling, nämlich den Anspruch, „die Gedanken eines Laien“ auch in der Philosophie dadurch „beisteuern zu können“, dass man flugs versichert: „Der reine oder absolute Materialismus ist gerade so spiritualistisch wie der reine oder absolute Idealismus.“ Plechanow, der den Materialismus nun wirklich im Schweiße seines Angesichts redlich studiert und daher genaueste Kenntnisse hat, findet solchen Dilettantismus empörend und präsentiert schlicht, was Holbach dachte, Helvétius, Robinet, La Mettrie. Dann notiert er: „Genosse Bernstein hat mehrere Jahre in nächster Nähe von Friedrich Engels gelebt und hat dessen Philosophie nicht begriffen. … Es ist unglaublich, aber es ist so.“[4] Damit ist die Autorität Plechanows als des Philosophen der II. Internationale via Revisionismus-Debatte in der deutschen Sozialdemokratie gesetzt, die deutsch-russische Symbiose in der Produktion des dialektischen Materialismus eröffnet.

Für das bessere Verständnis der entschiedenen Betonung des Materialismus durch Plechanow, die für die DDR-Philosophie – natürlich mit legitimieren-

1 Albernheiten über Russlands „asiatische Natur“ und dergleichen helfen mitnichten weiter. Man muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass sich Russland und Großbritannien als kommunizierende Röhren entwickelt haben (die Gründung von Städten in Nordamerika durch die Engländer verläuft zur selben Zeit wie die russischen Städtegründungen in Sibirien, und Alaska hat der Zar an die USA verkauft). Das besagt sozial-ökonomisch, dass die Himmelfahrt des persönlichen Privateigentums bei den Angelsachsen mit der Höllenfahrt desselben im Zarenreich bezahlt worden ist, Russland daher potent war, dem modernen Kommunismus die staatliche Basis zu liefern. Lenins Frage ‚Was tun?‘ ist deshalb mit inverser Intention erneut zu stellen.

2 In: Die Neue Zeit XVI(1897/1898)II, Nr. 34 u. Nr. 39

3 In: Die Neue Zeit XVI(1897/1898)II, Nr. 44. Wieder abgedruckt in: Georgi Plechanow: Eine Kritik unserer Kritiker. Hrsg. v. E. Mieth. A. a. O., S. 5-20

4 A. a. O. (Ed. Mieth), S. 8-9

dem Rückgriff auf Lenin[1] – bindend geworden ist, muss unbedingt noch eine Bemerkung gemacht werden: Deutsche Marxisten konnten natürlich wissen, dass ihr Stammvater „*Kants Philosophie* mit Recht als die *deutsche Theorie* der französischen Revolution zu betrachten“[2] geneigt war (eine Sicht, die auf Hegel zurückging). Solches Wissen hatte das Zarentum selbstverständlich nicht. Es bezichtigte Nikolaj Gawrilowitsch Tschernyschewskij (1828-1889), ein Flugblatt „Gruß an die herrschaftlichen Bauern…“ verfasst zu haben und „materialistischen und revolutionären Ideen anzuhängen“, um ihn am 19. Mai 1864 auf dem Mytnaja-Platz in Petersburg der ‚zivilen Hinrichtung‘ zu unterwerfen. Auf die Knie gezwungen und in strömendem Regen an den Schandpfahl gekettet, erduldete Tschernyschewski in stoischer Ruhe diese Barbarei, um sodann 27 Jahre seines Lebens – bis 1889 – eingekerkert zu sein.[3] Solche Behandlung ihres großartigsten Vertreters hat die revolutionäre Intelligenz Russlands davon überzeugt, dass der Materialismus ersichtlich das Banner der Revolution, d. h., russisch gesprochen, der *Vernichtung des Zarismus* sein müsse.

Plechanow realisiert mit seinem Eifer für die Betonung der politisch revolutionären Bedeutung des Materialismus, der doch in Westeuropa (in der französischen Hochaufklärung um 1750) mehr eine Angelegenheit des genießenden Adels gewesen ist, nichts weiter als das ideologische Produkt des Kampfes der russischen Intellektuellen gegen den bornierten Zarismus. Was dieser negativ denunziert, nehmen sie in positiver Wendung als revolutionäres Selbstverständnis. Dass die zaristische Denunziation des Materialismus als des Alliierten revolutionärer Ideen nach der Eroberung der Macht durch die Bolschewiki und endlich der Verhimmlung ihres Führers im Januar 1924 aus dem Zeitbewusstsein verschwand, ist nur zu natürlich. Welche Sozialisten wissen noch, dass ihr Namen einer katholischen Denunziation nach 1750 entspringt; und welche Marxisten haben parat, dass ihr Name bakunistischer Denunziation in der I. Internationale entstammt? Die Vorstellung von der revolutionären Rolle des Materialismus, dem christlich-orthodoxen Zarentum ganz angemessen, ist eine Imagination, die in Westeuropa keinerlei empirische Rechtfertigung hat. In der von Plechanow begründeten russischen Marxismus-Rezeption jedoch hat sie die Gewalt eines ideologischen Vorurteils erlangt. Sie wurde nolens volens den kommunistischen Philosophen vererbt. Und dass sie sich ihre eigene Geschichte nicht mehr mit empirischer Nüchternheit vergegenwärtigen konnten, ist das Resultat der ‚Bolschewisierung‘, die den Generalsekretär unweigerlich zur Dogmenproduktionsmaschine machte und zum Inhaber der Sanktionsgewalt, die in der Hochzeit des Terrorismus zum augenblicklichen Tod führen konnte.

Da Plechanow zwar den dialektischen Materialismus kreiert hat, aber lei-

1 W. I. Lenin: Materialismus und Empiriokritizismus, in: LW 14, Berlin: Dietz Vlg. 1964

2 [Karl Marx]: Das philosophische Manifest der historischen Rechtsschule, in MEW 1, Berlin: Dietz Vlg. 1956, S. 80

3 Vgl.: Geschichte der UdSSR. Unter d. Red. v. A. M. Pankratowa. Teil II. Moskau: Vlg. f. fremdsprachl. Lit. 1949, S. 247-250

der ein ‚Sozialimperialist' geworden ist, haben die kommunistischen Parteien später natürlich auch in Sachen Philosophie Lenin den Hut aufgesetzt. Dies ist jedoch ohne wissenschaftliche Bedeutung. Bis auf seine erst 1929 veröffentlichte private Hegel-Lektüre stehen alle Leninschen philosophischen Äußerungen unter der Dominanz Plechanows, insbesondere selbstverständlich sein ‚Materialismus und Empiriokritizismus'. Selbst die Idee von einer Gesellschaft „streitbarer Materialisten" aus dem Jahre 1922 hat ihr Vorbild in Plechanows Antwort an „Herrn Bogdanow", den Bolschewiken, die unter dem Titel ‚Materialismus militans' erschienen ist.[1] Der Bolschewik Lenin drängte Plechanow sehr zu dieser Antwort und bewies damit, dass vor dem Januar 1912 (als die bolschewistische Parteikonferenz in Prag die Verselbständigung der Fraktion beschloss und Stalin ins ZK kooptierte) doch immer noch von einer gemeinsamen SDAPR zu reden war.

Der wichtigste Schüler Plechanows in Sachen Philosophie ist zweifellos Abram Moiseevič Deborin, (eigentlich Ioffe, 1881-1963), in den zwanziger Jahren Repräsentant der ‚Dialektiker'- Richtung in der Philosophie Räterusslands, seit 1929 Mitglied der AdW der UdSSR. Er publiziert 1922 – natürlich in russischer Sprache – mit einem Vorwort Plechanows eine ‚Einführung in die Philosophie des dialektischen Materialismus'. Ich gebe ihren Inhalt an: 1. Bacon, 2. Hobbes, 3. Locke, 4. Berkeley, 5. Hume, 6. Die transzendentale Methode, 7. Die dialektische Methode und der dialektische Materialismus, 8. Neohumeanismus, 9. Machismus und Marxismus, 10. Dialektischer Materialismus und Empiriosymbolismus, 11. Pragmatismus und Materialismus. Das ist ganz nach dem Urbild der Arbeiten Plechanows verfasst und zeigt, dass Deborin durchaus keine – sagen wir mal: nach deutschen philosophischen Bedürfnissen – wirklich systematische Darstellung dessen geliefert hat, was „dialektischer Materialismus" im philosophisch strengen Sinne heißen könnte. Aber natürlich hat er ganz sicher intelligente Beiträge zu dieser philosophischen Auffassung geliefert.

Neben der von Plechanow und Deborin vertretenen Richtung der russischen Marxismus-Rezeption muss natürlich insbesondere Nikolai Bucharin (1888-1938) genannt werden, 1926 bis 1929 als Nachfolger Sinowjews Vorsitzender der Komintern, am 15. März 1938 nach dem dritten Moskauer Prozess erschossen. Bis zu seiner „Entlarvung" durch Stalin 1928 (der Bruch zwischen beiden war im Juni 1928 perfekt) – galt Bucharins Theorie des historischen Materialismus – bei aller Kritik – als durchaus tonangebend. Diese wesentlich sozialtheoretische Schrift, einen frühen, wie man heute sagen würde, „systemtheoretischen" Entwurf enthaltend, stellt im dritten Kapitel den dialektischen Materialismus vor, was nun gewiss nicht für die philosophische Intention wie Ordnungsliebe Bucharins spricht. Sollte ‚historischer Materialismus' dasselbe heißen wie „dialektischer Materialismus", kann man schwerlich das Ganze als seinen Teil präsentieren. Sollte dagegen der historische Materialismus – hege-

1 Georgi Plechanow: Eine Kritik unserer Kritiker (Ed. Mieth), S. 249-351

lisch gesprochen – die Philosophie des Geistes des dialektischen Materialismus (seine Gesellschaftsphilosophie) sein, so ist es irritierend, das Ganze als Teil seines Teils skizziert zu sehen. Solche Irritationen sind aber zu allen Zeiten für alle philosophischen Schulen unvermeidlich, wenn sich deren Konzepte im Entstehen befinden. Und eben diese Lage bestimmt die Entwicklung von Plechanow zu Bucharin. Letzterer kommt aus dem Lager Bogdanows, hat teil am immensen Impuls der russischen Wissenschaft (bald in der Ökonomie und Populationsgenetik international führend) und ist dominant empirisch, nicht philosophisch interessiert. Im klassisch marxistischen Sinne gelten Bucharin die Produktivkräfte als Ausgangspunkt für die soziologische Analyse – durchaus in einer für den Zeitgeist charakteristischen ‚technizistischen' Interpretation. Der Tausch kommt allerdings gar nicht vor – eine charakteristische Schranke der kommunistischen Weltsicht. Die Gesellschaft wird daher auch nicht – wie bei F. Tönnies – aus dem Austausch bestimmt, sondern als untereinander wechselwirkende Gesamtheit von Individuen. Bucharin suggeriert sich die Gesellschaft als einen produzierenden Gesamtkörper, ähnlich wie der Einzelmensch eine Gesamtheit von Zellen ist. Mit anderen Worten: Bucharin stellt unter dem Worte *Gesellschaft* (in der Übersetzung von F. Rubiner) die Gemeinschaft vor – und weiß es nicht.

Als von Bucharin selbst hervorgebrachten Fallstrick seiner romantischen Verklärung der Arbeiterschaft muss unbedingt die Idee von der *proletarischen* Wissenschaft (von Bogdanow für die Kultur zum ‚Proletkult' erweitert) benannt werden. Sie führt dazu, dass gewählte, aber auch selbst ernannte ‚Repräsentanten der Arbeiterklasse und ihrer Partei' erklären, was „Wissenschaft" sei, ja dass eifrige Ideologen sich mit der Feststellung „Parteibeschlüsse sind Wissenschaft" überschlagen.[1] So wird in Wahrheit kommunistische Ignoranz des wissenschaftlichen Denkens und Erkennens mystifiziert und die schließliche Unfähigkeit hervorgebracht, die eigenen Existenzprobleme überhaupt noch zu erahnen, geschweige denn zu begreifen. Der Weg der deutschen Kommunisten von Rosa Luxemburg zu Margot Honecker manifestiert das, was damit gemeint ist, auf die überzeugendste Weise.

4.3 Deutsche kommunistische Philosophie in der Weimarer Republik

Die marxistische Philosophie hat in der Weimarer Republik eine Ausgestaltung erfahren, die bis heute vollständig unbegriffen ist. Sie ist unter dem Einfluß der Spaltung der deutschen Sozialdemokratie[2] realisiert worden, in der Karl Kautsky, der klassische Vertreter natürlich auch des philosophierenden Marxismus[3], selbstverständlich – produktiv wie immer – weiter publiziert hat. Man wird Lenins Kautsky-Kritik wissenschaftlich nicht als Exklusion dieses

1 So wörtlich Gerhard Harig in seinem Artikel ‚Wesen und Entstehung der marxistischen Philosophie' in: Forum 12(1958)20. Wiss. Beilage, S.1

2 Vgl. dazu: Manfred Scharrer: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. 2. verb. Aufl., Stuttgart: edition cordliers 1985

3 Selbstverständlich ist zu nennen: Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Ein Versuch von Karl Kautsky. Stuttgart: Vlg. v. J. H. W. Dietz Nachf. 1906

Parade-Marxisten aus der berechtigten Engels-Nachfolge akzeptieren können.[1] Daher steht zur Debatte, wie die Geschichte der Schule des Marxismus in ihrer Gesamtheit beurteilt werden soll. Die DDR-Philosophie hat das in einer knapp 45jährigen Geschichte nicht vollbringen können. Zwar erschien 1969 ‚Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland' in zwei Bänden[2], und zehn Jahre später wurde derselbe Gegenstand in seiner DDR-Geschichte präsentiert[3], aber es gibt keinen Band II für die Zeit von 1917 bis 1945! Der über Jahrzehnte betriebene Aufwand hat bei bemerkenswerter Materialbeschaffung zu keinem unter den gegebenen Bedingungen publizierbaren Resultat geführt, weil keine Einigkeit über die öffentliche Behandlung der kommunistisch erzeugten „weißen Flecken der Geschichte" unter den zuständigen Autoritäten hervorgebracht werden konnte. Geblieben ist ein Band, in dem die bösartige Geschichte wenigstens in den Kapiteln 5 und 6 behandelt worden ist.[4]

Indem der klassische Marxismus mit der Spaltung der deutschen Sozialdemokratie durch den Ausschluss der Opposition im Januar 1917 und der anschließenden Gründung der USPD sein mit sich identisches Parteisubjekt verlor, haben wir seit dieser Zeit die fast logische Folge der gegeneinander mit Hilfe verschiedener Parteien kämpfenden marxistischen Fraktionen. Lenin erkennt den ‚Renegaten' Kautsky, der dadurch natürlich nicht aufhört, Marxist zu sein und wirklich den Marxismus auch in dieser Zeit weiter repräsentiert.

1 Kautsky erklärt 1930 entschieden: „Das Streben nach Wahrheit, unerbittlicher Wahrheit ist für den Marxisten das oberste Gebot seines Wirkens. … Die arbeitende Masse… kann ihre Klassenkämpfe nur führen in voller Oeffentlichkeit. Man kann nicht eine ganze arbeitende Klasse in einer Verschwörung zusammenfassen. Man kann nicht den Arbeitern die Wahrheit sagen und gleichzeitig ihre Gegner belügen. – Nicht minder wie für die innere Politik fordert der Marxismus Wahrheit auch in der äußeren. In seiner ‚Inauguraladresse' verlangte Marx bekanntlich, dass die ‚einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, wie die Beziehungen der Privatpersonen regeln sollen, als die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen untereinander geltend zu machen seien'. – Also Wahrheit ist das oberste Gebot des Marxismus und ebenso der Demokratie, wie auch solider, auf die Dauer berechneter Oekonomie" (in: Georgien und seine Henker, aus: Die Gesellschaft. Hrsg. v. Hilferding. Erster Bd. 1930. S. 249). – Der leninistisch-stalinistische Umgang mit der Wahrheit, intellektuell aus der Vorstellung von der Diktatur des Proletariats als einer an kein Gesetz gebundenen Macht geboren, hat in der Tat die Proklamation „Wir lassen uns die Macht nicht nehmen!" und die Unfähigkeit zur Folge gehabt, die Bedingungen des Machtgebrauchs zu erkennen, folglich das schließliche völlige Versagen, etwas Sinnvolles «mit der Macht» zu machen. Das hirnlose Dreinschlagen ist notwendig mit dem Verzehr der volkswirtschaftlichen Substanz versandet.

2 In der Edition von Matthäus Klein, Erhard Lange und Friedrich Richter, Berlin: Dietz Verlag.

3 Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre. Hrsg. v. d. Akad. f. Gesellschaftswiss. b. ZK d. SED unter Ltg. v. Vera Wrona. Berlin: Dietz Vlg. 1979. Dieses Buch gilt als Band III der ‚Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland' und ist auch mit einem solchen Titel versehen worden.

4 Philosophie für eine neue Welt. Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie. Hrsg. v. d. Akad. f. Gesellschaftswiss. b. ZK d. SED unter Ltg. v. Vera Wrona. Berlin: Dietz Vlg. 1988. Hier begegnet der Leser – oh Wunder! – Fotografien Trotzkis (S.299), Bucharins und Thalheimers (S.329). Auch die Festgabe ‚Der lebendige Marxismus' zum 70. Geburtstage Kautskys und manches andere wird nicht verschwiegen. Es steht leider zu vermuten, dass diese letzte parteiinstitutionelle Äußerung der DDR-Philosophie über ihre eigene Historie den bekannten Gang zur Müllkippe angetreten hat.

Kautsky erkennt in den Bolschewiki „Männer, die den Marxismus ins Asiatische umbogen“ und „erklärten…, die Befreiung der Arbeiterklasse sei nur durch eine Schar diktatorisch geführter Berufsrevolutionäre durchzusetzen, da die proletarische Masse dazu unfähig sei“[1]. Diese Differenz kann von *interessierten Personen* in Ostdeutschland öffentlich erst nach der Wende, nach der Auflösung der DDR überhaupt thematisiert werden. Jede frühere Untersuchung hätte der Parteiherrschaft – so oder so – unterstanden, wäre daher mit der nötigen wissenschaftlichen Objektivität unrealisierbar gewesen. Und das erklärt die Lage, eine Geschichte der marxistischen Philosophie zu denken, deren Produzenten sich wechselseitig für Abtrünnige der schlimmsten Art halten – und halten müssen, solange sie Parteidisziplin üben.

Ich kann zur gegenwärtigen Zeit aus dieser undiskutierten und ungeklärten Lage nur den Schluss ziehen, mich im weiteren mit der *kommunistischen* Philosophie in Deutschland zu befassen, wie sie zeitweilig von der KPD wenigstens geduldet und nicht sofort denunziert worden ist. Das soll mitnichten besagen, dass diese Philosophie mit der marxistischen identisch ist. Es gibt ohne Zweifel wenigstens in der Weimarer Republik den von der Sozialdemokratie getragenen Marxismus, und selbst das Godesberger Programm von 1959 hat ihn nicht verurteilt. Diese Traditionslinie im Zusammenhang mit allen sonstigen Linien und Schicksalen der marxistischen Lehre zu denken und zu erkennen, ist ein Desiderat der Forschung, die sicher kommen wird.

Die beiden nach meiner bisherigen Übersicht wichtigsten Beiträge zum dialektischen Materialismus aus der Feder deutscher Kommunisten während der Zeit der Weimarer Republik stammen von August Thalheimer (1884–1948)[2] und Kurt Sauerland (1905–1937)“[3]. Beide zusammen, das ist sehr bemerkenswert, spannen bereits die Themenweite der frühen DDR-Philosophie auf, so dass man – ohne Rücksicht auf beider Schicksal – an sich gar keine Skrupel hätte, die DDR-Philosophie-Texte um beider Arbeiten zu erweitern. So könnte man sagen: Die frühe DDR-Philosophie als spezielle kommunistische Produktion ist bereits in der Weimarer Republik und im engsten Kontakt mit der Entwicklung der KPD begründet worden. Und dennoch sind beide ‚Unpersonen‘ der KPD-Geschichte. Thalheimer begründet mit Brandler am 10. KPD-Geburtstag die KPD-Opposition – und ist damit für die von ihm mitbegründete Partei, auf die er lange noch hofft, ein Fremdkörper geworden. Sein Versuch, nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus in seine Heimat zurückzukehren, schlägt fehl. Die Besatzungsmächte wollen ihn nicht.

1 Kautsky a. a. O., S. 144

2 August Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus (Die moderne Weltanschauung). Sechzehn Vorträge, gehalten an der Sun-Yat-sen-Universität zu Moskau vom 5. Februar bis 23. Mai 1927. Wien – Berlin: Vlg. f. Literatur u. Politik 1928. Zu Thalheimers Leben vgl.: Theodor Bergmann, Wolfgang Haible: Die Geschwister Thalheimer. Skizzen ihrer Leben und Politik. Hrsg. v. Kulturverein Obersulm. Mainz: Decaton Vlg. 1993

3 K. Sauerland: Der dialektische Materialismus. Erstes Buch: Schöpferischer oder dogmatischer Marxismus. Berlin: Neuer Dt. Vlg. 1932. Zum Leben Sauerlands kann ich leider keine Darstellung anbieten.

Er stirbt am 20. September 1948 auf Kuba. Sauerland, der 1928 (da ist er 23 Jahre alt) in der KPD bleibt, exiliert 1934 in die Sowjetunion, wo ihn 1938 die auch gegen Kommunisten gezielte Vernichtungsorgie Stalins trifft. So sind beide in den Anfängen der DDR-Philosophie, deren Produktionen sie antizipiert haben, persönlich ausgeschlossen, aber in ihren Ansichten durchaus präsent. Letztere werden im Diskurs transportiert, selbst wenn ihre Produzenten tabuisiert sind. (Und was man zu Hause von anderen abschreibt, weiß ohnehin niemand, der sich nicht Fahndungsakribie im Plagiatnachweis aneignet.)

August Thalheimer behandelt die Religion, den griechischen Materialismus und Idealismus, die antike Logik und Dialektik, sogar den indischen Materialismus, des weiteren Hegel und Feuerbach, den Übergang, wie er es nennt, vom naturwissenschaftlichen zum dialektischen Materialismus, die materialistische Erkenntnistheorie, die Dialektik, die Geschichtstheorie des dialektischen Materialismus, weil er chinesische Hörer vor sich hat, sogar die altchinesische Philosophie und schließlich den Pragmatismus. Zusammen mit Deborin publiziert er zur Bedeutung Spinozas für den dialektischen Materialismus.[1] Und 1946 reizt ihn ein Aufsatz von Tran-Duc-Thao über ‚Marxismus und Phänomenologie' in der Pariser ‚Revue Internationale', ein Manuskript über den Existentialismus zu verfassen.[2] Das ist ein Programm, wie man es ohne weiteres im Rahmen der DDR-Philosophie hätte absolvieren können (an Universitäten natürlich von verschiedenen Spezialisten vorgetragen). Was Thalheimer sagt, ist wirklich nicht verschieden vom Geiste der kommunistischen Philosophie schlechthin. Dass die Produzenten der frühen DDR-Philosophie dies dennoch nicht öffentlich rezipieren konnten, ist eines der schlimmen Ergebnisse der Stalinisierung der KPD, unter dem Titel ‚Bolschewisierung' exekutiert, die man nur als Selbstzerstörung begreifen kann. Denn nichts anderes ist der Verzicht einer Partei auf die empirisch genaue Kenntnis ihrer eigenen Historie. Diese Selbstvernichtung drängte Thalheimer an den Rand der kommunistischen Partei (‚Rand' mit Blick auf sie als ‚Zentrum', wenn man das politische Aktionspotential bedenkt; mit Blick auf das philosophische Potential blieb Thalheimer natürlicher immer ein Zentrum).[3]

Kurt Sauerland, seit 1923 KPD-Mitglied (im Alter von 18 Jahren trat er der Partei bei) stellt nur fünf Jahre nach Thalheimer den dialektischen Materialismus vor. Und doch hat man bei Kenntnisnahme seiner Arbeit den Eindruck, in einer völlig anderen intellektuellen Landschaft zu wandeln. In seinem Vorwort schon nennt Sauerland die Vertreter der „bis jetzt vorliegenden mangelhaften

1 Thalheimer / Deborin: Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus. Reden und Aufsätze zur Wiederkehr seines 250. Todestages. Mit einem Vorwort von Hermann Duncker. Wien – Berlin: Vlg. f. Literatur u. Politik. 1928

2 August Thalheimer: Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerlicher Philosophie. Hrsg. v. d. Gruppe Arbeiterpolitik. Bremen: Ges. zur Förderung d. Studiums d. Arbeiterbew. e. V. o. J.

3 Zur Geschichte dieser Lage ist noch immer unübertroffen: K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts"-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik. Meisenheim/Glan: Vlg. Anton Hain 1964. Vgl. auch den ‚Politladen-Reprint' No. 6, Erlangen 1970

und falschen Versuche der Darstellung von Grundproblemen des dialektischen Materialismus (wie Bucharin, Luppol, Lukács, Thalheimer u. a.)“[1] und proklamiert „die *Bolschewisierung* der Arbeit und des Kampfes *an der theoretischen Front*“[2]. Wer die KPD-Geschichte kennt, weiß, dass wir uns nun (nach 1928) in der stalinistischen Phase befinden. Dieser entsprechend erklärt Sauerland denn auch: „Die richtungsgebenden Ausführungen Stalins auf die Fragen des dialektischen Materialismus anzuwenden, das habe ich mir im nachfolgenden als Aufgabe gesetzt.“[3] In der Erfüllung solcher Aufgabe liefert Sauerland denn auch das Urbild jener Art von Darstellung des dialektischen Materialismus, die in der DDR-Philosophie vornehmlich von den Institutionen der SED (Parteihochschule, Akademie für Gesellschaftswissenschaften etc.) produziert worden ist.[4]

1 A. a. O., S. XIV

2 A. a. O., S. XV-XVI

3 A. a. O., S. XIII. „Die richtunggebenden Ausführungen Stalins“ findet man in: J. W. Stalin: Werke, Band 13, Berlin: Dietz Vlg. 1955, S. 76-91. Es handelt sich um seinen Brief an die Redaktion der Zeitschrift ‚Proletarskaja Rewoluzija‘ von Ende Oktober 1931, mit dem er „entschieden dagegen“ protestiert, „dass in der Zeitschrift… der parteifeindliche und halbtrotzkistische Artikel von Sluzki ‚Die Bolschewiki über die deutsche Sozialdemokratie in der Periode der Vorkriegskrise‘ als Diskussionsartikel veröffentlicht worden ist“ (a. a. O., S. 76). Dieser Brief wurde am 20. November 1931 auch in der ‚Internationalen Presse-Korrespondenz‘ veröffentlicht. Damit hat zu dieser Zeit nicht irgendein merkwürdiger Leserbrief an ein nicht sonderlich verbreitetes Journal vorgelegen, sondern der Generalsekrehtär und Woshd (Führer) hat verlautbart, dass die Redaktion „eine Diskussion mit einem Fälscher der Geschichte unserer Partei zuließ“ (ebd., S. 88). Stalins Denunziation hat mit der Philosophie gar nichts zu tun, behandelt aber „die jedermann bekannten Fehler der linken Sozialdemokraten in Deutschland“ (ebd., S. 83), darunter Rosa Luxemburg. Das ist natürlich für jedes KPD-Mitglied zu dieser Zeit in der Tat „richtunggebend“.

4 Zur Information sei hier Sauerlands Inhaltsangabe wiedergegeben, die sehr genau verdeutlicht, worum es geht:

Einleitung
1. Aufgabe des Buches
2. Unausgeführte Absichten von Marx, Engels und Lenin
3. Über die Darstellungsweise
   1. Kap.: Die Begründung des dialektischen Materialismus durch Marx und Engels
      1. Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus
      2. Friedrich Engels und das ‚Ende‘ der Philosophie
      3. Philosophie und Wissenschaft
   2. Kap.: Die Verflachung und Entstellung des dialektischen Materialismus in der II. Internationale.
      1. Die Knotenpunkte der Entstellung und Verflachung des dialektischen Materialismus
      2. Marxismus und Lassalleanismus
      3. Die Anfänge der deutschen Sozialdemokratie
      4. Der Revisionismus
      5. Kautsky und der Zentrismus
      6. Die deutschen Linken
         a) Rosa Luxemburg
         b) Franz Mehring
         c) Karl Liebknecht
   3. Kap.: Die Leninsche Etappe in der Entwicklung des dialektischen Materialismus
      1. Was ist Leninismus
      2. Lenin und Plechanow
      3. Lenin als Theoretiker und Philosoph
      4. Die Weiterentwicklung des dialektischen Materialismus

Der von Kurt Sauerland 1932 bewusst und gewollt gesetzte stalinistische Ansatz für die deutsche Version des dialektischen Materialismus hat nicht verhindern können, dass er am 20. Mai 1937 in Moskau „wegen Verhaftung in der SU“ aus der KPD – unter anderem mit Zustimmung Herbert Wehners – ausgeschlossen worden ist; die Verhaftung geschah am 15. Mai im berüchtigten Hotel ‚Lux‘, also fünf Tage zuvor. Sie reichten der Moskauer KPD-Parteiführung hin, den ehemaligen Chefredakteur des ‚Roten Aufbau‘ als ausschlusswert festzustellen. Es traf nicht nur ihn, sondern in derselben Sitzung auch Heinz Neumann und Hermann Remmele, die zusammen mit Thälmann und im Bündnis mit Stalin den Linkskurs der KPD im Frühjahr 1928 in Szene setzten. Vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR wird Kurt Sauerland am 22. März 1938 wegen ‚Teilnahme an konterrevolutionärer terroristischer Tätigkeit‘ zum Tode verurteilt und am selben Tage erschossen.[1] Über fünfzig Jahre später wird er postum am 20. November 1958 in der Sowjetunion rehabilitiert. Zu dieser Zeit war die frühe DDR-Philosophie am Ende, Wolfgang Harich bereits zwei Jahre in Haft, keine gute Zeit für die Rezeption der Arbeiten Sauerlands.[2] Denn was immer er thematisch produziert haben mag, ein im Stalinschen Terror hingemordeter deutscher Kommunist muss denen, die ihn zur Kenntnis nehmen wollen, Fragen provozieren, die jene, welche sie beantworten können (nämlich die Moskauer Emigranten), im System der kommunistischen Parteiherrschaft nicht beantworten wollen.

Nichtsdestoweniger ist der auch von Sauerland 1932 produzierte Interpre-

4. Kap.: Die Parteilichkeit der Philosophie
1.Die Entwicklung der menschlichen Erkenntnis und der Gesellschaft
2. Die Parteilichkeit des Denkens
3. Der dialektische Materialismus als höchste Stufe des Erkennens
4. Der dialektische Materialismus als Klassen- und Parteiphilosophie

1 Vgl. die Dokumentation ‚Die Toten von Butowo‘ im ‚Neuen Deutschland‘ vom 10. Mai 1994, S. 14

2 Erst zwanzig Jahre später taucht der Autor Kurt Sauerland in einem Material zum Fernstudium Philosophie auf, nämlich mit seiner Rezension zur MEGA-Ausgabe der ‚Deutschen Ideologie‘ von 1932 im Heft 21 des ‚Roten Aufbaus‘ aus demselben Jahre. Vgl.: Der Kampf der KPD gegen die imperialistische Ideologie und Philosophie. Teil III/2. Die KPD und das revolutionäre Vermächtnis von Karl Marx und Friedrich Engels. Dokumente, ausgew. u. zusammengest. v. Horst Ullrich. Hrsg. v. d. Abt. Weiterbildung und Fernstudium der Sektion M.-l. Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 1978. S. 104-109. Und erst dreißig Jahre nach seiner Rehabilitierung wird Sauerland in der DDR das Urteil zuteil, ihm „gebührt das Verdienst, mit seiner Arbeit… nicht nur… fruchtbare Fragestellungen zur Diskussion über das Wesen des dialektischen Materialismus aufgeworfen zu haben, sondern er hat auch als erster die in der Sowjetunion geführte Diskussion um das Wesen der Leninischen Etappe in der Geschichte der marxistischen Philosophie ausgewertet“ (in: Philosophie für eine neue Welt: Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie. Hrsg. v. d. Akad. f. Gesellschaftswiss. b. ZK d. SED unter Leitung von Vera Wrona. Berlin: Dietz Vlg. 1988, S. 350). Vera Wrona schränkt ihr Urteil zu Sauerlands Buch ein: „Der Wert dieser Arbeit litt jedoch darunter, dass Sauerland hier einen sektiererischen Standpunkt zum theoretischen Erbe der deutschen Linken eingenommen hatte. Wie Stalin vertrat er die Auffassung, dass das theoretische Wirken der deutschen Linken vor allem durch ihre Fehler und nicht durch ihre Verdienste charakterisiert sei. Diese Konzeption wurde von der KPD entschieden zurückgewiesen“ (a.a.O., S. 350-351). Was mit Kurt Sauerland in der neuen Welt Räterusslands geschehen ist und warum, erfährt man aus der ‚Philosophie für eine neue Welt‘ aber nicht.

tationsgeist für die Ausbildung des dialektischen Materialismus in der frühen DDR-Philosophie erhalten geblieben. Mit dem Ausrangieren der Personen sind zwar ihre Namen in der „von Stalin geschweißten" kommunistischen Partei tabuisiert; doch das durch sie erzeugte Problemfeld wie die Machart seiner Behandlung wird dadurch in der Regel nicht berührt. Im Gegenteil geschieht es in der stalinistischen Geschichte des Kommunismus sehr häufig, dass die Konzepte der Geächteten übernommen, vulgarisiert und mehr oder weniger exekutiert werden. Das passiert nicht aus heimlicher Achtung, sondern des intellektuellen Mangels wegen, den der Stalinismus generalisiert, aber nicht kontinuierlich aufrecht erhalten kann, besonders dann nicht, wenn strategische Entscheidungen existentieller Bedeutung getroffen werden müssen.

4.4 Stalins ‚Kurzer Lehrgang'

Im Juli 1927 publizierte Max Werner folgendes Urteil über den ‚Sowjetmarxismus': „Es wimmelt jetzt im Sowjetmarxismus von eifrigen Ideenerfindern und schrullenhaften Systemkonstrukteuren, deren stolzes Selbstvertrauen nur mit ihrer fabelhaften Ignoranz verglichen werden kann. Besonders unbändig rasen in diesem Sinne die Provinzler und die Vertreter der jüngeren Generationen der bolschewistischen Theoretiker. Dass die jüngere Generation der Sowjetmarxisten eine so starke Prädisposition zu der schlimmsten Art des theoretischen Revisionismus aufweist, ist der deutlichste Ausdruck dafür, dass im Sowjetmarxismus jede Spur einer inhaltlich verbindlichen wissenschaftlichen Kultur fehlt. Die Anarchie der unzähligen Abweichungen und die damit verbundene leidenschaftliche gegenseitige Bekämpfung haben eine allgemeine Verwirrung zur Folge. Das Endergebnis dieser chaotischen Zustände ist, dass in der Theorie des Sowjetmarxismus keine allgemeingültigen und allgemein-anerkannten Werte zu finden sind."[1] Wie immer dieses Urteil aus dem Jahre 1927 künftig selbst beurteilt werden mag, 11 Jahre später hätte es nicht mehr formuliert werden können. Denn im September 1938 erscheint der von Stalin autorisierte ‚Kurze Lehrgang'.[2] Und in seinem 4. Kapitel heißt der 2. Abschnitt ‚Über dialektischen und historischen Materialismus'.[3] Mit ihm sind die ‚chaotischen Zustände' überwunden. Jeder unter der Autorität Stalins handelnde Kommunist weiß nun, was es mit dem dialektischen Materialismus auf sich hat.

Was so passiert, ist etwas für eine philosophische Schule Außerordentliches: Nicht mehr Lehrstuhlinhaber und ihre akademisch unbestallten Konkurrenten im öffentlichen Geistesleben streiten mehr oder weniger gesittet nach den Normen wissenschaftlichen Räsonnements über Wahrheit oder Unwahrheit ihrer Thesen, sondern ein Zentralkomitee einer politischen Partei billigt eine philosophische Darstellung. Das hat es in der Geschichte der Philosophie

1 Max Werner: Der Sowjetmarxismus. In: Die Gesellschaft 4(1927)7, S. 67.
2 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang. Unter Redaktion einer Kommission d. ZK d. KPdSU(B). Gebilligt vom ZK d. KPdSU(B) 1938. Dt. Übers. 7. Aufl., Berlin: Dietz Vlg. 1951
3 A. a. O., S. 131-166

bis dato niemals gegeben. Und das wird es, so ist zu hoffen und zu erwarten, niemals wieder geben. Das Faktum ist so gravierend, dass es bis heute in seiner ebenso erkenntnistheoretischen wie wissenschaftssoziologischen Bedeutung nicht einmal thematisiert, geschweige denn begriffen worden ist. Man stelle sich vor, irgendein Parteivorstand erkühnt sich, die euklidische Geometrie von der nichteuklidischen durch einen Vorstandsbeschluss positiv oder negativ politisch zu unterscheiden. Er würde dem allgemeinen Gelächter verfallen. Aber das ZK der KPdSU(B) tut genau das mit der von Plechanow hervorgebrachten und dann auf das Niveau Stalins heruntergebrachten philosophischen Konzeption. Ist das die Folge des hemmungslosen Platonismus in der Philosophie, der in seinem Drang, Gemeinschaft und Gesellschaft zu gestalten, nicht bemerkt, zu welchen Generalsekretären er greift? Ist der romantische Revolutionarismus an sich unfähig, in den sich andienenden Helfern die Räuberhauptmänner zu bemerken?

Ich lasse dies dahingestellt und halte nur noch fest: Da die Rote Armee im Gefolge ihres wie des alliierten Sieges über Hitlerdeutschland ihre deutsche Besatzungszone bezieht, ist der kommenden DDR massiv vorgegeben, was die sie wollenden und sie verteidigenden Philosophen unter ‚dialektischem und historischem Materialismus' zu verstehen haben werden. Die frühe DDR-Philosophie kann den ‚Kurzen Lehrgang' gar nicht ignorieren. Ganz unbezweifelbar haben die genannten 35 Buchseiten aus dem Jahre 1938 für den dialektischen Materialismus eine ähnliche Rolle im vom russischen Kommunismus dominierten Gebiet gespielt wie Engels' ‚Anti-Dühring' für den Marxismus überhaupt. Was immer danach an Lehrbüchern und sonstigen Texten in der DDR verfasst worden ist, hat jene 35 Seiten mindestens zur stillen Richtschnur. Ich kann leider keine Auskunft über die entsprechende Autorenschaft geben. Ob Stalin den Text wirklich verfasst oder nur redigiert oder gar nur seinen Namen gegeben hat, steht für mich dahin. Wenn die russischen Archive von allen Interessierten ganz normal und gewöhnlich verwendet werden können, werden wir sicher genauere Auskunft über die Genesis des fraglichen Textes erhalten. Bis dahin fingiere ich ihn als Stalins Wort und bemerke noch, dass erst der 20. KPdSU-Parteitag vom Februar 1956 zur Ulbrichtschen und damit in der DDR geltenden Feststellung geführt hat, der ehemals von ihm als „groß und weise" präsentierte ‚Führer aller Werktätigen' sei gar kein ‚Klassiker'. Damit ist eine Lockerungsübung im Frühling der DDR-Philosophie eingeführt worden, die Stalin nun nicht mehr zu zitieren hatte.

Betrachtet man die philosophische Botschaft des ‚Kurzen Lehrgang' als das Diktum einer Privatperson, besteht kein Anlass, sie zu ignorieren. Mit Blick auf die 35 Seiten ‚Über dialektischen und historischen Materialismus' möchte ich meinen, dass ihr Inhalt für eine Kenntnisnahme durch naive, aber an der Philosophie interessierte Leser durchaus passabel verfasst ist. Im Gegensatz zu mancherlei philosophischer Artikulation, die Laien zu fragen veranlassen, wovon denn die Rede sei, kann sich der fraglich Text schmeicheln, den Leser etwas ‚schwarz auf weiß besitzen und getrost nach Hause

tragen‘ zu lassen. Gewiss kann man einwenden, dass die Organisation des Stoffs merkwürdig sei: Wieso wird die Methode des dialektischen Materialismus vor seiner Eigendarstellung behandelt? Ist der historische Materialismus etwas anderes als die Geschichtsphilosophie des dialektischen? Warum wird die Natur als ‚geographisches Milieu‘ so ignorant behandelt? Jeder Leser der Abhandlung wird weitere Fragen stellen. Doch dies ändert an ihrer Qualität als einer kurz gehaltenen Probe einer angebotenen Philosophie nichts. In diesem Sinne aber ist der Text auch in den ersten Jahren von jungen Leuten in der SBZ und frühen DDR wahrgenommen worden, die von Parteigeschichte, Fraktionskämpfen, Moskauer Prozessen, dem GULag keine Ahnung hatten. Für sie verschwand die dogmatische Bedeutung hinter der informativen. Und letztere ist wohl noch immer gegeben.

5. Schlussbemerkung

Die Geschichte der kommunistischen Philosophie, des dialektischen Materialismus (der historische im Sinne des ‚Kurzen Lehrgangs‘ immer eingeschlossen), ist ein Prozess mit vielen „schwarzen Löchern“ oder „weißen Flecken“. Seine Vertreter bzw. Produzenten haben die unterschiedlichsten Schicksale erfahren. Die Implosion der politischen Herrschaft des Partei-Kommunismus 1989/91 in Europa aber hat die Freiheit hervorgebracht, diese Historie nun unter den ausschließlichen Bedingungen der normalen Wissenschaftskultur zu thematisieren. Und da ist es bemerkenswert, dass die Richtung solcher Behandlung in den Worten des geistigen Urhebers des ganzen Dramas beschrieben werden kann: „Ich bin… nicht dafür, dass wir eine dogmatische Fahne aufpflanzen, im Gegenteil. Wir müssen den Dogmatikern nachzuhelfen suchen, dass sie ihre Sätze sich klarmachen. So ist namentlich der *Kommunismus* eine dogmatische Abstraktion, wobei ich… den wirklich existierenden Kommunismus, wie ihn Cabet, Dézamy, Weitling etc. lehren, im Sinn habe. Dieser Kommunismus ist selbst nur eine aparte, von seinem Gegensatz, dem Privatwesen, infizierte Erscheinung des humanistischen Prinzips. Aufhebung des Privateigentums und Kommunismus sind daher keineswegs identisch, und der Kommunismus hat andre sozialistische Lehren, wie die von Fourier, Proudhon etc., nicht zufällig, sondern notwendig sich gegenüber entstehn sehn, weil er selbst nur eine besondre, einseitige Verwirklichung des sozialistischen Prinzips ist.“[1]

Dass mit dieser Wahrnehmung der junge gegen den alten Marx gekehrt wird, versteht sich. Aber das ist ja wohl kein Kriterium in der Wissenschaft gültiger Erkenntnis.

1 Karl Marx an Arnold Ruge im September 1843. In: MEW 1, S. 344

Peter Ruben:

Klaus Zweiling, der Lehrer[1]

In meinen ersten Anlauf, an der Berliner Humboldt-Universität Philosophie zu studieren, hatte ich im September 1955 das Glück, auf einen Hochschullehrer zu treffen, der zur selben Zeit erstmals als ordentlicher Professor antrat, mehr als dreißig junge Studenten im Fach »Dialektischer Materialismus« auszubilden. Er stand im 56. Lebensjahr. Wir wurden von einem Mann in die Philosophie eingeführt, der die Göttinger Physikschule mit einer materialistischen Hegelinterpretation verknüpfte, Einsteins Relativitäts- wie Plancks Quantentheorie genau kannte und einen pädagogischen Eros mit dem Zitieren der Ilias in der Originalsprache ausstrahlte, dass wir uns als Glückskinder der neuen philosophischen Bildungsmöglichkeit verstanden, die mit dem Eintritt Zweilings in die Hochschullehre gegeben war. (Das Studienjahr vor uns hörte den sowjetischen Gastprofessor Koslowski, von dem wir gerüchteweise erfuhren, dass er ein Langweiler wäre.)

Klaus Zweiling bildete im Gespann mit Georg Klaus, dem damaligen Direktor des Berliner Philosophie-Instituts, der uns nach der Darstellung von Hilbert-Ackermann[2] in die Logik einführte, das – so möchte ich es in der Rückschau nach 45 Jahren nennen – Potenzial einer »Berliner Schule« der marxistischen Philosophie, die sich auf Logik und Naturwissenschaften orientierte, im Verein mit diesen Disziplinen ihre Wissenschaftsauffassung determinierte. Das war im klaren Gegensatz zur »Leipziger Schule« gedacht, deren Lichtgestalt Ernst Bloch uns in Berlin doch zu blumig und zu verschwommen redete – und von der Naturwissenschaft wie mathematischen Logik nun gleich gar nichts verstand. Mit Klaus Zweiling und Georg Klaus, »den beiden Kläusen«, wie sie sich nannten, waren wir Studenten des Studienjahrs 1955 höchst zufrieden.

Die Zeit nach dem 17. Juni 1953, der den Abbruch einer extrem stalinistischen Realisierung der kommunistischen Herrschaft erzwungen hatte, lässt eine günstige Stimmung aufkommen. Am 25. März 1954 wird die DDR förmlich souverän. Am 15. Mai 1955 unterzeichnet man den Österreichischen Staatsvertrag, im September desselben Jahres besucht Adenauer Moskau, danach wird am 20. September 1955 der Vertrag zwischen der UdSSR und der DDR über die volle Souveränität des zweiten deutschen Staats geschlossen.

---

1 Erstveröffentlichung in: V. Gerhardt/H.-C. Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie. Berlin 2001

2 Vgl. D. Hilbert u. W. Ackermann: Grundzüge der theoretischen Logik. Vierte Aufl., Berlin. Göttingen. Heidelberg: Springer-Vlg. 1959. G. Klaus nutzte natürlich eine frühere Ausgabe und publizierte 1958 seine eigene Darstellung: Einführung in die formale Logik. Berlin: VEB Dt. Vlg. d. Wiss. 1958, die zwar nicht mehr für uns Studenten der Jahre 1955/56 von Bedeutung werden konnte, jedoch im kommunistischen Lager erheblichen Einfluss gewann.

Am Tage darauf beschließt die Zentrale Parteikontrollkommission der SED, seit ihrer Gründung bis zum 17. Juni 1953 extrem willig, der Denunziation von »Titoisten, Trotzkisten« und sonstigen Bösen zu dienen, die Fälle der bis 1955 in der Sowjetunion Internierten und Umgekommenen zu überprüfen. Damit wird erstmals die parteioffizielle Thematisierung der Verhaftungen deutscher Kommunisten in der Sowjetunion durch die SED vorgenommen.

Im Februar 1956 endlich tagt der 20. KPdSU-Parteitag, von dem wir hören, dass es unter dem »großen und weisen Führer aller Werktätigen«, dem Genossen Stalin, schlimm zugegangen sei. Im März 1956 tagt auf Initiative Blochs die Freiheitskonferenz der DAW, und im selben Monat versichert Ulbricht, Stalin gehöre nicht zu den Klassikern. So ist ein Frühling avisiert, wie ihn die DDR-Philosophie nie zuvor und nie danach erlebt hat. Er wird niedergewalzt, als die sowjetischen Truppen am 4. November 1956 – nach Landung britischer und französischer Fallschirmjäger namens des alten Kolonialismus in Suez – zum zweiten Einmarsch in Budapest antreten und Wolfgang Harich am 29. November desselben Jahres als Exponent eines deutschen »Petöfi-Klubs« verhaftet ist. Was danach bis zum Jahresende 1958 kommt, ist eine regelrechte Prozesslawine, die den Frühling der *akademischen* DDR-Philosophie als Vorschein blanker Illusion feststellt und sie dem Regiment des SED-ZK-Apparats mit dem Regenten Kurt Hager an der Spitze unterwirft, um in der Tat die *Kader*philosophie hervorzubringen, die Philosophen als *Parteiarbeiter* zu erziehen.

Die Liquidation des akademischen Anspruchs der frühen DDR-Philosophie im Jahre 1958 macht jedoch seine Herausbildung – institutionell definitiv seit 1948 – nicht ungeschehen. Und in dieser Entfaltung spielt Klaus Zweiling eine herausragende Rolle. Der nachfolgende Text dient der Vergegenwärtigung seines Schicksals wie seiner Produktion.[1]

1. Die Herkunft

Vor gut einem Jahrhundert, am 18. Februar 1900, wird Klaus Zweiling als Sohn eines kaisertreuen und deutschnationalen Vaters, Ingenieur, Beamter, Geheimrat im Reichspatentamt, in Berlin-Moabit geboren. Am Berliner Bismarck-Gymnasium erfährt er 1909 bis 1917 eine profunde Bildung, die das

1 Ich stütze mich bei dieser Darstellung unter anderem auf Zweilings für die SED-Parteiüberprüfung 1950/51 verfassten Lebenslauf, der einen Umfang von 122 Seiten Maschinenschrift hat und im folgenden unter »Lebenslauf 1951« zitiert wird. Ich bin nur im Besitze eines Durchschlags des Originals, auf dem leider nicht das Datum der Fertigstellung verzeichnet ist. Auf Seite 121 des Manuskripts heißt es: »Dass ich seit meiner Entlassung aus der ‚Einheit' nicht mehr zu Vorträgen an Parteischulen und seit etwa einem Jahr auch nicht mehr zu Vorträgen an der Verwaltungsakademie Walter Ulbricht herangezogen wurde, schmerzt mich sehr.« Auf S. 107 erklärt Zweiling mit Bezug auf einen im Januar 1950 im PV der SED geäußerten SAP-Fraktionsverdacht, erstmals wieder am 8. Juli 1951 anlässlich einer Veranstaltung des Verlags Technik in Zwickau zu sein. Daraus schließe ich, dass dieser Lebenslauf spätestens Mitte 1951 angefertigt worden sein muss, sicher vor dem 8. Juli 1951.

vom Vater geweckte naturwissenschaftliche Interesse in ordentlicher deutscher Gymnasialerziehung bindet und gewiss zum Erfolg führt.[1] Als der Erste Weltkrieg beginnt, hört der Knabe, dass „wir uns verteidigen" müssen. Im Okt. 1914 fällt ein naher Verwandter »auf dem Felde der Ehre«, und damit beginnt für ihn der Zweifel am Sinn des Krieges. Der Jugendliche wird schließlich zum Kriegsgegner, muss 1917 das Notabitur absolvieren und die Einberufung zum Einsatz im landwirtschaftlichen Hilfsdienst über sich ergehen lassen.

Im September 1918 erfolgt die Einberufung zum Heeresdienst. Dieser endet dank der Novemberrevolution bereits am 1. Dezember 1918 in Magdeburg. Und damit eröffnet sich dem jungen Klaus Zweiling der Weg in die Berliner Universität zum Studium der Mathematik und Physik. Hier findet der Student Trotzkis Schrift »Der Krieg und die Internationale«, Zürich 1914, und in ihr „einen Wegweiser für die weitere Suche", wie Martin Dickhoff 1978 schreibt.[2] Am Anfang der marxistischen Karriere Klaus Zweilings steht also der russische Marxist Leo Trotzki, der 1904 Lenin einen „verschlampten Anwalt" nennt und diesem wie sich zum eigenen 38. Geburtstag am 7. November 1917 die »große sozialistische Oktoberrevolution« – wie sie erst sehr viel später genannt worden ist – schenkt.

Das Studium der Mathematik und Physik betreibt Klaus Zweiling zwischen 1918 und 1922 an den Universitäten in Berlin und Göttingen. Die berühmte Göttinger Schule der Physik zieht ihn – wie viele andere – an. Gleichzeitig hört er aber auch Vorlesungen in Geschichte, Nationalökonomie, Philosophie, alten Sprachen und – für den künftigen Journalisten wichtig – Presserecht.

2. Der Sozialist

Während des Kapp-Lüttwitz-Putsches und im entschiedenen Protest gegen ihn stellt der Student, am 18. Februar 1920 wahlmündig geworden, in Zehlendorf am 15. März 1920 zur Verblüffung der Parteimitglieder den Antrag, in die USPD einzutreten. Mit Recht misstrauisch gegen Studenten, prüfen sie ihn, um ihn nach dem Ende des Putsches denn doch mit dem Antragsdatum in die Partei aufzunehmen. Es gibt wenig Intellektuelle in Deutschland, die von sich behaupten können, den schmählichen Putsch des Generals Lüttwitz und seines Beamten Kapp mit gleicher Entschiedenheit entgegengetreten zu sein.

31 Jahre später reflektiert das der Parteiüberprüfung unterworfene SED-Mitglied Zweiling: Dieser Schritt sei die erste von vier *Entscheidungen gegen die KPD* gewesen: 1919, so schreibt er, sei er „Luxemburgist" geworden (was

1 Uns Studenten hat er noch 1955 die Anfangsverse der Ilias im klassischen Griechisch zur Aufmunterung zitiert, die sprachliche Basis der Philosophie als schön und daher erlernbar zu achten.

2 Martin Dickhoff: Porträt Prof. Klaus Zweiling (1900–1968), Ms., 13 S., Sektion M.-l. Philos./ Wiss. Komm. d. KMU Leipzig 1978. Dickhoff spricht nur von einer „marxistischen Broschüre" (a. a. O., S. 2). Offenbar war Trotzki 1978 in Leipzig noch nicht nennbar. Von Dickhoff stammt auch die Charakterisierung Zweilings in: Philosophenlexikon, hrsg. v. E. Lange u. S. Alexander, Berlin: Dietz Vlg. 1982, S. 964–966

das ist, weiß 1919 niemand) und 1920 tritt er in die USPD, *nicht* in die KPD ein, denn: „Die KPD erschien mir als eine kleine Absplitterung von der großen Arbeiterbewegung.“[1]

Indem es dem Kominternvorsitzenden Sinowjew gelingt, ein Drittel (ca. 300.000) der USPD-Mitglieder (ca. 900.000) zur Vereinigung mit der KPD zu bewegen, produziert er im Dezember 1920 – Zweiling ist inzwischen im September desselben Jahres nach Göttingen übergesiedelt – zugleich die Bedingungen für die „zweite Entscheidung“ gegen die KPD: „Ich war entschieden für die Diktatur des Proletariats. Aber es dürfte keine ‚Diktatur der Partei über die Arbeiterklasse‘ und keine ‚Diktatur innerhalb der Partei‘ geben. … Nach langem Schwanken entschied ich mich gegen die KPD.“[2] Diese Entscheidung erschien ihm im Frühjahr 1921, als die KPD Paul Levi ausschloss, völlig gerechtfertigt. „Mich an Levi politisch anzuschließen, von ihm zu lernen, schien mir den Weg zu öffnen, das, was mir an der KPD gut und richtig erschienen war, zu vereinigen mit dem Vermeiden dessen, was mir falsch an ihr erschien.“[3]

1922 fällt Zweiling bei der Wiedervereinigung der Rest-USPD (noch 300.000 Mitglieder, die übrigen 300.000 gaben jede Parteibindung auf) mit der SPD nolens volens seine dritte Entscheidung gegen die KPD. Er wird, kurz vor seinem Examen in Göttingen, SPD-Mitglied. Denn „die KPD, die Rosa Luxemburg kritisierte, die Levi ausgestoßen hatte und einen Teil der ehemaligen linken USP-Führer, konnte nach meiner Meinung den richtigen Weg nicht weisen. Es blieb kein anderer Weg als der in die SPD. Aber mit Ebert, Scheidemann und Noske, mit den verhassten Verrätern in einer Partei sein?“[4] Zweiling entschließt sich, „alles“ zu „tun,… den gesunden, proletarischen und revolutionären Kern von der SPD loszureißen.“ Er versichert 1951: „Ich habe diesen Vorsatz nicht vergessen, auch nicht, als Levi schrieb: ‚Mein Bedarf an Spaltungen ist gedeckt.‘“[5]

Im Sommer 1922 verfasst er seine Doktor-Dissertation »Über die Anwendung graphischer Methoden bei der Bahnbestimmung der Himmelskörper«, und im November 1922 wird er nach Prüfungen bei Carl Runge (angewandte Mathematik), Richard Courant (theoretische Mathematik) und Max Born (theoretische Physik) in Göttingen zum Dr. phil. promoviert.[6] Damit steht fest, dass der, wie wir noch sehen werden, mit Victor Stern erste Lehrer der DDR-Philosophie die Vollendung seiner wissenschaftlichen Bildung in der Göttinger Schule, einem Opfer der Nazi-Barbarei, erfahren hat. Von Trotzki den Impuls, sich um den Marxismus zu kümmern, aus Göttingen das Wissen um Mathematik und Physik, mit der USPD die originäre Parteibindung, das

1 K. Zweiling: Lebenslauf 1951, S. 8
2 Ebenda, S. 21
3 Ebenda, S. 29
4 Ebenda, S. 31
5 Ebenda
6 Unter dem Vorsitz von Ludwig Prandtl erkennt die Promotionskommission am 9. März 1923 auf »gut«.

sind die Anfangsbedingungen der philosophischen Karriere Zweilings. Wie entwickelt sie sich weiter?

Am 1. Januar 1923 beginnt er sein Berufsleben als Physiker im Laboratorium II (Schwachstromlabor) der C. Lorenz AG in Berlin-Tempelhof. Der Betriebsrat dieser Firma beschloss den Streik zum 1. Mai 1924. Die Betriebsdirektion droht allen Angestellten mit der fristlosen Entlassung, die zum 1. Mai etwa nicht zur Arbeit erscheinen sollten. Als Zweiling das tut, was heute (infolge einer Entscheidung der Nazi-Regierung von 1933) selbstverständlich ist, nämlich am 1. Mai zu feiern, erhält er „noch am Abend durch Boten in die Zehlendorfer Maifeier die fristlose Entlassung zugestellt“[1]. Zweilings Name gerät auf die schwarze Liste des Vereins Berliner Metallindustrieller, er bleibt arbeitslos und bewirbt sich endlich bei der SPD-Zeitung *Volkswille* in Münster i. W., bei der er zum 15. August 1924 als Lokalredakteur zu arbeiten beginnt. Als ein Vertreter der linkssozialistischen Position opponiert er beständig gegen die reformistische Fraktion in der SPD – mit dem Resultat, dass er zum 31. Dezember 1926 gekündigt wird. Dadurch kommt Zweiling von Westfalen nach Sachsen, wo er unter anderem für das *Sächsische Volksblatt*, Zwickau, für die *Volkszeitung für das Vogtland*, Plauen, für die *Leipziger Volkszeitung* und andere Blätter tätig wird. Max Seydewitz, Chefredakteur des *Sächsischen Volksblatts*, bietet ihm die Redaktion für Außenpolitik und Wirtschaft an. Zweiling nimmt an und beginnt am 1. April 1927, als Redakteur zu wirken.

Im September 1927 schreibt er in Zwickau das Vorwort zu seiner Broschüre »Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Gesellschaft« für die »Jungsozialistische Schriftenreihe«. Sie erscheint noch im selben Jahr.[2] Am 1. Januar 1928 übernimmt Zweiling im Auftrage von Max Seydewitz, bekanntester Vertreter der SPD-Opposition, die Chefredaktion der *Volkszeitung für das Vogtland* in Plauen. „Damit übernahm ich zum erstenmal eine große und selbständige politische Verantwortung, die noch sehr schnell durch meine Wahl zum Vorsitzenden des Unterbezirks Plauen erhöht wurde.“[3]

Über seine Rezeption der zeitgenössischen kommunistischen Literatur teilt Zweiling 1951 mit, dass er sich „nach wie vor nicht um das Studium von Lenin und Stalin bekümmerte. Ich las einige Schriften von Hermann Duncker, die mich sehr befriedigten, irgendetwas von August Thalheimer, das gar keinen Eindruck auf mich machte; ich las Bucharins Akkumulationstheorie; teils verstand ich sie nicht, war sie mir zu gekünstelt, und andererseits war ich der Meinung, dass nicht Bucharin, sondern Rosa recht hätte. Bucharins Theorie

1 K. Zweiling: Lebenslauf 1951, S. 34. Sein Laborchef bot ihm übrigens an, „ich solle erklären, dass ich ihn schon vor seiner Abreise um Urlaub für den 1. Mai gebeten und von ihm die Genehmigung erhalten hätte. Ich dankte ihm für den wohlmeinenden Vorschlag, lehnte ihn aber ohne das geringste Zaudern ab; es ging nicht um einen freien Tag, sondern um die Demonstration der Kraft der Arbeiterklasse…“ (ebenda).

2 Dr. Klaus Zweiling: Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Gesellschaft. Gesellschaftsgeschichtliche Skizze. Berlin: E. Laubsche Verlagsbuchhandlung 1927

3 K. Zweiling: Lebenslauf 1951, S. 44

aber war in meiner damaligen Vorstellung die Theorie der Komintern und der KPD.“[1]

Im Rahmen der Weltwirtschaftskrise, durch den ‚Schwarzen Freitag‘ am 24. Oktober 1929 an der New Yorker Börse eingeleitet, wird der Fraktionskonflikt in der SPD unheilbar. Zweiling beschreibt seine Einstellung zu ihm zwanzig Jahre später: „Die SPD-Führung ist prinzipiell konterrevolutionär, die KPD hat schwere taktische Fehler gemacht, die es ihr unmöglich machen, den erforderlichen Einfluss auf die Mitglieder der SPD zu gewinnen; also brauchen wir die dritte Partei, die ihres prinzipiell revolutionären Standpunktes wegen Sympathie und Vertrauen bei den Kommunisten und wegen ihrer bisherigen Zugehörigkeit zur SPD und ihrer Kritik an den ‚Fehlern‘ der KPD Sympathie und Vertrauen bei den proletarischen Mitgliedern der SPD genießt. Ihrer Politik muss es gelingen, die ohne sie unmögliche Aktionseinheit herzustellen.“[2] So erfolgt am 4. Oktober 1931 auf der von Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld initiierten »Reichskonferenz oppositioneller Sozialdemokraten« die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) in Ber-

1 Ebd., S.46. Was Zweiling hier 1951 – unter dem Eindruck der Prozesse gegen den Ungarn László Rajk (16.–24.9.1949), gegen den Bulgaren Traitscho Kostow (7.–14.12.1949), unter dem Eindruck der Parteiausschlüsse Merkers, Bauers, Goldhammers, Kreikemeyers, Endes, Weiterers nach SED-ZK-Beschluss vom 24.8.1950 und SED-Politbüro-Beschluss vom 31.8.1950, schließlich unter dem Eindruck der Denunziation der SAP durch M. Seydewitz und E. Baumann im Februar 1951 (vgl. weiter unten) – beschreibt, war 1928 selbstverständlich nicht allein ‚seine damalige Vorstellung‘, sondern die allgemein bekannte, auch offizielle KPD-Vorstellung, die Ulbricht und Pieck natürlich teilten. Bucharin hatte ja Sinowjew als Komintern-Vorsitzenden abgelöst, und erst im Juni 1928 ist der Bruch zwischen Stalin und Bucharin perfekt (am 11.6.1928 nennt Bucharin im Gespräch mit Kamenew Stalin einen ‚neuen Dschingis Khan‘ und prognostiziert: ‚Er wird uns ermorden‘). Das aber kann Zweiling nicht wissen. Was er erfährt, ist die Gründung der KPD-Opposition genau zehn Jahre nach Gründung der KPD am 31.12.1928 infolge der Ausschlüsse der ‚Rechten‘, zu denen Thalheimer vornehmlich gehört. Ob die Phrase „irgendetwas von August Thalheimer, das gar keinen Eindruck auf mich machte“ 1951 eine Schutzbehauptung ist oder Ausdruck eines Tatbestands, wage ich nicht zu entscheiden. Zu den genannten Prozessen vgl. Georg Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–54. Berlin: LinksDruck 1990. Béla Szász: Freiwillige für den Galgen. Die Geschichte eines Schauprozesses. Dt. Übers. v. R. Schröder. Leipzig: Reclam Vlg. 1991
Notiert werden muss aber noch das am 29. Oktober 1949 von Kurt Hager abgeschlossene Vorwort zu »László Rajk und Komplicen vor dem Volksgericht«, Berlin: Dietz Vlg. 1949, in dem es heißt: „Der Budapester Prozess… lehrt uns, dass jeder faule Liberalismus gegenüber Schädlingsarbeit der Tito-Agenten und anderer Trotzkisten ein Verbrechen an der Arbeiterklasse… ist“ (a. a. O., S. 8). Was solche Aussage bedeuten konnte, hat Jacob Walcher, der zusammen mit Zweiling die SAP gegen die Hitler-Regierung mobilisierte, erfahren: Am 29. Mai 1951 entschied die SED-Landeskommission Berlin im Rahmen der Parteiüberprüfung über ihn, dass er „mit dem Verbrecher Trotzki und anderen bezahlten Agenten zusammengearbeitet“ habe, Verrat und politische Verkommenheit präsentiere (vgl.: E. Stock: Die Folgen eines Flirts mit Trotzki, in: Neues Deutschland v. 10./11.5.1997, S.15). Walcher, ‚politisches Urgestein‘ der deutschen Arbeiterbewegung, wurde aus der Partei ausgeschlossen und aus seinem Betrieb fristlos entlassen. Das hieß für Zweiling selbstverständlich, um es in der Erfahrung meiner Generation auszudrücken: Bombeneinschlag im Nebenhaus. Der nächste Einschlag könnte ihn selbst treffen. Der Slánský-Prozess (20.-27.11.1952) stand noch bevor. Und niemand konnte zu dieser Zeit wissen, ob und mit welchen Kandidaten ein gleichartiger deutscher Schauprozess realisiert werden würde. Mögliche Opfer waren bereits in Haft, Willi Kreikemeyer, zuletzt in Mielkes Händen, schon tot.

2 K. Zweiling: Lebenslauf 1951, S. 59

lin – und damit zugleich Zweilings „vierte Entscheidung gegen die KPD“[1]. Er ist Mitbegründer der neuen Partei, deren »Provisorisches Aktions-Programm« er auf dieser Konferenz präsentiert. Er wird in den Parteivorstand gewählt, leitet zunächst den Bezirk Zwickau-Plauen und übersiedelt dann im Dezember 1931 nach Berlin, um Redakteur für Innenpolitik der Sozialistischen Arbeiterzeitung (SAZ), der Tageszeitung der SAP, zu werden. Der Physiker aus Göttingen ist zum Parteifunktionär und Journalisten geworden.

Als Paul Frölich und Jacob Walcher im März 1932 aus der KPD-Opposition in die SAP übertreten, sich damit übrigens auch gegen Brandler und Thalheimer entscheiden, die die SAPD als Partei ‚überwinden‘ wollen – und damit die KPD-O spalten –, schließt sich Klaus Zweiling, wie er 1951 schreibt, „sofort an ihre führenden Leute an: Paul Frölich, Jacob Walcher…“. Sie werden seine „vertrauten Freunde… Endlich hatte ich Verbindung zu ‚richtigen‘ Kommunisten. Statt von Lenin und Stalin, lernte ich von ihnen.“[2] Hanno Drechsler notiert: „Die ehem. KPO-Minderheit um Frölich/Walcher und der linke SAP-Flügel um Zweiling/Sternberg“ hatten „sich auf dem Parteitag zu einem einheitlichen Linksblock formiert und dort… gegen den Widerstand des rechten Flügels entscheidend die Programmatik der SAP bestimmt“.[3]

Die Gestapo aber konnte die SAP-Reichsleitung, darunter Klaus Zwei-

1 Diesen Titel gibt Zweiling einem ganzen Abschnitt seines Lebenslaufs 1951, S. 57–67. Er ist gefüllt mit Selbstanklagen der folgenden Art: „Damit war meine Position in der unausweichlichen Logik des Zentrismus objektiv revolutionsfeindlich, konterrevolutionär geworden, woran auch aller ehrlicher revolutionärer Wille und aller aufopferungsbereite persönliche Einsatz nichts änderte.“ (A. a. O., S. 59) Ich vermag nicht zu entscheiden, ob hierin der philosophische Determinismus oder die Demutsgeste des Bedrohten gewichtiger ist. Zur Geschichte der SAP vgl.: Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Königstein/Ts.: Anton Hain Vlg 1965. Unveränderter Nachdruck: Hannover: SOAK-Vlg. 1983. Hier erfährt der Leser viel aus der Weimarer Zeit, danach werden Drechslers Informationen ungenau und z. T. falsch: Zweiling gehörte keinem Strafbataillon an, und ihm wurde auch nicht nach seiner Tätigkeit im Verlag Technik 1955 die „Berufsausübung wegen angeblichen Plagiats untersagt“, wie Drechsler auf S. 371 seiner Schrift ‚mitteilt‘. Vielmehr las Zweiling mit Wirkung vom 1. September 1955 als ordentlicher Professor für dialektischen Materialismus am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität einmal wöchentlich unter dem Titel *Der marxistische philosophische Materialismus* bis zum Jahre 1958 einschließlich. Erst der 1959 an der Humboldt-Universität aufgenommene Studentenjahrgang genoss den »dialektischen Materialismus« in der Darstellung von Herbert Hörz, zuvor Student bei Georg Klaus und Zweilings Assistent.

2 K. Zweiling: Lebenslauf 1951, S. 63. Weiter heißt es, dass er mit seiner Beziehung zu Frölich und Walcher, die ja nun wirklich gestandene deutsche Kommunisten waren, „sicher“ wurde, „ich konnte meine Argumente jetzt ‚wissenschaftlich begründen‘, und Walcher und Frölich, die selbst der Leitung der KP angehört hatten, die die Komintern kannten, mussten genau Bescheid wissen, waren als Quelle ‚einwandfrei‘. Dass der ‚Sozialismus in einem Lande unmöglich‘ sei, leuchtete mir ohne weiteres ein. Der kosmopolitische Zug in meinem Internationalismus fand eine ‚theoretische‘ Untermauerung“ (a. a. O., S. 64). Ich kann aus eigener Erfahrung versichern, dass Zweiling, was er hier selbstironisch 1951 zur SED-Parteiüberprüfung mitteilt, als Grundverhalten nie aufgegeben hat. Das gerade machte ihn potent, die DDR-Philosophie in die FISP, d. h. in die „Internationale Vereinigung Philosophischer Gesellschaften“, zu führen – seine letzte bedeutende Wirkung.

3 H. Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Königstein/Taunus 1965, S. 295

ling, mit Hilfe eines Spitzels am 22. August 1933 in Berlin verhaften. Damit beginnen mehr als drei Wochen Leidenszeit im berüchtigten Columbia-Haus, in dem Klaus Zweiling auf immer physische Schäden davontrug (Schläge auf die Augen machten ihn sehgeschädigt). Seit dem 15. September 1933 ist er in gerichtlicher Untersuchungshaft. Und am 31. August 1934 klagt ihn der Oberreichsanwalt an, „in Berlin und in anderen Orten des Inlandes… fortgesetzt und zum Teil gemeinschaftlich handelnd… öffentlich zu einem hochverräterischen Unternehmen aufgefordert,… das hochverräterische Unternehmen, mit Gewalt die Verfassung des Reichs zu ändern, vorbereitet zu haben, wobei die Tat… darauf gerichtet war, zur Vorbereitung des Hochverrats einen organisatorischen Zusammenhalt herzustellen oder aufrecht zu erhalten".[1] Das bleibt ein unvergänglicher und unveränderlicher Ehrenpunkt im Leben des Lehrers Klaus Zweiling.

In den Sitzungen vom 26. November bis zum 1. Dezember 1934 wird er vom 2. Senat des Volksgerichtshofs wegen »Verbrechens der gemeinschaftlichen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens« zu drei Jahren Gefängnis verurteilt – »abzüglich 1 Jahr 3 Monate erlittener Untersuchungshaft«.[2] Das ist nach Gesetzen *vor* der Naziherrschaft geurteilt und ein Glück! Denn bereits im Jahre 1935 fällt dieser »Gerichtshof« ganz andere Urteile. Am 1. September 1936 wird Zweiling aus der Haft entlassen und ist dann ohne Anstellung. Er wird von seiner Familie aufgefangen. Ende Januar 1937 kann er sich als beratender Mathematiker selbständig machen.[3] 1936 bis 1943 entwirft er seine »Grundlagen einer Theorie der biharmonischen Polynome«, die er später, 1952, im Verlag Technik publizieren kann.

Im Gefolge der Proklamation des »totalen Krieges« wird im März 1943 Zweilings »Wehrwürdigkeit« für die Dauer des Krieges wieder hergestellt. Zum 1. April 1943 wird er zur Wehrmacht einberufen. Im November 1943

---

1 Ich zitiere aus der mir vorliegenden Anklageschrift, S. 7

2 Als Beispiel der internationalen Solidarität findet sich in den Akten das folgende Schreiben:

„International Commitee
OF LEFT-SOCIALIST-REVOLUTIONARY PARTIES AND GROUPS
Secretariat: P. J. Schmidt, O.S.P. Reguliergracht 29,
Amsterdam - C., Holand.
Amsterdam den 27. Nov. 1934
An den Zweiten Senat des Volksgerichts zu Berlin
Protestieren im Namen Millionen Werktätiger gegen Prozess Köhler, Zweiling und Gen., gegen barbarische Foltermethoden in der Voruntersuchung und Prozessführung hinter verschlossenen Türen. Fordern sofortige Freilassung dieser und aller anderen aufrechten Freiheitskämpfer, die für ihr mutiges Eintreten für allgemein gültige Menschenrechte in faschistischen Gefängnissen schmachten.
Im Auftrag des Sekretariats des International Committee Of Left-Socialist Revolutionary Parties and Groups"

Der Text liegt im BArch Bonn, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten Z/C 10856, Bd. II, Bl. 484 vor. Er wurde zuerst veröffentlicht von Günter Wehner: Aus Prozessakten: SAP und antifaschistischer Widerstand, in: Konfliktforschung Aktuell 7(1999)2-3, hrsg. v. VAK e.V. Berlin, S. 32–43

3 Über seine Aktivitäten in diesem Zusammenhang gibt Zweiling im Vorwort zu seiner Schrift »Gleichgewicht und Stabilität«, Berlin: VEB Vlg. Technik 1953, S. 9–18, im Juni 1953 Auskunft.

kommt er als Angehöriger eines Frontartillerie-Vermessungstrupps an die Ostfront und erlebt nun den Rückzug, die Produktion der verbrannten Erde. Er erinnert sich: „Entsetzlich war der Weg durch die zerstörte Ukraine. Tagelang marschierten wir durch brennende Dörfer, zwischen verkohlten Balken und toten Menschen, kein Vieh mehr, die Brunnen verschüttet.“[1]

Ende April 1945 wird er zwischen Greifswald und Stralsund von einer Panzereinheit der Roten Armee überholt, kommt in sowjetische Kriegsgefangenschaft – zunächst in Neubrandenburg. Hier fischt ihn Bernhard Bechler, Frontbevollmächtigter des NKFD bei der 2. Belorussischen Front, mit 60 anderen Kriegsgefangenen auf, um ihn zur Frontschule nach Kreckow bei Stettin zu führen. In ihr, so sagt Zweiling, „habe ich ungeheuer viel gelernt und eine erste Ahnung vom wirklichen Geist des Bolschewismus bekommen. Ich hatte mich schon in Plauen, in der SPD, als Kommunisten bezeichnet. Ich begriff jetzt, wie lächerlich das gewesen war.“[2] Wegen Verlegung der 2. Belorussischen Front nach Schlesien siedelt Zweiling zur Frontschule der 1. Belorussischen Front nach Rüdersdorf über. Und hier wird er schließlich Anfang Juli 1945 – nach längerer Debatte über seinen künftigen Einsatz – aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Zwölf Jahre Nazizeit haben ihn wertvolle Bildungszeit gekostet.

3. Der Kommunist

Die Entscheidung für den Eintritt in die mit Proklamation vom 11. Juni 1945 wiedergegründete KPD, umgehend nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft vollzogen, wird von Klaus Zweiling nicht mehr reflektiert. Seine Entscheidungen gegen sie gehören der Vergangenheit an. Die KPD ist ihm nun – nach den Erfahrungen mit dem Faschismus – selbstverständlich.[3] Am 9. Juli 1945 wird er zu ihrem ZK nach Lichtenberg gebracht und erfährt dort: Er soll als Gewerkschaftsredakteur in der *Deutschen Volkszeitung*, dem Zentralorgan der KPD, arbeiten. Die Anleitung in dieser Tätigkeit – Zweiling hat von gewerkschaftlicher Arbeit tatsächlich gar keine Ahnung – werde Paul Wandel übernehmen. Seine journalistische Erfahrung aus der Weimarer Republik ist mithin willkommen, die Fachkompetenz wird sich schon einstellen. – Anfang Juli 1945 lernt er auch Ulbricht kennen.

Im Februar 1946 erhält Zweiling vom KPD-Zentralsekretariat den Auftrag, mit einem SPD-Genossen eine zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung *Sozialistische Einheit* herauszubringen. Aus diesem Projekt geht dann

1 K. Zweiling: Lebenslauf 1951, S. 93–94
2 Ebenda, S. 100
3 Im Lebenslauf 1951 heißt über seine politischen Einsichten am Ende des Zweiten Weltkriegs: „Als Bechler mich bei der ersten Unterredung in Neubrandenburg fragte, was ich vom Nationalkomitee Freies Deutschland hielte, antwortete ich ihm: ‚Wenn die deutschen Generäle schockweis Kommunisten werden, werde ich verdammt misstrauisch.‘“ Und: „Die größte Schwierigkeit bereitete mir das Verständnis der Wiederzulassung der SPD“ (beide Zitate a. a. O., S. 101)

der *Vorwärts* hervor, dessen Redaktion Zweiling aufzubauen beginnt. Später degeneriert der *Vorwärts* zur Montagsausgabe des *Neuen Deutschland*.

Im September 1946 übernimmt Klaus Zweiling zusammen mit einem ihm paritätisch zugeordneten ehemaligen SPD-Genossen die Chefredaktion der *Einheit*, die sich *Theoretische Monatsschrift für Sozialismus* nennt. Sie führt er gute dreieinhalb Jahre bis zum März 1950. Wer die intellektuelle Szenerie in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands kennenlernen will, wird auch die Zweilingsche *Einheit* zu Rate ziehen. Die Einheitspartei lässt ihn in dieser Zeit souverän schalten und walten. Seit September 1947, so Klaus Zweiling, „kämpfte ich immer dringlicher um Qualifizierung und Vermehrung der Redaktion… Alles vergebens. Es war klar, dass mit dieser Redaktion die theoretische Zeitschrift einer Partei neuen Typus nicht gemacht werden konnte, von niemand."[1] Das aber ist ein Urteil unter den Bedingungen der Ablösung Zweilings aus der Funktion des Chefredakteurs im März 1950 sowie der Parteiüberprüfung von 1950/51. Heute fällt umgekehrt auf, wie wenig hölzern die Sprache der *Einheit* in den vierziger Jahren im Unterschied zu den Zeiten nach Zweiling ist.

Für die Philosophie wird das Jahr 1948 eine merkliche Zäsur. Im April 1948 werden auf einer Tagung der Gmelin-Gesellschaft für anorganische Chemie in Clausthal-Zellerfeld philosophisch-physikalische Probleme behandelt. Klaus Zweiling spricht dort und erlebt eine Kontroverse mit Pascual Jordan, die ihn seither stets erneut beschäftigt. Im Mai 1948 schlägt Zweilings Stunde als Lehrer der DDR-Philosophie: Unter der Leitung von Anton Ackermann wird in Kleinmachnow der erste Dozentenlehrgang der SED zur Vorbereitung der Lehre auf den Gebieten des dialektischen und historischen Materialismus sowie der politischen Ökonomie an den Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands eröffnet. Klaus Zweiling ist Lehrer für Philosophie, Hermann Duncker Lehrer für historischen Materialismus (de facto Politologie), Victor Stern Lehrer für Logik[2] und Fred Oelßner Lehrer für politische Ökonomie. Teilnehmer des Lehrgangs sind unter anderen Kurt Hager, Wolfgang Harich, Harald Hauser, Ernst Hoffmann, Georg Klaus, Leo Kofler, Georg Mende, Rita Schober. Diese ganze Mannschaft, Lehrer wie Schüler, bildet sozusagen die Grundmenge der Individuen zur Produktion der DDR-Philosophie als der Fortsetzung der kommunistischen Philosophie in Deutschland. Der Lehrgang dauert bis in den Oktober 1948. In den Monaten seiner Durchführung treten unter seinen Teilnehmern bereits die späteren charakteristischen Kontroversen in Erscheinung.[3]

1 Ebenda, S. 116

2 Victor Stern hatte 1947 bereits im Dietz Verlag eine Broschüre unter dem Titel »Grundzüge des dialektischen und historischen Materialismus« publiziert.

3 Die offizielle DDR-Philosophiegeschichte hat diesen Lehrgang ausgesprochen stiefmütterlich behandelt, um nicht zu sagen, ignoriert. Vera Wrona und Gottfried Handel notieren nur kurz die „bedeutende Hilfe, dass die Parteihochschule der SED ‚Karl Marx' im Sommer 1948 ihren ersten und vom September 1949 bis Februar 1950 ihren zweiten Dozentenlehrgang in Kleinmachnow durchführte" (in: Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von

Norbert Kapferer sieht ebenfalls, dass das „Jahr 1948… einen Einschnitt in der Philosophiegeschichte der SBZ/DDR“ bildet und… damit die philosophische Landschaft“ verändert, „als eben jene an der SED-Parteihochschule ‚Karl Marx‘ ausgebildete ‚Kaderphilosophie‘ in die philosophische Diskussion eingreift“[1]. Angesichts der sehr verschiedenen Schicksale der angeführten Personen kann jedoch der Produktion eines Philosophenkaders – des nötigen Subjekts der ‚Kaderphilosophie‘ – zwischen Mai und Oktober 1948 keine Rede sein.[2] Dass Kommunisten nach der Niederwerfung des Nazi-Reichs in der von der Roten Armee besetzten Zone Deutschlands an ihrer Parteihochschule zusammenkommen, um Probleme der Einführung des Marxismus an den Hochschulen zu debattieren, ist die selbstverständlichste Sache der Welt. Sie tun darin nichts mehr und nichts weniger als das, was anderen wissenschaftlichen Schulen in ihrem Bestreben, Lehrstühle mit den eigenen Vertretern zu besetzen, gut bekannt ist. Was das bedeutet, hat die akademische Intelligenz der DDR im Gefolge der Wende von 1989/90 nachdrücklich erfahren.

Nicht die Bildung einer »Kaderphilosophie« stand 1948 zur Debatte, sondern die Chance der kommunistischen Philosophie in Deutschland, einen *akademischen* Diskurs zu konstituieren. Wie diese Chance genutzt worden ist, bildet den wesentlichen Inhalt der folgenden zehn Jahre bis 1958. Und was in dieser Zeit produziert worden ist, kann rechtens die »frühe DDR-Philosophie« genannt werden. Mit der Verhaftung Harichs am 29. November 1956, der Kaltstellung Blochs 1957 und den entsetzlichen Prozessen von 1957 und 1958 tritt die Wende zur wirklichen Inthronisation der Kaderphilosophie ein. Als das SED-ZK im März 1958 seinen Brief »Über das Studium des dialektischen Materialismus in den Grundorganisationen« versendet, ist sie in voller Entfaltung. Die Konferenz des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED über den dialektischen Materialismus vom 5. und 6. Mai 1958 klärt Klaus Zweiling darüber hinreichend auf, dass er mit seiner Auffassung vom Parteikader entschieden abgelehnt wird.[3] Die 1960 zum Zwecke einer unter den gegebenen Bedingungen unmöglichen Nachfolgerschaft Blochs realisierte Versetzung Zweilings von Berlin nach Leipzig markiert den Endpunkt dieser Wende. Es ist nun klar, dass die vom Staat bezahlten Philosophen widerspruchslos akzeptieren bzw. akzeptieren müssen, dass die Forderung,

1945 bis Anfang der sechziger Jahre, hrsg. v. d. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK d. SED, Berlin 1979: Dietz Vlg., S. 113). Erst Siegfried Prokop hat sich in seiner Harich-Biographie des ersten Lehrgangs etwas genauer angenommen. Vgl. sein Buch *Ich bin zu früh geboren*. Auf den Spuren Wolfgang Harichs. Berlin: Dietz Vlg. 1997. S. 59–61

1 N. Kapferer: Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988. Darmstadt: Wiss. Buchges. 1990. S. 17–18

2 Es muss aber zugestanden werden, dass V. Wrona und G. Handel an der schon zitierten Stelle fortfahren: „Diese Kurse trugen wesentlich zur Formierung der Kader bei…“ (a. a. O.). Offenbar hat Kapferer, der die zitierte Arbeit natürlich – ausweislich seines Literaturverzeichnisses – kennt, den pejorativen Terminus *Kaderphilosophie* in stiller Kooperation mit den beiden Autoren produziert. Er muss daher wohl als ein deutsch-deutsches Gemeinschaftsprodukt konfirmiert werden.

3 Vgl. Der dialektische Materialismus und der Aufbau des Sozialismus. Diskussionsbeiträge. Berlin: Dietz Vlg. 1958

»Parteiarbeiter« zu sein, für sie gilt, wollten sie nicht ihre Anstellung verlieren, und die SED-ZK-Abteilung »Wissenschaften« die Besetzung der Lehrstühle reguliert.[1]

Unter dem Dekanat von Walter Ruben habilitiert sich Zweiling am 24. November 1948 an der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin mit der Schrift »Materialismus und Naturwissenschaften«[2]. Seit dem 15. Februar 1949 ist er Dozent mit Lehrauftrag für Philosophie an dieser Universität. Im Mai 1949 wird anlässlich des 40. Jahrestags des Erscheinens von Lenins »Materialismus und Empiriokritizismus« die erste zentrale Philosophie-Konferenz deutscher und sowjetischer Marxisten in Berlin abgehalten. Das Hauptreferat hält Major Patent, Klaus Zweiling bietet eines der 13 Einzelreferate. Vom Sommersemester 1949 bis zum Sommersemester 1951 liest er am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität wöchentlich zwei Stunden über »Philosophie und Naturwissenschaften«, komplettiert durch zwei Stunden Übung im Anschluss an die Vorlesung. Als in der DDR 1951 das philosophische Fachstudium eingeführt und die Fachrichtung Philosophie gegründet wird, taucht er im Vorlesungsplan des Instituts für Philosophie der Humboldt-Universität nicht mehr auf.

Zuvor geschieht folgendes: Der SED-Parteivorstand ist mit ihm unzufrieden. In der Parteivorstandssitzung vom Januar 1950 erklärt eine Genossin Olga Körner, dass es im Gebiet Zwickau-Plauen fraktionelle SAP-Gruppierungen gebe. Sie fragt, ob Zweilings Reisen ins Vogtland damit zu tun haben. Unser Philosoph gerät also in Verdacht, noch immer der alte SAP-Mann zu sein, der er ja nun wirklich war. Es kommt noch schlimmer: Der Direktor des Marx-Engels-Lenin-Instituts Joseph Winternitz fordert im Februar 1950 in einem Artikel für Zweilings *Einheit* „Von Stalin lernen!“[3] Damit hat Chefredakteur Zweiling in den Augen Oelßners und Ulbrichts das Fass überlaufen lassen. Er wird im März 1950 nach Kritik des SED-Politbüros abgesetzt.[4]

1 Das Bestreben, die Anstellung nicht zu verlieren, ist selbstverständlich kein speziell kommunistisches von Kaderphilosophen. Andernorts werden natürlich die internen Schulbeziehungen, aber auch ganze Gewerkschaften mobilisiert.

2 In den späteren Dokumenten und Publikationslisten Zweilings wird diese Arbeit mit „Materialismus und Naturwissenschaften“ betitelt.

3 J. Winternitz: Von Stalin lernen! Zum Erscheinen des I. Bandes der Werke Stalins. In: Einheit 5(1950)2, S. 161–170. Wolfgang Kießling bemerkt 1999 dazu, dass „eine Rezension… erschienen war, aus der man hätte herauslesen können, dass der Genius der Menschheit als junger Mann noch nicht seine volle Geistesreife besaß“ (in: Wolfgang Kießling: Absturz in den kalten Krieg. Rudolf und Leo Zuckermanns Leben zwischen nazistischer Verfolgung, Emigration und stalinistischer Maßregelung. Hrsg. v. H. Mayer, H. Meyer, D. Nakath, P. Welker. In: hefte zur ddr-gschichte Nr. 57. Berlin: ‚Helle Panke‘ e.V. 1999, S. 47). 1950 hätte dieser Sarkasmus, wäre er öffentlich präsentiert worden, zu Lagerhaft in Workuta führen können.

4 Ich zitiere Passagen aus der Mitteilung des neuen Redaktionskollegiums unter dem Titel »Die Rolle der Zeitschrift *Einheit* im Kampf um die Partei neuen Typus«. In: Einheit 5(1950)5, S. 385–88:

> „Leider hat die *Einheit* bisher… nicht die Rolle gespielt, die ihr als dem Kampforgan der marxistisch-leninistischen Partei zukommt. Die Redaktion hat es nicht verstanden, die aktu-

Unter Leitung Fred Oelßners beginnt im Mai 1950 ein Redaktionskollegium,

---

ellen Fragen unseres Kampfes, wie den Kampf um den Frieden, die Bildung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die Popularisierung der Sowjetunion und der Volksdemokratien, die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, die Entlarvung der Feinde der Arbeiterklasse u. a. m., in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. Sie hat nicht vermocht, von der hohen Warte der marxistisch-leninistischen Theorie aus die Partei in diesen Fragen zu orientieren und ihr die ideologischen Waffen für den Kampf zu geben. Die Zusammenstellung der einzelnen Hefte der „Einheit" ließ einen zielstrebigen politischen Plan vermissen, ohne den die Führung im ideologischen Kampf nicht möglich ist. – Sie hat die Hauptwerke des Marxismus-Leninismus mangelhaft popularisiert, das individuelle Studium des ‚Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)' ungenügend unterstützt und keinen beharrlichen Kampf gegen die Überreste des Sozialdemokratismus in unserer Partei geführt. Darüber hinaus hat die Redaktion der ‚Einheit' selbst ernsthafte politische Fehler begangen und damit den Kampf um theoretische Klarheit in der Partei erschwert. Statt der deutschen Arbeiterklasse das gigantische Werk W. I. L e n i n s nahezubringen, forderte die ‚Einheit' zu einer ‚kritischen (!) Analyse' seiner geschichtlichen Rolle auf. In Aufsätzen, die der Entlarvung der verräterischen Rolle Trotzkis und seiner Bande gewidmet waren, hielt die Redaktion es für nötig, die ‚Fähigkeiten' dieses Judas der Arbeiterbewegung hervorzuheben. In einer Reihe von Aufsätzen über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wurde eine falsche, schönfärberische Einschätzung des Zentrismus gegeben, statt die wegweisende Darstellung des Genossen S t a l i n in seiner Schrift ‚über einige Fragen zur Geschichte des Bolschewismus' zu popularisieren. Die bedeutende Rolle des Genossen Stalin als Führer der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere seine Hilfe bei der Entwicklung der KPD zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei, wurde von der Redaktion der ‚Einheit' totgeschwiegen. Statt dessen benutzte die Redaktion die Spalten der ‚Einheit', um Feinde der Arbeiterbewegung, wie den bayerischen Sozialdemokraten Knörringen, zu popularisieren und bewies damit, dass sie selbst dem bürgerlichen Objektivismus verfallen war.

Die liberalistisch-versöhnlerische Haltung der Redaktion der ‚Einheit' wurde nach der I. Parteikonferenz wiederholt einer scharfen Kritik unterzogen. Als besonders Genosse Walter U l b r i c h t im Januar d. J. auf der 24. Tagung des Parteivorstandes die politischen Fehler der Redaktion kritisierte, versuchte Genosse Klaus Zweiling diese Fehler zu erklären und zu verteidigen, stieß jedoch auf einmütige Ablehnung des Parteivorstandes. Ungeachtet dieser Kritik brachte die ‚Einheit' in ihrem Februarheft einen Aufsatz des Genossen Winternitz, in dem die Entstellung der Geschichte der bolschewistischen Partei und die Unterschätzung der Rolle des Genossen Stalin noch weiter getrieben wurde. Mit dem Abdruck dieses Aufsatzes hat die Redaktion der ‚Einheit' bewiesen, dass sie nicht gewillt war, die Lehren aus der berechtigten Kritik zu ziehen und die ‚Einheit' zu einem marxistisch-leninistischen Kampforgan zu machen. –

Das Politbüro sah sich daher gezwungen, den Genossen Klaus Z w e i l i n g seiner Funktion als Chefredakteur der ‚Einheit' zu entheben und ein Redaktionskollegium mit der kollektiven Leitung der ‚Einheit' zu betrauen. Mit dem vorliegenden Maiheft hat das Redaktionskollegium die Verantwortung für die ‚Einheit' übernommen. …

Das Redaktionskollegium betrachtet es als seine Aufgabe, den Parteifunktionären für ihre Arbeit das theoretische Rüstzeug zu liefern. Darum kann es nicht die Aufgabe der ‚Einheit' sein, fernabliegende theoretische Probleme zu behandeln, die zwar für Liebhaber abstrakter Diskussionen von Interesse sind, aber wenig mit dem Kampf der Partei zu tun haben. …

Es kann nicht die Aufgabe der ‚Einheit' sein, der Schauplatz für scholastische Disputationen zu sein. …

Das Redaktionskollegium".

Joseph Winternitz (1896–1952), ein guter Bekannter Ulbrichts, im September 1948 aus London in die SBZ übergesiedelt, war seit der Gründung im März 1949 Direktor des Marx-Engels-Lenin-Instituts beim Parteivorstand der SED und wurde wegen Unterstützung einer »Kampagne der Imperialisten und Tito-Agenten gegen Stalin«, wie der genannte Artikel gedeutet wurde, aus diesem Amte entlassen. Vgl.: Wer war Wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch. Hrsg. v. B.-R. Barth, Ch. Links, H. Müller-Engbergs u. J. Wielgohs. 3., aktualisierte Ausg., Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Vlg., S. 798–99

die *Einheit* zu dem Langweiler zu machen, zu welcher sie notorisch wird. Die neue Redaktion erklärt: »Ausgehend… von dem Grundsatz, dass ‚die Theorie gegenstandslos ist, wenn sie nicht mit der revolutionären Praxis verknüpft ist' (Stalin), … die *Einheit* von nun an *Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus* nennen« zu wollen. Ab April 1950 bis 1955 ist Klaus Zweiling nun Chefredakteur und Leiter des Verlags Technik.

Das SED-ZK beschließt auf seiner Tagung vom 26. bis 27. Oktober 1950 eine »Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten und den Umtausch der Mitgliedsbücher und Kandidatenkarten«, die ein Jahr später von der 7. SED-ZK-Tagung (18.–20.10.1951) für beendet erklärt wird. Mit Wirkung vom 1. November 1951 können wieder neue Mitglieder und Kandidaten aufgenommen werden. Dieser Beschluss ist hier auch erwähnenswert, weil er für die Zweiling-Biographen das unersetzliche Dokument hervorgerufen hat, den schon erwähnten Lebenslauf von einhundertzweiundzwanzig Seiten.

Am 15. Februar 1951 teilte Edith Baumann, zusammen mit Klaus Zweiling am 1. Dezember 1934 vom 2. Senat des Volksgerichtshofs verurteilt, inzwischen die Frau Erich Honeckers, im *Neuen Deutschland* den Lesern über die parteifeindliche Rolle der SAP mit:

„Im provisorischen Aktionsprogramm der SAP wurde die Stellung der SAP zur Sowjetunion nur mit einem einzigen Satz umrissen: ‚Die Sozialistische Arbeiterpartei wird alles daransetzen, die Sowjetunion gegen Angriffe der kapitalistischen Staaten zu unterstützen, um dem Aufbauplan die nötige Freiheit der Entfaltung zu sichern' allerdings im Referat des Genossen Zweiling zu diesem Aktionsprogramm folgendermaßen kommentiert: ‚Wir haben die sehr kurze Formulierung gewählt, um das zu sagen, was wir sagen mussten, um uns abzugrenzen von der antibolschewistischen Hetze der SPD, ohne in die Anhimmelung aller russischen Maßnahmen zu verfallen, die auf kommunistischer Seite üblich ist.'[1]

Das war ein rechter Keulenschlag. Zuvor hatte Zweilings alter Genosse Max Seydewitz im ND die „verräterische Rolle der SAP" charakterisiert und versichert: „Nach meinem Ausscheiden aus der SAP im Januar 1933 stand ich immer im Gegensatz zu denen, die die SAP fortführten und die mich seit die-

1 Vgl. Edith Baumann: Die parteifeindliche Rolle der SAP. In: *Neues Deutschland* vom 15. Februar 1951. Zweiling begründete am 4. Oktober 1931 das »Provisorische Aktions-Programm« auf dem Gründungsparteitag der SAP. Vgl. dazu wieder H. Drechsler a. a. O., S. 109–112. Drechsler notiert nüchtern: „Zweiling gab offen zu, dass man bewusst die Stellungnahme zur Sowjetunion in eine sehr kurze Formulierung gepresst habe, weil in dieser Frage die Meinungen noch recht weit auseinandergingen" (a. a. O., S. 112), um dann anzumerken: „Kurz nach der SAP-Gründung heißt es bereits in einer offiziellen Schrift des PV der SAP, dass in der UdSSR das ‚geschichtliche Experiment geglückt' sei, ‚einen industriellen Aufbau ohne Unternehmertum durchzuführen'. Allerdings bleibe Russland auf absehbare Zeit noch zu unentwickelt, ‚um aus eigenen Kräften eine sozialistische Ordnung aufzubauen" (a. a. O., S. 112–113, Anm. 254). Dies teilt Edith Baumann im Februar 1951 ihrem Publikum – soll man unter dem Eindruck der stalinistischen Anti-Tito-Kampagne dieser Zeit sagen: natürlich? – nicht mit.

ser Zeit als ‚Verräter an der SAP' und als ‚Renegat' beschimpften."[1] Zweiling nennt er nicht.

Die Entfaltung des Staatsterrorismus nach sowjetischem Vorbild und unter sowjetischer Führung bis zum Tode Stalins (5. März 1953) und zum 17. Juni 1953 in der DDR hat Klaus Zweiling – in der historischen Entfernung von 47 Jahren gesehen – in ein geradezu kurioses Verhalten geführt. Wie Wolfgang Kießling mitteilt, hat er am 27. Februar 1953 Hermann Matern, dem Vorsitzenden der Zentralen Kontrollkommission der SED, über Vorgänge in seinem Nachbarhaus in der Thälmann-Siedlung in Lehnitz bei Oranienburg folgendes mitgeteilt: *»Ich vermute aus verschiedenen Umständen, dass es sich bei diesen Bewohnern um Genossen des Ministeriums für Staatssicherheit handelt. Das also kam mir nicht weiter merkwürdig vor. Am Sonntag aber kam der* Lehnitzer Genosse Fritz Falkenberg, selbständiger Elektromeister, Ein-Mann-Betrieb, zu mir, da er meinen Rat bezüglich der Anmeldung eines Patentes einholen wollte. In der Unterredung kam das Gespräch auch auf das benachbarte Baendersche Haus. Dabei erzählte mir der Genosse Falkenberg, dass er vor einiger Zeit einen großen Schrecken bekommen habe, als er nachts aus dem Schlaf getrommelt wurde und vor ihm Erich Jamin stand, der ihn bat, sofort mit ihm in das Baendersche Haus zu kommen, um dort die Heizung wieder in Ordnung zu bringen, da aus der Heizung das Wasser abgelassen worden war, damit sie nicht einfriert während der Zeit, als das Haus leer stand. Nach Meinung des Genossen Falkenberg hat dann Jamin mehrere Tage in dem Haus gewohnt. Was mir auffiel war, dass ausgerechnet ein Genosse, der zu dem engsten Freundeskreis Baenders gehörte, der erste war, der das Haus Baenders nach der Lösung der Siegel wieder betreten und sich nach Belieben in ihm bewegen konnte. Natürlich kann das alles in bester Ordnung sein, und meine Vorbehalte gegen den Genossen Jamin *können falsch sein, aber ich glaubte doch aus Wachsamkeitsgründen dies den zuständigen Stellen übermitteln zu müssen, die ja feststellen können, ob die Angelegenheit interessant oder uninteressant ist.«*[2]

Diese Mitteilung richtig zu würdigen, muss man wissen, dass Zweilings Nachbarn, der Staatssekretär im Ministerium für Handel und Versorgung Paul Baender und seine Frau Hannelore, nach ihrer Rückkehr von der Kur in Bad Elster am 21. November 1952 verhaftet werden. Das Haus steht also leer.[3] Der von Zweiling benannte Genosse Jamin ist MfS-Inspekteur. Er soll das fragliche Haus für einen Aufenthalt von Rudolf Zuckermann vorbereiten, dessen Bruder Leo, von Dezember 1949 bis zum 27. November Chef der Präsidialkanzlei Wilhelm Piecks, im Dezember 1952 aus der DDR fliehen muss. Der

1 Max Seydewitz: Was war die SAP? In: *Neues Deutschland* v. 9. Februar 1951

2 Wolfgang Kießling: Absturz in den kalten Krieg. Rudolf und Leo Zuckermanns Leben zwischen nazistischer Verfolgung, Emigration und stalinistischer Maßregelung. Hg. von H. Mayer, H. Meyer, D. Nakath, P. Welker. In: hefte zur ddr-geschichte 57/1999, S. 47–48

3 Mitte 1954 wird Baender, auch Leiter der HO, zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, drei Wochen später zu 6 Jahren. Im April 1956 wird er begnadigt, entlassen und zum Schweigen verpflichtet. Vgl. *Wer war Wer in der DDR*, S. 32

Slánský-Prozess (20.–27. November 1952) steht zur Auswertung an, und obendrein wirft Stalins antisemitisch artikulierter Verfolgungswahn mit der Denunziation einer ‚Ärzteverschwörung' seine Schatten. So beweist denn der gegen den Verdacht, die ‚parteifeindliche' SAP im Vogtland wiederbeleben zu wollen, kämpfende, als Chefredakteur der *Einheit* abgesetzte Zweiling seine – zur Legitimation des Staatsterrorismus allgemein geforderte und angesichts des Kalten Kriegs auch gelieferte – Wachsamkeit dadurch, dass er den MfS-Funktionär dem obersten Parteikontrolleur namhaft macht. Das Leben im stalinistischen McCarthysm »geht auch anders, doch so geht es auch«.

4. Der philosophische Theoretiker

1955 wird Klaus Zweiling zum ordentlichen Professor für dialektischen Materialismus an der Humboldt-Universität zu Berlin berufen. Seit dieser Zeit widmet er sich ganz der philosophischen Lehre und Forschung, insbesondere der Analyse der philosophischen Probleme der Physik. Vom September 1955 bis zum Sommersemester 1958 einschließlich liest Klaus Zweiling am philosophischen Institut der Humboldt-Universität seine umfassende Einführung in den, wie er titelt, »marxistischen philosophischen Materialismus«[1]. Diese Vor-

1 Klaus Zweiling: Vorlesung *Der marxistische philosophische Materialismus.* Der mir nur lückenhaft vorliegende Durchschlag des Originalmanuskripts hat die folgende Gliederung:

Einleitung: Vom Sinn des Philosophie-Studiums
A. *Glückwunsch zu dem Entschluss, Philosophie zu studieren.*
B. *Die Anforderungen*
C. *Philosophie und Wirklichkeit*
I. *Die besondere Qualität des Menschen*
A. *Die Besonderheit: Produktion*
B. *Voraussetzungen für die Produktion der Existenzbedingungen*
C. *Der Zweck*
D. *Erkenntnis*
E. *Geschichtlicher Prozess*
F. *Der dialektische Materialismus*
G. *Die Praxis*
H. *Unsere Aufgabe*
II. *Vom Wesen des Begriffs*
A. *Begriff und Wort*
B. *Begriff als Abstraktion*
C. *Begriff und Wirklichkeit*
D. *Der Begriff „Materie"*
III. *Materialismus und Idealismus*
A. *Die vulgäre Auffassung*
B. *Das Grundprinzip des Materialismus*
C. *Die große Grundfrage aller Philosophie*
D. *Bestimmtheit des Materialismus – Vielfalt des Idealismus*
E. *Die Hauptformen des Idealismus*
F. *Die Wurzeln des Idealismus*
G. *Die Parteilichkeit der Philosophie*
H. *Vom Kampf zwischen Materialismus und Idealismus*
[SS. 386 – 411 und SS. 490 – 600 fehlen]

lesung, in einem Exemplar der Bibliothek des Instituts zur Verfügung gestellt, wird vielfach genutzt – und ist heute leider nur noch als Torso vorhanden. Wichtige Teile haben Bedürftige davongetragen und nicht zurückgebracht.

In den Beginn seiner universitären philosophischen Lehrtätigkeit fällt die Freiheits-Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 8. bis 10. März 1956. Zweiling spricht auf ihr zum Thema »Die marxistische Auffassung von Freiheit und Notwendigkeit«[1] und wird damit auch außerhalb des gewohnten politischen Umfelds bekannt. Was er zu sagen hat, entnimmt er seinem Vorlesungsmanuskript. Und ehe ich seine Überlegungen in sekundärer Darstellung wiedergebe oder gar kommentiere, sehe ich es heute – nach 45 Jahren – als sinnvoller an, ihn in einer längeren Passage zu zitieren. Sie hat den Vorteil, veröffentlicht zu sein, so dass an der letzten (nicht nur vorläufigen oder versuchsweisen) Meinung des Autors kein Zweifel sein kann. Ich wähle ein Stück Kategorienlehre aus der mit Hilfe seiner Vorlesung überarbeiteten Fassung seines Vortrags auf der Freiheitskonferenz:

IV. *Die Materialität der Welt*
1. *Die Einheit der Welt*
2. *Die Kategorien der Kausalität und der Determination*
3. *Die Kategorien Allgemeines, Besonderes, Einzelnes*
4. *Einige Bemerkungen zur Kategorie des Wesens*
5. *Die Kategorien Wesen und Gesetz*
6. *Die Kategorien Zufall und Notwendigkeit*
7. *Die Kategorien Wesen und Erscheinung*
8. Über Induktion und Deduktion
9. *Statistische Gesetze*

[SS. 799 – 937 fehlen. Es wurde gelesen:
10. *Die Dialektik als allgemeinstes objektives Gesetz*]
11. *Die Kategorien Form und Inhalt*

[SS. 972 – 1068 fehlen, SS: 1069 – 1129 sind ohne Titelung vorhanden und betreffen]
12. *Die Kategorien des Raumes und der Zeit*

Danach ist nichts mehr vorhanden. Zweiling hat aber über Ontologie und Gnoseologie, die Widerspiegelungstheorie sowie über die Dialektik als Methode des wissenschaftlichen Arbeitens abschließend gelesen.

1 Am 11. November 1956 schließt Zweiling seine „Vorbemerkung“ zur überarbeiteten Fassung dieses Vortrags ab. Sie erscheint noch im selben Jahr unter dem Titel „Freiheit und Notwendigkeit“, hrsg. von der Bundesleitung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands im Aufbau-Vlg. Berlin. Der ursprüngliche Vortragstext ist im Protokoll der Konferenz abgedruckt. Dieses Protokoll sollte ursprünglich frei im Buchhandel erwerbbar sein, wurde jedoch nach der Verhaftung Harichs am 29. November 1956, dem Beginn der Katastrophe der frühen DDR-Philosophie, nur noch an gelistete Besteller ausgeliefert. Sieglinde Heppener und Wladislaw Hedeler haben 1991 „Auszüge aus dem Protokoll“ zusammengestellt, die vom ‚podium progressiv‘ herausgegeben worden sind. In ihrer Vorbemerkung zu dieser Ausgabe erklärt Sieglinde Heppener: „Die *Freiheitskonferenz,* eigentlich der erste (und nicht nur Vorläufer) der späteren Philosophenkongresse der DDR, darf nicht weiter vergessen und verschwiegen sein. In der von mir 1988 veröffentlichten chronologischen Zusammenfassung dieser Kongresse fehlt sie. Der Anstand im Umgang mit der Geschichte gebietet, ihr nun den historischen Platz, der ihr gebührt, einzuräumen“ (a. a. O., S. 4). Dem ist wenig hinzuzufügen: „Anstand“ im Umgang mit der Geschichte unterstellt als notwendige Bedingung, sie in ihrer baren Tatsächlichkeit festzustellen. Diese zu ignorieren, ist nicht einfach anstandslos, sondern schlechthin dumm. – Weil sie nicht erkennen wollen, gehen sie zugrunde, wussten schon die alten Griechen.

„Wollen wir die Freiheit in ihrem objektiven, gesetzmäßigen Zusammenhang mit der Möglichkeit und der Notwendigkeit richtig verstehen“, sagt er, „… müssen wir uns zunächst Klarheit über den begrifflichen Inhalt und den inneren Zusammenhang der Kategorien Möglichkeit und Notwendigkeit verschaffen. Da diese Kategorien bestimmte Seiten, Tendenzen, Zusammenhänge der *Wirklichkeit* begrifflich, und das heißt zugleich verallgemeinernd und abstrakt, abbilden, werden wir diese Begriffe nur dann richtig verstehen können, wenn wir uns über den begrifflichen Inhalt der Kategorie Wirklichkeit verständigt haben.

Wir gehen also aus von der *Wirklichkeit.* Es scheint zunächst nahezuliegen, sie mit der *Materie zu* identifizieren. Das ist auch in der Tat nicht einfach völlig sinnlos. Eine solche Identifizierung hat durchaus einen rationellen Kern. Dennoch denken wir an etwas anderes, wenn wir von einem Ding sagen, es sei Materie, als wenn wir von ihm sagen, es sei Wirklichkeit. *Materie und Wirklichkeit bezeichnen zwar dasselbe, aber sie bezeichnen es jeweils unter einem anderen Aspekt,* von einer anderen Seite her gesehen. Alles *Wirkliche* existiert nur in bestimmten Daseinsformen, mit bestimmten Eigenschaften und Tendenzen, in bestimmten Zusammenhängen und Wechselwirkungen, in bestimmten Prozessen gesetzmäßiger Entwicklung. Wenn wir von etwas sagen, dass es *Materie* sei, so legen wir das Hauptgewicht auf die bloße Tatsache seiner objektiv-realen Existenz und abstrahieren, sehen ab von all den genannten notwendigen Seiten dieser Existenz. Wenn wir dagegen sagen, dass das Ding *Wirklichkeit* sei, so legen wir das Hauptgewicht darauf, dass es zugleich ein Wirkendes und ein Bewirktes ist, also auf seine Wechselwirkung mit anderem, auf seine konkrete Daseinsform, auf seine Zusammenhänge und Tendenzen, auf seine Eigenschaften als Bedingendes und Bedingtes, auf seine Entwicklung im Prozess. Wir können also sagen:

D I E M A T E R I E *ist die Wirklichkeit, genommen nach der Seite ihrer objektiv realen Existenz außerhalb und unabhängig von unserm Bewusstsein.*

D I E W I R K L I C H K E I T *ist die Materie, genommen nach der Seite ihrer gegebenen Bestimmtheit; d. h. in der Gesamtheit ihrer jeweils vorhandenen Eigenschaften, Zusammenhänge, Wechselwirkungen, Kräfte, Tendenzen, Gesetzmäßigkeiten; genommen in ihrer Bewegung, im Prozess.*

Und wir vermerken besonders, dass zu dieser Wirklichkeit selbstverständlich auch die Menschen gehören samt ihrer gesellschaftlichen Praxis, ihrem Handeln, ihrem Denken, ihrem Bewusstsein, ihrer Geschichte.“

Was *Möglichkeit* ist, „können wir… auch… sagen… Denn die Möglichkeit steht in enger Beziehung zur Wirklichkeit. *Mögliches ist noch nicht Wirkliches.* Aber wir bezeichnen es als Mögliches nur im Hinblick auf seine *mögliche Wirklichkeit;* im Hinblick darauf, dass es *Wirklichkeit werden* k a n n. Ja, wir könnten geradezu statt Möglichkeit auch künftig mögliche Wirklichkeit sagen. Das heißt:

D I E M Ö G L I C H K E I T *ist die Wirklichkeit, genommen von der Seite ihrer weiteren Entwicklung; des allseitigen Zusammenhangs ihrer*

wirklichen Kräfte und Tendenzen; sie ist die sich im wirklichen Prozess vorbereitende Wirklichkeit; sie ist die in der Wirklichkeit im Prozess des Entstehens begriffene neue, veränderte Wirklichkeit; und zwar genommen nach den wirklichen Voraussetzungen ihrer Entstehung, von der Seite dieser wirklichen Voraussetzungen her gesehen.

Auch die *Notwendigkeit* steht in enger Beziehung zur Wirklichkeit, ist nichts anderes als der Ausdruck einer ihrer eigenen spezifischen Qualitäten. Wenn wir sagen, dass etwas notwendig sei, so meinen wir damit, *dass sich im Prozess der Entwicklung der Wirklichkeit aus ihren gegebenen Zusammenhängen gar nichts anderes ergeben* k a n n als eben das, was wir als das *notwendige* Ergebnis des Prozesses bezeichnen. Wenn wir von der Notwendigkeit sprechen, betrachten wir also die Wirklichkeit unter dem Gesichtspunkt, dass sie in ihrer allseitigen Entwicklung selbst die Bedingungen erzeugt, die ihre weitere Entwicklung nach allen Seiten hin unausweichlich bestimmen. Das heißt:

D I E N O T W E N D I G K E I T *ist die Wirklichkeit, genommen nach der Seite der Entfaltung aller ihrer Momente, Seiten, Kräfte, Tendenzen; sie ist der wirkliche Prozess, genommen in seiner Bestimmtheit durch sich selbst; sie ist die Wirklichkeit, genommen nach der Seite der allgemeinen Vermittlung des Zusammenhangs in ihrem Wesen…*

Mit der Kategorie Notwendigkeit sehr eng verbunden ist die Kategorie *Gesetzmäßigkeit.* Zwischen diesen beiden Kategorien besteht eine ganz ähnliche Beziehung wie zwischen den Kategorien Materie und Wirklichkeit. Auch bei den Kategorien Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit liegt es zunächst nahe, sie zu identifizieren. Auch in diesem Falle enthält eine solche Identifizierung durchaus einen rationellen Kern, obgleich die Begriffsinhalte der beiden Kategorien sich nicht decken. Wenn wir von einem Vorgang entweder sagen, dass er *notwendig,* oder dass er *gesetzmäßig* sei, so zielen wir zwar auf ein und dasselbe, aber von zwei verschiedenen Seiten her. Meinen wir mit der *Notwendigkeit,* dass der wirkliche Prozess selbst die Momente produziert, die ihn bestimmen, so meinen wir mit *der Gesetzmäßigkeit,* dass diese Notwendigkeit im Konkreten jeweils in qualitativ und quantitativ durch das Wesen des Prozesses völlig bestimmter Form wirkt. Die Notwendigkeit ist also in der Wirklichkeit immer Gesetzmäßigkeit, so wie die Gesetzmäßigkeit immer Notwendigkeit ist. Aber beide sind trotzdem nicht identisch. Wir können sagen:

D I E G E S E T Z M Ä S S I G K E I T *ist die Notwendigkeit, genommen nach der Seite ihrer spezifischen qualitativen und quantitativen Bestimmtheit durch das spezifische Wesen der verschiedenen Prozesse.*

D I E N O T W E N D I G K E I T *ist die Gesetzmäßigkeit, genommen nach der Seite ihrer Allgemeinheit und der Durchgängigkeit ihres Wirkens in der Wirklichkeit.*

Und schließlich sprechen wir von einem *Gesetz,* wenn wir die bestimmte konkrete Form selbst meinen, in der die Gesetzmäßigkeit in einer bestimmten, speziellen Art von Zusammenhängen wirkt. Dabei ist das Gesetz der Aus-

druck des Allgemeinen in diesen Zusammenhängen, das allen Zusammenhängen dieser bestimmten Art in all ihrer individuellen Verschiedenheit gemeinsam ist, das sie in all dieser Verschiedenheit zu verschiedenen individuellen Repräsentanten derselben Art macht, das in ihrer individuellen Besonderheit ihr Wesen ausdrückt als Wesen eben dieser Art und sie zugleich unterscheidet von jeglichem Wesen anderer Art. Es ist damit zugleich der Ausdruck des Notwendigen in dieser Art von Zusammenhängen, dem gegenüber das Unwesentliche, das individuelle Besondere jedes einzelnen dieser Zusammenhänge gleicher Art zufällig ist. – (Wobei aber auch dieses Zufällige dem Wesen notwendig zufällt; notwendig, gesetzmäßig der individuellen, besonderen zufälligen Kombination der wirkenden Bedingungen des einzelnen Prozesses entspringt.) – Das heißt, wir können sagen:

D A S G E S E T Z *ist die Gesetzmäßigkeit in ihrer jeweiligen konkreten Bestimmung im Wesen einer bestimmten Art wirklicher Prozesse; es ist der spezifische Ausdruck, die spezifische Form des Wesentlichen, des Notwendigen, des Allgemeinen in der unwesentlichen, zufälligen individuellen Besonderheit der einzelnen wirklichen Prozesse dieser Art.*

Nachdem wir uns so Klarheit über den Inhalt der für unsere Analyse… unentbehrlichen Kategorien verschafft haben, wollen wir ihren Zusammenhang noch einmal im Prozess betrachten, indem wir das verallgemeinern, was wir an… jedem beliebigen der unzähligen Prozesse unserer täglichen Erfahrung feststellen.

Immer und überall – im Dasein der Menschen, ihrem Denken und Handeln, wie in der Natur – immer und überall wirkt *in der Wirklichkeit die Notwendigkeit.* (Auch in der *Zufälligkeit.* Das Zufällige ist zwar nicht Notwendiges; aber *notwendig* ist, dass es zufällig *ist.)* Die Wirklichkeit enthält in jedem Moment eine Fülle von wirklichen Möglichkeiten. Ja, nach einer bestimmten Seite hin gesehen – nicht in der Totalität ihrer Bestimmtheit! – ist die Wirklichkeit geradezu die Gesamtheit der wirklichen Möglichkeiten in ihrem wirklichen Zusammenhang. Das heißt: *die Möglichkeit bestimmt sich in der Wirklichkeit,* wird eine bestimmte Möglichkeit dadurch, dass *sie in der Wirklichkeit wirklich möglich ist.* Dabei bestimmt sich die *Möglichkeit* in *der Notwendigkeit.* Sie wird notwendig, gesetzmäßig im Prozess, d. h. *durch die Gesetzmäßigkeit des Prozesses zu einer wirklichen Möglichkeit.*

Aber auch *die Notwendigkeit bestimmt sich in der Möglichkeit,* wird auf der Grundlage, im allseitigen Zusammenhang der wirklichen Möglichkeiten gesetzmäßig zu einer bestimmten, konkreten Notwendigkeit. Das heißt weiter: auch *die Notwendigkeit bestimmt sich in der Wirklichkeit,* wird eine bestimmte Notwendigkeit dadurch, dass sie in der Wirklichkeit wirklich notwendig ist. Die Notwendigkeit lässt jeweils eine bestimmte Möglichkeit Wirklichkeit werden. Das heißt: *die Wirklichkeit bestimmt sich in der Notwendigkeit und der Möglichkeit,* wird im Prozess eine bestimmte Wirklichkeit durch die notwendige Verwirklichung einer bestimmten Möglichkeit. Die neue, durch die verwirklichte Möglichkeit veränderte Wirklichkeit bestimmt neue Möglich-

keiten und eine neue, veränderte Notwendigkeit. Und diese notwendig ständig sich selbst neu erzeugende, gesetzmäßige Bewegung, das ist nichts anderes als der *ewige Daseinsprozess der Materie* selbst, der – selbst seine Bedingungen und damit seine Form ständig verändernd – ständig sich selbst neu erzeugt; *der in dieser unablässigen Produktion seiner selbst sich selbst genügt,* keines Schöpfers bedarf, keinen Anfang und kein Ende besitzt, *immer er selbst ist und doch niemals sich selbst gleich.«*[1]

Eine so ausgeprägte Kategorienlehre ist sonst im dialektischen Materialismus, soweit ich es sehen kann, nicht hervorgebracht worden. Bucharin hat 1922 über den Begriff bzw. die Kategorie der Notwendigkeit erklärt: »Wenn man von der ursächlichen Notwendigkeit redet, so ist hier von keiner *Bewertung* des Geschehnisses, seiner Erwünschtheit oder Unerwünschtheit die Rede; hier ist bloß von seiner *Unvermeidlichkeit* die Rede. … Wenn man von der historischen Notwendigkeit spricht, so meint man… dasjenige, was *unvermeidlich sich aus dem Gang der gesellschaftlichen Entwicklung ergibt.* Das Notwendige ist das ursächlich Bedingte. Nicht mehr und nicht weniger.«[2] Ganz zweifellos hat Klaus Zweiling Bucharins Schrift gekannt. Und sicher ist, dass seine Versuche, die Kategorie der Notwendigkeit wie andere zu bestimmen, jedenfalls in der Kontinuität erfolgen, in der auch Bucharin gewirkt hat, ob nun seit 1937/38 Unperson oder nicht.

Die Kategorienlehre als die Spitzenproduktion der theoretischen Philosophie ist durch Aristoteles unter dem Titel »Metaphysik« (das heißt das nach der Physik noch zu Erkennende) begründet und erst von Kant wieder aufgegriffen worden. Produzenten von Weltanschauung wissen in der Regel gar nicht, worum sie gebeten werden, bittet man sie um Klärung der Kategorienwelt, in welcher sie sich mit ihrem Räsonnement bewegen. Die Gegenwart liefert sogar mit dem, wie es scheint, vollständigen Sieg des Vulgärkonstruktivismus auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften (hier lautet – übrigens ohne jegliche Kenntnis des logischen und mathematischen Konstruktivismus – sein einziger Allsatz: alles ist Konstruktion!) die durchgängige Ahnungslosigkeit über die Existenz von Kategorien. Dem gegenüber sind die hier nur andeutbaren Produktionen Zweilings oder Bucharins wahre Oasen der Erkenntnis. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass deren Mangel in der fehlenden Verkettung mit der Logik unübersehbar ist. In der philosophischen Ausbildung der Jahre 1955 und 1956 liefen denn auch Zweilings Kategorienlehre und Klaus' Logik nebeneinander her. Zu einer Verknüpfung ist es nicht gekommen; sie ist zu dieser Zeit nicht einmal als Aufgabe gesehen worden. Der Abbruch des wissenschaftlichen Anspruchs der DDR-Philosophie im Jahre 1958 hat denn auch die Theorie-Konstellation dort liegen lassen, wo wir Studenten sie in ihrem kurzen Frühling in einer ersten Begegnung haben aufscheinen sehen.

1 Klaus Zweiling: Freiheit und Notwendigkeit. Berlin: Aufbau-Vlg. 1956. S. 14–18
2 N. Bucharin: Theorie des historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch der Marxistischen Soziologie. Hamburg: Vlg. d. Kommunistischen Internationale 1922. S. 42

Will man das Schicksal der von Zweiling intendierten Kategorienlehre in der weiteren DDR-Geschichte wahrnehmen, muss man sich die Maikonferenz des SED-ZK-Instituts aus dem Jahre 1958 ansehen. Zweiling erklärt dort seinen lieben Genossinnen und Genossen, »es gibt die Materie in all ihren unendlich vielen Formen, Eigenschaften, Zusammenhängen, Wechselwirkungen usw. usf., und trotzdem ist die Materie nicht einfach identisch mit diesen Eigenschaften, sie kann es nicht sein. Ein Beispiel: Engels nennt Raum und Zeit die Existenzformen der Materie. Lenin nennt sie die objektiv realen Formen des Seins«. Darauf erfolgt prompt der Zwischenruf: »Können aber nicht ohne Materie existieren.« Zweiling sieht sich gezwungen mitzuteilen: »Das habe ich ja nicht behauptet!« Und dann die fast flehentliche Bitte: »Versucht doch einmal einen Moment, zu verstehen, was ich Euch sagen will. Die objektiv realen Formen des Seins, Raum und Zeit, existieren objektiv real, aber sie sind doch nicht Materie …«[1]

Zweiling hat die in der Grammatik wohlbekannte Kategorialunterscheidung des Subjekts vom Prädikat im Kopf, unterscheidet ontologisch entsprechend das Ding (im Subjekt bezeichnet) von seinen Eigenschaften (im Prädikat bezeichnet) und will nun seinen Zuhörern verdeutlichen, dass die vom Ding unterschiedene Eigenschaft – nicht das Ding ist. Die beharren hartnäckig darauf, dass die Eigenschaft ohne das Ding nicht existiert. Der Chefideologe, der nicht durchsieht, fragt im Stile des Examinators: „Was ist Materie?“[2] Klaus Zweiling, von Mai bis Oktober 1948 Lehrer des nunmehrigen Chefideologen, antwortet ungerührt: »Materie ist das, *was* sich bewegt, Materie ist das, *was* nur in Raum und Zeit existieren kann und nichts anderes.« Und prompt wieder ein Zuruf: »Lenin gibt eine andere Definition der Materie!« So werden gelernte Wörter gegen den Denkenden gekehrt, und die Sache wird hoffnungslos, wenn autoritative Institutionen die gelernten Wörter billigen und den Denkenden für einen »gelehrten Spinner« halten.

Zweiling, der diese Lage natürlich nicht zum ersten Mal erlebt hat, erklärt seinen Zuhörern: »Ich habe… schon vor langer Zeit festgestellt, dass… 75 Prozent unserer theoretisch-politischen Missverständnisse… darauf beruhen, dass man den Begriff unter der Hand… gegen das Wirkliche austauscht, das von diesem Begriff abgebildet wird.«[3] Das eben ist die Art, aus der Philosophie in die Weltanschauung zu entgleiten, geistig aus der Wissenschaft in die alltägliche Wahrnehmung zu hüpfen. Dies aber will oder kann Zweiling im Mai 1958 am SED-ZK-Institut nicht ausdrücken. Seine Zuhörer hätten ihn »intellektueller Überheblichkeit« und anderer moralischer Missetaten geziehen. Er sagt allerdings: »Aber das saubere begriffliche Unterscheiden… hilft uns doch überhaupt erst, die Welt richtig zu erkennen. Wenn wir nicht unterscheiden, was verschieden ist, dann erschweren wir uns die Erkenntnis, dann können

1 Der dialektische Materialismus und der Aufbau des Sozialismus. Diskussionsbeiträge. Berlin 1958, S. 107–108
2 Ebenda, S. 108
3 Ebd., S. 109

wir in unserer die Welt verändernden Praxis nicht die Zwecke erreichen, die wir mit dieser Praxis anstreben, um die Welt so zu verändern, dass wir wahrhaft menschlich in dieser Welt leben können.«[1] Diese Mahnung verhallt. Die Versammlung besteht auf der Ignoranz gegenüber der Kategorialerkenntnis. Die Entscheidung ist gefallen, die Philosophie auf den Hund zu bringen, d. h. auf einen lebensweltlichen gemischten Salat von Anschauungen, deren Geltung durch das SED-ZK von Zeit zu Zeit und in verschiedenster Art vorgestellt wird. – An dieser Lage hat die Wende von 1989/91 nur die Besonderheit der geltenden Anschauungen gewechselt, sehr häufig durch reine Ersetzung der Vorzeichen. Die Kategorialignoranz ist identisch dieselbe geblieben.

In diesem Zusammenhang sei noch auf Zweilings Schrift über Lenins Materiebegriff[2] verwiesen, die in der zweiten Hälfte der 50er Jahre große Verbreitung findet. Er schlägt in dieser Arbeit folgende »Präzisierung« des Materiebegriffs vor: »Materie ist das, was objektiv real existiert *als Subjekt,* das zwar Eigenschaften besitzt, aber selbst *nicht Eigenschaft, Attribut von irgend etwas anderem* ist.«[3] Wieder ist klar das kategorial gesteuerte Erkenntnisinteresse zu sehen. Doch Zweiling ist logisch nicht hinreichend gebildet[4], die geforderte Prädikationstheorie zu erarbeiten. Und ein geistiges Zusammenwirken mit Edmund Husserl (wenigstens die Kenntnisnahme seiner »Logischen Untersuchungen«) liegt dem ausgebildeten Physiker und hingebungsvollen Ideologen wohl zu fern.

Aber seiner Ontologie und Naturphilosophie hat er eine philosophische

1 Ebd., S. 110

2 K. Zweiling: Der Leninsche Materiebegriff und seine Bestätigung durch die moderne Atomphysik, Berlin 1956

3 A. a. O., S. 15–16

4 Auf der Logik-Konferenz in Jena (17.–18. November 1951) bringt er es fertig mitzuteilen: „Ich sagte vorhin, 1 Mensch + 1 Mensch sei gleich 2 Menschen. Aber sie alle kennen die Bedingungen, unter denen 1 Mensch + 1 Mensch gleich 3 Menschen werden können, indem nämlich aus der Vereinigung eines Mannes und einer Frau der Sohn oder die Tochter entspringt. Unter diesen Bedingungen wird die Beziehung 1 + 1 = 2 sinnlos, leer, falsch; unter *diesen* Bedingungen wird 1 + 1 = 3“ (in: Protokoll der philosophischen Konferenz über Fragen der Logik am 17. und 18. November 1951 in Jena. 1. Beiheft zur Deutschen Zeitschrift für Philosophie. Hrsg.: A. Baumgarten, E. Bloch, W. Harich, K. Schröter, Berlin: Dt. Vlg. d. Wiss. 1953, S. 48–49). Ersichtlich versteht Zweiling nichts von der Metamathematik. Selbstverständlich ist die additive Verknüpfung natürlicher Zahlen eine andere Operation als die Vereinigung, aus der „der Sohn oder die Tochter entspringt“. Und der Satz 1 + 1 = 3 ist immer und überall eine Kontradiktion, d. h. an sich falsch, Vorstellung des Falschen überhaupt. Zweilings Identifikation a priori verschiedener Objekte (Zahlen hier und Menschen dort) und Handlungen (Addition hier und Kopulation dort) macht die Potenz des Absurden deutlich, die im Eifer ideologischer Gefechte mobilisiert und – häufig genug – realisiert wird. Karl Schröter, Schüler von Heinrich Scholz und Begründer der Berliner Schule der mathematischen Logik an der Humboldt-Universität, hat Humor genug, zu entgegnen: „Die Mathematik könnte natürlich auch die Zweilingsche Vereinigung studieren. Sie beschränkt sich jedoch bisher auf das Studium der Addition, weil man mit diesen Vereinigungen bei der Anwendung in den Naturwissenschaften ausgekommen ist. Die von Herrn Zweiling gemeinte Vereinigung kann vielleicht auch einmal wichtig werden, aber bisher ist es noch nicht der Fall gewesen“ (a. a. O., S. 60–61). Schröter meint natürlich die Wichtigkeit der Zweilingschen Vereinigung *für die Mathematik*. Dass sie *für die biologische Reproduktion* essentiell ist, daher dem Arbeitstheoretiker wichtig, wird Schröter nicht ignoriert haben. Und bis heute ist sie kein Objekt der Mathematik geworden.

Anthropologie an die Seite gestellt, die unter der Wendung »*der Produktion der menschlichen Freiheit durch die Menschen*«[1], die gesellschaftliche Arbeit thematisiert, »in der wir mit Hilfe *des Werkzeugs,* der Produktionsinstrumente die *objektive* Realität und damit auch die ihr immanente *objektive Notwendigkeit,* die konkreten Formen ihres Wirkens verändern«[2]. Dabei lehrt Zweiling: »Im Verändern der Wirklichkeit können die Menschen die gewollten Zwecke… niemals absolut genau erreichen. Dadurch, dass der Widerspruch zwischen den erreichten Resultaten und den gewollten Zwecken den Menschen durch die Wiederholung des Prozesses… bewusst wird, verändern sich unsere Begriffe, unser Denken, unsere Ideen, bilden sie – tendenziell, nicht immer, nicht unter beliebigen Bedingungen,… – die wirkliche Welt, die objektive Realität, ihre Eigenschaften und Bewegungsformen und die objektive Notwendigkeit genauer ab als zuvor, verändern sich unser Wille und unsere Zwecke, entsprechen unsere gewollten Zwecke genauer als bisher der objektiven Notwendigkeit selbst, erreichen wir genauer als bisher die gewollten Zwecke im Verändern der objektiven Realität – *wächst unsere Freiheit.*

Die ständige, niemals ruhende Wiederholung dieses Prozesses, in der jeder Kreislauf die notwendigen Bedingungen des folgenden erzeugt, ist der *Prozess des Menschseins der Menschen,* ist der *Prozess der Produktion ihrer Existenzbedingungen als Menschen* durch die Menschen… Er ist zugleich der *Prozess der Entwicklung unseres Bewusstseins,* der *Prozess der Erkenntnis der Welt*… und er ist der *Prozess der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte* d. h. der Arbeitsfertigkeit der Menschen und ihrer Produktionsinstrumente, der Werkzeuge. Er ist der Prozess, in dem der Mensch durch das zweckbestimmte Verändern der Welt die Macht gewinnt, die Welt zweckvoll zu verändern. Er ist der *Prozess der Produktion der menschlichen Freiheit durch den Menschen…*«[3]

Weiter heißt es: »Die Produktivkräfte sind… dasjenige materielle Moment des Prozesses, das unmittelbar seinen Charakter, sein Niveau, seine jeweilige spezifische Gesetzmäßigkeit bestimmt. Die Produktivkräfte aber werden in Bewegung gesetzt durch die menschliche Arbeit, so wie sie selbst Produkte der menschlichen Arbeit sind. Die Arbeit also ist der unmittelbare, materielle Motor des Prozesses. Sie ist nicht nur irgendein Moment des Prozesses, sie ist das über alle anderen übergreifende Moment des Prozesses, das – *unter der Voraussetzung der Materie* – alle anderen Momente des Prozesses erzeugt. Sie ist der eigentliche Prozess selbst.«[4]

Der Zusammenhang mit der Philosophie Fichtes, abgesehen natürlich vom selbstverständlichen mit Marx und Hegel, ist unverkennbar. Er sichert, dass Zweilings philosophisches Konzept auch künftig Gegenstand des Interesses sein wird – falls überhaupt die Philosophie als Wissenschaft auf Interesse trifft.

1 Vgl. K. Zweiling: Freiheit und Notwendigkeit, a. a. O., S. 22
2 Ebd., S. 24
3 Ebd., S. 25–26
4 Ebd., S. 27–28

Schlussbemerkung

Als Klaus Zweiling die zitierte Debatte am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED führte, war sein erster Studentenjahrgang aus dem Jahre 1955 quantitativ um etwa ein Drittel reduziert. Zwei Kommilitonen saßen seit dem 7. März 1958 in Stasi-Haft, andere waren bereits zuvor unter verschiedensten Umständen aus diesem Studium ausgeschieden. Ich bin als Mitglied einer zweigliedrigen parteifeindlichen Fraktion im April 1958 exmatrikuliert und zur Bewährung in die Produktion geschickt worden. Ich habe aus dieser Zeit viel verdrängt und kann mich bis heute nicht erinnern, dass Klaus Zweiling in der Kleinholzerzeugung am Institut für Philosophie im Frühjahr 1958 irgendeinen Anteil hatte. Er war – nach meiner Erinnerung – einfach nicht da. Das Szepter schwangen andere. Er jedenfalls hat die frühe DDR-Philosophie nur um zehn Jahre überlebt.

Nach dem Kollaps von 1958 wurde Zweiling nolens volens zum Repräsentanten der akademischen Außenbeziehungen der DDR-Philosophie. Was 1948 bis 1958 Inhalt seines Strebens war, im Lande selbst eine akademische Normalität der kommunistischen Philosophie zu erreichen, das wird danach Anliegen im internationalen Zusammenhang. Ihn herzustellen, ist ihm wichtig. Und so vertritt er die DDR-Philosophen auf vielen internationalen Veranstaltungen. Er leitet 1958 eine Gastdelegation zum XII. Internationalen Philosophie-Kongress in Venedig und hält einen Beitrag zur »Schöpferkraft der Menschen bei der Beherrschung und Umgestaltung der Natur«.[1] Er wird 1959 Präsident der *Vereinigung der Philosophischen Institutionen der DDR*, die zu dem Zweck gegründet wird, Mitglied der *Fédération Internationale des Sociétés de Philosophie* zu werden. Dies gelingt auch 1961. Zwei Jahre später leitet er die erste gleichberechtigte Philosophendelegation der DDR zum XIII. Internationalen Philosophie-Kongress in Mexiko und tritt mit dem Beitrag »Über das Wesen des Menschseins« auf.

Zweilings Abgang aus Berlin erfolgt 1960. Im Juli des Jahres schreibt er in Lehnitz an »Ew. Spektabilität« in Leipzig, seinen Umzug dorthin zu beschleunigen. Am Leipziger Philosophie-Institut soll er das Direktorat und damit die Nachfolgerschaft Blochs bei Stellvertretung durch Robert Schulz übernehmen. Natürlich unterstützt Zweiling nach seiner Berufung in Leipzig parteidiszipliniert Wissenschaftler und Studenten am dortigen Philosophischen Institut in der Auseinandersetzung mit Blochs Auffassungen. Kuriositäten werden nicht gescheut: Am 12. August 1961 konstituiert sich an der Karl-Marx-Universität Leipzig ein Zentrales Komitee zum Kampf gegen den Menschenhandel unter Leitung von Budzislawski, in dem auch Zweiling mitwirkt. Dass dieses

1 Gemeint ist der 12. Internationale Philosophie-Kongress vom 12. bis 18. September 1958 in Venedig und Padua. Der DDR-Philosophen-Delegation gehörten an: Klaus Zweiling, Hermann Scheler, Matthäus Klein, Chefredakteur der Deutschen Zeitschrift für Philosophie, Josef Schleifstein, Rugard Gropp, Gerhard Harig, Georg Mende, Erhard Albrecht, Dieter Bergner, Klaus Müller.

Komitee einen Tag später überflüssig werden sollte, ahnen die Akteure nicht. 1962 kämpft Zweiling mit G. Harig und L. Striebing am Karl-Sudhoff-Institut gegen R. Havemann. In der Leipziger Zeit ist er zudem 1960 bis 1965 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Philosophie beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen.

1965 stirbt seine Frau. *Diesen* Tod kann er nicht ertragen. Im selben Jahr wird er emeritiert. Drei Jahre später tritt er noch einmal 1968 auf dem XIV. Internationalen Philosophie-Kongress in Wien auf. Hier trägt er zum Thema »Freiheit: Verantwortung und Entscheidung« vor. Am 18. November 1968 stirbt er in eigener Entscheidung in Leipzig.

Camilla Warnke

„Das Problem Hegel ist längst gelöst“

Eine Debatte in der DDR-Philosophie der fünfziger Jahre[1]

Das Verhältnis der DDR-Philosophie zu Hegel war eng, lebenslänglich und widersprüchlich.

Einerseits blieb Hegel für sie immer ein Faszinosum und die Tendenz virulent, die marxistisch-leninistische Philosophie an die Denkleistungen der klassischen deutschen Philosophie anzubinden. In jeder der drei Philosophen-Generationen, die an der Ausbildung der DDR-Philosophie beteiligt waren, gab es Personen, für die die von Kant und Hegel erreichte Meisterschaft philosophischen Denkens und Argumentierens Maßstab und Leitbild für das zu erstrebende intellektuelle Niveau gewesen ist. Diesen Personenkreis einte – uneingestanden – die Auffassung, dass der Marxismus seine philosophische Substanz wesentlich der Hegelschen Philosophie verdanke, d. h. materialistisch rekonstruierte, resp. materialistisch erst noch zu rekonstruierende Hegelsche Philosophie sei.

Während der gesamten Geschichte der DDR-Philosophie gab es permanent jedoch auch eine Anti-Hegel-Fraktion, die die Bemühungen um eine positive marxistische Hegel-Rezeption als trojanisches Pferd des Klassengegners beargwöhnte, mit dem die Konterbande der bürgerlichen Ideologie und des Idealismus in die Weltanschauung der Arbeiterklasse infiltriert werden sollte. Und so waren die marxistischen Sympathisanten Hegels in der DDR dem jederzeit aktualisierbaren Verdacht des Revisionismus und der Subversion ausgesetzt. Dieser Argwohn war nicht unberechtigt. Die Forderung, sich am Reflexionsniveau der Hegelschen Philosophie zu orientieren, lief nolens volens auf Kritik der offiziellen marxistisch-leninistischen Philosophie mit ihrer dogmatischen, katechismusartigen Aufzählung von Grundzügen Stalinscher Provenienz hinaus.

Damit sei ausdrücklich gesagt, dass die Hegelsche Philosophie im Kontext realsozialistischer Verhältnisse eine andere Funktion erfüllt hat, als die in seiner „Negativen Dialektik“ von Adorno und der Frankfurter Schule behauptete. Während Adorno Hegels Dialektik in ihrem Dreierschritt von Affirmation, Negation und Negation der Negation als theoretisches Mittel zur Zementierung totalitärer Strukturen beargwöhnte, fungierte sie in der DDR-Ideologie als eines der möglichen Mittel, dogmatisch verfestigte, totalitäre Denkstrukturen in Frage zu stellen, also das Moment der ihr inhärenten Negativität zu entfalten.

Ich stimme Zimmerlis Resümee der Hegel-Debatte der frühen 50er Jahre

1 Erstveröffentlichung in: Volker Gerhardt/Hans-Christoph Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie. Berlin 2001

zu: „Was die Philosophie Hegels gemäß dessen eigenen Äußerungen für ihre Zeit leisten wollte: die Denkbestimmungen und rigiden Denk-Vorschriften zu verflüssigen und in Bewegung zu bringen, das ist auch hier der mit der Berufung auf sie verbundene tiefe Sinn“.[1] Und eben das wussten auch die Kontrahenten.

Es wäre freilich zu einfach, es in Sachen Hegel bei der skizzierten Polarisierung der DDR-Philosophie und eindeutigen Zuordnungen bewenden zu lassen. Die Hegel-Rezeption in der DDR-Philosophie hat ihre Geschichte, eine Geschichte, die zu ihrem Beginn ein über Jahre coram publico geführter Streit zwischen den Protagonisten der genannten Positionen gewesen ist, der vordergründig zunächst mit dem Sieg der Fraktion der Orthodoxen und der ideologischen Verurteilung der Hegel-Fraktion als „Revisionisten“ endete.

Nach dieser Debatte treffen wir jedoch auf eine insgesamt veränderte politische und ideologische Konstellation. Die offene, unverstellte Parteinahme pro oder contra die „Hegelei“ wird nun zur Ausnahme. Es ist jetzt selbst für den Insider nicht immer leicht, ohne sorgfältige Textanalyse und Hintergrundinformation den jeweiligen Standort eines sich zur Philosophie Hegels äußernden Autors zu erkennen. Beide Seiten sind aus dem Streit nicht unverändert hervorgegangen. Die Sympathisanten der Hegelschen Traditionslinie des Marxismus haben gelernt, dass sie nach der Verurteilung von Harich, Bloch und Lukács als „Revisionisten“ ihr Plädoyer für Hegels Philosophie bei Strafe der Ausgrenzung und des Berufsverbots mit ausgiebiger Kritik an Hegels idealistischen Schwächen – am besten mit Argumenten aus dem Arsenal der Kontrahenten – verbinden sollten. Und in diesem Kompromiss, diesem Gemenge aus Mimikry und auf den sie Ausübenden zurückwirkende Selbstzensur, sind die produktiven Möglichkeiten der Hegel-Rezeption oftmals kaum noch erkennbar.

Exemplarisch für diese neue Situation und Haltung war m.E. Stiehlers „Die Dialektik in Hegels Phänomenologie des Geistes“ von 1964, mit der ihr Autor sich habilitierte. Gottfried Stiehler (Jg. 1924) gehört zur Aufbaugeneration der DDR-Philosophie.[2] Er hat die hier darzustellende Hegel-Debatte als philosophischer Anfänger erlebt, d.h. er hat erst in ihr sich sein Hegel-Urteil gebildet, in das der Schreck über die rigerose ideologische Ausgrenzung von Harich, Bloch und Lukács eingegangen ist. Dass dieses Buch unter Philosophiestudenten der DDR damals hinter vorgehaltener Hand als Geheimtip gehandelt wurde, wie man mir versichert hat, versteht man heute nur noch, wenn man weiß, dass hier nach Abbruch der Hegel-Debatte erstmals wieder öffentlich und ausführlich Hegel referiert wurde. Freilich geschah dies u.a. um den Preis einer ausführlichen Lukács-Kritik, mit der konform mit dem Hauptargu-

1 W. Ch. Zimmerli, Die Aneignung des philosophischen Erbes. Eine Analyse der Diskussion „über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels“ in der DDR 1952/53 bis 1956/57. In: C. Burrichter (Hrsg): Ein kurzer Frühling der Philosophie. DDR-Philosophie in der ‚Aufbauphase‘. Paderborn, München, Wien, Zürich 1984, S. 68.

2 Zur Biografie Stiehlers vgl.: Wer war Wer in der DDR, hrsg. von B.-R. Barth, Chr. Links, H. Müller-Enbergs und J. Wielgohs, Frankfurt a. M. 1995, S. 715

ment der Anti-Hegel-Fraktion in der vorangegangenen Hegel-Debatte – Front gegen „gewaltsame Versuche“ gemacht wird, „Hegel und den Marxismus unzulässig anzunähern“.[1]

Aber auch die Vertreter der Diskontinuitätsthese in Bezug auf das Verhältnis von Marx zu Hegel, die Anti-Hegel-Fraktion also, ging nicht unverändert aus der Debatte hervor. Zimmerli hat m.E. zu Recht konstatiert, dass die Ausgangskonstellation, in der fachliches Wissen gegen die „reine Lehre“ stand, so nicht bestehen blieb, sondern dass die durch mangelnde Sachkenntnis blamierte Anti-Hegel-Fraktion im Fortgang der Diskussion sichtlich an fachlichem Wissen und Textkenntnis aufholte.[2]

Besonders bemerkenswert ist der Umstand, dass ausgerechnet der Wortführer der Anti-Hegel-Fraktion in der zweiten Diskussionsrunde, Rugard Otto Gropp, sich 1964 als Editor ausgewählter Hegel-Texte hervortat, nachdem es seit dem Ende der Debatte recht still um Hegels Philosophie geworden war.[3] Aber nichts verständlicher als das. Denn wem, wenn nicht dem bewährten Parteidegen Gropp, der in der Hegel-Debatte die Definitionsmacht in Sachen Hegel an sich gebracht hatte, sollte es zukommen, das Zeichen zum Umdenken zu setzen, nachdem die Sowjetwissenschaft das Hegel-Urteil Stalins revidiert und Hegel rehabilitiert hatte?

In Zimmerlis Studie zur Hegel-Diskussion in der DDR findet sich der treffende Satz: „dass, wer Hegel sagte, bedeutend mehr und anderes meinte“.[4] Das „Mehr“ und das „Andere“ waren differente gesellschafts- und kulturpolitische Ambitionen, die im Gewande der Parteinahme für oder gegen Hegel ausgefochten wurden. Man muss diese und die im Verlaufe der DDR-Geschichte sich wandelnden Bedingungen reflektieren, wenn man das in ihrer Philosophie mit dem Namen Hegel verbundene Problemfeld begreifen will.

I

Die Auseinandersetzung um die Philosophie Hegels setzte bereits in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ein. Auf der 1. Kulturkonferenz der KPD (3.-5.Februar 1946) bekannten sich die Redner – auch die Funktionäre der KPD und der SPD: Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl – zu den Idealen des klassischen bürgerlichen Humanismus.[5] „Wir fühlen uns als berufene Erben des deutschen Humanismus“, schrieb Alexander Abusch um eben diese Zeit.

1 Vgl. G. Stiehler: Die Dialektik in Hegels „Phänomenologie des Geistes“, Berlin 1964, S. 235
2 Vgl. W. Ch. Zimmerli, a.a.O., S. 62
3 G. W. F. Hegel: Ausgewählte Texte (Werke, Ausz.). Zusammengestellt und eingel. von R. O. Gropp, Bd. 1 u. 2, Berlin 1964 (Philosophischers Erbe, Bd. 3 u. 4)
4 W. Ch. Zimmerli, ebd., S. 67
5 Vgl. W. Pieck: Um die Erneuerung der deutschen Kultur (1946). In: W. Pieck: Reden und Aufsätze, Berlin 1948, S. 85-102

Und als philosophische Repräsentanten dieses Erbes nannte er auch Herder, Kant, Fichte und Hegel.[1]

Im Unterschied zum bürgerlichen Humanismus, der „die rein geistige Bewegung vorwiegend einer dünnen hochgebildeten Schicht war“, der eher kontemplativ gewesen sei, sei der eigene „kämpferische“, also praktische Humanismus – wie Anton Ackermann damals schrieb –, dadurch ausgezeichnet, „die Forderung dieser Geistesgrößen zu den Forderungen des Volkes zu machen, um die hohen Menschenrechte vom Himmel herunter auf die Erde zu holen. Der Humanismus muss aus einem Traum zur Wirklichkeit werden, das ist unser Ziel!“[2]

Gegen diese eindeutige Zuordnung Hegels zum humanistischen deutschen Gedankengut wurde in der von der Sowjetischen Militäradministration herausgegebenen Zeitschrift „Neue Welt“ postwendend Einspruch erhoben, indem das Urteil Stalins in die Diskussion geworfen wurde. Nach diesem sei Hegel als Schöpfer der dialektischen Methode zwar revolutionär gewesen, da er aber „die Dialektik für konservative Ziele“ nutzte und so „den deutschen Nationalismus und Chauvinismus“ motivierte, sei er auch zum Vorläufer des Faschismus geworden.[3] Das offizielle Parteiorgan der SED, die „Einheit“, beeilte sich, dieses Hegel-Urteil publik zu machen.[4]

Diese erste Phase der Hegel-Diskussion in der SBZ währte bis 1948. In ihr war auf Seiten der Hegel-Verteidiger die bedeutendste Figur Georg Lukács, der bereits in seinem sowjetischen Exil 1943 die Zuordnung Hegels zu jener Tradition entschieden bestritten hatte, die zum Nationalsozialismus führte. Und dieser Aufsatz war in erweiterter Fassung unter dem Titel „Die Nazis und Hegel“ 1946 in der SBZ erschienen.[5]

Auf der anderen Seite formierte sich eine, Stalins Hegel-Urteil folgende, Anti-Hegel-Fraktion, die sich auf Stalins damaligen Propagandachef A. Shdanow berufen konnte, der 1947 im Rahmen einer sowjetischen Philosophentagung den Abbruch der sowjetischen Hegel-Debatte gefordert und veranlasst hatte, u.a. mittels des Arguments: „Das Problem Hegel ist längst gelöst“[6], was in deutscher Übersetzung seit April 1948 in der SBZ nachzulesen war.

Gerhard Harig (nicht zu verwechseln mit Wolfang Harich), damals Hauptreferent für Philosophie im Zentralsekretariat der SED, befand 1948 mit der

1 Vgl. A. Abusch: Humanismus und Gegenwart. In: Sonntag 16/1946; zitiert nach: A. Abusch: Kulturelle Probleme des sozialistischen Humanismus. Beiträge zur deutschen Kulturpolitik 1946-1961, Berlin 1962, S. 8

2 Vgl. A. Ackermann: Deutsche Volkszeitung vom 5. 2. 1946, S. 3

3 Vgl. W. Stepanow: Die Grundzüge der marxistischen dialektischen Methode, in: Neue Welt (Berlin), 7/1946, S. 3-15

4 Vgl. A. Demal: Wurzeln der nazistischen Ideologie in der Philosophie Hegels. In: Einheit 2(1947)2, S. 172f.

5 Vgl. G. Lukács: Der deutsche Faschismus und Hegel. In: Internationale Literatur 8/1943, S. 60-68; in erweiterter Fassung unter dem Titel: Die Nazis und Hegel, in: Aufbau 3/1946, S. 278-285

6 A. Shdanow: Kritische Bemerkungen zu G. F. Alexandrows Buch: „Geschichte der westeuropäischen Philosophie“. Rede auf der Philosophentagung in Moskau Juni 1947; in der SBZ erstmals 1948 erschienen; hier zitiert nach A. Shdanow: Über Kunst und Wissenschaft, Berlin 1951, S. 104

Berufung auf Stalin, dass der dialektische und historische Materialismus von Marx jedwede „Hegelei“ überwunden habe und „außerhalb der bürgerlichen Philosophie groß geworden“ sei. Und er forderte in diesem Kontext auf, den Materialismus gegen revisionistische und bürgerliche Aufweichungsversuche zu verteidigen.[1] Und schließlich präsentierte Otto Grotewohl auf dem 1. Kulturtag der SED im Mai 1948 als parteioffizielles Urteil Stalins zweigeteilten Hegel: den der progressiven dialektischen Methode und den einer reaktionären „Staats- und Rechtslehre“.[2]

Wie dieser gedrängten Skizze zu entnehmen, war diese erste Runde der sog. Hegel-Debatte in erster Linie ein Politikum; zu allerletzt ging es in ihr um Probleme der Philosophie. Der Name Hegels hatte herzuhalten, um das philosophiefremde Ziel zu realisieren, die kulturpolitische Dominanz der Sowjetunion in ihrer deutschen Besatzungszone durchzusetzen, indem man den Funktionärsstab der SED und ihre Intellektuellen auf die Stalinsche Linie einzunorden suchte. Umgekehrt bot die Debatte Personen die Möglichkeit, ideologisch Flagge zu zeigen und sich politisch zu profilieren. Unter diesem Aspekt war sie ein Vehikel zur Polarisierung und Selektion der Kader und schuf erste Voraussetzungen zur künftigen Etablierung einer Parteiphilosophie.

Wenn Norbert Kapferer davon spricht, dass zu diesem Zeitpunkt „die Offensive einer auf den Stalinismus eingeschworenen Kaderphilosophie bereits in vollem Gange war“[3], so muss ich dem aus dem einfachen Grund widersprechen, dass es in der SBZ in den Reihen der Partei damals – von Ausnahmen abgesehen – keinen philosophischen Kader gab. Von einem solchen zu sprechen hatte überhaupt erst Sinn, nachdem das Philosophiestudium etabliert und Philosophen ausgebildet worden waren. Und das begann erst im Herbst 1951.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, diese Wandlung der Parteiauffassung zu Hegels Philosophie zwischen 1946 und 1948 als philosophischen Ausdruck des Verzichts auf einen eigenständigen deutschen Weg zum Sozialismus zu bewerten. Denn die Antwort auf die Frage, ob Hegel ein progressiver, von den Marxisten zu beerbender humanistischer Denker gewesen sei oder ein Reaktionär, war damals zugleich eine Entscheidung darüber, ob die zu konstituierende Philosophie der neuen antifaschistisch-demokratischen Gesellschaft im selbstbestimmten Rückgriff auf eigenständige nationale Traditionen erfolgen sollte – wie das z.B. Lukács und Harich wollten –, oder ob man die Prädominanz ideologischer Fremdbestimmung seitens der offiziellen Sowjetphilosophie akzeptierte.

Mit der Entscheidung für letztere wurde sozusagen das genetische Programm installiert, das die Entwicklung der DDR-Philosophie dann in hohem Maß determinierte. In die genetische Ausgangskonstellation der im Entste-

1 Vgl. G. Harig: Zur Entwicklung des dialektischen Materialismus. In: Einheit 2(1948)3, S. 246, S. 245f.

2 Vgl. O. Grotewohl: Die geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus, Berlin 1948, S. 4

3 Vgl. N. Kapferer: Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988, Darmstadt 1990, S. 26

hen begriffenen DDR-Philosophie gingen verhängnisvollerweise auch Stalins rüde und dilettantische Hegel-Urteile ein. Unter diesem Aspekt ist die Geschichte der Hegel-Rezeption der DDR-Philosophie – wie wir noch sehen werden – auch als Geschichte der schrittweisen Zersetzung des vorgegebenen Urteils zu verstehen. Und es bleibt im Nachhinein zu fragen, inwieweit durch das Fixiertsein der Diskursanten auf Abwehr wissenschaftlich und ideologisch unsinniger Urteile, durch das Bemühen, wissenschaftliche Normalität im Umgang mit Hegel überhaupt erst herzustellen, die Sympathisanten der Hegelschen Philosophie dazu gekommen sind, sich diese aus der Perspektive der wissenschaftlichen Voraussetzungen und Erfahrungen ihres Jahrhunderts anzueignen. Denn zweifellos war diese Struktur des Diskurses hinderlich, Freiheit im Umgang mit Hegels Gedankenwelt zu gewinnen.

II

Über Stalins Verhältnis zu Hegel enthält D. Wolkogonows Stalin-Biographie von 1990 neues Material. Wir erfahren, dass Stalin Schwierigkeiten im Umgang mit der Dialektik hatte. Deshalb habe er Ende der 20er Jahre bei dem Philosophen und Altbolschewisten Jan Sten (damals stellvertretender Direktor des Marx-Engels-Institutes) nach einem eigens für ihn ausgearbeiteten Programm Philosophieunterricht genommen, das das Studium Hegels, Kants Feuerbachs, Fichtes, Schellings und ebenso Plechanows und Kautskys umfasste. Zweimal wöchtlich habe Sten versucht, seinem hochgestellten Schüler Hegels philosophische Welt näherzubringen. Aber die „Abstraktheit machte Stalin wütend“ und veranlasste ihn, seinen Mentor immer wieder mit unwirschen Fragen zu unterbrechen: „Welche Bedeutung hat das alles für den Klassenkampf?“ „Wer soll diesen ganzen Blödsinn in der Praxis anwenden?“[1]

Man kann vermuten, dass u.a. diese frustrierende Begegnung mit der Hegelschen Gedankenwelt Stalin dazu bewog, die Kampagne gegen die Deborin-Gruppe einzuleiten, die die Philosophie zum ersten Opfer der Stalinschen Wissenschaftspolitik machte. Im Oktober 1930 wurde eine Sitzung der Kommunistischen Akademie zu den „Meinungsverschiedenheiten an der philosophischen Front“ inszeniert. Hier wurde A. M. Deborin, „der bei der Hinwendung der sowjetischen Philosophie zur Hegelschen Dialektik“ eine große Rolle gespielt hatte[2], von seinen Widersachern geflissentlich der „Unterschätzung der Leninschen Etappe in der Entwicklung der marxistischen Philosophie“ beschuldigt und überführt.

Zwei Monate später äußerte sich Stalin selbst zur Lage an der „philosophischen Front“. Das Stenogramm dieser ungeheuerlichen Rede, das sich im Stalin-Archiv befindet, enthält u.a. folgende Passage:

1 Vgl. D. Wolkogonow: Stalin – Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt, Düsseldorf 1990, S. 336ff.

2 Vgl. Geschichte der marxistischen Dialektik. Die Leninsche Etappe, Berlin 1976, S. 190ff.

„Man muss den ganzen Mist, der sich in der Philosophie und der Naturwissenschaft angesammelt hat, durchstöbern und neu umgraben. Alles, was die Gruppe Deborins geschrieben hat, muss zerschlagen werden. Sten und Karew wird man herausbrechen können. Sten markiert den Mutigen, aber er ist ein Schüler Karews. Sten ist ein tollkühner Faulenzer. Er kann nur Unterhaltungen führen. Karew macht sich wichtig und geht wie ein aufgeblasener Sack. Deborin ist meiner Meinung nach ein unzuverlässiger Mensch, doch man sollte ihn in der Redaktion lassen (gemeint ist die Redaktion der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus", C. W.), um jemanden zu haben, den man schlagen kann. Sie werden in der Redaktion zwei Fronten haben, aber Sie werden in der Mehrheit sein".

Kurz danach wurden Deborin und seine Anhänger offiziell als „Gruppe des menschewisierenden Idealismus" verurteilt. Als Einziger der genannten Gruppe überlebte Deborin die Säuberungen der 30er Jahre.

Die paranoide Pointe dieser Geschichte aber ist die, dass sich Stalin nun selbst die Definitionsmacht anmaßte, zu bestimmen, was Dialektik sei. Das geschah, indem unter seinem Namen eine Abhandlung „Über den dialektischen und historischen Materialismus" in die 1938 publizierte „Geschichte der KPdSU (B)" aufgenommen wurde. Seit wir wissen, dass Stalins Vorlesungen „Über die Grundlagen des Leninismus" von 1924 Plagiat einer Studie F. A. Ksenofontows sind[1], stellt sich natürlich auch hier die Frage, wer der wirkliche Autor dieses Textes zum dialektischen und historischen Materialismus war. Alfred Kosing schreibt in seinen Memoiren, dass dies M. B. Mitin gewesen sei, der als amtierender Parteisekretär des Instituts der Roten Professur den Kampf gegen die Deborin-Gruppe geführt hatte und später von Stalin beauftragt wurde, mit seiner Gruppe diesen Text zu verfassen, der Stalins Vorstellung vom Wesen der Philosophie entsprach. „Was er wollte", schreibt Kosing, „waren kurze einprägsame Thesen, unbezweifelbare Dogmen, aus denen man am besten gleich praktische politische Schlussfolgerungen ableiten konnte, die dadurch ebenfalls den Rang unbezweifelbarer Wahrheiten erhielten, etwa in dem Stil: ‚Wenn sich in der Welt alles entwickelt, dann muss man in der Politik Revolutionär sein.'"[2] Ohne Zweifel war das der Stil, der dem ehemaligen Priesterschüler vertraut war!

1 Dazu hat R. Medwedew: Let History Judge. The Origins and Consequences of Stalinism, New York 1971, S. 510 das Folgende mitgeteilt. F.A. Ksenofontow habe 1923 die Studie: „Lenins Lehre über die Revolution und die Diktatur des Proletariats" verfasst und sie im März 1924 an Stalin mit der Bitte um ein Gutachten gesandt. Von März bis Juni 24 habe sich das Manuskript bei Stalin befunden, und im April und Mai habe Stalin mittels dieses Manuskripts Vorlesungen an der Swerdlow-Universität „Über die Grundlagen des Leninismus" gehalten, die anschließend in der *Prawda* publiziert wurden. Mitte 1925 kam Ksenofontows Buch in den Handel. 1926 empfahl Stalin Ksenofontow, sich nicht mehr auf das Gutachten aus dem Jahr 1924 zu berufen und riet ihm „ein für allemal die Gewohnheit abzulegen, eilfertig Bücher über den Leninismus zu fabrizieren" (Brief an Xenofontow, in Stalin, Werke Bd 9, S. 134). 1937 wurde Ksenofontow verhaftet und während des ersten Verhörs umgebracht.

2 A. Kosing: Innenansichten als Zeitzeugnisse. Philosophie und Politik in der DDR. Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 2008, S, 217

Wie dem auch sei, indem diese Abhandlung Stalins Namen trug, wurde sie umgehend zum Kanon der marxistisch-leninistischen Philosophie und ihr Autor zum größten Philosophen der Epoche, zum 4. Klassiker des Marxismus, erklärt. In der SBZ erschien dieser Text in deutscher Übersetzung und als eigenständige Broschüre erstmals bereits 1945.

Ins Politische gewendet wurde das offizielle sowjetische Urteil über Hegel 1944. Stalin erwirkte damals einen Beschluss des ZK der KPdSU, der den reaktionären Charakter der sozialpolitischen Theorien Hegels und der klassischen deutschen Philosophie festschrieb, ihr damit Mitschuld am Aufkommen des deutschen Nationalismus gab und sie zur Vorläuferin des Faschismus erklärte. Zweifellos hatte diese antideutsche Attitüde mit ideologischem Legitimationsbedarf der damals für die Nachkriegsordnung avisierten Westverschiebung Polens zu tun, sicher jedoch auch mit der Absicht, den nach wie vor überragenden Einfluss der deutschen Klassik und insbesondere Hegels auf die sowjetische Philosophie zu beenden, der seit Deborins Publikation von Lenins „Konspekt zu Hegels Wissenschaft der Logik“ (1928) und trotz der Liquidation der Deborin-Gruppe, ja trotz des Krieges mit Deutschland, nicht auszumerzen gewesen war.

Die Existenz dieses Parteiurteils von 1944 war in der SBZ und der frühen DDR in Funktionärskreisen der Partei vermutlich bekannt, aber dessen Inhalt kannte man wohl nur aus dem in der „Großen Sowjetenzyklopädie“ fixierten Urteil, nach der es in der Regel auch zitiert wurde.[1]

Nach dem Krieg wurde diesem Urteil noch einmal Nachdruck verliehen, indem A. A. Shdanow – nach Kirows Ermordung 1934 Parteichef von Leningrad und enger Vertrauter Stalins – in einer Rede auf der schon erwähnten Philosophentagung in Moskau im Juni 1947, im Kontext seiner Kritik an G. F. Alexandrows hegelfreundlichem Buch „Geschichte der westeuropäischen Philosophie“, die Hegeldebatte für nunmehr endgültig beendet erklärte. Nachdem Stalin sein Hegel-Urteil gesprochen hat; dekretierte Shdanow, „Das Problem Hegel ist längst gelöst.“[2] Auch dieser Text war 1948 auf Deutsch erschienen.

Das alles gehört zum Hintergrund der Hegel-Debatte in der DDR und ist

1 M. S. Voslensky: Sterbliche Götter. Die Lehrmeister der Nomenklatura, Frankfurt a. M. 1991, teilt dazu folgende Hintergründe mit: 1944 hätten im ZK der KPdSU geheime Konferenzen zu ideologischen und Kaderfragen stattgefunden. Die zweite Konferenz „beschäftigte sich unter Leitung Malenkows mit einem anscheinend wenig aktuellen Thema, nämlich der klassischen deutschen Philosophie, die als reaktionär, monarchistisch und gegen die slawischen Völker gerichtet, bewertet wurde.“ (S.195) Diese Konferenz habe im Zusammenhang mit der Tendenz gestanden, die Geschichte nicht mehr so sehr vom Klassenstandpunkt aus, sondern unter dem Gesichtspunkt der nationalen Interessen des russischen Volkes zu betrachten.
Das Interesse Voslenskys an den politischen Hintergründen dieses Urteils ist wohl darauf zurückzuführen, dass er Anfang der 50er Jahre an der Sowjetischen Botschaft der DDR als Sekretär arbeitete und 1954 Harichs Vorlesung zur klassischen deutschen Philosophie an der Humboldt-Universität besuchte und in die Probleme eingeweiht war, in die Harich mit seinem Hegel-Urteil geraten war. Vgl. dazu: W. Harich: Ahnenpaß. Versuch einer Autobiographie, hrsg. von T. Grimm, Berlin 1999, S. 269ff.

2 Vgl. A. Shdanow: Kritische Bemerkungen zu G. F. Alexandrows Buch „Geschichte der west-

in Rechnung zu stellen, wenn man die Struktur dieses Diskurses und das Verhalten der Akteure in ihm begreifen will.

III

Die zweite Runde in der Hegel-Kontroverse der DDR fand zwischen 1951 und 1953 statt. Sie wurde in Bezug auf Ausgangskonstellation, Verlauf und Resultat entscheidend auch durch die politische Entwicklung dieser Jahre geprägt.

Auf dem III. Parteitag der SED war mit dem 1. Fünfjahrplan die „langfristige sozialistische Wirtschaftsplanung eingeführt, und auf der 2. Parteikonferenz 1952 der Beschluss gefasst worden, in allen Bereichen der Gesellschaft planmäßig die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen."[1] Das implizierte u.a.: Vergesellschaftung noch bestehender Privatbetriebe, Zentralisierung der Wirtschaftslenkung, Erhöhung der Arbeitsnormen. Und unter der Parole der „Verschärfung des Klassenkampfes" wurde auf ideologischem Gebiet den Parteimitgliedern die Aufgabe gestellt, den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie zu führen (so gegen die Kirche und ihre „Junge Gemeinde"), die Sowjetwissenschaft zu verbreiten, – natürlich insbesondere die Schriften Stalins.

1950 war das unter Stalins Namen publizierte Traktat: „Über dialektischen und historischen Materialismus" in der SBZ und DDR bereits in 7. Auflage (mit 341-380 Tausend Exemplaren!) erschienen. Mit ihm ist meine Generation von Intellektuellen damals in die Philosophie eingeführt worden, und mein zerlesenes Exemplar zeugt noch heute von dem Bemühen, mich von Stalin in die Geheimnisse der Dialektik einweihen zu lassen. Durch die Kanonisierung dieser Schrift, nun auch in der DDR, kam kein Marxist, der sich in den folgenden Jahren hierzulande zu Hegel äußerte, drum herum, sich zur strikten Entgegensetzung von System und Methode bei Hegel und zur Kluft zwischen marxistischer und Hegelscher Dialektik zu positionieren. Es könne keine Rede davon sein, so Stalin, „dass die Dialektik von Marx und Engels identisch ist mit der Dialektik Hegels. In Wirklichkeit haben Marx und Engels der Dialektik Hegel nur den ‚rationellen Kern' entnommen, die Hegelsche idealistische Hülle jedoch beiseite geworfen."[2] Die zweite These, an der sich die Geister schieden, war die vom aristokratischen und reaktionären Charakter von Hegels Philosophie.

Unter dem Stichwort „Idealismus" war in der „Großen Sowjetenzyklopädie" folgendes Urteil über Hegel zu finden: „Hegels Philosophie war ebenso wie die ganze übrige idealistische deutsche Philosophie um 1800 eine aristokratische Reaktion auf die französische bürgerliche Revolution und den

europäischen Philosophie". Rede auf der Philosophentagung in Moskau, Juni 1947; hier zitiert nach A. Shdanow: Über Kunst und Wissenschaft, Berlin 1951, S. 104

1 Vgl. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1978, S. 241 und 275

2 J. W. Stalin: Über dialektischen und historischen Materialismus, Berlin 1950, S. 3

französischen Materialismus des 18. Jh. Das System der Philosophie Hegels war aufs engste verbunden mit seinen reaktionären Ansichten von der Gesellschaft, mit seiner Feindseligkeit gegen die Volksmassen, mit seinem Eintreten für die preußische Reaktion … Was die Hegelsche dialektische Methode angeht, die einen gewissen ‚rationellen Kern‘ enthält, so war sie nicht von dem dogmatischen und konservativen System des Hegelschen objektiven Idealismus losgelöst, sondern stellte vielmehr dessen Werkzeug und Mittel dar. Zugleich damit bestand zwischen der Methode und dem System Hegels ein tiefer Widerspruch; Hegels dialektische Methode wurde von seinem idealistischen System erdrückt. Die reaktionären Ideen Hegels wurden vom Faschismus im Kampf gegen Kommunismus und Wissenschaft ausgenutzt.“[1]

Noch unberührt von der einsetzenden Stalinisierung hatte Auguste Cornu 1950 – mit Blick v.a. auf die Marxschen Frühschriften – empirisch-akribisch den biographischen Nachweis für die Kontinuität von Hegelschem und Marxschem Denken geführt.[2] 1951 war im Aufbau-Verlag Ernst Blochs in der Emigration verfaßtes Buch „Subjekt-Objekt. Erläuterungen zu Hegel“ erschienen, in welchem Bloch gar die Intention ausgesprochen hatte, Hegels Philosophie hinsichtlich ihres durch den Marxismus „Unerledigten“ und „Unabgegoltenen“ befragen und beerben zu wollen[3], was programmatisch gänzlich quer zu Stalins Hegel-Urteil lag.

Die zweite Runde der Hegel-Kontroverse läutete Ernst Hoffmann ein – damals im Parteiapparat, in der ZK-Abteilung Propaganda tätig.[4] Der 120. Todestag Hegels 1951 war eine vorzügliche Gelegenheit, im Parteiorgan der SED, der „Einheit“, das offizielle sowjetische Hegel-Urteil dem Parteivolk mitzuteilen und sich mit ihm zu identifizieren. Wir lesen bei Hoffmann: Die „konsequente und erschöpfende Aufdeckung des Klassencharakters der Hegelschen Philosophie verdanken wir Stalin“, denn Stalin „hat als erster in der Geschichte des marxistischen Denkens in voller Prägnanz und Klarheit aus-

1 Reihe Geschichte und Philosophie, Große Sowjetenzyklopädie, Bd. 43; hier zitiert nach der deutschen Ausgabe Berlin 1955, S. 11-12. – Verfasser dieses Stichworts ist ausgerechnet G. F. Alexandrow, also derselbe, der von Shdanow wegen seiner „Geschichte der westeuropäischen Philosophie“ und seiner Hegelei 1947 ideologisch gemaßregelt worden war! Man kommt wohl nicht umhin, das hier formulierte Hegel-Urteil als die Alexandrow abverlangte Selbstkritik zu verstehen.

2 A. Cornu: Karl Marx und die Entwicklung des modernen Denkens, Berlin 1950

3 E. Bloch: Subjekt-Objekt. Erläuterungen zu Hegel, Berlin 1951, S. 12. Das Vorwort dazu, in dem die zitierte Proklamation zu finden ist, wurde 1949 geschrieben.

4 E. Hoffmann: geb. 1912; 1932 Studium der Mathematik und Naturwissenschaften an der Universität Köln, 1933 abgebrochen wegen illegaler antifaschistischer Widerstandstätigkeit; 1933-36 inhaftiert; 1937 Mitglied der KPD; 1938 englische Emigration; 1946 Rückkehr nach Berlin und SED-Mitglied; 1948 Teilnahme am 1. Dozentenlehrgang an der Parteihochschule; seit Sept. 1949 stellv. Leiter des Marx-Engels-Lenin-Instituts; 1950 Leiter des Sektors Hochschulen und Wissenschaften der Abt. Propaganda im ZK (Leiter: K. Hager) und verantwortlich für .die 2. Hochschulreform 1951; 1952 auf Beschluss des ZK Verleihung des Professorentitels für Philosophie, Leiter d. Lehrstuhls Geschichte Deutschlands u. d. deutschen Arbeiterbewegung am Inst. f. Gesellschaftswissenschaften beim ZK; 1958/62 dessen stellv. bzw. amtierender Direktor; 1962 abgelöst u. Prof. f. Theorie u. Methode der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin; seit 1977 emeritiert.

gesprochen, dass die Philosophie Hegels die aristokratische Reaktion auf die französische bürgerliche Revolution und den französischen Materialismus ist.“ Mit dieser These und jener von der unüberbrückbaren Kluft „zwischen der idealistischen Dialektik der Hegelschen Philosophie und der materialistischen Dialektik des Marxismus-Leninismus“[1] werden bereits die beiden strittigsten Punkte der künftigen Debatte benannt.

Als Beispiel für eine ideologisch verfehlte Behandlung Hegels bezieht sich Hoffmann hier v.a. auf G. Lukács’ Werk „Der junge Hegel“, das 1947/48 in der Schweiz erschienen war, und dessen Publikation in der DDR, initiiert und betreut von Wolfgang Harich, sich zu dieser Zeit im Aufbau-Verlag in Vorbereitung befand.

Gegen Hoffmanns Artikel wandte sich postwendend und vehement Wolfgang Harich, dessen Gegenartikel zu publizieren, die Redaktion der „Einheit“ sich geweigert hatte. Und auch eine „Hegel-Denkschrift“ aus seiner Feder, gerichtet an Politbüromitglied Fred Oelßner[2], im Verein mit seiner Vorlesung „Über die Jugendentwicklung Hegels bis zur ‚Phänomenologie‘“, im Wintersemester 1951/52 an der Humboldt-Universität, fußend auf Lukács’ Hegel-Buch, brachte Harich nach mehreren parteiinternen Debatten am Institut für Philosophie nichts ein als ein Magengeschwür und im Mai 1953 eine Parteistrafe wegen Überheblichkeit gegenüber der Sowjetwissenschaft.[3]

IV

Eine öffentliche Hegel-Debatte, in der von Stalin abweichende Positionen artikuliert und begründet werden konnten, wurde erst nach Stalins Tod 1953 möglich – wenn diese seitens der Partei auch nicht erwünscht war. Harich, der die Anfang 1953 gegründete „Zeitschrift für Philosophie“ als verantwortlicher Redakteur leitete, ergriff in der nach Stalins Tod einsetzenden Atmosphäre politischen Tauwetters, das nach den Massenstreiks und Demonstrationen des 17. Juni 1953, mit der Politik des „Neuen Kurses“ noch verstärkt worden war, die Chance, das über Hegel verhängte Stalin-Shdanowsche Verdikt aufzuheben.

Er habe, erinnert sich Harich, von Kurt Hager bedrängt, nicht umhin gekonnt, einen von Rugard Otto Gropp (damals Lehrstuhlinhaber für dialektischen und historischen Materialismus an der Leipziger Universität) verfassten umfangreichen Hegel-Artikel zu publizieren, dem „die unverhohlene Absicht“ zugrundelag, „noch übers Grab hinaus die Autorität Stalins als Phi-

1 E. Hoffmann: Hegel – ein großer Denker (zum 120. Jahrestag seines Todes). In: Einheit 6(1951)19, S. 1451 u. 1449

2 W. Harich: Hegel-Denkschrift an Politbüromitglied Fred Oelßner am 29.3.1952; publiziert in: S. Prokop: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs, Berlin 1997, S. 195ff.

3 Näheres dazu in diesem Band in meinem Beitrag zu Harichs Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie.

losoph zu befestigen.“ Diesen Umstand habe er genutzt, den Artikel gegen Hagers „Empfehlung“ zur Debatte zu stellen.[1]

Als Auftakt der avisierten Hegel-Debatte erteilte die Redaktion also R. O. Gropp[2] das Wort. Und im folgenden Heft forderte sie das Philosophenvolk auf, sich zu den von Gropp vorgestellten Thesen zu äußern.

Diese 1954 eröffnete und 1956 beendete Runde der Hegel-Kontroverse ist in der Regel gemeint, wenn in der Literatur von der Hegel-Debatte der DDR-Philosophie die Rede ist. Nach der hier skizzierten Vorgeschichte versteht sich von selbst, dass es auch jetzt nicht um einen rein philosophischen Diskurs ging. Was sich die Redaktion der Zeitschrift von der Debatte erhoffte, kann am besten mit Georg Lukács’ Worten gesagt werden. Eingangs seines Buches „Der junge Hegel“, das nach Stalins Tod 1954 endlich auch in der DDR erscheinen konnte, schreibt Lukács, dass er mit diesem Buch eine weltanschaulich wegweisende Funktion für die deutsche Intelligenz nach Faschismus und Krieg bezwecke. Dazu sei es notwendig zu verstehen, „was Marx für die deutsche Kultur bedeutet hat und bedeutet“. Und einer der Wege, zu diesem Ziel zu gelangen, sei es, klarzustellen, „wie tief Marx mit der progressiven deutschen Entwicklung von Lessing bis Heine, von Leibniz bis Hegel und Feuerbach verbunden ist.“[3] Es ist unschwer zu erkennen, dass in dieser Proklamation die Vorstellung vom besonderen selbstbestimmten deutschen Weg zum Sozialismus präsent ist, und dass mit der behaupteten Kontinuität zwischen klassischer deutscher Philosophie und Marx implizit die Freiheiten und Rechte der Person als zu erhaltende und einklagbare Werte zur Diskussion standen.[4]

Die Redaktion der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ gab für die Debatte die folgenden strittigen Problemkreise vor: „1. Das Verhältnis zwischen der marxistischen dialektischen Methode und der idealistischen Dialektik Hegels,

2. die fortschrittlichen und reaktionären Seiten der klassischen deutschen Philosophie und insbesondere Hegels,

3. Vorzüge und Fehler neuerer Arbeiten, deren Verfasser den Anspruch erheben, Probleme aus dem Themenkreis unserer Diskussion auf marxistischer Grundlage zu behandeln.“ Der dritte Punkt geht mit der Aufforderung der Redaktion an die künftigen Diskussionsteilnehmer einher, sich zu Gropps Kritik

1 Vgl. W. Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1993, S. 29f.

2 R. O. Gropp: Die marxistische dialektische Methode und ihr Gegensatz zur Dialektik Hegels, in: DZPh 2(1954)1, S. 69ff.

3 G. Lukács: Der junge Hegel und die Probleme der kapitalistischen Gesellschaft, Berlin 1954, S. 9. Lukács hatte dieses Buch unter dem Titel: „Der junge Hegel. Über die Beziehungen von Dialektik und Ökonomie“ bereits 1938 in der sowjetischen Emigration fertiggestellt. Angesichts der in dieser Arbeit realisierten Kontraposition zu Stalins Hegel-Bild konnte sie zu Stalins Lebenszeit weder in der SU noch in der SBZ resp. DDR publiziert werden. So erschien sie 1948 erstmals in Zürich.

4 Zimmerli hat diese Implikation der Hegel-Debatte so reflektiert: „Wer Hegel sagt und im positiven Sinne das Verhältnis seiner Philosophie zum Marxismus diskutiert, der klagt Freiheit des Denkens und Handelns als Grundanspruch jedes marxistischen Philosophierens ein.“ A.a.O., S. 68

an Cornu, Lukács, Bloch und Fritz Behrens zu äußern, in deren Publikationen Gropp „Entstellungen der marxistischen Philosophie“ dingfest gemacht haben wollte.[1]

Gropps Position lässt sich, thesenhaft, wie folgt umreißen:

1. Stalins Schrift „Über dialektischen und historischen Materialismus“ stelle „einen gewaltigen Fortschritt in der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Philosophie“ dar; sie sei ein „unschätzbares theoretisches Rüstzeug“, eine „Waffe gegen feindliche Ideologien und deren Eindringen in den Marxismus.“

2. „Vieles, was die Sowjetphilosophie bereits hinter sich gelassen hat, ist bei uns noch nachzuholen“, so die „richtungsweisende Bewertung der deutschen idealistischen Philosophie … als eines Ausdrucks der aristokratischen Reaktion gegen die französische bürgerliche Revolution von 1789-1794 und gegen den französischen Materialismus des 18. Jahrhunderts.“ Denn – so Gropp als Statthalter Shdanows in der DDR –: in Deutschland seien nach 1945 „erneut an alte ideologische Schwächen anknüpfende hegelianische Auslegungen des dialektischen Materialismus … wirksam … Der Kampf um die Wahrung des fortschrittlichen deutschen Kulturerbes“ berge die Gefahr einer schädlichen Überschätzung der deutschen idealistischen Philosophie und ihrer Bedeutung für die Entstehung des Marxismus in sich. Der Marxismus werde fälschlich als Weiterentwicklung der deutschen klassischen Philosophie dargestellt. Im Karl-Marx-Jahr 1953 habe das breitere Interesse auch für den jungen Marx „neue Anknüpfungspunkte für das Aufleben falscher ideengeschichtlicher Auffassungen über das Verhältnis von Marx zu Hegel“ geboten und „damit der Verwischung des Gegensatzes zwischen Materialismus und Idealismus“.[2]

3. Die idealistische Dialektik sei „retrospektiv“. „Sie rechtfertigt die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der Restaurationszeit“; sie sei „Ausdruck gegenrevolutionären konservativen Denkens“. Und sie sei „kontemplativ“, also keine Methode der Praxis und der Wissenschaf-

1 Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels. Eröffnung der Diskussion durch einen Beitrag der Redaktion, in: DZPh 2(1954)3 S. 642ff. – Die von Gropp kritisierten und im redaktionellen Beitrag aufgezählten Texte sind die folgenden: A. Cornu: Karl Marx und die Entwicklung des modernen Denkens, Berlin 1950; G. Lukács: Der junge Hegel, Zürich-Wien 1948; E. Bloch: Subjekt-Objekt. Erläuterungen zu Hegel, Berlin 1951; sowie die Artikel des Ökonomen Fritz Behrens: Zur Entwicklung der politischen Ökonomie beim jungen Marx, Aufbau H. 5/1953; Hegels ökonomische Auffassungen und Anschauungen, Wiss. Z. der Karl-Marx-Universität Leipzig, H. 9/10, Jg. 1952/53. – Rugard Otto Gropp (1907–1976): Studium der Gemanistik, Geschichte, Philosophie und Kunstgeschichte als Werkstudent in Leipzig, München u. Halle; 1929 KPD; Teilnahme am illegalen Widerstand, Verhaftung 1941, Gefängnis, KZ Sachsenhausen u. Strafbataillon 999, Flucht zur sowj. Armee. 1948 Promotion u. Lehrgang an der Parteihochschule; danach Lehrtätigkeit an der Uni Halle und Leipzig; 1952 Habil. u. Berufung zum Prof. für dial. u. hist. Materialismus, stellv. Direktor d. Inst. f. dialektischen und historischen Materialismus der KMU Leipzig; ab 1960 Leiter einer Arbeitsgruppe am Inst. f. Philos. der DAW in Berlin, 1965 emeritiert. Vgl. Wer war Wer in der DDR, a.a.O., S. 244

2 R. O. Gropp: Die marxistische dialektische Methode und ihr Gegensatz zur idealistischen Dialektik Hegels, in: DZPh 2(1954)1, S. 71f.

ten.[1] „Marx und Engels haben … nicht der Hegelschen Dialektik eine andere Grundlage gegeben …, sondern von einer anderen Grundlage her eine andere Dialektik geschaffen. Mit dem Hegelschen Idealismus haben sie die Hegelsche Dialektik abgelehnt.“[2] Bei Lukács jedoch erscheinen Materialismus und Idealismus nicht als unversöhnliche weltanschauliche Gegensätze, und die Lehre vom „Parteienkampf in der Philosophie“ werde bei ihm nicht angewendet.[3]

4. Bloch stelle den dialektischen scharf gegen den metaphysischen, mechanischen Materialismus, aber der Gegensatz gegen den dialektischen Idealismus werde von ihm abgeschwächt.[4] Hegel als „Vater“ des Marxismus anzusehen, heiße, die Bedeutung des Materialismus für seine Entstehung herabzusetzen.[5] Die Übertreibung der Bedeutung der Hegelschen Dialektik sei unmittelbar gegen den Marxismus-Leninismus gerichtet, die Pflege des Erbes dürfe kein Anlass sein, den „Gegensatz von Materialismus und Idealismus zu verwischen … versöhnend nebeneinanderzustellen, d.h. den Materialismus zu zersetzen“, dürfe „keine Brücke idealistischen Einflusses auf den Marxismus werden“. Die Pflege des Erbes dürfe nicht dazu führen, „den Glanz, der die philosophische Leistung von Marx und Engels umstrahlt, auf die deutsche Philosophie von Kant bis Hegel zurückstrahlen zu lassen und sie in ein falsches Licht zu setzen“.[6] Mit dieser Apotheose schließt Gropp den 2. Teil seines Artikels.

Im Heft 4/54 der DZPh nahmen Cornu und Behrens den Ball auf: Folge man Gropps „absoluter Antithese von Hegel und Marx“, so werde Marx zur „Wundererscheinung“ gemacht, schreibt der Kenner der Marxbiographie Cornu, womit er den Sinn dieser Entgegensetzung, die quasi-religiöse Erhöhung von Marx durch Lostrennung von seiner Genesis, durchaus trifft.[7]

Behrens bezichtigt Gropp des „Dogmatismus“ und „Sektierertums“, denunziatorischer Unterstellungen von ihm nie geäußerter Auffassungen und wirft Gropp vor, aus ungenügender Kenntnis der ökonomischen Texte von Marx zu argumentieren.[8]

Im selben Heft findet sich ein Artikel von G. Lukács, in dem sich dieser an Prolegomena einer materialistischen Kritik und Rekonstruktion von Hegels „Logik“ versucht, indem er Hegels Sicht des Verhältnisses von Allgemeinheit, Besonderheit und Einzelheit diskutiert, die nach seiner Meinung im „Janusge-

1 Ebenda, S. 84-86
2 Ebenda, S. 91
3 Ebenda, S. 95
4 Ebenda, S. 96
5 Ebenda, S. 98
6 R. O. Gropp: Die marxistische dialektische Methode und ihr Gegensatz zur idealistischen Dialektik Hegels, Teil 2, in: DZPh 2(1954)2 S. 382
7 Vgl. A. Cornu: Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels, In: DZPh 2(1954)4, S. 895
8 Vgl. F. Behrens: Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels. In: DZPh 2(1954)4, S. 896ff.

sicht“ von Hegels bürgerlich-idealistischer Geschichtsdialektik fundiert ist.[1] Mit diesem Artikel, der außerhalb der Hegel-Debatte läuft und sich auf diese mit keinem Wort bezieht, hat der Redakteur Harich vermutlich zu demonstrieren versucht, dass es marxistische Hegel-Forschung jenseits der den marxistischen Philosophen von der Stalin-Shdanow-Fraktion aufgezwungenen Fragestellung gibt.

In einem Aufsatz zum Thema Freiheit und objektive Gesetzlichkeit, der gleichfalls in diesem Heft erschienen ist, geht Bloch auf Gropps Urteile nur implizit, aber drastisch ein. Der Insider der DDR-Philosophie wusste sehr wohl, auf wen Bloch in der aktuellen Situation zielte, wenn er hier vom Vulgärmaterialismus des 19. Jahrhunderts und vom „Hegeltöter“ Dühring sprach, der mit dem befreienden Materialismus eines Demokrit, Hobbes, Spinoza, Holbach, Diderot „nur den Namen teilt, so …teilt, wie das Sonnenlicht in der Pfütze mit dem am Firmament“, wenn er gegen die penetrante Beschwörung des Materialismus für einen innovativ verfassten Materialismus plädierte. Der „Kampf des Neuen mit dem Alten“ trete dem „Kampf zwischen Idealismus und Materialismus“ zur Seite, „auch im entschiedenen Materialismus der klassenlosen Gesellschaft“. Und die „Fraktion“ innerhalb des „unverfälschten Marxismus“ habe „zwischen Geschlossenheit und versuchter Offenheit (zum Neuen)“ zu verlaufen.[2]

Einige Stichworte zum weiteren Verlauf der Debatte. Sie ließ sich zunächst an wie von der Redaktion organisiert und beabsichtigt. Die Mehrheit ihrer Teilnehmer suchte die Groppsche Position mit fachlichen, aber auch mit ideologischen und politischen Argumenten aus den Angeln zu heben, bemüht, sich hinsichtlich marxistischer Parteilichkeit keine Blöße zu geben, ja wenn möglich, Gropp in dieser Hinsicht zu übertrumpfen. So beruft sich Bloch bei seinem Plädoyer für das Neue auf Stalin, so sucht Behrens mit einem Ulbricht-Zitat Gropps dogmatische Position als quer zur Parteilinie liegend auszuhebeln[3], und W. Schubardt wirft Gropp eine „linkssektiererische Auffassung“ vor. Indem Gropp die Errungenschaften der klassischen deutschen Philosophie negiere, begebe er sich der Möglichkeit, ihre „progressiven Ideen … im Kampf gegen Mystizismus, Aberglauben und gegen die Menschenfeindlichkeit der Ideologie des amerikanischen und deutschen Imperialismus mit Erfolg ins Feld zu führen“.[4]

Flankiert hatte die Redaktion diesen Beitrag durch die gewichtige Stimme der Sowjetwissenschaft, in der bald nach Stalins Tod neue Töne angeschlagen worden waren. So versicherten M. T. Jowtschuk und M. I. Sidorow, dass die Parteiresolution von 1944 „keine Grundlage abgebe“ für ein „negierendes

1 G. Lukács: Die Frage der Besonderheit in der klassischen deutschen Philosophie. In: DZPh 2(1954)4, S 764ff.
2 Vgl. E. Bloch: Über Freiheit und objektive Gesetzlichkeit, politisch gefaßt. In: DZPh 2(1954)4, S. 824f.
3 F. Behrens: Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels, a.a.O., S. 896
4 W. Schubardt: Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels. In: DZPh 3(1955)1, S. 75

Verhalten zur Philosophie Hegels“, das sich einige Philosophen leider gestattet hätten; schließlich habe „die große Koryphäe der Wissenschaft“ W. I. Lenin, ein Hegel-Konspekt von 200 Seiten hinterlassen, was nicht gerade von der Bedeutungslosigkeit Hegels in Lenins Augen zeuge.[1]

E. Albrecht wirft ein Heft später Gropp u.a. vor, an der falschen Front zu kämpfen. Statt Lukács zu attackieren, täte Gropp besser daran, sich mit den bürgerlichen Entstellungen der Hegel-Marx-Beziehung auseinanderzusetzen (etwa mit C. Becker, H. Popitz usw.).[2] Und schließlich versucht der Philosophiestudent, W. Mönke (später Assistent von A. Cornu), Gropps Position u.a. kurioserweise dadurch politisch zu unterminieren, dass er ihn falscher Shdanow-Interpretation beschuldigt.[3]

Selbst ein Artikel wie der von G. Ziegengeist über Belinskis Kritik der Hegelschen Philosophie stärkte die Bataillone der Redaktion auch politisch, da der Autor den Leser wissen lässt, welche Wertschätzung der russische revolutionäre Demokrat Belinski, der Lehrer des großen Alexander Herzen, Hegel entgegenbrachte.[4]

In diese Strategie der Redaktion ordnete sich schließlich vorzüglich auch das engagierte Anti-Gropp-Statement der zum Studium nach Moskau delegierten Jungphilosophen H. Seidel und K. Gäbler ein, die das aktuelle Wort der Sowjetwissenschaft in Sachen Hegel sozusagen frisch vom Fass ins Haus geliefert haben.[5]

Die Zeichen der Zeit in den Jahren 1953 bis 55 schienen für die Entwicklung der Philosophie günstig zu sein. Der bisherige Verlauf der Hegel-Debatte nährte die Hoffnung, Freiraum für einen eigenständigen philosophischen Diskurs schaffen und die dogmatische Bevormundung durch die Parteiinstanzen wenn schon nicht aufheben, so doch eingrenzen zu können.

1954 erschien G. Lukács’ Werk „Zerstörung der Vernunft“, das im Unterschied zum Echo auf das Hegel-Buch auch von Parteiideologen wohlwollend aufgenommen worden war. 1954 wurde der 1. Band von Blochs „Prinzip Hoffnung“ publiziert, dem ein Jahr später der 2. Band folgte, ohne dass eine Meute stalinistischer Kritiker über ihn hergefallen wäre.1955 wurden beide Philosophen anlässlich ihres 70. Geburtstages mit Kolloquien und Festschriften hoch geehrt.

Dass „Hegeltöter“ Gropp, den Bloch zur Spezies der „Schematiker“ des Marxismus zählte, deren „Wappen der Papagei mit dem Holzhammer daneben

1 Vgl. M.T. Jowtschuk, M. I. Sidorow: Der Kampf Lenins für das fortschrittliche Erbe der philosophischen Anschauungen der Menschheit. In: DZPh 3(1955)1, S. 53

2 Vgl. E. Albrecht: Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels. In.: DZPh 3(1955)2, S. 225ff.

3 Vgl. W. Mönke: Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels. In. DZPh 3(1955)2, S. 235ff.

4 Vgl. G. Ziegengeist: Wissarion Belinskis Kritik der Hegelschen Philosophie 1840–1843. In: DZPh 3(1955)4, S. 413ff.

5 Vgl. H. Seidel/ K. Gäbler: Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels. In: DZPh 4(1956)2, S. 206ff.

sei“[1], damals derartige Kröten zu schlucken bereit war, ja zum Herausgeber der Jubelschrift für Bloch, seinen ehemaligen Doktorvater wurde, auch das mochte als gutes Omen, als Zeichen für den Rückzug der Parteidogmatiker von der „philosophischen Front“ gedeutet werden. Mit dem Nationalpreis und dem Vaterländischen Verdienstorden für Bloch kulminierte diese emanzipatorische Phase der DDR-Philosophie, deren Totengräber jedoch schon vor der Tür standen.

Im Juni 1954 berief die Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED eine Konferenz marxistischer Philosophen ein, auf der die thematische Gestaltung der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ zur Kritik stand. Die Herausgeber der Zeitschrift waren sich bei deren Gründung einig gewesen, eine Zeitschrift für die „philosophisch interessierte Intelligentsja im ganzen deutschen Sprachraum“ machen zu wollen und „durch möglichst hohes Niveau zu beeindrucken, um bei ihr Aufgeschlossenheit für marxistisches Gedankengut wecken zu helfen“.[2] Die Parteiführung, repräsentiert von Kurt Hager, wollte hingegen vordringlich interne Probleme der DDR-Entwicklung zur Diskussion gestellt sehen und die Zeitschrift in ein Organ verwandeln, das den Propagandisten der Partei hilft, sich die marxistische Philosophie anzueignen.

Folgerichtig lautete die Parteikritik an der Zeitschrift: 1. Statt ihren theoretischen Beitrag zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu leisten und einen systematischen Kampf gegen die feindliche Ideologie des Imperialismus zu führen, betreibe man in ihr eine praxisferne Logikdebatte und eine ergebnislose Diskussion zu Fragen der modernen Physik. 2. Bei der Aneignung des progressiven Erbes der deutschen Philosophie werde der Idealismus begünstigt und der Materialismus vernachlässigt.[3] Auf dieser Tagung wurde 3. der Beschluss gefasst, ab Jahrgang 1955 dem Chefredakteur Harich ein Redaktionsgremium von zuverlässigen Genossen zur Seite zu stellen.

Das geschah und machte sich offensichtlich auch im Fortgang der Hegel-Debatte bemerkbar. Zeitgleich mit dieser in der „Einheit“ publizierten Kritik an der Zeitschrift für Philosophie ist in der Hegel-Debatte jetzt die Tendenz zu beobachten, dass sich verstärkt Verteidiger der Groppschen These von der unüberbrückbaren Kluft von Hegel und Marx zu Wort melden.

So erscheint jetzt der Beitrag einer „Bruderpartei“, einer Gruppe französischer kommunistischer Philosophen, die sich mit der französischen Hegel-Rezeption à la Hyppolite und Kojève auseinandersetzt und gegen den Versuch polemisiert, Hegel nicht vom Standpunkt von Marx zu beurteilen, sondern Marx aus der Sicht von Hegel zu durchdenken, vorgeblich mit dem Ziel, die Marxsche Lehre zu revidieren.[4]

1 Vgl. E. Bloch: Universität – Wahrheit – Freiheit. Colloquium und Forum im Anatomischen Institut Leipzig 1955, in: Gesamtausgabe, Bd. 10, Philosophische Aufsätze zur objektiven Phantasie, Frankfurt a. M. 1977, S. 324

2 Vgl. W. Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1993, S. 29

3 Vgl. den Bericht über diese Tagung: A. Kosing: Wird die „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“ ihren Aufgaben gerecht? In: Einheit 10(1955)3, S. 299ff.

4 Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels. Ein Beitrag der Kommission für

Ähnlich äußerte sich J. Schleifstein drei Hefte später, indem er Lukács vorwarf, Hegel nur aus der Perspektive des jungen, nicht aber des reifen Marx zu betrachten, womit er den reaktionären Marx-Deutungen der bürgerlichen Philosophie entgegenkomme.[1] Und ganz auf Verteidigung der Groppschen Thesen ist der Beitrag von J. Höppner in Heft 3/1956 angelegt. Aber im Jahr des XX. Parteitages der KPdSU war nicht entschieden, welche der Positionen innerhalb der Hegel-Debatte, und welche Konzeption der Zeitschrift für Philosophie sich künftig dominant durchsetzen würde. So kommt auch J. Kuczynski zu Wort, der auf der Bedeutung Hegels für die Entwicklung der Marxschen Ökonomie besteht[2], und Iring Fetscher – „weder Marxist noch Hegelianer im eigentlichen Sinne“ –, der sich mit Schleifsteins Lukács-Kritik auseinandersetzt.[3]

Der Jahrgang 1956 der DZPh war mit einem redaktionellen Artikel eingeleitet worden, mit dem die Zeitschrift künftig ein – die oben erwähnte Kritik beherzigendes – verändertes, parteipolitisch geformtes Profil erhalten sollte. Aber das Programm trägt noch die Züge eines Kompromisses zwischen neuem und altem Konzept. Und in Bezug auf die Debatte um Hegel und die klassische deutsche Philosophie ist Harichs Diktion und Feder nicht zu verkennen. So werden im Hinblick auf das Verhältnis von Materialismus und Idealismus in der Geschichte der Philosophie Vereinfachungen und Schematismus, unhistorische Bewertungen und das Fehlen solider Arbeiten beklagt, sowie die „bedeutenden Hegelbücher“ von Ernst Bloch und Georg Lukács lobend hervorgehoben.[4]

V

In den oben referierten 1956er Beiträgen zur Hegel-Debatte sind Erschütterung, Irritation und ideologische Neuorientierung noch nicht zu spüren, die der Geheimbericht auf dem XX. Parteitag der KPdSU unter den Intellektuellen der DDR ausgelöst hatte. Die Beiträge waren vor diesem Parteitag geschrieben worden und die Argumentation bewegte sich in dem seit Stalins Tod gewohnten Rahmen.

In der nun folgenden letzten Etappe dieser Hegel-Diskussion, die vom XX. Parteitag bis zur Niederschlagung des ungarischen Aufstandes im November 56 reicht, wurde dieser Rahmen gesprengt. Wolfgang Harichs Beitrag zur Hegel-Debatte und Ernst Blochs „Über die Trennung von Hegels ‚Methode‘ und

Kritik des Arbeitskreises französischer kommunistischer Philosophen. In: DZPh 3(1955)3, S. 347ff.

1 Vgl. J. Schleifstein: Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels. In: DZPh 3(1955)6, S. 720

2 Vgl. J. Kuczynski in: DZPh 4(1956)3, S. 313ff.

3 Vgl. I. Fetscher, in: DZPh 4(1956)3, S. 310ff.

4 Vgl. Leitartikel der Redaktion: Über die Lage und die Aufgaben der marxistischen Philosophie in der Deutschen Demokratischen Republik. In: DZPh 4(1956)1, insbes. S. 27ff.

‚System'", die beide in Heft 5/1956 der DZPh erscheinen sollten, setzten unmissverständlich den XX. Parteitag voraus, der als Signal verstanden wurde, mit Dogmatismus und Sektierertum grundsätzlich aufräumen zu können und innovative Entwicklungen der marxistischen Philosophie in Gang zu setzen. Aber eine Debatte dieser Artikel fand gar nicht mehr statt. Denn als Heft 5 der DZPh Mitte Juli gedruckt vorlag, in dem E. Blochs und W. Harichs Hegel-Artikel erscheinen sollten, wurde die gerade angelaufene Auslieferung des Heftes auf Weisung der Obrigkeit gestoppt.

Harich hatte bereits im April im „Sonntag" eine Philippika gegen die „Hemmnisse des schöpferischen Marxismus" losgelassen, in der er als ein bezeichnendes Beispiel für Dogmatismus u.a. sein Parteiverfahren wegen Ignoranz der Sowjetwissenschaft von 1953 erwähnte, in dem seine Kontrahenten, wie er treffend bemerkt, „ein Stalinzitat zu einem Asylum Ignorantiae ihrer versäumten Hegellektüre" umgebaut hatten.[1] Und E. Bloch hatte im Schlusswort der Freiheitskonferenz im März kritische Worte in Bezug auf die „häuslichen Freiheitsgrenzen" gefunden, die ebensowenig gedruckt wurden, wie seine im Mai verfasste Schrift „Über die Bedeutung des XX. Parteitages". Die Konsequenz, die aus der Periode des Personenkultes zu ziehen sei, schrieb Bloch hier, „heißt im ganzen sozialistischen Lager innerparteiliche Demokratie mit endlich wieder forschender, belehrt-lehrender Theorie", sowie politisch-ideologische Selbstbestimmung, die die „Devotheit" des Besiegten hinter sich gelassen hat.[2]

Wie Lukács den XX. Parteitag verarbeitet hatte, konnte man im „Aufbau" (Heft 9) nachlesen. Hier war ein von ihm zwei Monate zuvor im Petöfi-Club gehaltener Vortrag nachgedruckt worden, in dem Lukács eine Lanze gebrochen hatte: für eine neue Volksfront, für die Öffnung des sozialistischen Systems, für ideologische Koexistenz und Dialog mit der westlichen Welt auf allen Ebenen. Und damit dieser mit der bürgerlichen Philosophie möglich werde, müsse der marxistische Philosoph die aristotelische und Hegelsche Dialektik wirklich kennen. Aber bei der Realisierung dieser Möglichkeiten „steht uns die Überlieferung des Sektierertums, des Dogmatismus … im Wege".[3]

Harich war in seinem eingestampften Beitrag zur Hegel-Debatte, der nur der erste Teil einer dreiteiligen Artikelserie sein sollte, mit diesen Stimmen ganz d'accord. Es müsse endlich „abgerechnet werden mit den Stalin-Shdanowschen Vulgarisierungen in Fragen der deutschen Philosophie", forderte er. Es müsse „fortan darüber Klarheit bestehen, dass, wenn es in unserem philosophischen Schrifttum, namentlich im Verhalten zu den Traditionen der deutschen Philosophie, überhaupt so etwas wie eine deutliche Vorwegnah-

1 Vgl. W. Harich: Hemmnisse des schöpferischen Marxismus. In: Sonntag vom 15. 4. 1956, S. 11. Vgl. zu diesem Vorgang: Es geht nicht um Hegel. Protokoll einer Sitzung des Philosophischen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin vom 16. April 1952, hrsg. von U. Kalkreuth. In: Freitag, 8. Nov. 1991

2 Vgl. E. Bloch: Gesamtausgabe, Bd. 11, S. 361

3 Vgl. G. Lukács: Der Kampf des Fortschritts und der Reaktion in der heutigen Kultur. In: Aufbau 9 (1956), S. 772

me der gesunden und befreienden Konsequenzen des XX. Parteitags gegeben hat, sie nirgendwo anders als bei Bloch und Lukács zu finden ist“. Es müsse auch begriffen werden, dass „jeder Versuch, im Stil der Polemik Gropps eine prinzipielle Front gegen die ganze Linie von Lukács und Bloch aufzuwerfen, ein Angriff auf die schöpferische kommunistische Philosophiegeschichtsforschung der Gegenwart überhaupt ist.“[1] Und mit dem von der Stalin-Shdanow-Gropp-Fraktion gegen Hegel erhobenen Vorwurf reaktionären Aristokratentums habe man die „dümmsten Borniertheiten des deutschen Liberalismus – von Börne über Rotteck und Welcker bis zu Rudolf Haym“ abgeschrieben.[2] Die hiesigen Fehleinschätzungen der klassischen deutschen Philosophie, die Harich in gedrängter Fassung hier namhaft zu machen und zu korrigieren sucht, dürfe man nicht mit Stillschweigen übergehen, sondern es müsse ausgesprochen werden, dass das „Sektierertum in der Behandlung der Geschichte der deutschen Philosophie“ durch die törichte schematische Übernahme eines „sowjetischen Missstandes“ zustande gekommen ist.[3]

E. Bloch ging in seinem eingestampften Artikel (und im November in seinem Vortrag zum 125. Todestag Hegels[4]) besonders der traditionellen Trennung und Entgegensetzung von zu verwerfendem Hegelschen System und zu beerbender Methode zu Leibe. Dabei bestritt er 1. die Trennbarbeit von System und Methode (von Form und Inhalt) und warf die Frage auf, ob es nicht auch am „Systematischen Hegels ein Mächtiges gebe, das auf die Füße zu stellen“ sei. Fasst man Hegels System „als organisierte Fülle“, was es zweifellos auch sei, könne es für die „Grundzüge-Ordnung“ des „theoretischen Marxismus“ (gemeint ist der dialektische Materialismus, C. W.), mit der es „nicht immer zum Besten steht“, „nützlich und lehrreich“ sein. Bloch dehnte seine Kritik 2. von Stalin auf Engels aus, den er zu Recht für den Inaugurator dieser Trennung hielt, und auf Lenin, der sich ihr angeschlossen habe. Bloch gab 3. zu bedenken, dass das herkömmliche marxistische Urteil von der „Geschlossenheit“ des Hegelschen Systems nicht so ohne weiteres zutreffend sei, da sich an ihm auch Züge von Offenheit nachweisen ließen. Gegen einen dogmatischen Marxismus gerichtet, der vorgibt, endgültige Wahrheiten letzter Instanz zu besitzen, schloss er seinen Beitrag mit den Worten: „Der Weg von Hegel über Feuerbach zu Marx muss immer wieder gründlich und neu gegangen werden, nicht dogmengeschichtlich, sondern sachlich; oder man kommt im Marxismus, dem lebenden, nicht an.“[5]

Nachdem wir wissen, wer sich mit welchen Argumenten in der öffentli-

1 W. Harich: Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels, in: DZPh 4(1956)5, S. 570f.
2 Ebenda, S. 585
3 Ebenda, S. 566. Diesem Teil wollte Harich 2. eine Antikritik an der von Gropp geübten Kritik an den Hegel-Büchern von Bloch und Lukács folgen lassen und sich 3. mit den Darlegungen Gropps über den Gegensatz der marxistischen dialektischen Methode und der idealistischen Dialektik Hegels auseinandersetzen (ebd., S. 559).
4 Vgl. E. Bloch: Hegel und die Gewalt des Systems, in: E. Bloch, Gesamtausgabe, Bd. 10
5 Vgl. E. Bloch: Über die Trennung von Hegels „Methode“ und „System“, samt einigen Folgen. In: DZPh 4(1956)5, S. 517-531

chen Hegel-Debatte zu Wort gemeldet hatte, dürfte nicht ohne Interesse sein zu fragen, wer von den damals prominenten Vertretern der Philosophenzunft sich *nicht* an ihr beteiligte.

Da ist Klaus Zweiling zu nennen, dessen seit 1955 für die Philosophen der Humboldt-Universität gehaltene Vorlesung zum *philosophischen Materialismus* wohl ohne Übertreibung als Versuch einer materialistischen Rekonstruktion der Hegelschen Kategorienlehre bezeichnet werden kann. Zweiling hätte also aus der Praxis seiner Lehrtätigkeit zu demonstrieren vermocht, inwiefern Hegels Philosophie für die „Grundzüge-Ordnung" des dialektischen Materialismus tatsächlich höchst „nützlich" ist – unbeschadet dessen, dass er mit dem von Bloch verkörperten Denkertyp ansonsten herzlich wenig gemein hatte.

In der Hegel-Debatte der DZPh fehlte ferner die Stimme von Georg Klaus, was bei dessen Spezialisierung auf mathematisch-logische Probleme völlig plausibel zu sein schien. Schlägt man jedoch sein 1957 erschienenes Buch „Jesuiten – Gott – Materie" auf, wird man eines anderen belehrt. Aus der Sicht eben dieser Spezialisierung konfrontiert uns Klaus mit der These, dass der antike Idealismus (Platon) für die Konstitution und Entwicklung der Mathematik unverzichtbar gewesen sei und dass die Entwicklung des dialektischen Denkens in der vormarxschen Philosophie wesentlich durch Idealisten erfolgte: „Der dialektische Gehalt der idealistischen Philosophie Platos war höher als der der materialistischen Auffassungen Demokrits. Der Idealist Leibniz hat zur Entwicklung der Dialektik mehr beigetragen als der Materialist Gassendi, und Hegels Dialektik ist der entscheidendste vormarxistische Beitrag zur Entwicklung des dialektischen Denkens, und seine Philosophie steht in dieser Beziehung weit über der des Materialisten Feuerbach. Es ist deshalb Vulgärsoziologie, wenn man die Gleichungen aufstellt: Materialismus = Fortschritt = Weltanschauung der Ausgebeuteten und Idealismus = Reaktion = Weltanschauuung der Ausbeuter."[1] Das ist das Klaussche Fazit der Hegel-Debatte, mit dem er Harichs Kampf gegen die „Vulgarisierer" des Marxismus fortgesetzt hat.

VI

Mit dem 4. November 1956, der sowjetischen Niederschlagung des ungarischen Aufstands, wendete sich das Blatt. Lukács, der sich dem Reformerkreis um Imre Nagy angeschlossen hatte, wurde verhaftet. Und in der DDR befand sich die Ulbricht-Fraktion, die sich nach dem XX. Parteitag manches öffentliche politische Zugeständnis hatte abringen lassen müssen, wieder im Aufwind.

Am 29. November wurde Wolfgang Harich verhaftet, der ein politisches Programm zur Erneuerung der Partei und für einen eigenständigen deutschen

1 G. Klaus: Jesuiten – Gott – Materie, Berlin 1958, S. 104

Weg zum Sozialismus erarbeitet hatte[1], und am 19. Dezember eröffnete R. O. Gropp im „Neuen Deutschland“ die Hatz auf Bloch: In der letzten Zeit hätten sich die Fälle gehäuft, dass unter dem Vorwand des Kampfes gegen Dogmatismus und Schematismus der Marxismus unterwandert werde. Und als Unterwanderer nannte er Bloch.[2] Vierzehn Tage später sprach Ulbricht von den „philosophischen Revisionisten in Leipzig“[3], womit ex cathedra die Sprachregelung zur Ausgrenzung der Kritiker des Dogmatismus vorgegeben war.

Der Ideologiechef der Partei, Kurt Hager – von dem es hieß, er sei ein Bloch-Verehrer –, steuerte den klassischen Vorwurf der Jugendverführung bei: Wenn Blochs Schüler an den ungarischen Ereignissen nicht den Kräften der Konterrevolution, sondern in erster Linie der ungarischen Partei der Werktätigen die Schuld zuweisen, so habe man zu fragen: „Was ist das für eine Philosophie, die derartige Resultate hat, die Arbeiter- und Bauernkinder, junge Genossen in einer solchen Weise verseucht?“[4] Den auf Jugendverführung stehenden Schierlingsbecher erhielt Bloch dann mit seiner Emeritierung im März 1957 gereicht.

Diese skizzierten Reglementierungs- und Disziplinierungstexte konnte der Philosoph in seinem Fachorgan, der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ nachlesen, im Doppelheft 5/6 (1956), durch das das aus dem Verkehr gezogene Heft 5 mit den inkriminierten Hegel-Artikeln von Harich und Bloch ersetzt worden war. Als Autoren statt Bloch und Harich nun Ulbricht und Hager – besser konnte der Philosophenzunft nicht begreiflich gemacht werden, was die Glocke nun geschlagen hatte: nämlich die Unterwerfung der Philosophie unter die ideologischen Bedürfnisse der Parteiführung.

Diese war mit dem 30. Plenum gesetzt. Und mit der Proklamation, dass nicht im Dogmatismus, sondern im Revisionismus die ideologische „Hauptgefahr“ bestehe, wurden die Instrumente gezeigt, mit denen man eigensinnige in angepaßte Personen verwandeln konnte, resp. das Selektionsmedium, um mit der Parteilinie nicht konforme Intellektuelle aus dem Wissenschaftsbetrieb zu verbannen. In Anspielung auf einen damals viel zitierten und missverstandenen Spruch der KP Chinas: „Lasst alle Blumen blühen und viele Gedankenschulen miteinander wetteifern“, ließ Ulbricht damals das Philosophenvolk wissen, dass es „bei uns nicht in der Hauptsache“ darum geht, „‚alle Blumen erblühen zu lassen‘, sondern vielmehr um eine richtige Zuchtwahl der Blumen.“[5]

1 Vgl. W. Harich: Memorandum für Botschafter Puschkin, publiziert in: S. Prokop: Ich bin zu früh geboren, a.a.O., S. 242ff. Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus (Entwurf), publiziert in: W. Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, a.a.O., S. 111ff.

2 Vgl. R. O. Gropp: Idealistische Verirrungen unter antidogmatischem Vorzeichen, in: Neues Deutschland vom 19.12.1956

3 Vgl. W. Ulbricht: Der Kampf zwischen dem Marxismus-Leninismus und den Ideologien des Bourgeoisie. Aus der Rede W. Ulbrichts vor dem 30. Plenum des ZK der SED. In: DZPh 4(1956)5/6

4 K. Hager: Der Kampf gegen bürgerliche Ideologie und Revisionismus. In: DZPh 4(1956)5/6, S. 534f.

5 W. Ulbricht: Der Kampf zwischen dem Marxismus-Leninismus und den Ideologien der Bourgeoisie, a.a.O., S. 524

Die Ulbrichtsche „Zuchtwahl“ sorgte dann in den nächsten beiden Jahren innerhalb der Philosophenzunft (und natürlich nicht nur da) für die richtige Selektion. Sie verbannte in wohlorganisierten Kampagnen eigensinnige, mit der Parteilinie nicht konforme Philosophiestudenten und -Dozenten von den Universitäten, schickte sie zur Bewährung in die Produktion oder sogar ins Zuchthaus.

Die Geschichte dieser Selektion (die den Zeitraum vom Ende des Jahres 1956 bis zum V. Parteitag im Juli 1958 umfasst), in der die sog. „Aufbaugeneration“ von DDR-Intellektuellen ihre ideologische Unschuld verlor, ist noch ungenügend aufgeklärt. Und erst in ihr ist m. E. der von N. Kapferer sog. Typ des „Kaderphilosophen“ entstanden, für den es „ganz selbstverständlich war, die Philosophie als Instrument der Partei zu begreifen und dies ungeniert als die eigentliche Wesensbestimmung der Philosophie zu behaupten“.[1]

Es erübrigt sich fast zu sagen, dass mit der Konfiskation von Heft 5/1956 die in der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ geführte Hegel-Debatte zu Ende war. Als eine Art Schlusswort zu ihr kann R. O. Gropps Artikel im Ersatzheft 5/6 gelten, der u.a. offensichtlich gegen Blochs Vorschlag gerichtet war, Aspekte von Hegels System für die Ausbildung des dialektischen Materialismus fruchtbar zu machen. Blochs Name fällt nicht, sondern als Adressaten der Kritik fungieren E. P. Sitkowski (mit seinen Überlegungen zur Einheit von Logischem und Historischem) und E. Albrecht, den er für den „modischen Gedanken“ schilt, „dem Hegelschen Erbe folgend, den dialektischen Materialismus als ein Kategoriensystem“ darstellen zu wollen.[2] Gropp befand sich hier in der misslichen Lage, den Sack schlagen zu müssen, obwohl er den Esel meinte, da die Texte Blochs, die er treffen wollte, unterdrückt worden waren und die Polemik gegen diese sie erst bekannt gemacht hätte.

Der Kampf gegen Blochs „Revision des Marxismus“, der mit dem 30. Plenum eingeleitet worden war, fand 1957 in einem gleichnamigen Sammelband junger Leipziger Philosophen seinen Höhepunkt. Hier wurde kein marxistisches Haar mehr an Blochs Philosophie gelassen. Und auch Blochs Festvortrag „Hegel und die Gewalt des Systems“, gehalten anlässlich von Hegels 125. Todestag am 14. November 1956 an der Berliner Humboldt-Universität, wurde als Indiz für Blochs Revisionismus bemüht: Indem er das „Reaktionärste an Hegels Philosophie, sein idealistisches System zu neuem Leben“ erwecken wolle, nehme er Kurs auf revisionistische Verfälschung der marxistischen Philosophie.[3]

Während in der DDR die Überwindung des Stalin-Shdanowschen Hegel-

1 N. Kapferer: Das Feindbild der marxistisch-leninistische Philosophie in der DDR 1945-1988, Darmstadt 1990, S. 3

2 Vgl. R. O. Gropp: Geschichte und System der Philosophie – bei Hegel und im Marxismus, in: DZPh 4(1956)5/6, S. 658, FN 3

3 W. Schubardt: Philosophie und Politik im Hegelvortrag Ernst Blochs, in: Ernst Blochs Revision des Marxismus. Kritische Auseinandersetzung marxistischer Wissenschaftler mit der Blochschen Philosophie, Berlin 1957, S. 233; Kritisches zur Sicht Blochs auf System und Methode bei Hegel findet sich auch bei H. Ley in: Einheit 12(1957)3

bildes aus eigener Kraft auf der Strecke blieb, da ihre entschiedensten Protagonisten Harich, Bloch und Lukács zu nicht mehr zitierbaren Unpersonen und „Revisionisten“ avancierten und aus der Zunft ausgegrenzt wurden[1], war in der Sowjetunion zeitgleich eine andere Entwicklung vor sich gegangen.

VII

Als Bloch zum 125. Todestag Hegels seinen inkriminierten Vortrag hielt, proklamierte T. I. Oiserman aus demselben Anlass und hoch offiziell, dass für die sowjetische Philosophie nicht länger Stalins, sondern Lenins Hegel-Urteil maßgebend sei: „Für Lenin war das Studium der idealistischen Dialektik Hegels eine notwendige Bedingung für die Weiterentwicklung der materialistischen Dialektik“, und deren Schöpfer sei mitnichten ein aristokratischer Reaktionär gewesen, so Oiserman.[2] Diese offizielle Erklärung von 1956 (der in Harichs Regie in der Zeitschrift bereits der oben zitierte Artikel von Sidorow/Jowtschuk von 1955 vorangegangen war) wurde in der DDR erst 1958 publiziert, als die Kampagne zur Selektion revisionistischer Elemente ihren Abschluss gefunden und ihre disziplinierende Wirkung erfüllt hatte.

Ein Heft später, also in Heft 3 (1958), wird M. T. Jowtschuks Abrechnung mit Shdanow präsentiert, in der wir Thesen begegnen, die man ähnlich bei den „Revisionisten“ Harich und Bloch nachlesen konnte. So hatte etwa Harich Shdanows Behauptung, dass das Movens der Geschichte der Philosophie wesentlich der Kampf zwischen Materialismus und Idealismus sei, vehement bestritten, und Jowtschuks folgender Satz könnte so auch bei Harich stehen: „Diese Definition läßt gewisse Seiten der Entwicklung des philosophischen Denkens außer Acht, und zwar besonders die Tatsache, dass auch der Idealismus eine Geschichte hat, dass er im Kampf gegen den Materialismus zuweilen von der Dialektik aus gegen die Metaphysik vorgeht und dabei häufig, wie das die klassische deutsche Philosophie beweist, fruchtbare Resultate erzielt.“[3] Und: „Einige idealistische Lehren (und zwar besonders die deutsche klassische Philosophie Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts) entwickelten, obgleich auf idealistischer Grundlage, eine fortschrittliche Erkenntnis- und Denkmethode, die Dialektik. Die dialektischen Ideen eines solchen ‚klugen Idealismus‘ waren in der Geschichte der Philosophie im Vergleich zum ‚schlechten Materialismus‘ (metaphysischer Materialismus) ein großer Schritt vorwärts.“[4]

1 Zur Ausgrenzung von G. Lukács vgl. den ungarisch-deutschen Sammelband: Georg Lukács und der Revisionismus, Berlin 1960, in dem Lukács, wie aus der Hegel-Debatte in der DZPh sattsam bekannt, hegelianisierende Tendenzen, d.h. die Betonung der Kontinuität von Hegel zu Marx angekreidet wird.

2 Vgl. T. I. Oiserman: W. I. Lenin über die Dialektik Hegels, in: DZPh 6(1958)2, S. 274

3 M. T. Jowtschuk: Einige methodologische Fragen der Geschichte der Philosophie. In: DZPh 6(1958)3, S. 403

4 Ebenda, S. 412

Ziehen wir abschließend Bilanz und versuchen wir, die skizzierte Geschichte der Hegel-Debatte zu begreifen.

Aus der Perspektive der Regeln für den wissenschaftlichen Diskurs weist diese Geschichte manche Absurditäten auf, so die, dass gestern noch mit dem Etikett „revisionistisch" versehene Thesen heute problemlos als marxistisch-authentische gelten konnten, dass die gestrigen Träger der heute für gültig anerkannten Urteile aber nicht rehabilitiert wurden, sondern das Stigma von Revisionisten behielten.

Aus der Perspektive des Parteidiskurses erschien dieser Vorgang jedoch nicht als absurd. Sofern der Parteiintellektuelle nämlich vorausgesetzt und akzeptiert hat, dass der Partei letztlich die Deutungshoheit zukommt, welches die jeweils gültige Interpretation und Lesart des Marxismus ist, hat er es nicht als absurd empfunden, dass es der Führung der kommunistischen Partei – also Lenin, Stalin, Ulbricht – auch zukommt zu bestimmen, was in der marxistischen Philosophie marxistische Problemlösungen und was „Abweichungen" vom Marxismus sind. Er hat, so sich ihm dazu die Gelegenheit bot, freilich darum gekämpft, dass seine eigene, von ihm als wahr erachtete Interpretation von der Führung anerkannt und zur allgemeinverbindlichen Parteimeinung erklärt wird. Sofern ihm das nicht gelang, war er jedoch bereit, im Interesse der ideologischen „Einheit der Partei", auch eine ihm nicht genehme These mitzutragen.

Das „Prinzip der Parteilichkeit" hatte natürlich auch für die marxistisch-leninistische Philosophie zu gelten, und in seiner Realisierung ging die Philosophie nolens volens eine enge Liaison mit der Ideologie ein. Sie ließ sich von Lenins Diktum leiten: Es gibt nur „bürgerliche oder sozialistische Ideologie, ein Mittelding gibt es hier nicht", und war bereit, diese These als Bestimmung der Philosophie zu akzeptieren. Damit aber verkümmerte die auf der Unterscheidung von Episteme (Wahrheit) und Doxa (Meinungen des Zeitgeistes), auf Distanz zu den Ideologien – auch denen des eigenen Gemeinwesens! – beruhende kritische Funktion der Philosophie, die seit Sokrates stets eine ihrer vornehmsten Aufgaben gewesen ist.

Diese Vermischung des philosophischen Diskurses mit dem Parteidiskurs, der für die Verhältnisse in der DDR typisch war, hat auch die Eigenart der skizzierten Hegel-Debatte geprägt.

Gropp hatte – wie skizziert – in seinem die Diskussion einleitenden Beitrag das Stalin-Shdanowsche Parteiurteil über Hegel philosophisch-argumentativ festzuschreiben versucht und an dieser Messlatte die davon differierenden Positionen als ideologische Abweichungen denunziert.

Es ist nun bezeichnend für den in der kommunistischen Philosophie dieser Zeit herrschenden Geist, dass sich kaum einer von Gropps Opponenten – sei es aus taktischem Kalkül oder aus Überzeugung – dem von Gropp vorgegebenen ideologischen Stil der Debatte, wie oben gezeigt, verweigert hat.

Und eben dieser ideologische Rahmen, in den die dargestellte Hegel-Debatte eingespannt war, ließ nicht allzuviel Ertrag an wissenschaftlicher und

philosophiehistorischer Erkenntnis erwarten. Und er hat in der Tat auch keine wesentlich neuen Einsichten erbracht. Ganz abgesehen davon, dass die Diskutanten ihre produktiven Kräfte in der Abwehr von wissenschaftlich unsinnigen Behauptungen verbrauchten, war die Intention, zu einem parteigerechten Hegelbild zu kommen, der Erkenntnisfunktion der Debatte von vornherein abträglich.

Sie endete 1958 damit, dass das Stalin-Shdanowsche Hegel-Bild mit dem Segen der Partei durch dasjenige Lenins ersetzt wurde. Und dieser Wechsel der Perspektive, mit dem Lenins Hegel-Konspekt zu Ehren kam, und Lenins Ruf nach einer „Gesellschaft der materialistischen Freunde der Hegelschen Dialektik“ auch hierzulande zitierfähig wurde, hat den Freiraum für die Beschäftigung mit Hegel erheblich erweitert. Man war nun nicht mehr zwangsläufig Revisionist, wenn man Elemente von Hegels Philosophie zustimmend zitierte.

Aber ob Hegel nun durch die Brille Stalins oder Lenins gesehen wurde, machte keinen Unterschied im Hinblick darauf, dass in beiden Fällen die Hegel-Rezeption im Rahmen und unter Kontrolle der Parteiideologie erfolgte. Statt vier Kirchenväter gab es nach dem XX. Parteitag nur noch drei, aber deren Wort war nach wie vor unfehlbares Urteilsmaß in der Philosophie, so dass Häresie gesetzt blieb und der Bannstrahl jederzeit niederfahren konnte. Diese Situation herrschte – mit freilich zunehmender Tendenz der ideologischen Korrosion – im Grunde bis ans Ende der DDR. Wie unter diesen verändert-unveränderten Bedingungen mit der gebotenen Vorsicht und ideologischen Rückversicherung mit Hegel umgegangen wurde, dokumentiert sehr gut G. Stiehler in der eingangs genannten Arbeit zu Hegels „Phänomenologie“, die zeitlich am Beginn der neuen Periode steht.

Das Prinzip, die Philosophie der Parteiideologie passgerecht zu machen, wurde zwar nach dem XX. Parteitag durchbrochen, aber nur punktuell und von wenigen Personen. Eine von ihnen war Bloch. Hatte er einst bei seinem Plädoyer für das „Neue“, sich auf Stalin berufend, Parteikonsens demonstriert, kündigte er diesen nun auf und setzte sich in Widerspruch zur offiziellen Lehre. Mit seiner Kritik an der These von Hegels marxistisch zu beerbender Methode und zu verwerfendem reaktionären System, von Engels und Lenin inauguriert und zum unhinterfragbaren Bestand der Lehre gehörend, stellte er die Autorität der Kirchenväter zur Debatte und das anerkannte Lehrsystem zur Disposition. Dass dieser Text parteioffiziell unterdrückt wurde, war also nur folgerichtig.

Die zweite in diesem Kontext zu nennende Person, die in dieser Periode die marxistische Philosophie von der Bevormundung durch die Partei zu befreien versuchte, war Harich. Hatte er mit seiner „Hegel-Denkschrift“ 1952 versucht, die Parteiführung in die Pflicht zu nehmen, um ein wissenschaftlich fundiertes, gerechtes Hegel-Bild parteiverbindlich festschreiben zu lassen, so hatte er diese Idee nun beerdigt. In seinen „16 Thesen zur Weiterentwicklung des Marxismus“ mit dem schönen Untertitel „Vademekum für Schematiker

und Dogmatiker“ vom Sommer 1956 habe Harich die „Unabhängigkeit der Philosophie, der Wissenschaft, Kunst und Moral von der Leitung durch die marxistisch-leninistische Partei“ propagiert[1] – empören sich die Verfasser der Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie der DDR, der ich diese Nachricht entnommen habe, noch 1979! Der Text ist leider verschollen, sein Inhalt nur aus Angaben zweiter Hand bekannt, und diese stammen ausschließlich von Harichs Kritikern nach seiner Verhaftung.[2]

Bilanzieren wir zum Schluss: Was hat die Hegel-Debatte der frühen Jahre für die Philosophieentwicklung in der DDR gebracht?

Da ist also einerseits das unaufgehobene parteioffizielle Urteil, das Lukács, Bloch und Harich noch 1979 des „Revisionismus“, einer „hegelianisierenden Verfälschung des Marxismus“ beschuldigte[3], der das Ziel gehabt habe, „die materialistische Dialektik von der revolutionären Arbeiterbewegung loszulösen,“ und „die Rolle der Partei für die Bereicherung und Weiterentwicklung der Marxismus-Leninismus abzuwerten und zu leugnen“.[4] Und diese revisionistischen Auffassungen habe die Partei zerschlagen.

Da vollzog sich andererseits jedoch Hegels Eingemeindung ins sogenannte „Nationale Kulturerbe“. Und unter diesem Dach durfte man mit Engels wieder stolz darauf sein, abzustammen auch von Kant, Fichte und Hegel. Mit ihrer Legitimierung als „Erbe“ war die mögliche Provokation der Hegelschen Philosophie für den Marxismus, die Bloch mit seinem Artikel so überzeugend vorgestellt hatte, nämlich beträchtlich entschärft. Als „Erbe“ betrachtet, konnte man sie als eine bloß vergangene, abgelebte Gestalt des Geistes traktieren, deren progressive gedankliche Momente vollständig im Marxismus aufgehoben sind: Marx ist in dieser Lesart die Wahrheit von Hegel, Hegel ist nichts außerhalb von Marx, Hegel ist bloße Vorgeschichte. Und die unter dieser Voraussetzung Hegel jetzt zugestehbare Größe konnte ein Mittel sein, seinen Überwinder Marx noch größer erscheinen zu lassen. Unter dem schützenden Dach der Erbekonzeption war es also möglich, eine rege akademische Beschäftigung mit Hegels Philosophie zu entfalten.

Die Aufwertung des „Nationalen Kulturerbes“ hat, wenn ich richtig sehe, mit dem V. Parteitag (Juli 1958) und Ulbrichts Vorstellung von der bevorstehenden „Vollendung des Aufbaus des Sozialismus“ begonnen, die die „politisch-moralische Einheit des Volkes“, die sog. „sozialistische Menschengemeinschaft“ herstellen sollte. Ein geeignetes Mittel, um diese Integration aller Schichten als sozialistische Bewusstseinsbildung realisieren zu können,

1 Vgl. Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre, Berlin 1979, S. 222

2 Die in den Augen der Parteiführung skandalösesten Thesen aus diesem Papier werden im Leitartikel der Redaktion in: DZPh 5(1957)1, S. 6f. referiert. Vgl. auch meinen Artikel zu W. Harich in diesem Band.

3 Vgl. Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland, a.a.O., S. 222

4 Vgl. ebenda, S. 342

schien in Bezug auf die Intelligenz die Anknüpfung an das klassische bürgerliche Erbe zu sein – natürlich in marxistisch-leninistischer Interpretation.

Mit den Prolegomena, was als nationales philosophisches Erbe zu gelten habe und wie mit ihm umzugehen sei, tat sich linienbildend 1960 mit der Schrift „Das nationale philosophische Erbe“ wieder einmal R. O. Gropp hervor. Jetzt rief er dazu auf, ein marxistisches Gesamtbild der Geschichte der Philosophie zu erarbeiten, und in dieser hatte auch Hegels Philosophie ihren Platz. Denn obgleich es auch hierzulande Sektierer gegeben habe – man höre und staune! –, durch die „die Einschätzung der klassischen deutschen Philosophie als Ausdruck der aristokratischen Reaktion gegen den französischen Materialismus und die französische bürgerliche Revolution eine gewisse Verbindlichkeit erlangte, hat sie dennoch in der DDR nicht die entscheidende Rolle bei der Behandlung des klassischen Erbes gespielt“.[1] Und es ist auch nicht ohne Delikatesse, zu konstatieren, dass es R. O. Gropp gewesen ist, der als Band 3 und 4 der Reihe „Philosophisches Erbe“ von ihm zusammengestellte und eingeleitete Hegel-Texte ediert hat.

Aber der Umgang mit Hegel nach der Zäsur von 1958 ist eine andere Geschichte, die nicht mehr zu den Anfängen der DDR-Philosophie gehört und daher hier nicht zu erzählen ist.

1 R. O. Gropp: Das nationale philosophische Erbe, in: Ders., Geschichte und Philosophie, hrsg. von W. Förster, Berlin 1977, S. 89

Camilla Warnke

Der junge Harich und die Philosophiegeschichte – Wolfgang Harichs Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie 1951–1954[1]

Als ich 1950 aus der sächsischen Provinz nach Berlin gekommen war, um an der Humboldt-Universität Germanistik zu studieren, geriet ich im Frühjahr 1951 in eine Vorlesung, die mich wie keine andere faszinierte. In einem kleinen Hörsaal unter dem Dach ließ ein schmächtiger junger Mann im Auf-und-Abgehen und in freier Rede, seinen Gegenstand souverän beherrschend und ihm leidenschaftlich zugetan, die Gedankensysteme der klassischen deutschen Philosophie vor seinen Hörern entstehen.[2] Dieser junge Mann war Wolfgang Harich, damals gerade 27 Jahre alt.

Ich verstand zu dieser Zeit nicht allzu viel vom Inhalt seiner Rede, aber das Wenige, was ich begriff, machte mich neugierig auf mehr davon, auf die Horizonte, die Philosophie offensichtlich zu eröffnen vermag. Und dass ich zum Herbst 1951 beschloss, die Germanistik an den Nagel zu hängen und zum Fach Philosophie zu wechseln, hat nicht nur, aber auch Wolfgang Harichs Präsentation der Philosophie bewirkt.

Ich hatte das Glück, bei ihm dann drei Jahre lang Geschichte der Philosophie zu hören.

Harich war in seiner Materie vollkommen zuhause. Er besaß die Fähigkeit, auch Anfängern, die wir ja waren, komplizierte geistesgeschichtliche Zusammenhänge, ohne sie zu versimpeln, durchschaubar zu machen, und er beherrschte die Kunst „plausiblen Verkürzens“, wie Zwerenz richtig bemerkt hat. D. h., er verstand es, die dicken Bücher der Philosophen in seinem Geiste in wenigen Sätzen zusammenzudrängen, die gleichwohl ihre Essenz ausdrückten.[3] Und er war eitel, wenn auch gemildert durch Selbstironie. Animiert von seinen stets in den vorderen Bankreihen des Audimax versammelten Verehrerinnen, entfaltete er ein beachtliches komödiantisches Talent, seinen ganzen Witz und lief mitunter zu brillantester Hochform auf. So hatten seine Vorlesungen auch hohen Unterhaltungswert.

Ich erlebte Harich außerdem in Debatten, die speziell dem Zwecke die-

---

1 Erstveröffentlichung in: Volker Gerhardt/ Hans-Christoph Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie. Berlin 2001

2 Harich war damals Lehrbeauftragter an der Pädagogischen Fakultät und lehrte hier das Fach *Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus.* Daneben bot er eine zweistündige Vorlesung zur *Geschichte der klassischen deutschen Philosophie* an, die von Studenten aus der ganzen Philosophischen Fakultät besucht wurde.

3 Vgl. G. Zwerenz: *Der Blick von außen*. In: *Ein Streiter für Deutschland.* Das Wolfgang Harich-Gedenk-Kolloquium am 21. März 1996 im Ribbeck-Haus zu Berlin, hrsg. von S. Prokop, S. 28

nen sollten, seine philosophiehistorische Konzeption zu zerschlagen und seine Studenten gegen sie politisch zu mobilisieren. Aus diesen Debatten ging Harich regelmäßig als Sieger hervor, vorausgesetzt man unterstellte mit ihm, dass wissenschaftliche Debatten mit keinen anderen als wissenschaftlichen Argumenten zu führen seien. Das aber verhalf denjenigen seiner Studenten, die das akzeptierten, frühzeitig dazu, auf Distanz zu dogmatischen Denkmustern zu gehen.

Dass nichts von meinen Aufzeichnungen aus der Studienzeit die Umzüge meines Lebens überstanden hat außer der kompletten Mitschrift von Harichs Vorlesungen, mag ihre große Bedeutung für meinen philosophischen Werdegang belegen. Die folgende Studie stützt sich zum einen auf diese Mitschriften und auf persönliche Erinnerungen, zum anderen auf allgemein zugängliche Publikationen.

Biografische Notizen

Einige Stichworte zur Person, soweit sie Harich, den Philosophiehistoriker, betreffen. Wolfgang Harich, Jahrgang 1923, aufgewachsen in einem bildungsbürgerlichen Hause, sitzt, schuleschwänzend, während des Krieges 1940/41 in Vorlesungen und Seminaren bei Nicolai Hartmann und Eduard Spranger an der Berliner Universität, schließt sich gegen Ende des Krieges einer antifaschistischen Widerstandsgruppe an und beginnt, sich mit marxistischer Literatur zu beschäftigen.

„In meiner Entwicklung war Hartmann" – schreibt Harich im Rückblick – „ein Durchgangspunkt zum Marxismus, sozusagen mein Feuerbach, seinem Einfluß verdanke ich, dass ich Lenins *Materialismus und Empiriokritizismus,* als ich es zufällig in die Hand bekam, mit großem Ernst studierte, was mich dann wiederum auf den Marxismus neugierig machte".[1]

1946 wird Harich Mitglied der KPD, studiert 1946-1951 Literaturwissenschaft und Philosophie an der Humboldt-Universität und wird 1951 mit seiner Dissertation zum Thema *Herder und die bürgerliche Geisteswissenschaft* (summa cum laude) promoviert.[2] Da ist er aber bereits seit einem Jahr Lektor im Aufbau-Verlag, zuständig für Philosophie und Klassikerausgaben, und seit drei Jahren Dozent an der Humboldt-Universität. Eine solche Karriere junger Kommunisten ist zwar nicht alltäglich, aber auch nicht einmalig in den Anfangszeiten der SBZ und DDR gewesen.

1 *Wolfgang Harich – Georg Lukács, Briefwechsel, Harich an Lukács* am 5. 9. 1952, in: DZfPh 45(1997)2, 281. – Zu Harichs Verhältnis zu N. Hartmann vgl. R. Pitsch: *Harich und Hartmann*, in: Ein Streiter für Deutschland, a.a.O.

2 *Herder und die bürgerliche Geisteswissenschaft,* o. O. (1951), 357 gez. BL. 4° (Maschinenschrift) Berlin, Phil. Diss. vom 10. Okt. 1951 (befindet sich in der Universitäts-Bibliothek der Humboldt-Universität). Eine Kurzfassung dieser Dissertation ist die gediegene wissenschaftliche Einleitung (82 SS.) in Harichs Edition von Herders *Ideen zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit* 1952.

Von Mai bis Oktober 1948 nimmt Harich am 1. Dozentenlehrgang der SED in der Parteihochschule in Kleinmachnow teil, der das Ziel hatte, künftige Hochschullehrer für Dialektischen und Historischen Materialismus und Politische Ökonomie auszubilden, von denen einige damals ähnlich jung wie Harich waren. Auf diesem Lehrgang, den Harich und der künftig hochrangige Parteifunktionär Kurt Hager[1] als gleichberechtigte Schüler absolvierten, soll sich zwischen beiden bereits der Streit um Hegel angebahnt haben[2], an dem sich später in vorderster Front öffentlich weitere Schüler dieses Lehrgangs, nämlich Ernst Hoffmann und Rugard Otto Gropp, beteiligt haben.

Das Vorlesungsverzeichnis der Humboldt-Universität weist aus, dass Harich seit 1949 neben seiner Lehrtätigkeit zum dialektischen und historischen Materialismus, für die er auf dem genannten Dozentenlehrgang vorbereitet worden war, über mehrere Jahre einen breit angelegten Vorlesungszyklus zur klassischen deutschen Philosophie realisiert hat.

Nach eigenem Zeugnis eröffnete er diesen 1949/50 mit Leibniz und seine Zeit; behandelte dann im Sommersemester (SS) 1950 Christian Wolff, Reimarus und die deutsche Religionskritik des 18. Jh., ferner Winckelmann, Lessing, Crusius, Lambert und Tetens; befasste sich im Wintersemester (WS) 1950/1951 mit dem jungen Kant, mit Hamann, Herder und der Weltanschauung Goethes und Schillers; behandelte im SS 1951 dann den kritischen Kant, Fichte, Schelling und die Weltanschauung Schillers und Hölderlins (dies war die Vorlesung, in der ich Harich erstmals begegnete); und las im WS 1951/1952 schließlich über die Jugendentwicklung Hegels bis zur *Phänomenologie des Geistes*.[3]

Seine Lehrtätigkeit zum dialektischen und historischen Materialismus aber hat Harich eingestellt, als mit der Etablierung des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagenstudiums 1951/52 die Lehrveranstaltungen zum Marxismus für die Studenten obligatorisch und zum Prüfungsfach gemacht wurden.

In seiner *Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus* von 1956 hat Harich diese Position mit Entschiedenheit formuliert. Hier heißt

1 *Kurt Hager* (1912–1997): Arbeiterkind, Oberrealschule, 1931 Abitur; 1930 Mitglied der KPD, nach 1933 KZ Heuberg, Emigration in die Schweiz, nach Paris, Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, 1939 Internierung in Frankreich, Exil in England; 1946 Rückkehr nach Deutschland; seit 1949 Ltr. d. Abt. Parteischulung/Parteipropaganda u. ab 1952 Ltr. d. Abt. Wissenschaft und Hochschulen im Parteivorstand bzw. ZK der SED; seit 1949 ord. Prof. f. Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin; 1950 Kandidat, 1954 Mitglied u. ab 1955 Sekretär des ZK d. SED, verantwortlich u. a. für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur. (Vgl. *Wer war wer in der DDR,* Frankfurt a. M. 1995, S. 265f.)

2 Vgl.: S. Prokop: *Ich bin zu früh geboren*. *Auf den Spuren von Wolfgang Harich*, Berlin 1997, S. 59f.

3 Das war nach Harichs eigenem Zeugnis der Inhalt seiner Vorlesungen zur klassischen deutschen Philosophie. Vgl. *Hegel-Denkschrift von Wolfgang Harich, gerichtet an Politbüromitglied Fred Oelßner am 29. 3. 1952*, in: S. Prokop: Ich bin zu früh geboren, a.a.O. Anhang, S. 200. – Im offiziellen Vorlesungsverzeichnis ist folgendes ausgewiesen: Im SS 1949: Das Problem der Freiheit in der klassischen deutschen Philosophie und im Marxismus-Leninismus (Übung); WS 1949/50: Die Geschichte der klassischen deutschen Philosophie im Lichte des historischen Materialismus (Vorlesung); SS 1950 und WS 1950/51: Geschichte der klassischen deutschen Philosophie.

es: „Die Partei hat das Recht und die Pflicht, die Bürger der DDR auf allen Ebenen des geistigen und kulturellen Lebens von der Wahrheit des Marxismus-Leninismus zu überzeugen. Die Partei hat weder das Recht noch die Pflicht, irgendeinem Parteilosen oder Angehörigen einer anderen Partei den Marxismus-Leninismus aufzuzwingen – z. B. auf dem Wege von gesellschaftswissenschaftlichen Pflichtvorlesungen, Examina in Gesellschaftswissenschaften usw.“[1]

Und rückblickend hat er den Entschluss, die Vorlesungen zum dialektischen und historischen Materialismus aufzugeben, so begründet: „Dies wurde mir, bald nach Gründung der DDR, mehr und mehr dadurch verleidet, dass man behördlicherseits für Inhalt und Disposition starre Richtlinien erließ und gleichzeitig für die Hörer den Besuch zur Pflicht, den Lehrstoff zum Prüfungsgegenstand erhob. Die knechtende Verschulung eines Wissens, das aus Überzeugung angenommen sein will, das nichts weniger verträgt, als der Gesinnung obrigkeitlich oktroyiert zu werden, (…) gipfelte in der Perversion zwangsweiser Einführung eines durch und durch dogmatisierten ‚gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagenstudiums‘, was mich schließlich, 1952, dazu bewog, meine Lehrtätigkeit bei den angehenden Pädagogen aufzugeben.“[2]

Als im Herbst 1951 das Fachstudium Philosophie eingerichtet wird, tritt Kurt Hager, damals u. a. Fachrichtungsleiter für Philosophie, mit dem Anliegen an Harich heran, er möge die Ausbildung des ersten Jahrgangs der Philosophiestudenten in Geschichte der Philosophie übernehmen. Nicht ohne Bedenken, jenseits seiner Spezialstrecke, der klassischen deutschen Philosophie, Dilettantismus zu produzieren, erklärt sich Harich schließlich bereit, seine Vorlesung für künftige Fachphilosophen mit der Philosophie der Antike zu beginnen. Um in seinem Wissen von ihr nicht allein auf Sekundärliteratur angewiesen zu sein, studiert er in den Semesterferien „im Windschatten eines Strandkorbes von Ahrenshoop sämtliche Dialoge von Platon“.[3] „Und als ich zurückkam und mir ein marxistisches Platonbild zurechtgebaut hatte“ – erzählt er im Rückblick auf diese Zeit – „habe ich, während ich die Vorlesung über die Vorsokratiker und Platon hielt, dann Aristoteles-Studien betrieben, die in der 2. Hälfte des Studienjahres drankamen“.[4]

In Bezug auf das Fachstudium der Geschichte der Philosophie war Harich übrigens keineswegs ein Feind von Examina, sondern ein Prüfer, der an seine Studenten hohe Anforderungen stellte. Denn hier kam es vor allem anderen auf solides fachliches Wissen an. Hier duldete er keinen Dilettantismus und

1 Entwurf vom November 1956, in: W. Harich. *Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit*, Berlin 1993, Anhang S. 122f.

2 Ebd., S. 14. Dies ist ein früher Kommentar zu Havemanns späterer (1956 erfolgten) Denunziation ausgerechnet Harichs als „Hauptverwaltung ‚ewige Wahrheiten‘“.

3 Als Resultat dieses Studiums hat Harich ein viele Seiten umfassendes Papier mit den Grundgedanken aller Platonischen Dialoge verfasst, das er uns damals als Studienhilfe zu Verfügung stellte. Dieses Papier ist noch in meinem Besitz.

4 Vgl. *Mit Schirm, Charme und scharfer Zunge*. Feature zum 75. Geburtstag von W. Harich von Matthias Eckholt, Tonbandmitschnitt Radio Kultur vom 9. 12. 98.

kein ideologisches Geschwätz. Wer etwa über Platons Idealismus urteilen wollte, ohne die Vernunft der erkenntnistheoretischen Überlegungen Platons in, sagen wir, seinem *Sophistes* oder *Theätet* begriffen zu haben, hatte bei ihm keine Chance auf ein gutes Prüfungsergebnis.

Neben dieser Vorlesung zur Geschichte der Philosophie der Antike hielt Harich in Fortsetzung seines bisherigen Vorlesungszyklus zur klassischen deutschen Philosophie – sich auf Lukács' in der DDR noch nicht veröffentlichtes Hegel-Buch stützend – im Wintersemester 1951/1952 die oben bereits genannte Vorlesung zur Jugendentwicklung Hegels.[1] Mit beiden Vorlesungen bekam er alsbald ideologischen Ärger. Im Institut für Philosophie formierte sich mit tatkräftiger Unterstützung aus dem Parteiapparat eine Phalanx, die nicht nur gegen Harichs Hegelbild Front machte, sondern die sein gesamtes Konzept, wie Philosophiegeschichte marxistisch zu betreiben sei, als „unmarxistisch" und „antisowjetisch" denunzierte.

Bestimmte Aspekte dieser Debatte werde ich später behandeln. Die 1954–1956 in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie geführte und von Harich initiierte Hegeldiskussion klammere ich hier jedoch weitgehend aus, da sie mit Harichs Vorlesungen nur indirekt zu tun hatte. Ihr ist in diesem Band eine eigene Studie gewidmet.[2]

Das philosophiehistorische Konzept

Für die nun folgende Analyse des Konzepts von Harichs philosophiehistorischer Arbeit muss ich mich auf meine studentisch unvollkommene Vorlesungsmitschrift von 1951–1954 stützen.[3] Es existiert vermutlich kein ausgearbeitetes Manuskript dieser Vorlesungen, da Harich sie nach Stichpunkten frei extemporierend, oft ganze Passagen aus dem Gedächtnis zitierend, gehalten hat. Höchst selten und nur am Rande hat er in ihnen über die theoretischen Voraussetzungen seines Konzepts reflektiert, aber manche Einsicht lässt sich aus Publikationen erschließen, die ich – sofern sie diesem Anliegen dienlich sind – in die Untersuchungen einbeziehen werde.

1 Harich plante, 1952 *Der junge Hegel* gemeinsam mit den Jugendschriften Hegels zu publizieren, wie aus einem Brief von Lukács an Harich hervorgeht, wovon Lukács wegen der Schwierigkeit der Texte jedoch abgeraten hatte. Vgl. *Lukács an Harich am 16. 9. 1952*, *Briefwechsel,* a.a.O., S. 285.

2 Vgl. C. Warnke: „*Das Problem Hegel ist längst gelöst"*, in diesem Band, S. 166ff. Vgl. auch: W. Ch. Zimmerli: *Die Aneignung des philosophischen Erbes. Eine Analyse der Diskussion ‚Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels' in der DDR 1952/53 bis l956/57.* In: C. Burrichter (Hrsg.): Ein kurzer Frühling der Philosophie. DDR-Philosophie in der Aufbauphase, Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 1984; P. Feist: *Wolfgang Harich und die Hegeldiskussion der 50er Jahre in der DDR*, in: Ein Streiter für Deutschland, a.a.O.

3 Für die Vorlesungen vom Frühjahr 1954, die ich teilweise versäumen musste, habe ich die Mitschrift meiner Studienkollegin Hiltrud Rüstau benutzt.

Harichs dreijährige Vorlesung hatte folgende Gliederung:

Studienjahr 1951/52: Philosophie der Antike: 1. Semester: Von der ionischen Naturphilosophie bis zur Sophistik; im 2. Semester lag der Schwerpunkt auf Platon und Aristoteles (Demokrit 4, Platon 10, Aristoteles 18 Std.), auf ihrem Verhältnis zu den den Vorgängern, ihrer Differenz und ihrer immensen Bedeutung für die ganze weitere Geschichte der Philosophie.

Studienjahr 1952/53: Philosophie des Mittelalters und der Renaissance, die Harich wohl kaum aus Missachtung dieser Periode, sondern wegen seines zu spärlichen Wissens über sie sehr kursorisch und nur hinsichtlich ihrer Grundtendenzen behandelt hat.[1] Ausführlich folgten dann Bacon mit 6, Descartes mit 12, Hobbes mit 10 und Spinoza mit 6 Stunden. (Und zu diesen Denkern gab es jeweils Seminare mit Seminarreferaten der Studenten.)[2] Das 2. Semester war mit Locke im Zentrum der englischen Aufklärung gewidmet.

Studienjahr 1953/54: Hier fanden nebeneinander zwei Vorlesungen statt: Eine über die französische Aufklärung (mit wöchentlich 2 Std.), die Harich speziell für uns Philosophiestudenten hielt, die bis in den Februar 1954 dauerte, und eine Vorlesung über die klassische deutsche Philosophie (mit wöchentlich 4 Std.), die Harich im Audimax für die ganze Philosophische Fakultät hielt. Diese lief bis Semesterende, bis Mai 1954. Davon verwandte er für die Behandlung Kants 20 und für die Hegels 32 Stunden. Feuerbach und die Junghegelianer handelte Harich in nur sechs Stunden ab, was m. E. seine Erklärung darin finden dürfte, dass er, sich zu lange bei seinem geliebten Hegel aufhaltend, zu Semesterende schlicht in Zeitnot geraten war. Darin Missachtung der philosophischen Leistung Feuerbachs und der Materialisten überhaupt zu erblicken – ein Vorwurf, mit dem Harich permanent konfrontiert war –, ist gewiss verfehlt. Sowohl Harichs eigener, in Feuerbachs Tradition stehender, wesentlich anthropologisch und religionskritisch begründeter Materialismus als auch sein 1954 erschienener Artikel über Ludwig Feuerbach[3] lassen diesen Vorwurf als gegenstandslos erscheinen. Nichtsdestoweniger verraten bereits die hier aufgelisteten zeitlichen Proportionen, dass Harich den Idealisten weit mehr Aufmerksamkeit zukommen ließ, als das im offiziellen marxistisch-leninistischen Philosophieverständnis damals üblich war.

Harich beanspruchte für sich mit Recht, eine marxistische Konzeption der Geschichte der Philosophie zu realisieren. Denn im Sinne des historischen Materialismus interpretierte er ihre wechselnden Gestalten als Resultate der mentalen und gedanklichen Verarbeitung der jeweils gegebenen realen ökonomischen und politischen Verhältnisse einschließlich ihres Horizontes an historischen Hoffnungen und Enttäuschungen, als Produkte von Produzenten,

1 Nach seinem eigenen Zeugnis hat ihn wohl v. a. wissenschaftliche Redlichkeit daran gehindert, sich auf das Mittelalter und die Renaissance, die er nur „second hand" kannte, tiefer einzulassen, Sein Argument gegen Hagers Vorschlag, dazu die Vorlesung zu übernehmen, sei gewesen: Er kenne doch das Mittelalter nicht. Er habe noch nie eine Zeile von Augustinus gelesen. Vgl. *Mit Schirm, Charme und scharfer Zunge*, a.a.O.

2 Ich selbst hatte ein Referat zum Thema: *Hobbes und die englische Revolution* übernommen.

3 Vgl. W. Harich: Über Ludwig Feuerbach, in: DZfPh 2(1954)2

deren Souveränität für Harich selbstverständlich war. Auf die Aufklärung dieser Zusammenhänge hat er großen Wert gelegt; sie sind eine der tragenden Säulen für seine Vorlesungen von der Antike bis zu Hegel gewesen, und er war historisch hinreichend gebildet, um die Ableitung der Ideen aus den Erfahrungen mit dem materiellen gesellschaftlichen Sein nicht zum nichtssagenden abstrakten Schematismus verkommen zu lassen. Ich verdanke diesen Erklärungen manches Aha-Erlebnis, und die Einsicht, dass der historische Materialismus wichtige Instrumente erarbeitet hat, um die Entwicklungsbedingungen philosophischen Denkens aufzuklären.

Auf den ersten Blick quer zu diesem Ansatz scheint das zweite fundamentale Moment von Harichs Konzeption zu stehen: nämlich die mit Hegel unterstellte relative Eigenständigkeit der Entwicklung philosophischen Denkens. Die Geschichte der Philosophie ist ihm nicht nur gedanklicher Reflex gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern ein fortschreitender durch Personen betriebener Prozess philosophischer Erkenntnis- und Wahrheitsproduktion, der seiner eigenen Logik folgt. Die von Harich vorgestellten Philosophen (von Thales bis Hegel) werden von ihm nicht als mechanische Sprachrohre des Zeitgeistes traktiert, nicht auf vorüberschwindende Phänomene einer gesichtslosen Geschichte, auf abstrakte Repräsentanten eines Klassenbewusstseins reduziert, sondern sie werden in ihrer Würde als Personen ernst genommen, will sagen, als Ideenproduzenten von autonomer Statur und Geltung unterstellt.

Hierin unterscheidet sich Harich m. E. von seinem Übervater Lukács, der Philosophiehistorie nicht primär in dieser Perspektive, nicht hinsichtlich des Aspekts der durch sie betriebenen Wahrheitsproduktion und Erkenntnisarbeit begreift, sondern wesentlich unter dem der Produktion von Weltanschauung. D. h. Lukács thematisiert ihre Gestalten im Hinblick darauf, jeweils subjektiver gedanklicher Reflex ökonomischer und politischer Interessenkonstellationen zu sein, die er, bezogen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, als progressiv oder reaktionär bewertet, und die in letzterem Falle zu „entlarven" sind. Das Übergewicht dieser ideologiekritischen Orientierung ist nach meinem Philosophieverständnis die Schranke von Lukács, die sich am wenigsten in *Der junge Hegel,* am deutlichsten in seiner *Zerstörung der Vernunft* manifestiert. Und v. a. letztere hat schulbildend auf die Ideologiekritiker unter den Philosophen der DDR eingewirkt.[1]

1 Sie trifft mit Lenins Diktum zusammen, das der von M. Buhr herausgegebenen Reihe *Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie* als Motto vorangestellt war: „bürgerliche oder sozialistische Ideologie, ein Mittelding gibt es hier nicht, wie es überhaupt … niemals eine außerhalb der Klassen und über den Klassen stehende Ideologie geben kann". – Obwohl über dem Haupte von Lukács seit 1956 und unaufgehoben bis ans Ende der DDR der Revisionismusvorwurf schwebte, wurde sein u. a. auf Initiative von Harich 1954 erschienenes Werk *Die Zerstörung der Vernunft* zur Bibel, zum Leitbild aller hiesigen Ideologiekritik. Man distanzierte sich öffentlich von Lukács und schrieb ihn heimlich ab. Lukács' einschränkende Bemerkungen, dass er in seinem Buch nicht die ganze spätbürgerliche Philosophie abhandle, sondern nur ihre irrationalistische Linie, die zum Faschismus führe, wurde ignoriert. Man orientierte sich nicht an den Stärken seines Buches, dem differenzierten Wissen um die Gestalten der skizzierten Entwicklungslinie, sondern entnahm ihm die Botschaft, dass alle nachmarxistische bürgerliche Philosophie in fortschreitendem Verfalls-

Harich ist diese ideologiekritische Attitüde natürlich nicht fremd; er wäre kein Marxist, wenn er sich nicht auch als Ideologiekritiker betätigt hätte. Aber die Reduktion von Philosophie auf Ideologie kommt in seinen Vorlesungen zur vormarxschen Philosophie schon deshalb nicht zum Tragen, weil sich nach marxistisch-leninistischem Verständnis, das auch das seine ist, die Entwicklung der Philosophie hier in aufsteigender Linie, hin zu ihrem Höhe- und Kulminationspunkt, zum Gedankensystem von Marx, bewegt, der das wissenschaftliche Erbe aller vorausgegangenen Philosophie antritt. Und insoweit dürfte Lukács mit Harich wohl auch übereinstimmen.

Aber Harich hat seinen Zugang zum Marxismus nicht wie Lukács von der Soziologie her, sondern – durch die Schule Nicolai Hartmanns gegangen – aus ontologisch-erkenntnistheoretischer Sicht gewonnen. Deshalb haben die den originär philosophischen Diskurs jeweils strukturierenden Probleme und die Diskussion des Wahrheitsgehalts ihrer Lösungen für ihn das Prä vor ihrer ideologiekritischen Reflexion, oder sind zumindest gleichberechtigt mit ihr.

Diesen Dissens hat Harich wenigstens punktuell artikuliert, indem er dem hochverehrten Lukács vorwirft, die „Begriffe der Metaphysik und der formalen Logik heillos durcheinander zu bringen“, und indem er konstatiert: Die Konzentration aufs Historische habe Lukács' Interesse an der systematischen Philosophie beeinträchtigt.[1]

Gleich zu Beginn ihres brieflichen Kontaktes, der 1952 einsetzt, versucht Harich daher, Lukács Nicolai Hartmanns Philosophie nahezubringen. „Hartmann (…) steht uns durch die materialistische Grundtendenz seiner Philosophie von den bürgerlichen Philosophen der Gegenwart relativ am nächsten“, schreibt Harich an Lukács. Und mit seiner Frontstellung sowohl gegen „das Tiefsinnsgeschwätz katholischer und existentialistischer Herkunft“ als auch gegen den positivistischen „Unsinn einer ‚voraussetzungslosen Wissenschaft'“ stehe Hartmann der marxistischen Bestimmung der Philosophie nahe. Ebenso mit der Einsicht, dass die Historizität ihrer Systeme kein Argument gegen die systematische Arbeit der Philosophie sei. Und Harich zitiert, hierin mit ihm völlig d'accord, Hartmanns Sicht dieser Dinge: „Die Philosophie beginnt nicht mit sich selbst; sie setzt das in Jahrhunderten angesammelte Wissen und die methodische Erfahrung aller Wissenschaften voraus, nicht weniger aber auch die zweischneidigen Erfahrungen der philosophischen Systeme.“ Und zum Verhältnis von Wahrheit und Historizität in der Philosophie: „Wer eine Philosophie für immer aufrichten will, wird unweigerlich die am meisten zeitbedingte schaffen. Wer wollte sich heute noch einreden, dieser Ironie alles denkerischen Schicksals entgehen zu können? Und doch – wer daraus umgekehrt den Schluß ziehen wollte, es verlohne sich um die syste-

prozess begriffen sei, von dem die progressive Philosophie der Arbeiterklasse keine innovativen Beiträge mehr zu erwarten habe. Diese in Lukács' Buch unzweifelhaft vorhandene Tendenz trug kräftig dazu bei, die Gleichung spätbürgerlich = reaktionär dogmatisch festzuschreiben und die Sicht der bürgerlichen Philosophie auf die Feindbildperspektive zu reduzieren.

1 Vgl. W. Harich: *Rez. zu G. Lukács: Zerstörung der Vernunft*, in: DZfPh 3(1955)1, 143f.; *Harich an Lukács, 13. 12. 1953, Briefwechsel*, a.a.O., 287

matische Arbeit nicht mehr, wäre erst recht im Irrtum. Er hätte die Lehre nur zur Hälfte begriffen. Denn geschichtliche Relativität hebt den Charakter des Näherungswertes in einem vergänglichen Erkenntnisstadium nicht auf, auch dann nicht, wenn von dessen Lehrgehalt nichts in spätere und reifere Einsicht übergeht. Lehrreich sind eben auch die Irrtümer, und aller Fortschritt geht den Weg des Ringens mit dem Irrtum. Es ist keineswegs utopisch, als Forschender mit der vollen Fragwürdigkeit der eigenen Einsichten zu rechnen und dennoch unbeirrt fortzuarbeiten…Wer bewußt aus der Problemlage seiner Zeit heraus und für seine Zeit forscht, wissend, dass seine Arbeit bestenfalls ein Glied in der Kette geschichtlicher Denkarbeit ist, bald überholt vom nächsten Schritt des Eindringens, – der gerade hat am meisten Aussicht, etwas zu schaffen, was vor dem Forum späterer Generationen Geltung beanspruchen kann."

Mit diesem Auszug aus Hartmanns Oeuvre hebt Harich gegen die rein ideologiekritische Attitüde die *Erkenntnisfunktion* der Philosophie hervor und legt sie Lukács zur weiteren Reflexion ans Herz. Er gibt ihm mit diesen Zitaten zugleich zu erkennen, wes Geistes Kind er selber ist. Und wir können ihnen für unser Anliegen entnehmen, welchen Begriff von Philosophie und welche Vorstellung über ihre Entwicklung er seiner philosophiehistorischen Arbeit zugrunde gelegt hat.

Das Movens, das den Progress der vormarxistischen Philosophie vorantreibt, ist nach Harich der innerphilosophische Diskurs, die Konkurrenz der Philosophen untereinander um die beste Antwort auf die im innerphilosophischen Diskurs aufgeworfenen Fragen und die wechselseitige Kritik und Korrektur der angebotenen Problemlösungen. Unter diesem Aspekt hat Harich die Geschichte der Philosophie – ganz im Sinne Hegels – auch als Geschichte von aufeinanderfolgenden Innovationen gelehrt. Seiner Vorlesung zur klassischen deutschen Philosophie 1953/54 hatte er daher provozierend als Motto den Bibelspruch vorangestellt: „Siehe, die Füße derer, die mich hinaustragen werden, stehen schon vor der Tür".[1] Nicht zuletzt diese Sicht machte den großen Reiz seiner Vorlesungen aus.

Um das am Beispiel zu demonstrieren. Harich hatte uns etwa gezeigt, wie Demokrit die positiven Leistungen der ganzen Philosophie vor ihm aufgegriffen und mit großem Scharfsinn zu einer Synthese, zu dem in sich schlüssigen atomistischen System vereinigt hatte. Auch das Denken wurde von Demokrit atomistisch erklärt: Von den Dingen lösen sich Atome ab, die die Gestalten – „eidola" – der Dinge den Sinnen vermitteln, sie treffen hier mit den feuerartigen Eigenatomen zusammen, und aus der gemeinsamen Bewegung beider resultiert das begriffliche Denken. Was die Nachfolgenden gegen diese Erklärung einzuwenden hatten, erfuhren wir bei der Behandlung Platons, der mit guten – von Harich vorgestellten – empirischen und theoretischen Gründen Demokrits Erklärungsmuster des Denkens widerlegt und damit dessen System aufgebrochen hat. Der historische Witz der Sache (für den Harich immer

1 Eigene Mitschrift der Vorlesung, Herbst 1953

ein ausgeprägtes Sensorium hatte) aber habe darin bestanden, dass Platons Ideen gleichfalls „eidola“, also Gestalten sind, und dass der Idealist Platon in dieser Hinsicht den Materialisten Demokrit beerbt habe. Dieser scheinbar winzige Schritt von den materiell zu den ideell verstandenen „eidola“, zum sich gleichbleibenden eidos, aber habe der Philosophie die fundamental neue Einsicht beschert, dass die qualitative Besonderheit des Denkens in der Erkenntnis des Allgemeinen besteht.[1]

Dieses Beispiel führt mich zur nächsten These. Der Erkenntnisentwicklung in der vormarxistischen Philosophie liegt nach Harich als Movens der prozessierende Widerspruch, der sich permanent reproduzierende Gegensatz zwischen Materialismus und Idealismus zugrunde. „Der Kampf zwischen Materialismus und Idealismus ist der Motor der Entwicklung der Philosophie“[2], erklärte er uns gleich zu Beginn seiner Vorlesungstätigkeit. Und diese Proklamation hatte bei ihm dann folgende Implikationen.

Originalton Harich: „Vor Marx hat es keinen Idealismus gegeben, der nur Rückfall gewesen wäre“[3] – nur Rückfall hinter den vorhergehenden Materialismus. Die idealistischen philosophischen Systeme sind für die Entwicklung der Philosophie nicht weniger produktiv gewesen als die materialistischen, ja der innovative Part ist zu bestimmten Zeiten, wie etwa in der Epoche der klassischen deutschen Philosophie, vom Idealismus realisiert worden, was ja schon in den eingangs vorgestellten Proportionen von Harichs Vorlesungsstruktur zum Ausdruck kam.

Diese Voraussetzung seines Konzepts von Philosophiegeschichte wurzelt m. E. in Harichs Materialismus-Verständnis. D. h. Harich geht nicht mit Engels und Lenin axiomatisch von der sog. Grundfrage der Philosophie, nicht von der abstrakten Frage aus: Was ist primär, die Materie oder das Bewusstsein?, die als Antwort nur ein Entweder-Oder erlaubt, sondern er verbindet mit dem Begriff des Materialismus wesentlich die Erklärung der Welt aus ihren eigenen Zusammenhängen, (worauf auch Engels gelegentlich rekurriert).

Hierfür sprechen m. E. folgende Indizien: Zunächst der große Raum, den in Harichs Vorlesungen die Analyse der Säkularisierung des Weltbildes vom Ausgang des Mittelalters bis zu Feuerbach einnimmt. Diese Säkularisierung gipfelt für Harich in einer materialistischen Anthropologie, die in der klassischen deutschen Philosophie idealistisch vorbereitet und von Feuerbach und Marx materialistisch gewendet und fundiert worden ist. Die Wende zum Materialismus aber besteht darin, die ideell aufgefasste historische Selbsterzeugung der menschlichen Gattung seitens der klassischen deutschen Philosophie als materiell-gegenständliche Produktion zu fassen. Dem Materialismus-Begriff, der aus solcher Quelle stammt, steht der Idealismus nicht als abstrakter

1 Eigene Mitschrift der Vorlesung, Winter 1952. – Hinsichtlich des antiken Materialismus unterscheidet Harich z. B. drei Entwicklungsstufen: Jede dieser Stufen ist jeweils Rekonstruktion der materialistischen Position unter Verarbeitung der reaktiven idealistischen Argumente auf sie.

2 Ebenda, Herbst 1951

3 Ebd.

und unvermittelter Gegensatz entgegen, da materiell-gegenständliche Produktion das Moment des Ideellen ja in sich einschließt.

Harichs Interesse an dieser anthropologischen Fundierung und Letztbegründung des Materialismus reicht wahrscheinlich bis in seine Studienzeit bei N. Hartmann zurück, während der er mit dem erklärten Anliegen seines Lehrers, den Gegensatz von Materialismus und Idealismus zu überwinden, bekannt wurde und vermutlich auch bereits A. Gehlens: *Der Mensch, seine Natur und seine Stellung in der Welt* (1940) kennengelernt hatte.[1] Harichs Faible für A. Gehlen ist wohl nicht zuletzt hierauf zurückzuführen.

In seinem Referat auf der Freiheitskonferenz 1956: *Das Rationelle in Kants Konzeption der Freiheit* formuliert Harich die Aufgaben, die nach seiner Meinung eine „marxistische Anthropologie" zu lösen habe.[2] Bestärkt in dieser Richtung wurde er möglicherweise auch durch seinen Philosophielehrer an der Parteihochschule 1948, Klaus Zweiling, der – wenn von seiner Universitätsvorlesung *Der marxistische philosophische Materialismus* von 1955 auf die an der Parteihochschule von 1948 zurückgeschlossen werden darf – diesen anthropologisch begründet hatte.[3] Und in diesem Kontext ist nicht zuletzt G. Lukács zu nennen, der die konstitutive Bedeutung des Arbeitsbegriffs für Hegels Philosophie- und Geschichtskonzeption wie kein Autor vor ihm ans Licht gebracht hatte, und dessen Hegel-Buch die tragende Säule von Harichs Vorlesung zur Jugendentwicklung Hegels gewesen ist.

Ich weiß nicht, ob Harich damals bewusst war oder je bewusst geworden ist, dass er sich mit diesem Ansatz im Gegensatz zum abstrakten Grundfragen-Materialismus befand, der später die offizielle Lehre bestimmte. Denn quer zu den skizzierten Voraussetzungen seiner philosophiehistorischen Arbeit wirkte die bei Hartmann eingeübte ontologisch-erkenntnistheoretische Orientierung nach, die er nach eigenem Zeugnis in Lenins *Materialismus und Empiriokritizismus* wiederzuerkennen glaubte.[4] Ich habe keinen Hinweis darauf gefunden,

1 Vgl. S. Dornuf: *Zur Gehlen-Rezeption Wolfgang Harichs*, in: Ein Streiter für Deutschland, a.a.O., S. 81

2 Vgl. W. Harich: *Das Rationelle in Kants Konzeption der Freiheit,* wieder abgedruckt in: S. Prokop: *Ich bin zu früh geboren*, a.a.O., S. 236ff.

3 Vgl. C. Warnke: „*Das Problem Hegel ist längst gelöst"*, a.a.O., S. 186. – Das Anliegen, den Materialismus der marxistischen Philosophie anthropologisch zu begründen, hat auch Leo Kofler, verfolgt: *Das Prinzip der Arbeit in der Marxschen und der Gehlenschen Anthropologie,* 1958 (vgl. S. Dornuf: *Zur Gehlen-Rezeption Wolfgang Harichs*, in: Ein Streiter für Deutschland, a.a.O.). Die Tendenz, den Marxismus anthropologisch zu fundieren, wurde parteioffiziell v. a. mit den Namen von Lukács und Bloch verbunden und geriet in der DDR schon in den 50er Jahren in den Geruch des Revisionismus: Der Klassencharakter des Sozialismus werde hier aufgehoben, zum *menschlichen* Sozialismus, zur Lehre von der Befreiung des Menschen von der Selbstentfremdung umstilisiert mit dem politischen Sinn, „die Rolle der Partei für die Bereicherung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus abzuwerten und zu leugnen". (Vgl. *Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR, Bd. III*, Berlin 1979, S. 342.) Als Unterströmung hat diese Tendenz die DDR-Philosophie zeit ihrer Existenz begleitet; sie hat sich Mitte der 60er Jahre beispielsweise als Praxisphilosophie artikuliert.

4 Vgl. S. Prokop: *Ich bin zu früh geboren*, a.a.O., S. 30. Vgl. auch: W. Harich: *Ahnenpaß. Versuch einer Autobiographie,* Berlin 1999, S. 169. Harich schreibt hier 1972: „Schon 1940 beginnt bei mir das Studium des Marxismus, der mir in stets wachsendem Maße als richtig einleuchtet. Die

dass er diesen konzeptionellen Widerspruch innerhalb des Marxismus als solchen je reflektiert hätte.[1]

Wie dem auch sei, mit der von ihm behaupteten produktiven Funktion des Idealismus in der Entwicklung der vormarxschen Philosophie, die er mit dem Lenin-Zitat: „Ein kluger Idealismus steht dem klugen Materialismus näher als der dumme Materialismus“[2] zu stützen pflegte, widersprach Harich jedenfalls vehement der unter DDR-Marxisten verbreiteten Gleichung, dass fortschrittlich = materialistisch und reaktionär = idealistisch sei. Er erklärte sie schlicht für falsch. Für nicht minder falsch hielt er die Bewertung der Hegelschen Philosophie und des deutschen Idealismus „als aristokratische Reaktion auf die französische bürgerliche Revolution und den französischen Materialismus“.[3] Dieses Urteil war auf Stalins Mist gewachsen, von Shdanow propagiert, aus der Sowjetunion importiert worden, und kursierte seit 1948 als Interpretationsschema auch in der DDR.[4]

Diesen Gleichsetzungen von materialistisch = progressiv und idealistisch = reaktionär lag Shdanows Diktum von der „Geschichte der Philosophie als der Geschichte des Kampfes des Materialismus gegen den Idealismus“ zugrunde[5], eine Totschlagformel also, die den Idealismus einseitig als das zu Vernichtende bestimmte, womit aus der Geschichte der Philosophie ihr reproduktives Moment, ihre Dialektik getilgt worden war.

Harich bestritt allein schon durch den Gang seiner Vorlesung, aber auch expressis verbis ganz entschieden die Gültigkeit dieser Formel und ihre Implikationen. Zuletzt polemisierte er gegen Shdanows vulgarisierende Gleichung: „fortschrittlich = materialistisch = bürgerlich“ und die „Gegengleichung reaktionär = idealistisch = aristokratisch“ in seinem eingezogenen Diskussionsbei-

gleichzeitige philosophische Beeinflussung durch die realistische Ontologie Nicolai Hartmanns bedingt, daß ich, vom Weltanschaulichen her, gegen all jene zum Sowjetmarxismus in Opposition stehenden quasimarxistischen Strömungen früh immun werde, welche die dialektische, materialistische Erkenntnistheorie und Ontologie negieren (wie der *frühe* Lukács von „Geschichte und Klassenbewusstsein“; wie Karl Korsch, wie Walter Benjamin; wie die Frankfurter Schule der Herbert Marcuse, Adorno, Horkheimer usw.). Es ist der N. Hartmannsche Einfluß, der mich z. B. 1944 von Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“ in allem wesentlichen überzeugt sein läßt, so daß ich nach 1945 selbst für die primitivsten und dogmatischsten Elaborate des dialektischen Materialismus sowjetischer Provenienz etwas übrig habe.“

1 Nach Peter Feist habe Harich diesen Widerspruch zumindest in seinen späten Jahren durchaus gesehen und im Gespräch mit ihm reflektiert.

2 Lenin: *Werke, Bd. 38*, S. 263

3 Vgl. Stichwort *Idealismus* (Verf. G. F. Alexandrow) der *Großen Sowjetenzyklopädie*, Reihe Geschichte und Philosophie, Bd. 43, Berlin 1955, S. 11f.

4 Vgl. A. Shdanow: *Kritische Bemerkungen zu G. F. Alexandrows Buch Geschichte der westeuropäischen Philosophie.* Rede auf der Philosophentagung in Moskau, Juni 1947; in der SBZ erstmals im April 1948 erschienen.

5 Die gesamte Passage bei Shdanow lautet: „Die wissenschaftliche Geschichte der Philosophie ist… die Geschichte des Aufkeimens, der Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen materialistischen Weltanschauung und ihrer Gesetze. Insofern der Materialismus im Kampf gegen die idealistischen Strömungen gewachsen ist und sich entwickelt hat, ist die Geschichte der Philosophie zugleich die Geschichte des Kampfes des Materialismus gegen den Idealismus.“ A. Shdanow: *Über Kunst und Wissenschaft*, Berlin 1951, S. 83

trag zur Hegel-Debatte 1956.[1] Ein Jahr später begegnet man bei Georg Klaus derselben Argumentation und Polemik, diesmal mit Blick vornehmlich auf die Entwicklung der Mathematik, die auf der Basis materialistischer Vorstellungen historisch zu Begriffen wie etwa dem der reinen Zahl nicht zu gelangen vermochte.[2]

Harich jedenfalls wurde 1952 auch wegen dieses Einspruchs zum Gegenstand der Parteikritik. Bald nach Beginn seiner Vorlesung beargwöhnten nämlich einige Philosophiestudenten Harichs Konzept als Verstoß gegen die damalige Political Correctness und verlangten Belehrung von der Leitung des Instituts, wie sie sich zu Harichs Abweichung von Shdanows Vorgaben zu verhalten hätten.[3] Diese wurde ihnen in speziell zu Harichs Position einberufenen Diskussionsrunden zuteil, die sich bald v.a. auf seine Vorlesung zum jungen Hegel und auf seine Bewertung der Hegelschen Philosophie überhaupt konzentrierten.

Eine dieser Veranstaltungen im Frühjahr 1952 ist mir, weil besonders grotesk, ziemlich gut im Gedächtnis geblieben. Anwesend waren Kollegen aus dem Philosophischen Institut, Abgesandte aus dem Parteiapparat und wir Studenten des 1. Studienjahres. Der gegen Harich erhobene Vorwurf lautete, er gebe den Studenten in seiner Vorlesung zum jungen Hegel eine falsche Orientierung, da er Hegels Jugendschriften verkläre, die erwiesenermaßen „theologisch", also idealistisch, also reaktionär seien.

Harich wies mit Lukács dieses Urteil als eine neuhegelianische „reaktionäre Legende" (Herrmann Nohl: *Hegels Theologische Jugendschriften,* hrsg. 1907)[4] zurück und verlangte von den Opponenten, dass sie diese Behauptung wissenschaftlich belegen möchten. Befragt, auf welche der Jugendschriften Hegels und auf welche seiner Aussagen sie sich denn beziehe, wussten Harichs Opponenten nichts zu sagen, keinen der einschlägigen Titel oder Hegelschen Gedanken anzugeben, was sie jedoch in gar keiner Weise daran hinderte, nur umso hartnäckiger auf dem reaktionären Charakter bereits des jungen Hegel zu bestehen. Harich geriet ob dieser Ignoranz der Voraussetzungen wissenschaftlicher Streitkultur zunehmend in Rage und forderte seine Kritiker auf, ehe sie sich über den jungen Hegel äußern, sollten sie sich gefälligst hinsetzen und die Texte lesen, die sie hier so sicher zu verurteilen wagen. Das brachte ihm den Vorwurf der „Überheblichkeit" ein, der – heute nicht mehr nachvollziehbar – im O-Ton so lautete: „Das ist die Methode, wie bürgerliche Professoren einen Marxisten, der nicht Bescheid weiß, blamieren."[5] Die Debatte

1 W. Harich: Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels, in: DZfPh 4(1956)5, S. 572

2 Vgl. G. Klaus: *Jesuiten – Gott – Materie*, Berlin 1958, S. 104f.

3 Vgl. *Es geht nicht um Hegel*. Protokoll einer Sitzung des Philosophischen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin vom 16. April 1992, hrsg. von U. Kalkreuth, in: Freitag, 8. Nov. 1991, Nr. 46

4 Vgl. G. Lukács: *Der junge Hegel und die Probleme der kapitalistischen Gesellschaft*, Berlin 1954, Einleitung, und S. 30

5 *Es geht nicht um Hegel,* a.a.O.

gipfelte nach heftigem Schlagabtausch für und wider die Formel von Hegels Philosophie als „aristokratische Reaktion auf die französische Revolution und den französischen Materialismus“ und bei sich an Intensität und Lautstärke permanent steigerndem Einspruch Harichs gegen diese Denunziation schließlich in dem mehrfach hintereinander und in höchster Erregung ausgestoßenen Satz: „Ich lasse auf Hegel nicht scheißen!“ Mit ihm sprengte der gänzlich außer Fassung geratene Harich diese irre Veranstaltung.

Diese erste Runde der Hegel-Debatte, die 1952 stattfand, endete für Harich im Mai 1953 mit einem Parteiverfahren, das ihm ein Magengeschwür und eine Rüge wegen „Überheblichkeit“ gegenüber den Genossen und wegen „antisowjetischer Einstellung“ einbrachte.

Ein anschauliches Bild der Prozeduren, die zu Harichs Parteistrafe geführt haben, vermittelt die gut protokollierte Sitzung des Philosophischen Instituts vom 16. April 1952[1], mit der die eben geschilderte Debatte fortgesetzt wurde.

Harich warf hier seinen Kollegen vor, dass sie die Diskussion um seine Hegel-Vorlesung nicht nach den Regeln des wissenschaftlichen Diskurses führen, dass sie „in der Diskussion nicht mit Argumenten auf meine Ausführungen eingegangen sind. Keine einzige meiner Thesen wurde sachlich diskutiert. … Ich werfe den Genossen vor, daß die Diskussion einfach abgebrochen wird, ohne dass meine Argumente überhaupt diskutiert worden sind. Mit einer solchen Methode kann man keine marxistischen Wissenschaftler erziehen. Mit einer solchen Methode erzieht man die Menschen zur Charakterlosigkeit, zur Kriecherei, zur Doppelzüngigkeit“.

Hierauf erwidert Gen. Dr. Schrickel (Lehrbeauftragter am Philosophischen Institut) im Namen der übrigen Versammelten: „Verstehst Du denn gar nicht, warum wir uns alle mit Deinen sogenannten sachlichen ‚Argumenten‘ nicht auseinandergesetzt haben?“

Harich: „Nein, das verstehe ich nicht!“

Schrickel: „Aber das ist doch ganz klar. Das hat doch einen Sinn. Das haben sich die Genossen … doch genau überlegt. Die Sache ist doch die, dass es sich gar nicht um die Einschätzung Hegels handelt. Die Frage ist ja längst geklärt. Es handelt sich um die Einstellung des Genossen Harich zur Partei. Es handelt sich um die Einstellung des Genossen Harich zur Sowjetwissenschaft. Es handelt sich um die Überheblichkeit des Genossen Harich und nicht um Hegel“[2].

Ich habe aus dieser Debatte ausführlich zitiert, weil sie die Differenz von wissenschaftlichem Diskurs und Parteidiskurs exemplarisch vorstellt, die Harich, wenigstens damals, nicht durchschaut hat. Das Ziel des Wissenschaftsdiskurses ist das Auffinden, resp. die Konstitution wissenschaftlicher Wahr-

1 Vgl. *Ebd.*

2 Eine Anmerkung am Rande: Während Harich 1956 von Ulbricht ins Zuchthaus geschickt wurde, setzte sich Dr. Klaus Schrickel wenige Zeit später in den Westen ab. – Das Harichsche Protokoll eben dieser Sitzung ist gleichfalls erhalten. Es deckt sich inhaltlich weitgehend mit dem hier zitierten Exemplar. T. Grimm hat es in W. Harich: *Ahnenpaß,* a.a.O., S. 248ff. publiziert.

heiten, die erst nach der Debatte, an ihrem jeweiligen Ende realisiert sind. Der Wissenschaftsdiskurs ist also ein Prozess mit prinzipiell offenem Ausgang, und die sachgerecht geführte kontroverse Debatte ist eine Methode, den Prozess der Wahrheitsfindung zu optimieren. So beschaffen hat sich Harich mit Recht eine wissenschaftliche Diskussion vorgestellt.

Für seine Kontrahenten hingegen war die Hegel-Debatte kein Prozess mit offenem Ausgang. Die „Wahrheit", korrekt gesagt, die Gültigkeit der Stalin-Shdanow-These über Hegel wurde hier als parteiamtlich gegeben unterstellt. Ziel der Debatte konnte daher nur noch sein, das Parteimitglied Harich zur Unterwerfung unter die Parteimeinung über Hegel zu bringen, resp. allgemein und negativ formuliert, diejenigen Personen aus dem Parteidiskurs auszuschließen, die diese Diskursstruktur nicht akzeptieren konnten oder wollten.

Den prinzipiellen strukturellen Gegensatz von Wissenschafts- und Parteidiskurs hat Harich damals ebenso wenig begriffen wie die meisten der mit der kommunistischen Partei verbundenen Wissenschaftler.

Es kann nicht behauptet werden, dass die Philosophen der DDR das Verhältnis von Wissenschaftlichkeit (= Objektivität) und Parteilichkeit nicht thematisiert hätten. Die Zunft war im Gegenteil von der Gewissheit durchdrungen, dass bisher zwischen beiden traditionell ein Gegensatz bestanden habe, der jedoch vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus aufhebbar geworden sei, weil Partei für die Arbeiterklasse zu ergreifen, aufgrund der ihr von Marx zugeschriebenen historischen Mission, Partei für die Menschheit zu nehmen bedeute, dass also unter dieser Voraussetzung die *allgemeine* Gattungsvernunft mit dem *besonderen* Klasseninteresse, Wissenschaftlichkeit also mit Parteilichkeit prinzipiell zusammenfalle.

Differenzen innerhalb der Zunft gab es jedoch hinsichtlich der Vorstellung, wie diese Identität beider zu bestimmen sei: als ein *Verhältnis* unterschiedener, relativ selbständiger Momente, wonach wohlverstandene Parteilichkeit voraussetzt, im Wege autonomer wissenschaftlicher Tätigkeit gewonnene objektive Wahrheiten den Parteiurteilen zugrunde zu legen – andernfalls schade die Klasse sich und ihren Zielen. So wollte Harich marxistische Parteilichkeit verstanden wissen, und das lehrte nach meiner Erinnerung auch Georg Klaus in seinen Seminaren. Die andere Lesart der Beziehung beider war die der *Subsumtion*. In diesem Falle wurde die Identität von Objektivität und Parteilichkeit als gegeben, d.h. proletarische Parteilichkeit a priori als Garantie der Objektivität unterstellt, bis zu der oben zitierten absurden Konsequenz, dass im Streit um die Bestimmung der Philosophie Hegels nicht das wissenschaftliche Argument, sondern das Wort der Parteiführung zählte.

Mit dieser Bestimmung der Beziehung von Objektivität und Parteilichkeit wurde m.a.W. der Wissenschaftsdiskurs also dem Parteidiskurs subordiniert, womit der Partei als Repräsentantin der Parteilichkeit, und gemäß der Struktur der Partei, der jeweiligen Führung das Selektionsmonopol überlassen wurde, welches der konkurrierenden Interpretationsangebote seitens der Wissenschaftler sie parteiverbindlich in Geltung setzen würde. Das aber konnte nur

im Apparat durchgesetzt werden. Im Hinblick auf Hegel war das eben die von Stalin abgesegnete Deutung der Hegelschen Philosophie als „aristokratische Reaktion“ usw.

Indiz dafür, dass Harich diesem Zeitgeistphänomen unterlegen ist, dass er die unselige Verquickung von Wissenschafts- und Parteidiskurs nicht durchschaut, sondern wenigstens zeitweilig mitgetragen hat, ist seine schon erwähnte *Hegel-Denkschrift*. In ihr beschwerte er sich bei der Parteiführung, bei Politbüromitglied Fred Oelßner, also ganz oben (und dasselbe versuchte er bei Oberst Kirsanow von der sowjetischen Besatzungsmacht), über den unwissenschaftlichen Umgang der Genossen mit Hegel und der Philosophie. Harich forderte Oelßner damit gewissermaßen auf, er möge durch ein Machtwort der Partei den Genossen begreiflich machen, sich in Sachen Hegel nicht mit Hinweis auf Stalin und Shdanow autoritär zu verhalten, sondern den Regeln der Wissenschaft gemäß zu argumentieren. Mit diesem Akt aber erkannte er die Parteiführung nolens volens als Urteilsinstanz in Sachen Philosophie an, und seine Denkschrift mit all ihren unbestreitbar vernünftigen wissenschaftlichen Argumenten läuft auf das kontraproduktive Ansinnen hinaus, sein eigenes Hegel-Bild als parteiverbindlich festschreiben zu lassen.

Und welcher Philosoph, zumal wenn er jung und Marxist ist, hätte nicht den Drang verspürt, seine Wahrheit in die Welt einzubilden? Der junge Harich jedenfalls hatte ihn in kaum zu überbietender Naivität und Euphorie. „Die Forderung des antiken Denkers Plato, daß die Staaten von Philosophen geleitet werden müssten, ist seit 32 Jahren auf einem Sechstel der Erde verwirklicht,“ schreibt er 1949. „Die Sowjetunion ist das erste Land der Welt, in dem die Wissenschaft regiert. Die Begründer und Führer des Sowjetstaates sind die größten Wissenschaftler und Philosophen unseres Jahrhunderts.“[1] Das Ergebnis von Platons Diskurs mit den Mächtigen, den Verkauf des Philosophen in die Sklaverei, hat Harich damals gewiss noch nicht mitgedacht.

Harich befand sich in der typischen fatalen Situation des Intellektuellen, den eigenständiges gesellschaftskritisches Denken in die kommunistische Partei geführt hat und der in ihr nicht aufhört, selbständig und kritisch zu denken. O-Ton Harich: „Ich höre nicht zu denken auf, wenn ich eine sowjetische Publikation über Hegel lese. Ich denke auch gar nicht daran, dann mit dem Denken aufzuhören; denn wenn mich etwas in die Partei getrieben hat, dann war es das Denken.“[2] Aber angesichts des Deutungsmonopols der Partei hat der Intellektuelle nur die Wahl, entweder von vornherein darauf zu verzichten, seine Denkprodukte in der bestehenden Gemeinschaft durchzusetzen oder sie in der Konkurrenz mit anderen Genossen der Partei als die besseren, den vermeintlichen Parteizielen nützlicheren anzudienen.[3] Harich hat mit seiner Denkschrift den zweiten Weg gewählt.

1 W. Harich: *Triumph der Wahrheit. Über die philosophische Leistung Lenins und Stalins*, in: Tägliche Rundschau 13. 5. 1949

2 W. Harich: *Hegel-Denkschrift*, a.a.O., S. 211

3 Zum Verhältnis von Wissenschafts- und Parteidiskurs vgl. auch C. Warnke: *Kommunistische*

Den nächsten Skandal rief Harich mit einem Artikel hervor, den er 1954, zu Ehren von Ludwig Feuerbachs 150. Geburtstag, geschrieben hatte. In ihm stellte er – wieder einmal konform mit G. Lukács – fest: Während andere Völker, etwa die Engländer und Franzosen auf eine lange materialistische Traditionslinie zurückblicken könnten, stehe Feuerbach mit seinem Materialismus in Deutschland „einsam und einzig" da. „Die Großen der Philosophie des deutschen Bürgertums seit dem 17. Jahrhundert, Leibniz, Kant, Herder, Fichte, Schiller, Schelling, Wilhelm von Humboldt, Hegel, sind ausnahmslos Idealisten, und die Späteren … sind es erst recht. Wer daneben noch eine materialistische Tradition entdecken wollte, fände kaum etwas von Bedeutung, vor allem aber keine Kontinuität, sähe sich vielmehr auf Außenseiter minderen Ranges angewiesen", auf die „Verfasser skurriler Belanglosigkeiten."[1] Die deutschen Materialisten „Außenseiter minderen Ranges"? Dem trat in seinem Feuerbach-Artikel umgehend Kurt Hager entgegen.[2]

Der Hintergrund dieser Kontroverse war der folgende. Im Kontext der internen Hegel-Debatte wurde – angeregt durch Fachrichtungsleiter Kurt Hager und Institutsdirektor Walter Hollitscher – am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität unter Federführung von Klaus Schrickel 1952 eine Arbeitsgruppe zur Erforschung vergessener deutscher Materialisten etabliert. Diese Forschung, in die die Philosophiestudenten einbezogen werden sollten, und gegen die an sich nichts einzuwenden ist, richtete sich jedoch gegen Harichs Profilierungsvorschlag des Philosophiestudiums: „ein Semester Kant und ein Semester Hegel", also ein ganzes Jahr Idealismus. Das erschien den Protagonisten der Shdanow-Fraktion unannehmbar.[3] Die Resultate dieser Materialismus-Forschung sollten beweisen, dass auch in der Geschichte der deutschen Philosophie der Materialismus und nicht der Idealismus das „Banner der aufsteigenden Klassen", des Fortschritts, gewesen sei.[4]

Die Konstruktion der unterstellten materialistischen Traditionslinie ging freilich nicht ohne Gewaltsamkeiten ab. Damit sich diese nicht als unbedeutend erwies, nicht gar zu spärlich ausfiel, wurden in sie kurzerhand die deutschen Pantheisten eingereiht.[5] Natürlich spielte der Spinozastreit der 1780er Jahre auch in Harichs Vorlesung zur klassischen deutschen Philosophie eine

Parteiherrschaft und Wissenschaft. Zur gescheiterten Emanzipation des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der Berliner Humboldt-Universität 1956–1958, im vorliegenden Band S. 57ff.

1 W. Harich: *Über Ludwig Feuerbach*, in: DZfPh 2(1954)2, S. 280. Vgl. auch G. Lukács: *Der junge Hegel*, a.a.O., S.32: „Atheisten und Materialisten gehören im damaligen Deutschland zu den Ausnahmen, sie sind (wie z. B. J. Ch. Edelmann) zumeist isolierte Einzelgänger."

2 Vgl. K. Hager: *Ludwig Feuerbach – ein großer Materialist*. In: Einheit 9 (1954)7

3 Vgl. W. Harich: *Hegel-Denkschrift*, a.a.O., S. 201

4 Vgl. G. Stiehler: *Ein vergessener deutscher Atheist vom Beginn des 18. Jahrhunderts,* in: DZfPh 3(1955)5

5 Vgl. *Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR,* a.a.O., S. 351 ff. Zur materialistischen Traditionslinie gezählt wurden u.a. Matthias Knutzen, Gabriel Wagner, Urban Gottfried Bucher, Karl Ludwig von Knebel, Johann August von Einsiedel, Georg Forster, Heinrich Heine. Die Dissertation von W. Heise 1954 hatte Johann Christian Edelmann zum Gegenstand.

große Rolle. Aber Harich hat nicht den Zwang verspürt, den deutschen Pantheismus eindeutig dem Materialismus oder dem Idealismus zuzuordnen, sondern er hat ihn als eine Gestalt der Philosophie interpretiert, die Momente beider Richtungen an sich hat.

Eine weitere Implikation – mit Harichs dialektischem Verständnis der Beziehung von Materialismus und Idealismus unmittelbar verbunden – war sein gegen die „terribles simplificateurs" vom Schlage Shdanows 1956 expressis verbis erhobene Vorwurf: Mit dieser Formel werde eine unüberbrückbare Kluft zwischen marxistischer und vormarxistischer Philosophie aufgerissen. Die einseitige Fixierung auf die „Überlegenheit" des Marxismus über alle bisherige Philosophie bringe die Kontinuität zwischen beiden zum Verschwinden mit der Konsequenz, wie Harich richtig gesehen hat, dass Geschichte der Philosophie in dieser Sicht nur noch antiquarische Bedeutung haben könne. Was aber, wenn nicht tödliche Langeweile, könnte die Beschäftigung mit einer toten, auf „längst zerschlagene und begrabene philosophische Auffassungen" reduzierte Geschichte der Philosophie hervorrufen?[1]

Diese Betonung philosophiegeschichtlicher Kontinuität ist aufs engste mit Harichs Erbekonzeption verbunden. Harich teilt die marxistische Auffassung, dass die Entwicklung der Philosophie in Marx gipfelt und kulminiert, dass mit Hegel die Philosophie vollendet, Marx die Wahrheit von Hegel ist und die von ihm gestellte Aufgabe nun darin besteht, die Philosophie in die Welt einzubilden. Das impliziert nach dem Konzept der Shdanow-Fraktion und ihrer deutschen Anhänger vom Schlage Gropps, dass man sich demzufolge bei den defizitären, überwundenen Vorläufern, bei der vormarxschen Philosophie, nicht weiter aufzuhalten brauche. Denn alles, was wert war, erhalten zu werden, ist im Marxismus ohnehin kritisch aufgehoben.

Nicht so Harich. Mit Bloch gibt es für ihn ein „unabgegoltenes Erbe der Vergangenheit", d. h. ein nicht oder noch nicht marxistisch aufgehobenes Gedankengut, das uns als „Zukünftiges entgegenkommen kann".[2]

Wie er das verstanden wissen will, hat Harich anlässlich des Feuerbach-Jubiläums ausgesprochen. Natürlich sei es richtig, Feuerbach von Marx her zu sehen. Das werde jedoch – so Harich – „in dem Augenblick falsch, wo man sich durch sein unmittelbares Vorläufertum zum Marxismus dazu verleiten lässt, es sich mit ihm selber allzu leicht zu machen, so als ob sein gesamtes Werk schon dadurch erledigt und abgetan wäre, daß es dem unermeßlich Größeren ein Stück seines Weges bahnen half". Der marxistische Erbantritt „erschöpft sich nicht in der tautologischen Feststellung, daß die überwundenen Stufen des Wissens eben – überwunden sind, sondern sucht sich des Reich-

1 Vgl. W. Harich: *Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels*, a.a.O. S. 563f. Harich zitiert hier Shdanow, der gemäß seiner Konzeption die Geschichte der Philosophie folgerichtig in eine Sammlung toter Artefakte verwandelt. Vgl. A. Shdanow: *Über Kunst und Wissenschaft*, a.a.O., S. 94

2 Vgl. W. Harich: *Die Lehre von Marx und die philosophische Bildung der deutschen Intelligenz*, in: DZfPh 1(1953)2, S. 280

tums bleibender Erkenntnisse ungeschmälert zu versichern, der allein sie zu Stufen des Wissens macht".[1]

Dieses Bestehen auf dem Eigensinn der Gestalten der Philosophiegeschichte, auf ihrem „Reichtum bleibender Erkenntnisse", hat Harich in seinen Vorlesungen auch stets realisiert, so dass man Respekt vor den geistigen Leistungen der Vorvorderen – eben auch der Idealisten – bekam und kaum jene Parvenühaltung gegenüber der Vergangenheit entwickeln konnte, die die Shdanow-Fraktion durch ihr Konzept zu erzeugen wusste.

Harich hat somit genau das getan, was Shdanow dem sowjetischen Philosophiehistoriker G. F. Alexandrow zum Vorwurf gemacht hatte, „fast über alle alten Philosophen ein gutes Wort zu sagen […] in jedem Philosophen vor allem einen Berufskollegen und dann erst einen Gegner zu sehen".[2]

Harichs geschichtsphilosophisches Erbe-Konzept ist eng mit seiner politischen Orientierung verbunden: mit seinem Engagement für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus und seinen Hoffnungen auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Im wiedervereinigten Deutschland werde die marxistische Philosophie mit den bürgerlichen Richtungen konkurrieren müssen, und das könne erfolgreich nur geschehen, wenn der Marxismus nicht als Fremdling in der europäischen Geistesgeschichte daherkommt, sondern als Produkt ihrer besten Traditionen, darunter der klassischen deutschen Philosophie, begriffen wird. Er muss, um diskursfähig zu sein, den allgemeinen Kriterien wissenschaftlicher Argumentation genügen. In dieser Sicht ist das Stalin-Urteil zu Hegel nicht nur sachlich falsch, sondern politisch verheerend.

Harichs Vorlesungen hatten zum Ziel, Philosophen auszubilden, die dieser künftigen Aufgabe intellektuell und bildungsmäßig gewachsen sein würden, und er suchte dieses Ziel und die Anforderungen für seine Realisierung mit der *Hegel-Denkschrift* der Parteiführung nahezubringen, für die philosophische Ausbildung allgemein durchzusetzen. „Die Philosophiestudenten, die wir heute ausbilden", gibt er zu bedenken, „werden sich mit der bürgerlichen Intelligenz Westdeutschlands auseinanderzusetzen haben. Sie werden dazu aber nur imstande sein, wenn sie sich konkrete Kenntnisse unseres nationalen Kulturerbes angeeignet haben".[3]

Mit der gleichen Orientierung ist die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* gegründet worden, wie Harich in der Rückschau betont. Ihre „vier Herausgeber … und aus der Ferne Lukács stimmten überein in dem Bestreben, eine Zeitschrift zu machen, die geeignet sei, die philosophisch interessierte Intelligentsja im ganzen deutschen Sprachraum durch möglichst hohes Niveau zu beeindrucken, um bei ihr Aufgeschlossenheit für marxistisches Gedankengut wecken zu helfen".[4]

Nach Harichs Verhaftung wurde die von Kurt Hager schon länger avisier-

1 W. Harich: *Über Ludwig Feuerbach*, a.a.O., S. 281
2 A. Shdanow, Über *Kunst und Wissenschaft,* a.a.O., S. 93
3 Vgl. *Hegel-Denkschrift*, a.a.O., S. 213
4 W. Harich: *Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit*, a.a.O., S. 29

te Umorientierung der Zeitschrift auf die Behandlung interner Probleme des DDR-Sozialismus vorgenommen, die die bisherigen Herausgeber für provinziell und „philosophisch irrelevant“ gehalten hatten.[1] Und aus solcher Perspektive wird das auf Diskontinuität, Abschottung und Feindbild statt auf Kontinuität, Öffnung und Dialog orientierte Shdanow-Konzept als philosophiehistorisches Pendant zu diesem Provinzialismus erkennbar.

Die Differenzen über das Profil der Zeitschrift reichen bis in ihre Gründungszeit zurück. An Lukács hatte Harich schon im August 1953 geschrieben, dass der damalige Redakteur der Zeitschrift, Klaus Schrickel, „hartnäckig an der Vorstellung einer abgekapselten DDR-Kultur festhält“ und „alles suspekt findet, was nicht seinem Ideal, den ‚Woprosy filosofii‘ genau entspricht“.[2] Die politische Entwicklung nach dem 17. Juni 1953 machte es Harich jedoch möglich, Schrickel als Redakteur loszuwerden – und trotz „flammender Rede“ Rugard Otto Gropps auf einer gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz „gegen den angeblichen ‚Sozialdemokratismus‘“ der Zeitschrift[3] – ihre avisierte Umprofilierung zu verhindern, bis Harichs Verhaftung endgültig den Weg für sie frei machte.[4]

Um zum Schluss zu kommen. Harich war überzeugter Marxist und Kommunist. Es wäre ihm nie eingefallen, das Werk seiner Meister Marx, Engels und Lenin zu problematisieren. Und er war nach eigenem Zeugnis auch Stalinist, der beim Tode Stalins Rotz und Wasser geheult hatte.[5] Als er erfuhr, die Beurteilung Hegels als „aristokratische Reaktion“ stamme von Stalin selbst, hielt er das zunächst nicht für möglich. Die seinem damaligen Stalinismus entsprechende Argumentation: Weil dieses Urteil falsch ist, weil es dem Urteil der anderen Klassiker des Marxismus, ja weil es Stalins eigenem Hegel-Urteil widerspricht, kann es nicht von Stalin stammen. Denn es könne doch wohl „keine Rede davon sein, daß Stalin sich selbst widerspricht“.[6]

1 Ebd. Diese neue Orientierung der DZfPh ist nachzulesen im *Leitartikel der Redaktion* in 5(1957)1 der DZfPh.

2 *Harich an Lukács am 14.8.53, Briefwechsel,* a.a.O., S. 297

3 *Harich an Lukács am 7.4.54, Briefwechsel*, a.a.O., S. 300

4 Im *Leitartikel der Redaktion* der DZfPh 5(1957)1, S. 14 wurde die neue Linie, die die Zeitschrift bis zum Ende der DDR beibehalten sollte, wie folgt, skizziert: „Die Zeitschrift will in Zukunft nicht mehr bloß die geistigen Interessen und Bedürfnisse eines relativ kleinen Kreises philosophisch interessierter Intellektueller befriedigen, sondern soll vor allem dem großen Kreis der Dozenten, Lehrer, Propagandisten, die an den verschiedensten Hoch- und Fachschulen, in den Schulen der Parteien und Massenorganisationen, in der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse usw. auf philosophischem Gebiet tätig sind, Hilfe und Anregung geben. Zu diesem Zwecke werden in den künftigen Heften der Zeitschrift die Probleme der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, des dialektischen und historischen Materialismus, und insbesondere auch die Fragen der sozialistischen Moral und Ethik, einen viel breiteren Raum einnehmen als bisher. Neben der positiven Behandlung dieser Probleme soll zugleich auch in verstärktem Maße eine *sehr konkrete* Auseinandersetzung mit den verschiedensten Auffassungen und Richtungen der bürgerlichen Philosophie in Westdeutschland und ihren Vertretern bzw. Einflüssen in der Deutschen Demokratischen Republik geführt werden.“

5 Vgl. W. Harich: *Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit,* a.a.O., S. 23

6 Vgl. *Hegel-Denkschrift*, a.a.O., S. 206

Als das nicht mehr zu bezweifeln war, wurde sein Stalinismus merklich gedämpft. Er trat gegen Stalins Urteil mit dem Argument an, Stalin mag ja in vielen Dingen recht haben, „das mit Hegel verstehe ich besser“[1], und er bestand weiterhin eisern auf seinem Hegelbild. Daran änderte auch die Parteistrafe nichts, die er sich dafür einhandelte.[2]

In meiner Mitschrift der Vorlesung zur klassischen deutschen Philosophie von 1953/54 finde ich keinerlei opportunistische Zugeständnisse an das Hegel-Bild der Stalin-Shdanow-Fraktion. Harich widmete trotz in der Vorlesung „randalierender FDJ“[3] 20 Stunden der Philosophie Kants und 32 Stunden der Hegels, und auch die philosophische Jugendentwicklung Hegels – vorgestellt nach dem damals in der DDR noch unveröffentlichten Werk von Lukács – hatte den alten Stellenwert behalten.

Auch wenn der „Neue Kurs“ und der 17. Juni 1953 Harichs ideologische Situation nicht vorübergehend entschärft hätten, wäre er zum Kompromiss in Sachen Philosophiegeschichte wohl nicht bereit gewesen. Denn nachdem es ihm mit seiner Intervention bei der Partei nicht gelungen war, den Konflikt mit seinen Zunftgenossen zugunsten seiner wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Position zu lösen, hat sich Harich damals entschieden, die Philosophie nur noch den Regeln des Wissenschaftsdiskurses und nicht mehr dem Parteidiskurs zu unterwerfen.

Das Indiz dafür: In den verschollenen *16 Thesen zur Weiterentwicklung des Marxismus,* dem *Vademekum für Schematiker und Dogmatiker* vom Juli 1956 ist er schließlich an den Punkt gelangt, die Unabhängigkeit der Philosophie, Wissenschaft, Kunst und Moral von der Leitung der Partei zu proklamieren.[4]

Er habe hier das Ziel verfolgt, die marxistische Philosophie als philosophische Richtung *neben* die verschiedenen Richtungen der bürgerlichen Philosophie zu stellen und habe somit friedliche Koexistenz auf ideologischem Gebiet proklamiert. Sie bedürfe des weiteren Gesprächs, des „geistigen Wettstreits“ mit der bürgerlichen Philosophie, die an den Universitäten der DDR wieder zugelassen werden sollte.[5]

---

1 Vgl. *Mit Schirm, Charme und scharfer Zunge*, a.a.O.

2 Zu Harichs Parteistrafe vgl. W. Harich: *Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit*, a.a.O., S. 23.

3 Vgl. W. Harich: *Zur Furcht der SED vor Georg Lukács*, in: Freitag, 7. Juni 1991, Nr. 24, S. 19. Es war dies nach meiner Erinnerung nur eine kleine Gruppe von Studenten, die – wie damals allgemein bekannt – von der FDJ-Leitung der Universität den Auftrag hatten, Harichs Vorlesung über Hegel zu stören. Das große Zittern brach freilich aus, als diese Studenten in Harichs Prüfung mussten. Als Beisitzerin in einer solchen habe ich Harich als vollkommen sachlich und fern jeglicher Rachegelüste erlebt.

4 Vgl. *Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR*, a.a.O., S. 189.

5 So wird der Inhalt der *16 Thesen…* im *Leitartikel der Redaktion* der DZfPh 5(1957)1, S. 6f. referiert. – Diese Einsicht, dass Partei- und Wissenschaftsdiskurs zu trennen sind, scheint Harich später wieder verloren gegangen zu sein. Im Falle der Nietzsche-Diskussion jedenfalls, in die Harich 1987 eingriff, hat er abermals – und wiederum vergeblich – versucht, seine Position durch Intervention bei der Partei, beim Leiter der Abteilung Wissenschaften, Kurt Hager, durchzusetzen. Aber diesmal waren die Gewichte anders verteilt. – In der Hegel-Debatte von 1952–1956 war die parteipolitisch-dogmatische Beschränktheit eindeutig auf Seiten von Harichs Opponenten zu finden, und das Resümee von Harichs Erfahrungen war der Ruf nach der Autonomie des wissenschaftlichen vom parteipolitischen Diskurses gewesen. Indem Harich jedoch die Publikation

Kurz danach ist G. Lukács im *Sonntag* für die Realisierung derselben Ziele eingetreten: dafür, mit Sektierertum und Dogmatismus radikal zu brechen, für friedliche Koexistenz und Dialog der Ideologien.[1]

Mit der Forderung nach Autonomie der Philosophie gegenüber der Partei aber hatte Harich den Rubikon überschritten. Und auch wenn ihn seine politische Plattform nicht ins Gefängnis gebracht hätte, wäre künftig kein Platz mehr für ihn in der offiziellen Philosophengemeinschaft der DDR gewesen.

von Nietzsche administrativ unterbunden wissen wollte, betrieb er jetzt selbst die Vermengung der Diskurse und geriet dadurch in die Rolle des Dogmatikers. Wahrscheinlich musste er sich versagen, das Verhältnis dieser Diskurse zu Ende zu denken, wenn er seiner Devise: „Einmal Kommunist, immer Kommunist" treu bleiben wollte. Dieser Gegensatz der Diskurse, der ja nirgendwo anders als in der Brust der Genossen Wissenschaftler stattfand, ist m. E. nur außerhalb des Systems, das er strukturiert, thematisierbar: also entweder von Personen, für deren Gesellschaftssystem dieser Gegensatz nicht zutrifft, oder von Dissidenten, die aus dem System ausgestiegen sind, oder schließlich von Leuten, die nach dem Ende des gesellschaftlichen Systems, für das er charakteristisch war, bemüht sind, dieses System im Nachhinein zu begreifen. Indem das System thematisiert wird, ist der Thematisierende mental immer außerhalb.

1 Vgl. Lukács, G.: *Der Kampf des Fortschritts und der Reaktion in der heutigen Kultur*, in:*Aufbau*, XII. Jg. (1956) H. 9, S. 761-776

Camilla Warnke

Abschied von den Illusionen – Wolfgang Heise in den sechziger Jahren[1]

> „Ich sehe ein Zunehmen der Kluft zwischen Oben und Unten, zunehmenden Widerspruch zwischen Ideologie und Wirklichkeit, öffentlichem Rollenspiel und privatem Verhalten. (…) Ich sehe Konflikte zunehmen, die aus dem Bewußtsein und der Erfahrung eines bloßen Objektseins… erwachsen. (…) Die Sinngebungen, die wir gesellschaftlich und offiziell proklamieren, erscheinen als bloßes Wort älterer Leute, die es geschafft haben."
> W. Heise: Brief an Kurt Hager vom 18. November 1976.[2]

I

Mit Wolfgang Harichs Verhaftung Ende 1956 hatte die Führung der SED die geistige Landschaft der DDR – und speziell die im Aufbau befindliche Fachrichtung Philosophie – ihres damals wohl kenntnisreichsten und brillantesten marxistischen Philosophiehistorikers beraubt. Diese Lücke hat seit den 60er Jahren zunehmend Wolfgang Heise ausgefüllt, der Harich in Bildung und Wissen ebenbürtig, als Menschentyp und Charakter aber eher sein Antipode war. Während Harich ehrgeizig, eitel und provokant mit Lust Skandale heraufbeschwor, nach eigenem Zeugnis einen Hang zum Größenwahn hatte, in Rede und Schrift Behauptungen zuspitzte, auf Ironie, Übertreibungen und feuilletonistische Gags abonniert war, findet man bei Heise keinerlei Züge von Abenteurertum. Heise war eher introvertiert, uneitel, bescheiden, „jede

---

1 Erstveröffentlichung in: Rauh, Hans-Christoph; Ruben, Peter (Hg.): Denkversuche: DDR-Philosophie in den 60er Jahren. Berlin 2005.

2 Dieser Brief, den Heise anlässlich der Ausbürgerung von W. Biermann an Hager geschrieben hatte, ist nach der Wende mehrfach veröffentlicht worden, zuletzt in: DZfPh 51(2003)5, S. 866. – Der folgende Versuch, Heises ideologische Entwicklung in den 60er Jahren nachzuzeichnen, die in den 70er Jahren schließlich zu den eingangs zitierten Feststellungen führt, findet nach dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus statt. Da ich um diese Erfahrung reicher bin als der 1987 noch in der Gorbatschow-Ära gestorbene Wolfgang Heise, ist mein heutiger Blick auf die DDR-Entwicklung natürlich ein Blick von *Außen* auf das System, auf eine abgeschlossene Etappe gesellschaftlicher Entwicklung, und da stellt sich manches anders dar als dem Akteur *innerhalb* des Systems, anders als innerhalb der historisch noch offenen Situation. Wie Wolfgang Heise Angehörige der Aufbaugeneration der DDR-Philosophie, habe auch ich in der Reformperiode der 60er Jahre auf demokratische Reformen gesetzt, und wie Heise musste ich diese Erwartung mit der Niederschlagung des Prager Frühlings als Illusion begraben. Der Abschied vom Projekt des Kommunismus war auch für mich ein langer Weg.

Pose empfand er als lächerlich“[1], ein Grübler und strenger Moralist in eigener Sache. Seine Texte sind – je später, desto ausgeprägter – vielschichtig und kompliziert, die jeweilige Sache hin- und herwendend, aus verschiedenen Perspektiven bedenkend, kaum je zu endgültigen Schlüssen gelangend – ein Problemdenker, kein Feuilletonist.

Ungeachtet der Gegensätze gibt es zwischen beiden manches Verwandte. Wie Harich stammt der zwei Jahre jüngere Heise (Jahrgang 1925) aus bildungsbürgerlichem antifaschistischem Hause und erfuhr wie dieser seine Sozialisation in der Nazizeit.[2] Anders als Harich Sohn einer jüdischen Mutter, lebte Heise vom 8. Lebensjahr bis in die Jungmännerzeit nolens volens zu seiner jugendlichen Kohorte in einer gewissen Distanz. Und so schuf er sich früh eine Gemeinschaft im Geiste mit Dichtern, Schriftstellern und Malern, so dass er am Ende der Nazizeit und des Krieges zu einem für seine jungen Jahre bereits ungewöhnlich gebildeten Menschen herangewachsen war. In den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges, als der 18-Jährige, in einem Zwangsarbeitslager bei Zerbst interniert, zu Ausschachtungsarbeiten für den Bau eines Militärflugplatzes kommandiert worden war, half ihm Hölderlins „Hyperion“ zu überleben.[3]

Wie Harich begann auch Heise sein aktives politisches Leben nach dem Krieg in Westberlin, wie dieser beteiligte er sich hier am Wiederaufbau kommunaler Strukturen, wurde bald Mitglied der Kommunistischen Partei und übersiedelte Anfang 1953 von West- nach Ostberlin. Beide begannen ihr Berufsleben als Theaterkritiker[4]; und beide haben unmittelbar nach dem Krieg an der Humboldt-Universität Philosophie studiert: Harich setzte sein während des Krieges bei Nicolai Hartmann begonnenes Studium fort und beendete es 1951 mit einer Dissertation zum Thema: „Herder und die bürgerliche Geisteswissenschaft“; Heise studierte zunächst Germanistik und Kunstwissenschaften, ehe er sich der Philosophie zuwandte, in der er 1954 mit einer Arbeit über den deutschen Aufklärer Christian Edelmann promoviert wurde.[5] Beide bildeten sich zu hervorragenden Kennern der klassischen deutschen Philosophie und Literatur aus, und für beide war der Maßstab,

1 Irrlitz, Gerd: Wolfgang Heise und eine der Formen geistiger Opposition in der DDR. In: Die Wirklichkeit des Möglichen? Geschichte und Utopie. Entwicklungen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. 1. Heise-Kolloquium am 8. 11. 1990. Wiss. Z. d. Humboldt-Universität zu Berlin, Reihe Geistes- und Sozialwissenschaften 40 (1991) 8, S. 23.

2 Zu Harichs Sozialisation vgl. Warnke, Camilla: „Wenn mich etwas in die Partei getrieben hat, dann war es das Denken.“ Wolfgang Harichs Weg aus dem antifaschistischen Widerstand in die kommunistische Parteiopposition. In: Berliner Debatte INITIAl 13/2002.

3 Vgl. Heise, Wolfgang: Hölderlin. Schönheit und Geschichte. Textredaktion: Rosemarie Heise und Magdalena Frank. Nachbemerkung von Rosemarie Heise, Berlin 1988, S. 576 f.

4 Salchow, Claudia: Theaterkritik, Theatertheorie, Theaterdebatte. Zwei Studien zu Wolfgang Heises Teilhabe an den Diskussionen um das Berliner Theater der Nachkriegszeit sowie um das DDR-Theater. Inauguraldissertation Berlin 1999.

5 Heise, Wolfgang: Johann Christian Edelmann (1698–1767). Seine historische Bedeutung als Exponent der antifeudalen bürgerlichen Opposition um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Eine Studie zur Geschichte der deutschen Aufklärung. Berlin 1954.

mit dem die Qualität einer Philosophie bestimmbar ist, der durch Aufklärung und klassische deutsche Philosophie entwickelte Vernunftbegriff. Dieser blieb für sie das philosophische Gütesiegel bis ans Ende ihres Lebens. Wie für Harich, so war auch für Heise der geschichtsphilosophische Entwurf Herders dabei von besonderer Bedeutung.[1] Indem Herder den Menschen als der Tiere jüngeren Bruder und die Vernunft der Menschheit als historisches Produkt ihrer eigenen materiellen und geistigen Tätigkeit begreift, fanden sie bei Herder die Wurzeln ihrer Lesart des Marxismus, dessen Wahrheit sie in seinem konsequent materialistisch verstandenen Historismus erblickten. Die marxistische Autorität par excellence ist für Heise daher bezeichnenderweise Marx, vor allem der junge Marx der „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte", der „Deutschen Ideologie" usw.; vom späten Marx sind es vor allem die „Grundrisse" und „Das Kapital", die Heise zu schätzen weiß. Seltener begegnet man in seinen Schriften Engels und Lenin, und auf Stalin findet sich meines Wissens überhaupt kein Bezug.

Heise war also, je später, desto klarer, ein Repräsentant jener Richtung der DDR-Philosophie – welche sie zeit ihrer Existenz als unausrottbare Variante umschloss –, die ihren Materialismus aus der Tradition der klassischen deutschen Philosophie und ihrer Aufhebung durch Feuerbach und Marx herleitete. Aus der theoretischen Arbeit in dieser Tradition war die Erkenntnis erwachsen, dass die menschliche Gattung Schöpferin ihrer selbst ist, indem sie durch materielle und geistige Arbeit ihre Welt, ihre Geschichte erzeugt und bestimmt. Dieser später als „Praxisphilosophie" denunzierte materialistische Ansatz wurde Anfang der 50er Jahre parteioffiziell durch eine Lesart des Materialismus verdrängt, die durch Berufung auf Shdanow und die Sowjetwissenschaft in die sich konstituierende DDR-Philosophie importiert wurde. Aus dieser sind die Implikationen verschwunden, die Marx mit dem Materialismus verband. Aus der Perspektive eines Materialismusbegriffes, der mittels der „Zentralkategorie" der Arbeit begründet wird, in der also materielle und geistige Tätigkeit miteinander vermittelt sind, verbietet sich das ausschließende Entweder-Oder, auf dem die Shdanowsche Lesart des Materialismus beruht. Was ist primär, die Materie oder das Bewusstsein?, lautet die sogenannte „Grundfrage der Philosophie". Und die Antwort ist: Primär ist natürlich die Materie. Folglich ist die philosophische Wahrheit auf Seiten des Materialismus, die der Unwahrheit auf der des Idealismus. Diese Kanonisierung der „Grundfrage" als letztbegründender Ausgangspunkt der Philosophie, die Plechanow, eine Bemerkung von Engels aufgreifend, in die sowjetische Philosophie eingeführt hatte, wurde von Shdanow dann noch überboten durch die These, dass demzufolge aller Materialismus historisch progressiv, aller Idea-

1 Heise, Wolfgang: Herders Humanitätskonzept. Diskussionsbeitrag auf dem Herder-Kolloquium in Weimar, 18. bis 28. Dezember 1978. In: Weimarer Beiträge, Heft 5/1979; wieder publiziert in: Heise, Wolfgang: Realistik und Utopie. Aufsätze zur deutschen Literatur zwischen Lessing und Heine, Berlin 1982.

lismus hingegen reaktionär sei[1] – eine verheerende Vorgabe für die entstehende DDR-Philosophie. Das Sensorium für die Kahlheit und das philosophische Ungenügen dieses Materialismusbegriffes hatte Harich bereits im Seminar bei Nicolai Hartmann erworben, in dem er mit Arnold Gehlens Anthropologie Bekanntschaft gemacht hatte. Heise erwarb es sich spätestens bei der Arbeit an seiner Dissertation.

Durch Shdanows Vorgaben war Harich provoziert worden, nachdrücklich und lautstark darauf zu bestehen, Hegel und die klassische deutsche Philosophie trotz ihres Idealismus den Bataillonen des Fortschritts zuzuordnen, was ihm im Mai 1953 eine Parteistrafe wegen „Überheblichkeit gegenüber den Genossen“ und wegen „antisowjetischer Einstellung“ einbrachte.[2] Im Anschluss an Lukács hatte Harich außerdem die These vertreten, dass es im Gegensatz zu England und Frankreich neben Feuerbach in der deutschen Geistesentwicklung keine fortschrittliche materialistische Tradition von Bedeutung gegeben habe. Um diese These empirisch zu widerlegen, um zu beweisen, dass auch in der Geschichte der deutschen Philosophie nicht der Idealismus, sondern der Materialismus das „Banner der aufsteigenden Klassen“ gewesen sei[3], wurde auf Anregung von Kurt Hager am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität 1952 eine Arbeitsgruppe zur Erforschung vergessener deutscher Materialisten und Atheisten etabliert. Diese wurde von Klaus Schrickel geleitet, – dem damals wohl ärgsten Dogmatiker und politischen Scharfmacher am Philosophischen Institut. Und Unterstützung dieser Position hoffte man auch durch die Forschungen Heises zu Edelmann zu erhalten.

Diese Hoffnung schien nicht ganz unbegründet, denn Heise war damals ein durchaus linientreuer Genosse, „ein ganz strammer Mann“, so Harich im Rückblick in für ihn typischer Übertreibung, der – wie das aufgefundene Protokoll zeigt – in der Tat keinen Einwand gegen das absurde Parteiverfahren geäußert hatte. Harich hat den damaligen Heise den „Tonio Kröger des linken Sektierertums“ genannt, einen Komplizierten, „der sich sehnt nach dem Primitiven – Hansen, den er liebt und zu ihm aufblickt und auch so eine einfache und schlichte Natur sein möchte und erlöst von seiner intellektuel-

1 Vgl. Shdanow, A.: Kritische Bemerkungen zu G. F. Alexandrows Buch „Geschichte der westeuropäischen Philosophie“. Rede auf der Philosophentagung in Moskau, Juni 1947. In deutscher Übersetzung erstmals 1948 erschienen; zu dominierendem Einfluss gelangte Shdanows Sicht aber erst nach 1951 mit der Publikation dieser Rede in: Shdanow, A.: Über Kunst und Wissenschaft, Berlin 1951. Shdanows Sicht – obgleich die sowjetische Philosophie dominierend – wurde auch hier durch den originären Marxschen Ansatz konterkariert, vor allem durch E. V. Iljenkow, der der Moskauer Lehrer von Helmut Seidel gewesen ist.

2 Vgl. Kalkreuth, Uwe (Hrsg,): Es geht nicht um Hegel. Protokoll einer Sitzung des Philosophischen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin vom 16. April 1952. In: Freitag 46/1991; vgl. auch: Warnke, Camilla: Der junge Wolfgang Harich. Seine Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie. In: Gerhardt, Volker, Rauh, Hans-Christoph (Hrsg.): Anfänge der DDR-Philosophie, Berlin 2001, S. 482 f. (Gerhardt; Rauh: Anfänge).

3 Vgl. Stiehler, Gottfried: Ein vergessener deutscher Atheist vom Beginn des 18. Jahrhunderts. In: DZfPh 3(1955)5, S. 541 ff. Nach dem 17. Juni 1953 konnte Harich dieses Urteil über den Materialismus in der deutschen Geistesgeschichte dann auch öffentlich äußern. Vgl. Harich, Wolfgang: Über Ludwig Feuerbach. In: DZfPh 2 (1954) 2

len Kompliziertheit.“ Und er habe Heise immer gesagt: „Also die stinkendsten und miesesten und dreckigsten Sektierertypen“ – wobei er gewiss Schrickel im Auge hatte – „vor denen liegst du auf den Knien. Du bist der Tonio Kröger des linken Sektierertums.“[1] In Heises Verhalten in den frühen 50er Jahren ist in der Tat dieser Widerspruch von intellektueller Kompliziertheit und Parteitreue wahrzunehmen. Heise genoss, wie ich glaube, nachdem er solange ein Paria gewesen war, zunächst wohl einfach das Glück, in der Kommunistischen Partei endlich einer Gemeinschaft anzugehören, in der er Gleicher unter Gleichen war, da es in ihr keine Vorurteile nationaler oder rassischer Art zu geben schien. Und so mochte er zunächst wohl geneigt sein, auch Entscheidungen mitzutragen, denen seine Vernunft widerstrebte, – wie etwa dem genannten Parteibeschluss gegen Harich. „Wolf ist oft bedrückt von der Fragwürdigkeit unserer Wissenschaft“, notiert Heises Frau Rosemarie jedoch bereits am 30. März 1953 in ihrem Tagebuch[2], also zu genau jener Zeit, als das absurde Parteiverfahren im Gange war. Mit dem Gros der jungen kommunistischen Intellektuellen seiner Generation teilte Heise die von seiner Partei nach dem Krieg proklamierten humanistischen Ziele voll und ganz. Dass der Weg dahin nicht ohne den einheitlichen Willen der Partei, nicht ohne Disziplin der Genossen zu haben war, dass die Entwicklung der neuen Gesellschaft, angesichts ihrer Vorgeschichte und der Reste der alten in ihr, sowie dem System des Kapitalismus vor der Tür mit „Kinderkrankheiten“ behaftet ist, schien sich von selbst zu verstehen. Mit solchen Überzeugungen, die zum common sense der Jungkommunisten der sog. Aufbaugeneration gehörten, hat auch Heise lange die politischen Irritationen und desillusionierenden Erfahrungen zu paralysieren gesucht, die er zu machen gezwungen war.

Nichts von dogmatischen Vorurteilen, nichts vom Stallgeruch der Parteiideologie oder gar von linkem Sektierertum ist in Heises 1954 verteidigter und mit großer empirischer und theoretischer Solidität erarbeiteten Dissertation zu finden.[3] In ihr hat Heise höchst kenntnisreich das Tableau der ideologischen Strömungen des frühen 18. Jahrhunderts ausgebreitet und gezeigt, dass und warum es in dieser Zeit in Deutschland keinen bedeutsamen Materialismus gegeben hat. Hineingestellt in dieses Umfeld, zeichnet er den an Brüchen reichen Werdegang Edelmanns nach, der erst gegen Ende seines Lebens über

1 Prokop, Siegfried: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs. Berlin 1997, S. 77.

2 Heise, Rosemarie: Aufbruch in die Illusion? Eine Jugend in der SBZ/DDR. In: Kersting, Franz-Werner: Jugend vor einer Welt in Trümmern. Erfahrungen und Verhältnisse der Jugend zwischen Hitler- und Nachkriegsdeutschland. Weinheim, München 1998, S. 211. Rosi Heise erinnert sich, dass ihr Mann äußerst beunruhigt war, als Stalin kurz vor seinem Tode begonnen hatte, einen Prozess gegen jüdische Ärzte vorzubereiten, der dann nur durch Stalins Tod im März 1953 verhindert worden ist. Die Überzeugung, dass die kommunistische Partei Antisemitismus grundsätzlich ausschließe, geriet dadurch ins Wanken.

3 Heises Dissertation ist aus Gründen, die ich nicht kenne, bedauerlicherweise nie gedruckt worden. Sie ist nur schwer zu bekommen. Ein mit der Maschine geschriebenes Exemplar befindet sich im Heise-Archiv der Humboldt-Universität.

die Zwischenstation einer Rezeption Spinozas zu atheistischer Position gelangt, und mit dieser genauso isoliert und gesellschaftlich wirkungslos bleibt wie vorher mit seiner an die Ideologie der Wiedertäufer – speziell an Mathias Knutzen – anknüpfenden plebejisch-revolutionären Opposition gegen die Kirche. Mit dieser Arbeit aber ist Heise der Kompliziertheit der Beziehungen zwischen sozialer Parteinahme und theoretischer Position gewahr geworden. Und er hat nicht im Entferntesten daran gedacht, in Edelmanns philosophisch unscharfes und schwankendes Denken eine eindeutig materialistische Position hineinzudeuten. Ja, er widerlegt mit seiner Analyse Lukács, der Edelmann ohne Einschränkung zu den wenigen deutschen Atheisten und Materialisten gezählt hatte.[1] Als bleibendes Fazit seiner Arbeit dämmert Heise möglicherweise bereits damals, dass er mit Edelmann, dessen kompromisslosem Antifeudalismus seine ganze Sympathie gehört, auf einen Sozialcharakter gestoßen ist, der – im Rahmen der ideologischen Verhältnisse seiner Zeit – zu radikal und abseitig ist, um produktiv bleiben und auf die Veränderung der Verhältnisse einwirken zu können. Der Atheist Edelmann findet, von überall vertrieben, am Ende des Lebens Asyl nur im Preußen Friedrichs II., aber er darf hier nur leben, nicht publizieren. Diese Geschichte wird Heise – als allgemeines Problem von eigenen politischen Erfahrungen ständig virulent gehalten – von nun an lebenslang verfolgen. Und nicht von ungefähr ist Hölderlin – mit Edelmann sozialtypisch aufs innigste verwandt – die letzte Gestalt deutscher Geistesgeschichte, mit deren Größe und Grenzen sich Heise intensiv und umfänglich vor seinem Tode beschäftigt hat.

II

Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen Harich und Heise ist die Fixierung auf Georg Lukács, jedoch mit deutlich unterschiedlichen Akzenten. Während Harich in ihm zeitlebens seinen über jede Kritik erhabenen Übervater erblickt, ist er zwar auch für Heise Respekts- und Bezugsperson, aber in Sachen Ästhetik und Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Philosophie auch kritikwürdiger Kontrahent. Ende der 50er Jahre tritt Heise in die Debatte um den sozialistischen Realismus ein und entwickelt, als zweite Richtung seines philosophischen Engagements, einen gegenüber Lukács eigenständigen Ansatz zu einer marxistischen Ästhetik.[2] Durch ihn wird Heise einer breiteren Öffentlichkeit

1 Lukács, Georg: Der junge Hegel. Berlin 1954, S. 32.

2 Heise, Wolfgang: Zu einigen Grundfragen der marxistischen Ästhetik. In: DZfPh. 5 (1957) 1. (Heise: Zu einigen Grundfragen) Hier setzt sich Heise mit Walter Besenbruchs Buch: Zum Problem des Typischen in der Kunst. Weimar 1956 auseinander, das dem Realismusbegriff von Lukács verpflichtet war. Lukács selbst, den Schöpfer der in der DDR gängigen Literaturtheorie, attackiert er 1958 in den folgenden Aufsätzen: Zu Problemen des sozialistischen Realismus in Deutschland. In: Weimarer Beiträge. Zeitschrift für deutsche Literaturgeschichte. Sonderheft 1958; (Heise: Zu Problemen) und: Zu einigen Problemen der literaturtheoretischen Konzeption Georg Lukács'. In: Junge Kunst. Organ des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend. Heft 7/1958.

bekannt. Lukács' ästhetisches Konzept war in der unmittelbaren Nachkriegszeit und in der DDR in den 50er Jahren sozusagen die Bibel der marxistischen Kunst- und Literarturtheorie gewesen. Dieses Monopol begann nicht zuletzt durch Heises Kontraposition in den 60er Jahren brüchig zu werden, und seit den 70er Jahren hat sie sich immer stärker durchgesetzt.

Zu Heises Ästhetikkonzept begnüge ich mich mit einigen Stichworten, da der Ästhetikdiskussion der 60er Jahre im vorliegenden Band ein eigenes Kapitel gewidmet ist.[1] Heises Kritik an Lukács und seinen DDR-Adepten richtete sich gegen jene die Erkenntnistheorie und mit ihr die Kunst-Debatte damals dominierende platte Abbildtheorie, wonach das Kunstwerk wie das Produkt wissenschaftlichen Erkennens ein objektives Abbild der Wirklichkeit zu vermitteln habe. Ganz abgesehen davon, dass diese Vorstellung auch das konstruktive Moment wissenschaftlicher Erkenntnistätigkeit nicht in Rechnung stellt, also gewissermaßen hinter Kant zurückfällt, greift sie zur Bestimmung ästhetischer Wirklichkeits-Aneignung zu kurz. Zu Recht macht Heise daher geltend: „Die Aneignung der Wirklichkeit ist nicht mit der Herstellung des Kunstwerks vollzogen, sondern umfaßt den Produktions- und Konsumtionsprozess, schließt Wirkung und Aneignung ein. Die künstlerische Aneignung der Wirklichkeit ist ein lebendiger sozialer Prozeß, in dem allein das Kunstwerk als Kunstwerk existiert. Außerhalb dieses Prozesses verliert es die gesellschaftliche Qualität des Kunstwerkes, wird toter Stoff und leeres Zeichen."[2] Die soziale Natur der ästhetischen Aneignung aber impliziert, dass Realismus nicht mit Lukács auf eine bestimmte Form festzulegen ist. „Sein Modell ist nicht die Kunst und Literatur des 19. Jh.", sondern „Realismus gibt es, solange es Kunst gibt … Er ist historisch zu fassen, trägt mancherlei Gestalt, und für manche Perioden haben wir verlernt, seine Sprache zu verstehen."[3] Durch diese Erweiterung des Realismusbegriffes aber konnte die sozialistische Kunst aus dem Prokrustesbett, in das Lukács sie gezwängt hatte, befreit werden. Und Heise schritt auch gleich zur Tat, indem er Lukács' Abwertung des Expressionismus und Geringschätzung Brechts als Verengung attackierte. Mache man schließlich – wie Walter Besenbruch den Spuren Lukács' folgend – das „Typische in charakteristischer Erscheinung" zur Grundkategorie der Ästhetik, so führe das zu „unfruchtbarem Schematismus", weil es eine „postulatorische Haltung gegenüber der künstlerischen Praxis", d.h. die Forderung nach „personifizierten Abstrakta" sei, die schon Engels verspottet habe. Die hier von Heise kritisierte Position aber hat genau jenem diktatorischen ideologischen Regime gegenüber den Kunstproduzenten entsprochen, das das Normalverhalten von Funktionären in der Kulturpolitik der DDR war.[4] Als Konsequenz, wenn damals auch noch nicht ausgesprochen, enthält dieser innovative Ent-

1 Vgl. Michael Franz: Der „ Auszug der Ästhetik aus der Philosophie". Philosophische Ästhetik auf dem Weg in die Interdisziplinarität. In: H.-C. Rauh/P. Ruben: Denkversuche, Berlin 2005, S. 281 ff.
2 Heise: Zu einigen Grundfragen, S. 53.
3 Ebd., S. 62.
4 Vgl. ebd., S. 66 f.

wurf einer marxistischen Ästhetik die Idee, dass die Kunst ein vorzügliches Mittel sei, „Bewusstheit über die eigene Wirklichkeit“ zu erzeugen; ein „Indikator“ zu sein, der der „Selbstaufklärung“ diene, und also gerade dort, wo ihre Probleme sichtbar werden, in einer Gesellschaft unverzichtbar sei, „die sich von Illusionen befreien muss, um sich mit Bewußtheit verändern zu können.“[1] Diese Funktion der Kunst stark zu machen, ist fortan ein permanentes und dringendes Anliegen Heises gewesen.

Seine Absage an Lukács' ästhetisches Konzept begründet Heise auch politisch. Da ist er noch der „ganz stramme Mann“, und das klingt so: „Ihre Wurzel hat diese Konzeption im Bereich des Politischen, ihren unmittelbaren Ausdruck findet sie in Lukács' Auffassung der Demokratie. Sie ist begründet in einem ständigen Wegstreben vom proletarischen parteilichen Klassenstandpunkt zu einem kleinbürgerlich-demokratischen, sie erweist sich gegenüber der marxistisch-leninistischen Position als eine revisionistische, auf ideologische Koexistenz hin tendierende Konzeption.“[2] Diese denunziatorischen Zeilen hat Heise 1958 geschrieben. War er von der Richtigkeit dieses Vorwurfs überzeugt (oder bediente er nur die offizielle Parteimeinung und Parteisprache, um seine ästhetische Position durchzusetzen)? Immerhin hatte der XX. Parteitag stattgefunden und Heise hatte sich – wie seine Frau sich erinnert – die Geheimrede Chrustschows beschafft. Konnte sich ein gebildeter Marxist, der Heise ja war, angesichts der Enthüllungen über die Verbrechen der Stalinzeit mit der Formel vom Personenkult zufrieden geben? Ende 1956 hatte sich der ungarische Aufstand ereignet, der durch sowjetische Intervention blutig niedergeschlagen worden war. Lukács war verhaftet und an einen unbekannten Ort verschleppt worden. Hat Heise den ungarischen Aufstand damals zweifelsfrei für eine Konterrevolution gehalten und Lukács für ihren Protagonisten? Als Harich Ende November 1956 verhaftet wurde, schlug der Blitz dann sogar ganz in der Nähe ein. Hat sich Heise damals gefragt, ob dieser mit seinen Stärken und Schwächen ihm wohlbekannte Mann, wirklich ein gefährlicher Verschwörer gegen den sozialistischen Staat sei, den man rechtens zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilen müsse? Gegen Zweifel an der politischen Vernunft in der eigenen und der sowjetischen Bruderpartei half damals – vielleicht auch Heise – die in der Partei gängige Formel, dass einer *objektiv* Klassenfeind sein könne, ohne es indes *subjektiv* sein zu müssen. Und Harich hatte immerhin mit dem Ostbüro der SPD konspiriert. Spätestens seit damals war eines der ungeschriebenen Gesetze von Heises Verhalten: keine Kritik der Politik des eigenen Lagers in den Westmedien!

Seit dem XX. Parteitag hatte es vor allem unter den jungen Intellektuellen der DDR Debatten über den Leitungsstil in Partei und Staat gegeben, und mit Lukács war eine ihrer zentralen Forderungen, mehr Demokratie auf allen Ebe-

1 Vgl. Trebeß, Achim: Entfremdung und Ästhetik. Eine begriffsgeschichtliche Studie und eine Analyse der ästhetischen Theorie Wolfgang Heises. Stuttgart, Weimar 2001. S. 247. (Trebeß: Entfremdung)

2 Heise: Zu Problemen, a.a.O., S. 27.

nen des gesellschaftlichen Lebens zu wagen.[1] Anfang 1958 wurde diese Debatte schlagartig abgewürgt, indem die Stasi in einer DDR-weiten Kampagne an Universitäten und Hochschulen Gruppen von angeblich staatsfeindlichen Dozenten und Studenten verhaftete. Eine solche Gruppe von drei Studenten wurde auch am Arbeitsplatz von Wolfgang Heise, am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität ausfindig gemacht, im März 1958 verhaftet und im September zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.[2] Was hat sich Heise gedacht, als er erfahren musste, dass sich diese Urteile auf nichts als auf Diskussionen junger Leute um einen verbesserten Sozialismus stützen konnten? Wir wissen es nicht und können es aus Texten Heises aus dieser Zeit auch nicht erschließen. Dass nach all diesen Erfahrungen ein politisches Umdenken Heises eingesetzt hat, ist jedoch gewiss.[3]

Achim Trebeß führt Heises politische Differenzen mit Lukács auf generationsverschiedene Lebenserfahrungen mit dem Faschismus zurück. Während sich Lukács sein politisches Urteil in der Zeit des Kampfes gegen den entstehenden und zur Macht gelangenden Faschismus gebildet habe, gehe Heise von den Folgen des Faschismus aus – dem alles zerstörenden Krieg, der mörderischen Barbarei und geistigen Verwüstung. Folglich habe er, um faschistischen Verhältnissen künftig vorzubeugen, auf die Diktatur des Proletariats gesetzt, Lukács hingegen auf die Demokratie als einen Faschismus, und – so muss man wohl hinzufügen – das terroristische System des Stalinismus gleichermaßen ausschließenden Gesellschaftszustand.[4] Trebeß' Vermutung kann ich nicht teilen, da die führenden Funktionäre der SED derselben Generation wie Lukács angehörten, ohne indes dieselben politischen Schlüsse wie dieser zu ziehen. Im Grundkurs politischer Theorie hierzulande, den Heise absolvierte, galt die Kominterndefinition des Faschismus, wonach dieser als sein notwendiges Produkt unmittelbar aus dem Kapitalismus hervorgeht, also letztlich nur durch den Übergang zur Diktatur des Proletariats zu verhindern ist.[5] Und das Nachdenken über mögliche kausale Verbindungen zwischen fehlenden demokratischen Strukturen und dem System des Stalinis-

1 Vgl. Lukács, Georg: Der Kampf des Fortschritts und der Reaktion in der heutigen Kultur. In: Aufbau XII. Jg. (1956), H. 9, S. 761-776.

2 Zu diesem Vorgang fand im Oktober 1990 an der Humboldt-Universität eine Aussprache statt. Vgl. Burchard, Amory: Vor 32 Jahren: Aus dem Hörsaal ins Gefängnis. Der Tagesspiegel, 21. Oktober 1990. S. 50.

3 Davon zeugt z.B. das folgende Indiz. 1960 begibt sich Heise auf die Baustelle, auf der Alfred Schwandt, einer der im Zusammenhang mit den genannten Verhaftungen zur Bewährung in die Produktion geschickten Studenten, arbeitet, und agitiert den störrisch Widerstrebenden hartnäckig, sein Studium wieder aufzunehmen. Und nachfolgend hat er sich um dessen Dissertation und Promotion gekümmert.

4 Vgl. Trebeß: Entfremdung. S. 234 ff.

5 „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals." Diese Ende 1933 auf einer Tagung des Exekutivkomitees der Komintern verbindlich angenommene und dogmatisch festgeschriebene Definition hat bis zur Wende 1989 die Faschismusforschung in der DDR bestimmt und behindert. Heise scheint sie damals unwidersprochen vorausgesetzt und angenommen zu haben, dass in der benachbarten Bundesrepublik der Faschismus wieder unmittelbar vor der Tür stehe.

mus wurde durch die Reduktion des letzteren auf „Personenkult“ parteioffiziell vernebelt und blockiert. Es sind also zwei Fraktionen innerhalb derselben Generation der kommunistischen Bewegung, die sich in dieser ideologischen Differenz artikulieren. Und Heise steht damals noch am Anfang des Weges, die vorgefundenen politischen Positionen zu hinterfragen.

III

Vorerst sieht Heise die ideologischen Vorurteile und Illusionen vornehmlich beim Klassengegner versammelt. Unter dem Titel „Aufbruch in die Illusion“[1], unter dem er 1964 seine Habilarbeit veröffentlicht, tritt er abermals gegen Lukács an. Diesmal ist der Stein seines Anstoßes Lukács’ Schrift „Zerstörung der Vernunft“, die auf Harichs Drängen, und redaktionell von ihm betreut, 1954 im Aufbau-Verlag erschienen war und seither als eine Art Handbuch zur Beurteilung der Strömungen und Gestalten der spätbürgerlichen Philosophie galt. Ich werde darauf verzichten, auf die konzeptionellen Differenzen einzugehen, die Heises Ansatz von dem von Lukács trennen. Sie sind aus heutiger Sicht marginal und verschwinden hinter der gemeinsamen Linie, die spätbürgerliche Philosophie, gemessen an Aufklärung und an klassischer deutscher Philosophie – je später desto ausgeprägter –, als allgemeinen Verfallsprozess philosophischen Denkens zu charakterisieren, der durch den Vormarsch von Irrationalismus (Lukács) resp. illusionäres Selbstverständnis der geschichtlichen Akteure (Heise) gekennzeichnet ist. „Aufbruch in die Illusion“ ist in gewissem Sinne der Höhepunkt von Heises dogmatischer Periode. Und vor allem dieses Buches wegen hat Norbert Kapferer Heise unter die Betonköpfe des Systems, seine sogenannten „Kaderphilosophen“ eingereiht.[2] Das ist jedoch ein krasses Fehlurteil, wenn man Heises wissenschaftliche Gesamtbiografie bedenkt.

Aber selbst im Hinblick auf dieses Buch zögere ich, es bei Kapferers Urteil zu belassen. Zunächst fällt auf, dass Heise (wie natürlich auch Lukács) die philosophischen Texte, die er vorstellt und analysiert, sorgfältig gelesen und in einer nicht unwesentlichen Dimension auch durchaus verstanden hat – was

1 Heise, Wolfgang: Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland. Berlin 1964.(Heise: Aufbruch in die Illusion). Es ist dies seine Habilitationsschrift von 1963, die den Titel trägt: Philosophie als Krisenbewußtsein und illusionäre Krisenüberwindung. Eine Untersuchung zu den Gesetzmäßigkeiten der Entwicklungstendenzen der modernen bürgerlichen Philosophie in Deutschland.

2 Vgl. Kapferer, Norbert: Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988. Darmstadt 1990. S. 243. Man wird unter Heises Schülern kaum einen finden, der dieses Urteil Kapferers teilt. Vgl. Krüger, Hans-Peter: Rückblick auf die DDR-Philosophie. In: Frankfurter Rundschau, 23. Februar 1991, S. ZB 3 (Spalte 1); Herzberg, Guntolf: Modellfall G. H. In: Herzberg, Guntolf: Abhängigkeit und Verstrickung. Studien zur DDR-Philosophie. Berlin 1996. S. 88 f., (Herzberg: Abhängigkeit); Warnke, Camilla: Über Parteipolitik in der DDR-Philosophie. Essay anlässlich von Norbert Kapferers Buch: Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945-1988. In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 19 (1991) 3, S. 380 f.

man keineswegs von allen DDR-Ideologiekritikern sagen kann –, verstanden als Ausdruck lebensweltlicher Befindlichkeit unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, denen sie entstammen. Und diese Art Verständnis spätbürgerlicher Philosophie hat er dann natürlich auch den Studenten in seinen Vorlesungen vermittelt. Kraft Vorbildung und Engagement für kulturelle Phänomene war er freilich besser gerüstet, der lebensphilosophischen Linie angehörige Texte sinngemäß zu erschließen, als Texte der sogenannten positivistischen Linie. Während ihm hier manche Fehlinterpretation unterläuft, wie meines Erachtens etwa im Falle von Edmund Husserl, hat er in umfänglichen Vorlesungen etwa zu Nietzsche, Kierkegaard, Heidegger und Adorno eindrucksvolle Beispiele bester marxistischer philosophiehistorischer Analyse vorgestellt.[1]

Heises Kritik beruht auf folgenden Prämissen. Die spätbürgerlichen Philosophen registrieren und reflektieren zwar sehr wohl die in ihrer Welt vorgefundenen Erscheinungen, aber sie vermögen diese in ihrem Wesen nicht zu begreifen, weil sie, im bürgerlichen Klasseninteresse befangen, nicht über ihren Tellerrand, d. h. über die historischen Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft hinausschauen und hinausdenken wollen und können. Die kapitalistische Gesellschaft befinde sich im Entwicklungsstadium ihrer allgemeinen Krise und sei nun in ihr Endstadium eingetreten. Individuelles Handeln und gesamtgesellschaftliches Resultat seien völlig auseinandergetreten; in allen Bereichen der Gesellschaft werden die Produzenten von ihren Produkten beherrscht, was als Ohnmacht gegenüber den selbstgeschaffenen gesellschaftlichen Lebensbedingungen, als *Entfremdung* erlebt und als Geschichtspessimismus reflektiert werde. Auf diese Situation reagiere das bürgerliche philosophische Bewusstsein mit dem Zweifel an der Erkennbar- und Beherrschbarkeit der Welt, mit der Abwertung der Vernunft und der Fortschrittsidee. Mit Ludwig Landgrebe wird das nach dem I. Weltkrieg Neue im „Bruch mit der Gesamtheit der philosophischen Entwicklung seit Descartes“ gesehen und der „Gehalt dieses Bruches“ im „Abwerfen eines Modells der wissenschaftlichen Weltinterpretation. Umgekehrt ziele diese Bewegung auf einen neuen Zugang zum Sein, zu Gott.“[2] Wendung zu religiösen, mythologischen und mystizistischen Erklärungsmustern sei die „letzte Wandlung des Idealismus am Ende der Klassengesellschaft“.[3] Die von Heise dingfest gemachten Tendenzen der modernen bürgerlichen Philosophie sind unbestreitbar vorhanden. Und es ist natürlich auch wahr, dass sie im Boden lebensweltlicher Erfahrungen wurzeln, also aus ihm erklärt werden können. Insoweit kann man auch heute noch Heises marxistischer ideologiekritischer Interpretation mit Gewinn folgen.

Was diesen Text, wie nahezu alle in der DDR seinerzeit zur Kritik der bürgerlichen Ideologie geschriebenen Texte, so schwer erträglich macht, ist

1 Dies weist die im Heise-Archiv befindliche Vorlesungsmitschrift von Guntolf Herzberg aus, die die Studienjahre 1963/1964 bis 1966/1967 umfasst.
2 Heise: Aufbruch in die Illusion. S. 23.
3 Vgl. ebd. S. 31.

das hohe Pferd, von welchem herab ihre Autoren argumentieren. Sie glaubten alles besser zu wissen als ihre bürgerlichen Kollegen, denn sie begriffen sich als die Protagonisten einer Gesellschaft, in der mittels Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die gesellschaftliche Entwicklung geplant, also mit Bewusstsein realisiert wird, wodurch sie ihre Krisenhaftigkeit, ihre zerstörerischen Züge verliert. Und dieser Gesellschaftszustand werde historisch gesetzmäßig im weltgeschichtlichen Maßstab die kapitalistische Gesellschaft ablösen. Mit ihm aber werde das Verhältnis der Ohnmacht der Individuen gegenüber den selbstgeschaffenen Lebensbedingungen, also die Entfremdung und mit ihr das Bedürfnis verschwinden, die Lebenswirklichkeit durch Illusionen und Mystizismen zu verkehren und zu verklären.[1]

Diese Gewissheit, mit der historischen Wahrheit im Bunde zu sein, die die Prämisse auch von Heises ideologiekritischem Unternehmen war, hat sich – wie wir heute wissen – als Schimäre erwiesen. Philosophie hat es mit dem Woher und Wohin der menschlichen Gattung zu tun. Wenn sich im Gange ihrer Entwicklung herausstellt, dass sich die Gattung anders verhält und entwickelt als von einer bestimmten Philosophie behauptet und vorausgesagt, sind deren Prämissen zu überdenken. Dann ist zu fragen, inwieweit der eigene Denkansatz nicht selbst Ideologie und verkehrtes Bewusstsein ist, inwieweit die Urteile über die Denkansätze der kritisierten Kontrahenten wahr sind, und ob bestimmte, als ideologisch denunzierte Aussagen den wirklichen Verhältnissen nicht vielleicht besser gerecht werden als die eigenen.

Heise hat sich im Zuge desillusionierender gesellschaftlicher Erfahrungen zunehmend diesen Fragen gestellt, über Möglichkeiten nachgedacht, den hausgemachten Illusionen mit Selbstaufklärung zu Leibe zu rücken, und er wird sich schließlich – so Achim Trebeß – „von der Illusion verabschieden, dass eine Situation entstehen könnte, die ohne Illusion wäre“.[2]Auf eine ihm nahegelegte zweite Auflage seines Buches hat er deshalb verzichtet: Allzuviel hätte er daran zu ändern gehabt. Und bereits in den 60er Jahren ist – nach dem Zeugnis seiner Frau – in seinem Kopf der Plan entstanden, diesem Band einen zweiten zur Selbstkritik der eigenen sozialistischen Ideologie folgen zu lassen. Dieser zweite Band, den sich Heise für die Zeit der Rente vorgenommen hatte, ist nie geschrieben worden, und er hätte zeit der Existenz der DDR auch keine Chance gehabt, das Licht der Öffentlichkeit zu erblicken. Aber allein dieser Plan versöhnt im Nachhinein ein wenig mit dem ersten Band und seiner besserwisserischen Attitüde.

1 Vgl. ebd. Vor allem Kapitel 1.
2 Trebeß: Entfremdung. S. 243.

IV

Nach seiner Habilitation 1963 wurde Heise zum Professor für Geschichte der Philosophie ernannt.[1] Wenige Monate später sollte er auf Betreiben seines langjährigen Freundes Werner Tzschoppe, zu dieser Zeit 1. Sekretär der SED-Parteileitung der Humboldt-Universität, die Nachfolge des emeritierten Prorektors für Gesellschaftswissenschaften, Prof. Robert Naumann antreten, welcher sich Ende der 50er Jahre besondere Meriten im Kampf gegen den „Revisionismus" erwarb, indem er für Kahlschlag unter dem Personal des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums gesorgt hatte: für hohe Zuchthausurteile seiner Leiter und Entlassung eines Drittels seines Personals, und zwar der befähigtsten Leute.[2]

Nach dem Mauerbau 1961, nach einer kurzen Periode erneuten Waffengeklirrs, regte sich unter jungen kommunistischen Intellektuellen die Hoffnung, dass es im Lande künftig demokratischer und freier zugehen werde. Man war nun gewissermaßen unter sich; das durch die offene Grenze provozierte Ausbluten der DDR war zum Stillstand gekommen, und die durch die Abwehr feindlicher Störungen bedingten diktatorischen Züge der Politik von Partei und Regierung, die das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat belasteten, könnten jetzt überwunden werden. Nun müsse man sich ungestört der inneren Entwicklung zuwenden, ihre Widersprüche und Verwerfungen benennen und abbauen, Untertanen in politisch emanzipierte Individuen verwandeln, usw. Diese Hoffnung schien realisierbar, zumal der XXII. Parteitag der KPdSU 1961 ganz im Zeichen der Entstalinisierung gestanden hatte. Auf dem VI. Parteitag, Januar 1963, war das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖSPL) auf den Weg gebracht worden und sein Erfinder, Walter Ulbricht, hatte ausdrücklich gefordert, die in Angriff genommene Reform auf die anderen Bereiche der Gesellschaft auszuweiten, also auch in diesen, wie in der Wirtschaft, zentralistische Strukturen abzubauen, größere Selbständigkeit der Kollektive und Individuen anzustreben, Eigeninitiative, Schöpfergeist und Mut zum Experiment zu entwickeln.

---

1 Einige Daten zu Heises akademischer Laufbahn: Studium an der Humboldt-Universität seit 1946 mit dem Ziel, eine allgemeine Ideologiegeschichte zu erarbeiten. Dazu hörte er Vorlesungen in Geschichte, Wirtschaftsgeschichte, Germanistik, Kunstgeschichte und Philosophie, ebenfalls Ethnologie; seit 1949 Aspirant; seit 1952 Oberassistent am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität, 1954 Promotion; 1955 Wahrnehmung einer Dozentur für Theorie und Geschichte der Ästhetik; 1958 Wahrnehmung einer Professur für Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie; 1963 Habilitation und Professor mit vollem Lehrauftrag für Geschichte der Philosophie; 1972 Ordentlicher Professor für Geschichte der Ästhetik (Sektion Kunstwissenschaften/Ästhetik). Vgl. Heise-Archiv (AH) I-7. 1/1-7.

2 Vgl. Warnke, Camilla: Kommunistische Parteiherrschaft und Wissenschaft. Zur gescheiterten Emanzipation des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der Berliner Humboldt-Universität 1956-1958; im vorliegenden Band S. 57ff. – Vgl. auch Herzberg, Guntolf: Zwischen Parteilichkeit, Revisionismus und Opposition. Die Verfolgung und Verurteilung einer Gruppe von Philosophen an der Berliner Humboldt-Universität 1957/58. In: Herzberg, Guntolf: Aufbruch und Abwicklung. Neue Studien zur Philosophie in der DDR, Berlin 2000.

In diesem Klima hielt Tzschoppe seinen Freund Heise für den geeigneten Mann, im dogmatisch erstarrten Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium die Verhältnisse wieder zum Tanzen zu bringen. Denn Tzschoppe und Heise waren sich einig, dass man „gründlich und radikal Prinzipien, System und Methoden der Leitung der Wissenschaft ändern und den Kreis der breit zu diskutierenden Fragen entschieden erweitern müßte“[1] – so Tzschoppe. 1964 hatte Havemann sein auf wissenschaftskritischen Vorlesungen an der Humboldt-Universität basierendes Buch „Dialektik ohne Dogma“ im Westen publiziert und damit ein Parteiverfahren gegen sich ausgelöst.[2] Tzschoppe hatte es abgelehnt, die Vorlesungen Havemanns zu unterbinden. Er und Heise hielten den Dialog und nicht den Ausschluss für das geeignete Mittel, mit den philosophischen und ideologischen Differenzen mit Havemann umzugehen, obwohl sich Heise mit Havemanns positivistischer Attitüde und philosophischem Dilettantismus natürlich in keiner Weise befreunden konnte. Und schließlich haben beide nach der Kafka-Konferenz (in Lidice im Mai 1963), – wie in anderen Intelligenzzirkeln der DDR auch – über Entfremdungsphänomene in der sozialistischen Gesellschaft debattiert. Dieses Thema aber war für Heise nicht neu, denn der Begriff der Entfremdung hatte – freilich bislang als Phänomen vorsozialistischer Gesellschaften, insbesondere der kapitalistischen Formation – als eine ihrer theoretischen Säulen bereits seine ideologiekritische Konzeption getragen. Dass auch Tzschoppe von diesem Virus infiziert war, spricht er in seiner selbstkritischen Erklärung an die Bezirksleitung der SED vom 15. März 1964 aus: „…Ohne etwa mit Fischer, Garaudy, Aragon, Goldstücker usw. in allen Punkten einverstanden zu sein, hielt ich eine Reihe von Fragestellungen für sehr fruchtbar. Ich war der Meinung, dass wir in der DDR in dieser Beziehung erheblich im Rückstand seien.“[3]. Welche Fragestellungen Tzschoppe hier meint, war kurz zuvor in der „Humboldt-Universität“ aus Heises Feder nachzulesen. Ganz d’accord mit Ulbrichts Reformprogramm heißt es da: Der Wettbewerb mit dem Kapitalismus zwinge uns zu schneller Niveauentwicklung, was letztlich „auf die Entwicklung des sozialistischen Individuums und die Bedingungen seiner Kraft- und Fähigkeitsentfaltung“ hinauslaufe – „mit anderen Worten – die Aufhebung der Entfremdung als fortschreitender Prozess“.[4]

1 Erklärung des Genossen Werner Tzschoppe vom 15. 3. 1964 an das Sekretariat der Bezirksleitung. In: IfGA, ZPA, IV A 2/ 9. 04 / 103. auch in: AH: III – 4. 1. 4. 1./1 (Erklärung des Genossen Werner Tzschoppe)

2 Zu diesen Vorgängen um Havemann, Tzschoppe und Heise vgl. Herzberg, Guntolf: Robert Havemann und die Philosophie. In: Herzberg: Abhängigkeit.

3 Erklärung des Genossen Werner Tzschoppe. Im Themenplan der Zeitschrift „Humboldt-Universität“ findet man im Rahmen einer Artikelserie „Geistige Probleme unserer Zeit“ den Artikelvorschlag: „Über die Entfremdung des Menschen“, für den Heise als Autor ins Auge gefasst worden war.

4 Heise, Wolfgang; Eichhorn; Wolfgang: Wohin diskutieren? In: Humboldt-Universität 1/64. S. 7.

V

Soviel zur Vorgeschichte von Heises Artikel: „Über die Entfremdung und ihre Überwindung“, der meines Wissens unbeanstandet in Heft 6/1965 der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ erscheinen konnte. Vor dem berühmt-berüchtigten 11. Plenum (16.-18. Dezember 1965) war das noch möglich, wenngleich die der Reform Ulbrichts feindlich gesinnten Kräfte im Parteiapparat zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich an Boden gewonnen hatten. Die Ablösung Tzschoppes, der ganz im Sinne der Reformlinie agiert hatte, war auf Betreiben von Paul Verner, dem 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin, erfolgt und war bereits ein Teilsieg der Fraktion der Betonköpfe.[1] Der Ausschluss Havemanns aus der Partei am 12. März 1964 und seine fristlose Entlassung ein weiterer. Heise hatte als einziges Mitglied der Parteileitung gegen Havemanns Ausschluss gestimmt[2] und erlitt – geschockt durch die terroristische und inquisitorische Atmosphäre, die daraufhin gegen ihn entfacht wurde – einen Nervenzusammenbruch, der einen längeren Klinikaufenthalt nötig machte. Dass ein von Heise 1964 für die „Einheit“ zum Thema Entfremdung geschriebener Artikel bis zu den Fahnen gedieh und dann von der Redaktion zurückgezogen wurde, war ein weiterer Sieg dieser Fraktion. Dass gleichzeitig Erwin Pracht – wie er sich erinnert – aus eben diesen Fahnen, die im März vorlagen, für einen seiner Artikel im „Sonntag“[3] umfänglich zitierte, zeigt andererseits, dass die innerparteiliche Auseinandersetzung um den Reformkurs noch nicht entschieden war.[4]

Ich kann im Rahmen meines Aufsatzes zur Reformperiode der DDR-Philosophie nicht viel mehr tun, als Heises Reflexionen zum Zusammenhang von Entfremdung und Sozialismus vorzustellen. Wer Heises Entfremdungskonzept in allen seinen Facetten kennenlernen will, der sei auf Achim Trebeß: „Entfremdung und Ästhetik“ verwiesen – eine vorzügliche und umfängliche Monographie zu Heises Lebenswerk[5]. Zu Recht konstatiert Trebeß: Der Auf-

1 Bereits im Februar (5. 2. 64) hatte Paul Verner dafür gesorgt, dass Tzschoppe von seiner Funktion als Sekretär der Universitätsparteileitung der Humboldt-Universität abgelöst wurde, womit ein Hindernis gegen den Ausschluss von Havemann aus der Partei beseitigt war. Heise hatte sich gegen die Ablösung Tzschoppes zur Wehr gesetzt, die „statutenwidrig“ erfolgt sei und dessen für die UPL entwickelte politische Linie er für richtig halte. Vgl. AH 4. 1. 4. 1. / 3.

2 Vgl. AH 4.1.4.1./ 2: Information über die am 12. 3. 64 stattgefundene Sitzung der UPL

3 Pracht, Erwin: Präzisierung oder Preisgabe des Realismusbegriffs? In: Sonntag, H. 10/11 1964.

4 Davon zeugt auch ein 3-seitiger Artikel von Waltraud Seidel-Höppner: im Neuen Deutschland, in dem unter Berufung auf das 5. ZK-Plenum (3.-7. 2. 64) unter dem Titel: „Ins Reich der Freiheit“ im Frühjahr 1964, Marx’ Entfremdungskonzept vorgestellt und mit Berufung auf die Ulbrichtsche Reform die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft als Schritt zur Aufhebung der Entfremdung dargestellt wird. Auch hier heißt es, wie dann bei Heise – freilich ohne Hinweis auf den Stalinismus –: Der sozialistische Staat existiere nur, „um allmählich die Bedingungen seines Verschwindens zu schaffen, um nach und nach alle Mitglieder der Gesellschaft zur sachkundigen Leitung und Beherrschung der ihnen bisher fremden Mächte zu befähigen“.

5 Vgl. Trebeß: Entfremdung.

satz über Entfremdung sei einer der wichtigsten Wendepunkte in Heises Denken gewesen.[1] Und das, wie ich meine, in mehrfacher Hinsicht.

Heise dürfte bei dem Unternehmen, über die Aufhebung der Entfremdung im Sozialismus nachzudenken, mit seinem der „Deutschen Ideologie" entlehnten und am spätbürgerlichen Gesellschaftsmodell erprobten Entfremdungsbegriff in Schwierigkeiten geraten sein. Hatte es ihm bis dahin als gewiss gegolten, dass es den privateigentümlichen Verhältnissen geschuldet ist, wenn sich die Produkte gegenüber ihren Produzenten verselbständigen, so sah er sich bei der Analyse der sozialistischen Gesellschaft, die nicht mehr privateigentümlich verfasst ist, mit der gleichen Entfremdung konfrontiert. „Entfremdung – das heißt Verselbständigung der Produkte der Tätigkeit und der wechselseitigen Beziehungen der Individuen zur Macht über diese Individuen und deren Knechtung unter und Formung durch diese Macht"[2] – lautet in knappster Formulierung Heises Entfremdungsdefinition. Wird aber die sozialistische Gesellschaft unter dem Aspekt dieser Bestimmung thematisiert, dann ist kaum zu übersehen, dass sie in ihren bisherigen historischen Gestalten entfremdete Gesellschaften sind. Noch sind die Entfremdungsphänomene in ihr für Heise Muttermale der alten Gesellschaft, noch bleibt es bei dem Urteil, dass „Sozialismus und Kommunismus ihrem Wesen nach positive Aufhebung der Entfremdung … zwischen dem Produzenten und seinem Produkt, seiner Tätigkeit und den sachlichen Produktionsbedingungen, … zwischen den Individuen und zwischen Individuum und Gesellschaft" sind.[3] Und von der von Ulbricht proklamierten Reform erhofft sich Heise, dass mit ihr die Aufhebung der Entfremdung einen mächtigen Schritt vorangebracht werde. Das bewusst zu machen und als historische Aufgabe öffentlich zur Debatte zu stellen, eben diesem Zweck dient sein Artikel.

Spätestens mit dem 11. Plenum ist diese Hoffnung passé. Mit sowjetischem Rückhalt haben sich die um Honecker gescharten reformfeindlichen Kräfte durchgesetzt. Die Liquidation der Reformbewegung begann zunächst im Kulturbereich, da sich in ihm ihr Geist am deutlichsten artikuliert hatte.[4] Vor allem die Filmemacher und die Schriftsteller waren den Entfremdungsphänomen ihrer Gesellschaft auf der Spur. Mit der Reform war an das Staatsvolk die Aufforderung ergangen: „Arbeite mit, plane mit, regiere mit", also unterstellt, dass die Einheit von Individuum und Gemeinschaft noch nicht realisiert, sondern erst noch herzustellen sei. Herzustellen ist – nach dem Diktum von Marx – eine „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist".[5] Und die literarische Kritik,

1 Trebeß: Entfremdung. S. 263.
2 Heise, Wolfgang: Über die Entfremdung und ihre Überwindung. In: DZfPh 13 (1965) 6. S.700. (Heise: Über die Entfremdung)
3 Ebd. S. 699.
4 Vgl. dazu: Agde, Günter (Hrsg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 1991. (Agde: Kahlschlag)
5 Marx, Karl; Engels, Friedrich: MEW, Bd. 4, Berlin 1964. S. 482. Über die Rolle dieses Satzes für

der dieses Diktum am Herzen lag, setzte überall da an, wo sie anstelle dieses Verhältnisses auf die Subsumtion der Individuen unter verselbständigte Apparate, auf die Fremdbestimmtheit des Untertanen stieß. Das patriarchalische Modell des Sozialismus *für* das Volk sollte – mit anderen Worten – in einen Sozialismus *durch* das Volk verwandelt werden.[1]

Auf dem VII. Parteitag 1967 unterstellt Ulbricht jedoch wieder wie eh und je die „Übereinstimmung der persönlichen materiellen und ideellen Interessen der Werktätigen und ihrer Kollektive mit den gegebenen gesellschaftlichen Erfordernissen" (welch letztere natürlich von der Parteiführung definiert werden) als gegebenes Faktum und nicht wie eingangs der Reformperiode als erst noch zu realisierende Aufgabe. Und nicht in ihrer *Differenz,* sondern in ihrer *Einheit* erblickt er die „Entwicklungstriebkräfte des Sozialismus".[2] In einem solchen vom Widerspruch gereinigten Konstrukt hat der Begriff der Entfremdung natürlich keinen Platz. Dazu nochmals Ulbricht 1967: „Die Wirklichkeit des Lebens in der sozialistischen Gesellschaft bestätigt die Haltlosigkeit der bürgerlichen Behauptung von der Entfremdung im Sozialismus, die sich leider auch in den Auffassungen einiger sozialistischer Theoretiker widerspiegeln."[3]

In der DDR hat es wohl keinen Theoretiker gegeben, der so eindringlich und so konsequent wie Heise seine Kritik am realen Sozialismus im Rückgriff auf das Marxsche Entfremdungskonzept formuliert hat und seinen Implikationen unter den neuen, nicht mehr privateigentümlichen Verhältnissen nachgegangen ist. Diese Entfremdung der eigenen Gesellschaft charakterisiert Heise folgendermaßen.

Sie zeige sich in der Diktatur des Proletariats, deren zeitweilige historische Notwendigkeit Heise auch jetzt nicht bestreitet. Ungeachtet dessen sei sie jedoch Herrschaft von Menschen über Menschen, also eine Daseinsform entfremdeter Verhältnisse. Um diesen mit kommunistischen Beziehungen der Individuen unvereinbaren Zustand aufzuheben, müsse die Diktatur des Proletariats sich zum Instrument ihrer eigenen Selbstaufhebung weiterentwickeln. „Was im Kapitalismus als Staat fremde Gewalt der unterdrückenden

---

das Umdenken kommunistischer Schriftsteller ist das Eingeständnis Stephan Hermlins charakteristisch: Er habe einen wichtigen Satz des „Manifests" lange Zeit so gelesen, als sei der Sozialismus eine Assoziation, worin die freie Entwicklung aller Bedingung für die freie Entwicklung eines jeden ist. „Ich las ihn so, er lautete für mich so, weil er meinem damaligen Weltverständnis auf diese Weise entsprach. Wie groß war mein Entsetzen, als ich nach vielen Jahren fand, dass der Satz in der Wirklichkeit gerade das Gegenteil besagt … worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." In: Abendlicht. Leipzig 1979. S. 23.

1 Vgl. Bollinger, Stefan: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling. Hefte zur ddr-Geschichte. Abhandlungen 5. Berlin 1993. S. 29.

2 Ulbricht, Walter: Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus. VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Berlin 17. bis 22. April 1967. Berlin 1969. S. 129.

3 Ulbricht, Walter: Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital" von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland. Referat auf der Konferenz 100 Jahre „Das Kapital", am 12./13. 9. 1967. In: Ulbricht, Walter: Zum ökonomischen System des Sozialismus. Bd. 2. Berlin 1969. S. 535 f.

Klasse, wird also zum Herrschaftsinstrument der unterdrückten Klasse, wird über die Enfaltung der sozialistischen Demokratie Form ihrer politischen Selbstbetätigung, bis schließlich im Kommunismus die staatlich-politische Form ihren politischen Charakter als selbständige Organisation verliert“[1], so Heise in Übereinstimmung mit der klassischen Marxschen Theorie. Im Gange dieser Entwicklung könne es jedoch – wie die Erfahrung des Stalinismus zeige – bei spontanem historischen Verlauf zur „Verselbständigung der Apparaturen gegenüber der sozialen Zielsetzung“ kommen, und „auf Seiten der Bürger dazu, den Staat nicht als eigenen, sondern als äußere Apparatur, deren Untertan man ist“[2] zu betrachten, also zur Entfremdung auf gemeineigentümlicher Grundlage. Die zuletzt genannte und nahe liegende Schlussfolgerung zieht Heise damals nicht. Denn das wäre ja zugleich sein Abschied vom Kommunismus gewesen, zu dem er sich nicht entschließen kann, da er ihn mit Marx nach wie vor für die einzige Gesellschaftsformation hält, die den „kategorischen Imperativ“ seiner Weltanschauung realisieren kann, nämlich „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.[3] Diese Forderung wird für Heise der kategorische Imperativ seines gesellschaftlichen Engagements zeit seines Lebens bleiben, wie sehr auch seine Zweifel wachsen, ob dieses Ziel auf gemeineigentümlicher Grundlage, oder ob es überhaupt je realisierbar ist.

Noch unannehmbarer als Heises Erinnerung an diesen Bestandteil Marxscher Theorie dürfte für führende Funktionäre der SED Heises Diktum gewesen sein, dass die Partei die historische Aufgabe habe, sich selbst aufzuheben, nämlich: „als Initiator die Initiative, als Organisator die Selbsttätigkeit der Massen“ zu entbinden, sie aus Objekten in Subjekte politischen Handelns zu verwandeln, „– bis dereinst die politische Organisationsform überflüssig ist und unmittelbar gesellschaftliche an ihre Stelle treten“.[4] „Dereinst“ ist wolkig genug formuliert, um nicht als unmittelbare Bedrohung der Herrschaft empfunden zu werden. Aber allein schon die Bestimmung von Staat und Partei als historisch zeitweilige, vorübergehende Erscheinungen, als Notbehelf einer noch entfremdeten Gesellschaft, war geeignet, das politische und ideologische Herrschaftsmonopol der Parteiführung zu relativieren.

Entfremdung ist ein Begriff aus dem Arsenal gesellschaftskritischer Vorstellungen. Mit ihm soll angebbar sein, ob und inwieweit die Individuen jeweils von den selbstgeschaffenen Produkten resp. Institutionen beherrscht werden, das heißt, er soll ein Maß für die Mündigkeit der gesellschaftlich handelnden Individuen, für den erreichten Grad ihrer Selbstbestimmung und Autonomie sein. Unter „dem Blickwinkel der Entfremdung wird nicht von den Verhältnissen auf die Individuen geschaut, sondern umgekehrt, von den Individuen

1 Heise: Über die Entfremdung. S. 703.
2 Ebd. S. 704.
3 MEW Band 1. S. 385.
4 Heise: Über die Entfremdung. S. 710, S. 705.

ausgehend werden die Verhältnisse befragt“.[1] Nicht zufällig wurde die Entfremdungsdebatte in den sozialistischen Ländern daher von Betroffenen des Slánský-Prozesses (E. Goldstücker, P. Reimann) in Gang gebracht, und nicht zufällig geschah das unter Berufung auf Kafka, auf einen Dichter also, der von der Ohmacht der Individuen in einer undurchschaubaren, unbeherrschbaren gesellschaftlichen Wirklichkeit berichtet.[2] Nicht zufällig schließlich fühlten sich in der DDR deshalb vornehmlich Kulturfunktionäre, wie Alfred Kurella, dazu berufen, die Existenz, ja die Möglichkeit von Entfremdung unter der Bedingung kommunistischer Eigentumsverhältnisse theoretisch zu bestreiten.[3]

Anzumerken bleibt, dass es um Heises Entfremdungsaufsatz keine öffentliche theoretische Debatte gab. Weder Sympathisanten noch Gegner von Heises Position kamen in der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ oder anderswo zu Wort. Und selbst Kurella hat sich meines Wissens mit Heises Aufsatz nirgendwo auseinandergesetzt. Das Thema „Entfremdung und Sozialismus“ war nach dem 11. ZK-Plenum offensichtlich tabu. Es war, als hätte Heise diesen Aufsatz nie geschrieben, als ob er „Kafkas Literatur als Realität erlebte“.[4] Einzig eine Fußnote, viele Monate später, zeugt öffentlich davon, dass es diesen Aufsatz überhaupt gegeben hat. Was sich hinter den Kulissen tat, von wem und wie dieses Totschweigen im „Schloss“, sprich im Parteiapparat, inszeniert wurde, wissen vermutlich die Akten. Ich konnte es nicht ermitteln.[5]

---

1 Trebeß: Entfremdung. S. 266.

2 Vgl. Franz Kafka aus Prager Sicht. Prag 1966; Mittenzwei, Werner: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945–2000, Berlin 2003. S.194 ff.

3 Kurella, Alfred: Die historische Leistung der Entfremdung der Arbeit. In: Sinn und Form. 1968. H. 2; Das Eigene und das Fremde. Beiträge zum sozialistischen Humanismus. Berlin 1981. Unmissverständlich dazu Hans Bentzien, damals Minister für Kultur: „In den letzten Monaten begegnen wir verschiedenen Versuchen, Zweifel an unserer Fähigkeit zu säen, dieses ‚schöne Menschenreich‘ zu errichten, die menschlichen Beziehungen zu wahrhaft menschlichen Verhältnissen umzuwandeln. Diese Zweifel werden von einigen kunsttheoretischen Ansichten genährt, die das von Marx entschlüsselte Phänomen der Entfremdung in der sozialistischen Gesellschaft etablieren möchten. (…) Anstatt den Prozeß der positiven Aufhebung der Entfremdung, wie er sich bei der Herausbildung der sozialistischen Menschengemeinschaft in unserem und anderen sozialistischen Ländern vollzieht, aufmerksam zu betrachten und fördernd … zu unterstützen, wird gegen jene polemisiert, die sich mühen und versuchen, diesem Prozeß künstlerischen Ausdruck zu verleihen.“ Bentzien, Hans: Die Ergebnisse und weiteren Aufgaben bei der Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur der Deutschen Demokratischen Republik. In: Zweite Bitterfelder Konferenz. Berlin 1964. S. 34 f.

4 Müller, Heiner: Ein Leben ohne Maske und ein Feuer im Garten. In: Sinn und Form. Berlin. 39 (1987) 6. S. 1232.

5 Eine Ahnung davon gibt ein Bericht der Parteileitung des Philosophischen Instituts an die Universitätsparteileitung, in dem 1966 von Heise wieder einmal öffentliche politische Distanzierung von Havemann und Biermann verlangt wird, um die positive Rezeption, die sein Entfremdungsartikel beispielsweise bei Juristen erfahren habe, zu konterkarieren. Vgl. Bericht des Genossen Dr. E (…), Sekretär der Grundorganisation Philosophie-Lehrkörper, vor den Genossen Sekretären der Universitätsparteileitung am 4. März 1966. In: Unterdrückte Wahrheit. Schubladentexte aus der DDR II. Hrsg. von Hilse, Torsten und Winkler, Dieter. Berlin 2000. (Bericht des Genossen Dr. E.) – In: Buhr, Manfred: Entfremdung – philosophische Anthropologie – Marx-Kritik. In: DZfPh 14 (1966) 7 findet sich S. 817 f. in einer umfangreichen Fußnote eine Auseinandersetzung mit Heises Entfremdungsbegriff mit der Kernthese, dass, weil sich Heise statt an die ökonomi-

VI

Der nächste Versuch, Heise auf Parteilinie zurückzubringen, fand im März 1966 statt, als in der „Unitá“ ein Artikel über Robert Havemann erschien. Dieser sollte auf Anweisung aus der Parteiführung mit einem Brief prominenter Philosophen der DDR ideologisch konterkariert werden. Zur philosophischen Prominenz zählte man Wolfgang Heise, der zur Mitunterzeichnung des Briefes bewegt werden sollte. Aber er verweigerte sich solchem Ansinnen abermals.[1] Das tat er auch, als 1968 zur Niederschlagung des Prager Frühlings sowjetische Panzer in Prag auffuhren, und ihm ein weiteres Mal ein Bekenntnis zugemutet wurde, das er nicht mitzutragen bereit war. Wiederum sollte er einen Text billigen, mit dem führende Philosophen ihre Ergebenheit gegenüber der Parteipolitik bekundeten.

Auf diese psychischen, seine moralische Integrität bedrohenden Zumutungen reagierte er mit Krankheit. Und 1968 erlitt er vermutlich seinen ersten unerkannten Herzinfarkt. In der nachfolgenden Rekonvaleszenz, in einer Mahlower Naturheilklinik, fand er als Mitpatientin Christa Wolf vor – beide angeschlagen durch ihre einander ähnelnden politischen Erfahrungen der letzten Jahre. Christa Wolf erinnert sich:

„Wolfgang sagte, wir müßten uns darüber klar sein, daß dieser Staat wie jeder Staat sei: ein Herrschaftsinstrument, und eine Ideologie, wie alle Ideologie: falsches Bewußtsein. … ich weiß, daß ich fragte: Was sollen wir tun?, daß wir lange schwiegen und daß er schließlich sagte: anständig bleiben. (…) Wolfgang Heise war und blieb ein Aufklärer, er erfuhr und gab als Erfahrung weiter, daß eine immer neue ‚selbstverschuldete Unmündigkeit‘ auftauchen kann, und daß man dann eben auch diese neue unerschrocken zu bearbeiten hat.“[2]

Genau dies aber ist das ernüchterte, resignative Fazit, zu dem Heise Ende der 60er Jahre gelangt war. Bis dahin hatte er sich oft in die Diskussion von aktuellen politischen Gegenwartsthemen eingemischt: etwa anlässlich des Mauerbaues zu den Problemen der Nation (1961), zur päpstlichen Enzyklika „Mater et Magistra“ (1962), so in der noch ungebrochenen Gewissheit, dass mit dem Kommunismus die Entfremdung aufgehoben werde, zum „Optimismus“ als „Grundzug unserer Weltanschauung“ (1963). Mit dem Entfremdungsartikel hat er sich zum letzten Mal zu Gegenwartsproblemen phi-

schen an die „moralisierenden Beurteilungen“ in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ halte, zur Auffassung gelangt, dass es auch im Kommunismus Entfremdung gebe. Bindet man wie Buhr den Begriff der Entfremdung ausschließlich an den des Privateigentums, ist unter gemeineigentümlichen Verhältnissen Entfremdung natürlich aufgehoben. – Im Beschluss des Politbüros vom 9. 11. 1965, also wenige Tage vor dem 11. Plenum, wird die „These von der auch im Sozialismus fortbestehenden ‚Entfremdung‘, der Widersprüche zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen Einzelpersönlichkeit und Staat, sowie der Vereinsamung des Menschen“ zurückgewiesen. Vgl. Agde: Kahlschlag, S. 299.

1 Vgl. Bericht des Genossen Dr. E.

2 Wolf, Christa: Winterreise. In: Künstler über einen Philosophen. Eine Hommage an Wolfgang Heise. Versuchendes Denken (Sonderheft). Berlin 1995. S. 22 f.

losophisch *unmittelbar* geäußert. Wie Peter Hacks und Heiner Müller nach dem Scheitern mit Gegenwartsstücken in ihrem Metier, so wendet sich auch Heise nun Themen der Geschichte zu, vornehmlich der deutschen Aufklärung, der klassischen deutschen Philosophie und der Frühromantik. Nicht nur um ihrer selbst willen, sondern auch um zu erkunden, wie diese Generationen mit Revolution und nachrevolutionärer Situation umgegangen sind, und ob sich hieraus Parallelen für die Gegenwart ergeben. Die Gegenwart bleibt also durchaus Heises Thema, aber in historisch *vermittelter* Form. Es wäre daher verfehlt, die Wende zur Geschichte als Flucht aus der Gegenwart und bloße Notlösung zu verstehen. Das ist sie natürlich auch. Aber unter den gegebenen politischen Bedingungen war das für Heise die einzige Möglichkeit, sich seine Produktivität zu erhalten. Mehr noch, mit der Konzentration auf besagte philosophiegeschichtliche Gegenstände gelingt Heise eine beachtliche Erweiterung seines Horizontes, die ihm beim Beharren auf Gegenwartsthemen gewiss nicht möglich gewesen wäre. Durch diesen Blickwechsel aber sind ihm in der Folge – in den 70er Jahren bis zu seinem Tode – Texte gelungen, die bis heute Bestand haben: Texte, in denen jedoch immer wieder auch die inneren Schranken benannt werden, die dem Erkennen durch restriktive gesellschaftliche Bedingungen im Wege stehen. So lesen wir anlässlich Lessings: „Aber – müssen wir fragen – lassen sich denn Eigentliches und äußeres Rollenspiel trennen – wenn die Rolle ja dem Autor sein öffentlich gelebtes Leben, seine öffentliche Wirkungsform ist? Muß nicht dieser Widerspruch im Verhalten zur Gesellschaft und ihrer Öffentlichkeit gerade den kühnsten Gedanken ein Moment des Schillernden und Unentschiedenen aufzwingen? Und werden nicht Gedanken, die zur Wirklichkeit drängen, neue Wirklichkeit aussprechen, in ihrer Tragweite dem, der sie denkt, sich verhüllen, bzw. muß er sie nicht selbst entschärfen, um sie überhaupt denken zu können? Anders wäre die Lage, wenn die Gesellschaft sich selbst öffentlich polarisiert hätte, in sichtbarer antagonistischer Bewegung sich befände.“[1]

Wolfgang Englers Diktum hinsichtlich der Reaktion der Schriftsteller und Filmschaffenden auf den Kahlschlag des 11. ZK-Plenums trifft cum grano salis m. E. auch auf Wolfgang Heise zu. Wie diese verstand sich Heise ja nicht als Opposition, – soziologisch gesprochen –, nicht als Protagonist einer „institutionellen Gegenelite“ des kommunistischen Systems, sondern – wie der Entfremdungsartikel zeigt – „höchstens als vorgeschobenster Posten des gesellschaftlichen Aufbruchs“, als dessen dem Marxschen Geiste verpflichteter Avantgardist. Und da Heises Antwort auf die Frage: Was sollen wir tun? damals politisch ratlos lautete: „anständig bleiben“, hat Englers Fazit auch für Heise eine gewisse Gültigkeit. Nach dem Fiasko des 11. ZK-Plenums, so Engler, „deuteten sie ihr Los und ihre Rolle in moralischen statt wie früher in politischen Kategorien. Sie begriffen sich als Ethiker. Und wie allen Ethikern, so schien auch ihnen die Veränderung der Welt mit der Verteidigung von

1 Heise, Wolfgang: „Ernst und Falk. Gespräche für ‚Freimäurer‘“. Zu Lessings Dialektik der geschichtlichen Perspektive. In: Heise, Wolfgang.: Realistik und Utopie. Berlin 1982. S. 62 f.

Wahrheit und Wahrhaftigkeit zusammenzufallen. Wenn man der Wirklichkeit nicht beikommt, rettet man den Geist.“[1]

VII

Eine weitere Konsequenz Heises aus seinem politischen Fiasko bestand darin, sich nun verstärkt dem ästhetischen Strang seines Interesses zuzuwenden. Helene Weigel hatte den in politische Schwierigkeiten geratenen Heise eingeladen, am Berliner Ensemble Parteilehrjahr zu halten – eine Veranstaltung, die weit über den Kreis der Parteimitglieder hinaus großen Zuspruch fand. Und wenig später begann Heise als künstlerischer Berater an Regiekonzeptionen von Benno Besson mitzuarbeiten. Sein Aufsatz „Hegel und das Komische“, der 1964 dem Entfremdungsartikel zeitlich vorausgegangen war, hatte nicht nur in Künstlerkreisen der DDR nachhaltiges Echo gefunden, sondern war auch auf dem Hegel-Kongress in Salzburg stark beachtet worden.[2] Auch hier ist für ihn mit Hegel der Begriff der Entfremdung und ihrer Aufhebung zentral. „Grundfrage aller Analyse des Komischen ist“ – so Heise: „Wer lacht wann und warum über wen?“ Von Hegel werde der „wahren Komik die letztliche Identität von Subjekt und Objekt unterstellt“. D. h. „das Subjekt lacht über sich“. Diese Identität könne in der Klassengesellschaft jedoch nur „illusionären Charakter tragen, es sei denn, daß es sich um die Selbstkritik unterdrückter oder aufsteigender Klassen handelt“.[3] Aus Hegels Bestimmung ausgeschlossen seien alle Arten von „entfremdeter“ Komik, also einer solchen, durch die entfremdete Verhältnisse nicht als aufhebbar kritisiert, sondern in ihrer Existenz bestätigt werden. Zu ihnen zählt Heise etwa „Verharmlosung des Furchtbaren“, „Ablenkung im Jux der Nebensächlichkeiten, des gemütlichen sich Einrichtens in fremder Welt“, der „quietistische Resignationshumor der totalen Vergleichgültigung des Großen und Kleinen unter dem Aspekt einer eingebildeten Weltüberlegenheit“, die „Verzweiflungskomik des Absurden, in welcher der Schrecken über die unbegriffene, fremde Gesellschaft in die Groteske ihrer Anbetung umschlägt und das Grauen menschlicher Ohnmacht zur Pose pervertiert“.[4] Diese von Heise verworfene „entfremdete“ Komik hatte sich als „Jux der Nebensächlichkeiten, des gemütlichen sich Einrichtens in fremder Welt“ von der Parteiführung favorisiert, längst in der DDR breitgemacht, was Heise selbst so nicht sagt. Aber die wahre, „realistische“ Komik, die auf Aufhebung der Entfremdung zielt, wurde in ihr behindert und unterbunden – was auch ungesagt bleibt. Immerhin verweist er auf Majakowski als Mus-

1 Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 2000. S. 134, 135.
2 Heise, Wolfgang: Hegel und das Komische. In: Sinn und Form 16 (1964) 6 (Heise: Hegel und das Komische); Heise, Wolfgang: Gedanken zu Hegels Rezeption des Komischen und der Komödie. In: Hegel-Jahrbuch 1966, hrsg. von Beyer, Wilhelm R., Meisenheim am Glan. 1966.
3 Heise: Hegel und das Komische. S. 817.
4 Vgl. ebd. S. 812.

ter der „satirische(n) Selbstkritik“ der neuen Gesellschaft – er hätte auch Peter Hacks’ „Moritz Tassow“ oder Heiner Müllers „Umsiedlerin“ nennen können – und er schließt diesen Aufsatz mit dem Ausblick auf die Komik in künftigen nichtentfremdeten Verhältnissen, die mit der oben genannten Hegelschen Bestimmung identisch sei: als „Verhältnis der lachenden sozialen Selbstkritik, das in dem Maße an Bedeutung gewinnt, in dem die materiellen Antagonismen aufgehoben werden“.[1]

Auch diesen ästhetischen Strang seines Interesses wird er in den kommenden Jahren weiter verfolgen und 1968 zum Bereich Ästhetik/Kulturtheorie (bzw. Institut für Ästhetik) wechseln. Dieser Übergang war problemlos jedoch nicht zu realisieren. Nach der erwähnten abermaligen Verweigerung parteikonformen Verhaltens war man einigermaßen ratlos, wie mit Heise weiter zu verfahren sei. Aus der Personalplanung des Instituts für Philosophie hatte man ihn gestrichen in der Befürchtung, sich mit ihm immer wieder nur politischen Ärger einzuhandeln, und Bedenken dieser Art hatten auch andere Institutionen. Im Hinblick auf seine weitere berufliche Perspektive hing Heise also1968 praktisch in der Luft. Diese Situation, die den staatlichen und politischen Leitungsinstanzen der Universität einige Verlegenheit bereitete – schließlich war Heise als ehemals rassisch Verfolgter und als einer der profiliertesten DDR-Philosophen kein unbekannter Nobody des Systems –, beendete Erwin Pracht. Als Leiter des Bereichs Ästhetik/Kulturtheorie gelang es ihm, Heise als Lehrer der Geschichte der Ästhetik in seinen Bereich zu holen. Es dauerte jedoch noch bis 1972, bis es Pracht schließlich gelang, diese Stelle in eine Ordentliche Professur zu verwandeln.

Die politischen Erfahrungen der Jahre zwischen 1964 und 1968 hatten Heise nachdrücklich darüber belehrt, daß seine Mitarbeit an der Entwicklung der von ihm gewollten kommunistischen Gesellschaft unter den gegebenen Bedingungen auf direktem Wege nicht zu realisieren war. Und „er wollte Mitspracherecht, aber nicht um den Preis des moralischen Bankrotts“, so im Rückblick seine Frau. Alles, was ihm seine tätige Mitwirkung als Funktionär und Theoretiker am bejahten Reformprogramm eingebracht hatte, war eine angeschlagene Gesundheit und beschädigte Produktivität. Schon im Interesse künftiger Mitsprache mußte Heise also daran gelegen sein, Wege zu gehen, die ihn nicht ins Abseits führten, und Wirkungskreise zu finden, in denen er produktiv sein konnte.[2] Und da unter Künstlern, speziell Literaten und Theaterleuten, das mit dem Begriff der Entfremdung gemeinte Problem, ungeachtet seiner Tabuisierung, dem Metier geschuldet, virulent blieb, fand Heise hier

1 Vgl. ebd. S. 828; vgl. dazu auch Trebeß: Entfremdung. S. 256 ff.

2 Ein wandelndes Beispiel für zerstörte Produktivität war der 1964 aus dem Gefängnis entlassene Wolfgang Harich, der – wie sehr er auch in kommunistischer Nibelungentreue verharrte – nie wieder eine seinen produktiven Fähigkeiten gemäße Arbeit erhielt, und – abgehängt von der Entwicklung – sich zuzeiten in Gemeinschaft mit verkalkten Funktionären als Verhinderer neuer Ansätze wiederfand. Man denke an seinen Aufsatz: „Der entlaufene Dingo, das vergessene Floß“. In: Sinn und Form 1/1973 oder an sein Eingreifen in die Nietzsche-Debatte 1987.

ein geeignetes Umfeld, seine aufklärerischen ideologiekritischen Intentionen fortzusetzen.

VIII

So begegnet uns Heise als Teilnehmer am „Brecht-Dialog 1968“. Die hier versammelten Theaterleute bewegte die Frage nach den zukünftigen Möglichkeiten und Funktionen des Theaters in der sozialistischen Gesellschaft, auf die man sich im Gespräch mit Philosophen, Politikern und Naturwissenschaftlern Antworten erhoffte. Mit sicherem Gespür, wo man fündig werden konnte, war man dabei auf den Philosophen Georg Klaus gestoßen, der sich auf seine Weise für Ulbrichts Reformprojekt stark gemacht hatte. Klaus hatte gegen ideologische Vorbehalte und Widerstände den nach dem II. Weltkrieg entwickelten Systemwissenschaften (die theoretische Voraussetzung von Automatisierungsprozessen sind) – wie die Kybernetik und die Spieltheorie – Daseinsrecht in der DDR erstritten. Gegenstand dieser Wissenschaften sind die Typen möglicher Systeme und ihr Verhalten zur Umwelt, also auch die Typen gesellschaftlicher Systeme sowie das Erkenntnissystem. Aus kybernetischer Sicht kann also ein gegebenes Gesellschaftssystem hinsichtlich seiner Stabilität und Entwicklungsfähigkeit beurteilt werden. Und da sah Klaus Reformbedarf. Er schlug vor, die bislang dominant auf Steuerung beruhende sozialistische Gesellschaft in ein sogenanntes „multistabiles System“ zu verwandeln. Dieses System behalte zwar insofern hierarchischen Charakter und sei somit gesteuert, als die Teilsysteme in ihrem Verhalten vom Gesamtsystem bestimmt werden (womit Klaus die Planwirtschaft unangetastet lässt). Aber im multistabilen System werde diese Determination der Teilsysteme „nicht durchgängig, nicht zu jedem Zeitpunkt und nicht in jeder Hinsicht“ realisiert, sondern bestimmte Aufgaben werden von den Teilsystemen selbständig, unabhängig vom Gesamtsystem gelöst. Die Funktionsweise des multistabilen Systems beweise, „daß es möglich ist, den Teilsystemen ein bestimmtes Maß an Freiheit einzuräumen, ohne daß dadurch die Planung und die einheitliche Aktion des Gesamtsystems gefährdet werden. Die Eigenschaften des multistabilen Systems zeigen …aber auch, daß eine solche partielle Freiheit und Unabhängigkeit des Teilsystems – in der Gesellschaft: auch: des Individuums – notwendig ist. Ohne diese partielle Freiheit der Teilsysteme gibt es keine Anpassung des Gesamtsystems an die Umgebung, gibt es keine Höherentwicklung der Individuen und damit auch keine Höherentwicklung des Gesamtsystems, gibt es vor allem keine Optimierung des Gesamtsystems.“[1]

Klaus trifft sich also, aus anderer Wissenschaftstradition kommend, mit Heise in der gemeinsamen Überzeugung, daß sich die Reform nicht auf die

1 Klaus, Georg: Kybernetik und Erkenntnistheorie. Berlin 1966. S. 137.

Wirtschaft beschränken dürfe, sondern alle Teilbereiche des Systems erfassen müsse. Er begründet das mit systemstrategischen Argumenten: nur wenn das System seine Struktur in Richtung der avisierten Reformen ändere, könne es sich entwickeln und damit überleben. Auch Heise engagiert sich für die Ausweitung der Reform auf alle Bereiche des Lebens. Aus seiner – in Aufklärung und klassischer deutscher Philosophie wurzelnden – gesellschafts- und ideologiekritischen Perspektive erscheint dieses Ziel als „Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit", als Aufhebung der Entfremdung, der alten Zweiteilung der Gesellschaft in Herrscher und Beherrschte, Erzieher und Erzogene, als produktive Freisetzung der Kräfte der Individuen, kurz, als Ersetzung der Fremd- durch Selbstbestimmung. Und nur dann, wenn dies gelingt, sieht Heise eine Perspektive für die sozialistische Gesellschaft, sich aus dem „stehenden Sumpf" zu befreien, zu dem sie verkommen ist. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Beide sahen im Übergang zu demokratischen Strukturen die Chance, die Entwicklung und damit das Überleben der sozialistischen Gesellschaft zu sichern. Für demokratische Entscheidungsstrukturen sprach auch die der Kybernetik entlehnte Erkenntnis, daß es zur Realisierung bestimmter Systemziele in der Regel nicht nur *einen*, sondern *mehrere* Wege gibt, und daß die Entscheidung für einen von ihnen jeweils ein *Optimierungs*problem ist.

Diese behauptete Pluralität von Möglichkeiten spielte in den Überlegungen zum „Theater der demokratischen Entwicklung", um die es – nach den Worten Wekwerths[1] – bei dem genannten Brecht-Dialog 68 ging, die entscheidende Rolle. Ich beschränke mich hier auf Heises Beitrag zur Debatte. Heise plädiert dafür, „daß das Theater direkt zu einem Organ der sozialistischen Demokratie wird, zur Form einer künstlerischen Selbstverständigung der neuen Gesellschaft über ihre eigenen Probleme, Möglichkeiten, Bedürfnisse usw."[2] Warum das Theater?, „weil es unter dem Aspekt seiner Aktivierungsleistung des Zuschauers … durch keine andere Kunstgattung zu ersetzen" ist.[3] Hatte er, wie wir sahen, mit seinem Entfremdungsartikel – erfolglos – die *Regierenden* gemahnt, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, die Verselbständigung der Apparate gegenüber den Regierten aufzuheben, denkt er hier – öffentlich – über Wege nach, die *Regierten* in Bewegung zu versetzen. Als Schüler von Hegel und Marx setzt Heise natürlich voraus, daß das Verhältnis von Regierenden und Regierten eine Reflexionsbeziehung ist und dem Hegelwort, daß jeder die Regierung habe, die er verdient, eine gewisse bittere Wahrheit zukommt. Hinsichtlich seiner Aktivierungsfunktion bestimmt Heise nun das Theater als „Organ der *Selbstbesinnung* der Gesellschaft auf ihr eigenes historisches Gewordensein (…) als Organ der *Selbstdarstellung* unserer Gesellschaft, ein-

1 Dialog der Theaterleute mit Philosophen, Politikern und Naturwissenschaftlern. In: Brecht-Dialog 1968. Politik auf dem Theater. Dokumentation 9.-16. Februar 1968. Berlin 1968. S. 216. (Brecht-Dialog 1968)
2 Ebd.
3 Ebd. S. 217.

schließlich der *Selbstkritik* (…)"; und schließlich als „*Laboratorium der sozialen Phantasie*".[1] Mit der zuletzt genannten Funktion wird das Theater als „ein Organ der demokratischen Selbstgestaltung" bestimmt: als „Organ zur Diskussion politischer Probleme, zur Entscheidung von Gestaltungsfragen sozialer Beziehungen" und zur „Entdeckung unserer eigenen Möglichkeiten, (…) der produktiven Möglichkeiten des Individuums", alles in allem also als „Organ des Bewusstwerdens unseres gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs im Bereich der individuellen Erfahrungen, Erscheinungen und Entscheidungen usw."[2] Von diesen Überlegungen Heises hat vor allem die Rede vom „Laboratorium der sozialen Phantasie" unter Theaterleuten und Literaten Furore gemacht. Und Heise hat dieser Idee erläuternd hinzugefügt: „Es gibt keine Situation, die eine und nur eine Möglichkeit ihrer Behandlung zuläßt: Es gibt immer mehrere Antworten. Und schon eine Entscheidung verändert den Ausgangspunkt der nächsten Situation, sei es im individuellen oder gesellschaftlichen Leben. Hier sehe ich gerade eine der großen Möglichkeiten des Theaters, solche Entscheidungssituationen durchzuexperimentieren, indem man die einzelnen Momente dieser Entscheidungssituation dabei auch variiert."[3]

IX

Das Porträt Heises bliebe höchst unvollständig, wollte man den dritten Strang seines gesellschaftlichen Engagements nicht erwähnen. Wo immer ihm in seinem Umfeld Leute mit produktiven Ideen und Projekten begegneten – und solche Leute zog er magisch an –, hat er getan, was in seiner Macht stand, um sie zu fördern und das Werden ihrer Produkte kritisch zu begleiten. Es sei ihm darum gegangen, „schöpferische Kräfte zu schützen. Das war, glaube ich, seine liebevolle Grundmotivation im Umgang mit anderen Leuten", so Rudolf Bahro im Rückblick[4]. Allein die von ihm betreu-

1 Ebd. (Hervorhebungen C. W.)

2 Ebd. S. 217 f. Claudia Salchow verweist in ihrer Dissertation auf Joachim Fiebachs Monografie: Inseln der Unordnung. Fünf Versuche zu Heiner Müllers Theatertexten. Berlin 1990, in der der Autor auf den Einfluss aufmerksam gemacht hatte, den moderne Disziplinen, wie Kybernetik, Linguistik und Semiotik für Theatertheorie und Theaterpraxis in den 60er Jahren hatten. Und das wird zweifellos auch in dem hier zur Debatte stehenden Gespräch sichtbar. Für Heises Position ist das jedoch nicht bestimmend, weshalb er, ungeachtet gleichgearteter Intentionen, keinen Zusammenhang seiner Vorstellungen zu Kybernetik, Semiotik usw. herstellt. Denn für die klassische deutsche Philosophie, in deren Tradition er denkt, ist die Idee der Selbstorganisation ohnehin charakteristisch; sie ist für Heise also nichts Neues. „Selbstbestimmung", „Selbstverhalten", „Selbstentwicklung", „Selbstbewußtsein" usw. sind Termini, mit denen in der klassischen deutschen Philosophie die Autonomie des Menschen, im Marxschen Materialismus die „Selbsterzeugung" der menschlichen Gattung durch Arbeit ausgedrückt wird. Vgl. auch Henrich, Dieter: Selbstverhältnisse. Gedanken und Auslegungen zu den Grundlagen der klassischen deutschen Philosophie. Stuttgart 1982.

3 Brecht-Dialog 1968. S 222.

4 Bahro, Rudolf: Zuerst und zuletzt also Hölderlin – oder was für einer Art Vernunft hat Wolfgang

ten Dissertationen sind Legion.[1] Und aus den Gutachten geht hervor, wie empfindlich er auf „Pauschalverrisse“ hinauslaufende „Modernekritik“ (z. B. in Bezug auf das absurde Theater) reagierte[2], auf vordergründige Klassenkampfrethorik, die sich in philosophisch dilettantischen Vereinfachungen äußerte, etwa im Falle der Interpretation eines Heidegger-Zitats, das in Wirklichkeit etwas ganz anderes meine als der Verfasser herausgelesen habe, „so daß das erzeugte Überlegenheitsgefühl auf bloßem Mißverständnis“ beruhe.[3] Oder er regte anlässlich einer Dissertation zu Adorno (1965) an, in künftiger Forschung auch lebensweltliche Motive, biografische und generationsspezifische Erfahrungen zu berücksichtigen und etwa „zu fragen, wie und unter welchen Bedingungen ihm der Kommunismus entgegentrat, wie er ihn begreifen konnte und dieser ihm erscheinen *mußte*“, sowie die „rationellen, richtigen Erkenntnisse Adornos in Bezug auf den Faschismus, auf den modernen Imperialismus, seine Kultur und Ideologie, plastischer im Zusammenhang darzustellen“.[4] Schließlich empfahl er, „Scheinlösungen“ zu vermeiden und „offene Fragen ausdrücklich offen zu lassen“.[5] Heise hat nicht vorausgesetzt, daß seine Schüler die theoretischen Positionen ihres Lehrers teilen. Aber er hat verlangt, daß sie ihre Thesen mit wissenschaftlichen Argumenten begründen. So hatte er an Bahros erster Fassung der „Alternative“ nach dessen Zeugnis in „detaillierter Kritik am Text entlang“ viel auszusetzen. Und wiewohl Heise ihm von der Veröffentlichung seines Manuskripts abgeraten hatte[6], hielt er Bahros Text, nachdem dieser 1976 erschienen war, gewiss nicht für einen Gegenstand staatsanwaltlicher Ermittlungen, sondern des überfälligen kritischen und selbstkritischen gesellschaftlichen Diskurses.[7]

Heise mit seinem Vermächtnisbuch Kulturwert beigemessen. In: Vernunft am Jahrtausendende 2. Heise-Kolloquium 1993. Angebote 6. S. 30. (Bahro: Zuerst und zuletzt also Hölderlin.)

1 Vgl. Trampe, Andreas: Ästhetische Forschung in Graduierungsschriften. Zur Geschichte der Ästhetik in der DDR. Dissertation. Berlin 1999. III. Exkurs: Dissertationen im Spiegel der Kritik. Wolfgang Heise als Gutachter und Kritiker.

2 Vgl. ebd. S. 231.

3 Ebd. S. 233.

4 Ebd. S. 235 f.

5 Vgl. ebd. S. 232.

6 Bahro: Zuerst und zuletzt also Hölderlin. S. 31.

7 Ebd. S. 31 spricht Bahro von einem Brief Heises an Kurt Hager, in dem Heise verlangt habe, dass man statt ihn, Bahro, einzusperren, über seinen Text reden müsse. Dieser Brief ist bisher nicht wieder aufgefunden worden. Rosemarie Heise berichtet dazu Folgendes. Gegen Bahros Verhaftung habe Heise brieflich bei Kurt Hager protestiert. Aber statt einer Reaktion des Adressaten habe es einen unangekündigten Besuch zweier Offiziere der Staatssicherheit gegeben auf der Suche nach Bahros an seine Freunde versandten Manuskript seines Buches. Vgl. Heise, Rosemarie: Zum Brief Wolfgang Heises an das Mitglied des Politbüros der SED Kurt Hager zur Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 1976. In: DZfPh 51 (2003) 5. S. 864.

X

Bei diesen wenigen Beispielen muss ich es bewenden lassen. Als Heise 1987 starb, wurde sein Tod von kritischen Geistern vieler Couleur als herber Verlust empfunden. Der Kreis seiner Schüler und der Menschen, die seine differenzierenden philosophischen und ästhetischen Urteile schätzten, die ihn ob seiner moralischen Integrität und verlässlichen Mitmenschlichkeit liebten und als einen der wenigen Gerechten im Lande verehrten, hatte sich von Jahr zu Jahr vergrößert. Und das war in dem Maße geschehen, wie sich sein jugendlicher *abstrakter* Humanismus – durch die Erfahrungen mit den politischen Realitäten geläutert – zu einem *konkreten* Humanismus gewandelt hatte. Hatte der junge Mann geglaubt, den alten Lukács über die Notwendigkeit von Klassenkampf und Diktatur des Proletariats belehren zu müssen, so bekennt der alte Heise kurz vor seinem Tode: „Alle Gewalt, auch die anonymste, blind herrschende, im Untergrunde des Bewusstseins sich durchsetzende, ist menschliche Gewalt, alle Qual tut der Mensch dem Menschen an – nicht der idealen Abstraktion, sondern dem realen, körperlichen, bedürftigen, geschlechtlichen, tätigen Menschen.“[1]

1 Heise, Wolfgang: Beispiel einer Lessing-Rezeption: Heiner Müller. In: Blätter des Deutschen Theaters. Oktober Heft 8/9. 1987. S. 247.

Peter Ruben

DDR-Philosophie unter Parteiregie – Neue Anfänge zwischen dem 5. und 8. SED-Parteitag[1]

Als die Herausgeber des Vorgängerbandes im Oktober 1998 zu einer Konferenz über das Thema „*Aufbau und Abbruch* – Anfänge der DDR-Philosophie 1945–58“ einluden, hielten sich einige im Interesse gemeinschaftlicher Reflexion eingeladene Akteure dieser Philosophie offenbar für attackiert und lehnten die Teilnahme an solcher Veranstaltung, die nach ihrem Titel das Gegenteil von dem zu behaupten schien, was sie in ihrer Erinnerung hatten – nämlich keinen *Abbruch*, sondern einen formidablen *Aufbruch* – rundweg ab. Tatsächlich muss man nur die philosophischen Editionen in den Jahren seit 1959 und danach zur Kenntnis nehmen, um zu bemerken, dass der veritable Aufbruch einer neuen Generation in der Lehre wie in der Publikation seit 1959 zu notieren ist:

In diesem Jahr beginnt der Lehrstuhl ‚Philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaften‘ am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin unter Leitung von Hermann Ley seine Tätigkeit. Im selben Jahr beginnen Georg Klaus, Alfred Kosing und Götz Redlow die Edition der *Wissenschaftliche[n] Weltanschauung. Teil I. Dialektischer Materialismus.*[2] Vom 8. bis 11. Oktober 1959 findet zur 550-Jahrfeier der Universität Leipzig ein bemerkenswertes Internationales Symposium über „Philosophie und Naturwissenschaften“ statt, dem auch Max v. Laue einen Beitrag übersendet.[3] 1960 publiziert Gottfried Stiehler seine Arbeit „Hegel und der Marxismus über den Widerspruch“.[4] Im selben Jahr beginnen Wolfgang Eichhorn I, Günter Heyden, Alfred Kosing, Hermann Scheler die *Wissenschaftliche Weltanschauung, Teil II, Historischer Materialismus*[5], herauszugeben. 1961 ist die Edition abgeschlossen.[6] Damit liegt erstmals wieder seit den Arbeiten

1 Erstveröffentlichung in: Hans-Christoph Rauh / Peter Ruben (Hg.): Denkversuche – DDR-Philosophie in den 60er Jahren. Berlin 2005.

2 Mit den Heften: 1. Der dialektische Materialismus – die Weltanschauung des Sozialismus, 2. Die Materie und ihre Daseinsweise, 3. Das Verhältnis von Quantität und Qualität in der Entwicklung der Materie, 4. Einheit und Kampf der Gegensätze, 5. Wie erkennen wir die Welt?

3 Vgl.: Naturwissenschaft und Philosophie, hg. v. G. Harig u. J. Schleifstein, Berlin 1960, auch den Bericht von R. Rochhausen in der DZfPh 7(1959)5/6, S. 909-914.

4 Sie heißt im Untertitel „Zur Frage der kritischen Überwindung der idealistischen Dialektik durch die wissenschaftliche materialistische Dialektik“ und erscheint in Berlin.

5 Mit den Heften: 1. Die materiellen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens, 2. Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung, 3. Das gesellschaftliche Bewusstsein und seine Rolle in der Entwicklung der Gesellschaft, 4. Klassen, Klassenkampf, Staat und Revolution, 5. Die nationale und koloniale Frage. Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte, 6. Krieg und Frieden, 7. Die große Perspektive der Menschheit: der Kommunismus.

6 Sie erscheint in Berlin.

August Thalheimers[1] und Kurt Sauerlands[2] eine deutsche Darstellung dessen vor, was seit Plechanow und Mehring „dialektischer" und „historischer Materialismus" genannt worden ist. Das genügt, um einen wirklichen Neuanfang zu kennzeichnen. Wieso also wird in der Einladung vom Oktober 1998 vom „Abbruch" geredet?

Diese Charakterisierung zu akzeptieren, setzt eine Selbstreflexion voraus, die nicht ohne Mühe und vielleicht nicht ohne schwer erträgliche Bitterkeit über eigene Beschränktheit, gar eigenes Versagen zu haben ist. Wahrheit zu avisieren, kann mitunter höchst unangenehm sein. Aber das nicht zu tun, beendet jeden Erkenntnisversuch im Dahindämmern. Allerdings muss dem Erkennen Dauer erlaubt sein. In einer Reaktion auf Magdalene Schönhoffs Frage vom März 1990: „Ist die philosophische Elite dieses Landes verstummt?"[3] habe ich dafür plädiert, den bekannten Akteuren Zeit zur Besinnung zu lassen.[4] Inzwischen sind 13 Jahre vergangen, aber eine selbstkritische Reflexion des fraglichen Abbruchs hat nicht stattgefunden. Vielmehr werden Gedenkveranstaltungen zu runden Geburtstagen zelebriert, man bekundet seine Bewunderung und Verehrung für die zu feiernden Jubilare. Man ***be***kennt sich. Vom Mühen um ***Er***kennen ist nichts zu bemerken. Die dafür durchaus wesentlichen Tatsachen bleiben in den Gedenkveranstaltungen ausgeklammert.

Natürlich weiß jeder Interessierte, dass Wolfgang Harich, der erste Chefredakteur der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*, am 29. November 1956 verhaftet worden ist.[5] Und Blochs wie Mayers Emigration aus der DDR sind auch kein Mysterium. Aber die vom DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wie von der DDR-Justiz nach Inkrafttreten des berüchtigten Strafrechtsergänzungsgesetzes[6] am 1. Februar 1958 seit dem März 1958 veranstaltete regelrechte Verfolgungswelle, die mit aktiver Beteiligung mancher damals agierender DDR-Philosophen und Philosophiestudenten betrieben worden ist, ist weitgehend Gegenstand des Verdrängens geworden. Eben sie liefert den Grund dafür, das Jahr 1958, in dem die Masse der Prozesse stattfand, für das Jahr eines tatsächlichen Abbruchs in der Entwicklung der DDR-Philosophie zu halten.

Es handelt sich insbesondere um die Beendigung einer *akademischen* (bzw. universitären) Selbstbestimmung der deutschen kommunistischen Philosophie[7], die nach der Vernichtung des deutschen Faschismus in der sowjetischen

1 A. Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus. Wien – Berlin 1928.
2 K. Sauerland: Der dialektische Materialismus. Berlin 1932.
3 M. Schönhoff: Brief an die Redaktion der DZfPh 38(1990)7, S. 696.
4 Vgl.: P. Ruben: Die DDR und ihre Philosophen. In: DZfPh 39(1991)1, S. 50-58.
5 Der Prozess gegen ihn (sowie gegen Bernhard Steinberger und Manfred Hertwig) fand vom 7. bis 9. März 1957 statt und endete mit der Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus. Am 18. Dezember 1964 wird er auf Grund der Amnestie vom 6. Oktober 1964 – zusammen mit Kurt Vieweg – vorzeitig aus der Haft entlassen – nach acht sinnlosen, leeren Jahren bester Lebenszeit.
6 Am 11. Dezember 1957 beschloss die DDR-Volkskammer auf ihrer 30. Sitzung das Strafrechtsergänzungsgesetz und die Bedrohung der ‚Republikflucht' mit Gefängnisstrafe ebenso Vorbereitung und Mithilfe.
7 Ich spreche von der ‚deutschen kommunistischen Philosophie', um nicht vom ‚Marxismus-Leni-

Besatzungszone Deutschlands seit 1946 (selbstverständlich mit Unterstützung der Besatzungsmacht[1]) ermöglicht und teilweise auch realisiert worden ist.[2] Es handelt sich um die Unterwerfung der kommunistischen Philosophie unter den *Apparat* der kommunistischen Parteiführung. Diese Subordination als reeller Vorgang ist, mit Guntolf Herzberg zu sprechen, „der kurze Kampf gegen den »Dogmatismus« in der ersten Hälfte des Jahres 1956 und der brutale Feldzug der SED gegen den »Revisionismus«, der in der zweiten Jahreshälfte begann und erst im Frühjahr 1958 endete".[3] Er führte zum tatsächlichen Abbruch der Ausbildung einer autonomen, unabhängig vom Parteiapparat sich selbst bestimmenden philosophischen Schule in Deutschland, die zu etablieren schon zwischen 1918 und 1933 mehrfach Versuche unternommen worden waren. Nicht was kommunistische Philosophen als *selbständig denkende Personen* äußerten, sollte die – gewiss momentane – Auffassung in der kommunistischen Philosophie sein, sondern was die Partei, vertreten primär durch ihren Ersten Sekretär (seit Stalins Ernennung im April 1922 eigentlich ‚Generalsekretär' genannt) und sekundär durch den Ideologiesekretär, sozusagen amtlich von sich gab, sollte Geltungsanspruch für mindestens alle Parteimitglieder und möglichst alle DDR-Einwohner besitzen. Der Abbruch des Jahres 1958 ist die Rücknahme der kommunistischen *Person* in der Philosophie, der 1959 zweifellos gegebene Aufbruch ist der der kommunistischen philosophischen *Institution* in Regie der SED, die Bildung des philosophierenden Individuums als des Funktionärs seiner Institution.[4]

Die Unterwerfung des Philosophierens unter die mit dem Führungsan-

nismus' reden zu müssen. Letzterer umfasst als Ideologie allerlei Bestandteile, die Mao Zedong, Kim Il Sung und manche andere hinzugefügt haben. Mit Bezug auf ihn kann von einem konsistenten Ideengefüge keine Rede mehr sein. Schon ‚Marxismus' umfasst die Unverträglichkeit Kautskys mit Lenin (d. h. die politiktheoretische Entgegensetzung zwischen demokratischer Republik und Räterepublik in kommunistischer Beherrschung). Obendrein geht es hier nur um den Teil des von Engels konzipierten Marxismus, der von ihm im berühmten ‚Anti-Dühring' 1878 rechtens ‚Philosophie' genannt worden ist.

1 Ohne Besatzungsmächte lief im Nachkriegsdeutschland aller vier Besatzungszonen mindestens bis 1949 nichts Wesentliches. Von deutscher Souveränität ist im Ernst erst seit dem 3. Oktober 1990 wieder zu sprechen, von einer Bestimmtheit, die unsere politischen Vertreter offenbar nur schwer zu erlernen und zu begreifen vermögen.

2 Die Abhängigkeit dieser Realisierung von den ideologischen Determinationen durch die Besatzungsmacht und nach ihrem Kommando durch die SED-Führung zeigen die Schicksale von Leo Kofler, der in Halle/Saale einen sehr spezifischen historischen Materialismus hätte hervorbringen können, aber an der Jahreswende 1950/51 fliehen musste, und von Walter Hollitscher, der, vom Wiener Kreis und der englischen Wissenschaftssicht beeinflusst, in Berlin als erster Direktor des Instituts für Philosophie der Humboldt-Universität wirkte, u. a. die Kybernetik Norbert Wieners unmittelbar nach ihrer Geburt seinen Studenten zur Kenntnis brachte, aber im Mai 1953 nach irritierenden Vorgängen, über die er nie Aufklärung gab, nach Wien zurückkehren musste. Vgl. dazu Dieter Wittich: Walter Hollitscher als Interpret und Popularisator wissenschaftlicher Prozesse. Feststellungen und Gedanken zu seinem Leben und Werk – unter besonderer Beachtung seiner Jahre in der frühen DDR. In: Alfred Klahr Gesellschaft (Hg.): Zwischen Wiener Kreis und Marx. Walter Hollitscher (1911–1986). Wien 2003, S. 15-43

3 G. Herzberg: Aufbruch und Abwicklung. Neue Studien zur Philosophie in der DDR. Berlin 2000. S. 102-103

4 Diesen Sachverhalt hat Norbert Kapferer unter dem Namen ‚Kaderphilosoph' angezeigt, ohne ihn zu begreifen.

spruch der Parteispitze angemaßte Beurteilungskompetenz des Parteiapparats bedeutet nicht den Tod der Philosophie, sehr wohl aber die Schaffung einer neuen Existenzbedingung, auf die sich Adepten dieser Wissenschaft so oder so, die Karriere im akademischen Stellensystem suchend oder ausschlagend[1], einstellen müssen. Die Existenz der Philosophie an sich hängt ja mitnichten vom Bestehen irgendwelcher Vereine, Ämter oder Professorenstellen ab. Sie ist soziales Produkt und tritt in einer Gesellschaft auf, die nach Aufklärung drängt. Man kann auch als Handwerker philosophieren, wie Jakob Böhme und Josef Dietzgen eindrucksvoll demonstriert haben.[2]

G. Herzberg freilich meint, dass mit dem Frühjahr 1958 „die ideologische Friedhofsruhe, auch und erst recht auf dem Gebiet der Philosophie“[3], begonnen habe. Das ist angesichts der danach neu in die philosophische Lehre eintretenden Dozenten, der in neuen Publikationen auftauchenden Autorennamen ein offensichtlich problematisches Urteil. Die 1959 ihr Studium am Institut für Philosophie der Berliner Humboldt-Universität aufnehmenden Studenten hörten über dialektischen Materialismus von Herbert Hörz, aus Stuttgart stammend und vom Jahrgange 1933, über historischen Materialismus von Erich Hahn, aus Kiel stammend und vom Jahrgange 1930.[4] Diese Grundlagenveranstaltungen des Fachstudiums Philosophie, seit 1951 in der DDR eingerichtet, wurden zuvor von Klaus Zweiling und Hermann Scheler getragen. Der schon erwähnte Berliner Lehrstuhl für philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaften ist in seinen Produktionen bald zu notieren.[5] So ist der nicht zu leugnende *Ab*bruch, wie diese Hinweise andeuten, zugleich mit einem neuen *Auf*bruch verknüpft, weshalb die Beurteilung der wirklichen Sachlage ziemlich anstrengend ist. Sie ist nicht nur durch Zuchthausurteile und Elimination bisheriger Produzenten kommunistischer Philosophie charakterisiert, sondern auch durch den Eintritt *einer neuen Generation* in die philosophische Lehre und Forschung.

1 Solches Ausschlagen kann auch konjunkturell durch den Mangel an Stellen nolens volens eintreten.

2 Die *sophia* ist originär die in der gesellschaftlichen Erfahrung gewonnene Weisheit der Handwerker.

3 Ebd., S. 103.

4 Die ersten Editionen der genannten Dozenten waren: H. Hörz: Der dialektische Determinismus in Natur und Gesellschaft. Berlin 1962. E. Hahn: Soziale Wirklichkeit und soziologische Erkenntnis. Berlin 1965. Wollte man die Behauptung von der „ideologischen Friedhofsruhe“ beweisen, müsste man es mindestens an diesen Schriften (und anderen selbstverständlich) zeigen.

5 Ich erwähne Martin Guntau u. Helge Wendt (Hg.): Naturforschung und Weltbild. Eine Einführung in Probleme der marxistischen Naturphilosophie. Berlin 1964. 1967 erschien eine 2. umgearbeitete und erweiterte Auflage, in der nicht mehr die *marxistische Naturphilosophie* im Untertitel präsent war, sondern die *philosophischen Probleme der modernen Naturwissenschaften*. Das berührte den publizierten Inhalt nicht. Weiter ist zu notieren: Hermann Ley, Herbert Hörz, Rolf Löther (Hg.): Quo vadis, Universum? Zum Problem der Entwicklung in Naturwissenschaft und Philosophie. Berlin 1965. Ebenso unübersehbar ist Hermann Ley u. Rolf Löther (Hg.): Mikrokosmos – Makrokosmos. Philosophisch-theoretische Probleme der Naturwissenschaft, Technik und Medizin, 2 Bde., Berlin 1966 u. 1967. Nicht zu ignorieren sind auch Heinrich Vogel: Zum philosophischen Wirken Max Plancks. Seine Kritik am Positivismus, Berlin 1961, und selbstverständlich Georg Klaus: Kybernetik in philosophischer Sicht, Berlin 1961.

Dieser Generationswechsel, der einzige in der DDR verwirklichte, bereitet wohl auch Schwierigkeiten, die 1958/59 eingetretene Situation adäquat zu erkennen. Denn hier trifft ein gewöhnliches anthropologisches Phänomen mit einem politischen Konflikt zusammen. Letzterer wurde vom 20. KPdSU-Parteitag im Februar 1956 ausgelöst, durch den Aufstand in Ungarn wie die israelisch-britisch-französische Attacke gegen Nassers Nationalisierung des Suezkanals im Oktober/November 1956 zu einer entscheidenden Wende geführt. Diese hat mit der militärischen Überwältigung des ungarischen Aufstands durch die Sowjetarmee zugleich die Unterdrückung des Kampfes gegen den ‚Dogmatismus' und die Wende zum Kampf gegen den ‚Revisionismus' verbunden.[1]

Ich unterstelle die Kenntnis der ungarischen Tragödie im Oktober/November 1956 und möchte nur den Generationswechsel charakterisieren, der sich in der Zeit, die in diesem Band überhaupt zur Debatte steht, vollzogen hat: Diejenigen, die 1959 in das Lehrgeschäft und kurz darauf in die Publikationstätigkeit eintraten, haben in der Abbruchphase mit dem Höhepunkt von 1958 gelernt, wie unter Bedingungen kommunistischer Herrschaft Philosophie systemadäquat zu betreiben ist, und daher am Ende des Ulbrichtschen Reformversuchs 1971 die „Höhen der Wissenschaft gestürmt", d. h. die entscheidenden Stellen im Berufssystem der DDR-Philosophie besetzt und bis zum Ende 1990 gehalten. Andere, die nicht so gut die Beherrschung der Klaviatur des etablierten Systems erlernten und begriffen oder gar in Empörung verharrten und wirkliche Opfer wurden, mussten ihre Sonderwege der Lebensbewältigung finden – bis hin zur Flucht nach Westdeutschland.

Für die Generationenbestimmung haben Rainer Land und Ralf Possekel eine instruktive Beschreibung geliefert, die sich allerdings auf die kommunikationstheoretische Voraussetzung von Diskursen bezieht, nicht auf die anthropologische Determination.[2] Sie unterscheiden den „Diskurs der Altkommunisten" zwischen dem Ende des 2. Weltkriegs und dem Anfang der sechziger

1 Wer Verhalten wie Denken der DDR-Philosophen in dieser Phase wirklich verstehen will, darf zu keinem Augenblick den Anblick der Leichen in den Straßen Budapests vergessen. Er stellte die Frage: Sind Petöfi-Klubs geeignete Mittel, den Stalinismus zu überwinden? Wer zuerst in Budapest am 23. Oktober 1956 geschossen hat und warum, konnte in der DDR nicht festgestellt werden. Dass jedoch der weiße Terror bis zum 4. November 1956, bis zum zweiten Einmarsch der Sowjetarmee in Budapest also, gewütet hat, ist unbestreitbar. Jede Ignoranz dieses Umstands muss die Haltung vieler DDR-Intellektueller in jener Zeit zum Mysterium machen. Noch im Ausdruck „Keine Gewalt!", der die Wende im Oktober/November 1989 kennzeichnet, ist diese Erfahrung von 1956 anwesend. Und nur Dummköpfe können die Einhaltung dieser Forderung bedauern.

2 In der biologischen Anthropologie wird mit Blick auf das menschliche biologische Reproduktionsverhalten eine Generation mit der Dauer von 25 bis 30 Jahren festgestellt. Normieren wir diese Dauer, erhalten wir das Maß von 27,5 Jahren. Diese Konstante ist ökonomisch von äußerster Wichtigkeit. Sie gibt gerade die Hälfte eines sogenannten Kondratieffzyklus an, der damit seinerseits als der wirtschaftliche Zusammenhang zweier Generationen zu verstehen ist. So sieht es auch F. Braudel in: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft. München 1986, S. 84. Man bedenke, dass die Produktivkräfte nicht angeboren sind, sondern erlernt werden müssen. Die Lerndauer beträgt, wie man feststellen kann, im Allgemeinen die Zeit eines halben Kondratieffs. Meister, Professoren, Lehrer etc. wird man gehäuft erst im Alter von

Jahre vom „Diskurs der Aufbaugeneration“ zwischen dem Ende der fünfziger Jahre und dem Ende der sechziger Jahre, um sodann einen „Reformdiskurs im Umfeld der SED“ zu notieren, der Mitte der siebziger Jahre begann und mit der Wende 1989/91 endete.[1] Mit dieser Fixierung ist die „Aufbaugeneration“ im Sinne Lands und Possekels, die den in Rede stehenden Abbruch 1959 mit einem neuen Aufbruch konterkariert. Sieht man die Sache jedoch anthropologisch und ökonomisch, kommt man zu einer etwas anderen Charakterisierung, die mit der Diskursanalyse aber nicht konfligiert. Sehen wir W. Pieck, Jahrgang 1876 (er ist zwei Tage älter als Adenauer), W. Ulbricht, Jahrgang 1893, O. Grotewohl, Jahrgang 1894, als politische Vertreter der eigentlichen DDR-Gründergeneration an, so können wir mit der Unterstellung zweier Voraussetzungen sagen, dass die DDR-Gründergeneration in der Zeit zwischen Juli 1870 und Dezember 1897 geboren worden ist, den ersten Weltkrieg, die Novemberrevolution und die Gründung der Komintern *erlebt* hat. Sie umschließt die Generation der ‚Altkommunisten‘, d. h. derjenigen, die die russische Revolution 1917/18 und die deutsche Novemberrevolution 1918/19 als Teilnehmer erlebt und sich für die Räterepublik entschieden haben.

Die für diese Generationsidentifikation nötigen beiden Voraussetzungen sind:

1. Der Kondratieffzyklus, der zu dieser Determination angenommen werden muss, ist von J. A. Schumpeter unter dem Namen „bürgerlicher Kondratieff“ für die Zeit von 1843 bis 1897 genau untersucht und beschrieben worden.[2] Ich nehme seine Dauer als zeitliche Standardgröße an, sodass sowohl vorwärts wie rückwärts in der Geschichte Kondratieffzyklen zeitlich genau bestimmbar sind. Der „bürgerliche Kondratieff“, der 2. Kondratieff[3], durch den Eisenbahnbau ausgezeichnet, hat, wie anthropologisch gefordert, 55 Jahre Dauer, sodass wir die beiden Generationsdauern dieses Zyklus determinieren können. Es handelt sich erstens um Menschen, die zwischen Januar 1843 und Juni 1870 in der *Prosperitäts*phase geboren sind, und zweitens um die in der *Depressions*phase zwischen Juli 1870 und Dezember 1897 Geborenen.

2. Mit der Unterstellung der anthropologischen Bestimmtheit eines Kondratieffzyklus nehme ich die Konstanz der Dauer jeder ‚langen Welle‘ an. Demgemäß ist der 3. Kondratieff – Schumpeter nennt ihn „neumerkantilistisch“[4] – für die Zeit von 1898 bis 1952 festzustellen. Das impliziert, dass wir wieder zwei Generationen für die Dauern von Januar 1898 bis Juni 1925

27 bis 28 Jahren finden. Und viele Menschen werden bestätigen, erst in diesem Alter wirklich erwachsen gewesen zu sein.

1 R. Land / R. Possekel: Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren. Berlin 1998. S. 10-11.

2 Vgl.: J. A. Schumpeter: Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses. Erster Band. Göttingen 1961. S. 314-408.

3 Der 1. Kondratieff währt von 1788 bis 1842. Er umschließt die industrielle Revolution, die durch den Zusammenschluss der mobilen Energiequelle (Dampfmaschine) mit der Arbeitsmaschine gesetzt wird.

4 Ebd., S. 410. Ich möchte ihn lieber „imperialistisch“ nennen.

(Prosperitätsphase) und von Juli 1925 bis Dezember 1952 (Depressionsphase) unterscheiden können.

Es bleibt anzumerken, dass wir uns nach dieser Konstruktion im 4. Kondratieff befinden, der zwischen 1953 und 2007 anzunehmen ist. Sie steht natürlich im Gegensatz zur Annahme Leo Nefiodows, der 1990 den Beginn des 5. Kondratieffs ansetzt.[1] Die aktuellen Wirtschaftsprobleme bestätigen, dass wir noch immer in der Depressionsphase sind, d. h., die Konsequenzen des ‚Wirtschaftswunders' zu tragen haben. Meine Annahme wird widerlegt, wenn spätestens 2007 nicht Signale einer neuen Prosperitätsphase (des 5. Kondratieffs) erkennbar werden.[2]

Mit diesen Prämissen müssen wir die *Aufbau*generation, wenn wir sie im Sinne Lands und Possekels von der der *Gründer* unterscheiden, aber keine Rücksicht auf ihre Diskursbestimmtheit nehmen wollen, für die Dauer von Januar 1898 bis Juni 1925 ansetzen. Sie ist die Generation, die den Faschismus und den 2. Weltkrieg ertragen musste und anschließend die Trümmerwelt zu beseitigen hatte. Bedenkt man, dass Ulbrichts Zögling E. Honecker dem Jahrgang 1912 angehört und in der Tat der formelle Repräsentant der DDR vom Mai 1971 bis zum Oktober 1989 gewesen ist, so darf man bei Kenntnis der Umstände des Machtübergangs von Ulbricht zu Honecker rechtens vom klassischen Generationswechsel sprechen.[3] Die Gründergeneration hat am 3. Mai 1971 die politische Macht an die Aufbaugeneration abgetreten – in welcher Form auch immer.

Für die DDR-Philosophie können wir nach der beschriebenen Weise eine *Gründer*generation wahrnehmen.[4] Die *Aufbau*generation beginnt mit Walter

1 L. A. Nefiodow: Der sechste Kondratieff – Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information. Sankt Augustin 1996. Nefiodows Vorstellung von der Ablösung der Energie durch die Information kann ich nur als technizistischen Mystizismus verstehen. Zum Phänomen der ‚langen Wellen' vgl. weiter K. Gebicke: Nikolaj Dmitrievič Kondratieff. Über dynamische Modellierung des Kapitalismus, in: Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2, S. 92-103; R. Wagner-Döbler: Scientometric evidence for the existence of long economic growth cycles in Europe 1500-1900, in: Scientometrics 41(1998)1-2, pp. 201-208; E. Händeler: Die Geschichte der Zukunft. Sozialverhalten heute und der Wohlstand von morgen. Kondratieffs Globalsicht. Moers 2003.

2 Es versteht sich, dass diese Argumentation auf dem Vergleich der historisch wirklich aufgetretenen langen Wellen basiert. Er kann hier natürlich nicht vorgenommen werden, sondern muss dem Leser überlassen bleiben.

3 W. Pieck stirbt am 7. September 1960. O. Grotewohl erkrankt im November 1960 so schwer, dass er nicht mehr arbeitsfähig ist; er stirbt am 21. September 1964. Bruno Leuschner, als Angehöriger des Jahrgangs 1910 schon der Aufbaugeneration zugehörig, scheidet 1963 aus dem Dienst für die DDR aus und stirbt am 10. Februar 1965. Durch diese anthropologische Lage wird Walter Ulbricht der „Alte" und kann sich nach Absolvierung der Fraktionskämpfe um die SED-Führung im Februar 1958 seine „jungen Leute" aussuchen (zu ihnen gehören Erich Apel, Jahrgang 1917, und Günter Mittag, Jahrgang 1926). Zu ihnen gehört seit langem E. Honecker. Er wird am 3. Mai 1971 mit Hilfe Breshnews und der Mehrheit des SED-Politbüros durch Ausbooten seines Ziehvaters der „Erste".

4 Sie reicht von Hermann Duncker (1874–1960) über Arthur Baumgarten (1884–1966), Ernst Bloch (1885–1977), Victor Stern (1885–1958), Auguste Cornu (1888–1981) bis zu Alfred Kurella (1895-1975) und darf gewiss durch Angabe von Emil Fuchs (1874–1971), Günther Jacoby (1881–1969), Ernst Niekisch (1889–1967) vervollständigt werden.

Ruben (1899–1982), schließt auch Fritz Selbmann (1899–1975) ein[1], umfasst natürlich Klaus Zweiling (1900–1968), Leo Kofler (1907–1995)[2], Friedrich Herneck (1909–1993) Walter Hollitscher (1911–1886), Hermann Ley (1911–1990), Georg Klaus (1912–1974) und viele andere einschließlich Marie Simon (1922–1998), Wolfgang Harich (1923–1995) und Gottfried Stiehler (1924).

Die von Land und Possekel so genannte Aufbaugeneration, die in der Tat um die Wende von den 50er zu den 60er Jahren in die philosophische Lehre und Forschung eintritt, findet eine bereits durch zwei Hochschulreformen determinierte Lage vor, in welcher sie sich – durch quantitatives Wachstum der Stellenanzahl wohltuend begünstigt – häuslich einzurichten vermag. Einige ihrer Angehörigen sind, um eine Charakterisierung von Brigitte Hering aus dem Jahre 1969 aufzugreifen, „Sieger zweier Revolutionen“[3]. Ich finde, dass die Benennung „Siegergeneration“ – der ironische Unterton ist besonders nach 1989/90 unvermeidbar – den Gegenstand nicht gar zu sehr verfehlt, sofern man nur von einem Sieger nicht unbedingt fordert, auch ein Kämpfer um den Sieg gewesen zu sein.[4] Man erntet, was Vorgänger gesät haben. Die aufgegriffene Benennung gilt ohne alle Ironie für die Lage nach 1971 bis zur Wende 1989/91, in der die Sieger in den Vorruhestand gingen – und die Verlierer hinterließen.[5]

Selbstverständlich ist die präsentierte Generationenfolge ein Konstrukt, ich hoffe, ein verständiges. Sie wird anthropologisch determiniert und ökonomisch nach ihrer Dauer unterschieden. Jede Generation umfasst 27 ½ Jahrgänge, die sich ihrerseits zu verschiedenen Gruppen oder Kohorten zusam-

1 Vgl.: W. Ruben: Geschichte der indischen Philosophie. Berlin 1954. Es wird wohl niemand einen Einwand erheben gegen die Zurechnung eines Philosophiehistorikers zur Philosophenzunft. F. Selbmann hat 1947 ‚Wahrheit und Wirklichkeit. Kritische Essays über Fragen der Philosophie und Geistesgeschichte‘, Heidenau/Sa., publiziert und über seine zwischen 1936 bis 1939 geschriebenen Aufsätze bekannt: „Der Verfasser hatte nicht den Ehrgeiz, die Zahl der philosophischen Systeme um ein weiteres zu vermehren. Seine philosophische Meinung ist die des dialektischen Materialismus…“ (a. a. O., S. 7)

2 Kofler hat trotz seiner Flucht 1950/51 in der SBZ und DDR gewirkt, und sein 1955 in Hamburg ediertes Buch ‚Geschichte und Dialektik. Zur Methodenlehre der dialektischen Geschichtsbetrachtung‘ ist 1950 im Manuskript in der DDR fertiggestellt worden. Es gehört zur kommunistischen Parteitradition, von Zeit zu Zeit einige Akteure der kommunistischen Philosophie auszuschließen. Solche parteiamtliche Produktion ‚weißer Flecken‘ darf selbstverständlich von der philosophiehistorischen Analyse nicht anerkannt werden. Freilich kann ich Leo Kofler nicht mehr fragen, ob er sich für die Jahre 1947 bis 1950 auch subjektiv zur Aufbaugeneration kommunistischer Philosophen der DDR gehörig ansehe.

3 Vgl.: ‚Neues Deutschland‘ vom 2. September 1969, Ausg. B, S. 5, wo die Journalistin eben unter dem Schlagwort ‚Sieger zweier Revolutionen‘ ein ‚Porträt des Philosophen Herbert Hörz‘ liefert.

4 Das ist ein in der Wende 1989/90 und danach wieder auftretendes Phänomen: Es fanden sich Sieger, die keinen Kampf bestanden hatten.

5 Der Reigen der *Sieger*generation, die die Enkel der Gründer umfasst, wird von E. Albrecht (1925) und W. Heise (1925-87) eröffnet, umfasst H. Klenner (1926), J. Teller (1927-99), M. Buhr (1927), A. Kosing (1928), D. Bergner (1928-84), H. Seidel (1929), W. Eichhorn I (1930), E. Hahn (1930), D. Wittich (1930), C. Warnke (1931), H. Hörz (1933), M. Thom (1935), H. Laitko (1935), K.-F. Wessel (1935), H. Wessel (1936), R. Wahsner (1938) und viele andere. R. Land (1952) schließt den Reigen ab, während M. Brie (1954) und H.-P. Krüger (1954) bereits die Nachfolgergeneration, die Urenkel der Gründer, vertreten, welche nolens volens die DDR transzendieren.

menfassen lassen, und natürlich umschließt jede Generation die einander als Gegner oder gar Feinde gegenüberstehende Individuen. Es ist aber die Frage, ob die sich in einer Generation Entgegensetzenden nicht durch ein und dieselben Produktionsbedingungen, durch ein und dieselben Erlebnisse, durch einen und denselben Zeitgeist bestimmt werden. Das zu denken, soll hier nur nahegelegt werden

Die Kontinuität zwischen den Generationen wird natürlich mit der Hervorhebung der Diskontinuität auch nicht geleugnet. Dennoch ist es für die Erkenntnis der Geistesgeschichte erheblich zu notieren, welche Erlebnisse und daher sinnlich-gegenständliche Erfahrungen eine Generation hat und eine andere nicht.[1] Die Aufbaugeneration, durch die Hölle des Faschismus und des 2. Weltkrieges gegangen, hat die DDR nicht als Voraussetzung, sondern als den von ihr hervorgebrachten Staat, als ihr und der Gründer Produkt. Die Siegergeneration umfasst etwas für Deutschland Außergewöhnliches – weiße Jahrgänge –, also Männer, die nie eine Kaserne von innen sahen und nie dem Kommando von Unteroffizieren gehorchen mussten. Für sie sind möglicherweise die Nöte der DDR-Bausoldaten Phänomene einer fremden Welt, wie umgekehrt die sinnlich-gegenständliche Fremdheit des Nazitums und des 2. Weltkrieges dazu führen mag, den Anfang der selbständig reflektierten Historie in der ungewollten und abgelehnten Vorgegebenheit der DDR und einer a priori bösen Diktatur zu sehen.[2]

Wenn wir die skizzierte Generationenbestimmtheit für die weiteren Überlegungen unterstellen, so versteht es sich, dass die hier zu debattierende Phase der DDR-Philosophie ein spezifisches Verhältnis dreier Generationen zueinander umschließt, in dem die Siegergeneration im Gefolge der 3. Hochschulreform wie der Akademiereform 1968 als der selbstverständliche Inhaber des Stellensystems der DDR-Philosophie sozusagen anthropologisch determiniert, während die Aufbaugeneration nach und nach zurücktritt. In der politischen Staatsführung allerdings behält letztere wegen der Evolutionsbedin-

1 Gegenwärtig ist auffällig, dass die Redeweise von den „zwei deutschen Diktaturen“ besonders von denen gebraucht wird, die keine praktischen Erfahrungen mit der Nazizeit mehr machen konnten. Für sie ist die DDR eine a priori vorgegebene Lebensbedingung. Für Ältere ist die DDR leicht als kommunistische Aufhebung der Nazizeit zu denken (die BRD natürlich als eine andere – sozialdemokratisch-bürgerliche). Jemand, der sich an die Ordensbrust Görings erinnert, hat die Ordensbrust Stalins nur als – mit Bezug auf das von Hitler induzierte Kriegsresultat – ‚logischen‘ Ersatz in der Erinnerung. Und wer Hitlers Eifer in der Staatsleitung kennt, um sie mit Ulbrichts Einsatz vergleichen zu können, kann nur verblüfft sein über die Akzeptanz des ziemlich sinnleeren Ausdrucks von den „zwei Diktaturen“.

2 Für Menschen, die enteignet wurden, die wegen ihres Christentums leiden mussten, etwa zur Oberschulbildung nicht zugelassen wurden, zeigt sich die DDR als böser Drache, was ich selbstverständlich verstehe. Aber die so Betroffenen mögen bedenken, dass zu allen Zeiten Staaten vielen ihrer Untertanen in gleicher Weise entgegentraten. Wer sich dem Wehrmachtsdienst entziehen wollte, um Hitlers Vergewaltigung der Nachbarvölker nicht mitmachen zu müssen, hatte mit Erschießung zu rechnen. Wer die Meuterei der kaiserlichen Admiralität gegen die neue Regierung im Oktober 1918 nicht mitmachen wollte, musste roter Matrose werden, dem in Kiel alte Staatsdiener wieder mit der Waffe in der Hand entgegentraten. Diese Aufzählung lässt sich beliebig verlängern. Wenn sie auch Nachgeborenen als Text über unerlebte Vergangenheit entgegentritt, bleibt sie dennoch eine Tatsachenfolge, die jeder Urteilsbildung vorauszusetzen ist.

gungen in kommunistischen Parteien bis zum Ende das Ruder so in der Hand, dass der böse Witz zirkuliert, nach dem die Politbüromitglieder in die ZK-Tagung hineingetragen werden, das Kommando „Herzschrittmacher einschalten!“ befolgen, um sodann gemeinsam das Lied ‚Wir sind die junge Garde des Proletariats‘ anzustimmen. Die Abfolge Breshnew, Andropow, Tschernenko anfangs der 80er Jahre des abgelaufenen Jahrhunderts hat diesen Witz realiter modelliert.

1. Die kommunistische Parteiführung erklärt, was kommunistische Philosophie ist

Die das Jahr 1958 kennzeichnende Verhaftungswelle hatte noch gar nicht recht begonnen, als das SED-ZK – nach der im Februar dieses Jahres auf seiner 35. Tagung realisierten Verurteilung Schirdewans und Wollwebers, als Mitglieder einer imaginierten Fraktion erfunden, und Fred Oelßners – am 1. März einen Brief ‚Über das Studium des dialektischen Materialismus in den Grundorganisationen‘ publizierte. Er empfahl, das Studium der kommunistischen Philosophie zur Sache aller Parteimitglieder zu machen.[1] Diese parteiamtliche Erklärung über den dialektischen Materialismus war zugleich mit der penetranten Vorstellung gekoppelt, die Heranbildung von Philosophen als „Parteiarbeiter“[2] zu bewerkstelligen – vom Apparat der SED und seinen Dienern zu jeder passenden und unpassenden Gelegenheit geäußert – und zum Schrecken mancher Studenten, die ihr weiteres Berufsleben inakzeptabel reguliert wähnten.

Man könnte allerdings angesichts dieses Briefes der SED-Führung an alle Parteigrundorganisationen zunächst fragen: Welche philosophische Lehre hatte je die Ehre erlangt, von der Führung einer ganzen Partei goutiert zu werden? Wenn heute Parteivorstände ihren nachgeordneten Verbänden philosophisches Studium empfehlen würden, wäre nicht der geringste Einwand zu erheben. Der SED-ZK-Brief erklärt: „Der dialektische Materialismus als Weltanschauung der Arbeiterklasse ist der theoretische Leitfaden für die Politik aller kommunistischen und Arbeiterparteien.“[3] Würde ein Parteivorstand heute z. B. den kritischen Rationalismus als theoretischen Leitfaden in Par-

1 Sechs Tage später, am 7. März 1958, wurde der Student dieser Philosophie Peter Langer aus einer Versammlung von Mitarbeitern und Studenten des Instituts für Philosophie der Berliner Humboldt-Universität nach makabrer Abstimmung den ‚Staatsorganen übergeben‘, d. h. den in anderen Räumen schon residierenden MfS-Beamten zur Verhaftung zugeführt. Ein anderer Student des Instituts, H. D. Schweikert, war am 4. März bereits verhaftet worden und K. Messelken erlitt am 8. März dasselbe Schicksal.

2 Der ‚Parteiarbeiter‘ ist das zum Funktionär einer Institution gebildete Individuum, dem die Personalität bzw. Persönlichkeit, d. h. die Souveränität in der Vertragsschließung mit anderen Personen oder Institutionen, möglichst so ausgetrieben ist, dass er imstande ist, einen erhaltenen input in einen wohldefinierten output zu transformieren.

3 ZK der SED (Hg.): Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. VII. Berlin 1961. S. 140

teiabenden zur Kenntnisnahme den Parteimitgliedern anempfehlen, könnten Philosophen nichts dagegen haben und schon gar nicht, wenn sie selbst diese Richtung favorisierten. Die Annahme, einen „theoretischen Leitfaden“ zu besitzen, d. h. eine Theorie, aus der Handlungsanweisungen etwa für politische Gemeinschaften abzuleiten sind, ist sicher für Philosophen jeder Art, auch für dialektische Materialisten, nicht ohne Reiz. Wissenschaftler überhaupt haben oft den dringenden Wunsch, Funktionäre zu beraten, die Entscheidungen fällen müssen, welche alle Individuen einer betreffenden Gemeinschaft angehen. Politikerberatung ist ein Bedürfnis derer, die Erkenntnis schaffen. Die Unzahl der Beraterverträge beweist, dass auch das umgekehrte Verlangen besteht.

In Sachen der kommunistischen Philosophie und der Deklaration ihrer Bedeutung durch das SED-ZK am 1. März 1958 mögen allerdings die betroffene Fachfrau, der betroffene Fachmann fragen: Was heißt dialektischer Materialismus „als Weltanschauung der Arbeiterklasse“? Wieso kann eine Philosophie als *Weltanschauung* auftreten? Ist nicht vielmehr jede Weltanschauung *Gegenstand* philosophischer Untersuchung? Und welche Klasse meint das Wort ‚Arbeiter*klasse*‘, wenn die wirkliche Arbeiter*schaft*, d. h. die Menge aller menschlichen Individuen, die ihren Lebensunterhalt durch Arbeitslöhne bestreiten, die unterschiedlichsten Weltanschauungen praktizieren? Bietet das SED-ZK mit seinem Brief vom 1. März 1958 der kommunistischen Philosophie einen Bärendienst an?

Sollten betroffene Philosophen solche Fragen zu dieser Zeit in der DDR gestellt haben, wären sie in die Mühlen der staatlichen Verfolgung geraten, wie die sozusagen ‚schlagartigen‘ Verhaftungen vom 7. März 1958 und danach gezeigt haben.[1] Was also kann der kommunistische Philosoph tun, wenn er den von der herrschenden kommunistischen Partei dekretierten Existenzbedingungen unterworfen ist, aber nicht den Weg Wolfgang Harichs gehen und auch nicht auf die Möglichkeit, Philosophie zu betreiben, verzichten will? Er muss eine Weise der Anpassung an die ihm vorgegebenen Produktionsbedingungen erfinden – wie übrigens alle Produzenten. Und dazu gehört, dass die von der SED-Parteiführung deklarierten Grundsätze – besonders vor eifrigen Konkurrenten – nicht wahrnehmbar in Frage gestellt werden, sondern per Zitation als genügend verinnerlicht häufig geäußert werden. Das gehört, wie man in jeder Zeit erkennen kann, zu den Regularien des halbwegs unangefochtenen Schwimmens im Zeitgeist, der stets ein mächtiger Geselle ist. Die Anpassung mit Bezug auf die Sprache der SED hat allerdings zur Konsequenz, dass fragliche Texte von ledernen Genitivkonstruktionen, übernommen aus der KPdSU-Sprache, so angefüllt sein können, dass auftretende

1 Vom 8. bis 12. März 1958 rollt die Verhaftungswelle gegen Mitarbeiter des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der Berliner Humboldt-Universität. Vgl.: C. Warnke: Kommunistische Parteiherrschaft und Wissenschaft. Zur gescheiterten Emanzipation des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der Berliner Humboldt-Universität 1956–1958 – Eine Fallstudie. Im vorliegenden Band S. 57 ff., G. Herzberg, a. a. O., S. 34-67

Ideenflüchtigkeit beim Lesen den Eindruck von ideologischer Friedhofsruhe durchaus zu bestätigen vermag.[1]

Im SED-ZK-Brief über die kommunistische Philosophie heißt es weiter:

„Der dialektische Materialismus zeigt die Rolle der revolutionären Theorie für das richtige Verhalten. … Einerseits ist die Theorie nichts anderes als die Verallgemeinerung der praktischen Erfahrungen; … Dadurch kann die Theorie andererseits zum Leitfaden für die praktische Politik werden."[2]

Bei solchem Text muss jeder wissenschaftliche Theoretiker (und ein Philosoph sollte dessen Tun zumindest kennen) stöhnen: Welch ein Dilettantismus! Welch ein vulgärer Positivismus! Natürlich gibt es keine (wissenschaftliche) Theorie ohne apriorische Annahmen. (Und das Plappern von Meinungen ist keine Theorieproduktion.) Den einfachen Satz: „Für alle Dinge a gilt: a = a", hat niemand als „Verallgemeinerung praktischer Erfahrungen" gewonnen, obwohl ihn jeder Mensch, der Folgen seiner Annahmen zu erfassen versucht, selbst der Generalsekretär eines kommunistischen Zentralkomitees, im Schließen verwendet. Und wohin man mit „Verallgemeinerungen" wie „alle Schwäne sind weiß" in Australien kommen kann, ist in der Wissenschaftstheorie eine altbekannte Sache.[3] Die „Verallgemeinerung" formationstheoretischer Meinungen über den Feudalismus durch Anwendung auf Afghanistan hat der KPdSU-Führung ihr Vietnam beschert und sinnlose Opfer gekostet. Mit solchen Feststellungen ist die Erkenntnis nicht zu vermeiden, das SED-ZK habe mit seinem Philosophiebrief eine vulgäre Okkupation des dialektischen Materialismus unternommen und keineswegs seiner Weiterbildung gedient.

Diese Erkenntnis wird unabweisbar, wenn man zuvor mit Bezug auf die im Februar 1958 abgeschlossenen Fraktionskämpfe lesen muss:

„Die Gruppe Schirdewan-Wollweber vertrat die opportunistische Auffassung, …, während das Zentralkomitee sich für jene politische Linie entschied, die … auf dem Boden des dialektischen Materialismus stand und die Genosse Walter Ulbricht auf der 30. Tagung des Zentralkomitees begründete."[4]

So wird sans phrase deklariert, dass der dialektische Materialismus seinen Hauptsitz im Hirn des Ersten Sekretärs habe, und jede als Fraktion diagnostizierte Gruppe in der Partei a priori *nicht* „auf dem Boden des dialektischen Materialismus" stehe. Was am 1. März 1958 der Öffentlichkeit ungescheut zugemutet wird, ist die Annahme der *Meinung* des in Fraktionskämpfen siegreichen Ersten Sekretärs als Bestimmtheit des dialektischen Materialismus. Dieser scheint daher notwendig eine Folge von Äußerungen Erster Sekretäre

1 Ein Kollege, der nach einem Aufenthalt in der UdSSR aktuelle philosophische Texte mühelos aus dem Russischen in Deutsche übertragen konnte, beklagte nach der Wende 1989/91, dass er nun sogar die ‚Prawda' nicht mehr ohne Wörterbuch verstehen könnte. Die Sprache Puschkins wurde halt durch die Sprache der ‚Grundlagen des Marxismus-Leninismus' nur partiell realisiert.

2 Ebd.

3 Es ist zuzugestehen, dass nicht jeder Parteiführer von den schwarzen Schwänen auf dem fünften Kontinent Kenntnis haben muss, aber wissenschaftstheoretische Kenntnisse wären schon zu empfehlen, da ja Wissenschaftspolitik unvermeidlich zum Arbeitsprogramm gehört.

4 Ebd., S. 133. Die 30. SED-ZK-Tagung (nach dem 4. Parteitag) fand vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 statt.

mit der Einschränkung zu sein, dass der gerade im Amte befindliche Erste darüber befindet, ob die Äußerungen seiner und gegebenenfalls welcher Vorgänger noch Geltung haben oder zu vergessen sind. Das muss man, auch wenn man den Abbruch der DDR-Philosophie in der Wende 1989/91 als eine inakzeptable Enteignung und Entwertung empfindet, durchaus einen ***Abbruch*** der zuvor etablierten akademischen kommunistischen Philosophie nennen. Und man hat damit das geschichtlich durchaus neuartige Problem zu lösen, wieso kommunistische Philosophen mit überwältigender Leidenschaft zu kommunistischen Parteien drängen, während kommunistische Parteien von Zeit zu Zeit ihre Philosophen leidenschaftslos eliminieren.[1]

Warum soll nach Meinung des SED-ZK die kommunistische Philosophie studiert werden? „Das Studium des dialektischen Materialismus in Verbindung mit dem Leben gibt uns die Klarheit, dass der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab gesetzmäßig, also gewiss ist. Dieser Nachweis ist die wichtigste Schlussfolgerung des dialektischen Materialismus.“[2] Im Jahre 2004 lässt sich gut verstehen, warum die Gewissheit vom Sieg im selbst gewählten Kampf so dringend gewünscht ist. Aber sie als „wichtigste Schlussfolgerung des dialektischen Materialismus“ auszugeben, heißt, diese Philosophie durch das SED-ZK mit seinem Ersten Sekretär an der Spitze auf den Hund zu bringen. Das dann folgende opportunistische Apparatschik-Argument macht es deutlich: „Wenn klar ist, dass der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus eine Gesetzmäßigkeit ist, … kann man nur die Schlussfolgerung ziehen, … dass man sich also in jeder Hinsicht auf den Sozialismus orientieren muss.“[3] Wer wird – schon angesichts seiner nicht hintergehbaren Einkommensbedürfnisse – den sicheren Sieger im Verteilungskampf ignorieren?

Es versteht sich für das SED-ZK: „Das Studium der marxistisch-leninistischen Philosophie hat bei uns nur Sinn, wenn es hilft, die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zu lösen.“[4] Der jugendliche Enthusiasmus, sich der Philosophie zu widmen, zu erkennen, was die Welt im Innersten zusammenhält, kann so bestenfalls als verzeihliche Torheit zugelassen sein. Sie ist aufgehoben, wird sie durch den Entschluss ersetzt, als Philosophie-Student unter Ulbrichts Führung Parteiarbeiter zu werden – und so mit den Siegern der Geschichte zu gehen. Das ist die Perspektive, die der kommunistischen Philosophie in ihrem Umbruchjahr 1958 von der politischen Führung der DDR zugewiesen wird.

Diese Perspektive koppelt der 5. SED-Parteitag, zwischen dem 10. und 16.

1 August Thalheimer war seit dem Januar 1929 eine Unperson, Kurt Sauerland überlebte – wie viele – seine UdSSR-Emigration nicht und war daher der DDR-Philosophie lange Zeit kein Rezeptionsgegenstand. Damit hat die kommunistische Philosophie, obwohl durch Moses Heß lange vor Engels und Marx konstituiert, keinen eigentlichen Schulzusammenhang ausbilden können, weil die kommunistischen Parteifraktionen mit schöner Regelmäßigkeit Ausschlüsse so betrieben, dass sich die Geschichte der kommunistische Philosophie wie eine gerupfte Folge „weißer Flecken“ ausnimmt.

2 Ebd., S. 137

3 Ebd., S. 139

4 Ebd.

Juli 1958 in Berlin abgehalten, mit dem Beschluss, den endgültigen Aufbau der ‚materiell-technischen Basis des Sozialismus' im Erfüllen der ‚ökonomischen Hauptaufgabe' fortzusetzen, in drei Jahren den Pro-Kopf-Verbrauch an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern in Westdeutschland zu erreichen und zu übertreffen. Ulbrichts Zögling Honecker überschlägt sich dazu auf einer Kundgebung in der Versicherung, dieses Programm werde „so sicher wie das Amen in der Kirche" erfüllt. Das sich so äußernde Selbstbewusstsein der Ulbricht-Führung ist bereits mit dem Sputnik-Start vom 4. Oktober 1957 aufgebläht worden (Generale hielten mit Blick auf die Waffentechnik die gewünschte Überlegenheit schon für eine bare Tatsache). Es wird noch gesteigert durch den Umstand, dass 1957/58 die westdeutsche Wirtschaft die gewöhnliche Depression eines Investitionszyklus erfährt. Sie wird in der DDR aufmerksam wahrgenommen: Die Arbeitslosenanzahl steigt bei gleichbleibender Quote von 3,7%[1] von 753.000 im Jahre 1957 auf 763.000 im Jahre 1958. Dies veranlasst eine eilfertige lineare Extrapolation, die mit der kommunistischen Erwartung der ‚allgemeinen Krise des Kapitalismus' gekoppelt zu der Annahme führt, nächstens müsse nach dem Vorbild der Katastrophe vom Oktober 1929 das Desaster des Kapitalismus, seine „allgemeine Krise", in heftige Erscheinung treten.[2] So ist die Siegesgewissheit der Ulbricht-Führung im Jahre 1958 wohl zu verstehen, wenn man unterstellt, dass Politiker

1 1959 sinkt sie zur Überraschung der DDR-Führung auf 539.000 bzw. 2,6%, um dann 1962 den die 60er Jahre charakterisierenden Tiefstand von 0,7% zu erreichen, für die Prosperitätsphase des 4. Kondratieff natürlich zu erwarten.

2 Im Entwurf eines Briefs von Ulbricht an Chruschtschow, der am 19. Januar 1961 zur Beantwortung der Frage Chruschtschows nach den Ursachen der kritischen Lage der DDR-Wirtschaft abgesendet worden ist, heißt es: „Im Jahre 1958, auf unserem V. Parteitag und bei der Ausarbeitung des Siebenjahrplans haben wir damit gerechnet, dass in der ökonomischen Entwicklung Westdeutschlands eine gewisse Stagnation eintreten wird und dass eine stärkere Belieferung mit den für unsere Wirtschaft entscheidenden Rohstoffsortimenten aus der UdSSR und aus anderen sozialistischen Ländern erfolgen kann. Die Entwicklung in Westdeutschland ist jedoch anders verlaufen. Westdeutschland hat 1960 in der Steigerung der Produktion und im Konsum den stärksten Zuwachs seit Kriegsende und nichts deutet bisher auf eine Änderung. Die Investitionen sind in Westdeutschland weiterhin sehr hoch und die Industrie ist voll durch Aufträge ausgelastet. – In der DDR hat sich dagegen im Jahr 1960 die Beschaffungsmöglichkeit für unsere wichtigsten Rohstoffe wesentlich verschärft. Den Import aus der UdSSR konnten wir 1960 nur um knapp 2% gegenüber dem Vorjahr steigern. Der Import aus Westdeutschland sank um 10%. Um unsere Volkswirtschaft in Gang zu halten, mussten wir deshalb den Import aus kapitalistischen Ländern um fast 30% steigern. Diese Importe reichten noch nicht aus und führten zu ernsten Schwierigkeiten in der Versorgung der Industrie mit Rohstoffen im Jahre 1960. Aber da wir nicht genügend Exportwaren für die Bezahlung dieser Importe haben, mussten wir eine kurzfristige Verschuldung an kapitalistische Länder im Umfang von rund 550 Millionen Valutamark eingehen. Einen großen Teil dieser Verschuldung an kapitalistische Länder müssen wir 1961 zurückzahlen, d. h., wir müssen Waren an diese Länder liefern, für die wir keine Importe bekommen. – Das sind die Hauptgründe für die Lage, in der wir uns befinden … Vgl.: SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2 /202 / 30, S. 7-8 des Entwurfs. Ich zitiere ohne Angabe der Streichungen, die am Entwurf von Ulbricht vorgenommen wurden. André Steiner hat Ulbrichts Brief vom 19. Januar 1961 in der Rückübersetzung aus dem Russischen publiziert in: Von der SBZ zur DDR: Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hg. v. H. Mehringer, München 1995 (Schriftenr. d. Vierteljahreshefte f. Zeitgeschichte; Sondernr.). S. 242-254. Die aus dem Entwurf zitierte Passage findet man abgewandelt im Brief auf S. 249-250.

nicht selten niedere Schläue mit allzu kurzfristigen Prognosen koppeln und Wünsche für an sich realisierbare Fakta halten.[1]

Natürlich bestimmt der Brief des SED-ZK zum dialektischen Materialismus nicht durchgängig das individuelle Verhalten der DDR-Philosophen in der nachfolgenden Periode. Er ist ja nur die Meinungsäußerung des oder der kommunistischen Partei*repräsentanten*. Doch bestimmt er den Rahmen, der in der philosophischen Produktion nicht ungestraft ignoriert werden kann. Zeiten ziemlich unbeschränkter Freiheit für die philosophische Forschung und Lehre sind in der Geschichte selten. Selbst Sokrates, der nun wahrlich mit seinem Leben für seine Polis stand, musste den Schierlingsbecher leeren – u. a. wegen ‚Jugendverführung', eines nicht wenigen Regenten offenbar wohl vertrauten Vergehens. In der DDR jedenfalls war klar, dass man von der ‚wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse', vom ‚gesetzmäßigen Sieg des Sozialismus' etc. etc. zu *sprechen* hatte, was immer man *denken* wollte. Diese Sprechblasen in den Texten der DDR-Philosophie zu erfahren, ist mühevoll und – ich gebe es gern zu – langweilig.

2. Von den realen Bedingungen der philosophischen Produktion 1958 bis 1971

Die Euphorie der DDR-Führung des Jahres 1958 wird bereits ein Jahr später durch den Absturz der B-152 am 4. März 1959 (zur Zeit der Leipziger Messe) gedämpft. Es handelt sich um das erste europäische vierstrahlige Düsenpassagierflugzeug, das Brunolf Baade nach seiner Rückkehr aus der UdSSR seit 1954 als Frucht der neuen DDR-Flugzeugindustrie in Dresden vorführen wollte.[2] Auch das erneute Anziehen der westdeutschen Prosperitätsphase bedroht die Hoffnungen der SED-Führung. Schon im Frühjahr 1959 zahlen westdeutsche Unternehmer übertarifliche Löhne, die auch auf ostdeutsche Arbeiter ihre Sogwirkung ausüben. Obendrein erfährt die DDR-Führung zu ihrer Überraschung im Juni 1959, dass die UdSSR den bis dato mündlich vereinbarten Kauf von 100 Maschinen des Typs B-152 im Interesse der eigenen – sowje-

1 Die hemmungslos artikulierte Euphorie wird auf dem 5. SED-Parteitag noch durch die Verkündigung der »Zehn Gebote der sozialistischen Moral« gekrönt. Diese Imitation Moses' auf dem Berge Sinai muss man sich vergegenwärtigen, um die Lage zu verstehen, aus der heraus später das Reformkonzept Ulbrichts zustande kommt. Es wird nach schmerzlichem Verlust der Siegesgewissheit gebildet mit der im strengen Sinne revisionistischen Annahme vom Primat der Ökonomie, d. h., der genauen Entgegensetzung zur Idee Lenins vom Primat der Politik. Vgl. dazu den Beitrag von Jörg Roesler: Neues Denken und Handeln im Neuen Ökonomischen System (NÖS) in: H.-C. Rauh/P. Ruben (Hg.): Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren, Berlin 2005, S. 51ff.

2 Um die Bedeutung dieses Faktums zu erkennen, bedenke man, dass die Passagierluftfahrt mit Sicherheit zu den Basisinnovationen des 4. Kondratieff gehört (seit 1980 werden keine Schiffspassagiere im Transatlantikverkehr mehr notiert, die Flugzeuge haben die um's ‚blaue Band' konkurrierenden Hochseeschiffe des 3. Kondratieff verdrängt). Mit dem Aufbau der Flugzeugindustrie seit 1954 befand sich die DDR also voll im ökonomischen Trend der bestehenden langen Welle.

tischen – Flugzeugindustrie ablehnt.[1] Dennoch passt sie sich in Treue am 1. Oktober 1959 dem neuen sowjetischen Planrhythmus mit Annahme eines Siebenjahrplans an. Noch im Januar 1960 rechnet die Staatliche Plankommission in ihren ‚Thesen für die Grundlinie der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR bis 1975' damit, dass 1965 die wirtschaftliche Überholung Westdeutschlands (öffentlich wurde 1961 proklamiert) und 1966-1975 die Periode des allmählichen Übergangs zum Kommunismus für die DDR eintreten werde. Ulbricht setzt die Zusammenfassung der Einzelbauern zu Genossenschaften bis April 1960 im gesamten DDR-Gebiet als aus dem ZK-Brief zum dialektischen Materialismus bekannte „Widerspruchslösung" durch. Sie heißt „der sozialistische Frühling". Damit ist die Dominanz des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln, das eigentliche kommunistische Ziel, mittels der Staatsmacht realisiert.

Am 26. August 1960 wird der 2. Prototyp der B-152 im Flug erprobt, obwohl die Ablehnung des Kaufs von Maschinen dieses Typs durch die UdSSR seit Juni 1959 entschieden und der DDR-Führung bekannt ist. Nach der USA-Reise Adenauers und nach der am 13. September 1960 durch die DDR-Behörden erklärten Nichtanerkennung der Westberliner Reisepässe beschließt die BRD-Regierung auf Anregung ihres Außenministers Brentano am 30. September 1960, das Berliner Abkommen vom 20. September 1951 (das Interzonenhandelsabkommen) per 31. Dezember dieses Jahres zu kündigen. Damit ist die Existenz von Vorprodukten für DDR-Erzeugnisse, die auch in die UdSSR geliefert werden müssen, für das Jahr 1961 in Frage gestellt.

So kommt es am 30. November 1960 zum Gespräch Ulbrichts mit Chruschtschow, in dem der SED-Chef die UdSSR bittet, zur ‚Störfreimachung' der DDR-Wirtschaft, welche doch Lieferverpflichtungen der Sowjetunion gegenüber getreulich erfüllen möchte, die bisher westdeutschen Lieferungen gewisser Rohstoffe und Halbfabrikate zu übernehmen. Ihm wird mitgeteilt, dass das ein frommer Wunsch bleibt. Im Dezember 1960 muss der 6. Deutsche

1 Noch am 26. März, 12 Tage nach dem durch unverantwortliche Anforderungen Baades provozierten Absturz des Flugzeugs, wurde versichert, dass die UdSSR die mündlichen Vereinbarungen einhalten werde. – Das Studium der Handelsbeziehungen zwischen den Staaten des RGW, nun wenigstens vermittels Kenntnisnahme der DDR-Akten im Bundesarchiv (SAPMO) teilweise möglich, ist für des Erkennen und Verstehen des Zusammenhangs zwischen der Idealität und der Realität des Kommunismus – nach klassisch marxistischer Theorie! – von der äußersten Wichtigkeit. Die UdSSR hat den Kauf der 100 DDR-Flugzeuge nach altem protektionistischem Modell abgelehnt, um ihre bereits fliegende TU-104 und die fertiggestellte Il-18 einzusetzen, obwohl bekannt war, dass die sowjetischen Flugzeuge um etwa 21% unwirtschaftlicher als die DDR-Flugzeuge vom Typ B-152 gewesen sind. Das Schicksal der B-152 ist nicht wegen des unsinnigen Absturzes, sondern wegen der Konkurrenz zwischen russischen und deutschen Kommunisten – als Flugzeuganbieter – besiegelt worden. – Von der Konkurrenz aus den USA oder Großbritannien muss nicht geredet werden, weil sie sich von selbst versteht. Ulbricht hätte die Basis eines F. J. Strauß haben müssen, um Dresden zu dem zu machen, was Toulouse heute ist (Zentrum des erfolgreichen Airbus). Die Frage lautet – für tapfere Verteidiger der kommunistischen Idee, die hemmungslos die osteuropäische Erfahrung ignorieren, sei sie gestellt –: Wieso können kapitalistische Konkurrenten kooperieren, kommunistische Brüder aber nicht? Dieses Problem muss gedacht werden, soll ein Teilstück deutscher und auch sonstiger Geschichte begriffen werden.

Bauernkongress in Rostock über Rückschläge und Planschulden wegen des ‚sozialistischen Frühlings' diskutieren. Die 11. SED-ZK-Tagung vom 15. bis 17. Dezember 1960 behandelt die Wirtschaftslage und nimmt Bruno Leuschners Erklärung zur Kenntnis, dass Einholen und Überholen der BRD nicht möglich sind.

Die BRD-Regierung dämpft das Desaster ein wenig, indem sie am 29. Dezember die Rücknahme der Kündigung des Abkommens über den innerdeutschen Handel zum 31. Dezember mitteilt. Dennoch bleibt die erfahrene Drohung Bedingung kommender Wirtschaftsentscheidungen der DDR-Führung. Im Januar 1961 wird an der schon zitierten Stellungnahme zu den Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR gewerkelt, die Chruschtschow gefordert hatte. Im Entwurf vom 18. Januar ist zu lesen: 1961 hat die DDR ein Zahlungsbilanzdefizit von rd. 1,35 Mrd. VM, davon mehr als 0,8 Mrd. gegenüber der SU und mehr als 0,5 Mrd. gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet. So wird die UdSSR um Kredit in Höhe von 170 Mill. Rbl. = 800 Mill. VM gebeten, der ab 1966 zurückgezahlt werden kann. Könne der Kredit nicht gewährt werden, ist die DDR unfähig, das Lebensniveau von 1960 zu halten und stünde dann „vor einer tiefen Krise".[1]

Statt 1966 den „allmählichen Aufbau des Kommunismus" zu beginnen, wie noch im Januar 1960 gemeint, ist nun klar, dass zu diesem Zeitpunkt vielmehr Schulden abzutragen sind. Das Siegesbewusstsein von 1958 hat sich im Verlaufe von nur zweieinhalb Jahren zum handfesten und wohlbegründeten Krisenbewusstsein gemausert. Dieser Prozess muss zum besseren Verständnis der Wandlung Ulbrichts vom harten Dogmatiker zum ökonomischen Reformer noch weiter skizziert werden. Im März 1961 berät die 12. SED-ZK-Tagung Auswege aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Sie beschließt u. a. die Demontage der DDR-Flugzeugindustrie zugunsten des Stopfens von Löchern in anderen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie.[2] Am 20. März teilt Leuschner aus Moskau Ulbricht mit: Die bisher wichtigsten Verhandlungen mit der UdSSR thematisieren „zum ersten Mal die ökonomischen Grundfragen der DDR tiefgehend und umfassend". Einen Monat später liefert Leuschner Ulbricht seine erste Beurteilung der Wirtschaftsgespräche in Moskau, worin er u. a. notiert: „Gegenüber den Annahmen des Siebenjahrplans ist in den Jahren 1959 und 1960 die Republikflucht angestiegen." Statt der erwarteten Flucht von 13.000 Arbeitskräften betrage der wirkliche Abgang bis zum 30. April 29.000 Personen.

1 Vgl.: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/30. Im deutschen Entwurf des Briefs vom 18. Januar 1961 ist die „tiefe Krise" offenbar von Ulbricht mit Bleistift zu „ernsten Krisenstimmungen" subjektiviert.

2 Schon am 28. Februar 1961 hatte das SED-Politbüro das Ende der DDR-Flugzeugindustrie beschlossen – mit Sicherheit zum größten Leidwesen Ulbrichts, der in der Entwicklung dieser Industrie die Chance einer technischen Revolution auf dem Boden der DDR erkannt hatte. Das Ende des Unternehmens, der DDR-Flugzeugindustrie, und damit auch der DDR-Hochtechnologie wie der TU Dresden, eine große Zukunft zu verschaffen, signalisiert – vor dem Mauerbau! – das Ende der deutschen kommunistischen Siegesgewissheit. Wer aus der Durchsetzung von Basisinnovationen im Kondratieff aussteigt, hat verloren.

Anfang Mai 1961 schließlich gibt die Staatliche Plankommission den Siebenjahrplan auf (‚präzisiert' sie ihn, wie es öffentlich heißt). Die 13. SED-ZK-Tagung vom 3.-4. Juli 1961 schlägt vor, was Regenten angesichts einer Krise immer zuerst einfällt, organisatorische und personelle Änderungen der Wirtschaftsführung; u. a. soll ein Volkswirtschaftsrat als Organ des DDR-Ministerrates mit der Aufgabe gebildet werden, die Stabilisierung der Wirtschaft und die Durchführung der Volkswirtschaftspläne zu organisieren. Dies wird von der Regierung am 5. Juli beschlossen. Vorsitzender wird Alfred Neumann; G. Mittag, 35 Jahre alt, wird als sein Stellvertreter berufen. Gleichzeitig ersetzt Karl Mewis, bis dato Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock, Bruno Leuschner im Vorsitz der Staatlichen Plankommission.[1] Diese Änderungen nützen nichts. Vom 1. Januar 1961 bis zum 15. August fliehen 159.730 Menschen aus der DDR.[2]

Die fortlaufende Flucht wird nach Zustimmung der Staaten des Warschauer Vertrages vom 5. August 1961 mit dem Mauerbau am 13. August beendet. Damit ist in Deutschland weltgeschichtlich ratifiziert, dass die kommunistische Wirtschaft den offenen Wettbewerb mit der Wirtschaft des persönlichen Privateigentums verloren hat. Aber Deutschland ist ein besetztes Land, nur in seinen beiden Teilstaaten von beschränkter Souveränität, so dass diese Ratifikation gewissermaßen provinziellen Charakter zu haben, ein „bloß deutsches" Phänomen zu sein scheint. Sonst wird das Problem, ob das nationale, kommunistisch verfasste Gemeineigentum oder das demokratisch verfasste persönliche Privateigentum die moderne soziale Frage besser zu beantworten weiß, weiterhin Gegenstand der politischen Auseinandersetzung unter dem Namen des ‚Kalten Krieges'. Das ermöglicht auch die Eigensuggestion der DDR-Führung, einen „antifaschistischen Schutzwall" gebaut zu haben, obwohl natürlich jeder weiß, dass die Mauer verhindern soll, dass *ost*deutsche Arbeiter *west*deutschen Unternehmern die altbekannte Aufforderung zurufen können: „Meister, gib uns Arbeit!"[3]

1 Dieses Glückes kann er sich nur bis Anfang Januar1963 erfreuen. Dann taucht ein schwedisches Polizeidossier über sein Verhalten in der Emigration auf, und Erich Apel wird Leiter der Staatlichen Plankommission.

2 Vom 1.September 1949 bis zum 15. August 1961 sind es insgesamt 2.691.270 Menschen, d. h. mehr als 13% der 1949 gegebenen Population.

3 Es gehört zu den rohkommunistischen Dummheiten zu wähnen, dass die *persönliche Freiheit des Arbeiters*, seit dem Mittelalter als Gesellenfreiheit, seinen Meister zu wählen, in Deutschland Selbstverständlichkeit, durch Grenzziehungen der Besatzungsmächte im Nachkriegsdeutschland aufgehoben sein könnte. Hätten die volkseigenen Betriebe höhere Löhne als die westdeutschen Unternehmer – in konvertibler Währung – gezahlt, wäre eine Umkehrung der Bevölkerungswanderung sicher gewesen. Diese Wahrnehmung hat die ideologische Verblendung des kommunistischen Parteibewusstseins nicht zugelassen. Sie hätte die Denkrichtung andeuten können, in der nach einem Ausweg aus der Krise, in die die Verwirklichung von Lenins Politikprimat unweigerlich führen musste, hätte gefahndet werden können. Die Schließung des Arbeitskraftabflusses von der DDR in die BRD am 13. August 1961 ist gewiss Bedingung dafür, dass im November 1961 erste türkische Gastarbeiter, vorerst auf zwei Jahre beschränkt (die Beschränkung wird von der Industrie bald aufgehoben), nach Westdeutschland kommen. Ab Januar 1962 beschäftigt VW massenweise italienische Arbeiter. Am 10. September 1964 trifft auf dem Bahnhof Köln-Deutz Armando Rodriguez aus Portugal als einmillionster Gastarbeiter in der BRD ein; er wird mit

Die Grenzschließung verursacht erhebliche Zusatzkosten, die Ulbricht in der ohnehin schon desolaten Situation genau zur Kenntnis nimmt. Daher wird in der Folge vom Herbst 1961 bis zum Herbst 1962 im SED-ZK generell die Notwendigkeit einer Wirtschaftsreform diskutiert. Vom 10. bis 11. Oktober 1961 tagt eine Wirtschaftskonferenz des SED-ZK und des DDR-Ministerrats mit Funktionären der Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane sowie gesellschaftlicher Organisationen in Berlin.[1] Im Februar 1962 beschließt die 16. SED-ZK-Tagung die letzte Reduktion des laufenden Siebenjahrplans. Man weiß endgültig, dass er unerfüllbar ist.[2] Bruno Leuschner spricht von der Notwendigkeit einer längeren Stabilisierungsperiode, vom Ausbau einer rentablen Exportgüterindustrie und strenger Kontrolle der Importe. Damit ist das Stichwort der nun einsetzenden Reformphase gegeben.

Als erster Schritt wird im März 1962 der westdeutschen Bundesrepublik bei der Treuhandstelle für den Interzonenhandel ein Kreditersuchen übermittelt. Die BRD-Regierung bestätigt es formell. Adenauer wird zum ersten Vertreter der neuen Ostpolitik. Er sagt, nunmehr müsse eine Politik betrieben werden, die auf Ruhe an der Mauer zielt. Darum sei die Bundesrepublik bereit, Ostdeutschen Renten und Pensionen zu zahlen und außerdem den Swing-Kredit auf 280 Millionen DM zu erhöhen. Dieses Signal kommt über die Treuhandstelle zu Ulbricht, der es umgehend dem sowjetischen Botschafter mitteilt.

Weiter wird – durchaus nach sowjetischem Vorbild – im April 1962 im Berliner Bahnhof Friedrichstraße der erste Intershop-Kiosk eröffnet, zunächst nur für westdeutsche Besucher und nur für Zigaretten mit Preisen in US-$, dann auch für Spirituosen. Jetzt agiert der deutsche kommunistische Staat als Händler mit nicht selbst produzierten Waren im Interesse der Einnahme konvertibler Fremdwährung, deren Besitz er seinen Staatsbürgern ausdrücklich unter Strafandrohung verbietet. Die marxistische „Kritik der Nationalökonomie“, von Engels 1844 nach dem Vorbild der Anhänger Owens aus der Taufe gehoben, von Marx’ ‚Kapital‘ fortgeführt, hätte diesen neuartigen Händler sofort als schäbigen Krämer Dantes Hölle überantwortet. Aber kein DDR-Philosoph und kein DDR-Ökonom konnte von solchem Verdikt auch nur träumen. Was im April 1962 begann, das sollte nicht übersehen werden, wurde am 1. Juli 1990 vollendet: Die ganze DDR wurde zum Intershop.

Am 9. September 1962 erscheint in der *Prawda* der berühmte Artikel von E. Liberman unter dem Titel: „Plan, Gewinn, Prämie“.[3] Am 11. Dezember 1962 erteilt das SED-Politbüro Willi Stoph, der den schwer erkrankten Otto

einem Strauß Nelken, einem ‚Diplom‘ und einem 2-sitzigen Moped, Marke Zündapp, begrüßt. 1973 wirken in der BRD 2,6 Millionen Gastarbeiter; am 23. November des Jahres verhängt die Bundesregierung für ausländische Gastarbeiter einen Anwerbestopp. Dieser ganze massive Zufluss von Arbeitskraft zuerst aus der DDR, danach aus dem Ausland ist natürlich Signum der Prosperitätsphase des 4. Kondratieff, die mit ökonomischer Naivität „Wirtschaftswunder“ genannt wird.

1 Vgl. J. Roesler: Neues Denken und Handeln im Neuen Ökonomischen System, a. a. O. S. 51ff.

2 So ist das Schicksal der Losung vom ‚Überholen, ohne einzuholen‘ notwendig der Gang ins Kabarett und in den Volkswitz.

3 Zu dem J. Roeslers Beitrag zu vergleichen ist.

Grotewohl bereits faktisch als Ministerpräsident ersetzt, den Auftrag, eine zentrale Arbeitsgruppe zu bilden, Grundfragen der Wirtschaftsreform zu klären. In seinem Interview vom 14. Dezember 1962 erklärt Ulbricht in Leipzig öffentlich, das Primat der Politik müsse durch das der Ökonomie ersetzt werden. Wer die russisch dominierte Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert kennt, muss zugeben, dass diese Erklärung ein unerhörtes Vergehen gegen die Grundannahme Lenins bedeutet. Sie besteht – übrigens im Gegensatz zur Marxschen Sicht von der wesentlich ökonomischen Einrichtung des Kommunismus – darin, das Primat der Politik als apriorischen Grundsatz zu behandeln. Daher ist ‚die Frage nach der Macht' die wirkliche Grundfrage kommunistischer Politik im Geiste Lenins gewesen und die Versicherung: ‚Wir lassen uns die Macht nicht nehmen' die penetrant wiederholte Grundbehauptung.[1] Da Ulbricht mit Hilfe seiner jeweiligen Bundesgenossen alle seine möglichen Führungskonkurrenten bis 1958 ausgeschlossen hatte, ist niemand da, der ihn im Namen Lenins zur Ordnung rufen darf. Seit Dezember 1962 ist somit in der DDR die Dominanz der Wirtschaftspolitik als Reformunternehmen parteiamtlich proklamiert. Den Markt als Kriterium des Plans anzuerkennen, wird Inhalt des Wirtschaftsreformkonzepts in Ulbrichts Sicht, das er bis zu seiner Absetzung verteidigt.

Die Geschichte dieses Reformvorhabens, die die reelle Basis der Aktivitäten der DDR-Philosophie in den 60er Jahren ist, verläuft konfliktreich. Der Reformversuch wird schon im Frühjahr 1964 im SED-ZK-Apparat, dem Zentrum der DDR-Verwaltung[2], mit der Funktionärsfrage konterkariert: Sollen wir „sozialistische Millionäre" dulden? Ordentliche kommunistische Revolutionäre mögen das nicht. Weiter kam im ZK-Apparat die Sicht auf: Der Alte redet nur noch mit Wissenschaftlern und nicht mit uns.

Im Oktober 1964 verliert Ulbricht mit Chruschtschows Absetzung seinen Bundesgenossen im Streit für die Reform. Breschnew reproduziert im Interesse des militärisch-industriellen Komplexes[3] die ministerielle Produktionsleitung und verlangt von der DDR Zulieferungen für die sowjetische Wirtschaft, aber keine autonomen Operationen von DDR-Betrieben auf dem Weltmarkt, wie sie Reformer Erich Apel im Sinne der Vision Bruno Leuschners avisiert.

1 Was allerdings mit der Macht gemacht werden sollte, haben die im militärischen Zeitgeist des imperialistischen Kondratieff räsonierenden kommunistischen Ideologen nicht begreifen können. Mielkes Verständnis der Macht hat nur niedere Schläue realisiert und dadurch mehr als 100 km Papier in Gestalt von Dossiers hinterlassen, die in vielleicht möglichen Prozessen als Beweismittel präsentiert werden sollten. Die Kosten solcher Produktion standen außerhalb des Gesichtskreises, und ein Vergleich der Papiermengen mit der Anzahl der durch sie gesetzten Prozesse einschließlich der erforderlichen Mengen von Richtern blieb wohl auch im Nebel stecken. Die Rohkommunisten haben nie die Kosten ihres Tuns thematisiert.

2 Das Politbüro des SED-ZK hatte bereits am 12. 7. 1960 unter dem Titel der weiteren Verbesserung der Arbeit der Staatsorgane die Unterordnung des DDR-Ministerrats unter sich beschlossen. Am 14.7. erkannte der DDR-Ministerrat diesen Beschluss an. Damit waren ZK-Abteilungsleiter quasi Minister und ZK-Sekretäre, wenn sie wollten, dem Regierungschef übergeordnet. Günter Mittag wollte es, wie Willi Stoph mit einem Zug von Empörung in der Wende mitteilte. Die DDR war also im strengen Sinne ein Parteistaat.

3 Forcierung des Baus einer riesigen Atom-U-Boot-Flotte.

Er erklärt: Wir brauchen von euch mehr Schiffe, mehr Möbel, mehr Maschinen usw. und alles zu gleichbleibenden Preisen. Die neue KPdSU-Führung zwingt mit Akzeptanz des gegebenen Produktionsniveaus die DDR, ein Zulieferland für die UdSSR zu werden. Ende November 1965 kommt Breshnew zum Abschluss eines umfassenden Wirtschaftsabkommens nach Berlin. Vor der Unterzeichnung am 3. Dezember begeht Erich Apel Selbstmord. Wie mannigfach dieser Akt auch motiviert gewesen sein mag, er signalisiert das Ende des Reformbeginns. Was folgt, ist ein komplizierter Abwehrkampf Ulbrichts zur Verteidigung seiner Reformabsicht. Im Dezember 1965 findet die für das DDR-Kulturleben berüchtigte 11. SED-ZK-Tagung statt, die eigentlich der Kritik der Reformpolitik Ulbrichts dienen sollte, aber ihm die Möglichkeit bietet, in den Banausengesang vieler ZK-Mitglieder gegen die Kunstproduzenten einzustimmen und so die Einheit der Führung zu fingieren.

Auch die äußeren Bedingungen werden für die DDR-Reform zunehmend schlechter. Am 27. Juni 1968 veröffentlicht *Literarni Listy* das ‚Manifest der Zweitausend Worte', formuliert von L. Vaculik, bereits 1967 aus der KPČ ausgeschlossen. In Moskau und anderen Orts wird das Manifest als Proklamation der Konterrevolution gedeutet. Die KPČ-Führung legt am 6. August 1968 ein neues antizentralistisches Statut mit dem Ziel vor, es im September vom 9. Parteitag beschließen zu lassen. Mit dieser Entwicklung besteht 1968 die Möglichkeit, die demokratische Republik als Mehrparteienstaat zu restaurieren und das leninistische Erbe des kommunistischen Parteistaats aufzulösen. Das, was 1989 in allen kommunistisch beherrschten Ländern Europas umgehend – mit sowjetischer Zustimmung – realisiert worden ist, hat 1968 die neue KPČ-Führung mit dem Prager Frühling gesetzt.

Damals ist die Zeit nicht reif gewesen, diese Möglichkeit zu verwirklichen. Die russische kommunistische Führung hat die Mehrparteiendemokratie mit ihrer Möglichkeit der Abwahl kommunistischer Regierungen nicht für eine akzeptable Form politischer Gemeinschaft gehalten. Sie, eben beschäftigt mit dem gewaltigsten Seerüstungsprogramm, das Russland je erfahren hat, ist noch zutiefst von der militärischen Sicherung des kommunistischen Führungsanspruchs überzeugt gewesen, die Erfahrungen des deutschen Überfalls vom 22. Juni 1941 im Bewusstsein. Sie hat sich angesichts ihrer militärischen Mittel und ihrer Erfahrungen in der Ungarn- und Suezkanal-Krise von 1956 auch als stark genug gesehen, eine solche Entwicklung nicht zuzulassen.

Der militärische Einmarsch in die ČSSR bedeutet das faktische Ende der Reform in der DDR, wenngleich sich der Reformabbruch noch zwei Jahre hinzieht. Denn mit ihm wird auch der von Otá Šik propagierte und in der DDR intensiv rezipierte Marktsozialismus obsolet – und damit Ulbrichts Idee, den Markt als Kriterium des Plans zu verstehen. Die Panzer, die im August 1968 den Prager Frühling niederwalzen, beenden die Möglichkeit für DDR-Intellektuelle, diese Idee öffentlich weiter zu erwägen. Wieder wird die Keule des Revisionismusvorwurfs (wie schon 12 Jahre zuvor) gegen die Wissenschaft,

gegen Jurisprudenz, Ökonomie usw. geschwungen, um attackierte Personen aus Instituten hinauszuwerfen, im Hinauswurf zu genießen, etwas Befriedigendes im Klassenkampf getan zu haben. Der Abbruch der Wirtschaftsreform ist am 3. Mai 1971 besiegelt, als Ulbricht durch Honecker mit Breschnews und der SED-Politbüromehrheit Hilfe ersetzt wird.

3. Institutionelles Wachstum der DDR-Philosophie vom 5. bis zum 8. SED-Parteitag

Die im eingangs erwähnten SED-ZK-Brief zum dialektischen Materialismus deklarierte philosophische Kompetenz der Parteiführung ist von den DDR-Philosophen ohne öffentlichen Widerspruch aufgenommen worden. Sie, in der Regel Mitglieder der Partei, deren Zentrale am 1. März 1958 entschieden zu wissen bekundet hat, was doch Inhalt ihrer Produktion ist, stellten die Parteidisziplin gegenüber den SED-ZK-Äußerungen stets höher als die eigene Erkenntnis. Bedingung dafür ist allerdings gewesen, dass die aktuelle Parteiführung redet, nicht eine vergangene, etwa durch die momentan agierende abgewertete. Es handelt sich mithin in der Philosophensubordination nicht etwa um die freie Unterordnung unter die Meinung der Führungs*person*, sondern unter die der Führungs*institution*, die das führende Individuum nur vertritt.

Das die Führung repräsentierende Individuum war am 1. März 1958 Walter Ulbricht. Am 3. Mai 1971, nach dem Ende der hier zu beschreibenden Periode, war es Erich Honecker. Man mag an den Zitaten der Philosophen nachprüfen, ob ihre Texte vor oder nach dem Datum des Rücktritts Ulbrichts von der Parteiführung verfasst wurden, ob sie also mit Ulbricht-Zitaten oder mit Honecker-Zitaten operierten. Im Wechsel der Zitation von Äußerungen irgendwelcher Parteifunktionäre bekundeten die DDR-Philosophen (wie die kommunistischen Philosophen anderer Länder auch) stets ihre *Partei*treue, nie ihre Anhänglichkeit an diesen oder jenen Funktionär. Der nach dem 20. KPdSU-Parteitag namhaft gemachte ‚Personenkult' hat nie bestanden. Es handelte sich immer um den *Partei*kult. Eine Partei ist a priori keine Personengesellschaft, sondern eine Individuengemeinschaft, so dass von Personen, die Gegenstand eines Kults sein könnten, gar keine Rede sein kann. Um die für Parteiaktionen unerlässliche Eindeutigkeit der *Partei*meinung zu sichern, muss der Erste Sekretär (bzw. der Generalsekretär, den subalterne Funktionäre auch kurz ‚General' nannten) diese Meinung, die eben dadurch ihren *individuellen* Charakter nicht verliert, artikulieren. Das muss er nicht nur wollen, sondern das wird ihm vor allem von den nachgeordneten Funktionären aufgedrängt. Es ist also bei allem Staunen über den Eifer, SED-Führungsfiguren zu zitieren, stets in Rechnung zu stellen, dass er nicht Akkomodationsbereitschaft der DDR-Philosophen gegenüber Macht habenden Individuen reflektiert, sondern Parteitreue.

Die Frage nach den Ursachen dieser Parteitreue der Gründer- und der Auf-

baugeneration[1] ist selbstverständlich zu stellen. Sie ist keineswegs schwierig zu beantworten, wenn man das historische Milieu zur Kenntnis nimmt, in dem die kommunistische Partei entsteht und ihren Kampf aufnimmt. Gegen Ausbeutungs- und Unterwerfungsversuche in Wirtschaft und Politik hilft nur der Zusammenschluss der betroffenen Individuen in Gewerkschaften und Parteien. Die Hilflosigkeitserfahrungen der vereinzelten Arbeiter im imperialistischen Kondratieff im Allgemeinen und im Ersten Weltkrieg wie in der Weltwirtschaftskrise insbesondere machen ziemlich einfach klar, dass vielen von ihnen die kommunistische Partei als das einzig Erfolg versprechende Mittel erschien, sich den Ausweg und vielleicht die Emanzipation zu erzwingen.[2]

Die hier zu beurteilende Periode von 1958 bis 1971 besteht nun gerade darin, dass wir es nicht mehr mit einer kommunistischen Partei zu tun haben, die, von der bürgerlichen Welt ausgeschlossen, gegen diese kämpft, sondern mit einer, die gesiegt hat und entschlossen ist, die politische Macht nicht mehr aus ihren Händen zu geben. Darin ist der Parteikult zwar vorausgesetzt. Aber es geht jetzt darum, welche Folgen der effektive Machtgebrauch unter seiner Bedingung tatsächlich impliziert. Man muss feststellen, dass die führenden Parteifunktionäre immer wussten: „Wir lassen uns die Macht nicht nehmen", aber nie wirklich begriffen, was sie mit der Macht *machen* sollten. Platon wollte einst die Fürsten zu Philosophen bilden. Jetzt, zu Beginn des Jahres 1958, stellte sich die Sache so dar, dass die Fürsten (die Ersten) sich als Philosophen proklamierten, während sich die Philosophen von Profession auf die Höhe des Verständnisses der Fürstenworte zu schwingen hatten. Dies setzte einen Selektionsmechanismus in Gang, in dem schließlich jede geistige Neuerung, falls sie nicht vom Fürsten beglaubigt war, als Revision des Bewährten unter Verdacht insbesondere Konkurrierender geriet, womit die Stagnation des Denkens das erstrebenwerte Heil im etablierten Institutionensystem der DDR-Philosophie werden musste.

Dieses Heil, am Ende der Prosperitätsphase des 4. Kondratieff 1980 perfekt erreicht, ist allerdings 1958 noch keineswegs empirisch erkennbar. Vielmehr läuft der Etablierungsprozess der DDR-Philosophie unter Parteiregie bemerkenswert flott: In diesem Jahre wird im Anschluss an den 12. Inter-

1 In der ‚Siegergeneration', die Nutznießer des etablierten Systems ist, erlischt die Parteitreue oder wird in nicht wenigen Fällen zur zynischen Verhüllung des altbekannten Privategoismus zelebriert.

2 Im Unterschied zur Nazipartei, die die soziale Frage erklärtermaßen durch Unterwerfung fremder Völker zu lösen proklamierte, also auf erneuerte Herrschaft und Knechtschaft aus war, hatte die kommunistische Partei das persönliche Privateigentum als den Grund für die Existenz dieser Frage gedeutet, daher die menschliche Emanzipation im Ideal des universellen Gemeineigentums avisiert. Das unterscheidet den Kommunismus vom Faschismus ein für allemal und bestimmt die Redeweise von den „zwei Diktaturen" als gedankenlose Abstraktion. Dies festzustellen, heißt natürlich nicht zu leugnen, dass der bolschewistische Kommunismus mit der Transformation des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg den „roten Terror" zum mehr oder weniger permanenten Herrschaftsmittel gemacht hat. (Es gibt aber auch ganz andere Arten des Kommunismus.) Zu begreifen, wie aus der kommunistischen Denunziation des persönlichen Privateigentums, des Marktes und des Geldes der GULag hervorgeht, steht wohl noch ebenso aus wie zu begreifen, warum die Deutschen Hitler zuließen und ihm bis zum Ende folgten.

nationalen Kongress für Philosophie in Venedig und Padua die ‚Vereinigung der Philosophischen Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik' mit Klaus Zweiling als Präsident gebildet.[1] Diese Namensgebung bezeichnet – sicher den Teilnehmern nicht bewusst – exakt den generellen Vorgang der Vorordnung der *Institution* bei Rücknahme der *Person*. Die eigentlichen Akteure des Vereinigens sind nicht Einzelmenschen als Personen, d. h. als mögliche Vertragspartner, sondern Institutionen, die in ihren Vertretern effektiv handeln. Daher ist auch nicht ihre Personalität (Persönlichkeit) gefordert, sondern ihre Funktionalität. Das philosophierende Individuum mausert sich daher in diesem System nicht zur Person (sie ist vielmehr a priori der mit der kommunistischen Partei gesetzte Konflikt), sondern zum *Funktionär*, unter dem Namen ‚Parteiarbeiter' gewollt.[2] 1961 wird die ‚Vereinigung der philosophischen Institutionen der DDR' auf der Tagung des leitenden Komitees der ‚Fédération Internationale des Sociétés de Philosophie' (FISP) in Santa Barbara (USA) in die Internationale Vereinigung aufgenommen.[3]

Mit Blick auf die Teilnahme an internationalen Soziologiekongressen konstituiert sich eine ‚Sektion Soziologie in der Vereinigung der philosophischen Institutionen der DDR' unter Vorsitz von Hermann Scheler, für den die Soziologie zunächst gar keine eigene Disziplin ist. Sie wird auf Antrag im Januar 1963 rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres in die Internationale Soziologengesellschaft (ISA) aufgenommen. Vom 7. bis 14. September 1963 findet in Mexiko-City der XIII. Kongress der FISP statt, an dem DDR-Philosophen erstmals als vollberechtigte Mitglieder teilnehmen.[4]

Das System der philosophischen Universitätsinstitute wird zu Beginn der hier betrachteten Periode noch erweitert: Die Arbeitsgruppe Philosophie an der DAW wird 1961 unter Leitung von Georg Klaus Institut. Und auf dem Höhepunkt der Reformphase erhält die Technische Universität Dresden am 1. Januar 1964 auch ein Institut für Philosophie. Seine Leitung übernimmt Erwin

1 Der Kongress findet vom 12. bis 18. September 1958 statt. Die DDR beteiligt sich mit einer Gastdelegation von zehn Philosophen unter Leitung K. Zweilings. Sie behandeln ihr Kongress-Erlebnis als Voraussetzung der Vereinigungsgründung.

2 Am 14. Februar 1961 tritt das Nationale Komitee dieser Institutionenvereinigung zusammen und bestätigt sein Präsidium: Klaus Zweiling, Direktor des Instituts für Philosophie der Karl-Marx-Universität Leipzig und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Philosophie beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, wird erneut Präsident; Georg Klaus, Leiter der Arbeitsgruppe Philosophie an der DAW zu Berlin, Georg Mende, Direktor des Instituts für Philosophie der Friedrich Schiller-Universität Jena, und Hermann Scheler, Direktor des Instituts für Philosophie der Humboldt-Universität Berlin, werden Vizepräsidenten. Wir sehen so im Präsidium des Nationalen Komitees einen Kreis von *Institutsdirektoren*, welche die ideale Besetzung der Führungsstellen einer Institutionenassoziation sind und als solche wesentlich besser unter Parteiregie zu halten als eigensinnige Personen (wie Bloch und Mayer). Die Mitglieder des Nationalen Komitees der ‚Vereinigung der Philosophischen Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik' vertreten über 130 ordentliche Mitglieder. Vgl.: DZfPh 9(1961)4, S. 517.

3 FISP: Internationale Vereinigung Philosophischer Gesellschaften. Die USA-Behörden machen per Einreiseverweigerung unmöglich, den Aufnahmeantrag durch DDR-Philosophen persönlich vorzutragen.

4 Vgl.: Bericht von G. Heyden u. K. Zweiling in der DZfPh 12(1964)1, S. 97-110.

Herlitzius, bisher Bergakademie Freiberg. Die Abteilung Philosophische Fragen der Naturwissenschaften und Technik des Instituts leitet Lothar Striebing, bisher Karl-Marx-Universität Leipzig. Ihm wird zugleich die Leitung des Instituts für Marxismus-Leninismus an der Technischen Universität übertragen. Natürlich hat das neue Dresdener Institut die Aufgabe, das Bündnis der Philosophie mit der Naturwissenschaft und Technik im Sinne der kommunistischen Ideologie zu festigen.

Von erheblicher Bedeutung ist weiter die Geburt des philosophischen Fernstudiums in der DDR: Am 1. Juni 1960 wird am Institut für Philosophie der Berliner Humboldt-Universität eine Abteilung ‚Fernstudium Philosophie' eingerichtet. Solches Fernstudium wird überdies in Halle, Jena, Leipzig, Greifswald möglich, wofür das Berliner Institut als Leitinstitut fungiert.[1] Am 1. September dieses Jahres beginnt der erste Durchgang des fünfjährigen philosophischen Fernstudiums an den fünf genannten philosophischen Universitätsinstituten.

Im Juni 1971 stellen Organisatoren des philosophischen Fernstudiums fest: „Seit mehr als 10 Jahren besteht in der Deutschen Demokratischen Republik die Einrichtung des Hochschulfernstudiums Philosophie, das Werktätigen … die Möglichkeit gibt, ohne Unterbrechung ihrer beruflichen Tätigkeit in einer bisher ca. 5jährigen Ausbildung den Hochschulabschluss auf dem Gebiet der marxistisch-leninistischen Philosophie zu erwerben. … Das Fernstudium Philosophie ist … ein charakteristischer Bestandteil der sozialistischen Kulturrevolution, der Herausbildung und Entwicklung des sozialistischen Bildungssystems, ein Element der kontinuierlichen Wissenschaftspolitik und der ideologischen Führungstätigkeit der Partei der Arbeiterklasse.

Das philosophische Fernstudium hat sich … mit spezifischer Aufgabenstellung entwickelt… Seine Resultate werden sichtbar – wie Absolventen und delegierende Dienststellen übereinstimmend berichten – in der weiteren Qualifizierung der Leitungstätigkeit wie der propagandistischen Arbeit, in einem höheren Maß an Wissenschaftlichkeit, Zielklarheit und umsichtigerer Gestaltung der Arbeit in den Tätigkeitsgebieten der Studenten und Absolventen.

Der Teilnehmerkreis setzt sich vorwiegend aus ideologischen Leitungskadern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, aber auch der anderer Blockparteien, der gesellschaftlichen Organisationen und des Staatsapparates, aus Lehrkräften für Philosophie an Bildungseinrichtungen der entsprechenden Institutionen, Offizieren der bewaffneten Kräfte der DDR, Absolventen naturwissenschaftlich-technischer und gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen mit vorwiegend ideologischem Aufgabenprofil, Mitarbeitern der sozialistischen Massenkommunikationsmittel und des Bildungswesens zusammen. Bisher haben annähernd tausend Teilnehmer entweder das Fernstudium Philosophie absolviert oder befinden sich noch in der Ausbildung."[2]

1 Vgl.: Bericht von Frank Rupprecht in der DZfPh 9(1961)4, S. 510-514.

2 Vgl. den Bericht „Ergebnisse und Probleme des Fernstudiums der marxistisch-leninistischer Philosophie" von O. Finger und W. Förster in: DZfPh 19(1971)6, S. 778-784. Das philosophische

Natürlich sind die Resultate des philosophischen Fernstudiums in der DDR so differenziert wie in allen anderen Fernstudienunternehmen. Doch hundert zusätzliche, diplomierte Kenner philosophischen Wissens und Erkennens pro Jahr in einem Gebiet von siebzehn Millionen Einwohnern sind in jedem Fall ein durchaus erfreulicher Ertrag kultureller Arbeit.

An dieser Stelle ist es mit Bezug auf die Feststellung der institutionellen Entwicklungen der DDR-Philosophie in der Reformphase nötig zu notieren, dass am 30. Mai 1969 der so genannte ‚Wissenschaftliche Rat für marxistisch-leninistische Philosophie' am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter Leitung von Erich Hahn gegründet wird. Mit dieser Institution ist die Bewegung der Reformzeit so ziemlich vollendet und einer der Hebel der Parteiregie in der anschließenden Stagnation geschaffen. Wie weit sein Einfluss auf die tatsächliche individuelle Produktion gereicht hat, mag als ein offenes Problem der philosophiehistorischen Forschung dahingestellt bleiben. Da wir ihn hier nur in seiner Geburt am Ende der in Rede stehenden Periode zur Kenntnis nehmen, ist weiteres Eingehen nicht erforderlich.

Die schon in ihrem Beginn kräftig vorhandene Beziehung der DDR-Philosophie zu den Naturwissenschaften hat, wie notiert, bereits vor Einsetzen der eigentlichen Reformperiode im Jahre 1962 eine entscheidende Weichenstellung erfahren. In diesem Zusammenhang ist nur ein schnelles Anwachsen der Anzahl entsprechender Arbeiten zu notieren.[1] Im Juli 1962 schließen die ersten Aspiranten der Abteilung Philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaft des Instituts für Philosophie der Humboldt-Universität ihre Aspirantur mit der Promotion zum Dr. phil. ab.[2] Über die Qualität der angegebenen Dissertationen mag der geneigte Leser urteilen. Hier ist nur wichtig zu notieren, dass der Abbruch der akademischen Souveränität der DDR-Philosophie 1958 durch den Aufbruch einer neuen Generation aufgehoben worden ist, die im Jahre 1962 unübersehbar geworden ist.

Fernstudium wird zurzeit dieses Berichts nicht nur an den Universitäten Berlin, Halle, Leipzig, Jena, Greifswald, sondern auch an der TU Dresden betrieben.

1 Diese Entwicklung setzte gut ein Jahrzehnt vor derjenigen ein, die – auf Basis der Arbeiten von P. Lorenzen und W. Kamlah – in Konstanz realisiert worden ist. Vgl.: F. Kambartel/J. Mittelstraß: Zum normativen Fundament der Wissenschaft. Frankfurt a. M. 1973; P. Janich, F. Kambartel, J. Mittelstraß: Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik. Frankfurt a. M. 1974

2 G. Stehr mit einer Arbeit zum Thema „Philosophische Probleme der Atomlehre. Eine Auseinandersetzung mit der thomistischen Naturphilosophie", G. Poppei mit einer Arbeit zum Thema „Die Entwicklungsgesetzlichkeit der elementaren Synthese- und Zerfallsprozesse", G. Domin mit einer Arbeit zum Thema „Auseinandersetzung mit der weltanschaulichen Position Pascual Jordans unter besonderer Berücksichtigung seiner Auffassungen zu einigen Grundproblemen der Biologie", G. Straass mit einer Arbeit zum Thema „Zur erkenntnistheoretischen Bedeutung der Modellmethode in der Biologie", R. Löther mit einer Arbeit zum Thema „Gesundheit, Krankheit und Philosophie. Ein philosophischer Beitrag zur Bestimmung der Begriffe Gesundheit und Krankheit und zur Kritik der spätbürgerlichen Ideologie in der Medizin", G. Röhler mit einer Arbeit zum Thema „Über die erkenntnistheoretische Rolle von Experiment und Theorie in der Chemie". D. Müller promovierte zur gleichen Zeit mit einer Arbeit zum Thema „Die philosophische Problematik des Raum- und Zeitbegriffs in der speziellen Relativitätstheorie" Vgl.: DZfPh 10(1962)12, S. 1594-1595

Für die Sozialwissenschaften erbringt die Reformphase eine Fülle neuer Problemstellungen – und vor allem die Akzeptanz der Soziologie, die in den 50er Jahren noch unter Verdacht gestanden hat.[1] Ebenso erhält die Thematisierung der Wissenschaft in Gestalt der Wissenschaftswissenschaft, der Wissenschaftstheorie und der Wissenschaftsphilosophie einen bedeutenden Impuls.[2]

Der oft genug erwähnte SED-ZK-Brief zum dialektischen Materialismus hat im März 1958 nicht nur die Kompetenz der Parteiführung in Sachen Philosophie okkupiert und den akademischen Einzelarbeitern signalisiert, dass aus der Beschäftigung mit diesem Fach Parteiarbeiter hervorgehen sollen. Er hat auch Themen präsentiert, die tatbereite Individuen flugs zum eigenen Arbeitsgegenstand erheben konnten. Man darf sich die hier notierte Parteiregie nicht so vorstellen, als hätten die DDR-Philosophen alle einen Maulkorb getragen. Die Parteiführung äußert sich mit Führungsanspruch, aber sie muss Ohren voraussetzen, die zu hören bereit sind, und Augen, die Texte aufnehmen wollen. Wie die erforderlichen Augen und Ohren rezipieren, hängt sehr vom Wissen wie auch von den Interessen ihrer Besitzer ab. Mit anderen Worten: Die Parteiregie impliziert ein Reflexionsverhältnis, in dem die, die ‚das Sagen' haben, auf das achten müssen, was sie wem und wie sagen.

Für das SED-ZK (in der Darstellung Ulbrichts) stand an der Spitze seines Verständnisses des ‚dialektischen Materialismus' das Widerspruchsproblem und das Problem der Gesetzlichkeit in der menschlichen Geschichte. Für die Parteiführung war mit Bezug auf die Verwendung des Wortes *Widerspruch* durchaus bewusst- und begriffslos ausgemacht, dass mit ihm speziell Fraktionskämpfe gemeint waren, in denen ja erfahren wurde, dass z. B. Oelßner in der Genossenschaftspolitik Ulbricht widersprach und Schirdewan dasselbe tat im Urteilen über die Konsequenzen, die aus dem 20. KPdSU-Parteitag zu ziehen wären. So verstand sich, dass eine *Widerspruchslösung* die Durchsetzung der Meinung eines der einander Widersprechenden war. Der Fraktionskampf

1 W. Eichhorn I stellte sich – als Leiter des Bereichs Historischer Materialismus am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität – 1962/63 eine Soziologie-Arbeitsgruppe zusammen, die er 1965 mit seinem Übergang zur DAW zwar verließ, die jedoch ein solches Eigenleben entwickelte, dass 1968 – im Rahmen der 3. Hochschulreform – sogar die reale Möglichkeit der Gründung eines Instituts für Soziologie an der Humboldt-Universität gegeben war. Sie wurde m. W. durch Uneinigkeit zwischen dem Philosophievertreter und dem Ökonomievertreter verspielt, die beide aufgerufen waren, dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen ein akzeptables Führungskonzept zu präsentieren. Zur Soziologieentwicklung überhaupt vgl. den Beitrag von H. Meyer: Die DDR-Soziologie von den Anfängen bis 1971, in: H.-C. Rauh/P. Ruben: Denkversuche, a. a. O., S. 413ff.

2 Noch vor dem Mauerbau wurde die deutsche Übersetzung von J. D. Bernals *Science in History* vorgelegt, die die entsprechende Entwicklung in der DDR ganz wesentlich initiierte: Die Wissenschaft in der Geschichte. Dt. Übers. v. L. Boll. Berlin 1961. Wie sich die Einleitung der Reformphase mit Bezug auf die Wissenschaftsrezeption zeigt, kann man nachlesen in: Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft, hg. v. Inst. f. Ges.-wiss. beim Zentralkomitee der SED unter der Redaktion von G. Heyden, A. Kosing, O. Reinhold, H. Ullrich. Berlin 1963. Weiter sind zu nennen: H. Parthey/D. Wahl: Die experimentelle Methode in Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Berlin 1966; Autorenkollektiv: Die Wissenschaft von der Wissenschaft. Berlin 1968.

in der kommunistischen Partei bildete so das Original für die Angabe der Bedeutung des Widerspruchsterminus.[1]

Damit war eigentlich klar, dass die kommunistische Ideologie in den Köpfen der Parteiführer den von Hegel in aller Wirklichkeit gewussten (dialektischen) Widerspruch nicht im mindestens begriff und schon gar nicht akzeptierte. Vielmehr sah sie angesichts eines Widerspruchs in ihrer Wahrnehmung die Widerspruchs*lösung* als praktische Aufgabe. Sie war stets die Wiederherstellung der ‚Einheit und Reinheit' des Parteibewusstseins, d. h. die Widerspruchs*freiheit*, der Widerspruchs*ausschluss*, natürlich realisiert durch den Parteiausschluss der Widersprechenden.

Die 1958 avisierte wirtschaftspolitische Widerspruchslösung bestand bekanntlich in der Aufhebung des Gegensatzes zwischen der einzelbäuerlichen und genossenschaftlichen Landwirtschaft nach sowjetischem Kollektivierungsvorbild mit dem Ergebnis, dass seit Mai 1960 nur noch genossenschaftliches Eigentum die bäuerliche Produktion fundierte. Damit war der Widerspruch wegen der Auflösung eines der originären Gegensätze verschwunden. Und es wurde klar, dass die Beglaubigung des Widerspruchs als eines im dialektischen Materialismus ernsthaft zu erkennenden Gegenstands durch den ZK-Brief vom März 1958 durchaus nicht als sichere Voraussetzung für parteitreue Philosophen gegeben war. In der Tat hat Ulbricht denn auch nach dem ‚sozialistischen Frühling' anlässlich seiner Inthronisation als Staatsratsvorsitzender am 4. Oktober 1960 vor der 15. Tagung der DDR-Volkskammer proklamiert, dass es zwischen der Politik des volksdemokratischen Staats und den Bürgerinteressen keinen Widerspruch gebe, dass Christentum und humanistischer Sozialismus keine Gegensätze seien, dass die sozialistische Menschengemeinschaft geboren sei.

So ist nach zweieinviertel Jahren aus der Beschwörung des Widerspruchs programmatisch die Verkündung der Widerspruchsfreiheit geworden. Doch diese mentale Rolle rückwärts zu registrieren und *öffentlich* zu debattieren, ist in einer Philosophie unter Parteiregie ausgeschlossen gewesen. Man muss nicht annehmen, dass Philosophen außerstande seien, solche und ähnliche Volten zu erkennen. Wenn aber das entsprechende Erkennen im öffentlichen Ausdruck von Sanktionen bedroht ist, die sich im Einkommen bemerkbar machen, dann ist die ungescheute Mitteilung nicht zu erwarten, vielmehr der Gang in den privaten Diskurs. Ihn versucht die kommunistische Parteiregie mittels des staatlichen Sicherheitsapparates unter Kontrolle zu halten. Die Spaltung der Philosophenschaft in befugte Amtsträger und unbefugte Privatiers ist dadurch die unweigerliche Folge. Das ist zu Beginn der Periode, die wir hier betrachten, nicht ohne weiteres erkennbar, insbesondere nicht für

1 Freilich galt der Klassenwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat, ökonomisch am Lohnkonflikt präsentiert, als Grundform allerdings des – antagonistischen – Widerspruchs. Aber auch seine ‚Lösung' bestand für die sozialtheoretische Vorstellung immer in der Liquidation einer ‚Seite' – natürlich der Bourgeoisie. Die ‚Lösung' erschien also auch hier als Widerspruchs*freiheit*.

jene, die mit der Gründer- und Aufbaugeneration die kommunistische Partei als das unerlässliche Mittel zur Aufhebung der Klassengesellschaft ansehen, daher die sehr wohl wahrnehmbaren Gebrechen kommunistischer Parteiführung als zeitbedingte Wachstumsprobleme beurteilen, die zu lösen schon gelingen wird.[1]

Mit Blick auf den 5. SED-Parteitag proklamiert jedenfalls Georg Klaus, der wohl produktivste DDR-Philosoph der hier betrachteten Periode, unter dem Thema „Philosophie und Einzelwissenschaft", das die ganze Reformperiode beherrschen sollte: „Der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat uns die Aufgabe gestellt, bis 1961 Westdeutschland in der Pro-Kopf-Produktion an materiellen Gütern auf allen Gebieten zu überholen und die Bevölkerung der DDR zu einem materiellen und kulturellen Lebensstandard zu führen, wie ihn Deutschland noch nie gekannt hat. Die Lösung dieser Aufgabe ist möglich, weil der Sozialismus eine auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens dem Kapitalismus qualitativ entscheidend überlegene Gesellschaftsordnung ist.

Bei der Lösung dieser Aufgaben kommt der Wissenschaft und kommt der Technik, d. h. der angewandten Naturwissenschaft, besondere Bedeutung zu. … Die Wissenschaft kann zwar bereits auf eine sehr lange Geschichte zurückblicken und ihre Bedeutung für die Gesellschaft war schon immer beträchtlich. Gemessen an ihrer künftigen Geschichte, die ihren Rahmen in einer sozialistischen Zukunft der Menschheit haben wird, erscheint alle bisherige Wissenschaftsgeschichte als Vorgeschichte der Wissenschaft."[2]

Wie zu lesen, lässt sich der profilierteste philosophierende Vertreter der Aufbaugeneration in gar keiner Weise von der Euphorie der DDR-Führung übertreffen. Es handelt sich nur um eine Nuance in seiner Blickrichtung. Statt des erwarteten Lebensstandards, der auch notiert wird, ist die erwartete hohe Zeit der Wissenschaft das interessierende Thema: „*Wir* haben … nie behauptet, dass der Lebensstandard *nur* auf materiellen Gegebenheiten beruht. Wenn der westdeutsche Wirtschaftsminister Erhard dies neuerdings ebenfalls entdeckt hat, so nur, weil die Überflügelung Westdeutschlands in der Pro-Kopf-Produktion materieller Güter zeitlich in unmittelbare Nähe gerückt ist. Wir haben stets auch die kulturelle Seite des Lebensstandards betont und die Wissenschaften und Künste, die ihr zugrunde liegen, entsprechend gefördert."[3] Diese Versicherung, angesichts der DDR-Aufwendungen eben für Wissenschaften und Künste eine platte, mit Blick auf die aktuellen Kürzungen der Wissenschafts- und Kulturhaushalte sogar schmerzliche Wahrheit, wird von Klaus nicht weiter thematisiert. Er meint vielmehr: „Es geht heute jedoch nicht um die Ausbildung wissenschaftlicher Kader schlechthin und um die Entwicklung der Wissenschaften schlechthin, sondern um die Ausbildung einer mit

1 Soweit ich erkennen kann, ist vielfach und vielen Beobachtern erst Mitte der siebziger Jahre deutlich, dass nicht Wachstumsprobleme, sondern Auflösungsphänomene festzustellen sind.
2 G. Klaus: Philosophie und Einzelwissenschaft. Berlin 1958. S. 5
3 Ebd., S. 6

der Arbeiterklasse fest verbundenen Intelligenz, d. h. einer Intelligenz, die sich auf die Arbeiterklasse und ihre Partei und auf deren Weltanschauung orientiert. Diejenigen Wissenschaftler, die sich den dialektischen Materialismus angeeignet haben und in der Lage sind, ihn in ihrer Fachwissenschaft, in der wissenschaftlichen Arbeit und in der Produktion anzuwenden, werden besser und zielbewusster für den Aufbau des Sozialismus arbeiten können."[1]

Das ist ganz in Übereinstimmung mit dem ZK-Brief zum dialektischen Materialismus formuliert und zeigt, mit welcher Hoffnung der akademische Abbruch in einen neuen Aufbruch unter Parteiregie der SED umgewandelt worden ist. Die Beiträge von Alfred Kosing und Heinrich Opitz in diesem Band exemplifizieren, wie diese Hoffnung realisiert werden konnte.

Am Ende der fraglichen Periode erklärt Kurt Hager vor den Mitarbeitern des Philosophischen Instituts der Humboldt-Universität, nach der 3. Hochschulreform „Sektion marxistisch-leninistische Philosophie" genannt, am 29. April 1970, dass zwar der Zusammenhang zwischen Philosophie und Wissenschaft nicht geleugnet werden könne, dies jedoch nicht Hauptaspekt philosophischen Treibens sei – ebenso wenig wie Erkenntnistheorie, Methodologie und Logik. Vielmehr ist die weltanschauliche Offensive in Grundfragen und die Schaffung einer moralischen Umwelt, in der sich unsozialistisches Verhalten nicht entwickeln könne, im philosophischen Tun massenwirksam zu betreiben. Die Philosophen sollen die überzeugen, die es noch nicht sind oder deren Überzeugung sich erst formt, dass „unser Weg der einzig richtige ist". Im Übrigen sei Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus" das grundlegende Lehrbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie.[2]

Das war die Proklamation des Endes der hier vorzustellenden Entwicklungsphase der DDR-Philosophie.

1 Ebd.

2 Ich berichte aus persönlicher Erinnerung über eine Veranstaltung im Senatssaal der Humboldt-Universität im Anschluss an den Philosophen-Kongress der DDR vom 2. bis 3. April 1970 in Leipzig zum Thema ‚Lenin und die marxistische Philosophie in unserer Zeit', veranstaltet vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Lehrstuhl für marxistisch-leninistische Philosophie, Zentralinstitut für Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Vereinigung der philosophischen Institutionen der DDR.

Peter Ruben

Neues von der philosophischen Front – Notwendige Bemerkungen zu den Lebenswenden von Herbert Hörz[1]

Fünfzehn Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft im deutschen Osten hat Herbert Hörz, seine *Lebenswenden* erwägend und im Frühjahr vergangenen Jahres publizierend[2], eine Entdeckung gemacht, deren Eigenart aus der „Resolution der Parteizelle des Instituts der Roten Professur für Philosophie und Naturwissenschaft" in Moskau vom 29. Dezember 1930 bekannt ist.

Der Vorlauf

Damals erkannten die Zellenmitglieder auf Grund der Hinweise Stalins die Existenz einer „Deborinschen Gruppe (Deborin, Karew, Sten, Luppol, Frankfurt usw.) in der Philosophie und Naturwissenschaft"[3]. Dmitri Wolkogonow notiert Stalins Sicht der Lage an der „philosophischen Front" im Dezember 1930 nach dem Stenogramm seiner Rede wie folgt: „Man muss den ganzen Mist, der sich in der Philosophie und der Naturwissenschaft angesammelt hat, durchstöbern und neu umgraben. Alles, was die Gruppe Deborins geschrieben hat, muss zerschlagen werden. […] Deborin ist meiner Meinung nach ein unzuverlässiger Mensch, doch man sollte ihn in der Redaktion lassen (gemeint ist die Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus"; D. W.), um jemanden zu haben, den man schlagen kann. Sie werden in der Redaktion zwei Fronten haben, aber Sie werden in der Mehrheit sein."[4]

Die Erfindung zu bekämpfender Gruppen in der Philosophie unter der Bedingung, die Existenz einer „philosophischen Front" anzunehmen, ist – wie notiert – Stalins Erfindung. Die Teilnehmer an der Eingebung des Vozhd (Führers), offenbar unter Voraussetzung der gewöhnlichen Vorstellung vom Philosophendaseins recht überrascht, fragten ausdrücklich: „»Kann man den Kampf in der Theorie mit politischen Abweichungen in Zusammenhang bringen?«

---

1 Erstveröffentlichung in *Berliner Debatte Initial*, 1-2/2006. (Anmerkung der Herausgeber)

2 H. Hörz: Lebenswenden. Vom Werden und Wirken eines Philosophen vor, in und nach der DDR. Berlin: tra*f*o verlag dr. wolfgang weist, 2005

3 Vgl.: Nikolai Bucharin / Abram Deborin, Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus. Einl. v. O. Negt. Frankfurt a. Main: Suhrkamp Taschenbuch Vlg. 1974 (stw 64), S. 316

4 Dmitri Wolkogonow: Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt. Aus d. Russ. v. V. Jovanoska. Düsseldorf 1989, S. 338–339

Stalin: »Das ist nicht nur möglich, sondern auch unbedingt notwendig.«

»Und was ist mit den „Linken“? Mit den „Rechten“ haben wir uns schon beschäftigt.«

Stalin: »Der Formalismus tritt unter dem Deckmantel des Linksradikalismus auf. Er verkauft sein Material mit linker Soße. Und die Jugend ist erpicht auf die Linke. Und diese Herren sind gute Köche.«

»Auf was sollte man seine Aufmerksamkeit konzentrieren …?«

Stalin: »Schlagen – ist das Hauptproblem. In alle Richtungen schlagen und dorthin, wo noch nicht geschlagen worden ist. Hegel ist für die Deborin-Leute eine Ikone. Plechanow muss entlarvt werden. Er hatte schon immer ein herablassendes Verhältnis zu Lenin gehabt. Auch bei Engels ist nicht alles richtig. In seinen Bemerkungen zum Erfurter Programm gibt es eine kleine Passage über das Hineinwachsen in den Sozialismus. Das versuchte Bucharin auszunutzen. Es wird nicht schaden, wenn wir irgendwo in unserer Arbeit auch Engels anhaken würden.«“[1]

Die Vorstellung vom Schlagen als produktivem Verhalten im Negieren von Theorien hatte Stalin bereits am 27. Dezember 1929 vor marxistischen Agrarwissenschaftlern präsentiert: „Eine Offensive gegen das Kulakentum unternehmen heißt… einen Schlag führen, und zwar einen solchen Schlag, dass es sich nicht mehr aufrichten kann.“[2] Das ist ein Stalinscher Schlag in der Praxis. Er ist – als Kollektivierung – zur Zeit der berüchtigten Konferenz, auf der der Voshd die Liquidation des Kulakentums als Klasse verkündet, bereits seit über einem Jahr im vollen Gange. Nun handelt es sich um Stalins Entdeckung, „dass das theoretische Denken mit unseren praktischen Erfolgen nicht Schritt hält“[3]. Warum ist das so? Stalin weiß: Unsere Agrarwissenschaftler haben „nicht alle Maßnahmen getroffen, […] alle wie immer gearteten bürgerlichen Theorien, die […] die wachsende kollektivwirtschaftliche Bewegung zu diskreditieren trachten, kurz und klein zu schlagen und mit Stumpf und Stiel auszurotten“[4]. Diese „bürgerlichen Theorien“, das muss nach einem dreiviertel Jahrhundert zum Verständnis gesagt werden, waren die in der UdSSR auf dem Boden der Neuen Ökonomischen Politik Lenins und ihrer Institutionen gewachsenen Ansichten G. A. Feldmans[5], N. D. Kondratieffs[6] und anderer, auf die einzugehen hier nicht möglich ist. Stalins Kurz-und-Klein-Schlagen aller Theorien konnte in der rauen Wirklichkeit nie etwas anderes sein als das Ein-

1 Ebd., S. 339
2 J. W. Stalin: Werke, Bd. 12. Berlin: Dietz Vlg. 1954, S. 148
3 Ebd., S. 125
4 Ebd., S. 142
5 G. A. Feldman: Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens. Dt. v. O. Kratsch. Berlin: Akademie-Vlg. 1969. Diese erste ökonomische Wachstumslehre der Wissenschaftsgeschichte ist eine Erweiterung der Marxschen Reproduktionstheorie und schon darum keine „bürgerliche Theorie“.
6 N. D. Kondratieff: Die langen Wellen der Konjunktur. Dt. in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (Tübingen) LVI (1926)3, S. 573–609. Zu Kondratieff vgl.: Klaus Gebicke: Nikolaj Dmitrievič Kondratieff. Über dynamische Modellierung des Kapitalismus. In: Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2, S. 92–103

schlagen auf die Produzenten bzw. Vertreter „bürgerlicher“ oder „revisionistischer“ Theorien. Das Publikum erhielt dann z. B. am 3. September 1930 die Pressemitteilung über Verhaftung einer Gruppe von Ökonomen (u. a. Groman, Tschajanow, Kondratieff), der die Verurteilung auf dem Fuße folgte. Kondratieff z. B. wurde im September 1930 zu 8 Jahren Haft im Isolierungsgefängnis Suzdal’ verurteilt und nach dem Ende der Haft im September 1938 umgehend erneut vor ein „Gericht“ gestellt, zum Tode „verurteilt“ und sofort erschossen.

Diese Art zu schlagen trifft am 16. Februar 1931 D. B. Rjasanow, der als Direktor des Marx-Engels-Instituts abgesetzt und verhaftet wird. Nach erneuter Verhaftung am 23. Juni 1937 wird der beste Marx-Kenner des 20. Jahrhunderts am 21. Januar 1938 zum Tode „verurteilt“ und erschossen. Deborin, der Stellvertreter Rjasanows, überlebt, obwohl er als Gruppenhaupt von seinen Konkurrenten unter Führung des Voshd erkannt ist, daher auch mit KPdSU-ZK-Beschluss vom 25. Februar 1931 als stellv. Direktor des Marx-Engels-Instituts und Chefredakteur der Zeitschrift *Pod snamenem marksisma* abgelöst wird. Denn dies Journal habe, wie im deutschsprachigen Schwesterblatt mitgeteilt wird, die Position des menschewistisch geprägten Idealismus eingenommen.[1]

Seitdem wird in der stalinisierten kommunistischen Ideologie die Philosophie als „philosophische Front“ vorgestellt, als Feind-Feind-Beziehung, als Vorgang, der nicht der Dialog zwischen Personen, sondern der Krieg zwischen Gruppen ist. Er bezweckt des Feindes Vernichtung, im Extremfall die direkte physische, wie zu Stalins Zeiten realisiert, in abgeschwächter Form durch Ausschluss der Träger von theoretischen Alternativen aus der philosophischen Kommunikation. Letzteres war die gängige Art und Weise, wie in der Nach-Stalinära an der „philosophischen Front“ – auch in der DDR – gekämpft wurde. Letztmalig wurde 1980/81 mit großem Truppenaufgebot hier eine Schlacht gegen den willkürlich in den eigenen Reihen identifizierten Feind geschlagen, gegen den „Revisionisten“ Ruben – identifiziert in einem institutseigenen Dossier „nur für den Dienstgebrauch“, der sogenannten „Grünen Mappe“, die nicht außer Haus gelangen durfte. Das zusammenfassende Urteil dieser teile ich in einer Anmerkung mit.[2] Zur Identifikation des Feindes gehörte auch eine Artikelkampagne in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie.*[3]

1 Unter dem Banner des Marxismus V(1931)2, Wien – Berlin: Vlg. f. Literatur u. Politik, S. 159

2 Es heißt darin: „1. P. Ruben verlässt in entscheidenden Fragen von politischer Relevanz den Boden des Marxismus-Leninismus. Grundzüge seiner theoretischen Überlegungen sind revisionistisch. […] 2. Theoretische Basis dessen ist, dass er in wichtigen Fragen der Philosophie auf Positionen fußt, die nicht mit dem Marxismus-Leninismus vereinbar sind, so in der Grundfrage der Philosophie, in der Widerspiegelungstheorie, in wesentlichen Momenten der Dialektik, insbesondere in der Widerspruchsauffassung, im Verhältnis der Philosophie zu den Einzelwissenschaften und in seinen Auffassungen zur Geschichte und zur Ökonomie. Stattdessen wird der Marxismus-Leninismus von eklektisch verengten Zügen eines positivistischen Reduktionismus, eines vulgären Materialismus, eines primitiven Abbild-Idealismus und der Metaphysik verdrängt.“ In: Bericht der Kommission zu politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Einschätzungen von Publikationen von Dr. Peter Ruben. In: Gefesselter Widerspruch. Die Affäre um Peter Ruben. Hg. von H.-C. Rauh. Berlin: Dietz Vlg. 1991, S. 169

3 Vgl. A. Lemnitz in Dt. Z. f. Philos. 29(1981)7; G. Bartsch ebd.; G. Redlow ebd. 29(1981)9; W. Eichhorn I, ebd. 30(1982)2

Der Sieg an solcher Front wird gesichert, indem der zum Feind Erklärte keine Möglichkeit erhält, innerhalb des Systems seinen Kontrahenten öffentlich entgegenzutreten. Unterstellt man die Feind-Feind-Beziehung, ist das ganz plausibel. Und so wurde in meinem Fall auch entschieden. Im März 1982 lautete das Stalinsche „Kurz-und-Klein-Schlagen" aus dem Munde des damals stellvertretenden Leiters der Abteilung Wissenschaften beim SED-ZK Gregor Schirmer auf der Wahlversammlung der SED-Grundorganisation des ZIPh: Es geht jetzt darum, die philosophischen Auffassungen Rubens restlos auseinanderzunehmen, die Auseinandersetzung zu Ende zu führen, bis es nur noch einen gibt, der mit ihnen liebäugelt – Ruben selbst.

An dieser Stigmatisierung als Revisionist und Ausgrenzung aus der DDR-Philosophen-Zunft war Herbert Hörz selbstredend aktiv beteiligt – als Initiator des Angriffs, als Mitverantwortlicher der „Grünen Mappe", als Mitglied der SED-Kreisleitung. Für diese war übrigens längst ausgemacht, dass Ruben Revisionist ist, ehe das am ZIPh debattiert wurde. Ja, als Gerücht wurde – nach Informationen, die ich aus der Humboldt-Universität erhielt – mein Revisionismus wohl überhaupt zuerst von Herbert Hörz' Frau Helga in einer SED-Parteiversammlung an der Sektion marxistisch-leninistische Philosophie der Humboldt-Universität in die Welt gesetzt. Sie beargwöhnte meine nach Kant vorgeschlagene Unterscheidung der Analytik von der Dialektik[1] als revisionistische Abweichung vom Marxismus-Leninismus, weil sie doch bis dato immer nur etwas vom Gegensatz zwischen Metaphysik und Dialektik gehört hatte. So eben ist die Lage an der philosophischen Front immer.

Die Nachgeburt

Heute, 15 Jahre nach der Wende, redet Hörz nicht mehr von meinem Revisionismus. Aber das üppig gezeichnete Feindbild ist geblieben. Er avisiert es nun unter der Kennzeichnung „Gruppe der ‚wahren Leninisten' um Ruben." Dieser Perspektivwechsel ermöglicht – 25 Jahre nach der durch die Publikation der *Lebenswenden* wieder in Rede stehenden Exkommunikation – die damalige philosophische Front neu zu bestimmen. Das geschieht nach folgendem Argumentationsmuster: Er, der friedliche, nur mit den Mitteln der Wissenschaft argumentierende und um Reform des DDR-Systems bemühte „Wissenschaftsphilosoph", seinen Bereich ebenso friedlicher „Wissenschaftsphilosophen" hegend und pflegend, ist vom machtbesessenen „wahren Leninisten" Ruben und seinen Anhängern, gleich Ionescos Nashörnern einher-stampfend,

1 Vgl.: P. Ruben: Dialektik und Analytik in der Naturforschung. In: Struktur und Prozess. Hg. v. K.-F. Wessel. Berlin: Dt. Vlg. d. Wiss. 1977, S. 317–333. Jeder Blick in die ‚Kritik der reinen Vernunft' belehrt den Leser über Kants Annahme der „transzendentalen Analytik", der die von der „transzendentalen Dialektik" auf dem Fuße folgt. Aber vielleicht sind im Hause Hörz solche Blicke nicht üblich. Mein Revisionismus bestand jedenfalls in diesem Zusammenhang, wie der Leser leicht erkennt, im Streichen des Terminus „transzendental" und Aneignen der Kantschen Unterscheidung.

bedroht worden. Ruben nämlich griff „mit wenig Sachkenntnis brisante Probleme auf“, und weil „er seine Lösungen im argumentativen Streit nicht verteidigen konnte, griffen er und die Macht zu politischen Mitteln“.[1] „Er und die Macht“! Das ist ein umwerfender Einfall, sich die Sachlage klarzumachen. Haben Ruben „und die Macht“ *zugleich* zu politischen Mitteln gegriffen, weil beide plötzlich – aus welchen Gründen immer – fanden, sie müssten einmal einen Stierkampf zu Erheiterung des gelangweilten Publikums aufführen? Oder hat *zuerst* Ruben zum Degen gegriffen, sich als Torero aufzuführen, sodass „die Macht“ es sich nicht gefallen lassen konnte, als tumber Stier vorgeführt zu werden?

Mit dieser „Täter-Opfer“-Verkehrung hat sich Hörz eine Paradoxie aufgeladen, an der er schwer schleppen muss, will er seinen *Lebenswenden* ein konsistentes Dasein verschaffen: Warum sollten Exekutoren des Leninismus, „alte Kominternmänner“, einen „wahren Leninisten“ zum „politischen Opfer“ machen? Hörz sinniert über dieses merkwürdige, doch irgendwie absurde Phänomen und kommt mit Bezug auf den Gebrauch politischer Mittel durch mich zu folgender Erinnerung: „Das war für ihn nicht neu. Er gehörte schon als einer meiner Studenten zu denen, die stets politische Wertungen abgaben und deshalb gefürchtet waren. … So wechselte er bei fehlenden Argumenten schnell auf die politische Ebene über. Das scheint mir einer der Gründe zu sein, weshalb er zum politischen Opfer… wurde…“.[2] Ich gestehe wieder: Eine umwerfende Konstruktion!

Belassen wir es bei dieser Feststellung, und nehmen wir einen Ausschnitt aus der wirklichen Sachlage zur Kenntnis: Tatsache ist z. B., dass Hörz (als Beiratsmitglied der Zeitschrift *wissenschaft und fortschritt*) meine Rezension zu dem von ihm gemeinsam mit J. Erpenbeck 1977 publizierten Buch *Philo-*

1 Hörz, Lebenswenden a. a. O., S. 324

2 Ebd.. Ich versichere, nie einer der Studenten von Hörz gewesen zu sein. Diese Ehre konnte man erst 1959 erlangen. Zu dieser Zeit befand ich mich auf DDR-Baustellen, wohin ich 1958 nach Zwangsexmatrikulation „zur Bewährung“ geschickt wurde. Hörz bringt es wider besseres Wissen fertig, mich nach „Auseinandersetzungen in der Partei“, heiter „in die Praxis“ gehen zu lassen, um beim „Ausbau von Schönefeld… ein hoch angesehener Jugendbrigadier“ zu werden (Lebenswenden, S. 251). Dass ich wegen Fraktionsbildung à la Schirdewan-Wollweber und Unterstützung einer „staats- und parteifeindlichen Studentengruppe“, die Anfang September 1958 in Cottbus zu Zuchthausstrafen zwischen sechs und drei Jahren verurteilt wurde, meinen ersten SED-Ausschluss und meine Zwangsexmatrikulation im März/April 1958 absolvierte, ist dem Gedächtnis des Herrn Hörz weitgehend entfallen, doch offenbar nicht ganz, denn er versteht meinen „Drang kaum…, nach Ausschluss aus der SED unbedingt in sie zurückzuwollen“ (ebd., S. 324). Vielleicht hilft Hörz seinem Verständnis nach und klärt für sich, wie ein aus der SED ausgeschlossener, zur Bewährung in der Produktion geschickter Philosophiestudent, dessen Mutter wegen dieses Ausschlusses ihre geliebte Arbeit an der MEW-Ausgabe verloren hatte und dessen Bruder in Moskau studierte, nach drei Jahren, also 1961 nach dem Mauerbau, seine Chance, in der DDR Philosophie zu studieren (wozu ich im schönen Jugendalter von 15 Jahren wild entschlossen war) hätte anders verwirklichen sollen. Natürlich hätte ich 1958 den Weg an die FU Berlin wählen können. Aber dies wäre eine Entscheidung für die BRD und gegen meine Familie gewesen. Es ist lausig genug, Herrn Hörz, der sich heute als Verteidiger der DDR-Abgewickelten geriert und auf S. 489 seiner *Lebenswenden* erklärt, warum er die DDR „nie verlassen“ wollte, dies sagen zu müssen.

sophie contra Naturwissenschaft? verhindert hat. Auch wenn ich Hörz *heute* als „machtbesessener wahrer Leninist" erscheine, so hatte er doch *damals* die wirkliche Macht, u. a. die, ihm nicht genehme Publikationen zu vereiteln. Das musste ich – leider machtlos – ertragen. Ich gebe diese Rezension hier zur Kenntnis, damit gegen Hörz' Verdrehungen deutlich wird, wie ich „bei fehlenden Argumenten schnell auf die politische Ebene" glitt:

„J. Erpenbeck, H. Hörz, Philosophie contra Naturwissenschaft? Reihe „Weltanschauung heute", Bd. 16. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften. Berlin 1977; 160 S. …

Nachdem das Publikum bereits durch H. Hörz mit dem Band 10 der Reihe „Weltanschauung heute" auf die Frage „Mensch contra Materie?" aufmerksam gemacht worden ist, wird es nunmehr durch J. Erpenbeck und H. Hörz mit dem Problem „Philosophie contra Naturwissenschaft?" konfrontiert. Mittels solcher über den Gebrauch konträrer Extreme populär bezeichneter Vorstellung ihres Anliegens rechnen die Autoren nicht nur „auf einen größeren Leserkreis unter naturwissenschaftlich Interessierten", sondern auch „auf das Interesse des Fachphilosophen" (S. 7). Diese Erwartung ist natürlich einleuchtend, denn das vorliegende Heft „gründet sich auf eine im Bereich ‚Philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung' des Zentralinstituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR erarbeitete Bereichskonzeption". Und in der Tat findet man in der Schrift nicht so sehr klar bestimmte philosophische Fragen der Naturwissenschaften, sondern vor allem das Konzept einer „wissenschaftlichen Philosophie", welche die Autoren „als Wissenschaft von den allgemeinsten Beziehungen und Gesetzen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens" verstehen (S. 29). Es ist bemerkenswert, dass den Autoren in der Realisation der „wissenschaftlichen Philosophie" durchaus „nicht, wie etwa Hegel, die Dialektik als Vehikel des sich zum Gipfel der Selbsterkenntnis hinaufquälenden Geistes, sondern als eine ‚Widerspiegelung der sich ewig entwickelnden Materie' gilt" (S. 48-49). Hegels Position sehen die Autoren vielmehr als historischen Ausdruck des „in voller Schärfe" ausgebildeten „Gegensatzes" von Philosophie und Naturwissenschaft, also als faktische Erscheinung desjenigen Phänomens, das gerade durch den Titel der Schrift, „Philosophie contra Naturwissenschaft?", in Frage gestellt werden soll. Dabei unterstellen die Verfasser „die fast einhellige Ablehnung der Hegelschen Philosophie unter Naturwissenschaftlern" als ein weiter nicht zu debattierendes Faktum (S. 15).

Angesichts solchen Urteils über Hegel ist der Rezensent nicht überrascht, wenn die Autoren erklären: „Dialektische Widersprüche… machen sich durch das Auftreten logischer Antinomien innerhalb der Theorien bemerkbar" (S. 101); und wenn sie 28 Seiten nach dieser Kühnheit der „wissenschaftlichen Philosophie" mit erfreulichem Engagement im Meinungsstreit des weiteren versichern: „Gäbe es Widersprüche, die prinzipiell nicht mit Hilfe mathematischer Begriffe widerzuspiegeln wären, würde man… eine unüberschreitbare Grenze zwischen naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftli-

chen Methoden postulieren“ (S. 129). Da bekanntlich logische Antinomien das Unmögliche ausdrücken bzw. Unlösbarkeiten reflektieren, so sind die durch sie zur Erscheinung gebrachten Widersprüche für die Mathematik lediglich Anlässe zur Feststellung, dass in den fraglichen theoretischen Ansätzen wenigstens eine falsche Prämisse enthalten sein muss. Mit Blick auf diesen methodologischen Sachverhalt ist zu wünschen, dass die Autoren der „wissenschaftlichen Philosophie“ ihr Konzept nochmals mindestens hinsichtlich seiner Konsistenz überdenken sollten.

Dem Leser der vorliegenden Schrift kann versichert werden, dass er in ihr eine knappe Darstellung aller Anliegen finden wird, die den Autoren im Rahmen ihrer „wissenschaftlichen Philosophie“ teuer sind. Solcher informative Charakter wird durch den reichlichen Gebrauch von Schemata noch bedeutend gesteigert.“

Hat der geneigte Leser etwas von meinen „fehlenden Argumenten“ und daher schnellem Wechsel „auf die politische Ebene“ bemerkt? Natürlich ist mir – dem Leser sicher auch – klar, warum das damalige Beiratsmitglied Hörz diese Rezension nicht haben wollte: Sie gefiel ihm nicht! Sie macht aber auch deutlich, dass mein Werden „zum politischen Opfer der Gesellschaft …, die“ ich „eigentlich bis zur ‚Wende‘ immer verteidigt hatte“[1], wie Hörz heute schreibt, in einem sehr anderen Zusammenhang steht als in dem, den der Betrachter der eigenen *Lebenswenden* sich nunmehr zurechtlegt. Er nämlich ist der eigentliche Urheber des tatsächlichen Konflikts, den ich hier zunächst nach seinem philosophischen Hintergrund charakterisieren will, den ganzen fauligen Brei der Hörzschen üblen Nachreden und Verleumdungen vorläufig ignorierend. Ich beschränke mich auf einen theoretischen Grundkonflikt. Weitere Konfliktfelder können hier nicht charakterisiert werden.

Die Arbeit und die philosophische Grundfrage

Als Herbert Hörz seine intellektuelle Reise in die vermeintliche heuristische Zukunft der DDR-Philosophie antrat[2], hatte ich es eilig, meine Konzeption der Naturdialektik zu publizieren. Dank der Freundlichkeit der Herausgeber geschah das auch im selben Band.[3] Meine von Hörz mit Missvergnügen notierte These in dieser Konzeption lautete: „Die Arbeit ist… die Zentralkategorie

1 H. Hörz: Lebenswenden, a. a. O., S. 324. Vom Mai 1958 bis September 1961 verteidigte ich sie „zur Bewährung in der Produktion“ als ungelernter Bauarbeiter; vom Mai 1981 bis Februar 1990 als „Leiche im Keller“ des ZIPh, wie jüngere Kolleginnen und Kollegen meine Daseinsweise während dieser Zeit in der Wende 1989/90 zu nennen angemessen fanden. Als KVP-Angehöriger war ich vom Juli 1952 bis August 1955 wirklich zur Verteidigung bereit. Es kam allerdings kein Gegner – selbst am 17. Juni 1953 (im schönen Großenhain) nicht.

2 H. Hörz: Zur heuristischen Funktion der marxistisch-leninistischen Philosophie in der naturwissenschaftlichen Forschung. In: Weltanschauung und Methode, hg. v. A. Griese u. H. Laitko. Berlin: Dt. Vlg. d. Wiss. 1969, S. 21–50

3 P. Ruben: Problem und Begriff der Naturdialektik. In: Weltanschauung und Methode, a. a. O., S. 51–88

der marxistisch-leninistischen Philosophie.“[1] Hörz mochte die Vorstellung der Arbeit nie – schon gar nicht in der Stellung eines theoretischen Fundaments philosophischen Denkens. Natürlich kannte er (sollte ich anderes annehmen?) die *Deutsche Ideologie* von Karl Marx und Friedrich Engels, in welcher den deutschen Philosophen angekreidet wird: „Keinem von diesen Philosophen ist es eingefallen, nach dem Zusammenhange der deutschen Philosophie mit der deutschen Wirklichkeit, nach dem Zusammenbange ihrer Kritik mit ihrer eignen materiellen Umgebung zu fragen. …

Man kann die Menschen durch das Bewusstsein, durch die Religion, durch was man sonst will, von den Tieren unterscheiden. Sie selbst fangen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu *produzieren*, ein Schritt, der durch ihre körperliche Organisation bedingt ist. Indem die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, produzieren sie indirekt ihr materielles Leben selbst.

Die Weise, in der die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, hängt zunächst von der Beschaffenheit der vorgefundenen und zu reproduzierenden Lebensmittel selbst ab. Diese Weise der Produktion ist nicht bloß nach der Seite hin zu betrachten, dass sie die Reproduktion der physischen Existenz der Individuen ist. Sie ist vielmehr schon eine bestimmte Art der Tätigkeit dieser Individuen, eine bestimmte Art, ihr Leben zu äußern, eine bestimmte *Lebensweise* derselben. Wie die Individuen ihr Leben äußern, so sind sie. Was sie sind, fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, *was* sie produzieren, als auch damit, *wie* sie produzieren. Was die Individuen also sind, das hängt ab von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion.“[2]

Das mit diesen knappen Sätzen präsentierte Konzept der Erkenntnis der Menschen durch sich selbst scheint mir so unmittelbar einleuchtend, dass ich bis heute nicht verstehe, wie man nach Bekanntwerden der *Deutschen Ideologie* – vorausgesetzt, man will erkennen – jemals noch irgendein anderes Konzept haben könnte. Ich verstehe schon, dass religiös bestimmtes menschliches Bewusstsein sich den göttlichen Schöpfer nicht ausreden lassen will. Aber in der Philosophie geht es nicht um Religion, sondern um Erkenntnis. Die Philosophie will niemanden etwas ***aus***reden, dessen Gemüt und Gefühl die philosophische Souveränitätserklärung der menschlichen Gattung nicht ertragen kann. Ich bin aber auch sicher, dass sie sich in ihren produktiven Vertretern niemals etwas ***ein***reden lassen wird, was dem Wahrheitsanspruch des Erkennens nicht standhalten kann. Daher darf mit aller Ataraxie darauf beharrt werden, dass es zum philosophischen Menschenbild, wie wir es Goethes *Prometheus* verdanken, gar keine Alternative gibt. Dies ist es ja, das Marx und Engels in der *Deutschen Ideologie* als ihre „materialistische Geschichtsauffassung“ skizziert haben.

Daher war es für mich nach der Publikation meines Naturdialektikkonzepts eine erhebliche Überraschung, wahrnehmen zu müssen, dass Herbert Hörz

1 A. a. O., S. 59
2 K. Marx u. F. Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3, Berlin: Dietz Vlg. 1959, S. 20–21

meine mir selbstverständliche „Zentralkategorie Arbeit“ böse anging und eine ordentliche leninistische Selbstkritik forderte. Ich hatte 1969/70 natürlich kaum Ahnung von den Zusammenhängen, über die man sich nun informieren kann.[1] Gegen die von Opitz, Kosing und Seidel verfolgte und publizierte Position, die marxistische Philosophie auf die menschliche Praxis zurückzuführen (was ja gar nichts anderes als die selbstverständliche Annahme der Erkenntnis Kants ist), hatte schon Blochs Doktorand, der gegen imaginierte ideologische Feinde immer zum Kampfe bereite Rugard Otto Gropp, proklamiert: „… den Inhalt der marxistischen Philosophie aus dem Begriff… der Arbeit, *abzuleiten…* führt auf Irrwege… . Von der menschlichen … Arbeit ausgehen heißt vom Menschen, vom Subjekt ausgehen.“[2] Ich erklärte damals gegen Gropp: „In dieser Interpretation wird nicht von der *realen* Arbeit ausgegangen, sondern vielmehr von ihrer subjektiven Bedingung, die tatsächlich die Arbeits*kraft* ist. R. O. Gropp unterliegt – ohne es zu wollen – der Illusion, dass die Arbeit etwas *nur* Subjektives sei. Dazu heißt es beim ‚jungen Marx‘: ‚Der Arbeiter kann nichts schaffen ohne die *Natur,* ohne die *sinnliche Außenwelt.* Sie ist der Stoff, an welchem sich seine Arbeit verwirklicht …‘[3] Marx erklärt im selben Zusammenhang, ‚dass die Arbeit nicht *leben* kann ohne Gegenstände‘; sie ist also nur wirkliche Arbeit als dialektische Identität ihrer subjektiven und objektiven Bedingungen, als *Einheit von Mensch und Natur.* Von der Arbeit auszugehen, heißt daher mitnichten „vom Subjekt ausgehen“, es sei denn, man meint mit „Arbeit“ nicht den realen Prozess, sondern ein metaphysisches Gedankending, das man „Arbeit“ nennt.“[4]

Heute muss ich angesichts meiner Erfahrungen schon sagen, dass die Beurteilung, Gropp unterliege, „ohne es zu wollen“, einer Illusion, eine ziemlich naive Fehldeutung gewesen ist. Denn gegen das – ich darf es der Kürze halber so nennen – Arbeitskonzept zur Grundlegung des philosophischen Menschenbilds wurde die einst von Engels notierte „große Grundfrage aller, speziell neueren Philosophie… nach dem Verhältnis von Denken und Sein“[5] mit der Umdeutung, dass sie „die Frage nach dem Verhältnis von Materie und Bewusstsein“[6] wäre, mit Entschiedenheit ins Feld geführt. Nach Gropp

1 Vgl: Alfred Kosing: Habent sua fata libelli. In: H.-C. Rauh / P. Ruben (Hg.): Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren. Berlin: Ch. Links Vlg. 2005, S. 77–113

2 R. O. Gropp: Über eine unhaltbare Konzeption. In: Dt. Z. f. Philos. 15(1967)9, S. 1097

3 K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844). In: MEW, Erg.-bd. Erster Teil. Berlin: Dietz Vlg. 1968, S. 512

4 P. Ruben: Problem und Begriff der Naturdialektik. A. a. O., S. 59

5 F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: MEW, Bd. 21, Berlin: Dietz Vlg. 1962, S. 274

6 Vgl.: Autorenkollektiv: Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus. Berlin: Dietz Vlg. 1971, S. 28. Das Autorenkollektiv wurde von G. Redlow, H. Frommknecht und M. Klein geleitet. Ihm gehörten weiter E. Fromm, H. Hörz, G. Stiehler und H. Wessel an. Die „Einführung…“ erschien im April 1971 pünktlich zur Ersetzung Ulbrichts durch Honecker (der ihn am 3. Mai 1971 ablöste) und lieferte damit den Einstieg in die Stagnationsphase, in der die durch Hochschul- und Akademiereform etablierten neuen Leiter die akzeptierten Standardsätze fort- und fortschrieben, bis sie keiner mehr lesen wollte. Kosings Lehrbuchversuch von 1967 war damit ad acta gelegt.

gegen Seidel erklärte Hörz gegen Ruben: „Der theoretische Fehler… ist die Überschätzung der Arbeit als Zentralkategorie der Philosophie. … Durch Arbeit wird Erkenntnis möglich. Aber die Anerkennung der Arbeit scheidet Materialismus und Idealismus nicht, weil in ihr die Einheit von subjektiven und objektiven Komponenten existiert. Erst die Anerkennung des Primats der Materie gegenüber dem Bewusstsein… ist Materialismus…“[1]

Hier sieht man schön, wie eine „philosophische Front“ aufgebaut wird: Ich spreche von der (a priori menschlichen) Arbeit als der empirischen Erklärungsgrundlage für die Wissenschaft Philosophie (auch für die Wissenschaft überhaupt, die nach Marx allgemeine Arbeit ist). Hörz meint, bei mir „Anerkennung der Arbeit“ zu lesen. So muss ich folgern: Es fällt meinem Kontrahenten schwer, das ***Er***kennen vom ***An***erkennen zu unterscheiden. Ich habe gar nichts anerkannt, wenn ich sage, dass die Philosophie in die Welt tritt, weil die Menschen in ihrer Selbstproduktion, d. i. die Arbeit, die Welt zum Gegenstande für sich machen, daher in ihren jeweiligen Produktionsgemeinschaften (Stämmen, Völkern) Weltanschauungen produzieren und mit ihnen die Notwendigkeit der Philosophie als der unweigerlich eintretenden Reflexion eben jeder beliebigen Weltanschauung (oder Religion) hervorbringen. Es ist vielmehr ein Vor-Urteil formuliert, ein Axiom, eine Hypothese (von philosophischen Hypothesen hält Hörz sonst viel, von dieser bestimmten allerdings nichts). Sie soll ermöglichen, die sonst bekannten philosophischen Erkenntnisse in ein logisch geordnetes System zu bringen. Warum soll der Versuch, es mit der Philosophie auf diese Weise zu versuchen, unstatthaft sein?

Dass nun die Anerkennung der Arbeit Materialismus und Idealismus nicht scheide, ist in Hörz’ Argument ein ganz grundloser Vorhalt. Denn zu sagen, „weil in ihr die Einheit von subjektiven und objektiven Komponenten existiert“, heißt zu sagen, dass eine Einheit *unterschiedener* Momente ausgemacht ist. Was aber unterschieden ist, die subjektive Komponente der Arbeit von der objektiven, lässt selbstverständlich die Möglichkeit weiteren Fragens nach der Bestimmtheit der objektiven zu. Die Antwort auf solches Fragen hat Marx mit seinem Arbeitsbegriff gegeben.[2] Hörz würde unter seinen „objektiven Komponenten“ ganz schnell die äußere Natur finden, von der sich die Menschen ein Stück aneignen, um es zu bearbeiten, daher menschlich (nicht tierisch) leben zu können. Er könnte unter ihnen auch die produzierten Arbeitsmittel finden, wenn die Arbeit ruht und sie, die Mittel, im Lager auf den nächsten Einsatz harren. Hörz könnte sich damit das Problem stellen, ob die Arbeitsmittel vielleicht auch als „subjektive Komponenten“ denkbar seien. Dies und vieles mehr wäre möglich, hielte man sich daran, philosophische

1 H. Hörz: Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften. Berlin: Akademie-Vlg. 1974, S. 43

2 Ich habe die entsprechenden Stellen oft genug zitiert und verzichte hier darauf. Aber die Textangabe ist zu machen: K. Marx: Das Kapital, Bd. I. In. MEW, Bd.23. Berlin. Dietz Vlg. 1973, S. 192 ff.; Ders.: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei: In: MEW, Bd. 19. Berlin: Dietz Vlg. 1962, S. 15 ff.

Produktion für Erkenntnisarbeit zu halten, in der es ausschließlich um die Wahrheit geht und um sonst nichts.

Wie aber, wenn man die philosophische Produktion als das Tun verschiedener Philosophen in Betracht zieht, die ein geschlossenes soziales System bilden, in dem möglicherweise Aufstiegschancen in dem von diesem System determinierten offenen Handlungs- und auch Einkommensstellen auszumachen sind? Ist es dann nicht ergiebig, im System und außerhalb desselben Gruppen von Freunden und Feinden auszumachen? Erstere könnte man zu einer Seilschaft zusammenschließen, die beim Besetzen offener Stellen nützlich ist. Letztere könnte man – wie von Carl Schmitt gelehrt – zu Bedingungen der Festigung der eigenen Mannschaft machen, indem man sie fortwährend als kriegerische und „machtbesessene" Besetzer von Schützengräben an Fronten feststellt, die mit den eigenen Kräften unbedingt zu halten sind. Die Einsicht in solche Lage wird bestens mental durch Vorstellung einer exklusiven Alternative fundiert: Entweder Freund oder Feind, etwas Drittes gibt es nicht; entweder „bürgerliche oder sozialistische Ideologie … (… eine ‚dritte' Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen…)"[1]; entweder Materialismus oder Idealismus etc. etc.. Soviel Exklusion, soviel Kampfbereitschaft, soviel gesetztes Schlagen à la Stalin! Wozu?

Ginge es zur Not nicht auch einmal mit dem logischen „sowohl … als auch"? Auch das „weder… noch" ist zu empfehlen bzw. das einschließende „oder"! Z. B. in der Marxschen und Engelsschen Sicht der Ideologie als eines „falschen Bewusstseins"[2], die nahelegt, gar keine Ideologie haben zu wollen! Das „sowohl… als auch" ist die Konsequenz jedes Friedensvertrages, den Freund und Feind schließen müssen, wenn sie genug Krieg geführt und ihre Ressourcen verschleudert haben. Und wieso ist ausgemacht, dass Materialismus und Idealismus nur als gegeneinander streitende philosophische Schulen zu denken seien? Könnte es sich nicht darum handeln, dass die Philosophie in beiden ihre unvermeidlichen Entwicklungsmomente zu erkennen fähig ist? Natürlich wird keine Philosophie die von Platon erkannte Existenz von Ideen bestreiten – und keine die von den Ioniern erfasste Materie. Was soll die entsetzlich langweilige Beschwörung eines Primats? Sie verbirgt nur den Anspruch eines Leiters, eines Generalsekretärs, eines Fürsten, eines… (ich verbiete mir angesichts der aktuellen Demonstrationen wegen dänischer Karikaturen weitere Aufzählungen, nicht ohne erfreut festzustellen, dass in Berlin Gegendemonstrationen mit der Forderung, doch erwachsen zu werden, verzeichnet worden sind – eine erfrischende Erinnerung an den 4. November 1989).

Darf sich Marx den Idealismus leisten:

„Wir unterstellen die Arbeit in einer Form, worin sie dem Menschen ausschließlich angehört. Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen man-

1 So Lenins bekanntes Diktum.
2 Das ist in der ‚Deutschen Ideologie' nachzulesen.

chen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, dass er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war. Nicht dass er nur eine Formveränderung des Natürlichen bewirkt; er verwirklicht im Natürlichen zugleich seinen Zweck, den er weiß, der die Art und Weise seines Tuns als Gesetz bestimmt und dem er seinen Willen unterordnen muss.“[1]

Nichts davon, was Platon, der Begründer des klassischen Idealismus, nicht unterschreiben könnte. Schließt das den Materialismus aus? Keineswegs! Der Materialist mache sich auf den Weg, schaue Konstrukteuren beim Realisieren ihrer Entwürfe zu und urteile dann, was aus dem geworden ist, das er zunächst „in seinem Kopf gebaut“ hat. Ist das materielle Resultat dem ideellen (ersten) Entwurf gleich, haben wir eine kleine Sensation vor uns – und müssen dennoch nicht am Materialismus verzweifeln.

Die exklusive (ausschließende) Alternative zwischen Materialismus und Idealismus, wie sie in der so genannten „Grundfrage der Philosophie“ präsentiert wird, hat tatsächlich eine der Hierarchisierung mental dienende Funktion in besonderen Gemeinschaften. Sie ist die gesetzte Gruppenbildung! Wer das „entweder… oder“ vorgehalten bekommt, soll sich entscheiden –, einer Gruppe beizutreten oder zu erdulden, als Feind traktiert zu werden. Er soll sich, wie man nach der Wende so gern sagt, „positionieren“, d. h. eine Stelle im System einnehmen, die noch frei ist, aber nicht gegen das System auftreten.

Es wäre im klassischen Marxismus (von Engels begründet) möglich, diesen Zusammenhang zu erkennen. Vielleicht fällt nach der Wende auf, dass die so genannte „Grundfrage der Philosophie“ im *Anti-Dühring*, – das ist der von Wilhelm Liebknecht bestellte Exkurs, der modelliert, was in der Nachfolge „Marxismus“ genannt wird –, gar nicht auftritt. Sie ist vielmehr in der 1886 verfassten Arbeit *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie*[2] formuliert worden. Dort bemerkt Engels auch: „Die Frage nach dem Verhältnis des Denkens zum Sein, des Geistes zur Natur… hat… ihre Wurzel in den bornierten und unwissenden Vorstellungen des Wildheitszustands.“[3] Weiter behandelt er „die höchste Frage der gesamten Philosophie“ mit Bezug auf den Idealismus als ein Phänomen der Vergangenheit, welche ihm wohl mit Hegel als abgeschlossen gilt. Doch selbst Hegel hat ihm ein System hinterlassen, das nach seiner Meinung „nur einen nach Methode und Inhalt idealistisch auf den Kopf gestellten Materialismus repräsentiert“[4]. Ein „idealistisch auf den Kopf gestellter Materialismus“ ist, das muss Herbert Hörz zugeben, der Gattung nach ein Materialismus, der in seiner Artspezifik

1 K. Marx: Das Kapital a. a. O., S. 193
2 F. Engels in MEW, Bd. 21. Berlin: Dietz Vlg. 1962, S. 258–307. Die Formulierung der Grundfrage findet sich auf den Seiten 274–275.
3 Ebd., S. 275
4 Ebd., S. 277

einen heftigen idealistischen Charakter hat, ein unverschämter Widerspruch gegen das tatsächlich leninistische beglaubigte „entweder… oder“, ein hundsgemeiner ***idealistischer Materialismus***. Würde Hörz nun Engels vor der Wende 1989/90 auch zu den „Revisionisten“ zählen und nach der Wende zur Gruppe der „wahren Leninisten“, wie er das mit mir hemmungslos unternommen hat?[1]

Bemerkungen zum wirklichen Konflikt 1980/81

Hörz befasst sich in seinem *Lebenswenden* mit, so scheint es, seinem Lieblingsfeind in mehr als 5% seines Textes von immerhin 533 Seiten. Er zielt auf ein Publikum, das 15 Jahre nach der Wende mit den Strukturen und Funktionsmechanismen der DDR-Philosophie kaum noch vertraut ist. Unter dieser Bedingung scheint ihm der Versuch nicht aussichtslos, mich der Mitwelt als ein ideologisches Monster zu präsentieren[2], dessen Ausschluss aus der Wissenschaftsöffentlichkeit der DDR 1981 eigentlich zu Recht erfolgt ist. Er teilt mit: „Als sich 1980 die Auseinandersetzungen zwischen P. Ruben und M. Buhr zuspitzten, musste ich entscheiden, auf welcher Seite ich mit meinem Bereich stehen wollte. Dogmatische, als leninistisch drapierte Angriffe von R. gegen uns als Positivisten, ließen es inhaltlich nicht geraten erscheinen, seine Partei zu ergreifen. Hinzu kam noch seine Machtbesessenheit, die er ohne Gnade ausnutzen würde, um andere zu verdrängen. Da war mir die weitere Sicht von B. auf die Philosophie und seine bisherige Art, unseren Bereich in Ruhe zu lassen … doch mehr im Interesse der philosophischen Arbeit.

Dass ich mit meiner Einschätzung von R. Recht hatte, bestätigte sich später. Nach der Wende ließ er sich vom Wissenschaftlichen Rat in geheimer Wahl mit einer Gegenstimme, die von mir kam, zum Direktor wählen.“[3]

Wie meine sich in der Wende austobende „Machtbesessenheit“ aussah und meine Wahl zum Direktor zustande kam, beschreibt das offizielle Ergebnisprotokoll des Wissenschaftlichen Rates des ZIPh der DDR-AdW vom 8. Mai 1990, das in einer Anmerkung zitiert werden soll.[4] Über die Gründe, die am 6.

1 An dieser Stelle sei notiert, dass Peter Keiler zu Engels’ ‚Ludwig Feuerbach …‘ wichtige korrigierende Feststellungen getroffen hat: Ders.: Feuerbach, Wygotski & Co. Studien zur Grundlegung einer Psychologie des gesellschaftlichen Menschen. Berlin; Hamburg: Argument 1997 (Reihe Psychologie 6), S. 12–16. Der Autor diskutiert auch die eingangs angegebene Vorgeschichte philosophischer Frontbildung; a. a. O., S. 87 ff.

2 Vgl. Hörz’ Lebenswenden, S. 350

3 Ebd.

4 „Der Wissenschaftliche Rat diskutierte den Entwurf einer Stellungnahme zur Maßregelung der Gruppe um Dr. Ruben in den Jahren 1980/81 und nahm nach Umarbeitungen die endgültige Fassung dieser Stellungnahme mit einer Stimmenthaltung an. Die Stellungnahme wird im Institut öffentlich ausgehängt und der DZfPh zur Veröffentlichung übergeben werden. Den Autoren – Prof. Dölling, Dr. Beurton und Dr. Ulbrich – wurde gedankt. – Prof. Buhr teilte dem Wissenschaftlichen Rat mit, dass er mit sofortiger Wirkung als Direktor des Zentralinstituts für Philosophie zurücktritt. Es wurde darüber abgestimmt, ob der Wissenschaftliche Rat unverzüglich einen neuen Direktor aus den Wissenschaftlern des Instituts wählen solle, oder ob erst über Kandidaten

Mai 1981 zu meinem Ausschluss aus der SED und in diesem Zusammenhang aus der wissenschaftlichen Kommunikation von 1981 bis zur Wende geführt haben, lässt der *Bericht der Kommission,* die von der Leitung des ZIPh eigens *zu politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Einschätzungen von Publikationen von Dr. Peter Ruben (vom 10. Februar 1981)* gar keinen Zweifel. Gegen dieses Urteil vom Februar 1981 hat Herbert Hörz nicht den „wahren Leninismus" Rubens ins Feld geführt! Aber am 24. Oktober 1978, fast zweieinhalb Jahre zuvor, hat er in einem Gutachten die Publikation meines Artikels *Physik und Naturdialektik* mit dem Argument verhindert: „Auf bisher erreichte Ergebnisse in der Diskussion um die materialistische Dialektik und die moderne Naturwissenschaft wird nicht eingegangen und das Leninsche Programm des Bündnisses mit den Naturwissenschaftlern spielt keine Rolle"[1]. Wie ist der mir 2005 von Hörz ***zu***gesprochene „wahre Leninismus" mit der mir vom selben Herrn 1978 ***ab***gesprochenen Anerkennung des Leninschen Programms zu vereinbaren? Ohne sich um die Logik seiner Argumentation zu kümmern, betreibt Hörz ersichtlich hemmungslos ideologische Wendungen – um des Schlagens willen.

Tatsache ist ferner, dass in der DZfPh 1981/82 eine Artikelkampagne veranstaltet wurde, deren Autoren sich befleißigten, die von der genannten Kommission erhobenen Vorwürfe gegen mein Philosophiekonzept festzuschreiben, ohne dass mir die Möglichkeit eingeräumt wurde, meinen Kritikern zu antworten. Hat Hörz, nach seinem gegenwärtigen autobiografischen Selbstverständnis jederzeit ein glühender Verfechter des wissenschaftlichen Meinungsstreits und damals dem Redaktionskollegium angehörig, 1981 den Versuch gemacht, mir eine Antwort zu ermöglichen? Er tat das nicht, sondern verglich am 19. Mai 1981 im Wissenschaftlichen Rat für marxistisch-leninistische Philosophie den Konflikt mit mir „wie schon auf der SED-GO-Versammlung vom 14.1.1981… mit den früheren Havemann-Auseinandersetzungen, wo auch alles erst einfach wurde, als das politische Verhalten zur Debatte stand".[2]

---

diskutiert und eventuell auch Wissenschaftler aus anderen philosophischen Einrichtungen für diese Funktion gewonnen werden sollten. Mit 15 Stimmen bei 3 Gegenstimmen wurde entschieden, den neuen Direktor sofort zu wählen. Als Kandidat wurde Dr. Ruben vorgeschlagen. In geheimer Wahl erhielt Dr. Ruben 16 Stimmen, bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung. – Damit ist Dr. Peter Ruben zum Direktor des Zentralinstituts für Philosophie gewählt. Die laufenden Leitungsangelegenheiten werden ihm von Prof. Buhr in den nächsten Tagen übergeben. – Zugleich ist Dr. Ruben der Satzung des Wissenschaftlichen Rates gemäß aus dem Wissenschaftlichen Rat und damit auch aus seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates ausgeschieden. […] – Prof. Hörz hat mitgeteilt, dass er sein Mandat als Mitglied des Wissenschaftlichen Rates niederlegt. Ein Nachfolger wird aus der Forschungsrichtung „Wissenschaftsphilosophie" gewählt werden. […] – Der Wissenschaftliche Rat empfiehlt die Publikation der im Institut gesammelten, im Jahre 1981 verfassten Ausarbeitungen von Wissenschaftlern über die Konzeption von Dr. Ruben („grüne Mappe") mit Stellungnahmen der Autoren aus heutiger Sicht. Prof. H.-C. Rauh von der Universität Greifswald soll gebeten werden, die Herausgabe zu übernehmen. […] Sekretär des Wiss. Rates Dr. Zak"

1 S. 1 des Gutachtens für die Redaktion der DZfPh.

2 Gefesselter Widerspruch, S. 330

Heute behauptet Hörz, dass nur die „Rubengruppe“ selbst und die „ihr angeschlossenen Denunzianten“ die „verbreitete Version von der Unterdrückung eines kreativen Marxisten“ unterstützen.[1] Es wurde also nach Hörz’ damaliger und heutiger Meinung kein „kreativer Marxist“ gemaßregelt. Mit kaum überbietbarem Zynismus erklärt er: Für „die inhaltliche Entwicklung der Philosophie in der DDR ist diese Affäre, wenn man sie sich genau betrachtet, kaum von Belang“[2]. Welch verschrobene Wahrheit! Von 1981 bis zur Wende war ich in der DDR-Philosophie in der Tat nicht „von Belang“, weil ich kaum publizieren konnte, jede Bezugnahme anderer auf meine Texte unterbunden und jede gewöhnliche wissenschaftliche Kommunikation mit mir ausgeschlossen wurde.

Wie Hörz’ Beitrag zu solcher Belanglosigkeit beigetragen hat, zeigt die Tatsache, dass er es fertig brachte, eine im Herbst 1980 an mich gerichtete Einladung, nach Finnland zu kommen, ohne jeden Kontakt mit mir als an sich gerichtet zu realisieren. Er notiert mit Behagen: „Äußerst interessant waren für mich die Konferenzbesuche […] im kapitalistischen Ausland, zu denen ich als Vortragender eingeladen war und oft nur als einziger aus einem sozialistischen Land kam, etwa zur Lakatos-Tagung in Thessaloniki oder zum ersten österreichischen Philosophiekongress in Linz. Mehrmals war ich in Finnland. Dort diskutierte ich mit Yrjö Haila aus Helsinki über Dialektik und Evolution. […] Selbst in der Haussauna hörte das Philosophieren nicht auf. […] Yrjö gewann ich dann, für das von mir vorbereitete Büchlein ‚Naturdialektik – Naturphilosophie‘, das der aktuellen Bedeutung der Naturdialektik von Engels gewidmet war und 1986 erschien, einen Beitrag mit dem Thema zu schreiben: ‚Zum theoretischen Verständnis des ökologischen Theaters. Raum, Zeit und Bewegung in der Biologie.‘ […] Wer sich nun mit der Entwicklung der Wissenschaftsphilosophie in der DDR auseinandersetzen will, müsste sich selbst aus seiner fachphilosophischen Borniertheit und provinziellen Enge lösen, um dieses Wirken bewerten zu können, was jedoch nicht jedem gelingt“[3].

Wie Hörz sich mit Bezug auf Finnland aus der provinziellen Enge löste, beschreibt Vesa Oittinen in seinem Beitrag ‚Cadre Philosophy or the Protestant Mentality? On the Philosophical Culture of the GDR‘ mit folgender Feststellung: “The Ruben affair was even felt in Finland, where the Finnish Researcher Association, established as an organization for Marxist scholars and researchers a few years earlier, had invited Ruben to lecture in Finland. A delegation of Finns went to Helsinki-Vantaa airport to meet their guest, but instead of Ruben, Herbert Hörz, a noted expert in the philosophy of physics, stepped out of the plane. He explained to the surprised Finnish hosts that Ruben was ‚unable to attend’.”[4].

Natürlich wusste Hörz, warum ich „unfähig zu erscheinen“ war. Ich wusste

1 H. Hörz: Lebenswenden, S. 352
2 Ebd. Das genaue Betrachten behält Hörz bislang für sich.
3 Ebd., S. 148
4 Briefe aus Nirgendwo. Hg. v. Kimmo Sarje. Prori: Porin taidemuseo 2005, S. 167

ja nicht einmal, dass eine finnische Einladung für mich vorlag (sie ist mir nie zugeleitet worden, ich kenne sie bis heute nicht). Wie nun soll Hörz' Wirken beurteilt werden, die Einladung eines Kollegen dreist als an sich gerichtet zu behandeln und den Einladenden mit der Lüge zu begegnen, der Eingeladene sei außerstande zu erscheinen, obwohl Hörz den Grund meiner Unkenntnis der Einladung doch genau kannte? In der Tat gelingt es nicht jedem, solchen Zynismus zu realisieren, die eigene Okkupation einer fremden Einladung als Lösung aus provinzieller Enge zu feiern. Das ist noch immer ein Jubelschrei zur Feier eines Sieges an der philosophischen Front.

Ich erspare mir weitere Kommentare und zitiere in einer Anmerkung die Erklärung vom 7. Mai 1990, die nicht ich, sondern diejenigen Mitarbeiter des ZIPh wollten, die 1990 das Institut reformierten.[1]

Hörz' Darstellung meiner Tätigkeit als gewählter Institutsdirektor in der

1 Diese Erklärung, der Hörz zustimmte, lautet: „Nahezu ein Jahrzehnt ist vergangen, seit das Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR die wissenschaftliche Tätigkeit von Dr. sc. Peter Ruben – einem seiner profiliertesten und durch seine Publikationen bereits damals national wie international zunehmend rezipierten Mitarbeiter – durch politische Reglementierung unterbunden hat. Namhafte Philosophen des Instituts mit ausgewiesenen philosophischen Positionen, darunter drei Akademiemitglieder, staatliche Leiter sowie Vertreter der SED-Parteileitung sahen in ihr eine unwillkommene Alternativkonzeption, erklärten sie zu einem „Angriff auf Grundpositionen des Marxismus-Leninismus" bzw. qualifizierten sie als „Revisionismus" ab. Die im August 1980 in Polen einsetzende Entwicklung der Solidarność bot der damaligen politischen Führung den Anlass, diese ideologische Beurteilung zur Disziplinierung der Gesellschaftswissenschaftler zu gebrauchen. Die Standpunkte gegen P. Ruben wurden mittels einer internen Gutachtenmappe fixiert. Das hatte für P. Ruben schwerwiegende Konsequenzen. Von der nationalen und internationalen philosophischen Diskussion wurde er weitgehend ausgeschlossen. Auch auf die Artikel, die in direkter Auseinandersetzung mit seiner Konzeption in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie erschienen, durfte er trotz des Bemühens des damaligen Chefredakteurs nicht öffentlich antworten. – Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen wurden weitere Mitarbeiter des Instituts, die sich aufgrund ihres wissenschaftlichen oder politischen Gewissens für P. Ruben einsetzten, ebenfalls streng gemaßregelt. Das betraf: Dr. sc. Peter Beurton, Dr. Bruno Hartmann, Dr. Ulrich Hedtke, Dipl. phil. Lothar Pawliczak, Dr. Dieter Püschel, Dr. sc. Werner Röhr, Dipl. phil. W. Templin und Dr. sc. Camilla Warnke (Arbeitsplatzversetzung, starke Einschränkung der Möglichkeiten wissenschaftlicher Arbeit bis hin zu fristloser Entlassung). – Diese Auseinandersetzungen waren von vornherein in die damaligen politischen und wissenschaftspolitischen Verhältnisse eingebunden und wurden zwischen der Institutsleitung, dem damaligen Parteisekretär der SED, den übergeordneten Parteiorganen sowie dem Rat für philosophische Forschung koordiniert. Sie waren konzentrierter Ausdruck der Deformation des Verhältnisses von Philosophie und Politik, d. h. Folge der weitgehenden Reduktion der Aufgaben der Philosophie auf nachträgliches Legitimieren der Politik der SED. Die Mehrzahl der damaligen Institutsmitglieder fügte sich aus unterschiedlichen Gründen diesem reglementierenden Druck. Dies geschah auch deshalb, weil es als Voraussetzung gesellschaftlicher Forschung[s]arbeit galt, die persönliche Tätigkeit bedingungslos den von der SED-Parteiführung erklärten Anforderungen unterzuordnen. Diese Unterwerfung der Person unter den Parteistaat, so sehr sie die persönliche Verantwortung untergraben hat, bedeutet dennoch nicht, die Schuld zu leugnen, zu der sich die Beteiligten vielmehr bekennen. – Die im November 1989 eingeleiteten demokratischen Veränderungen in unserem Lande machen es nicht nur möglich, sondern erfordern es zwingend, dass wir als Wissenschaftlicher Rat des Instituts im Namen der Mitarbeiter vor der nationalen und internationalen philosophischen Öffentlichkeit erklären:
1. Wir bitten alle von den Auseinandersetzungen Betroffenen um Entschuldigung. Dabei sind wir uns dessen bewusst, dass die schwerwiegenden persönlichen, beruflichen und sozialen Folgen, die jeder von ihnen nunmehr zehn Jahre auszuhalten hatte, kaum mit einer Entschuldigung wiedergutzumachen sind.

Wende ist ein rufmörderischer Text, zusammengesetzt aus Unterstellungen, üblen Nachreden und Verleumdungen. Er behauptet: „R. hätte ein noch schlimmeres autokratisches Regime eingeführt als Buhr, der schon erklärte: Das Institut bin ich.“[1] Als weiteres Beispiel für die von Hörz betriebene Art und Weise verleumderischer Denunziationen zitiere ich weiter: „Da ich seit Ende 1989 Vizepräsident für Plenum und Klassen der AdW war, wollte R. mich aus dem Institut weg haben. In einem Brief hatte er sich an den Personalchef der AdW gewandt, um mich mit meiner Stelle an die Zentralen Leitungsorgane zu verschieben. Doch er hatte unser Prinzip vergessen. Unser Präsident Klinkmann und ich arbeiteten ehrenamtlich. Deshalb wurde der Forderung nicht entsprochen.“[2] Die Wahrheit ist, dass Hörz – in Absprache mit mir – seine Forschungsgruppe unter Mitnahme der entsprechenden Planstellen unmittelbar bei der Gelehrtengesellschaft der Akademie anzusiedeln gedachte (wie wir alle wohl wissend, dass die Akademie-Institute nach der Wende allein von den Ländern Berlin und Brandenburg nicht mehr finanzierbar sein werden).[3]

Hörz wartet schließlich mit dem Gerücht auf: „Immerhin meinte einer meiner Mitarbeiter damals, wenn die Ruben-Gruppe politisch gesiegt hätte, wären wir unsere Arbeit los. Eine berechtigte prognostische Aussage, wie sich später herausstellte, denn nach der ‚Wende‘ tat die Gruppe alles, um uns zu diffamie-

2. Es sind Schritte eingeleitet worden, dass alle Gemaßregelten, die das Institut verlassen mussten, die Möglichkeit erhalten, ihre Arbeit am Institut wieder aufzunehmen.
3. Mit der Klarstellung der damaligen Vorgänge und ihrer schädlichen Auswirkung auf das philosophische Leben der DDR wollen wir einen Beitrag leisten zur Emanzipation der Philosophie von jeder parteipolitischen Reglementierung.
4. Im Institut haben sich zwei Kommissionen mit der Aufarbeitung dieser Auseinandersetzung beschäftigt. Die dabei erstellten Abschlussberichte sind einsehbar.“ In: DZfPh 38(1990)7, S. 702-703

1 H. Hörz, Lebenswenden, S. 354

2 Ebd., S. 351

3 Zum Beleg des wirklichen Sachverhaltes zitiere ich meinen Brief, den Hörz kennt:

21. 6. 1990

Direktor
Abt. Kader/Bildung der AdW der DDR
Prof. Dr. G. Leonhardt
Otto-Nuschke-Str. 22/23
1086 Berlin

Sehr geehrter Herr Professor Leonhardt,

nach Rücksprache mit Prof. H. Hörz wende ich mich an Sie mit der Bitte, die Gruppe der Mitarbeiter, die nach Zustimmung des Präsidenten vom 21. 3. 90 bei der Gelehrtengesellschaft wissenschaftsphilosophische Studien zur Erarbeitung von Auffassungen zu Helmholtz, Virchow und Warburg betreiben werden, mit Wirkung vom 1. Juli 1990 mit Planstellen und entsprechenden Lohnmitteln zu übernehmen – vorläufig zentrale Leitungsorgane. Ich beziehe mich in diesem Zusammenhang auf ein entsprechendes Schreiben des Leiters des Bereichs Vizepräsident für das wissenschaftliche Leben, Herrn Dr. Heikenroth, an Prof. Hörz vom 28. 3. 1990.

Die Übernahme betrifft Prof. H. Hörz, Dr. P. Gentz-Werner, Dr. A. Laaß, Dr. K. Wenig und M.-L. Körner.

Für Ihre baldige Entscheidung wäre ich Ihnen sehr verbunden und zeichne mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. P. Ruben
Direktor“

ren und von einer bezahlten Beschäftigung zu entfernen".[1] Die Wahrheit ist – Hörz weiß sie ganz genau –, dass ich alle Mitarbeiter des Instituts einschließlich derjenigen des Bereichs Philosophie/Wissenschaften und des Herrn Hörz selbst in den BAT-Ost überführt habe bei Einstufung dieses Herrn in die Gruppe I. Das entsprechende Gehalt hat Herr Hörz ohne Murren bis zum Ende der AdW-Institute am 31.12.1991 bezogen. Er ist ein hemmungsloser Verleumder. Die üble Nachrede folgt auf dem Fuße: „Ein Machtmensch wie R. war sicher schon damals [1980, P. R.] interessiert, Direktor zu werden. Er soll, wie nach der ‚Wende' von einem Teilnehmer an Gesprächen der Rubengruppe berichtet wurde, eine Strategie entwickelt haben, wie man die Macht im Institut übernehmen könne".[2] Wie ich als ein 1958 aus der SED ausgeschlossener und zwangsexmatrikulierter Student nach dreijähriger „Bewährung in der Produktion" und später trotz Habilitation nicht berufener wissenschaftlicher Mitarbeiter mir 1980 hätte einbilden können, „Direktor zu werden" oder „die Macht im Institut" zu übernehmen, kann Hörz mit Bezug auf die bekannten DDR-Bedingungen für die Ernennung von Direktoren beliebiger Akademie-Institute im Ernst nicht annehmen. Es sei denn, er unterstellt, ich wäre 1980 nicht recht bei Troste gewesen, oder er rechnet 2005 mit einem Publikum, dem er das weismachen kann, weil es von den Regeln der SED-Kaderpolitik und der entsprechenden Berufungspraxis nichts weiß.

Die Geschichte verfälschend und auf Zustimmung aller mit dem Fall der DDR-Abgewickelten zu seiner Meinung zielend, ist schließlich die folgende Passage: „Trotz aller Restriktionen für R. und manche seiner Mitstreiter ist die ganze Affäre nicht mit der ‚Abwicklung' nach der Wende zu vergleichen. Da wünschte sich mancher DDR-Wissenschaftler, so wie R. und seine Anhänger in der DDR behandelt zu werden und wenigstens weiter eine bezahlte Beschäftigung zu haben".[3] Hörz hat gut reden. Er war auf Seiten derer, die das Parteiverfahren *inszeniert*, nicht derer, die es *erlitten* hatten! Ich glaube nicht, dass Abgewickelte sich ein Parteiverfahren wie das uns 1981 zugemutete wünschen. Ich glaube kaum, dass sich irgendein DDR-Wissenschaftler wünscht, durch die Mühle eines SED-Parteiverfahrens gedreht und dann neun Jahre aus der nationalen und internationalen Kommunikation ausgeschlossen zu werden. Obendrein unterschlägt Hörz auch noch die Tatsache, dass die Ausgeschlossenen nicht dank der Liberalität der Partei- und Staatsfunktionäre der DDR in Lohn und Brot blieben, sondern dies einzig der Solidarität und Intervention bundesdeutscher Kollegen und Verbände zu verdanken hatten.[4]

1 H. Hörz, Lebenswenden, S. 351
2 Ebd.
3 Ebd., S. 352. Hörz scheint in seiner Selbstsucht unfähig zu bemerken, welche Auswirkungen Entscheidungen von DDR-Oberen über das Arbeitsleben von DDR-Bürgern auf deren Renteneinkommen haben.
4 Die Details sind in der Dokumentation *Gefesselter Widerspruch*, S. 297-306, mitgeteilt. Natürlich erfuhren die Ausgeschlossenen offiziell nichts von der Intervention und hatten auch neun Jahre lang gar keine Chance, wenigstens ihren Dank für die Hilfe auszudrücken. Vergessen wird sie von ihnen nicht.

Hörz lanciert endlich das Gerücht von einem „geplanten Rachefeldzug, für den die schwarzen Listen schon bereit lagen“[1], wobei der Kontext dieser Vermutung auf mich verweist (wer sonst sollte sich rächen wollen). Es wird aber wohlweislich nicht genannt, wer diese schwarzen Listen geführt haben soll. Die Behauptung der Existenz solcher Listen ist reine Erfindung. Nichtsdestoweniger wusste Hörz’ Kollegin Nina Hager bereits 1999 wie folgt von ihnen zu berichten: „Im Sommer 1990 gab es bei uns Gerüchte über Entlassungen von Mitarbeitern. Dass dies dann doch kein Gerücht war, wurde deutlich, als auch im Philosophie-Institut ‚persönliche Gespräche‘ über die wissenschaftliche Perspektive einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geführt wurden. Ich wurde damals zum neuen Direktor Peter Ruben bestellt, der sich mit mir darüber unterhielt, welche wissenschaftlichen Aufgaben ich mir künftig stellen wolle, welchen Projekten ich Priorität einräume. Diesem Gespräch konnte ich nicht entnehmen, dass ich auf einer der Listen stand. Im Gegenteil. Ich hatte den Eindruck, dass meine Überlegungen mit Interesse aufgenommen wurden. Dies war offenbar eine Fehleinschätzung. Nach Informationen von Kollegen stand ich auf der Liste. Übrigens in guter Gesellschaft mit auch im westlichen Ausland schon damals seit langem anerkannten älteren Wissenschaftlern. Es waren in einer Reihe von Fällen offenbar politische Gründe, bestimmte Leute auf diese Listen zu setzen, denn es kam niemals eine fachliche Begründung. Wie ich später erfuhr, gehörte Peter Ruben damals zu jenen neuen Direktoren, die sich dafür einsetzten, Kündigungen auszusprechen. Meines Erachtens waren diese Vorgänge eine der entscheidenden Situationen an der AdW, die letztlich dazu führten, dass sich die Mitarbeiter der Akademie gegen die Schließung ihrer Institute zum 31. Dezember 1991 nicht gemeinsam und entschieden gewehrt haben. Eine Entsolidarisierung fand statt. Auch Direktoren wie der Genannte tragen meines Erachtens dafür Verantwortung.“[2]

Wie kommt Nina Hager zu diesem Urteil? Weil sie, entgegen dem gewonnenen persönlichen Eindruck, nach „Informationen von Kollegen“ auf eben einer solchen Liste stand! Herbert Hörz und seine ehemalige Mitarbeiterin, heute stellvertretende DKP-Vorsitzende, Nina Hager schwatzen gemeinsam von „schwarzen Listen“, für die sie stets nur anonyme „Kollegen“ als Zeugen andeuten. Das ist gewöhnliche üble Nachrede. Wenn ich die von Hörz und Hager behauptete Existenz schwarzer Listen mit Hörz’ Versicherung zusammennehme, dass „R. vor allem Nina Hager und Bernd Eichler gern entlassen hätte“[3], aber seiner Entlassungswut seitens der Akademieleitung Schranken auferlegt waren, so kann ich mir lebhaft vorstellen, wie dieses unsägliche Ge-

1 H. Hörz, Lebenswenden, S. 364

2 In: G. Fischer, H.-J. Krusch, H. Modrow, W. Richter, R. Steigerwald (Hg.): *Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte.* Schkeuditz: GNN 1999, S. 391-392. Es wäre erfreulich gewesen, hätte ich 1981 die Solidarität meiner Kollegin Nina Hager erfahren, als sie als Mitglied der von U. Röseberg geleiteten Parteikommission zur Vorbereitung meines Ausschlusses, von Konrad Naumann, dem Säufer, schon beschlossen, aktiv war. Solidarität, Frau Hager, ist ein wechselseitiges Mühen!

3 H. Hörz, Lebenswenden, S. 350

schwätz „in guter Gesellschaft mit auch im westlichen Ausland schon damals seit langem anerkannten älteren Wissenschaftlern“ in die Welt gesetzt worden ist.

Hörz verkennt die gegenwärtige Situation, wenn er 15 Jahre nach der Wende meine Ausgrenzung 1980/81 nochmals zu rechtfertigen sucht und mich zu diesem Zwecke als ideologisches Monster denunziert, das in der Wende 1990/91 seinen Machtgelüsten freien Lauf gelassen habe. Ich betrieb nicht seine Abwicklung, sondern seine Eingliederung in den BAT-Ost mit der Gehaltsstufe I. Ich hafte nicht für die ihm widerfahrene, von ihm imaginierte Kränkung seines Ego. Seine Niederlage im Versuch, sich dauerhaft ins gegenwärtige staatlich finanzierte Wissenschaftssystem zu integrieren, ist die Niederlage des Systems, das ihm die Aufstiegschance gab, die er weidlich genutzt hat. Wie wäre es, dächte er einmal darüber nach, warum das kommunistische Regiment in der DDR nach eindrücklichen Demonstrationen der Bevölkerung freiwillig abgetreten ist, damit auch die von ihm so vermisste eigene Stellung im System preisgebend?

Camilla Warnke

Nicht mit dem Marxismus-Leninismus vereinbar![1] – Der Ausschluß von Peter Rubens Philosophiekonzept aus der DDR-Philosophie 1980/1981

> Nichts spricht dafür, daß Ruben „Dissident" wäre. Andererseits wissen wir, aus der Kirchen- wie Parteigeschichte, daß man Ketzer *machen kann* durch Verketzerung.
> W. F. Haug in der *taz* vom 29. 5. 1981

Vorbemerkung

Im folgenden werde ich mich darauf konzentrieren, Peter Rubens Philosophiekonzept vorzustellen und zu skizzieren, warum dieser marxistische Ansatz mit der offiziellen DDR-Philosophie differierte und als vom „Marxismus-Leninismus abweichend", als „revisionistisch" verurteilt werden konnte. Um zu begreifen, weshalb aus dieser Möglichkeit die wirkliche Verbannung Rubens aus der DDR-Philosophen-Zunft wurde, müssen die Interessen der beteiligten Personen und Institutionen, die politischen und soziologischen Gesichtspunkte also, in Rechung gestellt werden. In dieser Sicht aber treten die systembedingten Aspekte der Ruben-Affäre in den Vordergrund.

Die politisch-ideologische Zuspitzung, zu der hier ein normaler fachspezifischer Ausgangskonflikt hochgepuscht wurde, war im Alltag der DDR-Philosophie längst nicht mehr Normalfall. Aber daß 1980/81 nochmals ein Ketzerprozeß veranstaltet werden konnte, ohne daß ihm von irgendeiner Seite der DDR-Öffentlichkeit Einhalt geboten wurde, demonstrierte ad oculos, daß die stalinistischen Verhaltensmuster auch in dieser späten Phase der DDR-Entwicklung noch immer intakt waren und bei Bedarf jederzeit reaktiviert werden konnten.

Mit den Herausgebern dieses Bandes habe ich vereinbart, mich hier auf die Darstellung von Rubens philosophischem Konzept und dessen Verurteilung zu konzentrieren. Die Gesamtgeschichte der sog. „Ruben-Affäre" zu erzählen, überschritte den mir zur Verfügung stehenden Platz. Ich werde auf sie nur in-

1 Erstveröffentlichung in : H.-C. Rauh, H.-M. Gerlach (Hg.), Ausgänge. Zur DDR-Philosophie in den 70er und 80er Jahren. Berlin: 2009, S. 560-600. Wir veröffentlichen die Arbeit mit der freundlichen Genehmigung der genannten Herausgeber. Vielen Dank! (C. Warnke/U. Hedtke)

soweit eingehen, als das zum Verständnis des von mir thematisierten Aspektes unbedingt nötig ist.[1]

Ich weiß, daß ich als Betroffene mit dem Vorwurf rechnen muß, den Vorgang aus sehr subjektiver Sicht zu reflektieren. Das kann ich nicht ausschließen, sofern ich Mutmaßungen über die Motive von Akteuren treffe. Aber das Material, worauf ich mich bei der Rekonstruktion der Aktionen und Ereignisse stütze, sind von den Akteuren hinterlassene Dokumente, die – in meist eindeutiger Weise – für sich sprechen.

Der hoffnungsvolle Anfang

Als ich Peter Ruben auf einer Schelling-Konferenz Ende Januar 1975 in Jena traf, kannte ich ihn nur von ferne und aus der Literatur. Der hatte ich entnommen, daß er ähnlich wie ich in der klassischen deutschen Philosophie durchaus etwas anderes zu finden wußte als wissenschaftlich indiskutable Spekulationen, und daß er, wie ich auch, die Identifizierung von Systemdenken und Dialektik à la Georg Klaus ablehnte.[2] Ich erfuhr, daß er zu einem Gastsemester an die Universität Aarhus eingeladen worden war, aber von seiner Arbeitsstelle, der Humboldt-Universität, keine Zustimmung erhielt. Er eruierte neue Arbeitsmöglichkeiten. Kurz zuvor hatte mir mein Direktor, Manfred Buhr[3], die Leitung des Bereichs Dialektischer Materialismus (Diamat) angetragen. Ich zögerte, dieses Angebot anzunehmen, da ich um die mit dieser Funktion verbundenen bürokratischen Pflichten wußte. Wenn aber Peter Ruben statt nach Greifswald oder nach Dresden ans Akademie-Institut in den Diamat-Bereich käme, sähe die Sache anders aus. Dann wäre es vielleicht möglich, hier marxistische theoretische Philosophie in einer Qualität zu produzieren, die – jenseits der gängigen weltanschaulichen Phrasen – diesen Namen zu Recht verdient. Mit dieser Aussicht wäre ich bereit, mich auf das Amt einzulassen. Dies schlug ich Peter Ruben vor. Es war uns beiden klar, daß die Realisierung dieser Absicht ein Experiment mit ungewissem Ausgang werden würde.

---

1 Eine Gesamtdarstellung ist in Arbeit und wird zu einem späteren Zeitpunkt in irgendeiner Form publiziert werden. Zur Ergänzung meines Textes verweise ich auf Hans-Christoph Rauhs Dokumentation von 1991. Rauh hat hier u. a. die wichtigsten Dokumente der internen und der veröffentlichten ideologischen Pamphlete gegen Rubens theoretischen Ansatz versammelt, auf die ich mich im weiteren beziehen werde: Gefesselter Widerspruch. Die Affäre um Peter Ruben, hrsg. von H.-C. Rauh, Berlin 1991 (künftig zitiert als Rauh…). Der Vorsitzende des im Februar 1990 gewählten Wissenschaftlichen Rates des Zentralinstituts für Philosophie (ZIPh), Hermann Klenner, hatte sich am 18. Mai 1990 an H.-C. Rauh mit der Bitte gewandt, einen Dokumentenband zur Aufklärung der sog. Ruben-Affäre zusammenzustellen und zu edieren. Dieser Bitte ist H.-C. Rauh umgehend nachgekommen.

2 P. Ruben: Naturerkenntnis „aus dem Gedanken." G. W. F. Hegel und die Naturforschung. In: Wissenschaft und Fortschritt 20(1970)8 Berlin, S. 352–356, ders.: Strategisches Spiel und dialektischer Widerspruch, in: DZfPh 18(1970)11, S. 1368–1391

3 Prof. Dr. Manfred Buhr, Direktor des Zentralinstituts für Philosophie (ZIPh) an der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR.

Zum 1. September 1975 wurde Peter Ruben als Mitarbeiter des ZIPh eingestellt, und Buhr ermöglichte ihm – „nichts leichter als das“ –, das Gastsemester in Aarhus wahrzunehmen. Er, so Buhr, wolle Ruben als Gegenpart zu Herbert Hörz am Institut haben; und von seinem Stellvertreter, Rolf Kirchhoff, habe ich wiederholt den Satz gehört: „Wir haben Ruben als Gegengewicht gegen die undialektischen Auffassungen von Hörz geholt.“ Diese Botschaft hat gewiß auch das Ohr von Hörz erreicht und ihn in Kampfbereitschaft versetzt.

Herbert Hörz war seit 1973 am ZIPh, leitete hier bis 1989 den Bereich Philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung. Seinem Übergang ins ZIPh ging, wie ich heute weiß, das Gerücht voraus, er habe im vertrauten Kreise davon gesprochen, Buhr als Institutsdirektor abzulösen. Buhr befürchtete, das könne wahr werden, und diese Furcht war nicht unbegründet. 1971/72 war er wegen seiner selbstherrlichen Leitungsmethoden arg in die Kritik geraten und hatte zu tun, seine Direktorenposition zu behaupten. So schien es ihm vermutlich taktisch klug zu sein, die (Insidern bekannten) theoretischen Differenzen zwischen Hörz und Ruben zu nutzen, die Kontrahenten sich aneinander abarbeiten zu lassen und der Ringrichter zu sein. Mit solcher Ausgangslage war die Stellung Rubens an diesem Institut von Anfang an prekär.

Zunächst schien alles gut zu gehen. Seit April 1976 war Ruben definitiv im Bereich Diamat tätig. Im Sommer verteidigte er, noch an der Humboldt-Universität, seine Dissertation B (Habilarbeit) zum Thema *Widerspruch und Naturdialektik*[1]. Parallel zu seinen Arbeiten an Bereichsprojekten publizierte er 1977 einige Artikel in der Westberliner Zeitschrift „Sozialistische Politik“ (SOPO). Deren Herausgeber Bernhard Heidtmann – Privatdozent, SEW-Mitglied und Teilnehmer an dem von Peter Furth geleiteten Westberliner Hegel-Kolloquium – hatte ich auf dem Moskauer Hegel-Kongreß 1974 kennengelernt. Aufgrund von Themenverwandtschaft und Sympathie hatte ich Bernhard eingeladen, sich an unserem Systemprojekt zu beteiligen, was mit Billigung von Buhr auch geschah.[2] An Debatten im Diamat-Bereich beteiligt, traf Heidtmann natürlich auch Peter Ruben, und aus dieser Bekanntschaft gingen Rubens Aufsätze für die SOPO hervor. Das waren insbesondere: *Wissenschaft als allgemeine Arbeit*[3]*, Die wissenschaftstheoretische Bedeutung der Hegelschen Logik*[4] und *Kritik der Kapitallogik*[5]. All diese Aktivitäten (einschließlich der

1 Publiziert erstmals als Preprint 20 des Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte, 1995, hrsg. von P. Beurton, W. Lefèvre und J. Renn. Gutachter waren I. Narski, H. Ley und H. Hörz. Während die Arbeit bei Narski auf völlige Zustimmung stieß, hatte Hörz Einwände, die in den späteren Auseinandersetzungen eine Rolle spielen sollten.

2 B. Heidtmann: Systemwissenschaftliche Reflexion und gesellschaftliches Sein. Zur dialektischen Bestimmung der Kategorie des objektiven Scheins. In: B. Heidtmann, G. Richter, G. Schnauß, C. Warnke: Marxistische Gesellschaftsdialektik oder „Systemtheorie der Gesellschaft“? Berlin 1977

3 In: SOPO 8(1976)36

4 In: SOPO 9(1977)41; die hier und oben genannten Aufsätze sind auch in der Sammlung Sandkühlers publiziert worden.

5 In: SOPO 9(1977)42

Gastvorträge Rubens auf dem Westberliner Hegel-Kolloquium an der FU vom 30. 5. und 5. 6. 1977 und dem von Hans Heinz Holz initiierten Vortrag in Marburg[1]), waren mit Hilfe Buhrs offiziell anstandslos genehmigt worden.

Rubens Arbeiten riefen in der BRD ein lebhaftes Echo hervor. Um das zu verstehen, ist der Zeitgeist der 1970er Jahre in Rechnung zu stellen. Heute wird von dieser Zeit als dem sogenannten „roten Jahrzehnt" gesprochen. Unter jungen Wissenschaftlern in der BRD bestand damals ein verbreitetes Interesse an der Rezeption marxistischen Denkens. Auch in der DDR-Literatur fahndete man nach innovativen und wissenschaftlich fundierten marxistischen Texten. Dies war der Impetus von Uffe Juul Jensen gewesen, Peter Ruben an die Universität Aarhus einzuladen, wo dieser u. a. mit Alfred Sohn-Rethel und Oskar Negt zum Vergnügen der Studenten die Klingen kreuzte. Theoretisch anregende marxistische Texte aus DDR-Produktion vorzustellen, hatte Hans Jörg Sandkühler im Sinn, als er den Band *Dialektik und Arbeit der Philosophie*[2] zusammenstellte, weil er die in ihm vereinigten Aufsätze Rubens für geeignet hielt, das gängige Vorurteil zu widerlegen, der Marxismus sei Dogmatismus.

Seit 1977 entwickelte sich eine intensive theoretische Beziehung zwischen Peter Ruben und dem Westberliner Hegel-Kolloquium. Mit Ruben identifizierten seine Mitglieder das *Arbeitsmittel* als die „vergegenständlichte Einheit der subjektiven und objektiven Bedingungen der Arbeit", welches das „Subjekt und Objekt der Arbeit zusammenzuschließen" vermag. Sie begriffen, daß diese kategoriale Dreigliedrigkeit des Arbeitsprozesses, Subjekt – Mittel – Objekt, von philosophisch-anthropologischer Tragweite ist, da nur mit ihr eine materialistische Rekonstruktion der Hegelschen *Logik* zustande zu bringen ist. Denn das traditionelle Subjekt-Objekt-Problem der Erkenntnistheorie, die Frage, „wie das Subjekt zum Objekt gelangen könne", ist ohne das dazwischen geschaltete doppelt – d. h. zugleich ideell und materiell – bestimmte *Mittel* nur idealistisch lösbar. Denn ein allen gegenständlichen Beziehungen vorausgedachtes Subjekt könne die Fähigkeit der Vermittlung nur an sich selbst haben, womit die Einheit des Subjekts mit dem Objekt nur in der Einheit seines Bewußtseins begründet sein könnte.[3] – Das aber ist eben die traditionelle idealistische, folglich also keine wirkliche Lösung des Problems.

Mit diesen Thesen hatten seine Autoren ein mögliches gesamtdeutsches Projekt marxistischer Philosophie ins Auge gefaßt – einen gemeinsam mit Ruben (und evtl. ihm konzeptionell nahestehenden Philosophen) unternommenen Versuch einer materialistischen Rekonstruktion der Hegelschen Logik. Das wäre gewiß ein Projekt jenseits von Parteigrenzen und vom offiziellen

1 H. H. Holz hatte auf Rubens Aufsatz über die Kapitallogik in der SOPO 42 vom Dezember 1977 unter dem Titel: „Exekution einer Theorie" mit einem euphorischen Kommentar reagiert. (Norddeutscher Rundfunk Hamburg, Journal III, 25. Januar 1978)

2 P. Ruben: Dialektik und Arbeit der Philosophie. Studien zur Dialektik (Hrsg. v. H. J. Sandkühler). Köln: Pahl-Rugenstein 1978

3 P. Damerow, P. Furth, B. Heidtmann, W. Lefèvre: Probleme der materialistischen Dialektik. In: SOPO 9(1977)42, S. 9

Marxismus-Leninismus gewesen. Es hätte vorzüglich in den Umkreis der Internationalen Hegelgesellschaft gepaßt, die seit Jahren Hegelforscher aus West und Ost zusammenführte. Aber in dieser Gestalt – als gesamtdeutsches Unternehmen – wurde es im Keime erstickt, da seinem DDR-Partner, Peter Ruben, seit Mitte 1978 rigoros alle Westkontakte verwehrt wurden. Die 1980 erschienene Publikation *Arbeit und Reflexion* – von den Westberliner Partnern allein verfaßt – ist sozusagen das halbierte Artefakt dieses Projekts.[1]

Erwähnen möchte ich den Bezug, der zu Klaus Holzkamps Ansatz der „Kritischen Psychologie“ bestand. In seiner Dissertation *Mechanik und Dialektik* hatte Ruben *eine wissenschaftstheoretisch-philosophische Studie zum physikalischen Verhalten*[2] verfaßt, und er sah sich in seinen Überlegungen zur philosophischen Bestimmung der Wissenschaft – diese nämlich nicht durch Satzmengen für gegeben zu halten (wie mit Stegmüller üblich), sondern im erkennenden Verhalten der Wissenschaftler – durch Holzkamps etwa zeitgleiche Publikation *Wissenschaft als Handlung* (1968) ermuntert, auch durch die *Logische Propädeutik* von Wilhelm Kamlah und Paul Lorenzen (1967) wegen ihres konstruktivistischen Ansatzes. Von da aus war es kein allzu weiter Weg mehr, Marx’ Satz von der Wissenschaft als allgemeiner Arbeit als philosophische Bestimmung der Wissenschaft vorzuschlagen. Speziell mit Peter Keiler, Mitbegründer der „Kritischen Psychologie“, damals Privatdozent, SEW-Mitglied und an den philosophischen Aspekten seines Themas brennend interessiert, entwickelte sich eine permanente, private, über Jahre andauernde Diskussion um philosophisch-anthropologische Probleme.[3] Den Kontakt zur „Kritischen Psychologie“ durfte Ruben offiziell nicht realisieren. Die Einladung zu ihrem 2. Kongreß (1979 in Marburg) wahrzunehmen, wurde ihm untersagt.

Die verstärkte westdeutsche Marxismus-Rezeption der 1970er Jahre entwickelte sich im Milieu der durch die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition in Gang gebrachten Annäherung der beiden Lager (der NATO und des Warschauer Pakts). Auch in nichtmarxistischen Intellektuellenkreisen der westdeutschen Universitäten förderte es nun das Image, Beziehungen zu Partnerinstitutionen in den Ostblockstaaten und in der DDR herzustellen. Als typisch für diesen Trend mag der Düsseldorfer Weltkongreß für Philosophie

1 P. Furth (Hrsg.): Arbeit und Reflexion. Zur materialistischen Theorie der Dialektik – Perspektiven der Hegelschen „Logik“, Köln 1980

2 Diese Dissertation hatte er 1968 fertiggestellt und 1969 verteidigt.

3 Die Früchte solcher philosophischen Debatten, die P. Keiler auch mit P. Beurton und W. Röhr geführt hat, sind in seine bemerkenswerte Publikation eingeflossen: Feuerbach, Wygotski & Co. Studien zur Grundlegung einer Psychologie des gesellschaftlichen Menschen. Hamburg: Argument-Vlg. 1997. In den hier versammelten Studien nimmt Keiler eine längst fällige Korrektur der bisherigen marxistischen Wertung Feuerbachs vor, die sich unter Marxisten meines Wissens. bisher jedoch viel zu wenig herumgesprochen hat. Bemerkenswert ist auch Keilers Studie über die Rolle Feuerbachs für die Entstehung der sowjetischen Psychologie, die mit der „antifeuerbachianischen Wende“ 1930 in der von Stalin geschürten Kampagne gegen Deborin 1930 eliminiert wurde, aber als marginalisiertes, verborgenes Rinnsal in der sowjetischen Psychologie weiterwirkte.

vom 27. .8. bis 2. 9. 1978 stehen, auf dem sich beide Seiten sichtlich um Sachlichkeit bemühten und der ideologische Schlagabtausch marginal blieb.[1]

In dieser Entspannungsperiode setzte auch die Annäherung der *Hegel-Vereinigung* und der *Internationalen Hegelgesellschaft* ein, die bislang getrennte Wege beschritten hatten. Die von Wilhelm Raimund Beyer präsidierte, marxistisch orientierte Internationale Hegel-Gesellschaft war seit jeher für Philosophen aus den Ostblockstaaten offen gewesen. Manfred Buhr, der ihrem Vorstand seit den 1960er Jahren angehörte, bemühte sich – die Zeichen der Zeit erkennend – gegen den Widerstand ihres Präsidenten um Kooperation mit der Hegel-Vereinigung. Diese hatte ihrerseits wissen lassen, daß sie an Zusammenarbeit interessiert sei. Vermittelt von Buhr, fand Anfang Oktober 1980 zwischen dem Institut für Philosophie der AdW der UdSSR und der Internationalen Hegel-Vereinigung ein gemeinsames Hegel-Symposium in Moskau statt.[2] Im Gegenzug lud Dieter Henrich, damals Vorsitzender der Hegel-Vereinigung, Buhr und eine von diesem bestimmte Gruppe zu seinem Hegel-Kongreß nach Stuttgart im Juni 1981 ein. Auf diese Veranstaltung werde ich noch zurückkommen.

Bis zum Sommer 1978 funktionierten Rubens deutsch-deutsche Kontakte reibungslos, auch die Entwicklung innerhalb des Bereichs verlief erfolgreich. 1976 hatte ich (kommissarisch) dessen Leitung übernommen. Nach seiner Rückkehr aus Dänemark hatte mir Buhr Peter Ruben als stellvertretenden Bereichsleiter an die Seite gesetzt, und es wurden Wissenschaftler für den Diamat-Bereich eingestellt, die Rubens philosophischen Ansatz als Studenten kennengelernt hatten. Zu ihnen zählte Ulrich Hedtke, der seine Dissertation zu Nikolaus von Kues geschrieben hatte und umgehend ins Systemprojekt einbezogen wurde.[3] Am ZIPh, wenn auch nicht im Bereich Diamat, fand sich Bruno Hartmann ein, der von Rubens Überlegungen zum Verhältnis von formaler Logik und Dialektik zur Entwicklung einer Inhaltslogik animiert worden war[4]; und zu uns stieß schließlich der mit biologischer Evolutionstheorie befaßte Peter Beurton, der aus Hörz' Bereich zu uns überwechselte. Außerdem wurde der Personalbestand des Bereichs durch von der Humboldt-

1 Das Thema des Kongresses lautete: Die Philosophie und die Weltauffassungen der „modernen Wissenschaften". Vgl. die Berichte in DZfPh 1/79 (F. Rupprecht) und Einheit 11/78 (E. Hahn).

2 Zu dieser Veranstaltung hatte Buhr, obwohl in bezug auf Auslandsbeziehungen für uns sonst nichts mehr ging, Peter Ruben und mich mitgenommen, vermutlich in der Überzeugung, mit Rubens Vortrag als wissenschaftlich honorig dastehen zu können. Aber er konnte sich nicht enthalten, die Tendenz von Rubens Vortrag, Hegels Denken unter dem Aspekt der modernen Logik zu diskutieren, mit öffentlicher Schelte abzuwatschen; mit dem Resultat, daß ein westdeutscher Teilnehmer, nämlich Wilhelm K. Essler, durch seine Einführung in die Logik (Kröner 1966) und seine wissenschaftstheoretischen Arbeiten gut – wenn auch nicht Buhr – bekannt, seinen Vortrag zurückziehen wollte.

3 U. Hedtke wurde 1975 mit der Arbeit promoviert: Nikolaus von Kues – Philosophische und soziologische Probleme im dialektischen Denken des Renaissancephilosophen. Am Band: H. Bergmann, U. Hedtke, P. Ruben, C. Warnke: Dialektik und Systemdenken. Historische Aspekte, Berlin 1977, beteiligte er sich mit der Studie: Coincidentia oppositorum oder die verweltlichte Unendlichkeit. Dialektik und Systemdenken bei Nikolaus von Kues.

4 B. Hartmann: Logik und Arbeit. Sankt Augustin 1994

Universität kommende Nachwuchswissenschaftler ergänzt, die Rubens am Ley-Lehrstuhl erworbene pädagogische Ambitionen zu schätzen wußten und als Fortführung ihrer Ausbildung begrüßten. Ein Seminar zu Hegels *Enzyklopädie* schien uns geeignet, nicht nur dem Bildungsbedürfnis des Nachwuchses gerecht zu werden, sondern auch zu einem möglichst gemeinsamen und theoretisch niveauvollen Selbstverständnis der Bereichsmitarbeiter zu kommen, was materialistische Dialektik sei und leisten könne. Auch unser „Lenin-Kolloquium" – als einmal jährlich stattfindende DDR-offene Veranstaltung, die in Kooperation mit Vertretern verschiedener Fachwissenschaften Aspekte und Probleme der Dialektik erörtern sollte, mit ideologisch angepaßtem Blick auf den 60. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution konzipiert – verlief, 1977 erstmals durchgeführt, in zunächst ungetrübter Atmosphäre und schien ein DDR-weites Forum produktiver Dialektik-Diskussion werden zu können. Ein Jahr später hatte sich seine Teilnehmerzahl bereits verdoppelt. Ständige und produktive Kooperationspartner fanden wir bei diesem Unternehmen besonders in Renate Wahsner und Horst-Heino v. Borzeszkowski, die im Hinblick auf das Verhältnis von Philosophie und Fachwissenschaften, untersucht an der Physik, Rubens Konzept teilten und die, wie ich glaube, nur deshalb nicht mit uns auf die Anklagebank gerieten, weil sie in ihrem Chef, dem international renommierten Physiker Hans Jürgen Treder, einen mächtigen Schutzherrn hatten.

Schon in der DDR-Reformperiode der 1960er Jahre hatten zwischen Ruben und dem Ökonomen Hans Wagner wissenschaftliche Kontakte bestanden. Diese wurden nun zur offiziellen Kooperation des Diamat-Bereichs mit der interdisziplinären Forschungsgruppe *Philosophie und methodologische Probleme der Politischen Ökonomie* an der Humboldt-Universität erweitert, die von Helmut Steininger und Hans Wagner geleitet wurde. Die Zusammenarbeit florierte unter großer Beteiligung auch der jungen Mitarbeiter des Bereichs bis 1980; bis Steininger, informiert über das wegen „Revisionismus" gegen Ruben zu erwartende Verfahren, sich von ihm öffentlich und schriftlich distanzierte – unter Rücknahme seines bis dato positiven Urteils über Rubens Mitarbeit.[1] Steininger fürchtete um die Existenz der von ihm ins Leben gerufenen Forschungsgruppe. Zum Anlaß, Rubens Einfluß auf die Arbeit dieser Forschungsgruppe zu unterbinden, nahm die Institutsleitung einen Diskussionsbeitrag des Ökonomen Reinfried Musch. Dieser hatte auf einer Arbeitstagung (Juni 1979) gegen Rubens Vortrag *Dialektischer Widerspruch und Theorie der Wertform* eingewandt, daß in ihm die Reflexion der Eigentumsverhältnisse fehle. – Von

1 Die Einschätzung Steiningers, die als Bestandteil in die sog. „Grüne Mappe" einging, ist publiziert bei Rauh, a. a. O.: Zur Mitarbeit von Genossen Dr. Peter Ruben in der interdisziplinären Forschungsgruppe „Philosophische Probleme der politischen Ökonomie", S. 213-215. In einem persönlichen Gespräch, das ich mit Steininger am 4. 12. 1980 hatte, deutete mir dieser an, die Sache mit Ruben sei viel gravierender, als ich offenbar glaube. In der SED-ZK-Abteilung Wissenschaften sehe man die Dinge anders als ich. Ich solle meine Position überdenken, genau überlegen, ob es sich lohne, mit Bravour in den Kampf zu ziehen. Er wolle nicht, daß ich mir meine Karriere verbaue.

Revisionismus war nicht die Rede. Dennoch mußte Musch nun als Kronzeuge für Rubens Revisionismus herhalten.[1]

Zwei differente Philosophie-Konzepte

Wenden wir uns den Gründen, resp. Vorwänden zu, die zu Rubens Ausschluß aus dem öffentlichen philosophischen Leben geführt haben.

Mit der Artikelserie in der SOPO und Sandkühlers Edition war sichtbar geworden, daß Ruben ein im Rahmen marxistischen Denkens eigenständiges philosophisches Konzept entwickelt hatte. Zwar galten seine Artikel unter Kennern der Szene schon lange als „Geheimtip" für anspruchsvolles marxistisches Philosophieren, aber daß hier eine ausgereifte, in sich geschlossene Theorie der Dialektik vorlag, war bis dahin wohl keinem seiner Leser so recht bewußt geworden. Wie sollte es auch; denn Ruben hatte sie der Öffentlichkeit nie als ganze, sondern in ihre mannigfaltigen Aspekte zerlegt vorgestellt und in Artikeln in den unterschiedlichsten Publikationsorganen veröffentlicht. Das war gut so, denn auf diese Weise konnte er über Jahre relativ unbehelligt von ideologischen Sanktionen an seiner Theorie arbeiten, ohne mit dem Mainstream des offiziellen Marxismus-Leninismus in Konflikt zu geraten.

Damit war es nun vorbei. Mit dem Echo westlicher Marxisten und Sympathisanten auf Rubens Publikationen war eine neue Situation entstanden. „Es gibt in der DDR-Philosophie doch nicht nur Ruben, wir sind schließlich auch noch da", lautete der von Ulrich Röseberg nach seiner Rückkehr vom Düsseldorfer Philosophiekongreß Ruben persönlich präsentierte Kommentar. Die Befürchtung, künftig vielleicht am Rubenschen Marxismus-Konzept gemessen zu werden, aktivierte die möglichen und wirklichen Konkurrenten, nach passenden Abwehrstrategien gegen diese Gefahr zu suchen. Die wirklichen Konkurrenten saßen im eigenen Haus. Zwischen dem von Herbert Hörz geleiteten Bereich *Philosophische Probleme der Wissenschaftsentwicklung* bestanden mit den Arbeiten Rubens zur materialistischen Dialektik naturgemäß zahlreiche Überschneidungen, so allein schon mit Bezug auf die Frage, wie das Verhältnis von Philosophie und Fachwissenschaften zu bestimmen sei. In der Antwort hierauf waren die Positionen der Kontrahenten – wie noch gezeigt wird – unvereinbar. Aus dieser Situation ist zu erklären, daß Hörz

1 Von der Kooperation der Forschungsgruppe mit dem Bereich Dialektischer Materialismus gibt es zwei Tagungsprotokolle (im Manuskriptdruck) hrsg. von H. Steininger, H. Wagner, C. Warnke: 1. von der Tagung vom 27./28. 6. 1977 zum Thema: Objektive Gesetze in methodologischer Sicht; und 2. von der Tagung: Methodologische Probleme der theoretischen Widerspiegelung ökonomischer Gesetze vom 25./26. 6. 1979 (erschienen 1980). In diesem Protokoll sind Rubens oben genannter Vortrag und die Diskussionsbemerkung von Musch abgedruckt. Auf beiden Tagungen ging es Ruben um die Analyse der Wertform. Aus dieser Forschungsgruppe sind dann – nebenbei bemerkt – ab Mitte der 1980er Jahre reformsozialistische Ideen und Projekte hervorgegangen.

mit seinem Mannen die Schlüsselstellung in der Liquidation der Rubenschen Konzeption innehatte.

Bezeichnend für die Denkweise des Hörzschen Hauses, wurde Ruben allein schon die „Geschlossenheit“ seiner Theorie als verwerflich angekreidet, sein Bemühen um ihre innere logische Konsistenz als „unpraktikabler Dogmatismus“[1] denunziert und unter dem unsinnigen Titel, er betreibe eine „Selbstimmunisierungs-Strategie“ (John Erpenbeck), zum Vorwurf gemacht. Geschlossenheit der Theorie sollte doch wohl jeder Philosoph, der auf sich hält, anstreben. Als anstößig kann dieses Bemühen nur im Milieu einer auf Eklektizismus und Patchwork ausgerichteten Weltanschauung gelten.

Aus Rubens philosophischem Konzept werde ich in diesem Aufsatz nur jene Aspekte herausgreifen, die zum Zeugnis für das Abweichen vom Marxismus-Leninismus herhalten mußten. Ich mache jedoch darauf aufmerksam, daß sie allesamt letztlich nur Aspekte von Rubens Theorie des dialektischen Widerspruchs, bzw. sich aus seiner Widerspruchstheorie ergebende Folgerungen sind. Von Anfang an war ihre Konstitution das thematische Zentrum von Rubens Philosophieren, dennoch war sie damals und ist bis heute weitestgehend unbekannt, was wohl v. a. darin begründet ist, daß die in bezug auf sie wesentlichen Texte ungedruckt geblieben waren. Deshalb war Rubens Widerspruchsauffassung auch nicht zum Gegenstand der Attacke geworden. Jetzt liegen diese Texte in der Ruben-Edition (www.peter-ruben.de) vor.[2]

I.

In der Tradition der klassischen deutschen Philosophie stehend und jener Richtung der marxistischen Philosophie zugehörig, die der *Deutschen Ideologie* (und anderen Marxschen Frühschriften) ihren anthropologischen Ausgangspunkt verdankt, schrieb Peter Ruben 1969: „Die Arbeit ist … die Zentralkategorie der marxistisch-leninistischen Philosophie.“[3] Mit dieser Aussage hatte er die Entscheidung getroffen, Arbeit als axiomatischen Ausgangspunkt der

1 So J. Erpenbeck in seinem Beitrag zur „Grünen Mappe“: Rauh, a. a. O., S. 194; hier ist auch von Rubens „Verabsolutierung des eigenen Standpunkts“ die Rede (ebd., S. 191). Mit dem Vorwurf der „Selbstimmunisierung“ seiner Theorie hat Erpenbeck auf dem Lenin-Kolloquium des Bereichs Diamat am 16. 11. 1978 auf seine Weise die Fehde gegen Ruben eröffnet.

2 P. Ruben: Der dialektische Widerspruch (1966) P. Ruben: Widerspruch und Naturdialektik (1976).
Im Planzeitraum 1981-85 sollte Ruben mit einer Arbeitsgruppe des Bereichs das Z-Plan-Projekt: „Der dialektische Widerspruch“ realisieren. Mit der gegen ihn eröffneten ideologischen Kampagne und seiner Versetzung in den Bereich Historischer Materialismus war diese Planung natürlich passé, ohne daß es eine Debatte über Rubens vorliegende Gliederung zu diesem Projekt gegeben hätte. Man hatte nur zu sagen, daß er den beliebten Satz vom Widerspruch als „Quelle und Triebkraft“ der Entwicklung nicht gebührend zu würdigen wußte (Horstmann), und im Kontext mit dem Parteiausschluß wurde später ohne jede sachliche Begründung behauptet, daß Ruben mit dem Widerspruchsprojekt „ein Projekt gegen den III. Zentralen Forschungsplan lancieren wollte“.

3 P. Ruben: Problem und Begriff der Naturdialektik. In: Weltanschauung und Methode. Hrsg. von A. Griese u. H. Laitko, Berlin 1969, S. 59

philosophischen Theorie vorauszusetzen. Diese Entscheidung hat Ruben in der Sache nie zurückgenommen, auch wenn er angesichts des umgehend einsetzenden Protestes bereit war, auf das Wort „Zentralkategorie“ zu verzichten. Er wählte diesen Ausgangspunkt, weil er in der Arbeit die konkret-allgemeine Bestimmung der menschlichen Gattungsexistenz erblickt. Es ist die Arbeit, durch die sich die Menschheit selbst schafft, reproduziert und entwickelt, sich eine Geschichte gibt, eine Geschichte der Erzeugung ihrer materiellen, kulturellen und ihrer geistigen Produkte, der Entwicklung sowohl ihrer produktiven als auch ihrer destruktiven Kräfte. In dieser Voraussetzung wurzelt Rubens philosophischer Materialismus und Atheismus. In den 1970er Jahren war er dann damit beschäftigt, das philosophische Arbeitskonzept zu explizieren. So geschehen im viel beachteten Aufsatz *Wissenschaft als allgemeine Arbeit*. Auch die Wissenschaft ist, wie die Arbeit in der materiellen Produktion, eine Arbeitsart von dreigliedriger Struktur und nicht zu realisieren, wenn nicht zu Subjekt und Objekt der Tätigkeit als drittes Glied die selbst produzierten Mittel (materielle und ideelle Erkenntnismittel) treten. Gegenstand philosophischer Reflexion der Wissenschaft hat also die Arbeit des Wissenschaftlers zu sein, die Frage, durch welches Tun und mit welchen Mitteln er zu seinen Produkten gelangt. In diesem Tun sind – so Ruben – Zählen und Messen (durch Helmholtz 1887 längst thematisiert) von hervorragender Bedeutung; und unter den zu Erkenntniszwecken produzierten, an Theorien gebundenen Modellen und Etalons haben wir die gegenständlichen Erkenntnismittel, wie Arbeiter ihre dinglichen Werkzeuge. Mit dem „Urmeter von Paris“, an dem Ruben am Exempel die Konstruktion eines materiellen Meßmittels (Etalons) zu veranschaulichen pflegte, konnte die Mehrheit der am ZIPh tätigen Kollegen rein gar nichts anfangen. Man buchte das aufs Konto einer gewissen Schrulligkeit des Autors oder argwöhnte, als nach Rubens Abweichungen vom Marxismus-Leninismus gefahndet wurde, daß er vulgärmaterialistisch die Bedeutung von Begriffen und Theorien für die Wissenschaft negiere.

Auch die Ökonomie thematisierte Ruben unter dem Blickwinkel des Arbeitskonzepts. Ihn beschäftigte die Frage, ob mittels ihres kategorialen Vergleichs mit der Physik – beide als messende Wissenschaften unterstellt – der Ökonomie eigentümliche Grundgrößenarten und deren Verhältnis zueinander bestimmt werden könnten, das heißt, er überlegte, wie die Ökonomie auf ihrer *eigenen* Grundlage als *messende Wissenschaft* konstituiert werden könnte (die Frage nach den ökonomischen Dimensionen hatte András Bródy 1970 längst gestellt[1]). Dies geschah ernsthaft zwar erst im inneren Exil nach 1981, aber mit den methodologischen Aspekten der Ökonomie hatte er sich bereits vorher befaßt. Aus Debatten mit dem Ökonomen Hans Wagner ging der gemeinsame Artikel *Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch*[2] – publiziert

1 Vgl. A. Bródy: Proportions, Prices and Planning, Budapest 1970

2 P. Ruben/Hans Wagner: Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch. In: DZfPh 28(1980)10. – Die Lösung dieser selbstgestellten Aufgabe ist zu finden: in P. Ruben: Was bleibt

in Heft 10/1980 der DZfPh – hervor, an dem der Revisionismusvorwurf dann festgemacht wurde.[1]

Diese sich auf viele Wissenschaften erstreckenden Untersuchungen Rubens (zu nennen wären Logik, Mathematik, Physik, Sprachwissenschaften, Wissenschaftstheorie), die im Sinne seines Arbeitskonzepts auf die Analyse der jeweiligen Arbeitsart zielten, wurden innerhalb der Zunft mißverstanden und als lästige Störung empfunden.[2] Sie paßten so recht in keine Schublade der marxistisch-leninistischen DDR-Philosophie. Im Verlaufe ihrer Entwicklung waren die Reviere aufgeteilt worden. Die Mitarbeiter des Diamat-Bereichs hatte sich um die sog. Grundgesetze und Kategorien des dialektischen Materialismus zu kümmern, um sonst nichts. Die Thematisierung fachwissenschaftlicher Probleme stand ihnen nicht zu. Dafür gab es arbeitsteilig einen eigenen Bereich – am ZIPh den Bereich *Philosophische Probleme der Wissenschaftsentwicklung* mit einer hausgemachten Konzeption. Wollte man Probleme bereichsübergreifend behandeln, so hatte man sich gefälligst mit den „ausgewiesenen" Spezialisten und deren Meinungen zu arrangieren. Mißachtung dieser Struktur und Grenzüberschreitungen wurden als Wildern in fremden Revieren verstanden. Das Positive dieser Absteckung philosophischer Claims war soziologisch eine Absenkung des Reibungs- und Konfliktpotentials und die Möglichkeit, innerhalb der marxistisch-leninistischen Weltanschauung unterschiedliche Traditionslinien nebeneinander bestehen zu lassen. Es war beispielsweise möglich, daß sich am ZIPh im Bereich Geschichte der Philosophie auf Hegel und die klassische deutsche Philosophie eingeschworene Mitarbeiter zu behaupten vermochten und friedlich, jedoch auch kontakt- und sprachlos, neben im Bereich Wissenschaftsentwicklung versammelten Feinden und Verächtern der Hegelschen Philosophie wirkten.

Rubens philosophischer Ansatz war mit diesen Strukturen nicht vereinbar. Er brachte sie durcheinander und die „Spezialisten" gegen sich auf. Er wilderte aus der Sicht vor allem des Hörz-Bereichs ständig in fremden Revieren. Was hatte er am Institut für Wissenschaftstheorie und -organisation (IWTO) zu suchen, was mit den Sprachwissenschaftlern zu debattieren?[3] Was hatten Untersuchungen zur Ökonomie im Bereich Diamat verloren? Wollte Ruben jetzt die Naturdialektik fallenlassen und „die materialistische Dialektik aus der Ökonomie ableiten, was noch immer zum Revisionismus geführt hatte?", so z. B. äusserte sich Buhrs Stellvertreter Rolf Kirchhoff. Hörz wiederum deutete Rubens universalistisches Philosophiekonzept als „dogmatische … Angriffe

von Marx' ökonomischer Theorie? In: Die ökonomische Theorie von Marx – was bleibt? Hrsg. v. C. Warnke u. G. Huber, Marburg 1998, S. 13-66

1 Kurioserweise mit Blick auf Rubens Rezeption von Piero Sraffas „Warenproduktion mittels Waren", in deutscher Übersetzung zuerst in der DDR 1968 von J. Behr und G. Kohlmey herausgegeben, um 1976 in Westdeutschland von B. Schefold bei Suhrkamp übernommen zu werden.

2 Nicht von den Fachwissenschaftlern, von denen in der Regel die Initiative zur Debatte mit Ruben ausging.

3 P. Ruben: Prädikationstheorie und Widerspruchsproblem. In: Wiss. Z. d. HUB, Ges.-Sprachw. R. XX(1976)1, S. 53-63

… gegen uns als Positivisten“, und nach dem Muster eigener Motivation als „Machtbesessenheit“, die Ruben, so er die Möglichkeit hätte, „ohne Gnade ausnutzen würde, um andere zu verdrängen“.[1] Kaum einer verstand das Motiv dieser permanenten Grenzüberschreitungen. Sie waren die notwendige Folge einer philosophischen Theorie, die das konkrete Ganze der menschlichen Gattungstätigkeit zu thematisieren unternahm, welche die von Marx in den Frühschriften gesetzte, aber nicht ausgearbeitete materialistische Rekonstruktion der Hegelschen Dialektik zum Arbeitsgegenstand gewählt hatte.

In der mehrjährigen „Ruben-Diskussion“ wurde das Verhalten von Ruben, die innerhalb der Zunft etablierten Grenzen zu ignorieren, vom leitenden Personal als „Größenwahn“ („muß sich denn der Ruben in alles einmischen?“) denunziert, Äußerungen, die nicht ins Raster der ideologischen Gewißheiten der marxistisch-leninistischen Philosophie paßten, als „Originalitätssucht“ diffamiert, der jeweils die Forderung auf dem Fuße folgte, sich endlich in die „gewachsenen Konzeptionen“ des Instituts bzw. des Bereichs „einzuordnen“. Solche eigenen Konzeptionen haben indes gar nicht existiert; damit war nur gemeint, Ruben möge jene Vorstellungen akzeptieren, die durch den Lehrbuch-Marxismus vorgegeben waren. Mit diesen lag er ja gerade über Kreuz. Wie sollte er sich da „einordnen“ können? Typisch für dieses permanente Ansinnen, mit dem Strom zu schwimmen, war eine Rede Manfred Buhrs (anläßlich einer Auszeichnung des Instituts) in der Öffentlichkeit der AdW. Hier orakelte Buhr, daß schon Aristoteles gewußt habe, daß es immer „Störgrößen“ gebe, daß „selbst Peter Paul Rubens seine Bilder in Gemeinschaft anderer gemalt“ habe, daß „eingebildete Genies von wirklichen zu unterscheiden sind“, und daß „schon Hegel wußte, daß das Individuum nie über die Substanz seiner Zeit hinaus gelangen könne.“[2]

Mit dem Hegel-Zitat gibt Buhr zu wissen, daß man sich mit der Situation der DDR-Philosophie in ihrer gegebenen, dogmatisch erstarrten Gestalt abzufinden habe. Wollte man mit Hegel weiter folgern, so müßte man sagen: Die Substanz widersteht darum so hartnäckig den verändernden Versuchen von Individuen, weil sie von den tätigen Individuen ja geschaffen wurde und somit ihre *eigene* Substanz ist. Gleichgültig aber, ob Buhr dies mitgedacht hat, sein praktisches Verhalten und das seiner Leitungsorgane war ganz auf diese Folgerung eingestellt. In der philosophischen Forschung soll nichts herauskommen, was auch nur den Anschein erwecken könnte, über das herrschende Gemeinverständnis der marxistisch-leninistischen Philosophie hinauszugehen oder von ihm abzuweichen. Im dialektischen Materialismus seien daher „alle (bisherigen) Formulierungen aufrecht zu erhalten“, forderte Buhr zum Auftakt der Profilierungsdebatte am 4. 7. 1978. „Genosse Hörnig[3] soll nicht

1 H. Hörz: Lebenswenden. Vom Werden und Wirken eines Philosophen vor, in und nach der DDR. Berlin 2005, S. 350

2 Rede M. Buhrs auf der Veranstaltung zu Verleihung der Wanderfahne des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes als bestes Institut des gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs am 3. 3. 1980. In: Privatarchiv Ruben/Warnke

3 Hannes Hörnig war innerhalb der ZK-Abteilung Wissenschaften zuständig für den Bereich Philosophie.

fragen müssen: Was meinst Du eigentlich?“[1] Das aber war angesichts der in Parteischulen und -lehrjahren flächendeckend betriebenen Schulungen in marxistisch-leninistischer Philosophie, die alle Partei- und Staatsfunktionäre durchlaufen haben, in der Tat ein nicht zu ignorierendes Problem. Kraft seines Amtes war der Funktionär dazu ermächtigt, ja im Falle von Hörnig dazu verpflichtet, über philosophische Texte zu urteilen. Er glaubte sich dazu befähigt, weil er mit dem entsprechenden Lehrbuchwissen ausgestattet worden war. Buhr und sein Vize wußten sehr genau: Einem solchen Menschen darf man nichts zumuten, was über seinen Horizont hinausgeht. Die Sorge, das Institut der Kritik durch übergeordnete Leitungen auszusetzen, wegen mangelnder ideologischer Wachsamkeit zur Rechenschaft gezogen zu werden, ja vielleicht sogar die eigene Leitungsfunktion zu verlieren, wenn man Ruben gewähren lasse, artikulierte wiederholt vor allem Buhrs Stellvertreter Rolf Kirchhoff: „Wir lassen unser Institut nicht reinreiten“; wir lassen uns durch Rubens „Arroganz gegen Seiendes“, sein Abweichen von „gesicherten Erkenntnissen“, vom „Bewährten“ das Institut „nicht kaputtmachen“. Damit war die damalige Situation der marxistisch-leninistischen Philosophie (über das Institut hinaus) klar benannt: Es ging in ihr nur um die Erhaltung der gegebenen Substanz, um die Reproduktion des Bestehenden. Innovationen oder gar Alternativen zu parteiamtlich anerkannten Konzeptionen sind auszuschließen.

Kehren wir zu Rubens Konzeption zurück. Mit dem Entschluß, die Arbeit als philosophischen Ausgangspunkt zu wählen, stand Ruben in der DDR-Philosophie nie allein. Sein Lehrer, Klaus Zweiling, hatte 1955 auf ganz selbstverständliche Weise seine Vorlesung zum dialektischen Materialismus mit dessen Begründung aus der Arbeit begonnen. Doch seit A. A. Shdanow klargestellt hatte, wie Parteilichkeit in der Philosophie auszusehen habe, wendete sich das Blatt. Mit Shdanow wurde die folgende *exklusive* (ausschließende) Alternative der Philosophie axiomatisch zugrunde gelegt: *Entweder* ist die Materie *oder* das Bewußtsein primär. Und die Grundfrage besteht darin, zu fragen, welcher Seite das Primat zukommt. Darauf hatte der Marxist-Leninist parteilich zu antworten: „der Materie“.[2] Ein so bestimmter Materialismus aber hat m. E. in der Philosophie nichts zu suchen. Denn er dekretiert ihn nur, aber begründet ihn nicht, da er das wirkliche Dasein der Menschen, ihre tätige Natur-Aneignung ausblendet, die nur als *inklusive* Alternative, als Prozeß *sowohl* materieller *als auch* ideeller Momente wirklich ist. Und nur durch dieses Tun vermag der Mensch die Materialität der Welt zu erfahren und zu reflektie-

1 Klausurtagung zur Profilierung am 4. 7. 1978 am ZIPh. In: Privatarchiv Ruben/Warnke

2 A. A. Shdanow: Kritische Bemerkungen zu dem Buch G. F. Alexandrows: Geschichte der westeuropäischen Philosophie, Berlin 1950. Die Intention der hier abgedruckten Rede Shdanows auf der Philosophentagung in Moskau 1947 war die, gegen die auch nach der Verurteilung Deborins und seines Kreises nach wie vor verbreitete Wertschätzung der klassischen deutschen Philosophie innerhalb der sowjetischen Philosophenzunft mit dem Verdikt idealistisch, also reaktionär, eine Drohkulisse aufzurichten. Jeder, der wußte, wer Shdanow war, wußte, daß er in Stalins Namen sprach.

ren. Der Grundfragen-Materialismus aber fungiert lediglich als Signum des Bekenntnisses, zur Gemeinschaft der Marxisten-Leninisten zu gehören. Im Zusammenhang mit ihm war daher stets von seiner „*An*erkennung", nie von einer *Er*kenntnis die Rede. So war er zum Lackmuspapier avanciert, Rechtgläubige zu identifizieren und Ungläubige auszusondern.

Meldeten sich die Protagonisten des Arbeitskonzepts oder der Praxisphilosophie zu Wort, errichteten die Grundfragen-Materialisten ihre Warnschilder vor dem Idealismus und witterten revisionistischen Unrat. So in den 1960er Jahren im Falle Helmut Seidels geschehen, dem der ideologisch immer wachsame Rugard Otto Gropp entgegenhielt: „… den Inhalt der marxistischen Philosophie aus dem Begriff … der Arbeit… abzuleiten … führt auf Irrwege … Von der menschlichen Arbeit ausgehen heißt, vom Menschen, vom Subjekt ausgehen"[1] – was heißen sollte: vom Idealismus. Dagegen wandte sich damals Ruben, indem er erklärte: „In dieser Interpretation wird nicht von der *realen* Arbeit ausgegangen, sondern vielmehr von ihrer subjektiven Bedingung, die tatsächlich die Arbeits*kraft* ist. Gropp unterliegt … der Illusion, daß die Arbeit etwas *nur* Subjektives sei". Die Arbeit ist aber „nur wirkliche Arbeit als dialektische Identität ihrer subjektiven und objektiven Bedingungen, als *Einheit von Mensch und Natur*".[2]

Der Vorwurf, die „Grundfrage" zu vernachlässigen, wurde auch Alfred Kosing im Hinblick auf das von ihm herausgegebene Lehrbuch *Marxistische Philosophie* gemacht, weil er die Arbeit und die Praxis und nicht die Grundfrage der Philosophie zum Ausgangspunkt seiner Darstellung gewählt hatte. Auch diese „Abweichung" rief die Gralswächter (übrigens auch aus Moskau) auf den Plan, so daß dieses Lehrbuch, kaum daß es 1967 erschienen war, aus dem Verkehr gezogen wurde.[3]

Rubens Arbeitskonzept unterscheidet sich von diesen schon im Keime erstickten Versuchen v. a. darin, daß er unbeirrt an ihm festhielt und es weitestgehend ausgearbeitet hatte, als ihn 1981 der Bannstrahl traf. Es war bereits – wie oben angedeutet – in vielfältigen Facetten verfügbar und vermochte daher in der marxistischen Debatte über die DDR-Grenzen hinaus überzeugend zu wirken. Im eigenen Lande aber war das Arbeitskonzept nach wie vor mit dem Revisionismusverdacht oder zumindest dem Vorwurf der Abweichung belegt, und letzteres war ja – angesichts der hierzulande in den Lehrbüchern des Marxismus-Leninismus als heilige Kuh behandelten „Grundfrage" – so abwegig nicht.

1 R. O. Gropp: Über eine unhaltbare Konzeption. In: DZfPh 15(1967)9, S. 1097

2 P. Ruben: Problem und Begriff der Naturdialektik, a. a. O., S. 59, Anm. 20

3 Vgl. A. Kosing: Habent sua fata libelli. Über das merkwürdige Schicksal des Buches *Marxistische Philosophie.* In: H.-C. Rauh/P. Ruben (Hrsg.): Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren. Berlin, 2005, S. 105. Dem inkriminierten Lehrbuch, das 1967 erschienen war, hatte Kosing den Titel „Marxistische Philosophie" gegeben. Schon dieser Titel, in dem das „-leninistisch" fehlte, zeigte an, daß das aus der klassischen deutschen Philosophie stammende Erbe des Marxismus die Grundlage der Darstellung bilden sollte. Das ist in der Einleitung auch unmißverständlich gesagt.

Gegen Rubens „Zentralkategorie“ und überhaupt die Begründung des Materialismus aus der Arbeit meldete sich Herbert Hörz 1974 zu Wort, der heftig darauf bestand, den Materialismus aus der „Grundfrage“ abzuleiten:

> „… die Anerkennung der Arbeit scheidet Materialismus und Idealismus nicht“, so Hörz, „weil in ihr die Einheit von subjektiven und objektiven Komponenten existiert. Erst die Anerkennung des Primats der Materie gegenüber dem Bewußtsein … ist Materialismus.“[1]

Daß Ruben trotz wiederholter Kritik nach wie vor die „Grundfrage der Philosophie“ ignoriere oder „unterlaufe“, ist eines der ideologischen Vergehen, dessen er 1981 nicht zuletzt von Hörz und seinen Mannen unverdrossen beschuldigt wurde. Um „*Anerkennung* der Arbeit“ und des Materialismus ist es Ruben, nebenbei bemerkt, nie gegangen, sondern um die *Erkenntnis* ihres Wesens.

II.

Rubens Arbeitsbegriff verbürgt mit dem Materialismus zugleich die Dialektik. Man bestimmt den Arbeitsbegriff nicht nur materialistisch, sondern auch *dialektisch*, wenn man ihn *konkret* bestimmt, das heißt, wenn man seine kategorialen Bestandteile – Arbeiter (Subjekt), Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstand (Objekt) – als zwar unterscheidbare, aber untrennbare Glieder eines sich in der Wechselwirkung dieser Glieder selbst bestimmenden Prozesses begreift. Nur in dieser Konstellation geht die Arbeit vonstatten, ist sie *wirklich* (so ist sie nicht der vielfach imaginierte Stoffwechselprozeß zwischen Menschen und Natur, sondern die Gestaltung eben dieses Prozesses durch die Menschen – mit Gebrauch erfundener Arbeitsmittel).

Rubens Verständnis der Dialektik ist vielfältig in der klassischen deutschen Philosophie von Kant bis Feuerbach verwurzelt. Er hat sich diesen Fundus erschlossen und dabei ungehobene intellektuelle Schätze entdeckt, die im landläufigen (parteiamtlichen) Marxismus nicht „aufgehoben und aufbewahrt“ worden waren. So hat er im Hinblick auf die Unterscheidung von dialektischem und einzelwissenschaftlichem Denken Kants Unterscheidung von Analytik und Dialektik wieder aufgegriffen, Fichtes Bestimmung ihres Verhältnisses diskutiert und sich mit Schellings kategorialer Umkehrung von Ding und Verhalten auseinandergesetzt, die unabdingbar der Konstitution der Dialektik vorausgesetzt werden muß und Hegels Philosophie zugrunde liegt. Sie hatte darin bestanden, die (Natur)*dinge* als *Produkte* der (Natur)*produktivität* zu verstehen.[2] Das Verhältnis von Produktivität und Produkt aber war

1 H. Hörz: Marxistische Philosophie und Naturwissenschaft. Berlin 1974, S. 43. Die neueste Auseinandersetzung Rubens mit diesem Grundfrage-Materialismus Hörzscher Lesart findet man in: P. Ruben: Neues von der philosophischen Front. In: Berliner Debatte Initial 17(2006)1/2, S. 211 ff. Im vorliegenden Band, S. 274 ff.

2 D. h., es handelt sich hier darum, „daß nun nicht mehr Dinge, sondern Aktionen als Grundobjekte der Erkenntnis behandelt“ werden, so Ruben. Während für die „Metaphysik und die Aufklärung

bei Schelling mit der Bestimmung verbunden, daß *Philosophie* die *Produktion* (der Natur), *Mathematik* und einzelwissenschaftliches *empirisches Erkennen* hingegen ihre Produkte zur Gegenstand hat. Wenn wir bei Ruben eingangs seiner Dissertation (B) *Widerspruch und Naturdialektik* lesen, daß „die Dialektik der Grund der Logik ist und niemals die Logik der Grund der Dialektik“[1], so ist darin unverkennbar Schelling parat. Aber wir erfahren andererseits, daß wir mit Schellings kategorialer Verkehrung, die impliziert, die Dinge lediglich unter dem Aspekt der *Verdinglichung* zu denken, die Dialektik idealistisch verfehlen, was eine ihrer bis heute weit verbreiteten Fehlkonstruktionen ist. Dialektik materialistisch gefaßt, setzt den *konkreten* Begriff des Gegenstands, das ist den *sich verhaltenden Gegenstand*, und den *konkreten* Begriff des Verhaltens, das ist das *gegenständliche Verhalten* voraus, also die Einheit der Gegenstände mit ihrem Verhalten.

Diese Beschaffenheit des Konkretums impliziert, daß das Ganze dialektisch bestimmtes Ganzes ist, wenn es als *sich bewegendes* vorausgesetzt wird. „Mit der Analytik setzen wir … die Objekte der Erkenntnis als eindeutig eigenschaftsbestimmte Gegenstände voraus, die wir entweder zerlegen (analysieren) bzw. teilen oder vereinen (synthetisieren) bzw. verknüpfen können. In diesem Verfahren ist die Kategorie der abstrakten Gleichheit (Äquivalenz) und damit die Abstraktion als Übergang von der abstrakten Gleichheit zur abstrakten Identität Charakteristikum des verständigen Vorgehens. Die Analytik, selbst Einheit von Analyse und Synthese, ist das Verfahren des Verstands“[2], die Dialektik das der Vernunft. Während die Analytik die unverzichtbare Methode der Einzelwissenschaften aller Couleur, aber auch der Mathematik und Logik ist (die natürlich keine *Einzel*wissenschaften sind), ist die Dialektik, realisiert in Geschichte, die Domäne der Philosophie, die daher auch ihre eigene Geschichte als unabdingbaren Teil hat. – Soweit Rubens Position zum Verhältnis von Dialektik und Analytik, auf ihren simpelsten Nenner gebracht.

Rubens Aneignung des für die Konstitution seines Dialektik-Konzepts relevanten philosophiegeschichtlichen Erbes erfolgte jedoch nicht ohne dessen Kritik aus der Sicht der modernen Logik und Mathematik und der Kenntnis der Methoden der zeitgenössischen Einzelwissenschaften. Wenn ein Vergleich gestattet ist, würde ich sagen: Wie vor ihm Husserl, hat Ruben – freilich unter anderen erkenntnistheoretischen Voraussetzungen – den Versuch

die Aktionen als Äußerungen der Dinge gelten, so behandelt der Dynamismus Schellings umgekehrt die Dinge als Äußerungen der Aktionen! Dies entspricht methodologisch einer vollständigen Umkehrung der gewöhnlichen Auffassung des Zusammenhangs von Subjekt und Prädikat: Nicht die Prädikate kommen den Subjekten zu, sondern die von den Subjekten bezeichneten Gegenstände sind als Produkte, Vergegenständlichungen, Verendlichungen der in den Prädikaten zum Ausdruck gebrachten Verhaltensarten zu verstehen.“ P. Ruben: Schelling und die romantische deutsche Naturphilosophie. In: Natur – Kunst – Mythos, Beiträge zur Philosophie F. W. J. Schellings, hrsg. v. S. Dietzsch, Berlin 1978, S. 47 f.

1 P. Ruben: Widerspruch und Naturdialektik, a. a. O., S. 2

2 Aus: P. Ruben u. C. Warnke: Denkweise und Gesetze der materialistischen Dialektik als Gegenstand weiterer philosophischer Forschung. Unveröffentl. Manuskript aus dem Jahre 1978. In: P. Ruben/C. Warnke: Privatarchiv

unternommen, „Philosophie als strenge Wissenschaft“ zu konstituieren, d. h. das Kantsche Programm der Vernunftkritik unter veränderten wissenschaftshistorischen Bedingungen wieder aufzunehmen. Buhr hatte diese Intention von Rubens Tun sehr wohl erfaßt, wenn er gelegentlich meinte, es laufe wohl darauf hinaus, Hegel mit Frege zusammenbringen zu wollen. Das freilich erregte sein Mißfallen.

In der DDR-Philosophie hatte sich, wie in ihrem westlichen Pendant, im Laufe der Entwicklung eine von der analytischen Philosophie und positivistischem Gedankengut beeinflußte Linie herausgebildet, die die Naturwissenschaften weltanschaulich mit der Intention begleitete, ihre Ergebnisse philosophisch zu „verallgemeinern“, wie die gängige Formel hieß. Sie war gegen die dogmatische Tendenz durchgesetzt worden, Philosophie und Fachwissenschaften als ein hierarchisches Verhältnis aufzufassen, in dem die Philosophie – und damit die Dialektik – die „höchste“ Erkenntnis, die „Königin der Wissenschaften“ sei, die über die Wahrheit oder Unwahrheit naturwissenschaftlicher Ergebnisse zu urteilen hätte. Man erinnere sich an solche Blüten dieser Sichtweise in den 1950er Jahren, wie der, daß die Dialektik die formale Logik außer Kraft setze (Ernst Hoffmann), oder das im Namen des dialektischen Materialismus ausgesprochene Verdikt gegen die Relativitätstheorie (Victor Stern). Mit der berechtigten Negation der Vormundschaft der Philosophie über die Fachwissenschaften, deren wissenschaftliche Autonomie man nunmehr respektierte, wurde die Auffassung dominant, daß sich die Philosophie auf – „Verallgemeinerung“ genannte – kommentierende Bestätigung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse zu beschränken habe, Dialektik in diesen unmittelbar enthalten und aufzufinden sei – womit, zu Ende gedacht, die Philosophie aufhört, als eigenständige Wissenschaft zu existieren.

Spätestens seit dem V. SED-Parteitag 1958 war die Formel, daß die Tätigkeit der marxistisch-leninistischen Philosophie „Verallgemeinerung“ zu sein habe, omnipräsent. Ulbricht hatte sie als Fazit seiner Liquidation des Strebens nach wissenschaftlicher Autonomie seitens der Ökonomen, der Rechtswissenschaftler usw. – und in Gestalt von Ernst Bloch auch der Philosophen – verkündet. Um dem Spuk von der Parteiführung nicht genehmigter Eigenständigkeiten ein für allemal ein Ende zu bereiten, dekretierte er, die Theorie des dialektischen Materialismus habe die Theorie für das „richtige“ politische „Verhalten“ zu sein. Und diese sei „nichts anderes als die Verallgemeinerung der praktischen Erfahrungen“. Dadurch aber könne „die Theorie andererseits zum Leitfaden für die praktische Politik werden“.[1] Angesichts dieser Implikation von „Verallgemeinerung“, mit der Politik und Philosophie kurzgeschlossen wurden, wären methodische Bedenken am Platze gewesen. Denn mittels Verallgemeinerung wird hier die Philosophie als fremdbestimmte „Magd der Parteipolitik“ konstituiert, wenngleich dieser Zusammenhang den wenigsten

1 Vgl. Brief des Zentralkomitees von 1958 „Über das Studium des dialektischen Materialismus in den Grundorganisationen“. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, hrsg. vom ZK der SED, Bd. VII, Berlin 1961, S. 140

Verfechtern dieser Vorstellung bewußt geworden sein dürfte. Und natürlich folgt aus der „Verallgemeinerung" naturwissenschaftlicher Erkenntnisse nicht ihre Subordination unter die Parteipolitik, wohl aber ihre fremdbestimmte Determination seitens der fachwissenschaftlichen analytischen Denkweise.[1]

Dazu im Gegensatz steht Rubens Programm, Philosophie unter den Bedingungen der heutigen modernen Wissenschaftsentwicklung als autonome Wissenschaft zu verteidigen, wobei „autonom" bedeutet, selbständig sowohl gegenüber der Parteiideologie und -politik als auch den Einzelwissenschaften gegenüber zu sein. Dialektik und Analytik verhalten sich nach Ruben als polare Gegensätze im Hinblick auf das Ganze der Wissenschaften, insofern erstere Konkreta, letztere Abstrakta zum Gegenstand hat. Das Wirkliche aber ist das Konkrete, somit die Voraussetzung des Abstrakten, die Dialektik also der Grund der Logik, und niemals die Logik der Grund der Dialektik. Das bedeutet, die philosophische Lösung des Widerspruchsproblems müsse darauf gerichtet sein, so Ruben, „die logische Proklamation der Widerspruchsfreiheit für Theorien als genetische Konsequenz der wissenschaftlichen Arbeit aus der Voraussetzung der Widersprüchlichkeit der Wirklichkeit selbst zu gewinnen".[2] In diesem Sinne ist die Philosophie ebenso Voraussetzung der Fachwissenschaften, liegt ihnen a priori zugrunde, wie umgekehrt ohne Fachwissenschaften Philosophie gar nicht bestehen kann. Gegen die Einzelwissenschaften sind Philosophie und Mathematik die Allgemeinwissenschaften (die Philosophie als Erkenntnis des Konkret-Allgemeinen mit der Dialektik als Fundament, die Mathematik als Erkenntnis des Abstrakt-Allgemeinen mit der Mengenlehre als Fundament, beide in der Logik miteinander verbunden). „Die wirkliche Wissenschaft … wird im Prozeß der Kooperation der Fachwissenschaften und der Philosophie realisiert, wobei die Philosophie selbst stets den Standpunkt des wissenschaftlichen Gesamtarbeiters in diese Kooperation einbringt, also das Gemeininteresse relativ zu den besonderen Fachinteressen vertritt", so Ruben.[3]

Rubens Ansatz wird gründlich mißverstanden, wenn das von ihm als polarer Gegensatz begriffene Verhältnis von Philosophie und Fachwissenschaften als hierarchische Unterordnung letzterer unter erstere gedeutet wird. Mit ihm hatte sich kein neuer Victor Stern zu Wort gemeldet, was Ruben bösartig oder kenntnislos unterstellt wurde. Denn zum Ganzen der *wirklichen* Wissenschaft tragen Ruben zufolge die polaren Gegensätze von Dialektik und Analytik – zu widersprüchlicher Einheit vermittelt – jeweils nach eigenem Recht bei. Dieses

1 Klassisch für diese Sicht ist die von Georg Klaus in den 1960er Jahren entwickelte philosophische Interpretation der (mathematisch fundierten) Kybernetik, nach der in fachwissenschaftlichen, speziell systemtheoretischen Aussagen bereits unmittelbar Behauptungen der materialistischen Dialektik auffindbar seien, etwa der dialektische Widerspruch, woraus er folgert, „daß … im Bereich der Systematischen Philosophie (…) letztlich sicher alles mit den Mitteln der Logik und Mathematik bearbeitet werden kann". G. Klaus: Spezielle Erkenntnistheorie. Prinzipien der wissenschaftlichen Theorienbildung, Berlin 1965, S. 284

2 P. Ruben: Widerspruch und Naturdialektik, a. a. O., S. 27

3 Vgl. P. Ruben u. C. Warnke: Denkweise und Gesetze der materialistischen Dialektik als Gegenstand weiterer philosophischer Forschung, a. a. O., S. 6

je eigene Recht, d. h. den je eigenen Gegenstand und die Art ihres Zusammenwirkens zu bestimmen, aber ist der Sinn der Rubenschen Unterscheidung der beiden Denkweisen.

Der Verdacht, daß Ruben revisionistische Positionen vertrete, ist – wie wir später sehen werden – genau von dieser Unterscheidung ausgegangen. Damit haben wir die wichtigsten theoretischen Differenzen benannt, die als Gründe für Rubens Ausschluß aus der Zunft der DDR-Philosophen herhalten mußten.

Schrittweise Demontage

Die wahrnehmbare Wende der Situation trat Mitte 1978 ein. Für den 4. 7. 1978 hatte der Institutsdirektor eine Klausurtagung anberaumt, die die Profilierung des Instituts, d. h. die thematische Ausrichtung der Forschungen für den Planzeitraum 1981–1985 zum Gegenstand hatte. Teilnehmer waren außer Buhr und seinem Vize die Bereichsleiter und ihre Stellvertreter. Vier Monate zuvor, im April, hatte Buhr Peter Ruben und mich darauf eingestimmt, eine möglichst großzügige Gestaltung der Thematik anzustreben. Wir befolgten diesen April-Vorschlag erfreut und erlebten in der Juli-Klausurtagung ein Desaster. Von seiner Vaterschaft in bezug auf unsere Konzeption war keine Rede, und die von ihm geforderte „Großzügigkeit“ nannte Buhr nun „Zersplitterung“. Dem schlossen sich stante pede die Bereichsleiter an, und die ganze Diskussion lief nur noch darauf hinaus, unseren – also Buhrs – Vorschlag zu zerpflücken. „Welche Konzeption von Dialektik soll den Arbeiten des Bereichs zugrundegelegt werden?“, wollte Herbert Hörz wissen. „Wo bleibt im Vorschlag des Diamat-Bereichs die Grundfrage der Philosophie, was ist mit Wesen und Funktion der Philosophie?“, so Wolfgang Eichhorn. Der dialektische Materialismus als das Allgemeine müsse Aussagen über den Materialismus und die Dialektik machen (Gerhard Bartsch). Und gegen Rubens Einspruch auf diese und andere Forderungen – man könne 1978 die Aufgaben doch nicht mehr so formulieren wie 1948 – erwiderte Buhr: Das könne man nicht nur, sondern das müsse man sogar. Wenn die Planaufgaben so invariant sind, liegen wir gerade richtig. Wir müßten beim dialektischen Materialismus alle Formulierungen aufrechterhalten, sonst könnten wir uns nicht in die Hauptforschungsrichtungen einordnen.

Auf dieser Klausurtagung wurde sichtbar, daß sich gegen unsere Bereichspolitik, in die Dialektikforschung Rubens innovatives Konzept einzubringen, eine Allianz der Bereichsleiter formiert hatte, die Buhr auf keinen Fall ignorieren konnte. Zwischen April und Juli muß er entschieden haben, sich an die Spitze dieser Allianz zu stellen. Damit war seine ursprüngliche Strategie, wie er mit den theoretischen Kontrahenten Hörz und Ruben umzugehen gedachte, hinfällig. Von nun an stand nur noch Ruben zur Kritik, und auf der Tagesordnung seine allseitige schrittweise Demontage.

Diese setzte im Herbst 1978 ein und bestand aus einer nicht abreißenden

Kette von Schikanen (auf deren Darstellung ich hier verzichten muß). Daß ihr Ablauf und ihre Schritte geplant waren, hat der SED-Parteisekretär 1982, auf die Vernichtungsaktion zurückblickend, bekannt: Seit Anfang 1978 habe es im Zusammenhang mit der Profilierungsdiskussion kontinuierliche Auseinandersetzungen mit Ruben und anderen Genossen, die sich seine Auffassungen teilweise zu eigen gemacht hatten, gegeben. „Die vom Direktor eingeleiteten Maßnahmen (Ablösung Rubens als stellvertretender Bereichsleiter, Nichtberufung von Warnke als Bereichsleiterin, Unterbindung von Reisen Rubens ins kapitalistische Ausland, Nichtfreigabe von Manuskripten zur Veröffentlichung usw.)“ hätten aber nicht zum vollen Erfolg geführt. Mitte 1980 habe der Direktor mit dem Parteisekretär und Bereichsleitern daher den Beschluß diskutiert, Warnke als Bereichsleiterin abzulösen und Ruben in den Bereich Historischer Materialismus zu versetzen. Man habe aber diese Maßnahmen bis nach der Wahl der neuen Parteileitung Ende 1980 verschoben, um in ihrem Vorfeld keine Unruhe in die Grundorganisation zu tragen.[1]

Wie ich heute weiß, waren die SED-Kreisleitung und der Leiter des Forschungsbereichs Gesellschaftswissenschaften, Werner Kalweit, früh in die gegen Ruben laufende Kampagne eingeweiht. Und lange bevor wir damit konfrontiert wurden, ging dort schon das Gerücht von Rubens Revisionismus um. Bereits im Frühherbst 1980 wurde Michael Grabek, Mitarbeiter am ZIPh und Wissenschaftssekretär der FDJ-Leitung der Akademie, über Rubens Revisionismus befragt. Daß Ruben vom Marxismus abweiche oder Revisionist sei, bestritt Grabek in schriftlicher Stellungnahme mit aller Entschiedenheit.

Helga Hörz – Ehefrau von Herbert Hörz und Direktorin der Sektion Philosophie der Humboldt-Universität – zündelte auf einer Parteiversammlung am 13. 10. 1980 (wie uns Hans Wagner zu berichten wußte): Sie verstehe den Gegensatz von Dialektik und Analytik nicht, den Ruben behaupte. Sie kenne als marxistisch nur den Gegensatz von Dialektik und Metaphysik. Sie frage: Wo hört der Meinungsstreit auf, und wo fängt Verworrenheit und Revisionismus an?

Zwei Tage später – auf der SED-Parteigruppen-Wahlversammlung unseres Bereichs, in Anwesenheit der Gäste Herbert Hörz (als Gesandter der Kreisleitung) und Günter Mertsching (von der Abt. Wissenschaft beim ZK) – wurde der Revisionismusverdacht institutsöffentlich mit der Behauptung eingeführt: Wenn man Dialektik wie Ruben aus der Ökonomie ableiten wolle, so komme man in die Nähe des Revisionismus, der behaupte, die Dialektik außerhalb der Ökonomie sei Dogmatismus.[2] Natürlich wußte der stellvertretende Direktor,

1 Bericht der SED-Grundorganisation des ZIPh über den Stand der Auswertung der Beschlüsse des X. Parteitags und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit vom 18. 12. 1981. In: LAB C Rep. 903 01-11/273; und: Aus dem Kampfprogramm der GO, in: Privatarchiv Ruben/Warnke

2 Aus dem Protokoll der Parteigruppen-Wahlversammlung vom 15. 10. 1980. In: Privatarchiv Ruben/Warnke. Peter Beurton hatte am 13. 11. 1980 Kirchhoff unter vier Augen wegen des Revisionismusvorwurfs zur Rede gestellt und dieser hatte noch einmal bekräftigt: Peter Rubens Konzeption habe Ähnlichkeit mit revisionistischen Konzeptionen. Genaugenommen war schon früher einmal von Rubens Revisionismus die Rede gewesen: Im Februar 1980 hatte Kirchhoff in

der sich so äußerte, genau, daß der Naturdialektiker Ruben die Dialektik nie und nimmer auf ihre Beziehung zur Ökonomie reduzieren würde. Doch das war gleichgültig, denn der Sinn dieser Äußerung war wohl, den Revisionismus-Verdacht über ihren Mitarbeiter Mertsching in die SED-ZK-Abteilung Wissenschaften zu tragen, was garantiert auch geschah.[1]

Wir wußten aus unserer Erfahrung in den 1950er Jahren, daß der Vorwurf des Revisionismus nicht auf die leichte Schulter zu nehmen ist, und waren entschlossen, uns gegen ihn mit allen uns verfügbaren Mitteln zu wehren. Die Notwendigkeit hierzu stellte sich auch umgehend ein. Im Rechenschaftsbericht der Wahlversammlung der Grundorganisation (19. 11. 1980) wurden wir nämlich mit folgendem Urteil konfrontiert: Es hätten sich in unserem Bereich „kontroverse Standpunkte zu wichtigen Fragen der Forschungsorientierung und der konzeptionellen Anlage des im 3. Zentralen Forschungsplan zu realisierenden Widerspruchsprojekts herausgebildet, die über den Rahmen normaler Meinungsunterschiede (…) hinausgehen. Diese müssen auf der Basis des Marxismus-Leninismus (…) entschieden werden.“[2] Ich verwahrte mich entschieden gegen diese Passage, da sie jederzeit im Sinne des Revisionismusverdachts gegen Ruben gedeutet werden konnte. Peter Beurton packte den Stier bei den Hörnern, indem er Kirchhoffs Revisionismusvorwurf öffentlich machte und verlangte, daß er diesen auch öffentlich zurücknehme. Ruben schließlich zitierte die Ökonomen Harry Nick und Otto Reinhold, die Wolfgang Eichhorn in der Zeitschrift „Einheit“ damals gerade mit dem Vorwurf attackiert hatten, die Produktivkräfte zu unterschätzen, während dieser seinen Kontrahenten unterstellte, sie vernachlässigten die Eigentumsverhältnisse. Ruben folgerte: Wenn gelten soll, daß unsere konzeptionellen Debatten im Bereich das normale Maß marxistischer Diskussionen überschreiten, dann müsse auch Eichhorns Position so beurteilt werden. Oder man unterlasse derartige Denunziationen.

Auf Vorschlag von Hörz wurde die beanstandete Formulierung einstimmig aus dem Rechenschaftsbericht gestrichen, nicht ohne daß Hörz festgestellt hätte, hier Bedenkliches in bezug auf die Kampfkraft der Partei erlebt zu haben, und das angesichts der polnischen Entwicklung! In Polen seien die marxistischen Grundpositionen nicht gesichert, da gebe es anthropologischen, methodologischen, Hegelschen Marxismus – er hat sich geschenkt hinzuzufügen: wie bei Ruben und Warnke.

Wir hofften, die Sache sei damit ausgestanden, aber zum 8. 12. 80 wurde die Parteigruppe zur Auswertung der Wahlversammlung vor die Parteileitung zitiert. Zuvor war untersagt worden, dies in eigener Regie zu tun. Dort waren

---

der SED-Parteigruppe gesagt, daß bei Philosophen, die mit dem Anspruch auftreten, etwas ganz Neues zu machen, meistens Revisionismus herauskommt. Aber dem war zunächst nichts nachgefolgt.

1 Er war vermutlich auch Dr. Gregor Schirmer (Jurist), Stellvertretender Leiter der Abteilung Wissenschaften bekannt, als er an der Wahlversammlung der Grundorganisation 1980 teilnahm.

2 Aus dem Protokoll der GO-Wahlversammlung vom 19. 11. 1980 von C. Warnke. In: Privatarchiv Ruben/Warnke

wir dann mit einem Parteisekretär konfrontiert, der sich als Großinquisitor gebärdete und uns der folgenden Vergehen beschuldigte:

1. Statt unseren Beitrag zur „Einheit und Reinheit der Grundorganisation" zu leisten, hätten wir einen „Gegensatz zwischen Parteigruppe und Institutsleitung" konstruiert und damit vor den Gästen das „Gesamtbild der Grundorganisation verzerrt".

2. Wir hätten einen „Frontalangriff auf den Rechenschaftsbericht" unternommen und damit die „ordnungsgemäße Durchführung der Wahlversammlung in Frage gestellt".

3. Es sei um die grundsätzlichen politischen Fragen unserer Zeit gegangen, aber wir drei hätten „die GO-Versammlung in wissenschaftlichen Meinungsstreit umfunktioniert".

4. Unser Auftritt sei „vorbereitet" und „koordiniert" gewesen.[1] (Damit wurde zum Revisionismusvorwurf der der Fraktionsbildung hinzugefügt.)

Ruben konterte diese Anmaßung, indem er sich aufs Parteistatut berief. Laut diesem – also der selbstgegebenen Verfassung der Partei – seien die Beschlüsse der Wahlversammlung der Grundorganisation für die gewählte Leitung bindender Auftrag. Diese aber habe einstimmig die kritisierte Passage des Rechenschaftsberichts gestrichen. Die neu gewählte Parteileitung habe daher kein Recht, uns für die Diskussion, die zu dieser Streichung geführt habe, einen politischen Vorwurf zu machen. Indem sie es tue, sei *sie* es, die das Parteistatut mißachte.[2] Auf dieser Basis sei er aber nicht bereit zu diskutieren: „Ich nehme Euren Gegenstand nicht an, weil ich mich einer Verletzung der Parteinormen nicht beuge. Das heißt, ich stelle hier allein Euer Verhalten zur Debatte, nicht das unsere", so Ruben. In diesem Sinne äußerten sich auch Beurton und ich, und da die Parteileitung nicht bereit war, ihre Vorwürfe zurückzunehmen, verließen Ruben, Warnke und Beurton (und der völlig überraschte Jungphilosoph Horst Zeiske) die Sitzung.

Jetzt ging es Schlag auf Schlag. Umgehend beantragte Wolfgang Eichhorn, Parteiverfahren gegen uns einzuleiten. Der in der Parteileitung schon Mitte des Jahres 1980 entwickelte Plan wurde nun realisiert:

1. Am 23. 12. 1980 wurde ich als Bereichsleiterin abgesetzt. An meine Stelle trat Gerhard Bartsch, dessen intellektuelles und ideologisches Profil die Gewähr dafür bot, daß garantiert keine Abweichungen vom sog. „Grundbestand" des Dialektischen Materialismus, d. h. seiner parteiamtlich anerkannten Lesart, aus dem Bereich hervorgehen würden – nichts Neues, da das „Neue", wie

1 Das Protokoll dieser Sitzung aus der Sicht der Parteileitung ist zu finden in: Rauh, a. a. O., S. 252-256

2 Für den DDR-Verhältnisse nicht gewöhnten Leser sei notiert, daß eine Partei ein Verein ist, somit dem Vereinsrecht des BGB untersteht (das Parteistatut ist, was sonst eine ‚Vereinssatzung' heißt). Dieses Recht billigt jeder Jahreshauptversammlung die Entscheidung über Entlastung und Wahl eines neuen Vorstands zu, aber keineswegs die Befugnis, die Beschlüsse der Jahreshauptversammlung zu konterkarieren. Das aber passierte hier, und unsere Abwehr dieser Unverschämtheit wurde östlichen und westlichen Zuhörern als „Disziplinverstöße" serviert, welche die schon avisierten Maßnahmen rechtfertigten.

am Falle Ruben gerade wieder demonstriert, „so schnell zum Revisionismus führt“ (Kirchhoff, Höppner).

2. Peter Ruben wurde – wie geplant – ab sofort in den Bereich Historischer Materialismus versetzt.

3. Zur Vorbereitung der Parteiverfahren bildete die Parteileitung eine Kommission, deren Vorsitz bezeichnenderweise Hörz’ Stellvertreter, Ulrich Röseberg, innehatte und der u. a. auch Kurt Hagers Tochter Nina angehörte. Verschärfend wurden als Exempel für Unbelehrbarkeit Rubens Parteiausschluß und meine Parteistrafe von 1958 in die Debatte eingeführt.

Die „Grüne Mappe“

4. Kurz nach unserem Auszug aus der Parteileitungssitzung hatte Buhr außerdem eine Kommission zur Untersuchung der Rubenschen Arbeiten eingesetzt, an deren Spitze er seinen Stellvertreter stellte. Über die Gründe, die Buhr zu diesem Schritt bewogen haben, habe ich lange gegrübelt. Wie auch immer, eine Kommission dieser Art ins Leben zu rufen, war ungewöhnlich. In der Hochzeit der Revisionistenjagd in der DDR, in den Jahren 1957/58, hatte das SED-Politbüro mit den ZK-Generalsekretär Walter Ulbricht an der Spitze das Monopol zu bestimmen, was Revisionismus ist und wer seine Vertreter sind. Die Definitionshoheit, den Begriff des Revisionismus zu bilden und zu urteilen, wer ihn erfülle, hatte nun die von Buhr eingesetzte Kommission in der Erwartung an sich gezogen, daß die Parteiorgane ihrem Urteil folgen werden. Diese Rechnung ging auf. Charakteristisch hierfür die Äußerung des Vorsitzenden der Bezirksparteikontrollkommission: Wir gehen davon aus, wenn parteierfahrene Professoren Revisionismus feststellen, dann ist das auch so. Wie auch sollte der – meines Wissens – ehemalige Metzger, Gen. Seidel, anders urteilen? Aber zu urteilen wurde von ihm kraft seines Amtes verlangt.

Revisionismus als Sünde kann es nur geben, wenn eine festgeschriebene Doktrin existiert, die nicht revidiert, d. h. nicht verändert werden darf. Mit der Phrase von der Einheit und Reinheit der marxistisch-leninistischen Philosophie und Weltanschauung wurde eben dieses Veränderungsverbot ausgesprochen. Da die Forderung nach Einheit und Reinheit jedoch rein *formal* ist, kann sie mit unterschiedlichem Inhalt gefüllt werden. Somit konkurrierte man um das *Monopol*, bestimmen zu dürfen, worin dieser Inhalt der Reinen Lehre zu bestehen habe. Und darum ging es den hochdekorierten und über vielfältige Beziehungen zum Parteiapparat verfügenden Granden der Zunft. Nur sie – zu denen zweifellos die Akademiemitglieder und Nationalpreisträger Buhr und Hörz zählten – hatten die Chance, die von ihnen favorisierten Konzepte, die in der Regel die eigenen waren, als allgemeinverbindlich für die Zunft zu erklären. Die Partei- und Wissenschaftsfunktionäre übernahmen diese (angesichts ihrer eigenen fachlichen Inkompetenz) in der Regel im Vertrauen darauf, daß die Hochrangigkeit dieser wissenschaftlich und ideologisch „aus-

gewiesenen Kader“ die Verbindlichkeit des Inhalts garantiere. Bezogen auf den hier vorgestellten Fall, bedeutet das: Im Hinblick auf die Bestimmung dessen, was allgemeinverbindlicher Inhalt der marxistischen *theoretischen Philosophie* zu sein habe, ist sie wesentlich die Geschichte, wie Hörz darum gekämpft und gesiegt hat, sich innerhalb der DDR-Philosophie das Deutungsmonopol für die Bestimmung philosophischer Fragen der Naturwissenschaften zu sichern.[1]

Der *Bericht der Kommission zu politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Einschätzungen von Publikationen von Dr. Peter Ruben* war am 10. 2. 1981 fertiggestellt. Kirchhoff führte Regie und nannte das Pamphlet wegen der lichtgrünen Schnellhefter, in die seine Exemplare geheftet waren, „Grüne Mappe“.[2] Ich erspare mir und den Lesern, auf die hier gesammelten Gutachten einzugehen. Sie sind komplett in Rauhs Dokumentation zur Affäre Ruben enthalten; ich zitiere nur aus der Zusammenfassung.

„1. P. Ruben verläßt in entscheidenden Fragen von politischer Relevanz den Boden des Marxismus-Leninismus. Grundzüge seiner theoretischen Überlegungen sind revisionistisch. Ihre praktischen Konsequenzen laufen den Grundlagen der Politik unserer Partei zuwider.

2. Theoretische Basis dessen ist, daß er in wichtigen Fragen der Philosophie auf Positionen fußt, die nicht mit dem Marxismus-Leninismus vereinbar sind, so in der Grundfrage der Philosophie, in der Widerspiegelungstheorie, in wesentlichen Momenten der Dialektik, insbesondere der Widerspruchsauffassung, im Verhältnis der Philosophie zu den Einzelwissenschaften und in seinen Auffassungen zur Geschichte und zur Ökonomie. Stattdessen wird der Marxismus-Leninismus von eklektisch verengten Zügen eines positivistischen Reduktionismus, eines vulgären Materialismus, eines primitiven Abbild-Idealismus und der Metaphysik verdrängt.

3. Die Denk- und Darstellungsweise Rubens ist durch einige charakteristische Züge gekennzeichnet: vom Marxismus-Leninismus und einer Reihe von Einzelwissenschaften werden nur Teilaspekte reflektiert, soweit sie seinen Auffassungen dienlich erscheinen. Damit wird der Anspruch erhoben und der Anschein erweckt, als beruhten seine Ergebnisse auf umfassender Sachkenntnis. Alle vorliegenden Gutachten widerlegen diesen Anspruch. Die Denk- und Darstellungsweise ist ferner durch unsachgemäße Verwendung logischer und mathematischer Methoden gekennzeichnet. Schließlich werden durch hoch-

1 Werner Kalweit (Leiter des Forschungsbereichs Gesellschaftswissenschaften der AdW) konstatierte 1981 für seinen Forschungsbereich eine erfolgreiche Kaderentwicklung und hohes weltanschaulich-theoretisches Niveau, aber diese „kontrastieren noch mit Zurückbleiben und einzelnen Fehlleistungen (z. B. bei der Philosophie) mit dem Bereich Wissenschaftsentwicklung einerseits und dem Bereich Dialektik andererseits. Der Bereich Wissenschaftsentwicklung hat im DDR-Maßstab zweifellos eine Spitzenposition inne.“ LAB C Rep. 903 01-11/265

2 Die „Grüne Mappe“ ist vollständig abgedruckt in: Rauh, a. a. O. Wir hatten rasch entdeckt, daß es schon einmal eine „Grüne Mappe“ gegeben hatte. Die enthielt das von Göring zu verantwortende Programm der Ausplünderung und Versklavung der Völker der Sowjetunion vom 16. Juni 1941. Wir ließen natürlich keine Gelegenheit aus, auf die Peinlichkeit dieses Namens hinzuweisen.

trabende Formulierungen und eine gekünstelte Sprache Unzulänglichkeiten in der inneren Logik der Gedankenführung kaschiert.

4. Mit Hilfe aller genannten Momente wird eine elitäre Denkhaltung konstituiert, die sich in wichtigen Fragen mit Auffassungen von Pseudolinken in Westberlin und zum Teil der BRD berührt."[1]

Wie dem Text zu entnehmen, fand hier kein Diskurs mit wissenschaftlichen Argumenten statt, sondern ein Tribunal zur Verurteilung eines Häretikers, der zu exkommunizieren ist. Verketzert werden die philosophischen Ansätze Rubens – und zwar total, wodurch im Gegenzug die seiner Richter als alleingültige Lehrmeinung festgeschrieben werden. Folgerichtig findet daher unter Punkt zwei die Monopolisierung der Hörzschen, gegen Ruben behaupteten Positionen statt.

Das zitierte Gesamturteil war nichts als eine Abbreviatur der von den Gutachtern gefällten Urteile. In ihrer Mehrheit waren die Gutachter Mitarbeiter des Instituts; nur im Falle der Beurteilung des Ruben/Wagner-Artikels: *Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch* (DZfPh 10/80) wurden Ökonomen von außerhalb bemüht. Es kann m. E. kein Zweifel bestehen, daß die Gutachter wußten, woran sie teilnahmen. Fast alle bekannten 1990, gewußt oder zumindest geahnt zu haben, daß hier „durch politische Reglementierungen eine Auseinandersetzung um Möglichkeiten und Grenzen der Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus abgebrochen" wurde – um nur einen von ihnen zu zitieren.[2]

Sobald die „Grüne Mappe" fertiggestellt war, wurden ihre Exemplare gezielt innerhalb und außerhalb der Akademie verteilt, um – wie der Direktor des ZIPh an den Sekretär der Akademie-Kreisleitung schrieb – „mit diesem Material innerhalb und außerhalb des Instituts in geeigneter Weise arbeiten zu können. Denn es geht darum, einen bestimmten ‚Einfluß' von R. zurückzudrängen bzw. Genossen, die sich in dieser Angelegenheit Illusionen hingeben, von der Falschheit ihres Standpunktes zu überzeugen."[3] Für die Mitarbeiter des ZIPh wurde die „nur für den Dienstgebrauch!" deklarierte „Grüne Mappe" streng konspirativ gehandhabt. Alle waren verpflichtet, sie zu lesen.[4] Sie war weggeschlossen und wurde nur zur Lektüre im Institut und nur per Unterschrift ausgeliehen. Auch Peter Ruben konnte sich mit seiner Anklageschrift nur auf diese Weise bekannt machen. Tagelang hat er im Institut gesessen und sie – für jeden ersichtlich – per Hand abgeschrieben. Weit weniger konspirativ war der Umgang mit diesem Papier offensichtlich außerhalb des Instituts, ja sogar außerhalb der DDR. Nach unserer Kenntnis war beispielsweise der

1 Rauh a. a. O., S. 169f.
2 Jörg Schreiter; vgl. Rauh, a. a. O., S. 190
3 Brief vom 18. 2. 1981. In: Privatarchiv Ruben/Warnke
4 Aus dem Protokoll der Dienstbesprechung beim Direktor vom 24. 2. 1981: Alle Bereichsleiter werden angewiesen zu sichern, daß alle wissenschaftlichen Mitarbeiter das gesamte Material … zur Kenntnis nehmen. Es ist ferner zu sichern, daß das Material in allen Bereichen gründlich diskutiert wird. … Es ist zu sichern, daß die Einsichtnahme in das Material ohne Ausnahme nur am Institut geschieht. Kopie in: Privatarchiv Ruben/Warnke

DKP-Funktionär Robert Steigerwald im Besitz eines Exemplars, um mit diesem „den Einfluß Rubens“ in der linken Szene der BRD „zurückzudrängen“ – mit offensichtlich nur begrenztem Erfolg. Der Marburger Politikwissenschaftler Frank Deppe, dem Steigerwald die Mappe zur Lektüre angeboten hatte, soll jedenfalls abgelehnt haben, sie überhaupt zu lesen.

Dank der Existenz der „Grünen Mappe“ glaubte man sich nun auch legitimiert, im Namen des Redaktionskollegiums der DZfPh auf dessen Sitzung vom 20. 2. 1981 den Chefredakteur Hans-Christoph Rauh anzuweisen, daß in Fußnoten, Rezensionen und dergleichen Hinweise auf Ruben künftig zu vermeiden seien – ausgelöscht soll sein Name sein! In der Grundorganisationsversammlung vom 25. 2. 81 verkündete schließlich Parteisekretär Hubert Horstmann, daß der Bericht der „Grünen Mappe“, den Kirchhoff hier verlesen hatte, Bestandteil des Parteiverfahrens sei.

Am 3. 3. 1981 erreichte die absurde Inszenierung einen Höhepunkt. Die geballte Macht der versammelten Gutachter und Leitungsorgane hatte Ruben vorgeladen, in Erwartung, daß er nach so viel Druck endlich widerrufen möge. Der Kniefall fand nicht statt.

Ruben beschränkte sich auf einen lakonischen Kommentar zu den zum Ökonomieartikel in der DZfPh 10/80 verfaßten Gutachten, da insbesondere mit diesem Text der Revisionismusvorwurf verbunden wurde. Der Ökonom Herbert Meißner (damals Stellvertreter von Kalweit) hatte für „nicht marxistisch“ erklärt, daß Ruben den Wert unabhängig von den Eigentumsformen betrachte, einen „Wert ohne Waren und ohne Warenproduktion konstituiert“.[1] Wolfgang Heinrichs (Direktor des ZI für Wirtschaftswissenschaften an der AdW) hingegen befand, die Autoren ordnen „der Warenproduktion und ihren Kategorien im System der sozialistischen Produktionsverhältnisse einen bestimmenden … Platz zu“.[2] Das heißt – so Ruben: In Sachen Warenproduktion wird von Heinrichs das Gegenteil von dem behauptet, was Meißner formuliert. So bin ich also Revisionist, weil ich *für*, und bin Revisionist, weil ich *gegen* die Warenproduktion im Sozialismus bin. Beide Urteile können nicht zugleich wahr sein. In der zusammenfassenden Einschätzung der Kommission aber gelten beide einander logisch widersprechenden Urteile als Zeugnis dafür, daß „die Positionen des Marxismus-Leninismus verlassen“ wurden.[3] Das sei absurd und daher keine Basis für eine Diskussion! Es gibt weitere logische Widersprüche in der „Grünen Mappe“: Höppner behauptet, Ruben reduziere den Widerspruch auf den Widerstreit, Segeth dagegen, daß er den Widerspruch auf die Einheit reduziere. Erpenbeck findet, daß Ruben Wesen und Erscheinung trenne, Höppner, daß er beide identifiziere.[4]

1 Vgl. Rauh, a. a. O., S. 172
2 Vgl. ebd., S. 176
3 Vgl. ebd., S. 163
4 Vgl. Peter Ruben an den Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission, Erich Mückenberger, 9. Mai 1981. In: Rauh, a. a. O., S. 316

Noch am selben Tag machte Hörz auf einer Tagung der SED-Kreisleitung die versammelten Genossen mit diesem neuesten Stand der Anti-Ruben-Kampagne bekannt, mit dem Fazit: „M. E. kann es nur noch eines geben: – Ausschluß!“[1]

Der sog. „Ruben-Fraktion“ blieb angesichts dieser Lage gar nichts anderes übrig, als in die Offensive zu gehen und den Konflikt mit der Institutspolitik möglichst öffentlich auszutragen, wollten wir nicht, daß uns hinter verschlossenen Institutstüren das Rückgrat gebrochen werde. Aber eine demokratische Öffentlichkeit als Austragungsort ideologischer Differenzen hätte uns nur jenseits der Grenze zu Verfügung gestanden, und sie in Anspruch zu nehmen, hätte uns zu Dissidenten gemacht, die wir nicht waren und nicht sein wollten. Als einzig gangbarer Weg, unseren Einspruch zu artikulieren, blieb uns – unter den gegeben Systembedingungen – nur der zu den SED-Parteikontrollorganen. Diese hatten u. a. über die Einhaltung des Parteistatuts zu wachen, in dem die innerparteiliche Demokratie verbürgt war. Danach war das Parteimitglied verpflichtet, „gegen jeden Versuch anzukämpfen, die Kritik zu unterdrücken“, und berechtigt, „an der Tätigkeit der Mitglieder und Funktionäre, unabhängig von ihrer Stellung, Kritik zu üben“, ferner „sich mit jeder Frage an jedes höhere Organ der Partei zu wenden und eine auf das Wesen der Sache eingehende Antwort auf seine Eingabe zu verlangen“.[2]

Dieses Statut nahm die sog. „Ruben-Fraktion“ (bestehend aus Ruben, Warnke, Beurton, Hartmann und Hedtke) beim Wort. Wir wandten uns geplant und arbeitsteilig an die Kontrollinstanzen der Partei und klagten gegen den Machtmißbrauch und die selbstherrliche Ignoranz, mit der die Leitungen des Instituts mit der im Statut verbürgten innerparteilichen Demokratie umgingen. Unsere Eingaben waren das Experiment zur Aufklärung, in welchem Grad von Korruptheit sich diese Partei befand. Danach war die Trennung von ihr für uns nicht mehr schwer. Die Lesart dieser Aktivitäten seitens unserer Kontrahenten lautete so: Eine Gruppe von fünf Genossen hat versucht, „ihre Konzeption, die im Meinungsstreit nicht bestand, mit politischen Mitteln durchzusetzen“. Unter diese „politischen Mittel“ wurden all jene Aktionen subsumiert, mittels derer wir uns gewehrt hatten.

Die Parteiausschlüsse

Die Parteiverfahren fanden am 6. 4. 1981 statt. Das Referat des Parteisekretärs war mit der „BPKK durchgesprochen“[3] worden und hatte deren Zustimmung erhalten. Das Plazet der KPKK, deren Vorsitzende gleichzeitig Instituts-Ka-

1 Vgl. LAB C Rep. 903 01-11/215

2 Vgl. Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vom IX. Parteitag, 18.–22. 5. 1976), Berlin 1976, §§2 und 3

3 KPKK: Kreisparteikontrollkomission; BPKK: Bezirksparteikontrollkomision; ZPKK: Zentrale Parteikontrollkomission.

derleiterin und Mitglied unserer SED-Grundorganisation war, war ohnehin gewiß; sie hatte den Gang der Ereignisse von Anfang an als ausgemachte Scharfmacherin begleitet. Auch die ZPKK war bereits involviert, mit der nur „noch letzte Absprachen … notwendig" wären.[1] Die von uns angerufenen Kontrollorgane hatten sich in konzertierter Aktion bereits *vor* den Parteiverfahren für deren Rechtmäßigkeit entschieden. Wir hatten sie durch unsere Eingaben vor die Entscheidung gestellt, entweder unsere Kritik zu akzeptieren und daraus die Konsequenzen zu ziehen oder uns als Kritiker und Störenfriede der „Einheit und Geschlossenheit" der Partei politisch unschädlich zu machen. Sie entschieden sich für letzteres.

Zum Verlauf dieser Versammlung nur soviel: Die Parteileitung machte für die zu verhängenden Parteistrafen folgende Vorschläge: Ruben: Parteiausschluß, Warnke: strenge Rüge, Hartmann: strenge Rüge, Beurton: Rüge. Die Strategie war damit klar: Ruben sollte isoliert und den anderen die Chance gegeben werden, sich selbstkritisch als ideologisch verirrt und verführt zu bekennen Als die zu ahndenden Vergehen wurden im Referat der Parteileitung genannt: 1. fraktionelle Tätigkeit der Gruppe Ruben, Warnke, Beurton, Hartmann und Hedtke; 2. Rubens Revisionismus und sein Abweichen von den Grundpositionen des Marxismus-Leninismus; 3. ungenehmigte Westkontakte; 4. statutenwidriges Verhalten. Über die Parteistrafe für Ruben konnte nicht abgestimmt werden, da er krankheitshalber an der Versammlung nicht teilnahm. Für Hartmann und Warnke wurde wegen fehlender Selbstkritik auf Ausschluß plädiert, für Beurton blieb es – wohl mit Rücksicht auf seine Abstammung aus dem Kuczynski-Clan – bei der beantragten Rüge.

Der letzte Teil der Versammlung hatte Wortmeldungen zum Verfahren gegen den abwesenden Ruben zum Thema. Aber ins Zentrum der Debatte geriet Werner Röhr (aus dem Bereich Kritik der bürgerlichen Philosophie), der Buhr der erpresserischen Drohung und Einschüchterung beschuldigte, weil dieser in seinem und anderen Bereichen erklärt hatte, daß für Leute, die sich gegen den Ausschluß von Ruben aussprechen, kein Platz in der Partei und im Institut sei, daß für sie das Arbeitsgesetzbuch nicht gelte. Das aber führte umgehend zur Eröffnung eines Parteiverfahrens (nicht etwa gegen Buhr, sondern) gegen Röhr, das am 16. 4. 1981 vor der Kreisparteikontrollkommission gleichfalls mit Ausschluß endete, wie auch das Parteiverfahren gegen Ulrich Hedtke, der Verstöße gegen die Wahlordnung öffentlich gemacht hatte. Peter Ruben wurde – ohne je gehört worden zu sein – gleichfalls von der KPKK am 6. 5. 1981 aus der Partei ausgeschlossen.

Es war wohl die Furcht der Parteiorgane vor einer DDR-Variante der Solidarność-Bewegung, die überhaupt erst möglich gemacht hat, daß aus einem Meinungsstreit um theoretische Konzepte der Revisionismus-Vorwurf glaubhaft konstruiert, eine parteifeindliche Fraktion gezimmert und der ganze Vorgang zu dieser grotesken Haupt- und Staatsaktion hochgespielt werden

1 Bericht der Parteileitung …a. a. O.

konnte. Mit Inkrafttreten der KSZE-Akte und der verstärkten Reisetätigkeit von AdW-Mitarbeitern ins kapitalistische Ausland wurde auch im Parteiapparat der AdW mit Sorge der allgemeine Trend konstatiert, zu leger mit den Westkontakten umzugehen.[1]

Der Fall Ruben aber kam in dieser Situation für die SED-Kreisleitung wie gerufen, um der realen wie imaginierten Erosion entgegenzutreten und an ihm den übergeordneten Leitungen die eigene Kampfkraft zu demonstrieren. Freilich mußte die SED-Grundorganisation des ZIPh mitspielen. Ihr Part war es, dafür zu sorgen, daß nicht mehr als zehn Prozent der Mitglieder gegen die Parteiausschlüsse stimmten. Vermutlich, um die Unbestimmtheit des Ergebnisses zu verringern, hatte der Direktor zur erpresserischen Drohung gegriffen. 13 Gegenstimmen im Falle meines Ausschlusses waren zuviel gewesen (nämlich 13 Prozent der Mitgliedschaft). Sie konnten schließlich durch weiteren Druck auf acht verringert werden. Mit diesem Abschluß der Parteiverfahren aber hatte der Direktor des Instituts dem Parteiapparat seine Führungsstärke bewiesen und wurde gemäß Berufungsturnus (seitens der Partei befürwortet von Kalweit und Horstmann) Mitte des Jahres für die nächsten vier Jahre in seinem Amt wiederberufen.[2]

Bleibt zu fragen, warum eine Grundorganisation von 100 Mitgliedern bei dieser Groteske so ziemlich geschlossen mitgespielt hat. Ich halte für den vielleicht wichtigsten Grund die Arbeitsbedingungen am ZIPh. Mit in der Regel zwei Präsenztagen in der Woche boten sie den wissenschaftlichen Mitarbeitern einen Grad an freier Verfügungsgewalt über die eigene Zeitgestaltung, für die man bereit war, manche Kröte zu schlucken. Einen solchen Arbeitsplatz zu verlieren, wollte man schwerlich riskieren. Wenn man, mit einem Parteiausschluß belastet, das Institut hätte verlassen müssen, war es fast ausgeschlossen, eine der eigenen Qualifikation gemäße, ja überhaupt wieder eine Arbeitsstelle zu finden – wie die Schicksale von Dieter Püschel und Lothar Pawliczak dann ad oculos demonstrierten. Beide waren mit Recht in den Verdacht geraten, Sympathisanten der Ruben-Gruppe zu sein und die Parteipraktiken zu ihrer Ausgrenzung zu mißbilligen. Beide wurden unter dem Vorwand arbeitsrechtlicher Vergehen aus der Partei ausgeschlossen und entlassen.

Unvorhergesehene Wendung

Vier Tage nach der Ausschlußversammlung, am 10. April, war unter dem Titel *Ketzerverfahren im 20. Jahrhundert: Aus dem Innenleben einer kommunistischen Grundorganisation* in der *taz* ein Bericht über diese Versammlung erschienen, die unverkennbar auf Informationen beruhte, die nur ein Teilnehmer an der Versammlung haben konnte. Wie uns taz-Redakteur Wolschner nach der Wende mitteilte, war dieser Informant Wolfgang Templin, einer der jun-

1 Ebd.
2 LAB C Rep 903 01-11/267

gen Leute unseres Bereichs, dessen weitere politische Entwicklung die Erfahrung mit diesem korrupten Parteimilieu gewiß beeinflußt hat.

Am 18. 4. 1981 stellte sich überraschend Wulf Krause[1] vom Bund Demokratischer Wissenschaftler (BDWi) aus Hannover bei uns ein. Er teilte uns mit: Vor zwei Tagen habe sich der gegenwärtige Vorstand des BDWi an den DKP-Vorstand gewandt und verlangt, er möge bei der SED-Führung bewirken, daß uns Ausgeschlossenen weiterhin wissenschaftliche Arbeits- und Publikationsmöglichkeiten und ein angemessener Lebensstandard erhalten bleibe. „Wir wollen, daß Ihr in der DDR bleibt und Euch nicht als Dissidenten aufbauen laßt", verlangten sie im Gegenzug.[2] Einspruch dagegen, daß hier eine Möglichkeit produktiven philosophischen Dialogs zwischen Ost und West abgebrochen werden soll, ist auch der Tenor der Proteste, mit dem sich im April und Mai zahlreiche prominente westdeutsche Kollegen an den Präsidenten der AdW wandten.[3]

Im Auftrag des DKP-Vorstands ist Robert Steigerwald meines Wissens um den 11. Mai 1981 im ZK der SED bei Hermann Axen vorstellig geworden. Er hat ihm wohl klargemacht, daß die Stigmatisierung von Rubens theoretischem Ansatz als revisionistisch und das für ihn und seine Gruppe deshalb zu erwartende Berufsverbot die Bündnispolitik der DKP mit den ihr nahestehenden Wissenschaftlern in Frage stellt. In der Beratung zwischen Axen, Hager und Steigerwald muß der Kompromiß gefunden und die Sprachregelung vereinbart worden sein, daß unser Parteiausschluß bestehenbleibt, aber der Revisionismus, die Westkontakte und der Fraktionsvorwurf aus seiner offiziellen Begründung gestrichen werden, so daß nur noch Verstöße gegen Parteinormen übrig bleiben.

---

1 Wulf Krause hatte Rubens Konzept der Wissenschaft als allgemeine Arbeit gegen Hültenschmidt/Schubrings verständnislose Einwände verteidigt. Vgl.: E. Hültenschmidt/G. Schubring: Bemerkungen zu reduktionistischen Wissenschaftsauffassungen, I u. II, in SOPO H. 45 u. 46; W. Krause: Wider den psychologischen Reduktionismus in der Philosophie. Notwendige Bemerkungen zu Hültenschmidt/Schubring, in: SOPO 46

2 Im Brief des BDWi an den DKP-Parteivorstand, unterschrieben von Prof. Dr. Brokmeier, Hannover, Prof. Dr. Frank Deppe, Marburg, Prof. Dr. K. H. Tjaden, Kassel, Prof. Dr. Margarete Tjaden-Steinhauer, Kassel, heißt es u. a.: „Von den zahlreichen DDR-Wissenschaftlern, die seit dem VIII. Parteitag der SED dem Marxismus zu einer beachtlichen Reputation hier in der BRD verholfen haben, rangiert der Philosoph Peter Ruben zweifellos in der Spitzengruppe. Es ist dabei völlig unerheblich, ob die Repräsentanten der DDR-Wissenschaft (etwa Harry Nick für die Ökonomie, oder Uwe-Jens Heuer für die Rechtswissenschaften, oder Werner Mittenzwei für die Literatur, oder Wolfgang Küttler für die Geschichte, oder Wolfgang Heise für die Philosophie, um nur einige wenige Beispiele beim Namen zu nennen) irgendeinen Konsens mit ihren westdeutschen Wissenschaftlerkollegen erzielten oder nicht; entscheidend für das Ansehen der DDR-Wissenschaft war und ist vielmehr der Anspruch, mit dem der jeweilige DDR-Kollege fachlich und als Kommunist hier ernstgenommen werden konnte und demgemäß auch ernst genommen wurde." In: Rauh, a. a. O., S. 297 f.

3 So Prof. Dr. M. Theunissen (Berlin), Prof. P. Lorenzen (Erlangen), Dr. M. Wolff (Bielefeld), Prof. Dr. J. Mittelstraß und Prof. Dr. F. Kambartel (Konstanz), Prof. Dr. H. Kimmerle (Rotterdam). Der Vorsitzende der Internationalen Hegel-Gesellschaft, W. R. Beyer, legte seine Mitgliedschaft als „auswärtiges Mitglied" der AdW nieder. Die Schreiben sind publiziert in: Rauh, a. a. O., S. 299 ff.

Die praktische Umsetzung des erzielten Kompromisses sah auf Weisung Kurt Hagers so aus: Es gibt kein Berufsverbot. Die Mitglieder der Gruppe der Ausgeschlossenen bleiben in Lohn und Brot, aber nicht als Gruppe. Sie werden in verschiedene Institute der Akademie versetzt. Ruben wird nicht aus dem ZIPh entfernt, um Liberalität zu demonstrieren und (vermutlich auch) um ihn unter Kontrolle zu behalten.

Am 15. 5. 1981 begann Buhr auf Weisung Hagers mit der Verteilung der Ausgeschlossenen. Mir wurde angeboten, ins Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie (ZIAGA) zu wechseln, da man sich erinnerte, daß ich meine Dissertation zum Thema Medizin und Philosophie in der griechischen Antike geschrieben hatte.[1] Bruno Hartmann fand seinen Platz im Institut für Theorie und Organisation der Wissenschaft (IWTO) im Bereich Wissenschaftsgeschichte (von Hubert Laitko), Werner Röhr im Bereich Allgemeine Geschichte am Zentralinstitut für Geschichte. Peter Beurton und Ulrich Hedtke wurden in den Bereich Philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung versetzt, also dem Hörz-Bereich eingegliedert.

In eine prekäre und am Ende blamable Situation geriet Sandkühler. Steigerwald hatte nach seiner Rückkehr versichert: „Es gibt keinen Revisionismusvorwurf gegen Ruben, wenn Ruben das sagt, lügt er." Sandkühler vertraute offenbar dieser Botschaft, war erleichtert und stellte sich an die Spitze ihrer Verbreitung. In diesem Sinne verfaßte er im Mai 1981 dann die „Stellungnahme der Herausgeber der Studien zur Dialektik".[2] In ihr heißt es u. a.:

„Die in den Medien angestellte Vermutung, ideologische Gründe hätten zum Parteiausschluß der Betroffenen geführt, entsprechen nach dem Kenntnisstand der Herausgeber nicht den Tatsachen. Die in Dialektik und Arbeit der Philosophie entfalteten theoretischen Auffassungen lassen derartige Spekulationen nicht als begründet erscheinen. Die den Herausgebern bekannten Erklärungen für die Parteiverfahren beziehen sich ausschließlich auf innerorganisatorische Statutenverletzungen und werden deshalb von uns nicht kommentiert."

Die Hegel-Vereinigung hatte zum Stuttgarter Hegel-Kongreß im Juni 1981 – in Erwiderung der gemeinsamen Moskauer Tagung 1980 – die Internationale Hegel-Gesellschaft eingeladen, und ihr Vorsitzender, Dieter Henrich, hatte

1 Im ZIAGA sollte ich – wie sich herausstellte – jedoch nicht zur griechischen Philosophie arbeiten, sondern in einer Arbeitsgruppe zur Ökonomie der Antike, die für mich völliges Neuland war. Entsprechend lang würde es also dauern, ehe ich mich publizistisch wieder zu Wort melden konnte. Die lockere ideologische Atmosphäre, die ich dank der mehrheitlich jungen Kollegen hier vorfand, und das wache und kritische Problembewußtsein ihrer Leiter, H. Kreissig und G. Audring, die mich vorurteilslos aufnahmen – Kreissig ließ mich spüren, daß er wußte, wie derartige Parteiurteile zustande kommen – hat es mir damals leichter gemacht, wissenschaftlich gewissermaßen noch einmal ganz von vorne anzufangen.

2 Dialektik. Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften. Studien zur Dialektik, hrsg. von H. H. Holz, H. J. Sandkühler, B. Heidtmann (erschien jährlich seit 1980). Die Stellungnahme ist publiziert in: Rauh, a. a. O., S. 305 f. Diesen Text wollten die Herausgeber im 1981er Band „Dialektik 2" publizieren. Dagegen legte Buhr sein Veto ein: Sollte der Text dennoch in „Dialektik 2" erscheinen, könne er in der DDR nicht verkauft werden. So entschlossen sich die Herausgeber zum separaten Druck der Stellungnahme und zu deren Verteilung nur in der BRD.

Sandkühler angeboten, eine der Sektionen zu leiten. In ihr wollte und sollte Peter Furth mit einem Vortrag zum Thema: *Das Arbeitskonzept in der materialistischen Erkenntnistheorie* auftreten. Auf diese Weise glaubte Sandkühler vermutlich, die von ihm adoptierte Lesart von Rubens Parteiausschluß erhärten und demonstrieren zu können, daß in bezug auf das Arbeitskonzept von Revisionismus nicht die Rede sein könne. Diese Appeasement-Politik machte ihm Furth jedoch zunichte, indem er seinem Vortrag folgende Vorbemerkung voranstellte:

„Das Thema (…) hätte an Stelle seiner sachlichen Bezeichnung durch den Namen eines Autors formuliert werden können: Ich meine damit Peter Ruben. Der Text, den ich hier vortrage, ist so etwas wie der Versuch einer Abbreviatur seines philosophischen Ansatzes. (…) Nun ist Peter Ruben durch seinen Parteiausschluß seit kurzem in Schwierigkeiten geraten. Und es gibt widersprechende Informationen darüber, inwieweit davon seine wissenschaftliche Arbeit betroffen ist, nämlich inwieweit sie mit dem Revisionismusvorwurf belastet ist. Herr Sandkühler hat mich nachträglich zu diesem Kongreß eingeladen, damit deutlich wird, daß die in Frage stehende theoretische Position ihren Platz in der wissenschaftlichen Diskussion hat und behält. Ich danke ihm und auch Herrn Henrich dafür und nehme die Einladung um so lieber wahr, als meine direkte Kooperation mit Peter Ruben unterbrochen worden ist, da mir seit kurzem die Einreise in die DDR verweigert wird.“[1]

Damit hatte Furth die in Geltung gesetzte offizielle Sprachregelung öffentlich problematisiert und die aus der DDR angereisten Granden der Zunft, Buhr und Hahn, in Erklärungsnot gebracht. Sandkühler warf Furth vor, die Hoffnung, Ruben außerhalb polemischer Konstellation präsentieren zu können, zerstört zu haben.[2] Aber diese Hoffnung war reine Illusion, was Sandkühler wenig später erfahren mußte.

Anläßlich der Artikelkampagne in der DZfPh – von der noch die Rede sein wird – hat er dann zwar *intern* protestiert, aber es ist ihm nicht eingefallen, diesen Protest öffentlich zu artikulieren. Auf den Artikel von Gerhard Bartsch bezogen[3], schrieb er in einem Brief an Heidtmann:

„… katastrophal finde ich die ‚Abrechnung‘ von Bartsch. Diese Art Kritik ist unwissenschaftlich, unsauber, unfair. Ganz abgesehen davon, daß sie den Kritisierten geradezu zur Karikatur stilisiert, bin ich wirklich empört darüber, daß die in unserem Band veröffentlichten Schriften … als revisionistisch verteufelt werden.“[4]

Und in der Diktion deutlich abgeschwächt am 6. 10. 1981 an Hahn und Buhr:

„Den Eindruck, in den Studien zur Dialektik würden Schriften publiziert,

1 Prof. Dr. Peter Furth (Institut für Philosophie, Freie Universität Berlin). Vorbemerkung zum Vortrag auf dem Stuttgarter Hegelkongreß, Juni 1981: „Das Arbeitskonzept in der materialistischen Erkenntnistheorie“. In: Rauh, a. a. O., S. 303 f.

2 Brief Sandkühlers an Furth, a. a. O.

3 Vgl. G. Bartsch: Entwicklung – Widerspruch – Arbeit. In: DZfPh 29(1981)7

4 Brief Sandkühlers an Heidtmann vom 1. 10. 81 In: Privatarchiv Ruben/Warnke

die vom historischen und dialektischen Materialismus wegführen, kann ich aus objektiven Gründen nicht unwidersprochen lassen. Wir haben den zitierten Band im Bewußtsein herausgebracht, Beiträge zur innermarxistischen Diskussion zu dokumentieren. An dieser Qualität der Schriften zu zweifeln, bestand für uns um so weniger Anlaß, als sie – mit wenigen Ausnahmen aus wissenschaftlichen Quellen der DDR übernommen wurden.“[1]

Wohl wahr, aber bei dieser internen Beschwerde beließ es Sandkühler offenbar. Heidtmann jedoch, mit dem bisherigen Verlauf unserer Geschichte vertraut, sah anläßlich der Anti-Ruben-Kampagne in der DZfPh voraus, daß Ruben darauf nicht werde antworten können, und erklärte seinen Rücktritt aus der Redaktion der *Dialektik.*

Öffentliche Verurteilung

Als Sandkühler im fernen Stuttgart darauf bestand, daß Ruben nicht wegen Revisionismus aus der Partei ausgeschlossen worden sei, und als das bündnispolitische Abkommen mit Steigerwald ausgehandelt wurde, lief die Anti-Ruben-Kampagne auf den verschiedenen Ebenen des Parteiapparates – von der Parteileitung des ZIPh bis zur Abteilung Wissenschaften des ZK der SED – auf vollen Touren.

Am 28. 5. 1981 schickte die SED-Kreisleitung – nach etlichen Tagungen, auf denen sie die immer abenteuerlicher ausgestaltete Kunde von Rubens parteifeindlichen Aktionen verbreitet hatte – eine abschließende offizielle Information über die Parteiverfahren (adressiert an das Politbüro) an Kurt Hager. In ihr ist unter der Rubrik „Revisionismus“ definitiv nur der Ökonomie-Artikel in der DZfPh 10/1980 genannt. Ansonsten ist von seinen Abweichungen die Rede, und zwar in bezug auf a) das Verhältnis von Philosophie und Einzelwissenschaften, b) die Widerspiegelungsauffassung, c) den Arbeitsbegriff– also in bezug auf genau jene Problembereiche, die Ruben kontrovers zu Hörz und damit laut „Grüner Mappe“ abweichend vom Marxismus-Leninismus gelöst hatte.[2]

In seiner Eingabe an die ZPKK vom 9. Mai 1981 hatte Ruben es noch für ausgeschlossen gehalten, daß die „Grüne Mappe“ das Licht der Öffentlichkeit erblicken könnte. Denn in der Öffentlichkeit würde man sich mit ihr wissenschaftlich doch nur blamieren.[3] Aber es war bei diesen Texten ja gar nicht darauf angekommen, durch wissenschaftliche Argumente zu überzeugen, son-

1 Brief Sandkühlers vom 6.10.1981 an Hahn und Buhr. In: Privatarchiv Ruben/Warnke

2 Dieser Text ging mit einer Hausmitteilung von Kurt Hager an Erich Honecker. In ihr ist vom „arroganten Verhalten“ Rubens, „der schon einmal ausgeschlossen war“, von „parteiwidrigem Verhalten“, „Mißachtung der Partei- und Institutsleitung“ die Rede, von „reichlich abstrakten und konfusen Theorien“, die „als ‚revisionistisch‘ gewertet werden“. Von den abstrakten und konfusen Theorien Rubens war auch bei Hörz wiederholt die Rede. In: Rauh, a. a. O., S. 314

3 Peter Ruben an den Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission, Erich Mückenberger. In: Rauh, a. a. O., S. 316 f.

dern nur darauf, unmißverständlich klarzustellen, daß man bei der tradierten Lesart der marxistisch-leninistischen Philosophie zu bleiben hatte, punktum. Und in dieser Hinsicht waren die Urteile der „Grünen Mappe“ von ungeheurer „Überzeugungskraft“.

Mit der Artikelkampagne in der DZfPh wurde die „Grüne Mappe“ nachträglich für ihre ideologischen Verdienste geadelt. Sie wurde im Heft 7/1981 mit einem Artikel des alten ökonomischen Haudegens Alfred Lemmnitz eröffnet (von Buhr „mein Freund Lemmnitz“ genannt), der in seinem langen Parteileben so manche Schlacht gegen vermeintlich Abtrünnige geschlagen hatte und der sich unter dem Titel *Wertform und Philosophie* Ruben/Wagners Artikel *Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch* (in DZfPh 10/1980) vornahm. Aber den Revisionismusvorwurf, der ihm im Falle Behrens (1958) so leicht von den Lippen ging, sucht man in diesem Artikel vergebens. Man hatte ihm wohl gesagt, daß dieses Wort aus bündnispolitischen Rücksichten zu vermeiden sei. So hat er sich ersatzweise den Satz ausgedacht:

„Die ‚Überlegungen zur entwicklungstheoretischen Auffassung des Arbeitswerts in der sozialistischen Produktion‘ von Peter Ruben und Hans Wagner gehen sowohl an der marxistisch-leninistischen Wertlehre als auch an der Praxis der sozialistischen Wirtschaft vorbei…“[1]

Im selben Heft begibt sich Gerhard Bartsch als Ruben-Töter in den Ring; und das muß er auch, denn er sollte sich als Leiter des Bereichs Diamat, der die Ruben-hörige C. W. abgelöst hatte, als linientreuer Leiter des Widerspruchsprojekts präsentieren. Sein Beitrag *Entwicklung – Widerspruch – Arbeit*[2] dokumentiert zum einen sein völliges Einverständnis mit den Urteilen der „Grünen Mappe“, aus denen er zusammengestoppelt worden ist, zum anderen sein völliges Unverständnis der von ihm kritisierten Texte Rubens. Und das von ihm eigenständig Hinzugefügte, wie etwa der Satz: „Die Verwendung des Gattungsbegriffs gehört in die nichtmarxistische Philosophie“, weshalb es nicht statthaft sei, wie Ruben und Wagner, von „gegenständlich gegebenen Gattungen“ zu sprechen[3], ist in seiner Einfalt unübertrefflich. Angesichts dieser dilettantischen Sudelei hatte sich Sandkühler empört: „Katastrophal“ fand er – wie schon gesagt – die „Abrechung“ von Bartsch.

Im Heft 9/1981 der DZfPh meldete sich Götz Redlow zu „einem unakzeptablen philosophischen Konzept“ zu Wort, womit natürlich dasjenige Rubens gemeint war. Redlow war damals Leiter des Bereichs Dialektischer Materialismus bei den Philosophen der Humboldt-Universität und Vorsitzender des Rates für Dialektischen Materialismus. Unter anderem seine Teilnahme an der ideologischen Verurteilung Rubens stellte der Öffentlichkeit vor, daß sie keine innere Angelegenheit des Philosophieinstituts der Akademie war, son-

1 A. Lemmnitz: Wertform und Philosophie. In: DZfPh H. 29(1881)7, S. 778. Dieser Artikel ist wiederabgedruckt in: Rauh, a. a. O.. Der Sohn von A. Lemmnitz hat Peter Ruben nach der Wende wissen lassen, daß sein Vater vor seinem Tode 1994 bedauerte, daß er sich für diesen Artikel hatte gewinnen lassen.

2 Dieser Artikel ist auch abgedruckt in: Rauh, a. a. O.

3 G. Bartsch: Entwicklung – Widerspruch – Arbeit. In: DZfPh 29(1981)7, S. 782

dern eine DDR-weite Angelegenheit der Zunft. Unter dem Titel *Materialismus und Dialektik* wirft Redlow Ruben u. a. folgende Abweichungen von der Reinen Lehre vor: Er erinnerte an die 1960er Jahre, als schon einmal versucht worden war, die Praxis als „Zentralkategorie" der marxistisch-leninistischen Philosophie zu etablieren, was (nebenbei bemerkt, auch mit seiner Hilfe) verhindert werden konnte. Unter Berufung auf Hager (1970) malt er als Folge das Menetekel einer „abstrakten Humanismusauffassung" „einer abstrakten Anthropologie" an die Wand, die zu den verbotenen Ingredienzien der marxistisch-leninistischen Philosophie gehörten.[1] Wenn der Begriff der menschlichen Gattung an sich (wie für Bartsch und offensichtlich auch für Redlow) in der marxistisch-leninistischen Philosophie nicht vorkommen darf, dann ist natürlich auch der der Anthropologie tabu, und ebensowenig darf die Arbeit in ihrer Bestimmtheit als Gattungstätigkeit des Menschen als Philosophie-fundierend verstanden werden. Daß Ruben mit Marx also die menschliche Gattung als solche thematisiert, ist für Redlow und das Gros seiner Kritiker sein inakzeptables Kainsmal. Aus mir unerfindlichen Gründen behauptete Redlow ferner, daß Ruben Materie und Bewegung trenne und daß er die dialektisch-materialistische Widerspiegelungstheorie verfälsche. Er bescheinigt Ruben, in seinem Aufsatz *Wissenschaft als allgemeine Arbeit* einen „eigenartigen eklektischen Brei von philosophischem Idealismus" und „Vulgärmaterialismus" produziert zu haben und sich „in einträchtiger Gemeinschaft mit der Mehrzahl der Revisionisten unserer Tage" zu befinden.[2] Rubens Texte sind von Redlow so unverstanden und in ihrem Sinn so verfälscht, daß seine Studenten, von ihm aufgefordert, das Konzept Rubens zu widerlegen, ratlos vor dieser Aufgabe standen. Der Text ihres Lehrers war dafür nicht zu gebrauchen.

In Heft 2/1982 folgte dann unter dem Titel *Dialektik in der Geschichtsauffassung*[3] eine große Philippika von Wolfgang Eichhorn I gegen das Arbeitskonzept Rubens und der Westberliner Gruppe um Peter Furth. Ich lese diesen Artikel als einen Versuch, die Marxschen Aussagen zum Arbeitsprozeß, die den Marxschen Materialismus anthropologisch fundieren, so zu interpretieren, daß die anthropologische, also originär philosophische Komponente eliminiert ist und sie etwas anderes besagen, als Ruben und seine Westberliner Freunde herausgelesen haben. Auch hier sind Anthropologie und Praxisphilosophie als Feindbild des DDR-offiziellen historischen Materialismus vorgestellt. Eichhorn zitiert eine Marxstelle aus dem *Kapital* (Band 3), in dem von den Feuerbachschen Eierschalen des frühen Marx wahrlich nicht mehr die Rede sein kann, die eine eindeutig anthropologische Aussage enthält: „Soweit der Arbeitsprozeß nur ein bloßer Prozeß zwischen Mensch und Natur ist, bleiben seine einfachen Elemente allen gesellschaftlichen Entwick-

1 G. Redlow: Materialismus und Dialektik. Zu einem unakzeptablen philosophischen Konzept. In: DZfPh 29(1981)9, S. 1033 f. Dieser Artikel ist abgedruckt auch in Rauh, a. a. O.

2 Vgl. ebd. S. 1039

3 W. Eichhorn I: Dialektik in der Geschichtsauffassung. In: DZfPh 30(1982)2; wieder abgedruckt in Rauh, a. a. O.

lungsformen desselben gemein.“[1] Aber das läßt Eichhorn als Untersuchungsgegenstand so nicht gelten. Denn wo bleibt dabei die marxistisch-leninistische Lehre von der konkreten entwickelten sozialistischen Gesellschaft usw.? Also weg mit der ganzen Idee vom Arbeitsbegriff als philosophische „Zentralkategorie“! „Weg aber auch mit einer Idee von der Geschichte der Produktionsweisen und ökonomischen Gesellschaftsformationen abgelösten und hernach wieder als Modell oder Urphänomen der Gesellschaft unterlegten Subjekt-Objekt-Identität ‚Arbeit‘“[2] – also weg, möchte ich hinzufügen, mit der Philosophie! Eichhorn sah das nicht immer so. Als er gemeinsam mit Alfred Kosing an der Konzeption für das erwähnte 1967er Lehrbuch der marxistischen Philosophie arbeitete, lag ihm das, was er 1982 „praxisphilosophischen Revisionismus“ nannte, nicht so fern. Durch die drastische Kritik an der Idee, die marxistische Philosophie im Arbeitskonzept zu fundieren, der das Lehrbuch ja zum Opfer fiel, wurde er damals eines Besseren belehrt. Die Grundfrage der Philosophie, nicht die Arbeit ist es, wie auch er nun versichert, die das ganze Gebäude trägt.

Im Mai 1981 hatten alle Partei- und Wissenschaftsorgane, die in dieser Sache mitzureden hatten, der lex Ruben einmütig zugestimmt. „Auch der Wissenschaftliche Rat, dem alle namhaften Vertreter der Philosophie der DDR angehören, (befindet) sich in völliger Übereinstimmung mit der von der Gutachterkommission geäußerten Kritik und Beurteilung der Auffassungen von Ruben“, teilte am 9. 6. 1981 die Abt. Wissenschaften beim ZK der ZPKK mit.[3]

Ende des Jahres 1981 schien es zunächst so, als könne Ruben in der DZfPh auf seine Kritiker antworten. Und in dem ihm eigenen nicht zu brechendem Optimismus verfaßte er seinen ersten Antwortartikel: *Das Arbeitskonzept und die materialistische Dialektik. Bemerkungen im Meinungsstreit*[4]. In ihm setzte er sich mit Lemmnitz auseinander und legte anläßlich von Bartschs Elaborat den Unterschied zwischen der abstrakten und der konkreten Fassung der Arbeit dar. Diesen Artikel übergab Ruben Ende Januar 1982 an Buhr und – wie mit diesem vereinbart – gleichzeitig einen Text mit seinen Bemerkungen zur „Grünen Mappe“, in dem er „nur für den Dienstgebrauch!“, also für die institutsinterne Diskussion, Beitrag für Beitrag sezierte und in bezug auf Dilettantismen und Bösartigkeiten kein Blatt vor den Mund nahm. Buhr kam nach „gründlicher Überlegungen“ zu dem Schluß, „daß man den vorliegenden Artikel so nicht veröffentlichen“ könne, weil Ruben in seinem Artikel die Problematik verschiebe, indem er aus dieser Sache einen „Meinungsstreit“ mache[5], – und unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten, das wußte Buhr ge-

1 Ebd. S. 187 f.
2 Ebd. S. 175
3 Aus einer Stellungnahme der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED zum Einspruch Peter Rubens zu seinem Parteiausschluß vom 9. Mai 1981. In: Rauh, a. a. O.,S. 327
4 P. Ruben: Das Arbeitskonzept und die materialistische Dialektik. Bemerkungen im Meinungsstreit. In: Rauh, a. a. O.
5 Brief Manfred Buhrs an Erich Hahn (in seiner Funktion als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates für marxistisch-leninistische Philosophie) vom 3. 3. 1982. In: Privatarchiv Ruben/Warnke

nau, hätte Rubens Antwortartikel seine Kritiker blamiert. Die Antwort wurde Ruben also, wie ihm von seinen Freunden vorausgesagt, verwehrt. Und mit diesem Beschluß, ihn in eigener Sache öffentlich nicht zu Worte kommen zu lassen, beende ich meine Darstellung dieses beschämenden Kapitels der Geschichte der DDR-Philosophie. Eine umfangreiche Gesamtdarstellung ist, wie gesagt, in Arbeit. Sie wird manches aufzuklären vermögen, was hier im Dunkeln bleiben mußte.

Camilla Warnke

Zur Geschichte des Zentralinstituts für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften der DDR

Bericht und Reflexionen[1]

I. Einführung: Anmerkungen zur Genesis des Marxismus-Leninismus

Diese Studie ist der Versuch, einer äußerst komplexen, vielschichtigen Materie auf gedrängtem Raum gerecht zu werden. Darzustellen und zu beurteilen war die Geschichte einer wissenschaftlichen Institution und ihrer Produktionen, die in ein System politischer und administrativer Hierarchien eingebettet war. Ihre Entwicklung währte von 1958, von der Gründung als winzige Arbeitsgruppe, bis zur Wende 1989, in der sie zu einer stattlichen Institution von mehr als hundert Mitarbeitern herangewachsen war. Aber in all diesen Jahren lief der Philosophiebetrieb ideologisch am Gängelband der SED-Parteiideologie, was am 1. März 1958 in einem Brief des ZK „Über das Studium des dialektischen Materialismus in den Grundorganisationen" verbindlich festgeschrieben und nie korrigiert worden war. In diesem Brief, der deutlich die Handschrift Ulbrichts trägt, wurde im Namen des SED-Zentralkomitees ex cathedra erklärt, wie die Philosophie in der DDR beschaffen sein müsse und worin ihr Sinn bestehe.[2]

Diese Erklärung war der Endpunkt einer Entwicklung, der Abschluss der Periode der bisher an den Universitäten der DDR akademisch betriebenen marxistischen Philosophie – in der Philosophen wie Ernst Bloch, Wolfgang Harich, Georg Klaus, Georg Lukács, Klaus Zweiling, mit ihrer jeweils persönlichen Lesart des Marxismus die philosophische Debatte maßgeblich bestimmt hatten. Sie dauerte an, solange die Sowjetunion den Weg der DDR noch nicht endgültig entschieden hatte, solange beide Eisen im Feuer waren: die DDR entweder als Volksdemokratie und Glacis ins eigene Lager zu integrieren oder sie in die Einheit mit der Bundesrepublik zu entlassen, aber in ein blockfreies und reparationspflichtiges Deutschland.[3]

---

1 Erstveröffentlichung in: *Hans Christoph Rauh: Philosophie aus einer abgeschlossenen Welt*, Berlin 2017

2 In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Hg. vom ZK der SED. Bd. VII, Berlin 1961

3 Vgl. C. Warnke: „An der ideologischen Front". Zur Edition von Wolfgang Harichs Schriften aus dem Nachlass. In: Berliner Debatte Initial 25(2014)2, S. 138 ff. – Nach Stalins Tod am 5. 3. 1953 plädierte sein Sicherheitschef L. Berija für Stalins Variante, Deutschland – ähnlich wie Finnland – nach dem 2. Weltkrieg als blockfreien Staat zu konstituieren. Das Bündnis N. Chruschtschows mit der sowjetischen Armeeführung, insbesondere mit G. Shukow, führte angesichts der DDR-Ereignisse vom 16. und 17. Juni 1953 – vom sowjetischen Generalstab umgehend als

Man kann aus heutiger Sicht die innere Schlüssigkeit der DDR-Philosophie samt ihren Absurditäten nicht wirklich verstehen, also auch die hier erzählte Geschichte eines ihrer wichtigsten Institute nicht, wenn man von der Genesis des Marxismus-Leninismus nichts weiß. 2012 hatte ich das Manuskript über die Institutsgeschichte abgeschlossen. Als ich es mir im Juni/Juli 2016 nochmals vornahm, wurde mir klar, dass ich in meinem Text den Schlüssel für das historische Verstehen dieses Typs von Philosophie nicht mitgeliefert hatte. Deshalb will ich in diesem Nachtrag einen Blick zurück auf dessen Genesis werfen.

Besagtem Brief W. Ulbrichts war eine Periode ideologischen Tauwetters vorausgegangen, die Chruschtschow mit seinem Geheimbericht auf dem XX. KPdSU-Parteitag im Februar 1956 ausgelöst hatte. In diesem Bericht hatte Chruschtschow die Entartungen der Parteipolitik der KPdSU: den sog. „Personenkult“ um Stalin und die Verbrechen unter seiner Herrschaft und Regie enthüllt. Vor allem in der kommunistischen Intelligenz und der Studentenschaft der DDR schlug er ein wie eine Bombe. Was Chruschtschow da angeprangert hatte, kannte man aus eigener Anschauung nur zu gut. So war im Kern auch der selbstgemachte, hauseigene Stalinismus Ulbrichtscher Prägung beschaffen; „Kampf gegen den Dogmatismus“, den ideologischen und den politischen, lautete – mit Chruschtschow – daher die Devise, unter der sich die vielfältigen Aktivitäten zusammenfassen lassen, die damals die Debatte der reformorientierten Kreise der SED-Genossen einte. Und in den folgenden Monaten schien es fast so, als sei die Fraktion Ulbricht mit ihrem Latein am Ende.

Doch im November 1956 wendete sich das Blatt. Als der ungarische Volksaufstand – von ungarischen Geheimdienstlern provoziert – ausbrach, wurde er von sowjetischen Truppen niedergeschlagen. Damit war das Tauwetter beendet und Chruschtschow in einer prekären Lage. Wohl oder übel musste er nach dem ungarischen Volksaufstand dem Beschluss zustimmen, dass der ideologische Kampf nicht so sehr gegen den *Dogmatismus*, als vor allem gegen den *Revisionismus* zu führen sei.

Das war Wasser auf die Mühlen Ulbrichts und seiner Fraktion. Auf der 30. ZK-Tagung (31.1.–1.2.1957) eröffnete Ulbricht mit Hinweis auf die ungarische „Konterrevolution“ den Kampf gegen den Revisionismus und begann umgehend, die große Säuberung der Partei von allen Reformern in Angriff zu nehmen. Und um der Säuberungskampagne einen Anstrich von Rechtsstaatlichkeit zu verleihen, ließ die Fraktion Ulbricht von der Volkskammer am 11. 12. 1957 ein *Strafrechtergänzungsgesetz* beschließen, das am 1.2.1958 in Kraft trat. Es schuf u.a. den Tatbestand der „Staatsgefährdende(n) Propaganda und Hetze“ und hatte folgenden Wortlaut:

„faschistischer Putsch“ gedeutet – zur Entscheidung für die andere Stalin-Variante. Indem die Chruschtschow-Shukow Fraktion über den Sicherheitsdienst unter Führung von Berija siegte (der am 26. Juni 1953 verhaftet wurde), war die Entscheidung für die Spaltung Deutschlands gefallen.

„Wer gegen die Arbeiter- und Bauernmacht, gegen ihre Organe, gegen gesellschaftliche Organisationen oder gegen einen Bürger wegen seiner staatlichen und gesellschaftlichen Tätigkeit (…) hetzt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Der Versuch ist strafbar.

Ebenso wird bestraft, wer Schriften oder andere Gegenstände mit einem derartigen Inhalt herstellt oder mit dem Ziel der Hetze einführt oder verbreitet."[1]

Unmittelbar danach, auf dem 35. ZK-Plenum, das vom 3.–6.2.1958 tagte, entledigte sich Ulbricht der Hindernisse, die es gegen seine Säuberungsaktionen innerhalb des Politbüros gab. Ulbrichts Kronsohn Honecker beschuldigte die Politbüromitglieder Schirdewan und Wollweber gemeinsam mit anderen (mit Ziller, Selbmann, Oelßner), eine Fraktion gegen die Politik der Partei gebildet zu haben. Karl Schirdewan, Kadersekretär des Politbüros, stand der Ulbricht-Fraktion im Wege, weil er nach dem XX. Parteitag hartnäckig um die Rehabilitierung zu Unrecht verurteilter Genossen gekämpft und eine offene und selbstkritische Debatte um den hausgemachten Stalinismus gefordert hatte.[2] Ernst Wollweber, Minister für Staatssicherheit, hielt es nicht für die Aufgabe seines Ministeriums, das eigene Staatsvolk überwachen zu lassen. Indem sie aus dem Politbüro ausgeschlossen wurden und ihre Funktionen verloren, nahm man ihnen jeden weiteren Einfluss auf die Politik der Partei und die Entwicklung der Gesellschaft. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob der Stasichef sich weigert, das eigene Volk bespitzeln zu lassen, oder ob er eben das zum Mittelpunkt seiner Tätigkeit macht, wie das in der Ära Mielkes geschah, der die Nachfolge Wollwebers antrat.[3]

Die Ausschaltung unbequemer Intellektueller – ich beschränke mich in meinem Text auf Philosophen und Philosophiestudenten – hatte schon vorher begonnen. W. Harich hatte, beflügelt von den Enthüllungen Chruschtschows und angeregt von Debatten mit seinen Kollegen im „Aufbau-Verlag", eine *Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus* entwickelt und zu Papier gebracht, in dem auch die Wiedervereinigung Deutschlands avisiert wurde. Harich wurde am 29.11.1956 verhaftet, und nur wenig später traf den Kreis seiner Diskutanten (W. Janka, G. Just, H. Zöger, B. Steinberger, M. Hertwig) das gleiche Schicksal. Im März 1957 wurde Harich in einem Schauprozess zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.[4]

Am 19. Dezember 1956 eröffnete R. O. Gropp im *Neuen Deutschland* die Hatz auf den an der Leipziger Universität lehrenden Philosophen Ernst Bloch

1 GBL. I Nr. 78/1957, S.643. – In der BRD war im Juli 1951 zur Unterbindung der Aktivitäten der FDJ ein *Strafrechtänderungsgesetz* angenommen worden. Am 23.11.1951 wurde auf seiner Basis beim Bundesverfassungsgericht der Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD gestellt. Das Verfahren wurde erst im April 1956 mit dem Verbot der KPD beendet. Das Strafrechtergänzungsgesetz aber war Ulbrichts klassenkämpferische Antwort auf das KPD-Verbot.

2 Vgl. K. Schirdewan: Ein Jahrhundert Leben. Berlin 1998, S. 252 ff.

3 Vgl. G. Herzberg: Anpassung und Aufbegehren. Berlin 2006, S. 306 ff.

4 Vgl. dazu: Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, in: W. Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Berlin 1993; S. 112 ff.; S. Prokop: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs. Berlin 1997, S. 83 ff.

mit dem Artikel *„Idealistische Verirrungen unter ‚antidogmatischem Vorzeichen'"*. Noch im Jahr zuvor war Bloch mit staatlichen Ehren überhäuft worden: 1955 hatte man ihn mit dem Nationalpreis und dem Vaterländischen Verdienstorden ausgezeichnet und zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften gewählt. Partei- und Staatsführung hatten also keinen Anstoß daran genommen, dass er auf seine freie Weise mit marxistischem Gedankengut umgegangen war.

In einem „Offenen Brief der Parteileitung" an Bloch vom 18.1.1957 heißt es aber nun:

„Sie, Herr Professor, haben die Wahl, marxistische Prinzipen zu Ihren eigenen zu machen oder nicht zu machen. Nicht hingegen können wir Ihnen zubilligen, nicht-marxistische Prinzipien zu vertreten und gleichwohl den Anspruch zu erheben, marxistische Philosophie zu lehren." Und „nach reiflicher Erwägung aller Umstande" erklärt man Bloch, dass „Sie das Vertrauen der Parteileitung für die Fortführung Ihrer Tätigkeit als akademischer Lehrer am Institut für Philosophie […] nicht mehr besitzen".[1]

Den 72jährigen Bloch zu emeritieren war das eine. Die Studenten dazu zu bringen, die erfrischende Wirkung der Phantasie und Vernunft anregenden Vorlesungen ihres sprachmächtigen Lehrers gegen die Trockenkost politisch-korrekter Diamat-Vorlesungen aus dem Munde R. O. Gropps einzutauschen, das andere. Das war ungleich schwerer zu realisieren. Ein ganzes Jahr mit vielen Versammlungen und Parteikonferenzen, ein hartes Stück Arbeit war nötig, die Genossen Assistenten und Studenten weich zu klopfen. Am Ende gaben sie dem ideologischen Druck nach und passten sich den Verhältnissen an. Wer sich nicht anpasste, wurde aus der Partei ausgeschlossen und exmatrikuliert wie J. Teller, R. Sperl. G. Zehm und L. Derrick hingegen haben die Nötigung zum Opportunismus mit Dissidenz beantwortet und wurden inhaftiert, während sich die „Subjekte" G. Zwerenz und R. Lorenz sowie zwei Studenten in den Westen absetzten – so das Resümee der Institutsparteileitung im April 1958.[2] Der Parteisekretär der Grundorganisation, Genosse Johannes Horn, aber hat das alles nicht ausgehalten und sich am 8. Januar 1958 das Leben genommen. Der Bloch-Schüler Manfred Buhr aber zimmerte sich eine erste Stufe seines künftigen Aufstiegs, indem er in Heft 4/1958 der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* den Artikel „*Der religiöse Ursprung und Charakter der Hoffnungsphilosophie Ernst Blochs"* publizierte.

Die Säuberungswelle an den Universitäten erreichte Ende 1957 und in den ersten Monaten 1958 ihren Höhepunkt. ZK-Mitglied Prof. R. Naumann folgte dem Trend der Zeit und begann seit Oktober, in seiner Funktion als *Prorektor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium* der Humboldt-Universität, nach Revisionisten zu fahnden. Durch seine Mitarbeit am Moskauer Institut der Roten Professur zwischen 1925–1930 brachte er Erfahrung auf diesem

1 In: V. Caysa, P. Eichler. E. Uhl (Hg.): „Hoffnung kann enttäuscht werden". Ernst Bloch in Leipzig, Frankfurt a. M. 1992, S. 129–135

2 Vgl. G. Herzberg: Anpassung und Aufbegehren, a.a.O., S. 533

Gebiet mit. Als nach dem XX. Parteitag seitens der Studentenschaft gefordert wurde, das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium abzuschaffen, war sich die Institutsleitung (H. Saar, H. Crüger, N. Sternberg) einig, dass das Grundstudium nicht abzuschaffen, sondern zu reformieren sei. Es müsse künftig vorrangig der Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse statt der Propagierung von Parteibeschlüssen dienen, also in ein marxistisches Studium generale umgewandelt werden. Dort, wo das der Fall war (wie z. B. in der Lehrtätigkeit von F. Herneck), stieß das Grundstudium nämlich auf lebhaftes Interesse der Studenten. Und die obligatorischen Prüfungen erwog man durch Hausarbeiten resp. Seminarscheine zu ersetzen.

Besonders zu schaffen hatte dem Lehrpersonal von jeher die Informationspolitik der Partei gemacht. Und nun war man mit dem peinlichen Umstand konfrontiert, dass die Studenten Chruschtschows Geheimrede meist kannten, aber ihre Lehrer nicht. Daher forderte die Institutsleitung die Herausgabe eines Informationsbulletins, das schnell und umfassend alle wesentlichen Dokumente der internationalen Arbeiterbewegung publizieren sollte. Aber da die Forderung bei den Parteiorganen kein Gehör fand, beschaffte man sich beim „Klassenfeind“ das offiziell nicht zugängliche Material. Besonders rührig war in dieser Hinsicht Oberassistent E. Gülzow, der die Texte in Westberlin beschaffte und mit ihnen die Institutskollegen versorgte.

Im Oktober 1957 begann R. Naumann mit der Säuberung. Er leitete sie mit dem Vorwurf der Vernachlässigung der Parteibeschlüsse, der Trennung von Wissenschaft und Politik in der Lehre ein. Nachdem einer der jungen Dozenten eingestand, zu Papier gebracht zu haben, was man in der Institutsleitung nach dem XX. Parteitag diskutiert und gefordert habe, war sich die Parteileitung der Universität gewiss, eine „Plattform“ entdeckt zu haben. Im einvernehmlichen Zusammenwirken von Partei- und Staatsorganen endete die Kampagne mit der Feststellung der Existenz einer „partei- und staatsfeindlichen Gruppe“. Anfang März wurden Saar, Crüger und Gülzow verhaftet und auf der Basis des Strafrechtergänzungsgesetzes nach § 13, Abs. 1, 24 verurteilt. Heinrich Saar und Herbert Crüger erhielten wegen „schweren Staatsverrats“ je acht und Erwin Gülzow fünf Jahre Zuchthaus.[1] Etwa ein Drittel der Lehrkräfte des Instituts wurde mit oder ohne Parteiverfahren entlassen Danach suchte man händeringend nach Mitarbeitern, aber die Bereitschaft, ins Grundstudium zu gehen, war geringer denn je.

Auch am *Philosophischen Institut* der Humboldt-Universität suchte und fand man – dank der neuen Gesetze und des neuen Ministers für Staatssicherheit – eine staatsfeindliche Gruppe. Eine erste Gruppe aus drei Studenten, die sich

1 Vgl. H. Crüger: Verschwiegene Zeiten, Berlin 1990, S. 198; C. Warnke: Kommunistische Parteiherrschaft und Wissenschaft. Zur gescheiterten Emanzipation des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der Berliner Humboldt-Universität 1956–1958 – Eine Fallstudie. In: Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis. Hg. v. H. Eidam und W. Schmied-Kowarzik, Würzburg 1995, S. 233 ff. In diesem Band S. 57 ff.

die Staatssicherheit zusammengestellt hatte, löste sich auf, ehe sie dingfest gemacht werden konnte, weil einer der ins Auge gefassten Delinquenten zurück nach Westberlin ging und der andere nach Polen auswanderte. Und einer allein war keine Gruppe. Auch die zweite Gruppe setzte man aus drei Personen zusammen, aus den Studenten Peter Langer, Karlheinz Messelken und Heinz Dieter Schweickert. Alle drei waren aus dem Westen in die DDR gekommen: Langer, dessen kommunistische Mutter darauf gedrängt hatte, dass die Familie von Westberlin nach Ostberlin übersiedelt, Messelken und Schweickert als Studenten aus der BRD. Letztere hatten sich aus Interesse an marxistischer Philosophie in die DDR begeben, um sie in sozusagen authentischer Auslegung studieren zu können. Doch bereits ihre Herkunft aus dem gegnerischen Lager erregte Verdacht, forderte zu erhöhter ideologischer Wachsamkeit heraus und machte sie zu geeigneten Kandidaten einer feindlichen Gruppe. Und natürlich wurde man fündig, denn die unter demokratischen Verhältnissen sozialisierten jungen Leute beschafften sich selbstverständlich die Geheimrede Chruschtschows und andere DDR-intern diskriminierte Texte. Das tat auch P. Langer. Der hatte aber bereits vor dem XX. Parteitag ein Schriftstück verfasst, das er in der Parteigruppe diskutieren wollte, in dem er sich gegen die Diktatur des Proletariats und für eine Demokratisierung der DDR-Gesellschaft aussprach. Das Papier verschwand zunächst in der Schublade des Parteisekretärs und ruhte da, solange die Parole noch „Kampf gegen den Dogmatismus“ hieß. Aber im März 1958 wurde dieses Papier in einer Institutsversammlung am 7.3.1958 zum Zeugnis für Langers Feindtätigkeit. Als den Anwesenden außerdem mitgeteilt wurde, dass der Student Schweickert verhaftet worden sei, brach allgemeine Hysterie aus, in der Langer heftig politisch attackiert wurde. Die Versammlung beschloss, dass man die Sache hier nicht klären könne, sondern den Sicherheitsorganen zur Klärung übergeben müsse. Die Mehrheit der Versammelten wusste freilich nicht, dass die Stasi bereits im Nebenraum wartete, um Langer zu verhaften. Messelken, der sich keiner Schuld bewusst war, sah keinen Grund, sich abzusetzen, und wartete ab. Er wurde am 8. März verhaftet. Alle drei erhielten Zuchthausstrafen: Langer sechs, Schweickert fünf und Messelken drei Jahre.

Nun komme ich auf den eingangs genannten Brief des ZK an die Grundorganisationen zurück. Honecker hatte in seinem Referat auf dem 35. Plenum getönt:

„Die Gruppe Schirdewan, Wollweber vertrat die opportunistische Auffassung (…) während das Zentralkomitee sich für jene politische Linie entschied, die (…) auf dem Boden des dialektischen Materialismus stand, und die Genosse Walter Ulbricht auf der 30. Tagung des Zentralkomitees begründete.“[1]
Knapp einen Monat später heißt es in besagtem Brief dann:

„Der dialektische Materialismus zeigt die Rolle der revolutionären Theorie

1 In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, a. a. O., S. 133

für das richtige Verhalten (…) Einerseits ist die Theorie nichts anderes als die Verallgemeinerung der praktischen Erfahrungen (…) Dadurch kann die Theorie andererseits zum Leitfaden der praktischen Politik werden.“ Und: „Das Studium der marxistischen Philosophie hat bei uns nur Sinn, wenn es hilft, die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zu lösen.“[1]

Von nun an war festgeschrieben, dass die Philosophen also in ihrer Eigenschaft als *Philosophen* als „Parteiarbeiter“ zu fungieren hatten, also als Philosophen zugleich *Parteifunktionäre* zu sein. Diese ideologische Standortbestimmung der Philosophenzunft blieb seitdem als Hintergrundrauschen bis zur Wende ständig präsent und war bei Bedarf – besonders in politischen Krisenzeiten des Systems – aktivierbar. Die politische Verurteilung des theoretischen Ansatzes von Peter Ruben 1980/81 wäre ohne diese Degradierung der Philosophie zur „Magd der Politik“ gar nicht möglich gewesen.

Peter Ruben nahm Honeckers Sätze vom 35. ZK-Plenum mit den Aussagen aus dem Brief des ZK zusammen und zog folgenden Schluss:

„So wird *sans phrase* deklariert, dass der dialektische Materialismus seinen Hauptsitz im Hirn des Ersten Sekretärs habe und jede als Fraktion diagnostizierte Gruppe in der Partei a priori nicht auf dem Boden des dialektischen Materialismus stehe. Dieser scheint daher notwendig eine Folge von Äußerungen Erster Sekretäre mit der Einschränkung zu sein, dass der gerade im Amt befindliche Erste darüber befindet, ob die Äußerungen seiner oder gegebenenfalls welcher Vorgänger noch Geltung haben oder zu vergessen sind.“[2]

Dieser Schluss ist leider kein bloßes Gedankenspiel, sondern bringt die Existenz einer Realabsurdität auf den Begriff. Und diese ist keine Erfindung Ulbrichts und des ZK der SED. Besagter ZK-Brief ist vielmehr eine Kopie der *Resolution der Parteizelle des Institutes der Roten Professur für Philosophie und Naturwissenschaft* vom 29. Dezember 1930. Initiator der Resolution war der Generalsekretär der KPdSU, also Stalin, und mit ihr wurde die „Säuberung“ der Philosophenzunft eingeleitet. „Wer soll den ganzen Blödsinn in der Praxis anwenden?“ „Man muss den ganzen Mist, der sich in der Philosophie […] angesammelt hat, durchstöbern und neu umgraben. Alles, was die Gruppe Deborins geschrieben hat, muss zerschlagen werden“, gab Stalin als Linie der Parteiresolution vor.[3] Ab nun gab es eine *„philosophische Front*“, und unter Mitwirkung und Aufsicht Stalins wurde in den folgenden Jahren ein allgemeinverbindliches philosophisches Dogma geschaffen, der Marxismus-Leninismus konstituiert.

In der Parteiresolution des Instituts wird dem Hauptfeind – der Gruppe um Deborin – folgendes vorgeworfen:

„Das antimarxistische Wesen der von der Deborinschen Gruppe vertretenen Anschauungen fand seinen Ausdruck:

1 Ebd., S. 139 f.
2 P. Ruben: DDR-Philosophie unter Parteiregie. In: H.-C. Rauh/P. Ruben (Hg.): Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren, Berlin 2005, S. 31
3 Zitiert bei D. Wolkogonow: Stalin. Triumph und Tragödie, Düsseldorf 1990, S. 338

a) in der Losreißung der Theorie von der Praxis, der Philosophie von der Politik usw., wodurch ‚eines von den gefährlichsten Merkmalen und Dogmen der II. Internationale' (Stalin) wieder zum Leben erweckt wurde;
b) in vollständigem Verzicht auf die Durchführung – und ebenso in der Entstellung – des Leninschen Prinzips von der Parteimäßigkeit der Philosophie, das in der präzisesten Form den Klassencharakter unserer Philosophie ausdrückt, weil es besten Teil der Arbeiterklasse, ihre Avantgarde – die Kommunistische Partei – darstellt; die Gruppe Deborin, Karew, Sten ignorierte dieses Leninsche Prinzip, da es mit Notwendigkeit die Verteidigung der Generallinie der Partei und den Kampf mit allen und jeden Abweichungen von ihr als Forderung in sich schließt;
c) schließlich in der Unterschätzung Lenins in seiner Bedeutung als Theoretiker überhaupt und insbesondere als marxistischer Philosoph; in der Ignorierung und Nichtanerkennung des Leninismus in der Philosophie als einer neuen Entwicklungsstufe des dialektischen Materialismus."[1]

Um 1930 waren die sich um A. M. Deborin und die Zeitschrift *Unter dem Banner des Marxismus* scharenden *Dialektiker* zur einflussreichsten Gruppe unter den Philosophen der UdSSR avanciert. Ihr gemeinsames Thema war es, in Aufhebung des Hegelschen Erbes die materialistische Dialektik als Methode und Methodologie auszuarbeiten. Für Stalin betrieben diese Leute – um mit Weitling zu sprechen – pure „Hirnwebereien", die nichts mit der Vorstellung zu tun hatten, die er mit dem Wort „Dialektik" verband. Ihre Produkte waren für seine politischen Zwecke sinnlos, unbrauchbar für die politische und ideologische Normierung der nachwachsenden jungen Genossen. Er bezeichnete die Gruppe der Dialektiker als „*menschewisierende Idealisten"*. Die Mehrheit ihrer Repräsentanten fiel später dem großen Terror zum Opfer.

Man muss wissen, dass 1929, im Jahr vor Stalins Attacke auf die Hegel-Freunde um Deborin Lenins Konspekt zu Hegels „Wissenschaft der Logik" erschienen war, in dem Lenin nach der Lektüre von Hegels *Logik* (1914) über die Bedeutung Hegels für den Marxismus notiert hatte.

„Man kann das „Kapital" von Marx … nicht vollständig begreifen, ohne die ganze Logik von Hegel durchstudiert und begriffen zu haben. Folglich hat nach einem halben Jahrhundert nicht ein Marxist Marx begriffen!!"[2]

Da war Stalin längst als Schöpfer des Leninismus anerkannt und hatte sich einen Lenin erschaffen, der seinem eigenen, also Stalins Bilde glich, und in diesem Leninismus hatte Hegel kein Daseinsrecht.

Ende der 20er Jahre drängte die erste nach der Revolution sozialisierte Generation in die kommunistische Partei und von den Universitäten in die Institute, auch in das der „Roten Professur". Bisher hatten Altbolschewiken

1 Aus der Resolution der Parteizelle des Instituts der Roten Professur für Philosophie und Naturwissenschaft in Moskau vom 19. Dezember 1930. In: Nikolai Bucharin/Abram Deborin: Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus, hg. von O. Negt, Frankfurt a. M. 1974, S. 320 f.

2 Lenin: Werke, Bd. 38, Berlin 1964, S. 170

die Themen der Forschung und Debatten bestimmt und hielten die Stellen besetzt. Sie waren generationsgleich mit Stalin, der seit 1921 zwar die Funktion des Generalsekretärs der KPdSU innehatte, aber unter ihnen ansonsten als Gleicher unter Gleichen galt. Stalin war nicht ihr Führer, ihr „Bolschak", hatte nicht die Autorität, die Lenin bei ihnen genossen hatte.

Aber genau diese Position strebte Stalin an: eine über jeden Zweifel erhabene Autorität, worunter er – anders als Lenin – widerspruchslose Gefolgschaft und Unterordnung unter sein Diktum verstand. Auch in der Theorie sollte das, was er politisch für richtig hielt und sagte, und nur das, als wahr gelten. Doch das war bei Seinesgleichen nicht durchzusetzen, weder bei Rjasanow, noch bei Deborin, noch bei Bucharin etc. „Bolschak" vermochte er nur bei der jungen nachrückenden Generation zu werden, indem er sie ideologisch gegen die philosophische Vätergeneration in Stellung brachte und mit ihrer Hilfe entmachtete. Diese Rechnung ging auf. Die jungen Philosophen fochten Stalins Kampf – auch seinen Kampf um Herrschaft über die Theorie – aus. Sie schufen eine der Generallinie der Partei, d. h. *Stalins* Linie entsprechende politisch korrekte marxistisch-leninistische Philosophie.

Einer dieser jungen Leute – M. Mitin (1901–1987)) – spricht ein Jahr nach der Verurteilung der Dialektiker als „menschewistisch geprägte Idealisten" selbstbewusst davon, dass nun

„starke, verlässliche bolschewistische Parteikader" herangewachsen seien, „die in diesen Jahren die Schule des Kampfes mit allen möglichen antileninistischen Lehren, mit den trotzkistischen, rechtsopportunistischen Theorien usw., durchlaufen haben". Und die jetzt „mit allem Ernst die Bolschewisierung der Arbeit auf allen … theoretischen Gebieten aufwerfen". Bei der „schonungslosen *politischen* Beschießung" habe sich herausgestellt, dass wir „ein gewaltiges Zurückbleiben der Theorie hinter der Praxis, einen Riss zwischen Philosophie und Politik haben".[1]

Als zweiter Feind, ja als

> „Hauptgefahr […] unter den gegenwärtigen Bedingungen", gegen die die Genossen an die philosophische Front gerufen wurden, galt die mechanistische Revision des dialektischen Materialismus (vertreten von Bucharin, Perow, Warjasch Sarabjanow Timirjasew, Axelrod u. a.) „die bogdanowistisch-mechanistische Revision des historischen Materialismus (Bucharin u. a.), weil sie […] die theoretische Basis der offenherzig rechten Abweichung, der Agentur des Kulakentums in der Partei darstellt."[2]

Der hier gezogene Schluss: weil Mechanizismus, deshalb Agentur des Kulakentums, ist so aberwitzig, dass sich jedes weitere Wort erübrigt. Aber er kennzeichnet sehr gut das philosophische Niveau der Kritiker.

Doch Stalin hatte sich bereits in den 20er Jahren selbst unter die Philosophen begeben. Im April und Mai 1924 hielt er an der Swerdlow-Universität

1 M. Mitin: Über die Ergebnisse der philosophischen Diskussion. In: Nikolai Bucharin/Abream Deborin, a. a. O., S. 334 f.

2 Aus der Resolution, a. a. O., ebd., S. 326

Vorlesungen über den Leninismus, die danach als Buch unter dem Titel *Die Grundlagen des Leninismus* erschienen.[1] Noch vor Lenins Tod begann in der Zunft ein Streit darüber, ob der Leninismus eine neue Etappe in der Entwicklung des Marxismus sei oder nicht. Der Generalsekretär hatte gesprochen, die Frage war also entschieden. Der Leninismus galt seitdem als eigenständige Etappe, und mit ihm wurde der *Marxismus-Leninismus* aus der Taufe gehoben: als „Marxismus im Zeitalter des Imperialismus und der proletarischen Revolution".

Und Mitin beeilte sich, Stalin die Deutungshoheit über Lenins Werk und politisches Wirken zuzusprechen:

„Wie man weiß, ist … eine ganze Anzahl von Schriften über den Leninismus erschienen, so die von Sinowjew und Bucharin. Unter allen diesen Schriften stellen die Vorlesungen Stalins über *Die Grundlagen des Leninismus* die einzigen vom Standpunkt der marxistisch-leninistischen Lehre ganz folgerichtige, ganz zuverlässige Schrift dar."[2] Stalin habe 1924 „die einzig richtige Fassung" der Frage „nach der Bedeutung des Leninismus in der Philosophie" gegeben.[3] Mehr noch: „Die Äußerungen Stalins müssen der ganzen weiteren theoretischen Arbeit an der philosophischen Front zugrunde gelegt werden".[4]

Nachdem sich Mitin seinem Generalsekretär derart empfohlen hatte, erschien 1938 unter Stalins Namen ein (nach eigenem Zeugnis von Mitin verfasster) Traktat *Über dialektischen und historischen Materialismus,* der mit dem Satz beginnt: „Der dialektische Materialismus ist die Weltanschauung der marxistisch leninistischen Partei" – also eine Parteiideologie. Und wenn das so ist, dann ist dieser Traktat zu Recht in die in Stalins Regie verfasste Parteigeschichte, die *Geschichte der KPdSU (B),* eingefügt worden. Vorausgegangen war dem Traktat in Abschnitt 1 die Darstellung von Lenins Kampf gegen die *Revisionisten* in seinem Werk *Materialismus und Empiriokritizismus.* In Abschnitt 2 ließ Stalin seinen eigenen Traktat zur Philosophie folgen, womit er klarstellte, dass er auch das *theoretische Erbe* Lenins angetreten hatte. Und diesen Anspruch erhärtete er anschließend, indem er in den beiden folgenden Abschnitten über die Kämpfe an der „ideologischen Front" gegen *Menschewiki, Trotzkisten* und andere *-isten* berichtet.

In Stalins/Mitins Traktat wird das Muster vorgestellt, wie nach Stalins Vorstellung der dialektische und historische Materialismus, also die theoretische und die praktische Philosophie des Marxismus-Leninismus, beschaffen sein und künftig gelehrt werden sollten. Als Autoritäten in philosophischen Sachfragen kommen nur Marx, Engels und Lenin zu Wort. Und von ihren Aussagen z. B. zur materialistischen Dialektik findet nur das in den Text Eingang,

1 Roy Medwedew: Let History Judge. The Origins and Consequences of Stalinism. N.Y. 1971, S. 510 erklärt diese Schrift Stalins als Plagiat von Ksenofontows Studien zum Leninismus, die dieser zur Beurteilung an Stalin gesandt habe, und die sich von März bis Juni in Stalins Besitz befunden haben sollen. Ob dies nur ein Gerücht ist oder der Wahrheit entspricht, weiß ich nicht.

2 M. Mitin: Über die Ergebnisse der philosophischen Diskussion, a.a.O., S. 343

3 Vgl. ebd., S. 342

4 Ebd., S. 337

was das politische Weltbild Stalin/Mitins bestätigt. Dem aber, was aufgenommen wird, verleiht der Autor die Autorität von unumstößlichen Naturgesetzen, die von der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei eins zu eins in praktisch-politische Handlungen umzusetzen sind.

Das klingt bei Mitin so:

„Wenn das Umschlagen quantitativer Veränderungen in … plötzliche qualitative Veränderungen ein Entwicklungsgesetz darstellt, so ist es klar, dass die von unterdrückten Klassen vollzogenen revolutionären Umwälzungen eine völlig natürliche und unvermeidliche Erscheinung darstellen. Also kann der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus … nicht auf dem Wege von Reformen, sondern einzig und allein … auf dem Wege der Revolution verwirklicht werden. Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muss man Revolutionär sein und nicht Reformist."

Mit diesem Wenn-Dann-Schluss, mit dem die unerbittliche Logik der Geschichte ausgedrückt werden soll, führt Mitin auch das Gesetz des Widerspruchs ein.

„Wenn die Entwicklung in Form des Hervorbrechens der inneren Widersprüche verläuft mit dem Ziel, diese Widersprüche zu überwinden, so ist klar, dass der Klassenkampf des Proletariats eine völlig natürliche und unvermeidliche Erscheinung ist. … Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muss man eine unversöhnliche proletarische Klassenpolitik, nicht eine reformistische Politik der Interessenharmonie zwischen Proletariat und Bourgeoisie, nicht eine Paktiererpolitik des ‚Hineinwachsens' des Kapitalismus in den Sozialismus durchführen."[1]

Diese Sicht auf den Widerspruch als das zu „Überwindende" hat nichts mit dem originären marxistischen Widerspruchsbegriff zu tun – und auch nichts mit der Widerspruchsauffassung Lenins. Auch für Lenin ist der Widerspruch in seiner Einheit von Einheit und Kampf der Gegensätze die Bedingung aller Bewegung und Entwicklung. Aber in Bezug auf die Praxis stalinistischer Politik war das nur eine Sprechblase. Für sie war der Widerspruch immer nur das zu *„Überwindende"*, zu Vernichtende, ob als Gegensatz in der Realität oder als Gegenrede von Opponenten. Wie aber „überwindet" Stalin das „Hervorbrechen innerer Widersprüche?" Er wird sie los, indem er einen der beiden Gegensätze liquidiert.

Ein solcher Gegensatz war beispielsweise zwischen Stadt und Land während der Periode der *Neuen Ökonomischen Politik (NEP*) entstanden. 1927/28 wurden die Lebensmittel in den Städten knapp, weil die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte gedrückt worden waren und es zudem eine Missernte gegeben hatte. Für die Versorgungskrise machte Stalins Fraktion die sog. „Kulaken" verantwortlich.[2] Man konnte das Getreideproblem lösen, indem man den Bauern höhere Getreidepreise zahlte, so dass sie bereitwillig

1 Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Berlin 1951, Kapitel IV, Abschnitt 2, S. 138 f.

2 Unter „Kulaken" wurden selbstständige Bauern verstanden, die seit Stolypins Agrarreform nicht

mehr Getreide lieferten, wie Bucharin wollte, oder indem man zu den Methoden des Kriegskommunismus zurückkehrte und das Getreide requirierte. Stalin entschied für letzteres. Statt höherer Getreidepreise empfahl er die „ural-sibirische Methode“, d. h. er begab sich vom 14.1.–6.2.1928 nach Sibirien und ließ dort große Mengen Getreide requirieren. Seit 1927 galten die Kulaken ihm und seiner Fraktion als „Ausbeuter“ und „Volksfeinde“. Ihre Liquidation als „feindliche Klasse“ wurde Anfang 1930 in Gang gesetzt und war 1932 beendet. Die Kulaken und ihre Familien wurden von ihren Höfen vertrieben, deportiert, in Lager gesperrt, erschossen. Der Widerspruch wurde also zum Verschwinden gebracht, indem man die materiellen Träger einer seiner Gegensätze vernichtete, – und mit ihnen ihre produktive Potenz.

Und Bucharin? – Hatte gegen Stalins Pläne zur Zwangskollektivierung opponiert und wurde 1929 aus dem Politbüro ausgeschlossen; 1937 schließlich aus der Partei ausgeschlossen und verhaftet; 1938, im 3. der sog. „Moskauer Prozesse“, zum Tode verurteilt und erschossen.

Stalins Traktat *Über dialektischen und historischen Materialismus* gehörte in den frühen 50er Jahren zum Initiationsritus eines DDR-Philosophiestudenten in seine Zunft. Ich kann nicht leugnen, dass ich 1950 als studentischer Frischling beeindruckt war und mich strebend bemühte, den Text zu verstehen. Und als ich las, was ich schon lange geahnt hatte, dass das Auftreten von Widersprüchen ein völlig normaler „natürlicher“ Sachverhalt der Realität sei, war ich überzeugt, bei den Marxisten vor der richtigen Schmiede zu sein. Denn zum Studium der Philosophie hatte ich mich beworben, weil ich wissen wollte, was die Welt in ihrem Innersten zusammenhält. Sollte das vielleicht gar der Widerspruch sein?

Es ist hierzulande oft beschwichtigend gesagt worden: Dieser Traktat will doch nicht mehr als eine populärwissenschaftliche Einführung in die marxistische Philosophie sein. Aber das ist nicht wahr. Dieser Text ist das Produkt der skizzierten *Umwandlung der Philosophie in Parteiideologie*, die mit den im ursprünglichen Marxismus angelegten philosophischen *Möglichkeiten* zur Ausbildung einer materialistischen Dialektik nicht mehr viel gemeinsam hat.

Damit beende ich diese Skizze zur Genesis der marxistisch-leninistischen Philosophie. Wir werden deren Merkmalen und Erscheinungsweisen in der zu erzählenden Geschichte des Instituts immer wieder begegnen, ebenso den Versuchen, im Rahmen der vorausgesetzten Bedingungen und sie überschreitend, philosophisch anspruchsvolle Produkte und Leistungen hervorzubringen.

Unter diesen Bedingungen hatten die Philosophen der DDR zu leben und zu produzieren. Die jungen Leute meiner Generation, die sich fürs Philosophiestudium entschieden, waren alt genug, die Schrecken des Krieges und die Verbrechen des Naziregimes zu reflektieren. Sie waren d’accord mit dem erklärten Antifaschismus der zur SED zusammengeschlossenen Kommu-

mehr der obschtschina (= der alten dörflichen Landumteilungsgemeinschaft) angehörten. 1927 gehörten 95,5% des Landes der obschtschina und nur 3% waren sog. „Stolypinsche Höfe“.

nisten und Sozialdemokraten und wollten am Aufbau eines neuen, besseren Deutschland mitwirken. An die Universitäten kamen sie oft schon als bekennende Marxisten und Kommunisten und als Genossen der SED, hatten aber zu Beginn ihres Studiums in der Regel weder Kenntnisse im Marxismus noch von der Geschichte der Partei, der sie sich angeschlossen hatten. Wenn ihnen nicht das Glück widerfuhr, in die Philosophie von Lehrern wie Bloch, Harich, Zweiling oder Klaus eingeführt zu werden und den Reiz selbstständigen Denkens zu erfahren, bestand ihre philosophische Nahrung in der theoretischen und praktischen Philosophie jedoch aus der Trockenkost importierten marxistisch-leninistischen Lehrmaterials, resp. ihrer auf DDR-Verhältnisse zugeschnittenen Varianten. Und in ihrer Partei, der SED, die auf dem Wege war, eine „Partei neuen Typus" zu werden, wurden sie auf „Parteidisziplin" als wichtigste Tugend eines Genossen eingestimmt.

Am Beispiel der in der Parteiorganisation geführten Auseinandersetzung um Bloch läßt sich m. E. folgende – für DDR-Intellektuelle meiner Generation – typische Verhaltensstruktur der beteiligten Personen erkennen: Das eine Ende der Skala bildete eine Gruppe von Personen, die sich mit der parteipolitischen Bestimmtheit der Philosophie identifizierte (sei es aus politischer Überzeugung oder/und Karrieregründen), die aktiv die von der Parteiführung vorgegebene Linie der Ausgrenzung Blochs betrieb. Das andere Ende der Skala bildete eine Gruppe von Personen, die die Vormundschaft der Partei über die philosophische Theorie nicht akzeptierte, was mit Parteiausschluss geahndet wurde und einen Teil der Ausgeschlossenen zum Bruch mit dem System und zur Ausreise in die BRD führte. Im Mittelfeld befanden sich die vielen unschlüssigen Genossen, die die Ausgrenzung Blochs – wenn auch mit schlechtem Gewissen – mittrugen. Da sie die Bestimmtheit der Philosophie als Parteiideologie nicht bezweifelten, hatten sie vor sich selbst keine Argumente und somit keinen hinreichende Grund, die Rechtmäßigkeit eines solchen Verfahrens zu bestreiten und sich aktiv der Kampagne zu widersetzen. Ideologische Sanktionen wurden also mit Mehrheitsbeschluß, d. h. auf demokratischem Wege erzielt!

Wer dieser DDR-Generation von Philosophen angehörte und angetreten war, um am Projekt einer zukünftigen klassenlosen kommunistischen Gemeinschaft mitzuwirken, hatte es schwer, sich einzugestehen, dass die skizzierten Verwerfungen nicht Anfangsschwierigkeiten einer entwicklungsfähigen gesellschaftlichen Verfassung, nicht die sog. „Kinderkrankheiten des Kommunismus" sind, sondern offensichtlich strukturelle Fehler des Systems, so dass der eingeschlagene Entwicklungspfad nicht zu einer Gesellschaft freier und gleicher Menschen führen konnte, wovon sie eingangs ihres Engagements für die SED überzeugt waren.

Dieser Gruppe von DDR-Philosophen gehörte ich selbst an, teilte lange ihre Vorurteile und Illusionen und habe so manche – auch politische – Fehlentscheidung mitgetragen. Aber Ende der 60er Jahre wurde mir die in der offiziellen Lehre vorgegebene Konzeption der marxistisch-leninistischen Phi-

losophie zum Problem, da sie keine Instrumente bereithielt, das Verhältnis von modernem systemtheoretischem und dialektischem Denken zu bestimmen, das Gegenstand meiner Arbeit war. Zur Lösung dieses Problems wurde ich bei Peter Ruben fündig. Ich lernte seine Unterscheidung von Analytik und Dialektik und seinen in den Anfängen steckenden Versuch kennen, Hegels *Logik* materialistisch zu rekonstruieren. Indem ich diesem Pfad folgte, wurde ich philosophisch endlich mündig, endlich frei, d. h. fähig, mich meiner Vernunft zu bedienen, also unabhängig vom vorgegebenen philosophischen System zu urteilen und kritikfähig ihm gegenüber zu sein. Die Parteiverfahren und die mit ihm einhergehenden theoretischen Zumutungen und Absurditäten taten ein Übriges, diese Distanz zu vertiefen. Mit dem Nachdenken über die DDR-Philosophie, die mein Leben tiefgreifend bestimmt hat, bin ich bis heute beschäftigt.

Für die nachfolgende, in der DDR sozialisierte Philosophengeneration erwies sich als politisches Schlüsselerlebnis der Prager Frühling, die Erfahrung, dass eine Reform des kommunistischen Systems offensichtlich nicht möglich ist. Das Prager Projekt, das System „menschlicher", d. h. demokratischer zu gestalten, wurde von den Truppen des Warschauer Paktes gewaltsam zerschlagen. Danach konnte man dieser Generation in Bezug auf die Differenzen zwischen hehren humanistischen Zielen und frustrierender von Verboten umstellter Wirklichkeit nicht mehr mit den sog. „Kinderkrankheiten des Kommunismus" kommen. Diese Generation hielt einen Aufstand zwar für erfolglos, und das war er ja auch dank der Breschnew-Doktrin, aber sie ging auf Distanz zum System. Gewiss waren viele von den Jungphilosophen Marxisten, hatten während des Studiums mit Erkenntnisgewinn und Vergnügen den Aufrührer und Gesellschaftskritiker Marx studiert, aber selbstverständlich auch marxistische Texte wie die von Korsch, Gramsci oder Trotzki gelesen, die in der DDR verfemt waren, und oft wählten sie nach dem Studium Forschungsthemen, die ihnen gestatteten, sich intensiv mit nichtmarxistischen Philosophen, resp. philosophischen Richtungen zu befassen, die offiziell dem Metier „Kritik der spätbürgerlichen Philosophie" zuzuordnen waren. Nicht wenige von ihnen waren später in einer der Gruppen der Bürgerbewegung aktiv.

Auch dieser Unterschied der Generationen und die Skala der skizzierten Typen dürfte unschwer in meinem Bericht zu erkennen sein.

Die hier skizzierte Genesis der DDR-Philosophie, durch die sie ihre spezifische Gestalt erhielt, war mir vor dem Zusammenbruch der DDR weitestgehend unbekannt. Sie ist meines Wissens ebenso ein Desiderat der philosophiehistorischen Forschung, wie die Analyse des Systems der marxistisch-leninistischen Philosophie noch ihrer wissenschaftlichen Untersuchung harrt. Ich gestehe, dass die Analyse letzterer meinen alten Kopf überfordert hätte, aber tröste mich damit, dass sie thematisch nicht in einem Bericht über die Geschichte des Philosophieinstituts an der AdW der DDR geleistet werden muss.

Zur Geschichte des Instituts gehören jedoch Rubens unmittelbar an die

Klassiker des Marxismus anknüpfenden Ideen zur Ausarbeitung der Dialektik, die zum Dissens mit dem offiziellen Dialektischen Materialismus der DDR führten. Daher entschloss ich mich, in einem Exkurs auf den philosophischen Ansatz von Marx und Engels zurückzugehen, der als virulenten Gegensatz zwei im Prinzip unvereinbare Möglichkeiten des philosophischen Weiterdenkens in sich enthielt, die jedoch in dem gedanklichen Gebilde, das sich Dialektischer Materialismus nennt, zusammengespannt worden sind.

So gut es ging, habe ich in meinem Bericht die sachliche Kontroverse von dem politisch-ideologischen Verfahren, das auf Vernichtung der beruflichen Existenz Rubens und der Ruben-Gruppe zielte, zu trennen versucht. Aber ich kam nicht umhin, wenigstens anzudeuten, welcher Instrumente man sich bediente, um eine mit der offiziellen Lesart der DDR-Philosophie nicht konforme marxistische Position zu liquidieren. Zur Ehre der Philosophenzunft der DDR sei jedoch gesagt, dass Anfang der 80er Jahre die Bereitschaft in ihr nicht mehr groß war, philosophische Differenzen mit politischen Mitteln auszutragen. Mir jedenfalls ist aus dieser Zeit kein vergleichbarer Fall mehr zu Ohren gekommen.

Das empirische Material zur Institutsgeschichte, das meiner Darstellung zugrunde liegt, habe ich hauptsächlich dem im Akademiearchiv befindlichen Aktenbestand entnommen. Aber als ich diese Recherchen 2011 beendete, waren die Akten des ZIPh nur bis Ende 1989 zugänglich. Für den Zeitraum danach waren sie noch nicht in den Aktenbestand eingearbeitet worden. Für den Zeitabschnitt 1990 bis zur Abwicklung des Instituts Ende 1991 konnte ich glücklicherweise Kopien nutzen, die sich in P. Rubens Privatarchiv befinden. (Sie werden in meinem Text unter dem Sigel „Privatarchiv Ruben/Warnke“ angegeben.) Im Übrigen habe ich – das Atmosphärische betreffend – aus persönlichen Erinnerungen an das Institutsgeschehen und aus Gesprächen mit ehemaligen Kollegen geschöpft.

Zu meiner Person: Jg. 1931, Philosophiestudium 1951–1956 an der Humboldt-Universität, 1956–1958 Arbeit als wissenschaftliche Assistentin im Gewi-Grundstudium: Diamat-Vorlesungen an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, 1958 wegen Teilnahme an parteifeindlichen Debatten mit der Parteistrafe „strenge Rüge“ für zwei Jahre zur Bewährung in die Produktion geschickt. Arbeit im VEB Stern-Radio in der Endprüfung von Fernsehgeräten. 1960 von Prof. G. Klaus angeworben für das im Aufbau befindliche Philosophieinstitut an der DAW. Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts vom 1. Oktober 1960 bis zum Juni 1981, 1976 bis Ende 1980 Bereichsleiterin des Bereichs Dialektischer Materialismus, 1968 promoviert und 1980 habilitiert (Dr. sc.). Im Zusammenhang mit der sog. „Ruben-Affäre“ Ausschluss aus der SED und versetzt ans *Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie (ZIAGA),* 1990 Rückkehr ans ZIPh.

Für die Jahre 1981–90 fehlen mir also die persönlichen Erinnerungen an die Entwicklung des ZIPh. Und so ist mir leider auch die Periode der ideolo-

gischen Erosion entgangen, die mit Gorbatschows Regierungsantritt auch hier eingesetzt hatte, die sich in den offiziellen Papieren des Instituts jedoch nicht, resp. erst ganz am Ende widerspiegelt.

1989 war das ZIPh auf einen Umfang von fast 100 wissenschaftlichen Mitarbeitern angewachsen. Entsprechend hoch war die im Laufe der Jahre erarbeitete Anzahl der Publikationen: – der philosophiehistorischen Editionen, der Monografien, Broschüren und Artikel in den verschiedenen Spezialgebieten der Philosophie in heimischen und ausländischen Publikationsorganen. Es konnte nicht mein Geschäft sein, und ich sah mich auch außerstande, sie alle aufzuzählen, geschweige denn zu beurteilen. (Dazu vermögen die von H.-C. Rauh erarbeiteten Publikationslisten weiterführende Informationen zu liefern.) Wo immer es mir möglich war zu urteilen, habe ich geurteilt, wo nicht, habe ich mir schlüssig erscheinende Urteile anderer in meine Darstellung übernommen, so z. B. die m. E. zutreffenden Charakterisierungen von Mitarbeitern durch F. Tomberg.[1] Und eine große Hilfe waren vor allem die ungeschönten selbstkritischen Texte, die die Bereiche für die in Vorbereitung befindliche Evaluierung erarbeitet hatten. Die habe ich zu großen Teilen übernommen und unkommentiert zitiert.

Bleibt zu hoffen, dass das Interesse in nachwachsenden Philosophen-Generationen an dem DDR-Experiment, Philosophie als marxistische und marxistisch-leninistische Philosophie zu betreiben, groß genug sein wird, um den Spuren weiter nachzugehen, die in dem von H.-C. Rauh in vier Bänden realisierten Projekt gelegt worden sind.

Berlin, Juni/Juli 2016

1 Vgl. F. Tomberg: Wie in der DDR mit der Geschichte der Philosophie die Staatsideologie unterhöhlt wurde. In: H.-C. Rauh/H. M. Gerlach (Hg.): Ausgänge. Zur DDR-Philosophie in den 70er und 80er Jahren, Berlin 2009

II. Die Arbeitsgruppe Philosophiehistorische Texte (APT)

Die Preußische Akademie der Wissenschaften wurde 1946 auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht als *Deutsche Akademie der Wissenschaften* (DAW) wieder eröffnet. Auf dem Gebiet der Philosophie wurden die Arbeiten an der seit 1900 erscheinenden Kant-Ausgabe und an der Leibniz-Edition, an der seit 1923 gearbeitet worden war, wieder aufgenommen. 1947 wurde ein *Institut für hellenisch-römische Philosophie* etabliert, das eine deutschsprachige Aristoteles-Ausgabe in Angriff nahm, hellenisch-römische Klassiker sowie Schriften früher christlicher Autoren edierte.

Im September 1948 waren auf die philosophischen Lehrstühle der Universitäten Marxisten berufen worden (Berlin: Kurt Hager, Halle: Georg Mende, Rugard Otto Gropp, Jena: Georg Klaus, Dresden: Hermann Ley, Greifswald: Erhard Albrecht). 1951 wurde in der DDR ein marxistisch fundiertes 5-jähriges Philosophiestudium eingerichtet, sowie ein gesellschaftswissenschaftliches Grundlagenstudium für alle Studenten, das gleichfalls Vorlesungen und Seminare in Philosophie vorsah. Dazu benötigten die Studenten philosophische und philosophiehistorische Fachliteratur. Zwar hatte bald nach dem Krieg der *Felix Meiner Verlag* in Leipzig seine Arbeit an der Edition philosophiehistorischer Texte wieder aufgenommen. Aber die thematische Gestaltung seiner *Philosophischen Bibliothek* mit ihrem Schwerpunkt auf den Idealisten der klassischen deutschen Philosophie und ihrer Vernachlässigung materialistisch und sozialkritisch orientierter Denker stimmte mit den Forderungen nicht überein, die die zuständigen Wissenschaftsfunktionäre des neuen Gemeinwesens an Inhalt und ideologisches Profil einer solchen Edition stellten.[1]

Einen Ersatz für die *Philosophische Bibliothek* zu schaffen war auch deshalb nötig geworden, weil der Meiner Verlag nach Hamburg übergesiedelt war. Im Juni 1954 wurde unter Vorsitz von Akademie-Mitglied Arthur Baumgarten beschlossen, die *Sektion Philosophie* zu gründen[2], was dann im Juni 1955 geschah. Diese sollte eine Arbeitsgruppe zur Edition der benötigten Texte konstituieren. Der Akademie-Verlag (Berlin) hatte im Januar 1954 bereits die Reihe *Philosophische Studientexte* ins Leben gerufen.

Die 1955 von ihr publizierten Texte sind die folgenden:

W. Ruben: Geschichte der indischen Philosophie; – Xenophons Erinnerungen an Sokrates (hg. v. J. Irmscher); – Diogenes Laertius: Leben und Meinungen berühmter Philosophen (in der unveränderten Übersetzung O. Apelts,

1 Vgl. K. Schrickel: Zur Tätigkeit der Arbeitsgruppe Philosophiehistorische Texte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: DZfPh 6(1958)1, S. 131. Das Argument, das Schrickel hier gegen das Profil des Meiner Verlags anführt, ist im Kontext der seit Ende der 50er Jahre in der DDR geführten, von Stalins damaligem Ideologiechef A. Shdanow initiierten Materialismus-Debatte zu sehen, wonach der Materialismus immer progressiv, der Idealismus immer reaktionär sei. Auf Geheiß von K. Hager begann daher hierzulande v. a. bei den Philosophen der Humboldt-Universität die Suche nach zu Unrecht vergessenen deutschen Materialisten. Und natürlich waren diese künftig verstärkt zu edieren.

2 Vgl. ABBAW NS A 1041; Referent der Sektion war Klaus Schrickel.

m. e. Vorwort v. M. Simon); – Thomas Campanella: Der Sonnenstaat. Idee eines philosophischen Gemeinwesens (m. e. Einleitung v. W. P. Wolgin u. e. biograph. Skizze v. F. A. Petrowski.); – George Berkeley: Drei Dialoge zwischen Hylas u. Philonous (hg. v. G. Mende); – Wilhelm Weitling: Garantien der Harmonie und Freiheit (hg. v. B. Kaufhold).

Am 1. 2. 1956 richtete die Sektion Philosophie der DAW die *APT* ein und bestellte zum Leiter ihren amtierenden Sekretär Prof. Dr. Klaus Schrickel (Jg. 1922), der zuvor an der Humboldt-Universität Geschichte der Philosophie gelehrt hatte. Der Konstitution der APT lag eine Empfehlung des Ministerrates der DDR vom 18. Mai 1955 zugrunde, die Erforschung der Geschichte der deutschen Philosophie u. a. unter dem Gesichtspunkt zu betreiben,

„… die von der bisherigen Forschung vernachlässigten materialistischen Traditionen der deutschen Philosophie besonders zu berücksichtigen. Gleichzeitig mit einer Beschleunigung der Leibniz-Ausgabe und dem baldigen Abschluss der Kant-Ausgabe sollte die Sektion mit der Herausgabe der Werke von Thomas Müntzer, Ludwig Feuerbach und Josef Dietzgen beginnen.“[1]

Es sind also vornehmlich zwei Schwerpunkte, auf die sich die Editionsarbeit der APT erstrecken sollte: 1. Publikation materialistischer und religionskritischer, resp. atheistischer Texte; 2. Edition von Texten, die in der Tradition revolutionär-demokratischen, resp. sozialistischen und kommunistischen Denkens wurzeln. Zweifellos war damit ein Desiderat bisheriger Philosophie- und Ideologiegeschichtsschreibung benannt sowie Editions- und Forschungstätigkeit auf einem Terrain auf den Weg gebracht, das von der bürgerlichen Geschichtsschreibung vernachlässigt worden war. Editionen und Forschungen auf diesem Gebiet waren von da an bleibender Bestandteil der an der DAW betriebenen Philosophie.

Über die Entwicklung der APT hat K. Schrickel anfangs 1958 in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie ausführlich Bericht erstattet. Aus diesem geht u. a. hervor, dass 1957 neben den *Philosophischen Studientexten* eine weitere Reihe von Editionen ins Leben gerufen wurde, die Reihe *Quellen und Texte zur Geschichte der Philosophie*, die nicht zuletzt Erstveröffentlichungen von Texten zur Geschichte des Materialismus und Atheismus (besonders in Deutschland) bringen sollte. Ferner äußerte Schrickel die Hoffnung, nach dem verheißungsvollen Anfang mit W. Rubens Edition zur altindischen Philosophie, den herkömmlichen europazentrischen Rahmen durch entsprechende Publikationen sprengen zu können, wofür jedoch die dafür benötigten Experten fehlten. Auch die anderen Editionsvorhaben waren aus Mangel an Fachkräften nur schwer zu realisieren.[2] Für viele Vorhaben war die APT auf Mitarbeiter aus anderen Institutionen angewiesen.

1 Vgl. Mitteilungsblatt der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1. Jg. April/Mai 1955, H. 4-5

2 Vgl. K. Schrickel: Zur Tätigkeit der Arbeitsgruppe Philosophiehistorische Texte , a. a. O., S. 129 ff.

Von den Editionen der Reihe *Quellen und Texte* seien beispielhaft nur einige genannt:

L. Feuerbach: Wesen des Christentums, 2 Bde, hg. v. W. Schuffenhauer, 1958; G. Forster: Philosophische Schriften, hg. v. G. Steiner, 1958; N. Copernicus: Über die Kreisbewegung der Weltkörper, hg. v. G. Klaus, 1959; J. Toland: Briefe an Serena, hg. v. E. Pracht, 1959; C. W. Frölich: Über den Menschen und seine Verhältnisse, hg. v. G. Steiner, 1960; I. Kant: Frühschriften, hg. v. G. Klaus/M. Buhr, 1961; J. Dietzgen: Schriften, 3 Bde., hg. v. O. Finger, 1961–65; F. Bacon: Das neue Organon, hg. von M. Buhr, 1962; Th. Paine: Die Rechte des Menschen, hg. v. W. Mönke, 1962.

Die APT begann ihre Arbeit mit drei wissenschaftlichen und zwei technischen Kräften, die allesamt das Editionshandwerk erst erlernen mussten. Am 1. 9. 1957 bestand die Gruppe dann aus fünf technischen und elf wissenschaftlichen Mitarbeitern. Letztere hatte Schrickel vorwiegend aus dem Kreis der Philosophieabsolventen der Humboldt-Universität der Jahrgänge 1956 und 1957 rekrutiert. Von diesen gehörte Hans Schulze (Jg. 1926) auch allen ihren Nachfolgeeinrichtungen bis zur Abwicklung des ZIPh 1991 an. Ebenso waren Bärbel Rollfink und Irene Kaiser als wissenschaftlich-technische Kräfte von Anfang bis Ende dabei.

Ab 21. 2. 1957 wurde Dr. Manfred Buhr (1927–2008) – in Leipzig zum Thema: *Aufstieg und Ausschaltung des dialektischen Denkens in der Philosophie Immanuel Kants* frisch promoviert – auf Honorarbasis Mitarbeiter der APT. Von Anfang an war er hier zuständig für die klassische deutsche Philosophie und verantwortlich für eine mehrbändige Studienausgabe zu Kant, Fichte und Schelling.[1] Zwischen November 1957 und März 1958 nahm Buhr an den Verhandlungen um eine gemeinsame Fichte-Gesamtausgabe der Bayerischen AdW und der DAW zu Berlin teil und wurde zum Mitherausgeber von Seiten der DDR bestimmt.[2] Buhrs Beteiligung an diesem Projekt führte zu seiner dauerhaften Verbindung mit Prof. Reinhard Lauth, seinem Fichte-Partner auf westdeutscher Seite, und bestimmte das Thema seiner Habilitation 1962: *Die ursprüngliche Philosophie Johann Gottlieb Fichtes und die Französische Revolution*. Mit ihrer Veröffentlichung 1965 wurde Buhr über die DDR hinaus bekannt.

Schon als die APT gegründet wurde, hatte die Akademieleitung als eigentliches Ziel die Gründung eines kompletten philosophischen Instituts nach dem Vorbild der Moskauer Akademie der Wissenschaften ins Auge gefasst. Dass sich ein solches in Vorbereitung befinde, hatte AM (Akademie-Mitglied) Wolfgang Steinitz auf der *Freiheitskonferenz*, die im März 1956 von der Sektion Philosophie veranstaltet wurde[3], nochmals bekräftigt. Und vermutlich

1 Vgl. ABBAW, Best. AKL Nr. 109

2 Vgl. ebd.

3 Vgl. *Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus.* Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Nachdruck Berlin 1991, S. 6. Die APT hatte das Protokoll der Konferenz 1958 ediert. Der Protokollband wurde an

war AM und Nationalpreisträger Ernst Bloch, der wohl nicht zufällig diese Konferenz leitete, als Direktor des künftigen Philosophieinstitutes vorgesehen. Daraus wurde jedoch nichts, nachdem Bloch durch seine öffentliche Reaktion auf den XX. Parteitag der KPdSU, die Geheimrede Chruschtschows und die Niederschlagung des ungarischen Aufstandes durch sowjetische Truppen am Jahresende für dieses Amt nicht mehr in Frage kam.

III. Die Arbeitsgruppe Philosophie

Zur Gründung eines philosophischen Instituts fehlten zunächst schlicht die wissenschaftlichen Mitarbeiter. Es dauerte einige Jahre, ehe ausgebildete Philosophen in hinreichender Anzahl die Universitäten verlassen hatten. Im Januar 1959 wurde als Zwischenschritt die APT in eine „Arbeitsgruppe Philosophie“ umgewandelt und zu ihrem Leiter Prof. Dr. Georg Klaus (1912–1974) berufen, der zu diesem Zeitpunkt den *Lehrstuhl für Logik und Erkenntnistheorie* am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität innehatte (und diesen noch bis 1964 behielt).

Dieser Übergang ist in den Akten des Akademiearchivs nur mit wenigen mageren Daten belegt: Im März 1958 sei K. Schrickel von seiner Parteigrundorganisation aus der SED ausgeschlossen, am 19. Mai dann als Leiter der Arbeitsgruppe beurlaubt worden. Mit einem Aufhebungsvertrag zum 30. 9. 1958 habe Schrickels Tätigkeit als Leiter der APT geendet. Vom 1. 10. 1958 bis 31. 3. 1959 habe er dann in der APT als freier Mitarbeiter gearbeitet. Auf diese stufenweise Degradierung reagierte Schrickel damit, dass er die DDR verließ.[1]

Nichts deutet darauf hin, dass sein Parteiausschluss politisch begründet wurde, auch wenn das Datum, März 1958, in dem die große Verhaftungswelle an den Universitäten der DDR im vollen Gange war, das nahe legen könnte. Das wäre bei einem so parteihörigen Mann wie Schrickel absurd gewesen. Aber mit seiner dogmatischen Haltung, von der Bloch unmittelbar betroffen war, und gegen die sich Harich zur Wehr gesetzt hatte, hatte er sich unter den Kollegen an der Humboldt-Universität und in der Sektion Philosophie der Akademie keine Freunde gemacht.[2] Auch wenn nach dem Zeugnis der im Akademie-Archiv erhaltenen Akten fachlich an Schrickels Arbeit für die APT

Besteller trotz der Auseinandersetzung mit Bloch und seiner Emeritierung über die Buchhandlungen ausgeliefert.

1 Vgl. ABBAW, Best. AKL Nr. 109

2 Im Mai 1950 verfertigte Schrickel im Auftrag des kulturellen Beirats für das Verlagswesen ein denunziatorisches Gutachten ganz im Geiste Shdanows zu Blochs Hegelbuch *Subjekt–Objekt*, in dem er z. B. von Blochs „Fehldeutungen“ der Klassiker sprach, „die vielfach in glatte Verleumdungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus um(schlagen)“. Publiziert in: E. Bloch/J. Jahn: Ich möchte das Meine unter Dach und Fach bringen. Oder: Als Redaktionssekretär der DZfPh 1952/53 hatte Schrickel verlangt, so Wolfgang Harich, dass zu Walter Ulbrichts 60. Geburtstag ein Heft der Zeitschrift für den Generalsekretär gestaltet werden sollte. Und es war Schrickel, der 1952 auf Anregung Hagers eine Arbeitsgruppe zur Erforschung vergessener Materialisten

offensichtlich wenig zu bemängeln war, wollten die Mitglieder der Sektion Philosophie gewiss nicht, dass das geplante philosophische Institut von einem dogmatischen Eiferer gegründet und geleitet wird. Wie damals gerüchteweise zu hören war, wurde als Grund für den Parteiausschluss der schon früher gegen Schrickel erhobene Vorwurf des Karrierismus und eines „unsittlichen Lebenswandels" bemüht. Aus Sicht der ZK-Abteilung Wissenschaften aber dürfte der Zweck dieser Inszenierung, der Grund für die Absetzung Schrickels gewesen sein, die Leitungsfunktion für eine Person freizumachen, die nicht wie Schrickel promovierter Pädagoge, sondern Philosoph war und innerhalb der DDR sowie über ihre Grenzen hinaus die für dieses Amt erforderliche wissenschaftliche Reputation besaß.[1]

Diese hatte sich Georg Klaus durch Lehrveranstaltungen zur Modernen Logik und durch Auseinandersetzung mit dem Neothomismus, d. h. durch sein Buch: *Jesuiten – Gott – Materie* (1957) erworben. Er war somit ein würdiger Kandidat, um für die Leitung eines künftigen Philosophie-Instituts der Akademie gekürt zu werden. 1959 erhielt er den Nationalpreis, und 1961 (in diesem Jahr ist sein Buch: *Kybernetik in philosophischer Sicht* erschienen) wurde er Ordentliches Mitglied (OM) der DAW.

„Die Arbeitsgruppe Philosophie" – schreibt Klaus im Januar 1959 an einen sowjetischen Kollegen – „ist das Embryo eines philosophischen Instituts und ich habe den Auftrag, aus dieser Arbeitsgruppe ein Institut zu entwickeln. Vorläufig allerdings besteht die Arbeitsgruppe nur aus Philosophiehistorikern, die im Großen und Ganzen einseitige Spezialisten für die Herausgabe philosophischer Texte sind." Das künftige Institut sei jedoch als Forschungsinstitut geplant, das folgende drei Abteilungen umfassen soll: 1. Dialektischer Materialismus, 2. Historischer Materialismus, 3. Geschichte der Philosophie, die jeweils mindestens einen Leiter und sechs Mitarbeiter haben sollten. Die Editionsarbeiten sollen in einer besonderen Editionsabteilung weitergeführt werden. Sie seien jedoch den Forschungsaufgaben unterzuordnen, was eine Neuorientierung des Editionsprogramms einschließe.[2]

Das war Zukunftsmusik. Ende September 1959 gehörten der Arbeitsgruppe noch immer nicht mehr als elf wissenschaftliche Mitarbeiter und fünf technische Hilfskräfte an.[3] Sofort begonnen wurde mit der Arbeit an einem *Philo-*

gründete. Die Liste seines diesbezüglichen Wirkens könnte erweitert werden. Dennoch war die Art seiner Amtsenthebung schäbig.

1 Klaus Schrickel wurde 1948 an der Universität Jena mit einem durchaus philosophischen Thema: „Klassischer Rationalismus und klassischer Empirismus in ihrem Zusammenhang mit den französischen Enzyklopädisten" zum Dr. paed. promoviert. Er war in Gera geboren, wo er 1940 das Abitur ablegte, studierte in München zeitweise Medizin, besuchte nebenbei jedoch psychologische und philosophische Vorlesungen. Im Juli 1946 übersiedelte er nach Jena, wo er im Rahmen der Sozial-Pädagogischen Fakultät Philosophie, wissenschaftlichen Sozialismus und Psychologie studierte. Er arbeitete 1946/47 als Assistent des Institutes für dialektischen Materialismus an der Uni Jena, wo er sich dem Studium der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus widmete. Universitätsarchiv Jena, Bestand O, Nr.1, Bl.151r.

2 Vgl. ABBAW, Best. AKL Nr. 109

3 Vgl. ebd.

sophischen Wörterbuch, das zu schaffen Akademie-Vizepräsident Hans Ertel bereits vor Jahren angeregt hatte. Mit der Betreuung des Wörterbuchs wurde M. Buhr beauftragt.

IV. Das Institut für Philosophie (IfPh)

Am 28.9.1961 hatte die zuständige Klasse der Akademie beschlossen, die Arbeitsgruppe für Philosophie in ein „Institut für Philosophie" umzuwandeln. Die Gründung fand dann im Juli 1962 statt. Das Institut umfasste bei seiner Gründung 20 wissenschaftliche Mitarbeiter (darunter drei Professoren und sechs promovierte Kräfte). Es wies jene Struktur auf, die Klaus geplant hatte, ergänzt um Forschungen auf dem Gebiet des nationalen philosophischen Erbes (vertreten durch Prof. R. O. Gropp), die unmittelbar der Leitung zugeordnet wurden.[1]

Bereits vor Gründung des Instituts war G. Klaus gesundheitlich angeschlagen. 1962 musste er für 8 Wochen ins Krankenhaus. In den kommenden Jahren war er immer wieder für längere Perioden ans Krankenbett gefesselt. Er beantragte daher im Mai 1962, M. Buhr als seinen Stellvertreter einzusetzen; und dieser hat immer öfter und immer länger eigenständig die Geschäfte des Institutsdirektors geführt, so dass bereits seit dieser Zeit Buhr mehr oder weniger als wirklicher Leiter des Instituts agierte.

Klaus wusste um die Begrenztheit der ihm noch verbleibenden Lebenszeit. Er nutzte sie in pausenloser Arbeit, um seine vielfältigen wissenschaftlichen Vorhaben noch bewältigen zu können, um unter anderem die wissenschaftliche Bedeutung der Kybernetik allseitig theoretisch zu begründen und ihre praktische Anwendung zu propagieren.[2] Auftakt hierzu war sein Werk *Kybernetik in philosophischer Sicht* (1961)*,* in dem er mit dem bis dato hierzulande grassierenden ideologischen Vorurteil aufräumen konnte, Kybernetik sei „imperialistische Pseudowissenschaft".

Der Grund für die Konjunktur der Kybernetik in der DDR der 60er Jahre war zweifellos das *Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL),* von Ulbricht 1963 auf den Weg gebracht, das eine auf *ökonomisch selbst regulierten* (statt auf gesteuerten) Systemen basierende Volkswirtschaft zu denken und zu modellieren erlaubte.

Schon 1961 rief der damalige Generalsekretär der Akademie, Prof. Günther Rienäcker, auf Betreiben von Klaus und unter seinem Vorsitz, eine *Kommission für Kybernetik* ins Leben, der die Professoren Fritz Behrens (Ökonomie), Robert Rompe (Physik), Kurt Schröder, R. Reißig (Mathematik), sowie Dr. H. Thiele (math. Logik) angehörten. (Wiss. Sekretär war anfangs Rainer Thiel,

1 Vgl. ABBAW, Best. AKL, Nr. 110

2 1964 folgte das Werk: Kybernetik und Gesellschaft (unter Mitarbeit von G. Schnauß), 1966: Kybernetik und Erkenntnistheorie, 1967: G. Klaus/H. Liebscher: Wörterbuch der Kybernetik, 1968: Spieltheorie in philosophischer Sicht.

später Heinz Liebscher.)[1] Ihre Aufgabe war es zunächst, eine Bestandsaufnahme über die in der DDR auf dem Gebiet der Kybernetik bestehende Lage zu erarbeiten (*Denkschrift über die Bedeutung der Kybernetik für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft, Herbst 1962*), in einer zentralen Kybernetik-Konferenz „eine Übersicht über den erreichten Stand zu gewinnen und die auf verschiedenen Gebieten bereits tätigen Kräfte zu sammeln".[2] Im April 1961 hatte die Redaktion der *Einheit* mit Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen die Bedeutung der Kybernetik für die künftige Entwicklung der Gesellschaft beraten. Die Teilnehmer der Tagung waren sich einig, dass sich die DDR-Wissenschaft im Hinblick auf die Kybernetik im Rückstand befinde und diesen beseitigen müsse, wenn sie die mit der Automatisierung und der Leitung ökonomischer Prozesse verbundenen Probleme bewältigen wolle.[3] Dem pflichtete W. Ulbricht ausdrücklich bei.[4]

In den 60er Jahren, in der Periode des NÖSPL, wurde die Wissenschaft in ihren vielfältigen Facetten zum vorherrschenden Thema in der DDR-Philosophie. *Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution* war der Gegenstand des Philosophiekongresses 1965. Und es versteht sich, dass an dem von G. Klaus geleiteten Institut, speziell in der **Abteilung Dialektischer Materialismus (**künftig **DiaMat),** die Thematisierung der Wissenschaften großgeschrieben wurde. Der in Leningrad frisch promovierte Dr. Günter Kröber (Jg. 1933), seit der Institutsgründung Leiter dieser Abteilung, stand Klaus im Hinblick auf sein Philosophieverständnis nahe. Eine kleine, Klaus direkt zugeordnete Arbeitsgruppe zur Kybernetik (bestehend aus H. Liebscher, Klaus Dieter Wüstneck und Gerda Schnauß)[5] war an diese Abteilung angeschlossen. So spielte die Kybernetik und ihre Denkweise hier natürlich eine große Rolle.

Seit Mitte der 60er Jahre waren G. Klaus und G. Kröber als Autoren an dem von Alfred Kosing 1967 publizierten Lehrbuch *Marxistische Philosophie* beteiligt (Kapitel V–X), in denen Klaus sein systemtheoretisches Verständnis der materialistischen Dialektik vorstellte.[6] Als Höhepunkt dieser Entwicklung

1 Vgl. H. Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation. Systemisches Denken in der DDR zwischen Wissenschaft und Ideologie, Münster 1995, S. 17

2 Vgl. H. Liebscher: Kybernetik und philosophische Forschung. In: DZfPh 13(1965)2, S. 189

3 Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft. Zu einer wissenschaftlichen Beratung der Redaktion „Einheit." R. Thiel in: Einheit 16(1961)7, Beilage

4 Vgl. W. Ulbricht: Rede auf der zweiten Plenartagung des Forschungsrates der DDR. In: Neues Deutschland v. 18. 11. 1962, S. 4

5 Eine Auswahl der damaligen Produktionen dieser Gruppe: G. Klaus: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophie, in: DZfPh 11(1963)6; K. D. Wüstneck: Der kybernetische Charakter des neuen ökonomischen Systems und die Modellstruktur der Perspektivplanung als zielstrebiger kybernetischer Prozess, in: DZfPh 13(1965)1; H. Liebscher: Kybernetik und philosophische Forschung, in: DZfPh 13(1965)2; W. Maltusch/G. Schnauß: Optimierung gesellschaftlicher Prozesse, in: DZfPh 13(1965)6; G. Klaus: Kybernetische Reflexionen zum subjektiven Moment der Erkenntnis, in: DZfPh 13(1965)10–11

6 Vgl. A. Kosing: Habent sua fata libelli. Über das merkwürdige Schicksal des Buches *Marxistische Philosophie.* In: H.-C. Rauh/P. Ruben*:* Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren, S. 77 ff.

veranstaltete das Institut im November 1968 ein Kolloquium zum Thema: *Der Systembegriff und dessen Bedeutung für die philosophische Forschung,* auf dem vom Referenten (G. Kröber) und in den Diskussionsbeiträgen die Nähe, wenn nicht gar die Identität von dialektischem und Systemdenken behauptet wurde.[1]

In der ersten Hälfte der 60er Jahre war der Bereich (wohl von der Abteilung Wissenschaften des ZK) beauftragt worden, zum Verhältnis von Wissenschaft und Weltanschauung zu arbeiten. Aus heutiger Sicht, die durch die nachfolgende Entwicklung bestätigt wurde, war der Sinn dieses Auftrags, Kritik an der von G. Klaus und damals im ZIPh herrschenden Sicht zu üben, Gesellschaften ausschließlich unter ihrem Verhaltensaspekt als Systeme zu thematisieren, sodass die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Klassen- und Klassenkampftheorie ins Hintertreffen geriet. Wir, die Betroffenen, begriffen den Sinn dieses Auftrags jedoch nicht, sondern glaubten, beauftragt zu sein, zum Verhältnis von Philosophie und Wissenschaften arbeiten zu müssen. So hatten wohl Georg Klaus und der Leiter des Diamat-Bereichs G. Kröber den Auftrag verstanden, und wir grübelten, wie man dieses in unseren Augen kolossale Thema angehen könne. Wir beschlossen, mit einer historischen Untersuchung ihres Verhältnisses in der griechischen Antike zu beginnen, in der die Beziehung beider ihren Ursprung hat, d. h. uns zunächst ein Modell für weitere Untersuchungen zu schaffen. Das Produkt war der Band Wissenschaft und Weltanschauung in der Antike. Von den Anfängen bis zu Aristoteles.

Dieser Band enthielt folgende Beiträge: A. Joja: Die Anfänge der Logik und Dialektik in Griechenland; G. Klaus/G. Kröber: Mathematik und Philosophie in der Antike; H. Mielke: Erkenntnisse u. Irrtümer in der griechischen Naturphilosophie; C. Warnke: Die Geburt der wissenschaftlichen Medizin aus der Weltanschauung der Antike; C. Warnke: Das Problem der Seele und die Anfänge der Psychologie.[2]

Der für unser Gemeinschaftsprodukt gewählte Titel weist aus, dass die Beteiligten, also auch ich, wie in der DDR-Philosophie generell üblich, damals keinen Unterschied zwischen Philosophie und Weltanschauung sahen, sondern „Weltanschauung" nur für ein anderes Wort für „Philosophie" hielten.[3]

Als dieser Band 1966 erschien und die System-Euphorie am Institut ihren Höhepunkt erreichte, hatte der ideologische Wind begonnen, sich zu drehen. Auf dem VII. SED-Parteitag 1967 hatte Ulbricht erklärt, dass die *entwickelte sozialistische Gesellschaft* als Ganzes, ihre sozialen, kulturellen und technisch-wissenschaftlichen Momente in untrennbarer Einheit zu gestalten seien. Der Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus werde als Klassenkampf

1 Einen ausführlichen Bericht dazu von H. Horstmann findet man in: DZfPh 17(1968)6, S. 731–744; ferner in den phid Informationen 58(1969)4

2 Hg. v. G. Kröber, Berlin 1966. Mit meiner Arbeit zum Verhältnis von griechischer Medizin und Philosophie wurde ich – seit Oktober 1960 Mitarbeiterin des Instituts – 1968 promoviert.

3 Dieser Passus demonstriert die damalige Unfähigkeit der Beteiligten, den politischen Sinn des ZK-Auftrags zu begreifen.

zwischen zwei entgegengesetzten gesellschaftlichen *Gesamtsystemen* geführt. Und zur Beschwichtigung der Kritiker des Kybernetikbooms fügte er hinzu: Zur wissenschaftlichen Analyse dieses Gesamtsystems seien aber nach wie vor die Lehren des Marxismus-Leninismus gültig. 1967 wurde Klaus noch mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold u. a. für seine Verdienste um die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Philosophie ausgezeichnet. Auf dem 10. SED-ZK-Plenum (8.–9.4.1969) aber attackierte Hager, (SED-Politbüromitglied und Chefideologe der Partei), Heinz Liebscher, den engsten Mitarbeiter von G. Klaus, mit dem Vorwurf: Mit der kybernetischen Betrachtungsweise der Gesellschaft nivelliere er die Erkenntnisse des historischen Materialismus. O-Ton Hager:

„Erkenntnisse des historischen Materialismus vom Wesen und der Rolle des Klassenkampfes als Triebkraft der Geschichte, von der sozialen Revolution, der Rolle der Arbeiterklasse usw. verschwinden, wenn z. B. Genosse Liebscher vom Institut für Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften in einem Artikel feststellt, dass die menschliche Gesellschaft auf allen ihren Entwicklungsstufen von jeher ein selbstregulierendes System im Sinne der Kybernetik war, und dann fortfährt: ‚Kennzeichnend dafür ist u. a. die bemerkenswerte Stabilität der menschlichen Gesellschaft gegenüber inneren und äußeren Störungen, sei es in Gestalt heftiger Klassenkämpfe (innere Störungen) oder bedrohlicher Einwirkungen der Natur (äußere Störungen). Auch die Aufeinanderfolge der verschiedenen Gesellschaftsformationen muss als Wechsel der Verhaltensweise eines sich entwickelnden kybernetischen Systems gedeutet werden‘.“[1]

Dieser Angriff Hagers setzt den Amtsantritt Breshnews 1964 und dessen Politik der Restalinisierung voraus. Sie hatte der konservativen Fraktion im Parteiapparat, die Ulbrichts ökonomischen Reformkurs und sein Bündnis mit den Wissenschaftlern zutiefst missbilligte, kräftig Rückenwind gegeben. Vollends bestätigt sah sich diese Fraktion, als die mit dem Prager Frühling verbundenen Hoffnungen auf einen rundum reformierten Sozialismus durch sowjetische Panzer niedergewalzt worden waren. Fortan galt bis ans Ende im sozialistischen Lager für die Ideologie, also auch für die philosophische Diskussion, die Devise: „Es bleibt alles beim Alten, Bewährten. Keine Experimente in der Theorie!“

Auch die Abteilung **Historischer Materialismus** (künftig **HistMat)** war natürlich vom Zeitgeist der 60er Jahre geprägt. Ihr Leiter war von 1962–1965

1 K. Hager: Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus. In. Neues Deutschland vom 30. 4. 1969, S. 6. Der von Hager zitierte Text Liebschers stammt aus dessen Artikel: Kybernetik und gesellschaftliche Prozesse im Sozialismus, Spektrum 1, 1969, S. 7. Hagers ideologische Schelte führte in der SED-Parteiorganisation des Institutes postwendend zu einer Debatte über die Position Liebschers und der Kybernetik-Gruppe: über ihre „positivistischen“ und „konvergenztheoretischen“ Tendenzen. Sie endete glimpflich, da es eine „Weisung von ganz oben“ gegeben habe, die Auseinandersetzung nicht zu einem „Fall Liebscher“ zu machen. Vgl. H. Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation, a. a. O., S. 67, S. 180

Prof. Dr. Hermann Scheler (1911–1972)[1], der an der Akademie mit dem anspruchsvollen Projekt angetreten war, in den nächsten Jahren *Die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR* in einem Kollektivwerk mit Lehrbuchcharakter (von 1.000 Seiten!) darzustellen. Es sollte dies ein „Beitrag zur Durchsetzung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit sein", „entsprechend dem Aufruf des VI. Parteitags". Er plante also ein Mammutunternehmen, an dem er sich überhob. Neben Mitarbeitern des eigenen Instituts sollten sich Mitarbeiter anderer Institutionen innerhalb und außerhalb der Akademie beteiligen. Das Redaktionskollegium wollte er, dem Unternehmen angemessen, hochkarätig besetzen. Er hatte dabei u. a. an Akademiemitglied (AM) Fred Oelßner[2] und den Leiter des Instituts für staats- und rechtswissenschaftliche Forschung, AM Karl Polak, gedacht. Oelßner sagte seine Teilnahme ab, und Polak verstarb bereits 1963. Auch andere zur Mitarbeit vorgesehene Institutionen verweigerten sich diesem Projekt. Es ist danach auf das Thema geschrumpft: *Das Verhältnis von objektiven und subjektiven Faktoren im gesetzmäßigen Entwicklungsprozess der sozialistischen Gesellschaft* und sollte nun in Kooperation mit den Philosophen der Humboldt-Universität und dem Institut für Marxismus-Leninismus an der Hochschule für Ökonomie realisiert werden (unter der Redaktion von H. Scheler, G. Söder, E. Hahn).[3] Wenn ich recht sehe, war das schließlich realisierte Endprodukt dieses Planes das Sonderheft der DZfPh 1964: *Der Mensch und die objektive Gesetzmäßigkeit in der sozialistischen Gesellschaft* (mit Beiträgen von H. Scheler, G. Kröber, P. Bollhagen, H. Kosin, W. Maltusch, H. Crüger, G. Söder, H. Horstmann), also überwiegend von Angehörigen des IfPh.). Nach dieser wenig glücklichen Episode seines Schaffens kehrte Scheler 1965 zu den Philosophen der Humboldt-Universität zurück.

Seine Funktion übernahm Dr. Wolfgang Eichhorn I (Jg. 1930), der sie, seit 1964 am IfPh, (mit Unterbrechung von 1969–1971) bis zur Wende innehatte. 1964 hatte er sich mit einer viel beachteten Arbeit: *Wie ist Ethik als Wissenschaft möglich?* habilitiert, die 1965 erschien. In diesem Jahr wurde er an der Akademie auch zum Professor berufen. Er war an das IfPh mit der Absicht gekommen, sich mit der Gruppe der vorgefundenen historischen Materialisten an der in der DDR im Aufbau befindlichen soziologischen Forschung zu beteiligen. Aber seine Arbeit auf dem Gebiet der Soziologie blieb Episode.[4]

1 H. Scheler war Mitherausgeber der Reihe *Wissenschaftliche Weltanschauung,* Teil II: Historischer Materialismus (hg. von W. Eichhorn I, G. Heyden, A. Kosing, H. Scheler) und Autor von Heft 7: Die große Perspektive der Menschheit: der Kommunismus. Zur Person vgl. Philosophenlexikon, Berlin 1982, S. 814

2 Damals Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der DAW, AM seit 1953

3 Vgl. ABBAW, Best. AKL, Nr. 110

4 Vgl. dazu: Erfahrungen und Probleme einer soziologischen Untersuchung (W. Eichhorn I, W. Eichhorn II, E. Hahn, R. Thiel) in: DZfPh 12(1964)1. Hier wird über die Ergebnisse einer im Juni 1963 durchgeführten soziologischen Untersuchung über das Neuererwesen in zwei Berliner Großbetrieben berichtet. Dieses Unternehmen sei ein Versuch gewesen, „ein komplexes, sehr umfangreiches soziologisches Programm mit exakten Methoden und einem hohen Grad der Ausnutzung des empirischen Stoffes zu verwirklichen". (S. 97)

Stattdessen war er in den kommenden Jahren ein viel beschäftigter Mann als Mitherausgeber und Mitarbeiter von Texten zu historisch-materialistischen Themen.[1]

In der 2. Hälfte der 60er Jahre vereinte die Debatte um die Probleme der Gesellschaftsprognose die Abteilungen DiaMat und HistMat zu einem Gemeinschaftsprojekt. Angesichts der bürgerlichen Futurologie (Ossip K. Flechtheim, Robert Jungk) und in Reaktion auf die Konstrukte einer künftigen postindustriellen Gesellschaft schien es geboten, sich auf marxistisch-leninistischer Basis der theoretischen Probleme der Prognostik des sog. „gesellschaftlichen Gesamtsystems des Sozialismus" anzunehmen, „eine dialektische Auseinandersetzung mit den Zukunftsproblemen" zu betreiben, zumal W. Ulbricht explizit verlangt hatte, „die marxistisch-leninistische Gesellschaftsprognostik in bisher nicht gekanntem Ausmaß auszuarbeiten und anzuwenden".[2] Also boomte auch im IfPh das Thema „Prognostik". Es gipfelte schließlich in dem Buch *Philosophie und Prognostik. Weltanschauliche und methodologische Probleme der Gesellschaftsprognose*[3]*,* das nicht ohne historisches Interesse ist. Es enthält m. E. das für die DDR-Philosophie in Ulbrichts Reformperiode typische Gemenge von ernsthaften Ansätzen zur wissenschaftlichen Untersuchung des Themas mit der Verkündung von sattsam bekannten ideologischen Gewissheiten.

Die **Abteilung Geschichte der Philosophie** wurde von Prof. Dr. Matthäus Klein (1911–1988, emeritiert 1973) geleitet, der vom ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften ans IfPh wechselte, als dieses gegründet wurde. Er war mit dem Auftrag gekommen, eine *Arbeitsgruppe zur Erforschung der Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland* zu bilden. Dieser Gruppe gehörten zunächst Heinz Pepperle, Gerd Irrlitz und später und zeitweilig u. a. Rolf Semmelmann und Rita Kuczynski an. In Zusammenarbeit mit Erhard Lange (Universität Jena) und Fritz Richter (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) hat M. Klein 1969 in zwei Halbbänden: *Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland Bd. I* publiziert, nicht ohne so manche ideologische Hürde nehmen zu

1 Er war Mitherausgeber der Reihe *Wissenschaftliche Weltanschauung*, in der er 1960 mit R. Schulz Heft.4: Klassen und Klassenkampf, Staat und Revolution, publizierte. Erheblichen Anteil als Autor hatte er am Lehrbuch Marxistische Philosophie (1967).

2 Vgl. W. Ulbricht: Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 92 u. 94. Am IfPh war Prognostik danach zeitweilig ein Modethema: A. Bauer/H. Kosin: Probleme der Gesellschaftsprognose und der Politik in Deutschland, in DZfPh 15(1967)1; A. Bauer/W. Eichhorn I: Prognose und Planung als Mittel der gesellschaftlichen Praxis im Sozialismus, in: ebd.: H. 2; W. Eichhorn I: Gesellschaftsprognose und Handeln, ebd. H. 11; ders.: Prognostik und Planung als philosophisches Problem, in: DZfPh 16(1968)1; G. Kröber: Prognose, Hypothese, Gesetz – logisch-methodologische Bemerkungen, in: DZfPh 15(1967)7; M. Buhr/G. Kröber: Von der Vision zur Wirklichkeit. Sozialismus und Prognose, in: Neues Deutschland, 29. 8. u. 1. 9. 1967.

3 Die Autoren sind: A. Bauer, W. Eichhorn I, G. Kröber, H. Schulze, W. Segeth. K.-D. Wüstneck.

müssen. Die Publikation umfasst die Zeit von den „Anfängen“, die mit Marx und Engels datiert ist, bis zur „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“.

1965 bis 1975 hat Dr. Heinz Pepperle diese Arbeitsgruppe geleitet. Das Manuskript des von ihr erarbeiteten Folgebandes lag zehn Jahre unveröffentlicht beim Dietz-Verlag und wurde nie publiziert. Zu groß waren die Differenzen zwischen den Forschungsergebnissen dieser Gruppe und den Urteilen der SED-Parteiführung über die Geschichte der marxistischen Philosophie in der Weimarer Republik!

Den philosophiegeschichtlichen Arbeiten des Instituts zur **vormarxistischen Philosophie** hat Manfred Buhr von Anfang an seinen Stempel aufgedrückt. Er verstand dafür zu sorgen, dass die *klassische deutsche bürgerliche Philosophie*[1], ungeachtet aller Wechselfälle der politisch-ideologischen Konjunktur, permanent und unbestritten Arbeitsgegenstand des Instituts war und bis zu seinem Ende blieb. Kant, Fichte, Schelling, Hegel gehörten – auch wenn sie in der Lesart des Marxismus-Leninismus eindeutig als Idealisten galten – zum sog. „nationalen Kulturerbe“. Buhr tat das seine, dieses Erbe zu pflegen, indem er keinen der möglichen Gedenktage vorübergehen ließ, ohne ihre Bedeutung für den Marxismus-Leninismus zu betonen. Das geschah möglichst in Kooperation mit dem sowjetischen Partnerinstitut (Teodor I. Oiserman), mit internationaler Beteiligung, in Anwesenheit hochrangiger Parteifunktionäre, und mit einem Gedenkartikel aus Buhrs Feder im SED-Parteijournal *Einheit* und im *Neuen Deutschland*.

Für einen Höhepunkt der Öffentlichkeitsarbeit des Institutes halte ich den *VIII. Internationalen Hegel-Kongress* in Berlin (zum 200. Geburtstag Hegels; 23.–29.8.1970). Buhr hatte sich mit Hilfe Alexander Abuschs – eines hochrangigen SED-Partei- und Kulturfunktionärs – die ideologische und finanzielle Unterstützung der SED-Parteiführung für diesen Kongress gesichert, und Abusch durfte dafür einen der Einführungsvorträge halten. Die Atmosphäre der Brandt-Ära und der neuen Ostpolitik hatte eine rege Teilnahme von Kollegen aus der Bundesrepublik am Kongress möglich gemacht. Man war in dieser Periode als Westler kein Paria mehr, wenn man Kontakte mit DDR-Kollegen knüpfte und unterhielt. Aber es konnte natürlich nicht ausbleiben, dass es jenseits der Probleme der Hegel-Philologie und Hermeneutik zu lebhaften, teils kontroversen Debatten kam. Letztere entzündeten sich u. a. am Themenkomplex: Hegels Auffassungen zu Staat und Recht, und in diesem Kontext an so heiklen Themen wie dem eines „demokratischen“ oder „menschlichen Sozialismus“, wie er vor zwei Jahren von der Dubček-Fraktion der KPČ avisiert, aber von sowjetischen Panzern niedergewalzt worden war. Das Echo sowohl in der Westpresse als auch bei den DDR-Parteioberen über den Ver-

1 In der DDR-Philosophie war die Rede von der klassischen deutschen „*bürgerlichen*“ Philosophie, die wohl von Buhr eingeführt worden war, da man die Bezeichnung „klassische deutsche“ nur dem Marxismus vorbehalten wissen wollte. Aber kein Mensch nannte den Marxismus je „klassische deutsche Philosophie“.

lauf des Kongresses war positiv. Die Journalisten der Westpresse lobten v. a., dass Hegels Schaffen auf diesem Kongress „unter aktuellen Aspekten gewürdigt“ worden war, so dass sie verstehen konnten, worüber man debattierte. Die SED-Parteiobrigkeit im eigenen Lande fand, dass sich unsere Genossen tapfer geschlagen hätten.[1]

Das wichtigste Produkt der Forschungsarbeit zur klassischen deutschen Philosophie am IfPh in den 60er Jahren war das Gemeinschaftswerk von M. Buhr und Gerd Irrlitz: *Der Anspruch der Vernunft, Teil I* (1968), das diese von Kant bis einschließlich der Naturphilosophie des jungen Schelling thematisierte.[2] Diesem soliden wissenschaftlichen Werk war innerhalb der DDR und über ihre Grenzen hinaus großer Erfolg beschieden. Geplant war ein II. Teil, der v. a. die Philosophie Hegels zum Gegenstand haben sollte. Dieser kam jedoch nicht zustande, da sich die Autoren entzweiten und G. Irrlitz das Institut verließ. Die bei seinem Ausscheiden von Buhr ausgesprochene Drohung, er werde zu verhindern wissen, dass Irrlitz in den nächsten zehn Jahren in den Verlagen der DDR publizieren könne, vermochte Buhr nahezu vollständig zu realisieren![3]

Bereits Anfang der 60er Jahre hatte Buhr die Beziehung zur *Internationalen Hegel-Gesellschaft* und ihrem Präsidenten, Wilhelm Raimund Beyer, geknüpft. Sein erster Auftritt vor dieser Gesellschaft fand auf dem *IV. Hegel-Kongress 1962* in Genf, mit dem Beitrag *Von Fichte zu Hegel* statt.[4] Buhr wurde bald zum Mann der Hegel-Gesellschaft in der DDR, d. h. zu derjenigen Person, die maßgeblich darüber entschied, welcher DDR-Philosoph zu diesen Hegel-Kongressen ins Ausland fahren durfte.[5] Im Laufe der Jahre hat er seine Auslandsbeziehungen nach Ost und West systematisch ausgebaut, in wichtigen wissenschaftsleitenden Gremien mitgewirkt und Kontaktpflege mit einflussreichen Personen der Leitungshierarchien in Ost und West betrieben, also daran gearbeitet, sich eine Monopolstellung in der Zunft zu erarbeiten und sich diese zu erhalten.

Das die Mitarbeiter des Instituts ungeachtet ihrer Spezialisierung seit den 60er Jahren einigende Band war das von G. Klaus und M. Buhr herausgegebene *Philosophische Wörterbuch*. Nahezu alle Mitarbeiter haben an ihm mit-

1 Vgl. dazu den Bericht in: DZfPh 19(1971)3

2 Der Untertitel lautet: Die klassische bürgerliche deutsche Philosophie als theoretische Quelle des Marxismus. Teil 1: Kant – Fichte – Schelling, Lessing – Herder – Goethe – Schiller.

3 Nach dem Publikationskatalog der Deutschen Nationalbibliothek sind zwischen 1971 und 1980 keine Publikationen von G. Irrlitz erschienen.

4 IV. Internationaler Hegel-Kongress in Genf, in: DZfPh 11(1963)2, S. 243; vgl. auch: W. R. Beyer: Freibeuter in hegelschen Gefilden, Frankfurt a. M. 1983, S. 103

5 An den Internationalen Hegel-Kongressen haben fortan immer auch DDR-Philosophen teilgenommen. Ihre Auswahl hat wesentlich Buhr bestimmt. Man stellte sich also tunlichst gut mit Buhr, wenn man das Privileg der Teilnahme genießen wollte. Die Beiträge wurden in den Hegel-Jahrbüchern publiziert. Bereits deren flüchtige Durchsicht zeigt, dass sich hier mancher wissenschaftliche Schatz findet, der so gar nicht mit dem heute gängigen Urteil von der Wertlosigkeit der DDR-Philosophie übereinstimmt.

gewirkt. Es erschien einbändig erstmals 1964 und wurde ein Erfolg über die Grenzen der DDR hinaus. Da die Nachfrage nach ihm groß war und groß blieb, wurde es neu bearbeitet und sein Begriffsbestand erweitert. 1974 lag es schließlich in 10. erweiterter Auflage in 2 Bänden (mit 60.000 Expl.) vor.[1]

Die **Edition philosophiehistorischer Texte** wurde seit 1960 von Prof. Dr. R. O. Gropp (1907–1976) fortgeführt, der jedoch krankheitshalber 1965 emeritiert wurde.

Folgende Editionen sind in dieser Zeitspanne – teils von institutsfremden Personen – erarbeitet worden:

F. Schmidt (Hg.): G. W. Leibniz: Fragmente zur Logik 1960; D. Bergner/R. O. Gropp (Hg.): J. G. Fichte: Ausgewählte Texte 1962; M. Buhr (Hg.): J. G. Fichte: Briefe 1962; R. O. Gropp (Hg.): G. W. F. Hegel: Ausgewählte Texte, Bd. 1 1964; W. Mönke (Hg.): Neue Quellen zur Heß-Forschung 1964; D. Wahl (Hg.): David Hume: Eine Untersuchung des menschlichen Verstandes 1965; H. Pallus (Hg.): Joh. Nicolaus Tetens: Über den Ursprung der Sprachen und der Schrift 1966; G. Kröber (Hg.): L. Euler: Briefe an eine deutsche Prinzessin über verschiedene Gegenstände aus der Physik und der Philosophie 1965.

1962, also zeitgleich mit der Gründung des IfPh, konstituierte sich erneut die **Sektion Philosophie an der DAW.** (Zum Vorsitzenden wurde AM Prof. G. Klaus und zu seinem Stellvertreter Prof. Günter Heyden vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK berufen.) Die Sektion sollte für die „Konzentrierung der Forschungsarbeit nach einem einheitlichen Forschungsplan auf diejenigen Schwerpunktaufgaben“ sorgen, „die für die weitere gesellschaftliche Entwicklung der DDR von erstrangiger Bedeutung sind“, und dazu die Pläne der philosophischen Institute und Einrichtungen koordinieren.[2] Aber die Koordinierung kam nur schleppend voran. 1964 legte K. Hager nochmals nach und drängte auf die Ausarbeitung einer Gesamtkonzeption der Gesellschaftswissenschaften bis 1970.[3] Beauftragt von der Sektionsleitung, antwortete Buhr auf die Vorgaben Hagers. Er bemängelte thematische Zersplitterung, ungenügende Konzentration auf wenige grundlegende Objekte in den Instituten, fehlende Kaderentwicklungspläne usw.

„Die Sektion Philosophie“ – so das Fazit seines Mängelkatalogs, und auf dieses Fazit ist es offensichtlich angekommen! – „erarbeitet und berät im engsten Zusammenhang mit der Abteilung Wissenschaften beim ZK und dem Sektor Philosophie beim Staatssekretariat die Hauptrichtungen der philoso-

1 1975 erschien die 11. Auflage mit 80.000 Exemplaren, es erreichte eine Gesamtauflage von 480.000. 1975 erschien im Rowohlt-Verl. eine Lizenzausgabe d. 10. Auflage mit 10.000, im Verl. Das Europäische Buch Westberlin mit 20.000 Expl. Vgl. ABBAW, FoB Gewi, Nr. 142

2 Vgl. W. Schuffenhauer: Konstituierung der Sektion für Philosophie an der Deutschen Akademie der Wissenschaften, in: DZfPh 10(1962)4, S. 503; vgl. Gedanken zum Plan der philosophischen Forschung. Interview der Redaktion der DZfPh mit Prof. Dr. G. Heyden, 11(1963)1

3 Vgl. K. Hager: Probleme und Aufgaben der Gesellschaftswissenschaftler nach dem 5. Plenum des ZK, in: Einheit, H. 4/1964

phischen Forschung in der DDR, die im Plan der philosophischen Forschung niedergelegt sind bzw. niedergelegt werden müssen.“[1]

Dies ist die Ankündigung der planmäßigen Subordination der Philosophie der DDR unter die politischen Organe von Partei und Regierung. Die vier Jahre später folgende Hochschul- und Akademiereform wird das auch organisatorisch festschreiben, wirft aber hier bereits ihre Schatten voraus.[2]

Im Oktober 1968 beschloss das SED-Politbüro, die Leitung der Forschung auf dem Gebiet der nun ausdrücklich als „marxistisch-leninistisch“ bezeichneten Philosophie der Philosophie-Sektion der DAW zu entziehen und dem ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften zu übertragen – verbunden mit der Order, die Forschungskapazitäten auf jene Aufgaben zu konzentrieren, „die sich aus den herangereiften Entwicklungsbedingungen der sozialistischen Gesellschaft und den Erfordernissen des sich verschärfenden ideologischen Klassenkampfes ergeben“.

Im Mai 1969 wurde zu diesem Zwecke der **Rat für philosophische Forschung** (später umbenannt in **Wissenschaftlicher Rat für Marxistisch-Leninistische Philosophie der DDR**) gegründet, dessen Vorsitzender jeweils der Leiter des Philosophie-Lehrstuhls am genannten ZK-Institut sein sollte (das war zunächst A. Kosing, seit 1971 bis zur Wende E. Hahn). M. Buhr gehörte diesem Rat – funktionsbedingt – gleichfalls an.[3] Etwa fünf Jahre später, im Laufe des Jahres 1976, wurden (auf SED-Politbürobeschluss vom 1.7.1975) zusätzlich Problemräte für verschiedene philosophische Zweige gebildet: für Dialektischen Materialismus (Leiter: Prof. Götz Redlow), für Historischen Materialismus (Leiter: Prof. W. Eichhorn I), für Geschichte der Philosophie (Leiter: Prof. E. Lange), für Kritik der bürgerlichen Philosophie (Prof. M. Buhr) und für Philosophische Probleme der Wissenschaftsentwicklung (Prof. Herbert Hörz), die das Forschungsprofil dieser Zweige beraten und bestimmen sollten.

V. Die Akademiereform und die Bildung des Zentralinstituts für Philosophie (ZIPh)

Gleichzeitig mit der 3. Hochschulreform zwischen 1968 und 1970 fand die Akademiereform statt. Ihr Ziel bestand darin, diese große Ansammlung vorwiegend naturwissenschaftlicher Forschungsunternehmen, zu dem sich die

1 Stand und Aufgaben der philosophischen Forschung. Bericht von W. Mutz, in: DZfPh 12(1964)9, S. 1135

2 Noch in dieser Periode der Institutsentwicklung, im März 1966, wird die Zusammenarbeit der Sektion Philosophie der DAW mit dem Partnerinstitut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR institutionell vertraglich fixiert. In der von M. Buhr geleiteten Delegation zum Vertragsabschluss ist in Gestalt von W. Möhwald auch die ZK-Abteilung Wissenschaften präsent. Vgl. Mitteilung der Sektion Philosophie der DAW, von G. Bartsch, in: DZfPh 14(1966)6, S. 745f.

3 Vgl. Mitteilung über die Bildung des wissenschaftlichen Rates für philosophische Forschung in der DDR, in: phid Informationen 5(1969)5, S. 2

DAW entwickelt hatte, entschiedener als bisher in den Dienst der gesellschaftlichen Entwicklung zu stellen. Sinn der Reform sei es, die „Einheit von sozialistischer und wissenschaftlich-technischer Revolution“ zu realisieren, wozu es des Übergangs von isoliert forschenden Personen und Wissenschaftsdisziplinen zur „Großforschung“, zu „komplexer Forschung“, zur „Gemeinschaftsarbeit“ bedürfe. Denn nur so könne man im internationalen wissenschaftlichen Vergleich und Wettbewerb zu „Spitzenleistungen“ gelangen und bestehen. Die dazu erforderlichen „schöpferischen Leistungen“ aber seien „nur im Kollektiv“ möglich.[1] Soweit – auf wenige Schlagworte gebracht – der erklärte Sinn der Akademiereform. Diese blieben bis zur Abwicklung der Akademie maßgeblich für die Orientierung ihrer Arbeit, vor allem aber für ihr Planungs- und Berichtswesen. Von diesen Schlagworten ließ sich auch die Leitung des ZIPh leiten. Man sprach auch hier von „Spitzenleistungen“, die man vollbracht habe oder vollbringen wolle; und favorisierte hierzu in „Gemeinschaftsarbeit“ herzustellende Produkte, die in den künftigen Plänen einen immer größeren Raum einnahmen.

Organisatorisch wurde die Akademie in sechs Forschungsbereiche gegliedert, die dem Präsidenten unterstellt waren. Das Institut für Philosophie gehörte zum Forschungsbereich Gesellschaftswissenschaften (FB Gewi) und war diesem rechenschaftspflichtig. Zum ersten Leiter dieses Forschungsbereichs wurde 1969 Prof. Dr. W. Eichhorn I ernannt, der 1971 von Prof. Dr. Werner Kalweit (Ökonom, Jg. 1926) abgelöst wurde, welcher diese Funktion dann bis zur Wende innehatte.

Seit der Akademiereform – auch das ein Novum – wurde die philosophische Produktion wie die Volkswirtschaft in 5-Jahrplänen organisiert. Sie war vom Institut zu entwerfen, zu beraten, von der Forschungsbereichsleitung zu bestätigen und am Ende der jeweiligen Planungsperiode abzurechnen. Die Pläne hatten sog. Z-Planobjekte (Objekte des Zentralen Forschungsplanes) zu enthalten, d. h. Projekte, die von der ZK-Abteilung Wissenschaften gewünscht und bei ihr auch abgerechnet wurden. Vor allem die Z-Planobjekte waren von nun an der Hebel, mit dem die Partei in die Produktion der gesellschaftswissenschaftlichen Institute hineinwirkte.[2] Und v. a. für sie waren „Eröffnungsverteidigungen“ und „Abschlussverteidigungen“ vorgesehen, mittels

1 Am 17. u. 18. 6. 1969 veranstalteten die DAW u. das ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften der SED die Konferenz: *Sozialismus und Wissenschaft*. Hauptreferent war der damalige Präsident der DAW Prof. Dr. H. Klare zum Thema: *Die Probleme der Wissenschaftsentwicklung in der DDR unter den Bedingungen der Einheit von sozialistischer und wissenschaftlich-technischer Revolution.* Vgl. phid Information 5(1969)5; ferner: Interview des ND mit Prof. Dr. O. Reinhold u. Prof. Dr. H. Klare im ND vom 17. 6. 1969; ferner: Prof. Dr. H. Klare über die genannte Konferenz im ND vom 21. 6. 1969

2 Auf einer Tagung der DDR-Gesellschaftswissenschaftler am 14. 10. 1971 hatte Kurt Hager, das für die Wissenschaft zuständige SED-Politbüromitglied, über den Grundsatz der inhaltlichen Leitung der Gesellschaftswissenschaften durch die Partei referiert, die künftig über einen Zentralen Forschungsplan für die Gesellschaftswissenschaften realisiert werde.

derer institutseigene und möglichst auch institutsfremde Gremien die jeweilige Konzeption eines Objekts und das Endprodukt zu beurteilen hatten.[1]

Dann gab es Akademie-Plan-Objekte, die vor der Leitung des Forschungsbereichs zu verantworten waren. Ein Teil der Z- und A-Plan-Objekte hatte künftig in methodologischer und weltanschaulicher Dienstleistung für die Forschungsbereiche der Akademie zu bestehen. Schließlich gab es noch einen kleinen Anteil von Institutsplan-Objekten (I-Plan), d. h. von solchen, bei denen die Mitarbeiter relativ frei über die Themen entscheiden konnten. Darüber hinaus nahmen Personen und Personengruppen des Instituts an interdisziplinären, an „bi-" und „multilateralen" Projekten innerhalb des sozialistischen Lagers teil, die in den Plänen fixiert wurden und abzurechnen waren.

Mit dieser Planungshierarchie wurde das Institut in ein enges Korsett von Vorgaben gezwängt und ihm ein aufwendiger bürokratischer Apparat aufgebürdet – komplettiert obendrein durch eine Institutsordnung, nach der kein zur Publikation vorgesehener Text das Institut verlassen durfte, der nicht durch die Leitung abgesegnet war. Unter diesen Bedingungen waren der Spontaneität, der persönlichen Initiative der Produzenten, innovativen Ansätzen etc. von vornherein enge Schranken gesetzt. Die Direktoren der gesellschaftswissenschaftlichen Institute der Akademie sind allerdings recht unterschiedlich mit diesen Vorgaben umgegangen. Man konnte – unter Berufung auf das Prinzip der Einzelleitung – mit ihrer Hilfe eine Art Autokratie errichten, wozu die Leitung des ZIPh tendierte, es war aber auch möglich, diese Vorgaben legerer zu handhaben und demokratisch zu unterlaufen, was meines Wissens der Leitungsstil z. B. bei den Literaturwissenschaftlern war.

Im Gründungsdokument vom 15. August 1969 wurde dem **Zentralinstitut für Philosophie** auf Anweisung des Akademiepräsidenten folgender Inhalt seiner Forschung zugewiesen:

„Das Zentralinstitut hat die Aufgabe, philosophische Schwerpunktthemen zu erforschen, die für die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, insbesondere für die Herausbildung und Festigung des sozialistischen Bewusstseins wesentlich und für die philosophisch-theoretische Durchdringung des Prozesses der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Wissenschaftsentwicklung im Sozialismus system- und strukturbestimmend sind."[2]

All diese administrativen Vorgaben sind zu bedenken, wenn man die Entwicklung des Instituts in den folgenden Jahren, die Verhaltensweisen seiner

1 Im Akademiearchiv haben solche Papiere überdauert. Sie zeigen die Doppelgesichtigkeit dieser Prozedur. Einerseits diente sie der Institutsleitung dazu, sich ideologisch abzusichern, also theoretische Experimente jenseits der parteiamtlich festgeschriebenen marxistisch-leninistischen Linie auszuschließen. Andererseits vermochte eine von mehreren möglichst hochrangigen Institutionen und Personen gefällte positive Beurteilung einer Konzeption, resp. eines Produkts, so man sie durchsetzen wollte, ein Schutzschild gegen unbillige Kritik von „oben" zu sein. Beides wurde am ZIPh praktiziert.

2 Vgl. ABBAW, Inst. f. Phil., A 1039

Leitung und seiner Mitarbeiter historisch gerecht beurteilen und verstehen will.
Zum Direktor des ZIPh wurde Prof. Dr. M. Buhr ernannt; zu seinem Stellvertreter zunächst Prof. Dr. M. Klein. Als dieser 1973 in Rente ging, übernahm Dr. Rolf Kirchhoff (Jg. 1929) diese Funktion. Er war für den ordnungsgemäßen Ablauf des Planungsgeschehens und die Einhaltung aller Ordnungen verantwortlich und hatte diese Funktion ununterbrochen bis zur Wende inne. Er brachte es in ihr im Laufe der Jahre zu bürokratischer Meisterschaft.[1]

V.1. Exkurs

Gleichzeitig mit dieser Reform fand – wie an anderen wissenschaftlichen Instituten auch – ein Generationswechsel des leitenden Personals statt. An die Stelle von G. Klaus (Jg. 1912) und M. Klein (Jg. 1911) trat das Dreigestirn M. Buhr (Jg. 1927), W. Eichhorn I (Jg. 1930) und H. Hörz (Jg. 1933). Alle drei machten Karriere und wurden in den 70er Jahren zu Akademiemitgliedern ernannt. Vertreter dieser Generation hielten die entscheidenden wissenschaftsleitenden Stellen bis zur Wende besetzt.

Diese Generation von kommunistischen Philosophen war unter anderen Verhältnissen sozialisiert worden als ihre Vorgänger. Während sich diese aufgrund ihrer Erfahrungen mit der bürgerlichen Welt und dem Faschismus – also ausgegrenzt und *gegen* den herrschenden Zeitgeist – für die kommunistische Partei und die marxistische Weltanschauung entschieden hatten, stimmten die nach 1945 zu Kommunisten und SED-Mitgliedern gewordenen jungen Leute mit dem herrschenden Zeitgeist überein. In der im Aufbau begriffenen Gesellschaft wurden sie gebraucht. Sie durften sich zu den „Siegern der Geschichte", zur künftigen Elite des Systems zählen, wurden gefördert, waren privilegiert. Dies freilich nur, sofern sie mit der durch die SED-Parteiführung jeweils vorgegebenen politischen Linie – den Regeln der „Partei neuen Typus" – *konform* gingen und das durch alle politischen Wendungen *blieben*. Es wurde ihnen aber auch ad oculos demonstriert, dass Abweichen von dieser Konformität, – wie Kritik an Beschlüssen übergeordneter Leitungen – zur negativen Selektion der Kritiker, zu deren Ausschluss aus der Partei, der Zunft und der Vernichtung der beruflichen Existenz führen kann. Und indem das dieser Generation nachdrücklich eingebläut wurde, lernte sie, sich opportunistisch zu verhalten (meist ohne diesen Opportunismus als solchen zu begreifen). Disziplin hatten sie bereits in ihrem ersten Leben, in der Hitlerjugend, eingeübt. Zivilcourage war im Tugendkodex ihrer Sozialisation als Wert hingegen nicht vorgekommen. Die in die Führungspositionen aufrückenden Personen, speziell die Kohorte der Jahrgänge zwischen 1925 und 1935, gelangten in der Re-

1 Im Akademiearchiv befindet sich beispielsweise der Zwischenbericht über die Erfüllung des 2. Fünfjahrplans nach zwei Jahren (1983), der mehr als 100! Seiten lang ist. Vgl. ABBAW, FoB Gewi, Nr. 144

gel nur dann in diese und konnten sich in ihnen dauerhaft behaupten, wenn sie mit diesen Mechanismen umzugehen verstanden, die Forderungen der Partei neuen Typus an diszipliniertes Verhalten erfüllten und darüber wachten, dass auch die von ihnen Geleiteten das taten.[1]

V.2. Strukturelle Veränderungen im 1. Fünfjahrplan 1971–1975

Das Zentralinstitut für Philosophie umfasste wie bisher drei Bereiche:

Bereich DiaMat. Sein bisheriger Leiter, Dr. G. Kröber, wurde im Zuge der Akademiereform mit der Gründung des *Instituts für Wissenschaftstheorie und Organisation (IWTO)* beauftragt und verließ daher das Institut. An seine Stelle trat Dr. Günter Klimaszewsky (Jg. 1933, Studium und Promotion in der Sowjetunion). Dem Bereich war die Arbeitsgruppe Philosophische Probleme der Kybernetik angeschlossen. Nach dem Tode von G. Klaus (1974) zerfiel diese, und H. Liebscher wechselte in den Bereich Philosophische Probleme der Wissenschaftsentwicklung.

Bereich HistMat. Der bisherige Leiter Prof. Dr. W. Eichhorn I wurde 1969 – wie gesagt – zum Leiter des Forschungsbereichs Gesellschaftswissenschaften berufen; sein Vertreter, Dr. Adolf Bauer, übernahm die Leitung des Bereichs. Nach seiner Ablösung von der Funktion als Forschungsbereichsleiter kehrte Eichhorn ans Institut zurück und übernahm 1971 wieder die Leitung dieses Bereichs, die er bis zur Wende innehatte.

Bereich Geschichte der Philosophie. Dieser wurde zunächst von Prof. M. Klein geleitet, aber 1972 in drei selbstständige Arbeitsgruppen untergliedert**:**

1. Geschichte der vormarxistischen Philosophie (Leitung: Dr. Gerhard Bartsch);
2. Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie (Leitung: Dr. Heinz Pepperle);
3. Geschichte und Kritik der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie (Leitung: Dr. Ileana Bauer).[2]

Bereich Philosophische Probleme der Wissenschaftsentwicklung. Dieser Bereich wurde 1973 gegründet. In seiner bisherigen Struktur genügte das Profil des ZIPh den Anforderungen nicht, die die dominant naturwissenschaftlich geprägte Akademie an die Philosophie stellte. Ihre Naturwissenschaftler sollten Partner erhalten, die ihre einseitige fachliche Spezialisierung durch methodologische und weltanschauliche Bildung ergänzen. Prof. Dr.

1 Manfred Buhr, der m. E. ein Prototyp dieser Entwicklung war, hat sie nach der Wende im Gespräch mit einem ehemaligen Mitarbeiter des Instituts folgendermaßen reflektiert: Aus der Erfahrung eines mit ihm veranstalteten Parteiverfahrens mit demütigender Selbstkritik und Parteistrafe in den frühen 50er Jahren habe er den Schluss gezogen, nie wieder so etwas erleben zu wollen. Wenn zum System, in dem er lebte und Karriere machen wolle, solche Verfahren gehörten, dann wolle er in ihnen künftig nur Hammer, nie wieder Amboss sein!

2 ABBAW, FoB Gewi, Nr. 138

Herbert Hörz (Jg. 1933) – 1972 mit dem Nationalpreis geadelt und 1973 zum korr. Mitglied der AdW berufen – also für diese Leitungsfunktion an der Akademie fit gemacht – gründete, von der Humboldt-Universität kommend, 1973 diesen personell schnell wachsenden Bereich und leitete ihn bis 1988. Er stellte sich mit seinem im Akademie-Verlag 1974 erschienenen, seine bisherige Arbeit zusammenfassenden Opus magnum *Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften* den wissenschaftlichen Partnern an der Akademie vor. Zu Schwerpunkten künftiger Bereichsarbeit zum Thema Materialistische Dialektik und Naturwissenschaften erklärte er:

Untersuchung des Verhältnisses von marxistisch-leninistischer Philosophie und Einzelwissenschaften; Erforschung der objektiven Dialektik des Naturprozesses durch Verallgemeinerung neuer naturwissenschaftlicher Erkenntnisse; Arbeiten zur Dialektik des Erkenntnisprozesses; Erforschung philosophischer Probleme, die durch die gesellschaftliche Determiniertheit der Wissenschaftsentwicklung entstehen; Kritik bürgerlich-ideologischer Konzeptionen zur Wissenschaftsentwicklung; Beiträge zum Verhältnis von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Humanismus.[1]

Die Gründung dieses Bereichs veränderte das Institut tiefgreifend. Mit seiner thematischen Orientierung wurde die Existenz eines philosophischen Instituts an einer vorwiegend naturwissenschaftlichen Akademie erst eigentlich gerechtfertigt. Und da dieser Bereich das wissenschaftliche Prestige des Instituts an der Akademie erheblich mehrte, konnte sich Hörz von Anfang an eine starke und weitestgehend unabhängige Stellung vom Institutsdirektor sichern, was keinem anderen Bereichsleiter möglich gewesen ist.

Im Frühjahr 1970 war am ZIPh eine **Abteilung Soziologie,** geleitet von Dr. Hansgünter Meyer (Jg. 1929), angesiedelt worden. Meyers Ruf war in den ideologischen Kämpfen um die Etablierung empirischer soziologischer Forschung politisch nicht unbeschädigt geblieben, und so war seine Stellung am Institut von vornherein prekär.[2] Seine Abteilung hatte die *Entwicklung der Struktur der Arbeiterklasse* zum Forschungsgegenstand.[3] Diese Aufgabe suchte Meyer in den nächsten Jahren mit einer an Mitarbeitern ständig wachsenden Arbeitsgruppe durch ausgedehnte empirische Erhebungen in Betrieben der DDR-Volkswirtschaft zu lösen. Aber ihm wurde von der Institutsleitung und dem zuständigen Rat für Soziologische Forschung vorgeworfen, in seiner Abteilung spiele die „theoretische Arbeit“ (sprich, der HistMat) nicht die ihr „gebührende Rolle“.[4] Im Mai 1974 wurde die Abteilung daher in den Be-

1 Vgl. ABBAW, FoB Gewi, Nr. 142. Seinen Übergang ans ZIPh, die Themenschwerpunkte des Bereichs und dessen Entwicklung hat Hörz ausführlich in seinem autobiografischen Opus: *Lebenswenden,* Berlin 2005, dargestellt.

2 Vgl. H. Meyer: Soziologische Forschung in der DDR, in: Berliner Journal für Soziologie, Berlin 2(92)3–4; Ders.: Die DDR-Soziologie von den Anfängen bis 1971, in: H.- C. Rauh/P. Ruben (Hg.): Denkversuche, a. a. O.

3 Vgl. ABBAW, FoB Gewi, Nr. 138

4 Ebd.

reich HistMat integriert und der Leitung W. Eichhorns unterstellt.[1] Mit Beginn des neuen Fünfjahrplans wechselte Meyer mit seiner Gruppe ins *Institut für Wissenschaftstheorie und Organisation (IWTO),* wo er nach eigenem Zeugnis mit seiner Gruppe, unbehindert von ideologischer Bevormundung, arbeiten konnte.

Seit Gründung des Zentralinstituts für Philosophie zählte auch der Rechtstheoretiker Prof. Dr. Hermann Klenner (Jg. 1926) zu seinen Mitarbeitern. 1967 hatte er an der Akademie eine **Arbeitsstelle für Staats- und Rechtstheorie** gegründet. Ihre Aufgabe sollte es sein, die philosophischen, theoretischen und methodologischen Fragen der Staats- und Rechtswissenschaften zu bearbeiten. Die Arbeitsstelle bestand aus Klenner, zwei promovierten Wissenschaftlern und zwei Aspiranten. Im Zuge der Akademiereform wurde sie 1969 jedoch wieder liquidiert. Grund hierfür waren die von Klenner und Karl A. Mollnau entwickelten konzeptionellen Gedanken zu einem *Lehrbuch der Rechtstheorie des Sozialismus* vom Frühjahr 1968, die Generalstaatsanwalt Josef Streit auf einer ZK-Tagung im Herbst desselben Jahres attackiert, als „Schmutz" und „Verzicht auf die sozialistische Staatsmacht" beschimpft und die von den Autoren geforderte Herstellung normaler Rechtsbeziehungen als „schrittweisen Abbau der Diktatur des Proletariats" denunziert hatte. Aber diesmal wurde Klenner nicht, wie nach seiner ideologischen Verurteilung auf der berüchtigten Babelsberger Konferenz 1958, als Bürgermeister nach Letschin, d. h. zur Erziehung in die Praxis geschickt, sondern ans Zentralinstitut für Philosophie versetzt.

Mit seinem Fachgebiet der Rechtstheorie und Rechtsphilosophie war Klenner zweifellos ein Unikat an diesem Institut. Er ließ sich nur bedingt in dessen fachliche Struktur einordnen. Aber da er die DDR in der *Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie* repräsentierte (und Mitglied in anderen internationalen und nationalen Gremien war), vermochte er im Laufe der Zeit innerhalb des Instituts ein hohes Maß an Autonomie zu erringen. Diese Freiheit nutzte er als Herausgeber und Autor und wurde zu einem der produktivsten und über die DDR-Grenzen hinaus bekannten und geschätzten Mitarbeiter des Instituts. Formell gehörte er dem Kritik-Bereich an.

1 Im Bericht der Planerfüllung 1973 heißt es: Es habe in der Abteilung ein Zustand „theoretischer Stagnation" geherrscht, „Tendenzen der Lethargie und Ratlosigkeit". Es sei Kraft für die Klärung politisch-ideologischer Grundfragen sowohl bei den Mitarbeitern als auch beim Leiter der Abteilung nötig gewesen. Mit der Ablösung des Abteilungsleiters und der zeitweiligen Eingliederung der Soziologen in den Bereich Historischer Materialismus seien nunmehr „die Ausgangsbedingungen geschaffen worden, die auftretenden Probleme im Vorwärtsgang zu lösen". ABBAW, FoB Gewi, Nr. 141

In dieser Planperiode wurden die wichtigsten **internationalen Kooperationsbeziehungen** des Instituts konstituiert und vertragsmäßig fixiert. Das betrifft, um nur einige Partner zu nennen:

– Institut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR inklusive der Sibirischen Abteilung Nowosibirsk seitens des Bereichs Wissenschaftsentwicklung;
– Teilnahme an der (1972 gegründeten) Philosophenkommission DDR/UdSSR, deren Aufgabe die langfristige Koordinierung und Planung der philosophischen Institutionen zu gesellschaftlichen Grundproblemen war. (Sie tagte jährlich jeweils eine Woche umschichtig in der UdSSR und DDR.)
– Institut für Philosophie und Soziologie an der ČSAV (seit 1974 im Abstand von zwei Jahren stattfindende gemeinsame mehrtägige Kolloquien Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie).
– Institut für Philosophie der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften. (Teilnahme von Mitarbeitern des Instituts an der jährlich stattfindenden Sommerschule in Warna zu aktuellen Problemen der marxistisch-leninistischen Philosophie.)
– Aktive Beteiligung von Mitarbeitern des Instituts an den Internationalen Hegel-Kongressen, die von der Internationalen Hegel-Gesellschaft in 2jährigem Rhythmus veranstaltet wurden. Mitglied des Vorstands der Gesellschaft und verantwortlich für die Teilnahme der DDR-Wissenschaftler: M. Buhr.

Diese Aufzählung ist keineswegs vollständig, vermag aber ein Bild der vielseitigen Vernetzung des Instituts seit dieser Periode zu vermitteln. Dazu kamen nach Mitte der 70er Jahre Beziehungen zu den Wissenschafts-Akademien in Kuba, Vietnam, der Mongolei und China.

V.3. Der erste Fünfjahrplan 1971–75 und der „große Institutsknatsch“

Der erste Fünfjahrplan lief zunächst nur stotternd an. Denn zwischen 1971 und 1973 fand der im Kollegenjargon sog. „große Institutsknatsch“ statt. Sich auf die auf dem VIII. SED-Parteitag (1971) erhobene Forderung nach Entwicklung der sozialistischen Demokratie berufend, hatte sich die Parteileitung des Instituts zum Sprachorgan der Unzufriedenheit der Mitarbeiter über den autoritären Leitungsstil des Direktors gemacht. Die Parteileitung kritisierte Buhr – soweit ich mich erinnere – wegen fehlender eigener Produktion, wegen Subjektivismus in der Beurteilung der Leistung von Mitarbeitern, wegen Missachtung der Meinung der Partei- und Gewerkschaftsleitung und des Kollektivs.

In der Debatte zu diesen Vorwürfen entlud sich dann die lange aufgestaute Wut, die Frustration der Betroffenen über die Selbstherrlichkeit Buhrs: der Zorn über seine oftmals willkürlichen und ungerechten Urteile und Entschei-

dungen, über die Demütigungen, die er so manchem der Mitarbeiter zugefügt hatte.

Die Jungphilosophin Rita Kuczynski, die damals erst seit kurzem am Institut war, also die Vorgeschichte nicht kannte, hat als Initiationsritus in die Grundorganisation des ZIPh diese auf Buhrs Haupt herabregnenden Anklagen als „hysterische Lynchstimmung" empfunden und Partei für Buhr, den armen Angeklagten, ergriffen. Wenn ich Ritas Urteil auch nicht teile, so geht es doch nicht ganz fehl. Denn diese Debatte fand in der Tat in einer emotional ungemein aufgeheizten Stimmung statt.[1]

Meines Wissens hat die ZK-Abteilung Wissenschaften damals diese Kritik der Parteileitung des Instituts geteilt und den Vorwurf der mangelhaften Produktivität des Instituts, sowie den der Abrechnung von Leistungen hinzugefügt, die gar nicht erbracht worden waren. Und es stand zur Debatte, Buhr als Institutsdirektor abzulösen.

Buhr reagierte auf diese Situation mit Krankheit. Als er nach einigen Wochen ans Institut zurückkam, saß er wieder fest im Sattel. Ungestört hatte er in dieser Zeit seine Beziehungen zu den „obersten Instanzen" genutzt. Welche Wege er dabei gegangen ist, und welche Schutzherren er für sich mobilisieren konnte, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich vermute, dass er seine seit den 50er Jahren bestehenden Beziehungen zu SED-Politbüromitglied Kurt Hager genutzt und den hochrangigen SED-Kulturfunktionär A. Abusch auf seiner Seite hatte. In der ZK-Abteilung Wissenschaften und der SED-Kreisleitung der Akademie war nun keine Rede mehr von Buhrs Absetzung. Vielmehr wurde er im April 1972 – wenn auch mit 17 Gegenstimmen – von den Genossen des Instituts wieder in die Leitung der SED-Grundorganisation gewählt, und der Parteileitung wurde von den übergeordneten Leitungen „Einheitlichkeit des Handelns" verordnet.

Dieses Resultat des Aufstands der Mitarbeiter am autokratischen Leitungsstil Buhrs ist im Rückblick m. E. folgerichtig. Honecker hatte auf dem VIII. Parteitag zwar vollmundig getönt, dass die sozialistische Demokratie verstärkt werden müsse. Und eben das hatte die Parteileitung des ZIPh zur Kritik ermutigt. Aber da das ihr entgegenstehende autoritäre Prinzip der politischen Einzelleitung voll und ganz in Kraft blieb, hatte im Konfliktfall zwischen beiden Prinzipien allemal die Demokratie das Nachsehen und verkam zur leeren Worthülse, zur bloßen Phrase.

Kurz danach, Buhr saß kaum wieder fest im Sattel, kam es zu einem Konflikt zwischen der BGL (d. h. der Gewerkschaftsleitung) des Instituts und dem Direktor. Buhr hatte (nach dem Prinzip: „ich gönne, wem ich gönne") einen Mitarbeiter für eine Prämie vorgeschlagen, dessen Arbeit nach dem Urteil der BGL diese Prämie nicht verdiente. Die BGL zog im Streit den Kürzeren. Den Gewerkschaftlern wurde „politische Unreife" und ein „naives Verständnis der sozialistischen Demokratie" bescheinigt.

1 Rita Kuczynski: *Mauerblume,* München 2000, S. 121

Aus seiner Krise hatte Buhr gelernt. Er musste künftig nur dafür sorgen, dass Partei- und Gewerkschaftsleitung personell so zusammengesetzt werden, dass sie für seine Zwecke instrumentierbar sind. Die damalige Parteisekretärin Dr. I. Bauer verließ nach diesem Ausgang der Geschichte entnervt das Institut, und auch von Buhrs damaligen Kritikern haben alle, sofern sie nicht Unterwerfung signalisierten, nach und nach das Institut verlassen.[1] Unter den Mitarbeitern aber ging seitdem die Legende um, dass es keinen Sinn habe, sich mit Buhr anzulegen, da er allmächtig sei.

Und dieser Eindruck war nicht ganz unbegründet. Die Möglichkeit dazu verlieh ihm schlicht sein Amt. Der Direktor hatte die Verträge mit den jeweiligen Partnern abzuschließen und ihre Realisierung zu organisieren. Mit der Zunahme der internationalen Vernetzung des Instituts wuchs ihm – kraft dieser Funktion – die Entscheidungsgewalt über die Zuteilung oder Verweigerung von Auslandsbeziehungen und -reisen zu. Für den DDR-Wissenschaftler als Privatperson, ohne offizielle amtliche Erlaubnis, resp. Delegierung, war die Aufnahme und Pflege wissenschaftlicher Beziehungen mit Kollegen in der BRD und in anderen NATO-Staaten nicht erlaubt, und selbst auf private wissenschaftliche Beziehungen innerhalb des sozialistischen Lagers hatte die Leitung ein wachsames Auge. Ob man in den 70er Jahren in den Stamm der sog. „Reisekader“ aufgenommen wurde, für die es leichter war, die Mauer zu überwinden, hing wesentlich von der Zustimmung des Direktors ab. Damit hatte Buhr alle wichtigen Mittel in der Hand, das Verhalten der Mitarbeiter zu steuern. Um am Privileg der internationalen Beziehungen des Instituts oder gar an den so raren Westbeziehungen – etwa den Hegel-Kongressen – teilhaben zu dürfen, musste man sich also mit Buhr gut stellen.[2]

Von Buhrs Allmacht in dieser Hinsicht ausgenommen war der Bereich Wissenschaftsphilosophie, dessen Leiter, H. Hörz, je später, desto ungehinderter seine eigene Außenpolitik betrieb. Dies geschah, wie Hörz berichtet, in Bezug auf die Tagungen von europäischen Wissenschaftsforschern in Deutschlandsberg (Österreich), die von 1979–1991 stattfanden, von Johann Götschl (Universität Graz) und Clemens Burrichter (Universität Erlangen) initiiert wurden, und an deren Ausrichtung Hörz – an Buhr vorbei – als Dritter im Bunde beteiligt war.[3]

Seit 1978 gab es im Rahmen der KSZE-Schlussakte von Helsinki Vereinbarungen zum Wissenschaftleraustausch zwischen der AdW und Wissenschafts-

1 Zu diesem Kapitel der Institutsgeschichte findet sich keine Spur in den Papieren des Akademiearchivs. Ich habe es aus eigenen früheren Papieren, Erinnerungen von Kollegen und meinem Gedächtnis rekonstruiert.

2 H. Hörz hat Buhrs Monopolstellung in Bezug auf Westkontakte der Mitarbeiter so charakterisiert: „Manfred Buhr“ habe „die philosophischen Kontakte in die BRD als seine Domäne“ betrachtet. „Er pflegte die entsprechenden Beziehungen zur Westabteilung des ZK der SED und achtete darauf, dass niemand in diesen Einflussbereich einbrach.“ H. Hörz: Lebenswenden. Vom Werden und Wirken eines Philosophen vor, in und nach der DDR, Berlin 2005, S. 173. Hörz erzählt hier auch, wie die Deutschlandsberger Tagungen zustande gekommen sind.

3 Zu den Tagungen in Deutschlandsberg vgl. die Berichte in der DZfPh 7/1983, 5/1985; 7/1986, 5/1987, 10/1988 und 10/1989.

institutionen in einigen kapitalistischen Staaten. An diesen Vereinbarungen partizipierte der Hörz-Bereich durch einen 3monatigen Studienaufenthalt von Dr. Ulrich Röseberg am Niels-Bohr-Institut (Dänemark), und einige seiner Mitarbeiter konnten, wie es in den Akten heißt, „in den USA wertvolle Informationen über Stand und Trends der Forschungen zu philosophischen und historischen Problemen der Wissenschaftsentwicklung in der USA, über gegenwärtige Strömungen des positivistischen Denkens … gewinnen".[1]

Auch der Rechtsphilosoph Hermann Klenner, der seit 1969 dem ZIPh angehörte, konnte sich erfolgreich Buhrs Zuteilungssystem von internationalen Kontakten und Auslandsreisen entziehen. Für Reisen, die Klenner als Leiter der DDR-Delegation bei der UNO-Menschenrechtskonferenz in Genf 1984–1986 unternahm, war Buhr nicht weisungsbefugt, ebenso wenig wie in Bezug auf Klenners Mitgliedschaft in der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie, deren Präsidium er von 1967–1987 angehörte.

In der Abrechnung des 5-Jahrplanes 1971–1975 hat die Institutsleitung dann jene Prinzipien formuliert, die bereichsübergreifend die Arbeit des Instituts künftig bestimmen sollten und an denen sie bis zum Jahre 1989 nichts Wesentliches mehr geändert hat.

Die „Ausarbeitung und ständige Vertiefung einer einheitlichen Forschungskonzeption des Instituts zu weltanschaulichen und methodologischen Grundfragen der marxistisch-leninistischen Dialektik als Leitthema".

Die „Ausarbeitung von Grundproblemen des dialektischen und historischen Materialismus und von weltanschaulichen und methodologischen Problemen der Wissenschaften (ist) in allen Bereichen noch stärker mit der Klärung von aktuellen philosophischen Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung und des politisch-ideologischen Klassenkampfes zu verbinden."

Die „Durchsetzung der führenden Rolle der Parteiorganisation im Forschungsprozess", ferner ist von „schrittweiser Einordnung" der Mitarbeiter „in die Realisierung der Forschungskonzeption" des Instituts die Rede, von „Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Forschungsbereichen des Instituts".[2]

In diesem auf „Einordnung" orientierten Klima hatten persönliche Handschriften von Mitarbeitern und ungewohnte wissenschaftliche Denkansätze geringe Chancen, toleriert, geschweige denn als Bereicherung der Produktivität des Instituts begriffen zu werden.

Über das die Produktivität hemmende Klima klagte **Guntolf Herzberg** (Jg. 1940) – von 1966 bis 1973 im Bereich *Kritik der bürgerlichen Philosophie*.[3] Ähnliche Erfahrung machte auch der im Fach Theologe promovierte

1 LAB C Rep. 903-01-11, 258

2 ABBAW, FoB Gewi, Nr. 142

3 „Mein Eindruck ist", – so Herzberg damals – „dass wir zu intellektuellen Lohnarbeitern gepresst werden sollen, die in kürzester Zeit jeden von oben kommenden Auftrag gehorsam und in gewünschter ideologischer Richtung ausfüllen, ohne für irgendetwas verantwortlich zu sein oder gar Einfluss auf das Endprodukt zu haben." G. Herzberg: Modellfall G. H., in: Innenansichten ostdeutscher Philosophen (hg. von N. Kapferer), Darmstadt 1994, S. 57

und zum Marxismus konvertierte **Dr. Ekkehard Schwarzkopf** (Jg. 1934), der am Institut mit seiner Studie zur Weltanschauung Thomas Müntzers scheiterte. Er hatte sein theologisches Wissen genutzt, um die revolutionären Thesen Müntzers religionsphilosophisch zu begründen. Religionsphilosophie in entwickelter Gestalt, auf die man sein Urteil hätte gründen können, aber hat es im Marxismus-Leninismus nicht gegeben. Also schlossen die in Bezug auf seine Studie Urteilsbefugten auf mangelnde marxistische Sicht des Autors. Und so hat Schwarzkopf das ZIPh wieder verlassen.[1]

V.4. Der Bereich Dialektischer Materialismus (DiaMat)

Besonders betroffen von der Indoktrination der Philosophie seitens der Parteipolitik waren naturgemäß die Bereiche DiaMat und HistMat, da sie die eigentliche Lehre – die theoretische und praktische Philosophie – des Marxismus-Leninismus repräsentierten. Sie litten bis ans Ende der DDR-Philosophie am meisten am unüberwundenen Dogmatismus.

Über Genesis und Bedeutung von Stalins Traktat *Über dialektischen und historischen Materialismus* habe ich in der vorangestellten Einführung das Nötigste berichtet. Seitdem war in der UdSSR und nach dem Zweiten Weltkrieg Philosophie im ganzen sozialistischen Lager obligatorisch in diesem Geiste zu betreiben.

Mit Stalins Text, der bald nach 1945 nicht nur als Kapitel in der *Geschichte der KPdSU (B),* sondern auch als selbstständige Broschüre in der Sowjetischen Besatzungszone erschien, wurden – wie schon erwähnt – die ersten studentischen Jahrgänge von künftigen Philosophen und Gesellschaftswissenschaftlern in die Philosophie eingeführt. Doch auch 1956, nach Stalins Entthronung als unfehlbare philosophische Instanz, sorgte Ulbricht mit besagtem *Brief des ZK an die Grundorganisationen* dafür, dass die Lehrbücher für den dialektischen und historischen Materialismus weiterhin dem von Stalin vorgegebenen Muster zu folgen hatten: Ein verbindlicher Kanon von Lehrsätzen, und – wo immer möglich – praktische Schlussfolgerungen aus ihnen, die durch die jeweilige Politik der Parteiführung vorgegeben waren. Von dieser Machart waren die Philosophie-Lehrbücher noch in den 70er und 80er Jahren, auch wenn sich die Autorenkollektive (meines Wissens stammten diese Lehrbücher immer von Kollektiven) in diesem festgelegten Rahmen um Variatio-

1 Dr. phil. habil. E. Schwarzkopf arbeitete vom September 1970 bis Mai 1975 am ZIPh zu philosophischen Fragen der weltanschaulich-ideologischen Kämpfe in der Zeit von Reformation und Bauernkrieg. In diesem Rahmen, der auch Theologien der Reformationszeit umfassen sollte (T. Müntzer, M. Luther, S. Franck) betrieb er Forschungen zu den Auffassungen Müntzers. In den Thesen zum 500. Geburtstag Müntzers gegen Ende der DDR ist Schwarzkopfs theoretischer Ansatz dann prinzipiell bestätigt worden! Man lese die Thesen zu Müntzers 500. Geburtstag in *Einheit* 1/88; Th. Grüning: Müntzer contra Luther: der philosophische Gehalt des theologischen Konflikts, in: DZfPh 37(1989)12, sowie die Artikel der Mitarbeiter des ZIPh A. Kolesnyk und J. Höppner, ebd.

nen bemühten. Doch die Lehrbuch-Varianten waren nur Epizykeln in einem Ptolemäischen System, eine kopernikanische Wende fand nicht statt.

In der experimentierfreudigen Reformperiode der ersten Hälfte der 60er Jahre hatte Alfred Kosing den Versuch unternommen, aus dem vorgegebenen Schematismus auszubrechen. Schon der Titel des Lehrbuchs *Marxistische Philosophie* war ein Eklat, bei dem die Betonköpfe der Parteiführung aufhorchten und Unrat witterten. („Wieso ‚marxistische Philosophie'? Das muss doch politisch-korrekt ‚marxistisch-leninistische Philosophie' heißen"!) In Zusammenarbeit unter anderem mit W. Eichhorn I, G. Klaus, M. Buhr und G. Kröber vom Philosophieinstitut der Akademie hatte Kosing ein Lehrbuch konzipiert und zustande gebracht, das er und seine Mitautoren als einen ersten Schritt verstanden, die langjährige Erstarrung der marxistischen Philosophie zu beenden und ihre Entwicklung wieder möglich zu machen. Als das Buch erschien, avancierte es an Universitäten und Fachhochschulen umgehend zum Renner im Gewi-Grundstudium im Fach Philosophie. Doch man schrieb da bereits 1967, und in der restalinisierten Atmosphäre der Breshnew-Ära befanden sich auch die konservativen Kräfte in der SED-Parteiführung wieder im Aufwind. Jegliches Experiment mit der Theorie – und als solches wurde das Lehrbuch von ihnen gewertet – galt als „revisionistisch". Es wurde offiziell totgeschwiegen und verschwand aus der Lehre.[1]

1973 wurde das ZIPh von den Parteiorganen beauftragt, eine *Gesamtdarstellung der Marxistisch-leninistischen Philosophie* (als Lehrbuch für Hochschulen) zu verfassen. Die beauftragten Philosophen hatten aus dem vorausgegangenen Desaster gelernt und hielten sich an die Maxime: Keine Experimente in der Theorie! Das Buch erschien 1979 – im Wesentlichen wieder nach dem alten Strickmuster verfasst. Man bedenke: Der Herausgeber dieses Lehrbuches, W. Eichhorn I, hatte gemeinsam mit A. Kosing die Konzeption des 67er Lehrbuchs entworfen, und Buhr, ja selbst Kosing waren wieder mit von der Partie! Herausgeber und Autoren akzeptierten nun also eine Konzeption, die sie in der Reformperiode als zu überwindenden Dogmatismus erkannt und verworfen hatten![2] Es liegt nahe, das schlicht als gewöhnlichen, der Karriere geschuldeten Opportunismus der Beteiligten abzutun, aber die Sache ist meines Erachtens komplizierter: Für wen die Philosophie, die er lehrt, a priori mit der Weltanschauung, resp. Ideologie seiner Partei identisch ist, wird wenig Wert darauf legen, und im Konfliktfall nicht darauf bestehen, zwischen philosophischem und politischem Diskurs, zwischen Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit zu unterscheiden. Wenn also die Parteiführung urteilt, dass der gegenwärtige Klassenkampf bestimmte theoretische Experimente verbiete, hat man diese als disziplinierter Genosse zu unterlassen.

1 Vgl. A. Kosing: Habent sua fata libelli, a. a. O., S. 77ff. Kosing hat in seinem Beitrag dargestellt, worin die in diesem Lehrbuch vom Stalinschen Schema abweichenden Neuerungen bestanden.

2 Außer den oben bereits Genannten waren vom ZIPh G. Bartsch, A. Bauer, H. Hörz beteiligt und aus anderen Institutionen E. Hahn, H. Korch, K. Schöneburg.

Die auf solcher ideologischen Basis geschriebenen Lehrbuchtexte aber kann man schwerlich Produkte philosophischer *Forschung* nennen, da in ihnen das immer Gleiche, der jeweiligen Parteilinie angepasst und für verschiedene Leserkreise aufbereitet, dargestellt wird. Sie sind vielmehr Texte, die den Zweck *politisch-propagandistischer Dienstleistung* zu erfüllen haben.

Anfang der 70er Jahre war nicht mehr zu übersehen, dass sich auf dem Gebiet der theoretischen Philosophie, im dialektischen Materialismus, nichts mehr bewegte. Unter den Mitarbeitern des DiaMat-Bereiches am ZIPh herrschte ziemliche Ratlosigkeit, wie diesem gefühlten Zustand der Stagnation zu entkommen sei. Nur der Leiter des Bereichs, Dr. Günter Klimaszewsky, setzte unerschütterlich die herkömmliche Lehrbucharbeit an den *Grundgesetzen der materialistischen Dialektik* in der Hoffnung fort, neue Aspekte für sein Thema aus den sowjetischen Diskussionen gewinnen zu können.[1] Der logisch gebildete Dr. Wolfgang Segeth versuchte über eine neue Anordnung des Materials, d. h. über Lenins *Elemente der Dialektik,* aus der Sackgasse zu kommen.[2] Mein Interesse (das ich mit Dr. Gudrun Richter und Dr. Gerda Schnauß) teilte, galt der Klärung der Beziehung von dialektischem und Systemdenken.[3]

Klaus hatte gewähnt, in den kybernetischen Begriffen die Kategorien der Dialektik in endlich nicht mehr nur verbaler, sondern in wissenschaftlich exakter, d. h. in mathematisch ausdrückbarer Form vor sich zu haben.[4] Im erwähnten Kosing-Lehrbuch (im Abschnitt V: „Die gesetzmäßige Ordnung der Welt“) hatte er daher System, Element, Struktur und Funktion, so wie sie in der kybernetischen Systemtheorie bestimmt sind, ihres hohen Grades von Allgemeinheit wegen als philosophische Begriffe eingeführt. Die „Spieltheorie“, meinte er schließlich, könne „als eine mathematische Theorie des dialektischen Widerspruchs betrachtet werden“.[5] Aus Klaus’ Argumenten für die Eingemeindung systemwissenschaftlicher Begriffe in die marxistische Philosophie aber geht hervor, dass für ihn die *Allgemeinheit von Begriffen* nicht nur ein notwendiges, sondern ein *hinreichendes* Kriterium ihrer Akzeptanz als philosophische Kategorien gewesen ist. Hegels und Marx’ Unterscheidung des Abstrakt-Allgemeinen vom Konkret-Allgemeinen, also die Unterscheidung allgemeinwissenschaftlicher Begriffe von philosophischen Kategorien, kommt in Klaus’ Philosophieverständnis nicht vor.

1 Vgl. G. Bartsch, G. Klimaszewsky: Materialistische Dialektik – ihre Grundgesetze und Kategorien. Berlin 1973
2 Materialistische Dialektik als Methode 1977; Materialistische Dialektik als Methode und Methodologie 1984
3 B. Heidtmann, G. Richter, G. Schnauß, C. Warnke: Marxistische Gesellschaftsdialektik oder „Systemtheorie der Gesellschaft“? Berlin 1977; H. Bergmann, U. Hedtke, P. Ruben, C. Warnke: Dialektik und Systemdenken. Historische Aspekte, Berlin 1977
4 Vgl. G. Klaus: Kybernetik in philosophischer Sicht, Berlin 1965, S. 22
5 G. Klaus: Spieltheorie in philosophischer Sicht, Berlin 1968, S. 31

Zur Kontroverse um Peter Rubens philosophischen Ansatz

Diese Situation fand Dr. Peter Ruben (Jg. 1933) vor, als er im September 1975 von der Humboldt-Universität in den DiaMat-Bereich des ZIPh wechselte. Kurz zuvor hatte er sich zum Thema: *Widerspruch und Naturdialektik* habilitiert (Dr. sc.).[1] Mir aber hatte Buhr nach Klimaszewskys Ausscheiden aus dem Institut angetragen, künftig den Bereich zu leiten. Angesichts der skizzierten Misere unseres Faches, die ich sehr wohl spürte, aber nicht glaubte, mit meinem damaligen geistigen Rüstzeug überwinden zu können, fürchtete ich, als Bereichsleiterin nichts weiter zustande zu bringen, als eine weitere Verwalterin der theoretischen Misere zu sein.

Mich beschäftigte damals das Problem der Beziehung zwischen dem modernen Systemdenken und der Dialektik, denn ihre von Georg Klaus behauptete Identität leuchtete mir nicht recht ein. Auf der Suche nach der Lösung des Problems stieß ich auf Texte von Peter Ruben, die mich davon überzeugten, dass mit Hilfe seiner Dialektik-Auffassung nicht nur meine Frage lösbar sei, sondern die stillgelegte Dialektik-Debatte überhaupt in Bewegung gesetzt werden könne.[2] Deshalb schlug ich Buhr vor, Ruben als Mitarbeiter für unseren Bereich zu gewinnen. Und unter dieser Bedingung hoffte ich, gemeinsam mit den Mitarbeitern des Bereichs ein neues Kapitel der Dialektikforschung einleiten zu können.

Rubens definitives Wirken im Diamat-Bereich setzte erst 1976 ein, da er zuvor zu einem Gastsemester an die dänischen Universität Aarhus eingeladen worden war. Für die Überwindung der bürokratischen Hürden, die dem im Wege standen, hatte sein neuer Dienstherr, Prof. M. Buhr, gesorgt.

Rubens Mitwirkung im Bereich schuf eine neue Lage. Sein philosophischer Ansatz spaltete nicht nur den Bereich, sondern das Institut in eine Gruppe von Mitarbeitern, die – wie ich – hofften, mit Rubens Ansatz die theoretische Philosophie des Marxismus aus ihrer Sackgasse zu führen, und in eine Gruppe von Mitarbeitern, die mit Rubens vom Gewohnten abweichender Dialektik-Auffassung nichts anzufangen vermochte, sie misstrauisch beäugte und Front gegen sie zu machen begann.

Der Institutsdirektor hatte Ruben für die Realisierung des für den Z-Plan 1981–1985 ins Auge gefassten Projekts zum *Dialektischen Widerspruch* vorgesehen. Doch daraus wurde nichts. Seit Sommer 1978 eskalierte der Konflikt, und Rubens philosophische Position wurde schrittweise zum Gegenstand der Kritik, an der in konzertierter Aktion Instituts-, Partei- und Gewerkschaftsleitung wirkten. Hauptinteresse an Demontage von Rubens theoretischer Position aber hatte der Leiter des Bereichs Wissenschaftsphilosophie, H. Hörz,

1 Erstmals als Preprint 20 des Max-Planck-Instituts f. Wissenschaftsgeschichte 1995 publiziert, hg. v. P. Beurton, W. Lefèvre u. J. Renn.

2 Im direkten Zusammenhang mit meinem Thema stand Rubens Aufsatz: P. Ruben: Srategisches Spiel und dialektischer Widerspruch, in: DZfPh 18(1970)11

der sein Konzept des Verhältnisses von Philosophie und Naturwissenschaften durch den Theorieansatz Rubens gefährdet sah. Hörz hatte in dieser Auseinandersetzung von vornherein die besseren Karten, da seine Position mit der offiziellen marxistisch-leninistischen Philosophievorstellung konform war, und er zudem mit führenden Partei- und staatlichen Institutionen bestens vernetzt war.

Mit der Streikbewegung in Polen und der Bildung der Solidarność im Sommer 1980 spitzte sich die Lage zu. Die Leitungsorgane des Instituts überschlugen sich in Treuebekundungen zur Parteipolitik, bezeichneten die Forschungsgruppen als „Kollektive von Parteiarbeitern“[1] und konnten sich nicht genug darin tun, die Einheit von Parteilichkeit und Wissenschaftlichkeit zu beschwören.[2]

War die Ausgrenzung Rubens bis dahin mit allerlei Schikanen und Behinderungen in der wissenschaftlichen Arbeit betrieben worden, gegen die sich Ruben und seine Mitstreiter vehement zur Wehr gesetzt hatten, so konnte man sie nun *politisch* vollstrecken. Anlass hierfür bot ein gemeinsam mit dem Ökonomen Prof. Hans Wagner veröffentlichter Artikel Rubens zur Wertproblematik in der sozialistischen Produktion.[3] Den Nachweis, dass Rubens philosophischer Ansatz „revisionistisch“ sei, bzw. „am Marxismus-Leninismus vorbeigehe“, sollte eine Kommission erbringen, die der Direktor Anfang 1981 konstituierte (*Zu politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Einschätzungen von Publikationen von Dr. Peter Ruben).* Er versicherte sich der Mittäterschaft der beiden Akademiemitglieder des Instituts, W. Eichhorn und H. Hörz, die er in die Kommission berief, ferner ausgewählter als Ruben-Kritiker bekannte Mitarbeiter des Instituts, die er beauftragte, die Arbeiten Rubens auf Abweichungen vom Marxismus-Leninismus zu durchforsten, und der Mittäterschaft der Leitung des Forschungsbereichs, indem Prof. Kalweits damaliger Stellvertreter, der Ökonom Herbert Meißner, als Gutachter zur Verurteilung Rubens beitrug.[4]

Das Ganze war ein *Ketzerprozess,* der den Sinn hatte, durch ein Konvolut von Gutachten eine marxistische „Abweichung“ vom offiziell gültigen Marxismus-Leninismus, einen *Häretiker* zu konstituieren und zu eliminieren. Die Differenzpunkte wurden in der Anklageschrift ganz richtig benannt. Sie betrafen Kernfragen der marxistischen Philosophie, besonders das Verständnis der Dialektik. Zwar hat die These, dass die *materialistische Dialektik* Resultat

1 Aus dem Kampfprogramm der SED-Grundorganisation des ZIPh 1980, in ABBAW, Inst. f. Phil., Nr. A 537

2 Ein interdisziplinäres Kolloquium: Wissenschaftlichkeit – Parteilichkeit – Objektivität inszenierte am 19. 12. 1980 H. Horstmann (damals stellv. Leiter d. Bereichs DiaMat und Parteisekretär der GO); die Beiträge wurden unter demselben Titel, Berlin 1981, publiziert.

3 Vgl. P. Ruben/H. Wagner: Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch, in: DZfPh 28(1980)10; auch in: H.-C. Rauh: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 53 ff. In dieser Edition Bd. 2

4 H. Meißner: Stellungnahme zum Artikel „Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch“ von P. Ruben und H. Wagner, in: H.-C. Rauh: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 170 ff. Vgl. dazu auch C. Warnke: Nicht mit dem Marxismus Leninismus vereinbar, im vorliegenden Band S. 294 ff.

von Marx' Hegel-Kritik gewesen ist, wohl kein Marxist je bestritten, aber das sagt noch nichts darüber aus, was der sich „Marxist" Nennende unter Dialektik versteht.

Zwei differente Dialektik-Auffassungen – Exkurs

Aus den Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels lassen sich entgegengesetzte Möglichkeiten ableiten, sich zur Philosophie zu verhalten, die in der Geschichte des Marxismus zu einander ausschließenden Konzepten und Fraktionen marxistischer Philosophen führten. Beide Richtungen können sich berechtigt auf Äußerungen der Gründerväter berufen. Die Vertreter der einen knüpften an das Gedankengut an, das Marx und Engels dem theoretischen und methodischem Fundus der klassischen deutschen Philosophie, insbesondere Hegels, entnommen und, nach ihrem Selbstzeugnis, „vom Kopf auf die Füße gestellt" haben. Das Anliegen dieser Fraktion, der *hegelianistischen* Richtung oder der *Dialektiker*[1] war und ist es, die *materialistische* Rekonstruktion der *Dialektik,* resp. die Konstitution einer *dialektisch* fundierten *materialistischen Philosophie,* die von Marx begonnen, aber nicht zum System ausgebildet worden ist, fortzusetzen – im Hinterkopf mit der regulativen Idee: unter Voraussetzung der Existenz der modernen Wissenschaften ein materialistisches Pendant zu Hegels *Logik* anzustreben.[2]

Ihren Gegenpart fand diese Richtung in einer Interpretation der marxistischen Philosophie, die auf ihre *positivistische* Liquidierung als eigenständige Disziplin hinauslief, insofern sie Materialismus und Dialektik durch die modernen Fachwissenschaften und ihre Empirie, also jenseits und unabhängig von der Philosophie realisiert sah.

In Marx' *Feuerbachthesen* (1845) ist dieser Gegensatz sogar in ein und demselben Text präsent. Die hegelianistische Richtung kann sich mit Recht auf die 1. These berufen:

„Der Hauptmangel alles bisherigen Materialimus […] ist, dass der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird, nicht aber als sinnlich-menschliche Tätigkeit, Praxis; nicht subjektiv"; womit Marx sich als Hegelianer ausweist, indem er

1 Ich stütze mich im Hinblick auf diese Unterscheidung auf P. Ruben: Von der Philosophie und dem deutschen Kommunismus. Ein Blick in die Vorgeschichte der DDR-Philosophie. In: V. Gerhardt/H.-C. Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie, Berlin, 2001, S. 39 ff.

2 Angeregt durch P. Rubens in der SOPO 9(1977)3 erschienenen Artikel: „Die wissenschaftspolitische Bedeutung der Hegelschen Logik" entschlossen sich die Mitglieder des Westberliner Hegel-Kolloquiums, mit P. Ruben und einigen ihm theoretisch nahestehenden Kollegen, sich in einem gemeinsamen Ost-West-Projekt an der materialistischen Rekonstruktion von Hegels *Logik* zu versuchen. Aus diesem Gemeinschaftsprojekt wurde jedoch nichts, da P. Ruben seit Herbst 1978 jeder Westkontakt untersagt worden war. Unter Leitung von Peter Furth (und unter Mitarbeit von Wolfgang. Lefèvre, Bernhard Heidtmann, Nicola De Domenico, Hans-Jörg Rheinberger und Peter Damerow) entstand als Torso dieses Unternehmens: P. Furth (Hg.): „Arbeit und Reflexion. Zur materialistischen Theorie der Dialektik – Perspektiven der Hegelschen ‚Logik'", Köln 1980

als philosophischen Standort die Überwindung der Metaphysik durch das *Tätigkeitskonzept* der klassischen deutschen Philosophie angibt.

Die positivistische Richtung aber findet sich in der viel zitierten 11. Feuerbachthese bestätigt: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, es kömmt drauf an, sie zu *verändern.*“[1] Hier widerspricht Marx der These Nr. 1, sofern dieser Satz als ausschließende Alternative: nicht interpretieren, *sondern* verändern, nicht Theorie, *sondern* Praxis! gelesen wird. Sie ist dann als Aufforderung zu verstehen, auf eigenständige Philosophie künftig zu verzichten. Dass diese Deutung nicht von der Hand zu weisen ist, geht aus der *Deutschen Ideologie* hervor:

„Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben“ – heißt es hier – „beginnt … die … positive Wissenschaft. … Die selbständige Philosophie verliert mit der Darstellung der Wirklichkeit ihr Existenzmedium. An ihre Stelle kann höchstens eine Zusammenfassung der allgemeinsten Resultate treten …“.[2]

Rund 30 Jahre später ist bekanntlich der *Anti-Dühring* entstanden, der 1877/1878 erschien.[3] In dieser Streitschrift offerierte Engels den Lesern des *Vorwärts* gegen die mit Blindheit der Dialektik gegenüber geschlagene „Wirklichkeitsphilosophie“ Eugen Dührings[4] eine Einführung in die materialistische Dialektik. Er ließ keinen Zweifel, dass es Hegel war, der „ihre allgemeinen Bewegungsformen zuerst in umfassender und bewußter Weise dargestellt“[5] also die *philosophische Theorie der Dialektik* geschaffen hat. Doch das hindert ihn nicht zu behaupten: Der „moderne“ (d. h. dialektische) Materialismus „ist überhaupt keine Philosophie mehr, sondern eine einfache Weltanschauung, die sich nicht in einer aparten Wissenschaftswissenschaft, sondern in den wirklichen Wissenschaften zu bewähren und zu betätigen hat“.[6] Am Leitfaden dieses positivistischen Credos leitet Engels die Gültigkeit der dialektisch-materialistischen gegen die metaphysische Weltsicht Dührings direkt aus den Erkenntnissen der sog. positiven Wissenschaften ab, d. h. er unterstellt, dass in ihnen die objektiv-reale Dialektik von Natur und Gesellschaft *unmittelbar* widergespiegelt wird. Folgt man dieser Voraussetzung, dann sind die allgemeinen Aussagen und Gesetze der Dialektik als Produkte der *Verallgemeinerung* fachwissenschaftlicher Erkenntnisse aufzufassen. Und eben das wurde zur offiziellen Lehrmeinung der marxistisch-leninistischen Philosophie. Engels

1 MEW, Bd. 3, S. 5 u. S. 7
2 Ebd., S. 27
3 1978 hat das ZIPh den internationalen Sammelband „100 Jahre „Anti-Dühring“ (hg. von R. Kirchhoff u. T. I. Oiserman in der Reihe: Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte, Bd. 17) initiiert, an dem als Autoren aus dem ZIPh R. Kirchhoff, W. Eichhorn I, H. Horstmann, W. Förster, J. Höppner, O. Finger, G. Bartsch, H. Hörz, P. Ruben u. P. Beurton beteiligt waren.
4 Hier steht der 1. Abschnitt: „Philosophie“ des „Anti-Dühring“ zur Debatte, in dem sich Engels mit E. Dührings: *„Cursus der Philosophie als streng wissenschaftlicher Weltanschauung und Lebensgestaltung*“, Leipzig 1875, auseinandersetzt. MEW, Bd. 20, S. 32 ff.
5 Engels beruft sich hierbei auf Marx. Vgl. F. Engels: Alte Vorrede zum „Anti-Dühring“. Über die Dialektik. Ebd.
6 Ebd., S. 129

stellte also weder die seit Kant unabweisbare erkenntnistheoretische Frage, noch beantwortet er sie: *Was* spiegeln die Wissenschaften von der objektiv-realen Wirklichkeit wider und *wie* tun sie dies? Er ignorierte m. a. W. das Verhältnis von Analytik und Dialektik, von Sinnlich-Konkretem, Abstrakt-Allgemeinem und Konkret-Allgemeinem im Sinne Hegels. Und so kommt die *Dialektik als Theorie und Methode* im *Anti-Dühring* letztlich überhaupt nicht vor. Er selbst nennt sein Produkt eine „enzyklopädistische Übersicht unserer Auffassung der philosophischen, naturwissenschaftlichen und geschichtlichen Probleme“.[1] Und indem Engels den von Dühring vorgegebenen Themen Schritt für Schritt folgt, setzt er sich schließlich (in Kapitel XII. u. XIII) mit Dührings Polemik gegen Hegels Kategorien des dialektischen Widerspruchs, von Quantität und Qualität und der Negation der Negation auseinander, indem er sie „materialistisch“, und d. h. für Engels naturwissenschaftlich interpretiert. Mit einigem Recht kann man also feststellen: Ihre exponierte Stellung im System der marxistisch-leninistischen Philosophie als sog. „Grundgesetze der Dialektik“ verdanken diese Kategorien eigentlich Eugen Dühring!

Dieser Konstruktionsfehler wäre gewiss unerheblich, wenn der *Anti-Dühring* von den Nachfolgenden für das genommen worden wäre, was er sein wollte: ein Vademecum, das die Anhänger der Sozialdemokratie in verständlicher Weise mit Grundzügen materialistischer Weltsicht vertraut machen sollte. Im Zuge der Dogmatisierung des Marxismus wurde er jedoch zum strukturellen Standard für künftige Darstellungen der marxistischen Philosophie überhaupt, wodurch sich auch seine Fehlkonstruktion vererbte.

Damit zurück zur Ruben-Affäre. Am Thema: *Forschungen zur materialistischen Dialektik,* das ab den 70er Jahren als Generalthema die Bereiche des Instituts verbinden sollte, spaltete sich das Institut in die genannten Fraktionen. Denn die hegelianisierenden Marxisten um P. Ruben hatten andere Begriffe von Philosophie und der materialistischen Dialektik als die positivistischen Vorstellungen, die H. Hörz und die Seinen mit diesen Termini verbanden. Und die sich am Lehrbuch-Standard orientierenden Mitarbeiter des Instituts hielten sich am Gewohnten fest und schlugen sich, sofern sie Partei ergriffen, auf die Seite der letzteren.

Die Abweichungen Rubens vom Marxismus-Leninismus wurden in der „grünen Mappe“, d. h. im *Bericht der Kommission zu den Publikationen Peter Rubens* u. a. wie folgt begründet:

Ruben fuße „in wichtigen Fragen der Philosophie auf Positionen … die nicht mit dem Marxismus-Leninismus vereinbar sind, so in der Grundfrage der Philosophie, in der Widerspiegelungstheorie, in wesentlichen Momenten der Dialektik, insbesondere der Widerspruchsauffassung, im Verhältnis der Philosophie zu den Einzelwissenschaften.“[2]

Um die Differenzen zwischen Rubens Begriff der Dialektik und dem seiner

1 Engels an Bernstein vom 11. April 1884. In: MEW, Bd. 36, S. 136
2 Vgl. H.-C. Rauh (Hg.) Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 169

Kritiker kenntlich zu machen, greife ich aus diesem Katalog von „Abweichungen“ die „Grundfrage der Philosophie“, die Widerspiegelungstheorie und das Verhältnis der Philosophie zu den Einzelwissenschaften heraus.

Vorwurf Nummer 1

Statt den Materialismus in der „Grundfrage der Philosophie“, d. h. in der materialistischen Antwort auf die Frage: „Was ist primär, die Materie oder die Idee?“ zu verorten, führe Ruben ihn auf den Arbeitsbegriff zurück, den er zur „Zentralkategorie“[1] der marxistischen Philosophie erkläre. Arbeit und Erkenntnis vermittelten zwar zwischen objektiver Realität und Bewusstsein. „Aber die Anerkennung der Arbeit scheidet Materialismus und Idealismus nicht, weil in ihr die Einheit von subjektiven und objektiven Komponenten existiert. Erst die Anerkennung des Primats der Materie gegenüber dem Bewusstsein und des Bewusstseins als Widerspiegelung der Materie ist Materialismus und nicht schon die Betonung der verändernden Tätigkeit des Menschen, was die idealistische Beantwortung der Grundfrage der Philosophie verschleiern kann. … Bei Ruben wird dadurch der objektiv-reale Gegenstand nicht vom Erkenntnisprozess getrennt. … Um Arbeit materialistisch begreifen zu können, muss erst der Gegenstand der Arbeit, nämlich die objektive Realität, d. h. das, was außerhalb und unabhängig vom Bewusstsein existiert, als existierend angesehen werden. … Dadurch werden die Arbeits- und Erkenntnisprodukte als Widerspiegelung der objektiven Realität begriffen, die in ihrem Inhalt nicht durch die Art der Arbeit, sondern durch den widergespiegelten Gegenstand und seine Beziehungen bestimmt sind.“[2]

Auf diese Hörz-Kritik hatte Ruben Folgendes zu erwidern: Die materialistische Philosophie darf, sofern sie als Philosophie gelten will, die Materialität der Welt nicht unabhängig davon behaupten, ob sie diese Aussage im Rahmen ihrer Theorie auch beweisen kann. Dieser Beweis aber ist nicht anders möglich als über die philosophische Analyse des Arbeitsprozesses. Im Gelingen und noch mehr im Scheitern der avisierten Ziele seines Tuns, in der Arbeit also und *nur* in ihr, wird dem Menschen permanent die von ihm *unabhängige Existenz der Natur und ihrer Gesetze*, also die Materialität der Welt bewiesen, denn nur, indem er ihre *objektiven Eigenschaften* kennen und in seine Dienste zu stellen lernt, kann er sich in der von ihm unabhängigen Natur behaupten und entwickeln. In der Arbeit sind die subjektiven von den objektiven Komponenten in der Tat nicht *getrennt*, sondern als zusammenwirkende Momente des einheitlichen Arbeitsprozesses nur voneinander *unterschieden*.

Wird der Materialismus statt über die Arbeit über die „Grundfrage“ einge-

1 Vgl. P. Ruben: Problem und Begriff der Naturdialektik, a. a. O., S, 59

2 Vgl. H. Hörz: Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften, Berlin 1974, S. 43f. Dieses penetrante Bestehen auf der „Grundfrage der Philosophie“, diese Trennung in Primäres (Materie) und Sekundäres (Bewusstsein) wurde den Philosophiestudenten der DDR nachdrücklich durch Stalins Ideologiechef A. Shdanow Anfang der 50er Jahre eingebläut. Es war gekoppelt mit der Behauptung: die Geschichte der Philosophie sei die Geschichte des Kampfes des Materialismus, der immer die Partei des Fortschritts sei, gegen den Idealismus, der die Reaktion verkörpere.

führt, haben wir es mit einem Materialismusbegriff zu tun, der nicht begründet, sondern *dekretiert* wird, der *eindeutig,* aber eben deswegen auch tot ist. Er kommt durch die Prozedur des wechselseitigen *Ausschlusses* von Materiellem und Ideellem, also ihrer *Scheidung* voneinander zustande. Das Produkt ist ein nur *abstrakt,* aber nicht *konkret* bestimmter Materialismus. Redlicherweise dürfte dieser nicht *dialektisch* genannt werden, da er absurderweise auf einem Materialismus-Begriff beruht, aus dem die Dialektik getilgt ist!

Ruben war in der Geschichte der DDR-Philosophie nicht der Erste und nicht der Einzige, der die Bedeutung des Arbeitsbegriffs für die Konstituierung einer im strengen Sinne dialektisch materialistischen Philosophie begriff.[1] Und um dessen anthropologisch-apriorische Stellung im System der Kategorien der materialistischen Dialektik zu begreifen, musste man dorthin zurückkehren, wovon auch Marx ausgegangen war, zur Philosophie Hegels. Marx hatte in Hegels Idee des an seiner Verwirklichung rastlos *arbeitenden* Welt*geistes* das Arbeitskonzept in mystifizierter (auf dem Kopf stehender) Gestalt bereits vorgefunden, und es vom „Kopf auf die Füße" gestellt. D. h. das Subjekt der Arbeit ist für Marx nicht der sich *vergegenständlichende* Welt*geist*, sondern die menschliche Gattung in ihrer *sinnlich-gegenständlichen* Wirklichkeit, die mittels *materiell-gegenständlicher Arbeit* ihre selbstbestimmte Existenz und Entwicklung realisiert. Aber diesen philosophischen Entwurf seiner frühen Jahre, die philosophische Analyse des Arbeitsbegriffs, die in nuce die gesamte Theorie der materialistischen Dialektik enthält, hat Marx nicht weiter verfolgt.

Um diesen Ansatz auszubilden, sei „unbedingt", so Ruben, „die spezielle Stellung der Arbeits*mittel* (Werkzeuge) als der *materiellen Vermittlung* zwischen den Arbeitenden und ihren Gegenständen (die Philosophen sagen auch: dem Subjekt) und ihren Gegenständen (philosophisch: dem Objekt)" hervorzuheben. Und das erkenntnistheoretisch gestellte Problem, wie denn wohl das Subjekt zum Objekt komme (die Einheit von Denken und Sein zu realisieren sei), sei nicht lösbar, sofern das Subjekt als *mittellos* unterstellt ist. Mit anderen Worten: Das Arbeitsmittel ist die

„[…] materialisierte Einheit des Subjekts und Objekts der Arbeit, sinnlich-gegenständlich […] unterscheidbar vom Subjekt wie vom Objekt (Gegen-

1 Klaus Zweiling begründete in seiner Vorlesung zum *Philosophischen Materialismus* (ab 1955 für die Philosophiestudenten der Humboldt-Universität) den Materialismus der marxistischen Philosophie aus dem Arbeitsbegriff und hat den in der DDR wohl ersten Versuch unternommen, Hegels *Logik* materialistisch zu rekonstruieren. P. Ruben und Renate Wahsner, die Zweilings Vorlesungen damals gehört haben, machten sich diesen Ausgangspunkt zu eigen und wurden in ihren Arbeiten seit den 60er Jahren zu konsequenten Verfechtern der hegelianistischen Linie innerhalb der DDR-Philosophie. Die marxistische Philosophie im Begriff der materiell-gegenständlichen Arbeit und der Praxis zu fundieren, forderte in den 60er Jahren (anlässlich seiner Edition der *Deutschen Ideologie*) Helmut Seidel, und auch Kosings gescheitertes Lehrbuch von 1967, in dem mit dem Arbeitsbegriff statt mit der der Grundfrage der Philosophie der Materialismus begründet wird, gehört in diese Reihe. Wurde diese Forderung öffentlich vertreten, wurde sie stereotyp mit dem Revisionismusvorwurf belegt. So von R. O. Gropp: Über eine unhaltbare Konzeption. In: DZfPh 15(1967)9, S. 1097

stand) der Arbeit. Entzieht man diesem Zusammenhang das Arbeitsmittel, so freilich stehen sich Subjekt und Objekt einander äußerlich gegenüber und es gibt in der Tat nichts, das sie vermittelt.“ Dann gäbe es aber auch keine verstandesbegabten menschlichen Wesen, „weil es die erhaltenen, vererbten, gepflegten, reparierten Werkzeuge sind, die den arbeitenden Menschen die fundamentale Verstandeskategorie der Identität exemplarisch vorstellen. Nicht an den Gegenständen des Verzehrs (der Konsumtion) gewinnt der Mensch Verstand, sondern an den Mitteln seiner Produktion, die er identisch erhalten will!“[1]

Vorwurf Nummer 2

Alle weiteren „Abweichungen“ Rubens, so auch seine Differenz zur marxistisch-leninistischen *Abbild- oder Widerspiegelungstheorie,* wurzelten in seinem Arbeitskonzept. So griff er Marx’ These von der Wissenschaft als allgemeiner Arbeit auf[2] und gab Folgendes zu bedenken:

Schon die „Existenz von Abbildungen (gegenständlicher Widerspiegelungen) ist der definitive Beweis für die vorgängige Existenz des Abbildens (des Widerspiegelns als Erzeugung von Abbildern). Wie man kein Produkt ohne Produktion hat, so hat man kein Abbild ohne Abbilden, keine Widerspiegelung ohne Widerspiegeln! Die Erklärung des Abbilds aus der Tat des Abbildens ist also die theoretische Leistung der dialektischen Widerspiegelungstheorie. […] Das Bild verdankt sein Dasein dem Bildner. Und materialistisch verstanden, kann sich ein Subjekt nur zum Bildner bilden, wenn es für diese Tat materielle Mittel und Gegenstände vorfindet, die es im Abbilden gültig reproduziert. Das Abbilden ist […] die gegenständliche Arbeit der Umbildung natürlicher Sachverhalte in Vertreter von Allgemeinem, d. h. ihrer Umbildung in Modelle bestimmter Eigenschaften.“[3]

Ohne es auszusprechen, war diese Interpretation der Widerspiegelung ein Affront gegen die „heilige Kuh“ von Lenins Widerspiegelungstheorie, die auf dem Fundament der vorkantschen metaphysischen Erkenntnisauffassung beruhte, die einer der Ruben-Kritiker geradezu klassisch so auf den Begriff brachte: „Nach Lenin ist die Widerspiegelung dem Wesen nach eine in qualitativ verschiedenartigen Formen existierende Eigenschaft der Materie, äußere Einwirkungen durch innere Veränderungen zu reproduzieren und auf sie zu

1 Vgl. P. Ruben: Wissenschaft als allgemeine Arbeit. Über Grundfragen der marxistisch-leninistischen Wissenschaftsauffassung, In: Dialektik und Arbeit der Philosophie (hg. v. H. J. Sandkühler), Köln 1978, S. 23 u. S. 24. Vgl. auch P. Ruben: Die materialistische Dialektik und ihre Grundgesetze. In: Gesetz – Erkenntnis – Handeln, a. a. O.. In Auseinandersetzung mit den 1981/82 in der DZfPh. erschienenen Kritiken von G. Bartsch, W. Eichhorn I u. Alfred Lemmnitz an seinem Arbeitskonzept schrieb Ruben gleichfalls für die DZfPh: „Diskussionsprobleme in der materialistischen Arbeitsauffassung“. Der Artikel durfte jedoch nicht erscheinen. Er ist gedruckt in: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 133 ff.

2 K. Marx: Das Kapital, Dritter Band, in: MEW, Bd. 25; Berlin 1970, S. 114: „Allgemeine Arbeit ist alle wissenschaftliche Arbeit, alle Entdeckung, alle Erfindung. Sie ist bedingt teils durch Kooperation mit Lebenden, teils durch Benutzung der Arbeit Früherer.“

3 P. Ruben: Wissenschaft als allgemeine Arbeit, a. a. O., S. 30

reagieren.“[1] Danach sind es die *Objekte,* die durch ihre Einwirkungen auf das Subjekt als *Agens* der Erkenntnis vorgestellt werden, während dem *Subjekt* die Rolle des *Reagens* zukommt. So verstanden ist Widerspiegeln, Abbilden natürlich nicht Arbeit, sondern ein *passiver Vorgang*. Und die auf dieses Konzept Verpflichteten konnten mit Rubens Betonung materieller Arbeitsmittel auch für den Erkenntnisprozess, der Rolle, die Etalons, Messmittel, materielle Modelle usw. in ihm spielen, nichts anfangen. Das von ihm gebrauchte Beispiel des Pariser Urmeters für die notwendige Beschaffenheit eines strikt identisch zu erhaltenden Messmittels galt den gutwilligen Interpreten als persönliche Schrulle Rubens, den böswilligen als Ignoranz gegenüber den „geistigen Erkenntnismitteln“, als Abgleiten in den Vulgärmaterialismus.[2]

Vorwurf Nummer 3

Unvereinbar mit dem Marxismus-Leninismus sei auch Rubens Auffassung des Verhältnisses von Philosophie und Einzelwissenschaften. Gegen die in den 50er Jahren verbreitete Tendenz, die Naturwissenschaften philosophisch zu bevormunden, hatte sich in den 60er Jahren allgemein und zu Recht die Überzeugung durchgesetzt, dass die Theorien, Methoden und Resultate der Naturwissenschaften *autonom* sind, und diese Autonomie von den Philosophen zu respektieren sei. Da nach verbreiteter Auffassung (und seit Engels’ *Anti-Dühring)* aber gleichzeitig vorausgesetzt wurde, dass die Dialektik der Natur in den Fachwissenschaften unmittelbar erkenn- und auffindbar sei, lag der Schluss nahe, in den Gesetzesaussagen und Kategorien der Philosophie nichts anderes als „*Verallgemeinerungen*“ fachwissenschaftlicher Aussagen vor sich zu haben. Das war auch Hörz’ philosophische Position, die im Philosophenlexikon wie folgt charakterisiert wurde:

„Ausgehend von der philosophischen Verallgemeinerung naturwissenschaftlicher – namentlich moderner physikalischer – Erkenntnisse, hat H. umfassend das Verhältnis marxistisch-leninistischer Philosophie zu den Naturwissenschaften untersucht.“[3]

Diese Vorstellung stimmt mit der offiziellen marxistisch-leninistische Definition des Gegenstands der Philosophie überein. Er besteht bekanntlich in den „allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetze(n) der Natur, der Gesellschaft und des Denkens“.[4] Und von John Erpenbeck/Herbert Hörz wird „wissenschaftliche Philosophie“ als „Wissenschaft von den allgemeinsten Beziehungen und Gesetzen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens“[5] bestimmt. Mit diesen Definitionen wird das Problem, welcher *Art von Allgemeinheit* die Kategorien und Aussagen der Philosophie im Unterschied zu

1 Vgl. J. Schreiter: Zu den erkenntnistheoretischen Positionen, die von P. Ruben in seinem Artikel „Wissenschaft als allgemeine Arbeit“ vertreten werden, in: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 187
2 Bericht der Kommission zu politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Einschätzungen von Publikationen von Dr. Peter Ruben. In: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 166
3 Philosophenlexikon, hg. v. E. Lange u. D. Alexander, Berlin 1982, S. 401
4 Vgl. Philosophisches Wörterbuch, Hg. M. Buhr/G. Klaus, Leipzig 1975, Stichwort Philosophie.
5 J. Erpenbeck/H. Hörz: Philosophie contra Naturwissenschaft?, Berlin 1977, S. 29

denen der Fachwissenschaften zu sein haben, um das Kriterium dialektisch-materialistisch zu erfüllen, weder gestellt noch beantwortet.

Die Verfasser des zitierten Textes waren sich ihrer Gegnerschaft zu der in Hegelscher Tradition stehenden Linie marxistischer Philosophie durchaus bewusst. Sie erklärten, dass ihnen „nicht, wie etwa Hegel, die Dialektik als Vehikel des sich zum Gipfel der Selbsterkenntnis hinaufquälenden Geistes, sondern als eine Widerspiegelung der sich ewig entwickelnden Materie“ gilt und Hegels Philosophie der historische Ausdruck des „in voller Schärfe“ ausgebildeten „Gegensatzes von Philosophie und Naturwissenschaft“[1] sei. Rubens Rezension dieses Textes wusste Hörz dann ebenso zu verhindern, wie auch einen Artikel für die DZfPh, in dem die Beziehung von Philosophie (Dialektik) und Fachwissenschaften (Analytik) zu einem Arbeitsgegenstand weiterer Forschungen im DiaMat-Bereich erklärt worden war. Diesem Text lag die These zugrunde, dass die in Bezug auf Methodik und Theoriebildung autonomen Fachwissenschaften von der in beider Hinsicht gleichfalls autonomen Philosophie zu unterscheiden seien (von Ruben – in Anknüpfung an Kant – als Unterschied und Verhältnis von *Analytik* und *Dialektik*[2] bestimmt).

Wenn man mit Hörz unterstellt, dass die Aussagen der Philosophie als Produkt der Verallgemeinerung fachwissenschaftlicher Erkenntnisse zustande kommen, so wären fachwissenschaftlich allgemeine Begriffe (wie etwa die der Mathematik) und philosophische Kategorien definitiv nicht unterscheidbar, denn das Denken verbliebe beide Male im Bereich der *Analytik*, des *Abstrakt-Allgemeinen*, und die Philosophie hätte ihre Existenzberechtigung als eigenständige Disziplin verloren. Anders, wenn mit Hegel und Marx vom *Abstrakt-Allgemeinen* das *Konkret-Allgemeine* unterschieden wird, das die *Domäne der Dialektik* als eigenständige Theorie und Methode der Philosophie konstituiert. Unterbleibt diese Unterscheidung, verliert die Philosophie ihre Autonomie, und sie wird zwar nicht zur „Magd der Politik“, aber zur „Magd der Fachwissenschaften“.

Die Realisierung eines ehrlichen Positivismus war jedoch – wie an der „ewig sich entwickelnden Materie“ ablesbar – durch die Vorgaben des Systems nicht erlaubt. Die im System fixierten Kategorien, Gesetze und Vorschriften etc. durften nicht ignoriert werden. Sie sind (wie die „Grundfrage“, „die ewig sich entwickelnde Materie“ usw.) in Hörz’ Konzept als vom System vorgegebene „Prinzipien“ enthalten, mittels derer die Entwicklung der Fachwissenschaften weltanschaulich zu kommentieren und zu interpretieren ist; sie sind zu „berücksichtigen“, als Hypothesen für die Entwicklung der Fachwissenschaften in Gebrauch zu nehmen usw. Vermutlich um diese, die Fachwissenschaften begleitende Funktion des vorgefundenen Philosophie-

1 Ebd., S. 48 f. Die von Hörz verhinderte Rezension dieses Buches ist nachzulesen in P. Ruben: Neues von der philosophischen Front, in: Berliner Debatte Initial, 17(2006)1/2, S. 210

2 P. Ruben/C. Warnke: Denkweise und Gesetze der materialistischen Dialektik als Gegenstand weiterer philosophischer Forschung. Dieser Text sollte als Leitartikel dem vom Bereich DiaMat gestalteten Heft 27(1979)3 der DZfPh vorangestellt werden. Seine Publikation wurde jedoch von der Institutsleitung verhindert. In: Privatarchiv Ruben/Warnke

systems zusammenzufassen, hat Hörz den Terminus „heuristische Funktion" eingeführt. Umgekehrt vermögen nach Hörz fachwissenschaftliche Erkenntnisse von „großem Allgemeinheitsgrad" zur „Präzisierung" philosophischer Begriffe beizutragen. (Man bemerke: Weil der Begriff der Allgemeinheit in diesem Konzept nur in *einer Qualität*, als *abstrakte Allgemeinheit* vorkommt, kann auch nur von ihren *Graden*, d. h. ihrer quantitativen Bestimmtheit die Rede sein, und von einem von den Fachwissenschaften unterschiedenen *„Ziel der Verallgemeinerung"*, das wohl *weltanschaulicher* Natur sein soll.)[1]

Was einem zustößt, wenn man die vorgegebenen Systemkonstanten nicht „berücksichtigt", konnte Hörz der Kritik entnehmen, die Ideologiechef K. Hager 1969 an Georg Klaus geübt hatte. Klaus hatte, wie schon gesagt, in den systemwissenschaftlichen (kybernetischen) Begriffen und Denkweisen die Gesetze und Kategorien der Dialektik in endlich nicht mehr nur verbaler, sondern in wissenschaftlich exakter, in mathematisch ausdrückbarer Form, vor sich zu haben gemeint. Für Klaus war also die *abstrakte Allgemeinheit* von Begriffen und Theorien *hinreichendes* Kriterium ihrer Akzeptanz als philosophische Kategorien.[2] Und eben das ist auch Hörz' Position, aber er „berücksichtigte" Hagers weltanschauliche Kritik an Klaus, lehnte – im logischen Widerspruch zu seinem Begriff der Allgemeinheit – ab, systemwissenschaftliche Begriffe als philosophische Kategorien anzuerkennen.[3] Er hatte also begriffen, dass es nicht opportun war, wie seinerzeit G. Klaus und H. Liebscher, Gesellschaften – weltanschaulich neutral, also jenseits der Lehre vom Klassenkampf und der Partei – als „selbstorganisierende Systeme" zu definieren. Man handelte sich dann, wie gehabt, den Vorwurf konvergenztheoretischer Nivellierung des historischen Materialismus ein.

„Wer philosophisch arbeiten wollte, musste sich ein Gebiet suchen, das politisch möglichst wenig relevant oder geduldet war"[4], schreibt Hörz in seinen Erinnerungen: Das „Wissenschaftsphilosophie" genannte Gebiet war, mit der nötigen politischen Vorsicht betrieben, ein solches. Dieser Ausweg aus den ideologischen Zumutungen war übrigens beliebt und weit verbreitet. Man lieferte die obligatorischen Bekenntnisse ab und wendete sich ansonsten seinen Spezialproblemen zu, in Bezug auf die man hoffte, ideologisch unbehelligt arbeiten zu können. Eben dies war die Strategie von Hörz für sich und den von ihm geleiteten Bereich. Man befasste sich hier v. a. mit den Naturwissenschaften auf ihrer eigenen (analytischen) Basis, und das, was dabei an theoretisch und methodisch Allgemeinem und die Disziplinen Verbindendem anfiel, machte man sich unter dem Titel „philosophische

1 Vgl. H. Hörz: Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften, a. a. O., S. 153

2 Zwar seien „kybernetische Begriffe… wesentliche Hilfsmittel bei der philosophischen Verallgemeinerung" naturwissenschaftlicher Erkenntnisse, taugen zur „Begriffspräzisierung" philosophischer Kategorien, „unterliegen aber selbst der kritischen philosophischen Analyse". Denn „Philosophie muss theoretische Grundlage der Weltanschauung sein … (und) … Weltanschauung soll wissenschaftliche Orientierung für das praktische Handeln" geben. (Vgl. ebd., S. 155)

3 Vgl. H. Hörz: Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften, a. a. O., S. 154 ff.

4 Vgl. H. Hörz: Lebenswenden, a. a. O., S. 284

Probleme“ zum Gegenstand. Dafür gab man dem Kaiser, was des Kaisers ist. D. h. Hörz schwang sich im Tausch für die gewährten Arbeitsmöglichkeiten zum aktiven Verteidiger der „Prinzipien“ der herrschenden marxistisch-leninistischen Philosophie, wie der „Grundfrage“, zum Denunzianten möglicher Abweichungen auf und trug so dazu bei, eben diese Prinzipien und seine eigene Stellung bei der Obrigkeit zu befestigen.

Theoretisch und methodisch folgt dieses Konzept also dem von Engels im *Anti-Dühring* realisierten, der positivistischen Tendenz, die Autonomie der Philosophie an die Fachwissenschaften preiszugeben, indem die materialistische Dialektik auf ihre Erscheinungsweise unmittelbar in den Fachwissenschaften reduziert wird. Und dieser Positivismus wird durch die weltanschauliche „Berücksichtigung“ der „Prinzipien“ der marxistisch-leninistischen Philosophie kaschiert und so zu einem spezifischen marxistisch-leninistischem Positivismus, einem Positivismus à la DDR. Hierin bestand – auf ihren einfachsten Nenner gebracht – die von Hörz favorisierte Konzeption für den Bereich Philosophische Probleme der Wissenschaftsentwicklung**.**

Dagegen verteidigte Ruben die *Autonomie* der Philosophie und wurde von den Hörzianern umgehend verdächtigt, die Fachwissenschaften ihrer Eigenständigkeit berauben und sie dem Diktat der Philosophie unterwerfen zu wollen. Aber Ruben war keine Wiedergeburt Victor Sterns oder Lyssenkos, was man wissen konnte, wenn man Rubens Überlegungen zum Thema zur Kenntnis nahm. Die Philosophie als autonome Wissenschaft zu konstituieren, bedeutete nicht nur, sie als eigenständige Theorie und Methodik gegenüber den Fachwissenschaften, sondern auch gegenüber den Einflüssen von Parteiideologie und -politik zu konstituieren.

Ruben unterscheidet – im Rückgriff auf Kant – die *Dialektik* als Theorie und Methode der Philosophie, die *Analytik* als die der Fachwissenschaften. Die Dialektik thematisiere *Konkreta*, die Analytik (insbesondere als messende Wissenschaften) *Abstrakta*. Das *Wirkliche* ist nicht das Abstrakte, sondern das *Konkrete*, d. h. *der Gegenstand in der Einheit mit seinem Verhalten* (= Eigenschaften). Das Konkrete ist somit die Voraussetzung des Abstrakten, geht im Erkenntnisprozess diesem voraus. In der Abstraktion werden Gegenstand und Eigenschaft so getrennt, dass man von der Betrachtung eigenschaftsgleicher Gegenstände zur Betrachtung der in diesen Gegenständen identischen Eigenschaft (= Abstraktum) übergeht. Durch diese analysierende Arbeit des Verstands werden die Eigenschaften der (in der Wirklichkeit vorgefundenen Gegenstände) in „herausgesondertes Gemeinsames“ = *abstrakt-allgemeine Bestimmungen* verwandelt, wodurch auch die Stellung des Gegenstands verändert wird.

„Man abstrahiert“, schreibt Ruben, „wenn man Eigenschaften dadurch erhält (bewahrt), dass man die sie tragenden Gegenstände gegeneinander auswechselt. Die verständige Abstraktion ist ein Verhalten, in dem eigenschaftsgleiche Dinge sozusagen kommen und gehen, während die identische Eigenschaft bleibt. … Da man Abstrakta nicht wahrnehmen kann, schafft man

sich zu Vergleichszwecken aus den Mengen (Abstraktionsklassen) der sie darstellenden Elemente, Standards, Etalons bzw. – wie Marx sagt – Äquivalente, die die Abstrakta gegenständlich eindeutig repräsentieren."[1]

Diese analytische Arbeit mit den ihr eigentümlichen Arbeitsgegenständen und -mitteln ist die Domäne des *Verstandes*, der Wissenschaften aller Couleur, nicht jedoch die der *Vernunft,* der Philosophie.

Philosophie zu betreiben, sofern darunter die *materialistisch* fundierte *Dialektik* verstanden wird, verlangt, so Ruben, die in der Abstraktion getrennte Einheit von Gegenstand und Verhalten, die des Einzelnen und Allgemeinen als Geistig-Konkretes wiederherzustellen, d. h. den Gegenstand als *sich verhaltende*n Gegenstand und das Verhalten als *gegenständliches* Verhalten zu denken. In der Nachfolge Hegels wird dieser Vorgang Aufsteigen zum *Konkret-Allgemeinen* genannt. Diesen Dreierschritt der als *Arbeit* verstandenen Erkenntnis: vom Empirisch-Konkreten (Wirklichkeit) zum Abstrakt-Allgemeinen (Fachwissenschaften) und zum Konkret-Allgemeinen (Philosophie) – unter Voraussetzung des modernen Wissenschaftssystems – in seinen unterschiedlichen Aspekten zu untersuchen, war Rubens zentrales Anliegen in den 60er und 70er Jahren. Folgt man dieser Skizze Rubens zur Dialektik des Erkenntnisprozesses, so kann kein Zweifel bestehen, dass die dialektisch-materialistische Philosophie ihre eigenständige Domäne im Konkret-Allgemeinen und in der erkenntnistheoretischen Analyse des skizzierten Dreierschritts der Erkenntnis hat. Daher verfehlt nach Ruben eine Konzeption wie die des Bereichs Wissenschaftsphilosophie, die allgemeine Probleme der Fachwissenschaften thematisiert, aber im Bereich der Analytik stehenbleibt, die Philosophie positivistisch.[2]

Indem die Philosophie die „Theorie der *Genesis der Analytik*"[3] ist, ist sie Voraussetzung der Fachwissenschaften, liegt ihnen a priori zugrunde, wie umgekehrt ohne Fachwissenschaften Philosophie gar nicht bestehen kann. Gegen die Einzelwissenschaften sind Philosophie und Mathematik die *Allgemeinwissenschaften* (die Philosophie als Erkenntnis des Konkret-Allgemeinen mit der Dialektik als Fundament, die Mathematik als Erkenntnis des Abstrakt-Allgemeinen mit der Mengenlehre als Fundament, beide in der Logik miteinander verbunden.) Die „wirkliche Wissenschaft … wird im Prozess der Kooperation der Fachwissenschaften und der Philosophie realisiert".[4]

In der Affäre Ruben war also der skizzierte interne Gegensatz der marxisti-

1 P. Ruben: Diskussionsprobleme der materialistischen Arbeitsauffassung, In: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 142f.

2 Die konkret-allgemeinen Begriffe der dialektisch konstituierten Philosophie, die *Kategorien,* treten hier daher als Kategorienpaare auf, mittels derer die Einheit von Gegenstand und Verhalten (resp. Eigenschaft) wiederhergestellt wird. So z. B. die Paare: Materie – Bewegung, Qualität – Quantität; d. h. die Materie ist nicht wirklich ohne ihre Bewegung und umgekehrt; die Quantität ist stets Quantität einer Qualität usw.

3 P. Ruben: Wissenschaft als allgemeine Arbeit, a. a. O., S. 39

4 P. Ruben/C. Warnke: Denkweise und Gesetze der materialistischen Dialektik als Gegenstand weiterer philosophischer Forschung, a. a. O. Rubens Konzeption ist in Kurzfassung dargestellt in: C. Warnke: Nicht mit dem Marxismus-Leninismus vereinbar, in: H.C-. Rauh/M. Gerlach

schen Philosophie von Hegelschen und positivistischen Komponenten, der im System der marxistisch-leninistischen Philosophie aufgehoben zu sein schien, erneut sichtbar geworden. Doch dieser Kompromiss aus letztlich miteinander unverträglichen Komponenten war nur haltbar, sofern man nicht allzu genau nach den Grundlagen des philosophischen Systems fragte. Und eben diese Frage war tabuisiert, obwohl genau sie hätte gestellt und diskutiert werden müssen, um die theoretische Philosophie des Marxismus aus dem langjährigen Zustand seiner Erstarrung zu befreien.

Doch Peter Ruben wurde zur Erwiderung auf die in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* 1981/82 gegen seine Dialektik-Auffassung veranstaltete Kampagne[1] zur Antwort auf seine Kritiker gar nicht erst zugelassen. Der sog. „wissenschaftliche Meinungsstreit" fand nicht statt. Stattdessen wurde unmissverständlich klargestellt: die Debatte habe dort aufzuhören, wo eine Konzeption „mit dem Anspruch verbunden ist, bestimmte philosophische Grundthesen des dialektischen Materialismus ‚neu', d. h. *anders* als bisher zu formulieren, bzw. sie durch andere Fragestellungen ‚neuartigen Lösungen' zuzuführen."[2] Und der Vorsitzende des Philosophischen Rates forderte von Amts wegen, beim geistigen Einheitsgrau der DDR-Philosophie zu bleiben, d. h. „keinerlei Auffassungen zu tolerieren, … die unter dem Anspruch der Originalität hinter längst erworbene Standpunkte zurückfallen und erprobte Erkenntnisse revidieren".[3]

V.5. Der Bereich Dialektischer Materialismus nach 1981

In der sog. „Ruben-Affäre" wurde das hässliche Gesicht des Stalinismus noch einmal unverhüllt sichtbar. Am 10. April 1981, am Tag nach dem Ausschluss der Ruben-Gruppe aus der SED, erschien in der *taz* ein ganzseitiger Artikel, in dem mit unverkennbarem Insiderwissen über diesen stalinistisch geprägten Vorgang berichtet wurde.[4] Und das in einer Periode der DDR-Geschichte, in

(Hg): Ausgänge. Zur DDR-Philosophie in den 70er und 80er Jahren, Berlin 2009, S. 567 ff. Im vorliegenden Band S. 294 ff.

1 Es handelt sich um die folgenden Artikel: A. Lemmnitz: Wertform und Philosophie, in: DZfPh 29(1981)7; G. Bartsch: Entwicklung – Widerspruch – Arbeit, in: DZfPh 29(1981)7; G. Redlow: Materialismus und Dialektik, in: DZfPh 29(1981)9; W. Eichhorn I: Über Dialektik in der Geschichtsauffassung, in: DZfPh 30(1982)2; vgl. auch: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 85 ff. Die Redaktionsmitglieder der DZfPh: Buhr, Hahn, Hörz und Eichhorn verhinderten, entgegen Rauhs Absicht, die Publikation der Antwort Rubens auf seine Kritiker: Diskussionsprobleme in der materialistischen Arbeitsauffassung, a.a. O. S. 133-149. H.-C. Rauhs Ablösung als Chefredakteur der DZfPh, welches Amt er von 1978–1982 innegehabt hatte, erfolgte nicht vordergründig, aber auch „im Nachgang zur Ruben-Affäre". Vgl. G. Schirmer: „Ja, ich bin dazu bereit." Eine Rückblende, Berlin 2014, S. 315

2 G. Redlow: Materialismus und Dialektik. Zu einem unakzeptablen philosophischen Konzept, in: DZfPh 29(1981)9, S. 1034. Prof. Dr. G. Redlow war Vorsitzender des Rates für Dialektischen Materialismus.

3 E. Hahn: Der X. Parteitag der SED und die Aufgaben der marxistisch-leninistischen Philosophie, in: DZfPh 29(1981)8, S. 896

4 Der Informant der *taz* war Wolfgang Templin, damals Mitarbeiter des DiaMat-Bereichs, der spä-

der sich die SED-Parteiführung bemühte, mit der Bundesrepublik einen entspannten modus vivendi zu finden. Damit hatte das ZIPh weder sich selbst und seiner Reputation im In- und Ausland, noch dem Ansehen der DDR in der Welt einen Gefallen getan.

Das Echo blieb nicht aus. Der *Bund demokratischer Wissenschaftler (BDWi)* und namhafte Kollegen aus der Bundesrepublik wie die Professoren M. Theunissen. P. Lorenzen, J. Mittelstraß und F. Kambartel beschwerten sich beim Präsidenten der Akademie über die gegen Ruben und seine Mitstreiter inszenierte Kampagne, und W. R. Beyer, der Vorsitzende der *Internationalen Hegel-Gesellschaft,* legte seine Mitgliedschaft in der Akademie nieder. Die Akademieleitung und die zuständigen Parteiorgane waren verärgert – nicht über den Ausschluss Rubens und seiner Mitstreiter, sondern darüber, dass sich die Institutsleitung als unfähig erweisen hatte, ihre ideologischen Probleme hinter verschlossenen Türen zu klären.

Unter diesen Umständen hatte das Institut allen Grund, das von der Abteilung Wissenschaft in Auftrag gegebenen Z-Planprojekt zum *Widerspruch* unter Aufbietung seiner politisch und theoretisch bestbeleumdeten Kräfte zu realisieren, d. h. zu beweisen, dass gegen die Konzeption Rubens eine Darstellung der Widerspruchstheorie auf den theoretisch eingefahrenen Wegen gelingen könne. Die Regie führte Prof. Dr. G. Bartsch – nach meiner Absetzung (Ende 1980) als neuer Leiter des Bereichs DiaMat berufen. Das Produkt erschien 1986, war durchweg nach konservativem Muster verfasst und blieb meines Wissens ohne bemerkenswertes öffentliches Echo.[1] Als es erschien, hatte in der Sowjetunion Michail S. Gorbatschow die politische Bühne betreten, und das sich anbahnende „neue Denken“ warf auch in der DDR seine Schatten voraus; es bewirkte u. a., dass die Produkte „alten Denkens“ wie dieses kaum noch zur Kenntnis genommen wurden.

Der Parteiausschluss Rubens und seines Kreises war nur mit Psychoterror gegen erheblichen Widerstand in der Kollegenschaft durchzusetzen gewesen. Die unmittelbaren Mitstreiter Rubens, Dr. Peter Beurton, Dr. Bruno Hartmann, Dr. Ulrich Hedtke und ich, waren – wohl wissend, dass sie ihre berufliche Existenz (und vielleicht die ihrer Familien) riskierten – wild entschlossen, mit allen nur verfügbaren Mitteln die Verurteilung von Rubens Philosophiekonzept zu verhindern, denn wir hatten uns genau deshalb mit Ruben verbündet, weil in seinem Entwurf der Weg und die zugehörigen Arbeitsmittel zu finden waren, die im Dogma verkommenen Möglichkeiten der theoretischen und praktischen Philosophie des Marxismus freizulegen und auf wissenschaftliche Füße zu stellen. Wir setzten dazu alle uns verfügbaren Mittel ein und konnten

ter die Bürgerrechtsgruppe *Demokratie Jetzt* gründete.

1 Der dialektische Widerspruch, hg. von G. Bartsch, Akademieverlag Berlin u. Marxistische Blätter, Frankfurt a. M., 1986

zumindest (u. a. mit Eingaben an die SED-Parteiorgane) verhindern, dass die Kampagne eine rein institutsinterne Sache blieb.[1]

Doch auch außerhalb dieses Kreises stieß die Kampagne auf Ablehnung und Empörung, v. a. der jüngeren Leute. So verständigte sich ein Kreis von FDJ-lern des Instituts (auf Initiative von Michael Grabek) darauf, gegen die geplanten Parteiausschlüsse zu stimmen, unabhängig davon, ob die Beteiligten Rubens Konzeption teilten oder sie überhaupt kannten, u. a. mit dem Argument: „Wenn man sich erst mal darauf einlässt, derartigen Beschlüssen wider besseres Wissen zuzustimmen, können sie mit einem bald machen, was sie wollen!“ Den so Argumentierenden war also die zerstörerische Wirkung stalinistischer Praktiken auf die Identität der Person bewusst. Angesichts des im Kollegenkreis verbreiteten erheblichen Widerstands, auf theoretische Probleme mit parteipolitischen Sanktionen zu reagieren, hatte der Direktor daher in allen Bereichen verkündet: „Wer nicht für den Ausschluss Rubens aus der Partei stimmt, für den gilt das Arbeitsgesetzbuch nicht mehr!“ Trotz dieser massiven existenziellen Bedrohung, an deren Realisierbarkeit niemand zweifelte, stimmten 13 Genossen (ca. 13% der Mitglieder) gegen meinen Ausschluss. Nach dieser parteipolitischen Blamage überließ die Parteileitung des Instituts die noch ausstehenden Parteiverfahren gegen Ruben, Hedtke und Werner Röhr der SED-Kreisparteikontrollkommission.

Im Resultat dieser Kampagne zerfiel der Bereich DiaMat in den nächsten Jahren. Etliche Jung-Kollegen (Horst Zeiske, Jörg-Peter Ludwig) verließen den Bereich oder wechselten in die Bibliothek, Wolfgang Templin erklärte seinen Austritt aus der SED, die dies aber nicht duldete, sondern ihn 1983 ausschloss, und verließ das Institut; auch Georg Zoller ging, und Ulrich Berger floh über Jugoslawien nach Westberlin. Im Bereich HistMat erhielten Dr. Dieter Püschel und Lothar Pawliczak, die mit Rubens Konzept sympathisierten, unter fadenscheinigen Vorwänden Disziplinarstrafen, und da sie nicht klein beigaben, wurden sie aus der Partei ausgeschlossen und in die Arbeitslosigkeit entlassen. In diesen Fällen hatte Buhr seine Drohung wahr gemacht. Dr. Wolfgang Engler, der am Institut gerade angeheuert hatte, verließ es nach den Erfahrungen mit diesem Parteiklima fluchtartig wieder.

Zwischen 1982 und 1986 wurde der personell ausgedünnte DiaMat-Be-

1 Dank der genannten Intervention von West-Kollegen, die die Arbeiten Rubens kannten und schätzten, wurden die Ausgeschlossenen nicht arbeitslos, sondern als Gruppe zerschlagen und innerhalb der Akademie verteilt. P. Ruben wurde in den Bereich HistMat versetzt, P. Beurton und U. Hedtke in den Hörz-Bereich, B. Hartmann ins IWTO, W. Röhr ins ZIG und ich ins ZIAGA. Für alle Beteiligten galt bis zur Wende Lehr-, Vortrags- und nahezu vollständiges Publikationsverbot auf dem Gebiet der Philosophie. Hartmann und Hedtke vermochten sich daher erst in der Wende zu habilitieren. B. Hartmann erarbeitete auf der Grundlage des Arbeitskonzepts einen DDR-spezifischen Entwurf zur Inhaltslogik: *Logik und Arbeit,* Sankt Augustin, Academia Verlag 1994. U. Hedtke, gesellschaftstheoretisch orientiert, informierte in *Stalin oder Kondratieff,* Berlin 1990 über die Zyklentheorie Kondratieffs, deren Vorgeschichte und das Schicksal ihres Erfinders, und edierte hier erstmals einen originären Kondratieff-Text in deutscher Sprache. Hedtke und Hartmann haben gemeinsam die digitale Edition von Rubens Schriften auf den Weg gebracht: www.peter-ruben.de. U. Hedtke gibt gegenwärtig das Schumpeter-Archiv (Werke, Briefe, Bibliographien) heraus: www.schumpeter.info.

reich durch einige Absolventen wieder aufgefüllt. Das Programm sah als ewiges Bereichsthema weiter die „Einheit der Grundgesetze“ vor, das durch Untersuchungen der folgenden Kategorien und Themen ergänzt werden sollte: Materie, Gesetz, Notwendigkeit – Zufall, Möglichkeit – Wirklichkeit, Allgemeines – Besonderes – Einzelnes. „Berücksichtigt“ werden sollten dabei neue gesellschaftliche Probleme und neue einzelwissenschaftliche, entwicklungstheoretische Erkenntnisse.

Absolvent Wolfgang Drahs, der eine Diplomarbeit zu Kants Erfahrungsbegriff geschrieben hatte und hieran anknüpfend das Kategorienproblem bei Kant behandeln wollte, wurde beschieden, hier werde keine Geschichte der Philosophie betrieben. Claus Wahl (seit 1985 am Institut) wurde untersagt, das ihm gestellte Dissertationsthema: „Möglichkeit und Wirklichkeit in objektiven Prozessen“ problemgeschichtlich an Hegel und Marx zu untersuchen. Und die Absicht von Dr. Sabine Grunwald, die zu Sartre promoviert worden war und zur Geschichte der Dialektik arbeiten wollte, wurde nicht akzeptiert. Birgit Gebhardt setzte gegen den Widerstand des Bereichsleiters schließlich durch, das ihr gestellte Thema zum Materiebegriff historisch angehen zu dürfen, was auch Carsten Förster und Harald Ulrich in Bezug auf ihre Themen gelang. Wie philosophische Kategorien ohne problemgeschichtlichen Hintergrund seriös behandelt werden sollen, wird Bartschs Geheimnis bleiben.

Im Herbst 1989 kehrte Prof. Bartsch eines Tages von einem Bibliotheksbesuch in Westberlin nicht mehr nach Ostberlin zurück.

V.6. Der Bereich Philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung (Hörz-Bereich)

War der Bereich DiaMat aus der Ruben-Affäre schwer beschädigt hervorgegangen, so entfaltete sich der von Hörz geführte Bereich nach ihr zu voller Blüte. Hörz leitete den Bereich von 1973–1988. Über seine Philosophie-Konzeption – umfassend dargestellt in seinem schon erwähnten Werk *Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften* (im Kollegenjargon „Hörz-Bibel“ genannt) – ist das m. E. Nötigste gesagt. Für das Gros seiner Mitarbeiter war sie problemlos der allgemein verbindliche Rahmen ihrer Arbeit. Aber auch einige der älteren Kollegen aus dem DiaMat-Bereich hatten sich Hörz’ Konzeption angeschlossen, so dass der skizzierte theoretische Konflikt – wie schon gesagt – nicht nur zwischen dem DiaMat- und dem Hörz-Bereich, sondern auch innerhalb des DiaMat-Bereichs stattfand. Seit der parteioffiziellen Verurteilung von Rubens theoretischem Ansatz galt Hörz’ Konzept nicht nur am ZIPh als die einzig akzeptable, marxistisch-leninistische Sicht auf die Beziehungen von Philosophie und Naturwissenschaften, sondern dieses Monopol suchte Hörz mit ziemlichem Erfolg (zusätzlich leicht gemacht durch sein Amt als Leiter des zuständigen Problemrats) auf die gesamte DDR-Philosophie

auszudehnen[1] – zum Schaden für die theoretische Philosophie, vor allem für die Dialektik!

Ich kann aus den erörterten Gründen in Hörz' Umgang mit den Wissenschaften einen originär *philosophischen* Zugang nicht erkennen, sofern die Philosophie als jene spezifische Wissenschaft gilt, die Weltanschauungen thematisiert. Wird jedoch der Name *Philosophie* mit dem Worte *Weltanschauung* oder *Weltbild* synonym verwendet, so kann Hörz' Position natürlich als philosophische verstanden werden, denn die *Natur* wird in ihr so vorgestellt, wie sie im *Weltbild der Wissenschaften* erscheint[2], nämlich im Blickwinkel der *Analytik*.

Die Mitarbeiter des Hörz-Bereichs hatten ihren Kollegen Fachwissenschaftlern in der arbeitsteilig aufgesplitterten naturwissenschaftlichen Forschung voraus, Erkenntnisstand und Problemsituation ganzer naturwissenschaftlicher Fachdisziplinen und interdisziplinäre Zusammenhänge überblicken und darstellen zu können. Im Zuge der Akademiereform hatte die Akademieleitung für die Gründung des Bereichs „Wissenschaftsphilosophie" u. a. eben deshalb gesorgt, weil sie sich von ihm hauseigene weltanschauliche Hilfe bei der Integration von Spezialisten mit eingeengtem Fachhorizont in die avisierten „komplexen" Forschungsunternehmen versprach. Die Mitarbeiter dieses Bereichs sollten im Idealfall das ausdifferenzierte Spezialwissen der Forscher in den Gesamtzusammenhang ihrer jeweiligen Wissenschaft zurückstellen und so die Forscher vom Tunnelblick befreien, der einer aktiven Teilnahme an komplexen Forschungsunternehmen im Wege stand. Und natürlich war ihr Auftrag auch, die Spezialisten zu Mitkämpfern an der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu machen.

Diesen Anliegen wurde der Bereich durch seine Zusammensetzung und die Spezialisierung seiner Mitarbeiter gerecht.

- Physik: Herbert Hörz, Ulrich Röseberg, John Erpenbeck, Nina Hager;
- Astronomie: Fritz Gehlhar;
- Mathematik: Siegfried Paul;
- Technikwissenschaften: Gerhard Banse;
- Chemie: Rüdiger Simon, Klaus Buttker;
- Biologie: Rolf Löther, Klaus Wenig, Peter Beurton[3];

1 Das hat schlüssig R. Wahsner in: Die vergessene Reflexion oder wir, die wir alle Opfer waren – und ein kleines bißchen schuldig, in: DZfPh 39(1991)5 dargestellt.

2 Diese Bezeichnung ist W. Hollitscher: *Die Natur im Weltbild der Wissenschaft*, Globus Verlag Wien 1960 entlehnt. Hollitscher hat das, was er hier vorstellte, völlig richtig betitelt. Dieses Werk und das ihm folgende: *Der Mensch im Weltbild der Wissenschaft* wurde von Mitarbeitern vornehmlich des Hörz-Bereichs neu bearbeitet und auf dem gegenwärtigen Stand der modernen Wissenschaften rekonstruiert: *Natur und Mensch im Weltbild der Wissenschaften,* hg. von H. Horstmann, 6 Teile 1981–1984. Hollitscher war der erste Direktor des 1951 gegründeten Philosophischen Instituts der Humboldt-Universität. Im Kontext des Slánský-Prozesses wurde er 1953 jedoch aus der DDR ausgewiesen. Zur Biografie Hollitschers auch: Zwischen Wiener Kreis und Marx. Alfred Klahr-Gesellschaft Wien, Quellen & Studien SB 2, 2002; Philosophenlexikon, Berlin 1982

3 Peter Beurton gehörte dem Hörz-Bereich nur zeitweilig an. Nachdem Peter Ruben ans Akademieinstitut, in den DiaMat-Bereich gewechselt war, wechselte auch Peter Beurton in den Dia-

– Psychologie: John Erpenbeck, Lothar u. Helga Sprung, Alfred Arnold;
– Kybernetik: Heinz Liebscher;
– Logik u. Sprache: Evelyn Dölling.

Zu den Meriten des Bereichs, naturwissenschaftliche Spezialprobleme in ihre Zusammenhänge einzuordnen, Spezialwissen durch Überblickswissen zu ergänzen, ist das Gemeinschaftswerk zu zählen: *Philosophie und Naturwissenschaften. Wörterbuch zu den philosophischen Fragen der Naturwissenschaften.* (hg. von H. Hörz/R. Löther/S. Wollgast, Berlin 1978), an dem die Mitarbeiter des Bereichs beteiligt waren; ferner das Lehrbuch: *Philosophie und Naturwissenschaften* von einem Autorenkollektiv unter Leitung von H. Hörz und Karl Friedrich Wessel (Berlin 1986), das Beiträge aus dem Bereich von G. Banse, E. Dölling, J. Erpenbeck, F. Gehlhar, N. Hager, H. Hörz, R. Löther, S. Paul, U. Röseberg und R. Simon enthält.

Die Anzahl der aus diesem Bereich hervorgegangenen Publikationen ist beachtlich. Unter ihren Autoren ragen einige deutlich hervor. So etwa Ulrich Röseberg mit seinen Arbeiten zu Niels Bohr und der Quantenphysik, Rolf Löther mit seinen fachlich fundierten Texten zu verschiedenen Problembereichen der Biologie und ihrer Geschichte, Heinz Liebscher, der das kybernetische Erbe von Klaus weiterführte.[1] Überhaupt war das fachwissenschaftlich-naturwissenschaftliche Niveau mancher Mitarbeiter hoch. Nicht wenige hatten die später unter dem Titel „philosophische Probleme“ reflektierten Fachwissenschaften vorher an der Universität von der Pike auf studiert, einige waren nach einem fachwissenschaftlichen Studium Aspiranten am Ley-Lehrstuhl der Humboldt-Universität gewesen. Genau diese fachwissenschaftliche Herkunft aber machte es den betreffenden Personen schwer, die Spezifik philosophischen Denkens zu begreifen und ihr gerecht zu werden.

Von seiner Gründung bis zur Wende hat der Hörz-Bereich die Palette sei-

Mat-Bereich, da er Rubens Konzeption der Beziehung von Analytik und Dialektik teilte. Seine Spezialgebiete waren Evolutionstheorie und Genetik. Da er in den Auseinandersetzungen um P. Ruben nicht klein beigab, erhielt er eine Parteistrafe und wurde in den Hörz-Bereich zurückversetzt. Die Publikation seines Artikels: „Werkzeugproduktion im Tierreich und menschliche Werkzeugproduktion“, DZfPh 38(1990) S. 1168-1182, der bereits 1980/81 der Redaktion der Zeitschrift vorlag, hatte Hörz zu verhindern gewusst, u. a. mittels des Arguments, dass Beurtons Behandlung von Population und Umwelt mittels der Kategorien von Subjekt und Objekt spekulative Naturphilosophie sei. Der gelernte Philosoph Hörz bringt es fertig, unter Berufung auf Lenin die Kategorie des Objekts ohne die des Subjekts zu installieren! Vgl. P. Beurton: Herbert Hörz, die „Wahrheitsliebe“ und die Wissenschaftlichkeit des Arguments, in: Berliner Debatte Initial 1/2 2006, S. 223 ff.

1 U. Röseberg: Philosophie und Physik, Leipzig 1982, Szenarium einer Revolution. Nichtrelativistische Quantenmechanik und philosophische Widerspruchsproblematik, Berlin 1984; Niels Bohr. Leben und Werk eines Atomphysikers, 1885–1962, Berlin 1985; R. Löther: Das Werden des Lebendigen, Leipzig/Jena/Berlin 1983; Mit der Natur in die Zukunft, Berlin 1985; Wegbereiter der Genetik: Gregor Johann Mendel u. August Weismann, Leipzig/Jena/Berlin 1990. H. Liebscher war wesentlich an dem unter G. Klaus' Namen publizierten Wörterbuch der Kybernetik, Berlin 1967 beteiligt und hat alle seine Nachauflagen und Erweiterungen betreut. G. Klaus/H. Liebscher: Systeme, Informationen, Strategien. Eine Einführung in die kybernetischen Grundgedanken der System- und Regelungstheorie, Informationstheorie und Spieltheorie, Berlin 1974

ner Themen deutlich erweitert. Diese Veränderungen hat U. Röseberg in der *„Selbsteinschätzung"* des Bereichs vom 1. 8. 1990 folgendermaßen beschrieben:

In den 70er Jahren stand zunächst der Determinismus im Mittelpunkt. Zentraler Bezugspunkt sei dabei die in „philosophischer Verallgemeinerung der statistischen, stochastischen und probabilistischen Denkweise in der Physik konzipierte statistische Gesetzesauffassung der Philosophie" gewesen. Damit habe man den Systemcharakter und die Komplexität der Wirklichkeit nun präziser erfassen können. Auf dieser Grundlage sei das Forschungskollektiv in den 80er Jahren bemüht gewesen, „Beiträge für eine den Fortschritten der naturwissenschaftlichen Forschung adäquate philosophische Entwicklungskonzeption zu leisten. Offenheit der Zukunft, Existenz von Möglichkeitsfeldern, Irreversibilität und Zyklizität traten seitdem verstärkt ins Zentrum der Analyse".[1] Zu diesem Zweck habe man „moderne Erkenntnisse der naturwissenschaftlichen Evolutionsforschung (Hochenergiephysik und Kosmologie, Selbstorganisationskonzepte, Modelle der präbiotischen Evolution, Synthetische Theorie der biotischen Evolution, Konzepte der Anthroposoziogenese) und Probleme der Theoriedynamik in verschiedenen Wissenschaften" aufgearbeitet.[2]

In dieser *Selbsteinschätzung* reflektiert Röseberg auch die (übrigens nicht nur von Ruben erhobenen) Einwände gegen die Methodik des Bereichs. Von seinen Kritikern werde dem Bereich vorgeworfen, sich seine Methoden von anderen Wissenschaften zu „borgen".

„Dieses „Herangehen" sollte jedoch – so Röseberg – „von Beginn an ein Versuch sein, … die Grenzen eines dogmatisierten Marxismus-Leninismus aufzubrechen".[3] „Aus heutiger Sicht" – bemerkte Röseberg 1990 dazu – „müssen wir selbstkritisch feststellen, dass diese Toleranz nicht zuletzt durch den eigenen Verzicht auf das Infragestellen von sogenannten Grundprinzipien … erzielt wurde".[4]

Natürlich waren von Anfang an Technik, Technikwissenschaften und wissenschaftlich-technische Revolution (v. a. von G. Banse u. H. Hörz thematisiert) unter ihren verschiedenen Aspekten Gegenstand der Analyse – so unter dem der Humanität[5], dem der Ökologie[6], dem der Verantwortung des Wissenschaftlers für die Erhaltung des Friedens. In den 80er Jahren wurde Naturerkenntnis auf der Grundlage des kulturtheoretischen Ansatzes von K. Marx als Kulturphänomen thematisiert (J. Erpenbeck, U. Röseberg, H. Hörz), seit Mitte

1 Selbsteinschätzung des Bereiches Philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung, (in Vorbereitung der Evaluierung), S. 3. In: Privatarchiv Ruben/Warnke
2 Vgl. ebd. S. 7: H. Hörz/U. Röseberg (Hg): Dialektik der Natur und Naturerkenntnis, Berlin 1990. Autoren: K. Buttker, E. Dölling, B. Eichler, J. Erpenbeck, N. Hager, H. Hörz, H. Liebscher, R. Löther, U. Röseberg, R. Simon, K. Wenig, P. Werner.
3 Vgl. Selbsteinschätzung, a. a. O., S. 4
4 Ebd., S. 5
5 Z. B. H. Hörz/D. Seidel: Humanität und Effektivität – zwei Seiten der wissenschaftlich- technischen Revolution (1984)
6 Z. B. R. Löther: Mit der Natur in die Zukunft (1985)

der 80er Jahre trat die Geschichte der Wissenschaften in der Perspektive der Determinanten der Wissenschaftsentwicklung ins Blickfeld (J. Erpenbeck, G. Banse). H. Hörz legte ihr die Hypothese zugrunde, sie als zyklisch verlaufenden Prozess des Wandels von Wissenschaftstypen zu fassen.[1] Ferner befassten sich Mitarbeiter des Bereichs während der 80er Jahre mit wissenschaftshistorischen Arbeiten, mit der Herausgabe von Wissenschaftler-Nachlässen und -Biografien.[2] Eine Randexistenz in diesem Bereich fristete E. Dölling (seit 1986 mit einer kleinen Arbeitsgruppe), die zur Philosophischen Logik und Analytischen Philosophie arbeitete. Frau Dölling befasste sich – in der Tradition F. Brentanos und A. Meinongs – mit dem Aufbau einer *Existenzlogik*, die auf der Voraussetzung der Intentionalität unseres Bewusstseins beruht, auf der These, dass dessen Akte (annehmen, vorstellen, urteilen etc.) auf Gegenständliches beliebiger Natur, auf Wirkliches, Mögliches und Unmögliches gerichtet sein können. Das ermögliche, „eine Theorie zu entwickeln, in der formale Strukturen von Gegenständen und mögliche Beziehungen zwischen ihnen untersucht werden, also eine *formale Ontologie"*.[3] (Es ist bemerkenswert, dass sich offensichtlich keiner der auf die marxistisch-leninistische Abbildtheorie eingeschworenen Kollegen am Konstruktivismus der Intentionalitätsvorstellung gestoßen hat!)

Als letztes Wort des Bereichs kann dessen 1990 fertig gestelltes Gemeinschaftswerk gelten, (an dem alle seine Mitarbeiter beteiligt waren) das den Titel *Dialektik der Natur und der Naturerkenntnis (Hg. H. Hörz und U. Röseberg)* trug und nach der Vorstellung seiner Herausgeber als „kritisierbarer Vorschlag" betrachtet werden wollte, „Engels Dialektik der Natur für unsere Zeit fortzuschreiben." Die Fahnen des Buches existierten bereits, aber der Verlag hat es nicht mehr gedruckt und ausgeliefert. J. Erpenbeck hat es 2013 aus den Fahnen rekonstruiert und zu H. Hörz' 80. Geburtstag ins Netz gestellt. Konzeptionell bewegt sich das Buch in den skizzierten Bahnen der Bereichskonzeption und die thematisierten naturwissenschaftlichen Gegenstände hat Röseberg in der obigen Selbstdarstellung des Bereichs genannt.

1 Selbsteinschätzung, a. a. O., S. 11

2 Eine Auswahl: A. Arnold: W. Wundt – sein philosophisches System (1980); H. Hörz/K. Wenig: Edition des Briefwechsels zwischen H. v. Helmholtz u. E. du Bois-Reymond 1846–1894 (1986); P. Werner: Otto Warburg: Von der Zellphysiologie zur Krebsforschung (1988); H. Hörz/A. Laaß: Boltzmanns Wege nach Berlin (1989); R. Löther: Wegbereiter der Genetik: Gregor Johann Mendel u. August Weismann (1990)

3 Selbsteinschätzung der Forschungen zur Philosophischen Logik von E. Dölling vom 27.7.1990, in: Privatarchiv Ruben/Warnke

V.7. Der Bereich Historischer Materialismus (HistMat)

Der Themenkreis dieses Bereiches umfasste das, was in traditioneller Gliederung der Praktischen Philosophie angehörte. Er war – von allen am Institut vertretenen philosophischen Disziplinen – wohl am engsten mit der Parteipolitik verbunden. Von den historischen Materialisten wurde erwartet und gefordert, die (jeweilige!) Parteipolitik ideologisch zu stützen und zu untermauern. Und W. Ulbrichts besagter Brief an die Grundorganisationen von Anfang März 1958 war natürlich insbesondere von den Vertretern der praktischen Philosophie zu beherzigen. Sie hatten die politische Linie des jeweiligen Generalsekretärs in Wort und Schrift philosophisch zu begründen. Ins Vademecum der historischen Materialisten war damit im Umkehrschluss das Verbot eingeschrieben, die vom jeweiligen Generalsekretär vorgegebene Linie der Partei kritisch zu hinterfragen. Dieses Verbot war zunächst Ulbrichts Antwort auf die DDR-Reformbewegungen nach dem XX. Parteitag gewesen, aber es diente fortan – bis zur Implosion des politischen Systems 1989 – der Prophylaxe, ideologische Aufmüpfigkeiten der nachwachsenden Intelligenz möglichst gar nicht erst aufkommen zu lassen. Für berufsmäßige historische Materialisten war es kaum möglich, der Rolle von Propagandisten der jeweiligen Parteipolitik, also der von „Parteiarbeitern", zu entkommen.

Vorausgesetzt, sie hatten die Texte der Gründerväter der marxistischen Gesellschaftstheorie nicht verdrängt, die ja Teil des Lehrstoffes ihrer philosophischen Ausbildung gewesen waren, dann war die Situation ideologischer Schizophrenie unausweichlich. Denn die marxistische Geschichtsauffassung hat originär nichts mit der Festschreibung und Glorifizierung bestehender Verhältnisse zu tun. Sie versteht sich vielmehr, und oft zitiert, als „kritisch" und „revolutionär". Im Frühwerk von Marx konnte der angehende Philosoph lesen, dass es gelte, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist."[1] Auf jeden Fall aber ist die marxistische Geschichtstheorie – weniger emphatisch ausgedrückt – *Kritik im geschichtsphilosophischen* Sinne. Als solche beansprucht sie, Geschichte vom Standpunkt der *menschlichen Gattung* – und nicht von dem einer Partei – zu reflektieren. Sie ist – auf ihren einfachsten Nenner gebracht – als Methode zu verstehen, die *materiellen,* die ökonomischen und sozialen Wurzeln der jeweils vorgefundenen politischen und ideologischen Verhältnisse *aufzuklären*. Und diese *Aufklärung* und Kritik durfte sich – so der historische Materialismus als Theorie ernst genommen werden sollte – nicht auf die Kritik der kapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft beschränken, sondern hatte die *Selbsterkenntnis,* die permanente Kritik der eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse einzuschließen. Aber eben diese Kritik des eigenen Gemeinwesens, die Aufklärung der eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse war suspendiert.

1 K. Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 385

So durfte man bei der Analyse vergangener Geschichtsepochen und der gegenwärtigen kapitalistischen Welt zwar Marx' Diktum realisieren, dass die Dialektik „in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einschließt, jede gewordene Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite auffaßt, sich durch nichts imponieren läßt, ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär ist".[1] Aber es entbehrte nicht der Peinlichkeit, dass man diese als theoretisches Eigentum beanspruchte Geschichtsauffassung als Erkenntnismittel für die eigene gesellschaftliche Formation nicht zuließ.

Die spätestens seit der stalinistischen Ära ihrer Dialektik beraubte marxistische Geschichtstheorie (in Bezug auf die zu fragen ist, ob man sie rechtens noch marxistisch nennen kann) war mit der sowjetischen Besatzungsmacht in die DDR als offizielle Lesart des historischen Materialismus implantiert worden. Und so befanden sich die historischen Materialisten im Dauerspagat: Einerseits herrschte in den öffentlichen Verlautbarungen – auch am Zentralinstitut für Philosophie – in Bezug auf das eigene Gemeinwesen der unmarxistische stalinistische Geist kritikloser Affirmation, andererseits vermochte man marxistisch zu argumentieren, sofern man sich in die Historie begab. Aber auch in Bezug auf diese blieb die Sicht provinziell. So findet sich in den Texten keine Spur der Rezeption etwa der *Braudel-Schule*, keine Reflexion von *Past and Present.* Und selbst der Marxist *Antonio Gramsci* war als Theoretiker offiziell erst zugelassen, als das System fast am Ende war. Inwieweit die Mitarbeiter des Bereichs an dieser Schizophrenie gelitten, resp. diesen Zustand als Normalität blind hingenommen haben, vermag ich nicht zu beurteilen. Dass die Situation die Produktivität gehemmt hat, darf man wohl aus dem geringen publizistischen Ertrag vieler Mitarbeiter dieses Bereichs schließen.

Leiter des Bereichs war Prof. Dr. Wolfgang Eichhorn I (Jg. 1930), der diese Funktion – wie schon gesagt – von 1969 mit kurzer Unterbrechung bis zur Wende innehatte. Er genoss bei den Parteiorganen den Ruf eines zuverlässigen Mit- und Zuarbeiters und agierte als Mitglied und Vorsitzender zahlreicher wissenschaftsleitender Gremien innerhalb und außerhalb der Akademie; er war gefragt als Mitautor an disziplinären und interdisziplinären Gemeinschaftsobjekten, die alle aufzuzählen den Rahmen meines Berichtes sprengen würde.[2] Sein Einsatz wurde öffentlich anerkannt und durch zahlreiche Auszeichnungen belohnt (1973 Mitgliedschaft in der Akademie, 1980 Nationalpreis).

1 K. Marx: Das Kapital, 1. Bd. In: MEW, Bd. 23, S. 28

2 Ich nenne hier nur einige seiner wichtigsten Funktionen: Mitglied des Wissenschaftlichen Rates für Philosophie; Vorsitzender des Problemrates für Historischen Materialismus; er wirkte mit an der Entscheidungsvorlage für das Sekretariat des ZK der SED zur Vorbereitung und Gründung des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung (1987). Er wurde 1986 zum Leiter des interdisziplinären Projekts „Die Wesenseinheit von Sozialismus und Frieden – entscheidende Triebkraft der friedlichen Zukunft und des sozialen Fortschritts der Menschheit" ernannt. (Vgl. ABBAW, FoB Inst. f. Phil. Nr. 139)

Eichhorn hatte zu jener Gruppe junger Leute gehört, die Anfang der 50er Jahre noch mitten in ihrer Ausbildung begriffen, Marxismus-Vorlesungen an den Universitäten hielten und in Seminaren Streitgespräche mit den Studenten zu bestehen hatten, die also lehrend lernten. Sie hatten sich in den späten 40er Jahren noch mit einem breiten Spektrum marxistischer Literatur bekannt machen können (ich denke etwa an Leo Koflers *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft,* 1948, mit Texten von Kautsky), das im Gefolge der Verwandlung der SED in eine „Partei neuen Typus" Anfang der 50er Jahre merklich ausgedünnt wurde. Lehrend lernten sie dann vor allem das, was sie auch *lehren sollten* und *durften*, und das war die importierte marxistisch-leninistische Lesart ihres Gegenstandes, variiert nach den jeweils aktuellen Parteibeschlüssen.[1]

Aber wenn die Parteiräson erlaubte (oder zu erlauben schien), Neues dem gewohnten Repertoire hinzuzufügen, war Eichhorn zur Stelle. So zählte er in der Reformperiode zu den Initiatoren der in der DDR zu konstituierenden Soziologie. 1965 steuerte er zu der im Gang befindlichen Ethik-Diskussion das Buch bei: *Wie ist Ethik als Wissenschaft möglich?*, in dem er u. a. versuchte, anknüpfend an G. Klaus' Untersuchungen zur Semantik und Pragmatik, moralische Urteile erkenntnistheoretisch zu lokalisieren. Als er jedoch mit A. Kosing das genannte 1967er Lehrbuch *Marxistische Philosophie* edierte, das als *revisionistisch* verurteilt wurde, hatte er sich in die Nesseln gesetzt. Irgendwann hat er dann aufgehört, Neuerer sein zu wollen – ein Werdegang, der bei leitenden Kadern dieser Generation von Gesellschaftswissenschaftlern nicht eben selten war. Und vorwiegend so kannten ihn die Mitarbeiter des Instituts.

Doch an seiner ideologischen Nibelungentreue scheint immer mal wieder auch der Wurm des Zweifels genagt zu haben. So bürgte er 1964 für P. Rubens Wiederaufnahme in die Partei, plädierte 1981 aber als erster für ein Parteiverfahren gegen ihn. So reihte er sich in den Kreis derer ein, die Rubens sog. Arbeitskonzept öffentlich verurteilten[2], nahm aber einige Jahre später anstandslos einen Text in eine von ihm zu verantwortende Publikation auf, der diesem sehr nahe kam.[3] Und wenngleich er öffentlich permanent gegen den Revisionisten Ruben zu Felde zog, nahm er ihn nach dem Parteiausschluss ob seiner wissenschaftlichen Kompetenz nicht ungern als Mitarbeiter in den von ihm geleiteten Bereich auf. Vielleicht zieht sich das Interesse am Widerspruchsproblem, der Widersprüchlichkeit der eigenen ideologischen Verfasstheit wegen, wie ein roter Faden durch Eichhorns Biografie.

Taub für den wissenschaftlichen und ideologischen Schaden, den er dem Bereich zufügte, und für den zerstörerischen Eingriff in die Biografien beider, war er allerdings, als er mit schäbigsten Mitteln die Entlassung Dr. Dieter Pü-

1 Diese Situation ist anschaulich geschildert bei A. Kosing: Innenansichten als Zeitzeugnisse. Philosophie und Politik in der DDR. Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 2008, S. 99 f.

2 Vgl. W. Eichhorn I: Dialektik in der Geschichtsauffassung. In: DZfPh 31(1982)2

3 Vgl. Abschnitt 1.3. Subjekt – Tätigkeit – gesellschaftliche Verhältnisse. In: Der tätige Mensch. Gesellschaftsveränderung und menschliche Entwicklung, hg. v. A. Bauer/W. Eichhorn I, Berlin 1987

schels und Lothar Pawliczaks betrieb, weil diese nicht bereit gewesen waren, in den Tenor der theoretischen Verurteilung Rubens einzustimmen.

Das Generalthema des Bereiches zwischen 1971 und 1989 lautete *Untersuchungen zur Dialektik des Geschichtsprozesses.* In diesem Rahmen wurden v. a. folgende Themen bearbeitet:

– Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen
– Entwicklung und Abfolge ökonomischer Gesellschaftsformationen
– Zur Epochenkonzeption des Historischen Materialismus
– Das Phänomen der sozialen Revolution in Geschichte und Gegenwart
– Das Subjekt im historischen Prozess
– Erkennbarkeit und Gestaltbarkeit historischer Prozesse
– Philosophische Fragen des Friedens und der Friedensforschung
– Naturaneignung und Gesellschaftsentwicklung (Ökologie und Ökonomie).[1]

Diese Themen sind teils als Gemeinschaftsprojekte innerhalb des Bereichs, teils mit Autoren aus anderen Bereichen, teils als Beiträge des Bereichs in interdisziplinären, bilateralen oder multilateralen Objekten realisiert worden. Monografien von Mitarbeitern waren eher die Ausnahme.

Die mit Abstand häufigste Autorenkonstellation innerhalb des Bereichs war die zwischen Eichhorn und Dr. sc. Adolf Bauer (seit 1979 habilitiert).[2] Bauer war zweifellos der produktivste Mitarbeiter des Bereichs und bis zu seinem Ausscheiden aus dem Institut fast immer der Mitherausgeber von Eichhorns Büchern.[3] In den 70er Jahren wandte sich Bauer dann dem Verhältnis von Ökologie und Ökonomie zu, das er in Kooperation mit Dr. Horst Paucke bearbeitete (dem späteren Leiter der interdisziplinären Forschungsgruppe *Ökologische Probleme unter dem Aspekt der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus um die Zukunft der Menschheit,* die 1981 gegründet und 1983 dem ZIPh angeschlossen wurde).[4] 1986 verließ Bauer mit einer Berufung an die TH Dresden das Institut.

In den 80er Jahren rückte als vordringlich zu bearbeitendes Thema *das Verhältnis von Sozialismus und Frieden* in den Vordergrund. Die Arbeiten des Instituts zu diesem Thema waren Teil des interdisziplinären AdW-For-

1 Arbeitsberichte von W. Eichhorn über diesen Bereich findet man in DZfPh 29(1981)8 u. 30(1982)11

2 Vgl. ABBAW, Inst. f. Phil. Nr. A 1044: A. Bauer: Vergesellschaftung der Produktion und Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus

3 Vgl. W. Eichhorn I/A. Bauer: Zur Dialektik des Geschichtsprozesses. Studien über die materiellen Grundlagen der historischen Entwicklung, Berlin 1983; W. Eichhorn I/A.Bauer (Hg.): Mensch und Gesellschaft (Autorenkollektiv), 1985; A. Bauer/W. Eichhorn I (Hg.): Der tätige Mensch. Gesellschaftsveränderung und menschliche Entwicklung, Berlin 1987

4 Vgl. ABBAW, FoB Gewi, Nr. 144, S. 73 f. Vom Autorenduo erschienen: H. Paucke/A. Bauer: Umweltprobleme – Herausforderung der Menschheit, Berlin 1979; Studie von A. Bauer/H. Paucke: Weltanschauliche Probleme der Naturaneignung im Sozialismus; dazu von A. Bauer ein gleichnamiger Artikel in: DZfPh 29(1981)11, ferner: A. Bauer/H. Paucke: Naturaneignung als Prozeß sozialistischer Gesellschaftsentwicklung, in: Ökologie – Naturaneignung – Naturtheorie, Dialektik, Bd. 6, Frankfurt a. M. 1984

schungskomplexes *Der Kampf um Frieden und friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung* – und wie man damals optimistisch meinte, hinzufügen zu können – *in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.*[1] Zu diesem Forschungskomplex steuerte das Institut unter dem Titel *Philosophie im Friedenskampf* (unter Herausgeberschaft von W. Eichhorn I und H. Schulze) ein Buch bei, das das Friedensproblem u. a. in historischer Perspektive behandelte.[2] Aus Anlass von Reagans SDI-Programm, der Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in der BRD und der sowjetischen Antwort auf diese Maßnahmen, wurde Eichhorn 1986 zum Leiter eines weiteren interdisziplinären Akademie-Projekts: *Die Wesenseinheit von Sozialismus und Frieden – entscheidende Triebkraft der friedlichen Zukunft und des sozialen Fortschritts der Menschheit*[3] berufen.

Erwähnt werden sollte auch die gemeinschaftliche Publikation von W. Eichhorn und Klaus-Peter Florian: *Soziale Revolution und Gesetzmäßigkeit in der Geschichte* – basierend auf Florians Dissertation von 1985 – vor allem deshalb, weil sich Eichhorn vom Wissenschaftlichen Rat für Philosophie in dem sich sichtlich zersetzenden sozialistischen Lager, im Perspektivplan 1986–1990 als Forschungsthema für den Bereich das der *sozialen Revolution (und der Dialektik von Revolution und Konterrevolution)* festschreiben ließ![4] Freilich hatte er sich mit dem Revolutionsthema bereits seit Anfang der 80er Jahre beschäftigt und zu diesem Zweck Verbindung zum *Interdisziplinären Zentrum für vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit* an der Universität Leipzig aufgenommen.

Für die letzten Jahre der DDR ist v. a. Eichhorns Zusammenarbeit mit dem Historiker Prof. Dr. Wolfgang Küttler zu erwähnen und die Teilnahme von Mitarbeitern des Bereichs an Diskussionen und Tagungen der von Küttler geleiteten Arbeitsgruppe *Methodologische Probleme der Geschichtswissenschaft* (am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie). Küttler hatte mit dieser Arbeitsgruppe seit Mitte der 80er Jahre vermocht, ein Fenster zur gesamtdeutschen Diskussion historischer Fachprobleme zu öffnen. In ihrem Rahmen fand eine DDR-Edition von Schriften Max Webers zur Geschichte und Soziologie statt, deren Mitherausgeber Küttler war[5], und parallel dazu 1989 eine Max Weber-Tagung unter Teilnahme von westdeutschen Kollegen.

1 Vgl. ABBAW, FoB Gewi, Nr. 144, S. 75

2 Vgl. ebd. Hierin sind folgende Beiträge enthalten: W. Förster: Krieg u. Frieden im Blickfeld der klassischen deutschen Philosophie; L Jauch/M. Römer: Owen und Thompson über Frieden; E. Mieth: Der Kampf der II. Internationale gegen Militarismus und Krieg; B.-P. Löwe: Friedensphilosophie und Friedenspolitik. Zur Herausbildung u. Entwicklung der Leninschen Idee von der friedlichen Koexistenz; M. Komm: Biologismus und die Krieg- und Frieden-Problematik; W. Eichhorn/M. Grabek: Grundwiderspruch der Epoche, internationaler Klassenkampf und Kampf um friedliche Koexistenz; L. Elm: Gegenwärtige konservative Kriegsapologie; H. Klenner: Macht und Ohnmacht von Rechtsphilosophie u. Völkerrecht im Angesicht des Krieges; H. Hörz/G. Banse: wissenschaftlich-technischer Fortschritt – Humanismus u. Frieden

3 Vgl. ABBAW, FoB, Inst. f. Phil. Nr. 139; der VI. DDR-Philosophiekongress vom 17. bis 19.10. 1984 hatte das Thema *Sozialismus und Frieden.*

4 Vgl. ABBAW, Best. Akl, Nr. 1045

5 M. Weber: Rationalisierung und entzauberte Welt. Schriften zur Geschichte und Soziologie, hg.

An ihr war auch der Bereich Historischer Materialismus aus dem ZIPh beteiligt, in dem freilich erst mit dem Diplomanden Willfried Geßner Max Webers Gesellschafts- und Geschichtstheorie öffentlich zum Diskussionsgegenstand geworden war.[1] Aus der Zusammenarbeit Eichhorns mit Küttler ist 1989 das Gemeinschaftswerk: *„dass Vernunft in der Geschichte sei". Formationsgeschichte und revolutionärer Aufbruch der Menschheit* hervorgegangen.

1985 hat M. Grabek eine Dissertation zu Gramscis Geschichtsdenken verteidigt, die von der Wertschätzung ihres Autors für den unorthodoxen Marxisten Gramsci zeugt. Eine Arbeit in diesem Geiste wäre fünf Jahre früher vermutlich noch nicht verteidigbar gewesen. Und ebensowenig wäre Wilfried Geßners Aufsatz zu Max Weber, der 1987 – frei von orthodoxer marxistisch-leninistischer Besserwisserei – erschien[2], vor der Ära Gorbatschows akzeptiert worden. Beides zeugt von der im Gange befindlichen Erosion des politischen Systems.

Überblickt man die gedruckten Produkte des HistMat-Bereichs seit der Akademiereform, so ist zu notieren, dass in der ersten Hälfte der 80er Jahre eine auffällige Akzentverschiebung stattfand. Es machten sich Ansätze eines „neuen Denkens" in der Reflexion des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft bemerkbar, noch bevor Gorbatschow auf der Bildfläche erschien. Das geschah z. B. in einem Gemeinschaftsprodukt des Bereichs, in dem schon erwähnten Buch *Der tätige Mensch,* das im August 1986 abgeschlossen war und 1987 erschien. (An ihm waren aus dem Bereich als Autoren W. Eichhorn, A. Bauer, K.-P. Florian, G. Koch, H. Kolbe und B. Wolf beteiligt.)

Die marxistisch-leninistische Gesellschafts- und Geschichtstheorie hatte die marxistische Einsicht, dass die Menschen ihre eigene Geschichte machen, aber dies nicht aus freien Stücken und unter selbst gewählten, sondern unter vorgefundenen und überlieferten Umständen tun[3], bislang vorwiegend unter dem Aspekt thematisiert, dass das Handeln unfrei und fremdbestimmt, durch *objektive Gesetze* determiniert sei, wobei diese Gesetze oftmals so traktiert worden waren, als hätten sie nichts mit dem Handeln der Menschen zu tun. In der Marxschen Formulierung dieses Verhältnisses als prozessierender Wi-

v. F. Hauer u. W. Küttler, 1989; DZfPh 37(1989)4 enthielt einige Beiträge zu Max Webers 125. Geburtstag und Webers Text: „Wissenschaft als Beruf".

1 Vor Geßners Artikel: Geschichtswissenschaft im Anschluss an Max Weber, DZfPh 37(1989)4, gab es am ZIPh zu Max Weber nur die Broschüre von G. Korf: Ausbruch aus dem „Gehäuse der Hörigkeit"? Kritik der Kulturtheorien Max Webers und Herbert Marcuses. Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie (Nr. 5) 1971, u. U. Hedtke: Max Weber – W. I. Lenin: Metaphysische oder dialektische Bestimmung des subjektiven Faktors, in: Studien zur weltanschaulichen und methodologischen Funktion der materialistischen Dialektik, hg. v. H. Horstmann, Berlin 1981. W. Geßner wurde 1990 zum Thema: ‚Sozialökonomische Betrachtungsweise' oder ‚Historischer Materialismus'? Max Webers konstruktive Marx-Kritik. Bilanz und Perspektiven der Formationstheorie promoviert.

2 Gramcsis Geschichtsdenken. Studie zu den Grundzügen der Geschichtsauffassung Antonio Gramscis. Diss. A 1985. In: DZfPh 37(1987)4 dazu von M. Grabek der Artikel: Gramscis Historismus, und im selben Heft der Gramsci-Text: Individualität – Kollektiv – Kultur; W. Geßner: Rezeption des Werkes von Max Weber für die historische Sozialwissenschaft. Studie 1987

3 Vgl. K. Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: MEW, Bd. 8, S. 115

derspruch aber bleibt das Verhalten der Individuen (*Subjekte)* in den *objektiven* Determinanten der gesellschaftlichen Entwicklung stets präsent. Anders, wenn das objektive Moment in Trennung von den handelnden Individuen zu einer eigenständigen Sphäre gesellschaftlicher Gesetze verselbstständigt wird. In diesem Falle werden die Individuen unter die Vorstellung von ihrem Tun unabhängiger gesellschaftlicher Gesetze *subsumiert*. Diese Auffassung konnte sich – offiziell unangefochten – in der sozialistischen Staatengemeinschaft über Jahrzehnte behaupten, u. a. wohl deshalb, weil sie der Erfahrung der Individuen von ihrer real existierenden Subsumtion entsprach, die ihre extremste Form im Stalinismus erreichte.

Mit Erstaunen nimmt man wahr, dass die Autoren des Buches *Der tätige Mensch* offensichtlich problemlos fähig gewesen waren, die einäugige Sicht auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, von Subjekt und objektiven Verhältnissen zu korrigieren, so als hätten sie nie etwas anderes gesagt und geschrieben. Hatte man 1980/81 P. Rubens Begründung der materialistischen Dialektik aus Marx' Arbeitsbegriff als „Abweichung" vom Marxismus-Leninismus verurteilt, so traktierte man die Arbeit nun selbst als anthropologische Bestimmung der Gattung. Das Buch wird durch die Analyse des Arbeitsbegriffes und seiner Momente eingeleitet (1. 3. Gisela Koch), nicht ohne dass zuvor sachkundig dessen Wurzeln in der klassischen deutschen Philosophie vorgestellt worden wären (1. 2. Steffen Dietzsch). Und in den folgenden, die Rolle des Subjekts im Geschichtsprozess und in der Gegenwart betreffenden Kapiteln ist wohl keine auf das gesellschaftliche Subjekt bezügliche Klassikerstelle unentdeckt geblieben.

W. Eichhorn und A. Bauer sind mit der Themenstellung dieses Projekts einem allgemeinen Trend gefolgt. Der Vorsitzende des Philosophischen Rates der DDR, Erich Hahn, also einer der obersten Stichwortgeber der Philosophie, hatte auf dem VI. Philosophiekongress der DDR im Oktober 1984 zum Thema: *Sozialistischer Humanismus und Frieden. Individuum und Gesellschaft bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus* referiert.[1]

Was also, ist zu fragen, hatte sich in der real-politischen und ideologischen Welt der DDR verändert, damit das tätige Individuum als geschichtsbildendes Subjekt nun ausdrücklich zum Thema gemacht wurde? Weshalb hat sich der Zeitgeist gedreht, so dass Kommunisten – wie bspw. Stephan Hermlin –, die einst gelernt hatten, marxistisch sei, anzunehmen, die Voraussetzung für die freie Entwicklung eines jeden sei die freie Entwicklung aller, 1985 beglückt bekannten, nun zu wissen, Marx habe das genaue Gegenteil behauptet, nämlich: dass in der kommunistischen Gesellschaft „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller wird"[2]?

Wenn man den Autoren dieses Buches folgen will, so ist die reale Basis der ideologischen Wende wohl v. a. darin zu finden, dass sich der Charakter der

1 In: Humanismus in den Kämpfen unserer Zeit. VI. Philosophie-Kongreß der DDR vom 17. bis 19. Oktober 1984 in Berlin, Berlin 1985

2 K. Marx/F. Engels: Manifest der kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 482

Arbeit mit der wissenschaftlich-technischen Revolution sichtlich verändert hat und weiter verändern wird, dass die Produktivität der bislang herrschenden, oft als „Fordismus“ bezeichneten Produktionsweise erschöpft zu sein scheint. In der Produktion sei nun v. a. wissenschaftliches Denken, „bewusstes Schöpfertum“, „engagiertes und initiativreiches Handeln“ der Individuen, sachkundige Teilnahme an Leitungsprozessen usw. gefragt, was unter den Bedingungen des gemeinschaftlichen Eigentums an der Produktionsmitteln darauf hinauslaufe, die Arbeitenden zu Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung zu machen.[1] In dieser Erklärung ist nolens volens freilich das Eingeständnis enthalten, dass Aneignung des gemeinschaftlichen Eigentums durch die produzierenden Individuen noch gar nicht stattgefunden hat. Doch die Beschwörung dieser Aussicht kommt 1987 reichlich spät. Sie klingt angesichts der sich seit Mitte der achtziger Jahre häufenden Ausreiseanträge gut ausgebildeter Fachkräfte, die für die wissenschaftlich-technische Revolution im eigenen Land dringend benötigt wurden, ein wenig wie Pfeifen im Walde. In philosophischer Sicht aber ist diese Rehabilitierung des Subjekts – das sei hinzugefügt – nichts anderes, als das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft als prozessierenden Widerspruch im oben definierten Sinne zu fassen und damit das originäre marxistische Geschichtsdenken – nicht nur als *Philosophie der Notwendigkeit, sondern auch der Freiheit der Individuen* – wiederherzustellen! Es entbehrt nicht der Tragik, dass man erst begann, sich dessen zu entsinnen, als die Erosion des Systems unumkehrbar geworden war.

V.8. Das Arbeitsgebiet Geschichte der Philosophie

Anfang der 80er Jahre war dieses Arbeitsgebiet in die folgenden Bereiche und Arbeitsgruppen gegliedert:

– Geschichte der vormarxistischen Philosophie, Schwerpunkte: nach wie vor die Geschichte der klassischen deutschen Philosophie; in den 80er Jahren: zusätzlich die Geschichte der Aufklärung in Deutschland (Leitung: Prof. Dr. Wolfgang Förster, Jg. 1935).
– Geschichte des sozialistischen Denkens vor Marx (Leitung: Dr. Joachim Höppner, Jg. 1921).
– Geschichte der marxistischen Philosophie (Leitung: Dr. Erika Mieth, Jg. 1930).

Diese drei Arbeitsgruppen bildeten organisatorisch einen gemeinsamen Bereich, der seit 1980 von Dr. W. Förster (Professur seit 1981) geleitet wurde.
Ferner gehörten zum Arbeitsgebiet der Geschichte der Philosophie:

– Bereich Kritik der bürgerlichen Philosophie (unter wechselnder Leitung).
– Bereich Edition, der 1978 unter Leitung von Prof. Dr. Werner Schuffen-

1 Vgl. F. Engels: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, S. 64

hauer (Jg. 1930) konstituiert wurde; nach der Emeritierung Schuffenhauers übernahm Dr. Steffen Dietzsch (Jg. 1941) 1983 die Leitung.
– Im März 1989 zweigte sich aus dem Bereich Edition die 1986 gegründete Leibniz-Edition und Leibniz-Forschung zu einer selbstständigen Abteilung ab.[1]

Bereits diese Struktur zeigt, dass die Geschichte der Philosophie in ihren verschiedenen Facetten – je später, desto ersichtlicher – einen immer größeren Platz in den Forschungen des Akademieinstituts einnahm. 1989 arbeiteten von den 92 Wissenschaftlern des ZIPh schließlich 41 auf dem Gebiet der Geschichte der Philosophie! Ein Grund für diesen Ausbau war gewiss Buhrs erklärte Liebe zur Philosophiehistorie. Aber der wäre nicht hinreichend gewesen, wenn dieser Ausbau nicht auch von den Parteiinstanzen gewollt worden wäre. Und er wurde gewollt, weil zur internationalen wissenschaftlichen Reputierlichkeit der DDR auch die Vorstellung akademisch betriebener Philosophie beizutragen vermochte, was die Parteiinstanzen der Philosophie freilich nur auf dem Gebiet ihrer vormarxistischen Geschichte zugestehen wollten.

V.8.1. Zur Arbeitsrichtung Vormarxistische Philosophie

Aber auch das natürlich nur cum grano salis: Denn der Name „Vormarxistische Philosophie“ ist bereits mit einer weltanschaulichen Wertung verbunden. Er teilt die Philosophiegeschichte in zwei Epochen ein: in eine Epoche, die unterschiedslos alles Philosophieren *vor Marx* umfasst, und eine Epoche, die mit Marx anhebt und die Ausbildung des Marxismus, d. h. seine (als legitim geltenden) Abkömmlinge einschließlich des Leninismus zum Inhalt hat. Das Gedankengut der vormarxistischen Philosophie wird seinerseits sortiert in solches, das als Annäherung an spätere marxistische Einsichten, also als philosophisches *„Erbe“* gelten kann, und in solches, das unvereinbar mit dem Marxismus ist, somit nicht zum Erbe gehört.

In der Hegel-Debatte der 50er Jahre war in Bezug auf das Verhältnis des Marxismus zur klassischen deutschen Philosophie und besonders zu Hegel auch über den Erbe-Begriff gestritten worden. Die Shdanow-Gropp-Fraktion unterstellte, dass die marxistische Philosophie die „Wahrheit“ aller vormarxistischen Philosophie sei, d. h. dass alle produktiven philosophischen Gedanken, die je gedacht worden waren, im Marxismus *aufgehoben* und *aufbewahrt* sind, weshalb man sich bei ihren Vorläufern nicht weiter aufzuhalten brauche, also auch nicht bei der klassischen deutschen Philosophie und bei der „längst zerschlagenen und begrabenen philosophischen Auffassung“ Hegels.

Diese parvenuehafte Fixierung auf die Überlegenheit des Marxismus schneidet die marxistische Philosophie jedoch von ihren historischen Wurzeln ab und verwandelt sie in ein „geschichtsloses Dogma“. In dieser Sicht hat die

1 Die Gründung dieser Abteilung erfolgte auf Beschluss des Präsidiums der AdW vom 22.2.1984.

Beschäftigung mit der vormarxistischen Philosophie nur noch „antiquarische Bedeutung“ – so Wolfgang Harich bereits 1956.[1]

Zeit der Existenz der DDR wurde die Arbeit auf dem Gebiet der Philosophiegeschichte die Entgegensetzung von marxistischer und vormarxistischer Philosophie zwar nicht los und ihre Reflexion unter dem Aspekt des Erbes auch nicht. Aber man konnte mit Bloch – und Buhr war ja bekanntlich ein Schüler Blochs – das Erbe insgeheim auch als „unabgegolten“, als „nicht oder noch nicht aufgehobenes Gedankengut, das uns als Zukünftiges entgegenkommen kann“, interpretieren. Und im realen Forschungsprozess sympathisierten die besseren Philosophiehistoriker der DDR und des ZIPh mit dieser Vorstellung.

Wenn ich nicht irre, wurde die Shdanow-Gropp-Variante, die letztlich auf Negation der gesamten Vorgeschichte des Marxismus hauslief, schon in den 60er Jahren zugunsten eines eher pragmatischen Umgangs mit ihr aufgegeben. Man berief sich nun einfach auf all jene Personen und Richtungen als Ahnenreihe, nahm sie als „die Unseren“ für sich in Anspruch, von denen man annahm, dass sie von den Klassikern des Marxismus, so sie diese gekannt und erwähnt hätten, als positiv und progressiv anerkannt worden wären. Aber die Grundvorstellung, dass der Marxismus-Leninismus und *nur er* alles „Wahre“, „Wertvolle“, was die Philosophiegeschichte in ihrer Entwicklung je hervorgebracht hatte, „aufgehoben und aufbewahrt habe“, blieb in der offiziellen Lesart des Marxismus-Leninismus unproblematisiert in Kraft.

Und auf eben diese Lesart der Philosophiegeschichte – dass Kant, Fichte, Hegel, oder wer auch immer – der „Unsere“ ist und nicht dem Klassenfeind gehört, griff die Institutsleitung zurück, wenn sie die politisch-ideologische Nützlichkeit der geschichtsphilosophischen Forschung und der geplanten Projekte der ZK-Abteilung Wissenschaften und anderen Obrigkeiten schmackhaft machen wollte. In der Kunst, die hierfür überzeugenden Formulierungen zu finden, brachten es Buhr und sein Stellvertreter zu wahrer Meisterschaft. So wurden die geschichtsphilosophischen Forschungen am Institut für den Perspektivplan 1976–1980 z. B. mit den Worten legitimiert: *„historisch-materialistische Analyse des philosophischen Erbes und seiner dialektischen Aufhebung und Fortführung in der marxistisch-leninistischen Weltanschauung“*.[2]

Und auch die vom Institut ausgerichteten Feiern zu den Jubiläen der klassischen deutschen Philosophie wurden in der Regel mit Hinweisen auf die Unentbehrlichkeit der Gefeierten für die marxistisch-leninistische Weltanschauung und den gegenwärtigen Klassenkampf begründet.

Wenn aber, um philosophiehistorisches Arbeiten möglich zu machen, derartig ideologisch aufgeblasene Titel erfunden werden, setzen ihre Erfinder vo-

1 Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 4(1956)5. Diesen Artikel schrieb Harich nach dem XX. Parteitag, als er meinte, Klartext reden zu können. Doch das Heft wurde nach seiner Verhaftung eingestampft. Der Aufsatz ist jetzt wieder publiziert in: A. Heyer: Wolfgang Harich: An der ideologischen Front (Tectum-Verlag 2013), vgl. S. 206; vgl. S. 191: Harich zitiert hier Shdanow, der gemäß seiner Konzeption die Geschichte der Philosophie folgerichtig in eine Sammlung toter Artefakte verwandelt.

2 Vgl. ABBAW, Best. Nsch A 1044

raus, dass dies der einfachste und bequemste Weg ist, ihre Forschungen vor der Parteiobrigkeit zu legitimieren. Denn in dieser Redeweise versicherten sie ihr, dass auch ihr Metier Parteiarbeit an der philosophischen Front sei. Doch solche Strategie bleibt nicht folgenlos. Der sie Verfolgende kommt nicht umhin, das der Obrigkeit gegebene Versprechen irgendwie auch einzulösen. Und sofern er einen Sinn für Qualität besitzt, ihm die Sache selbst, d. h. solide philosophische Arbeit eigentlich am Herzen liegt, wird er durch die permanenten Zugeständnisse an die Ideologie zum Zyniker werden.

Das war nach meiner Erfahrung die widersprüchliche Situation, in der sich Manfred Buhr befand, und da er ein Alphatier war, also seine Leitungsfunktion nicht riskieren wollte, richtete er sich in dieser Schizophrenie ein.

Ungeachtet dieser kritischen Anmerkungen zum sog. philosophischen Erbe und Buhrs widersprüchlichem Umgang mit ihm, hat der Gebrauch, den die Mitarbeiter des Bereichs vom originären marxistischen Ideengut machten, zu durchaus fruchtbaren Ergebnissen geführt. So sensibilisierte der marxistische Ausgangspunkt des Denkens für Aspekte der Philosophieentwicklung, die aus dem Blickwinkel anderer weltanschaulicher Positionen eher vernachlässigbar waren.

Als Exempel für diese Behauptung mag die Anfang der 70er Jahre entstandene Dissertation von Anita Liepert zur *Entwicklungsidee in Lessings Weltanschauung* dienen. Sie ist marxistisch geprägt, insofern sie nach den Anfängen des Entwicklungsdenkens in der Geschichtsphilosophie sucht, was von Bedeutung für die Erforschung der Geschichte der Dialektik ist. Der Weg jedoch, auf dem die Doktorandin zu ihren Ergebnissen gelangte, unterschied sich in nichts vom allgemeinen Standard wissenschaftlicher Forschung.

Für bemerkenswert halte ich Gerda Heinrichs gleichfalls Anfang der 70er Jahre entstandene Dissertation zu den *Geschichtsphilosophische(n) Positionen der deutschen Frühromantik.*[1] Diese Arbeit ist heute so aktuell wie damals, da die Autorin die konkret-historische Untersuchung (zentriert auf ihre theoretischen Köpfe F. Schlegel und Novalis) zur philosophischen Analyse der Prinzipien und Elemente romantischen Denkens überhaupt fortgeführt hat. Dieser Zugang ermöglichte ihr, begreifbar zu machen, dass und wie die Wende zur Romantik das philosophische Denken grundlegend veränderte, und wie sehr diese die Moderne mit ihrem kritischen Potenzial, ihrem Subjektivismus, ihren resignativen Momenten usw. geprägt hat und bis in die Gegenwart endemisch fortwirkt.

Im guten Sinne marxistisch war auch die Themenwahl der geschichtsphilosophischen Projekte der 80er Jahre, so der Band: *Bürgerliche Revolution*

1 Dem genannten, 1976 im Akademie-Verlag erschienenen Buch liegt die Dissertation von G. Heinrich zugrunde; 1977 wurde es unverändert im Scriptor-Verlag, Kronberg/Taunus publiziert. Im Anschluss daran hat G. Heinrich 1978 eine Auswahl aus Schlegels Athenaeum publiziert, der 1984 eine um etwa das Doppelte erweiterte Edition folgte. 1974 wechselte G. Heinrich aus dem ZIPh ins Akademieinstitut für Literaturwissenschaften.

und Sozialtheorie (1982)*,* sowie der Nachfolgeband: *Gesellschaftslehren der klassischen bürgerlichen deutschen Philosophie* (1983).[1] Untersuchungen wie diese, die sich speziell der sozialtheoretischen Dimension von Aufklärung und klassischer deutscher Philosophie annahmen, waren geeignet, die Forschungen zu diesem Themenkreis um eine ihrer wesentlichen Dimensionen zu bereichern.

Generalthema dieses Bereichs in den 80er Jahren waren „*die Entwicklungslinien der deutschen (in einigen Aspekten auch darüber hinausgehend der europäischen) Aufklärung und der klassischen deutschen Philosophie"*.[2]

Da ich in den 80er Jahren dem Institut nicht angehörte und an dessen Debatten nicht teilhatte, kann ich mich in den folgenden Passagen nur an den Bericht des Bereichsleiters, Prof. Wolfgang Förster, halten, den dieser 1990 im Rückblick über die „vorzeigbaren" Leistungen des Bereichs in den 80er Jahren anfertigte. Da sich sein Bericht auf die Aufzählung der wichtigsten Publikationen aus dieser Zeit und auf die Angabe ihrer Autoren beschränkte, in ihm jedoch keinerlei kritische oder selbstkritische Bemerkungen oder Urteile über die Entwicklung, die Debatten und die Probleme innerhalb des Bereichs enthalten waren, kann ich hier nicht mehr tun, als seinen Bericht zu referieren. Die Analyse der genannten Publikationen, d. h. die Antwort auf die Frage, welchen Erkenntniszuwachs die genannten Publikationen über die thematisierte Epoche gebracht haben, muss also späteren Untersuchungen über die DDR-Philosophie vorbehalten bleiben.

Förster hält folgende in Bezug auf die Aufklärung herausgegebenen Publikationen für die wichtigsten:

– *Aufklärung – Gesellschaft – Kritik. Studien zur Philosophie der Aufklärung (I),* hg. von M. Buhr und W. Förster (1985) und
– *Aufklärung – Gesellschaft – Revolution. Studien zur Philosophie der Aufklärung (II)*, hg. von M. Buhr und W. Förster (1986).[3]

Beides sind Sammelbände – wie die Publikationsform des Sammelbandes am ZIPh in den 80er Jahren überhaupt Konjunktur hatte. Sie waren für die Parteibürokratie der Ausweis gelungener Gemeinschaftsproduktion und bedienten damit das kommunistische Vorurteil, dass das Kollektiv allemal klüger sei als

1 Hg. v. W. Förster, Berlin 1982, Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte, Bd. 30. Der Band enthält folgende Beiträge: W. Förster: Die Gesellschaftstheorie W. Helvetius'; J. Höppner: Eine Analyse zur Geistesphilosophie von Ch. Fourier; E. Mieth: Die sozialkritische Gesellschaftskonzeption von M. Heß. Daran schließt sich 1983 an: Gesellschaftslehren der klassischen bürgerlichen deutschen Philosophie, Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte, Bd. 36 (hg. von W. Förster). Das Spektrum ist hier das folgende: Analysen zum Geschichtsdenken der deutschen Aufklärungsphilosophie zwischen Chr. Wolff und Kant, Versuch, den Übergang vom transzendentalen zum geschichtlichen Denken nachzuzeichnen, revolutionär-demokratische Gesellschaftslehren in Deutschland in der Periode der Französischen Revolution, einschlägige Aufsätze zu Hegel und Feuerbach.

2 Darstellung der theoretischen Hauptlinien der Forschungsarbeit des Bereichs Geschichte der Philosophie bis Ende 1989, Selbstdarstellung von W. Förster, in: Privatarchiv Ruben/Warnke

3 Band I hat 461, Band II hat 518 Seiten; beide sind in der Reihe: Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte, Akademieverlag Berlin, als Nr. 38 und Nr. 42 erschienen.

der Einzelne. Sie gewährten den Autoren aber auch Schutz vor unbilliger Parteikritik. In Sammelbänden konnte so mancher Aufsatz erscheinen, so manche Thesen vertreten werden, die, für sich genommen, den Parteioberen suspekt gewesen wären, die aber hinter dem Schutzschild, dass der Herausgeber ja ein „gestandener Genosse" sei, unbeanstandet passieren konnten. Solch gestandener Genosse war M. Buhr, aber auch der Gropp-Schüler W. Förster, der seinem Lehrer R. O. Gropp in ideologischer Treue verbunden blieb, war ein solcher.

Das Projekt zur Aufklärung ist aus der Absicht entstanden, sie gegen jene zeitgenössischen bürgerlichen Kritiker zu verteidigen, die in ihr den Anfang aller neuzeitlichen ideologischen Übel sehen. Zunächst sollten es nur Studien zur *deutschen* Aufklärung werden. Aber dann entschlossen sich die Herausgeber, die Aufklärung als *europäisches* Phänomen zum Thema zu machen und das Projekt in internationaler Partnerschaft zu realisieren. Außerdem griff man auf in den 50er und 60er Jahren entstandene Arbeiten zurück, mit denen die Forschungsgruppe um den Romanisten W. Krauss seinerzeit in der Aufklärungsforschung international führend gewesen war.[1]

Die beiden Bände, urteilt W. Förster im Rückblick,

„ […] ordnen sich in die internationale Diskussion über die Philosophie des 18. Jahrhunderts ein, erörtern grundlegende konzeptionelle und Periodisierungsfragen der Aufklärung, die Wechselwirkung zwischen den nationalen Formen der Aufklärungsphilosophie, Leistungen einzelner Repräsentanten und Entwicklungslinien des Aufklärungsdenkens sowie die Weiterführung aufklärerischer Traditionslinien in der Französischen Revolution und Aspekte der Aufklärung in Osteuropa. Die Bände machen deutlich, dass eine inhaltliche Trennung von Aufklärungsentwicklung und klassischer deutscher Philosophie nicht besteht."[2]

Die Bände enthalten Beiträge von G. Besse (Paris), u. a. einen Aufsatz zu Rousseau; einen Beitrag von J. Schlobach (Saarbrücken) zum Bild des „philosophe"; W. Schröder (DDR) hat Theorien der Gesellschaftsgeschichte, speziell Fouriers „mouvement social" und Bazards „Considerations sur l'histoire" thematisiert; Beiträge von G. M. Tripp (BRD) zu Marat; von V. Verra (Bologna) zu Herders Revolutionsbegriff; von D. Pätzold (Vroningen) zum Beginn des Pantheismus-Streits (Lessing und Spinoza); sowie von C. Träger (DDR) zu: Lessings Kritizismus und die Geschichte.

Die Mitarbeiter des ZIPh waren in diesen Bänden mit folgenden Beiträgen präsent: H. Klenner: Zum Aufklärungsdenken in der englischen Revolution des 17. Jh. (Bd. I); U. Goldenbaum: Zu Spinozas Überwindung des Naturrechts (Bd. I); M. Buhr/St. Dietzsch: Zum Theorienwandel des Geschichtlichen zwischen Aufklärung und Kantscher Transzendentalphilosophie (Bd. II); W. Förster mit einem umfangreichen Beitrag zur Religionskritik der deut-

1 Dokumentiert u. a. in der von W. Krauss hg. Schriftenreihe der Arbeitsgruppe zur Geschichte der deutschen und französischen Aufklärung 1959–1964.

2 W. Förster: Selbstdarstellung, a. a. O., S. 2

schen Aufklärung in der zweiten Hälfte des 18. Jh. (Bd. II); und M. Lindner zur Geschichtsphilosophie F. Schillers (Bd. II).[1]

Wie aus ihrer Natur als Sammelbände hervorgeht, haben wir es mit keiner zusammenhängenden Darstellung der Philosophie und Ideologie der Aufklärung zu tun, sondern mit einem Mosaik ihrer verschiedenen Aspekte, bedingt durch die Wahl des jeweiligen Forschungsgegenstandes seitens der beteiligten Autoren. Unter den „vorzeigbaren Forschungsergebnissen" hat W. Förster 1990 im Rückblick ferner die beiden von ihm edierten Bände zum Berlin-Jubiläum 1987 genannt, die über die Entwicklung des philosophischen Denkens in Berlin vom Ausgang des 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts Auskunft geben:

– *Aufklärung in Berlin,* Berlin 1988.
– *Klassische deutsche Philosophie in Berlin*, Berlin 1988.

Mit diesen Bänden werde versucht, so Förster, „die Entwicklung des philosophischen Denkens in Berlin im genannten Zeitraum erstmals zusammenhängend in ihren wesentlichen Entwicklungslinien […] darzustellen".[2]

Band 1 enthält folgende Beiträge: Zum frühaufklärerischen Denken in Berlin um 1700 (W. Förster, K. Steiner); Leibniz' Auffassungen über Wissenschaften und Gesellschaft, sowie die Durchsetzung des Wolffianismus in der preußischen Hauptstadt; Zu den philosophischen Preisfragen und Preisschriften der Berliner Akademie der Wissenschaften im 18. Jh. (C. Buschmann). Es folgen Beiträge zu J. H. Lambert (G. Schenk/F. Gehlhar); zu J. G. Sulzer (St. Dietzsch); die Impulse für die Philosophie durch die königliche Tafelrunde (M. Fontius/R. Geißler); die Durchsetzung des aufklärerischen Denkens in der Berliner Öffentlichkeit, das Wirken Lessings und Moses Mendelssons in Berlin, der „Berolinismus", die Entwicklung Berlins zu einem Zentrum geistiger Kommunikation (U. Goldenbaum); zur Aufnahme des Kantianismus in Berlin (St. Dietzsch); zur radikalen Linie der Aufklärung: J. C. Edelmann, J. H. Schulz (E. Scheweleit); zur Gesellschaftsutopie von C. W. Frölich (M.-L. Römer).

Band 2 setzt die Verlagerung des Zentrums der klassischen deutschen Philosophie von Jena nach Berlin um 1800 voraus und stellt die hier erbrachten Leistungen ihrer Repräsentanten dar.

W. Försters Beiträge haben das Wirken Fichtes in Berlin, die philosophischen Positionen F. Schleiermachers, W. v. Humboldts, die Kulmination der klassischen deutschen Philosophie bei Hegel sowie die philosophischen Kontroversen in Berlin in der Periode des Vormärz zum Gegenstand. Das ästhetische Denken in Berlin in den ersten Jahrzehnten des 19. Jh. untersucht M Lindner, die in jenem Zeitraum vertretenen naturwissenschaftlichen Positionen K. Wenig, die Berliner Rechtsphilosophie in der ersten Hälfte des 19. Jh. H. Klenner.

Diesen Bericht möchte ich nicht beenden, ohne wenigstens am Exempel an-

1 Vgl. ebd., S. 3
2 Ebd.

zumerken, was mir – 1990 ans Institut zurückgekehrt – an den Arbeiten dieser Forschungsrichtung besonders auffiel. Das war das eigenständige Profil, das einige der jungen Leute dieses Bereichs in den 80er Jahren entwickelt hatten. So befasste sich Cornelia Buschmann mit einem Forschungsthema, das ihr zehn Jahre früher nicht bewilligt worden wäre. Sie untersuchte Schriften zu philosophischen Preisfragen der Akademie im 18. Jh. und stellte ihre Ergebnisse im Rahmen des Berlin-Projekts vor. In der 2. Hälfte der 80er Jahre ging das unbeanstandet durch. Die im Gange befindliche ideologische Erosion der doktrinären Gewissheiten hatte inzwischen offensichtlich auch das ZIPh erreicht.

Erwähnenswert sind vor allem die Arbeiten von Ursula Goldenbaum, die – gewitzt durch ihre Erfahrungen mit der Ideologie des eigenen Gemeinwesens – ein bemerkenswertes Gespür für den sozialen Sinn der ideologischen Vorurteile und Konstrukte des 18. Jh. entwickelte, auf die sie wohl erstmals bei ihrer Arbeit zu Moses Mendelsson stieß. Sie entdeckte und untersuchte die doppelte Funktion der Ideologie: ihre hemmende und fördernde Wirkung für die philosophische Erkenntnis. Was sich hier ankündigte, fand 20 Jahre später in Goldenbaums Darstellung der öffentlichen Debatte in der deutschen Aufklärung 1687–1796 seine Fortsetzung.[1] Auch in der Spinoza-Forschung blieb Dr. Goldenbaum keine Unbekannte[2], und mit der Entdeckung eines bis dato unbekannten Leibniz-Textes machte sie sich einen Namen.

Zu nennen wären von den jungen Leuten des Bereichs, von denen mir gesagt wurde, dass von ihnen künftig wissenschaftlich fundierte Arbeiten zu ihrem jeweiligen Themenbereich zu erwarten gewesen wären, z. B. Margit Lindner (Schillers Beitrag zum philosophischen Denken), und Edda Magdanz (Junghegelianismus).

V.8.2. Die Geschichte des sozialistischen Denkens vor Marx (in Deutschland, England und Frankreich)

Während die APT, in dem das ZIPh einst seinen Ursprung hatte, vor allem zu dem Zwecke gegründet worden war, um Texte aus der Geschichte des sozialistischen Denkens vor Marx und aus verwandten Themenkreisen zu edieren, trat dieses Ziel schon seit der Gründung der *Arbeitsgruppe Philosophie* (1959), die Ausgangspunkt für ein philosophisches Forschungsinstitut nach sowjetischem Vorbild wurde, in den Hintergrund. Dr. Joachim Höppner (Jg. 1921) – langjähriger Mitarbeiter am ZIPh und intimer Kenner der französischen, aber auch der deutschen Geschichte sozialistischer und kommunistischer Gesellschaftsvorstellungen und zeitweise einziger Vertreter dieses Forschungs-

1 U. Goldenbaum: Appell an das Publikum. Die öffentliche Debatte in der deutschen Aufklärung 1687–1796, T. 1 und T. 2, Akademie-Verlag, Berlin 2004

2 Dissertation zum Thema: Modus Societas: Spinozas Begründung einer Wissenschaft von der Gesellschaft als Naturwissenschaft, 1983

stranges am Institut – stand dafür, dass dieser nicht ganz abriss. Wenn man von Joachim Höppner spricht, muss man auch von seiner Ehefrau, Dr. Waltraud Seidel-Höppner (gleichfalls an der Akademie, am Institut für Geschichte tätig) reden. In engster Zusammenarbeit der beiden Höppners sind die hier zu nennenden Publikationen entstanden. Für die Vertreter dieser Forschungsrichtung war die Einteilung in vormarxistische und marxistische Philosophie besonders problematisch. Denn für erforschenswert galt im Grunde nur jenes Gedankengut, das von Marx und Engels als Vorgeschichte sozialistischer und kommunistischer Vorstellungen anerkannt worden war.

Während J. Höppner noch in der Wende in gewohnter Parteidisziplin seine Verbitterung über die permanente Geringschätzung des von ihm thematisierten Forschungszweiges nur zurückhaltend äußerte[1], tat sich seine Frau keinen Zwang mehr an, sondern gab auf einer Institutsveranstaltung zum 70. Geburtstag ihres Mannes u. a. Folgendes zu Protokoll:

Der „intolerante Umgang mit der geistigen Hinterlassenschaft“ dieser Sozialtheoretiker „in der marxistischen Sozialgeschichtsschreibung“ habe „eine teleologische Sichtweise begünstigt, die alles nichtmarxistische Denken und Streben vernachlässigte, unangemessen herablassend behandelte und den jahrhundertealten Faden der Geschichte des Sozialismus vor Marx allenfalls als Vorgeschichte akzeptierte. Jener doktrinäre Denkansatz aber, der im Marxismus alles als überholt und abgegolten wähnte, was die Geschichte an sozialen Alternativen hervorgebracht hat, führte nicht nur zur Vernachlässigung und vorurteilsgeladenen Disqualifikation ganzer Strömungen: etwa des Anarchismus, des Syndikalismus, des Feminismus, der Genossenschafts- und Kommunitarischen Bewegung und – mit wenigen Ausnahmen – zur Geringschätzung religiös-sozialistischer Strömungen; d. h. er erbrachte eine gravierende Einengung und geistige Verarmung des überaus reichen, breiten und vielfarbigen sozialgeschichtlichen Spektrums und verschuldete auf diese Weise jene … Grauzonen und weißen Flecken der Forschung und damit eine empfindliche Beschneidung des Geschichtsbildes.“[2]

Von den Publikationen der Höppners seien hier die folgenden genannt:

– J. Höppner/W. Seidel-Höppner: *Von Babeuf bis Blanqui, Bd. I, Einführung; und Bd. II, Texte,* Leipzig 1975;
– August Bebel: *Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien*, (Edition), Frankfurt a. M. 1978;
– W. Seidel-Höppner/J. Höppner: *Sozialismus vor Marx. Beiträge zur Theorie und Geschichte des vormarxistischen Sozialismus,* Berlin 1987;
– *Anthologie: Geschichte des Sozialismus in Deutschland.* Darstellung und Texte. T. 1: Von der frühbürgerlichen Revolution bis zur Epoche der Fran-

1 Vgl. J. Höppner: Zu Problemen historischer Sozialismusforschung, in: Alternativen denken. Kritisch emanzipatorische Gesellschaftstheorien als Reflex auf die soziale Frage in der bürgerlichen Gesellschaft, Berlin 1991, hg. v. Zentralinstitut für Philosophie, S. 11. Wissenschaftliche Veranstaltung zum 70. Geburtstag von J. Höppner.

2 Ebd., S. 59

zösischen Revolution, 2 Bände. – Die umfangreiche Arbeit lag 1989 im Manuskript vor. Zum Inhalt: Volksopposition in der frühbürgerlichen Revolutionsperiode (Bundschuh, Oberrheinischer Revolutionär, tradiertes mittelalterliches Ketzertum, Hans Böheim); Thomas Müntzer[1], Wiedertäufer mit Hans Hut, Hans Denck u. Ludwig Hätzer, Hans Hergot als programmatischer Vorläufer; die Hutterer; das Reich zu Münster; Bernhard Rothmanns Pantheismus; Paracelsus; das sozialistische Ideengut von J. V. Andreä, Joh. Jakob Becker, Konrad Dippel bis hin zu den Repräsentanten sozialistischen Denkens in Deutschland in der Periode der Französischen Revolution.

In den 80er Jahren konnte J. Höppner eine kleine Forschungsgruppe um sich versammeln, der Dr. Dietrich Lederer, Dr. Liane Jauch und Dr. Marie-Luise Römer angehörten. Sie befassten sich mit dem sozialistischen, bzw. kommunistischen utopischen Denken speziell in England.

D. Lederer (promoviert 1982 *zum Verhältnis von Ökonomie und Politik in der Utopie von Thomas Morus*) schloss sich den Forschungen J. Höppners an mit der Frage: „ob und inwiefern die soziale Frage sich … im Antlitz des humanistischen Menschenbildes der Epoche der Renaissance findet“.[2] L. Jauch und M.-L. Römer hatten sich für Forschungen auf dem Gebiet des sozialkritischen Denkens in England entschieden. Während L. Jauch vornehmlich *Richard Owens Sozialtheorie* zu ihrem Forschungsgegenstand gemacht hatte, finden wir M.-L. Römer auf den Spuren der linksricardianischen Sozialisten *Thomas Hodgkins und William Thompson*.[3] In der Ära der „Koalition der Vernunft“ war es möglich geworden, die Idee der europäischen Aufklärung – eine auf Vernunft gegründete Humanisierung der Gesellschaft –, die die untersuchten Konzepte trägt, ernst zu nehmen und ihren Einfluss auf die Kulturentwicklung Europas und Amerikas zu untersuchen, sie also nicht länger als „Humanitätsduselei“ abzutun.[4] Jauch und Römer haben gemeinsam R. Owen:

1 J. Höppner: „Wie Müntzers Religionsphilosophie an den Atheismus, so streifte sein politisches Programm an den Kommunismus“, in: DZfPh 37(1989)12. Das sich abzeichnende Ende der DDR fällt mit Müntzers 500. Geburtstag zusammen. Müntzer-Jubiläen haben in der DDR zwar mehrere stattgefunden, aber erst 1989 wird das gezeichnete Müntzer-Bild m. E. der historischen Person wirklich gerecht. Dazu hat auch Höppners Artikel beigetragen.

2 D. Lederer: Sozialphilosophie im westeuropäischem Humanismus und in der italienischen Spätrenaissance: Die soziale Frage als Stigma im Antlitz des neuen Menschenbildes, in: J. Höppner: Zu Problemen historischer Sozialismusforschung, a. a. O., S. 18; Thomas Morus, Verfechter einer menschenwürdigen Gesellschaft, in: DZfPh 33(1985)7; Thomas Morus: Epigramme, Berlin 1985

3 Vgl. L. Jauch: Owens neue Ansätze in der politischen Ökonomie, in: DZfPh 30(1982)9; M.-L. Römer: W. Thompson im Prokrustesbett, in: DZfPh 34(1986)2; Jauch/Römer: Vormarxistischer Sozialismus und proletarisches Erbe, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, 26/1989; Humanistisches Denken im vormarxistischen Sozialismus in Großbritannien, in: Studien zur Geschichte 15/1989

4 In den Institutsakten ist die Abschlussverteidigung (vom 26.4.1988) eines von L. Jauch/M.-L. Römer gestalteten Sammelbandes mit dem Titel: „Studien zum vormarxistischen Sozialismus“ unter Beteiligung sowjetischer und einheimischer Partner dokumentiert. (Vgl. ABBAW, Inst. f. Phil., Nr. A 565) W. Förster erwähnt in der Selbsteinschätzung des Bereichs diesen Sammelband

Das Soziale System. Ausgewählte, bisher unveröffentlichte Schriften, Leipzig 1988 ediert.

V.8.3. Die Geschichte der marxistischen Philosophie

Die Situation für diese Forschungsgruppe war auch in den 80er Jahren deprimierend. Nur wenige ihrer Produkte wurden publiziert, da ihre Resultate nach wie vor mit den von der Parteiführung vorgegebenen Urteilen differierten. Die Gruppe wurde in dieser Zeit von Dr. Erika Mieth (Jg. 1930) geleitet und hatte drei weitere Mitarbeiter: Peter Müller, der 1985 seine Dissertation zu Karl Kautsky verteidigte, Bernd Ulbrich, der 1986 zu dem Neukantianer Hermann Cohen promoviert wurde und Michael Nelken, der 1988 mit einer Arbeit zu August Bebel nachfolgte.,[1]

Forschungsschwerpunkte in den 80er Jahren waren die folgenden:

1.Probleme der Aneignung und Entwicklung der marxistischen Philosophie in der Periode der II. Internationale. – Das Manuskript dazu war 1985 fertiggestellt, konnte aber erst 1990, und dann nur noch als Institutsdruck erscheinen. E. Mieth berichtet in der Rückschau, dass sich die Autoren in ihrem Text u. a. gegen die verbreitete Auffassung gewendet hätten, diese Periode der Arbeiterbewegung sei die Periode des Zerfalls der marxistischen Theorie gewesen; sie müsse jedoch vielmehr als neuer Abschnitt in ihr verstanden werden. Schwerpunkt der Untersuchungen war der Vorgang der Aneignung von Marx' Gesellschaftstheorie durch die Vertreter der II. Internationale, wobei diesen immer bewusst war, „dass die Marxsche Geschichtsauffassung keineswegs als ein Dogma, an dem nicht zu rütteln sei (Luxemburg) verstanden werden dürfe, dass der Marxismus nicht als ein geschlossenes System, das endgültige Wahrheit besitzt (Mehring) gesehen wurde, dass „Materialismus nicht Determinismus, sondern Monismus ist (Plechanow, Mehring.)".[2]

2. *Geschichte der marxistischen Philosophie in Deutschland 1917–1933.* – 1985 erhielt die Forschungsgruppe vom Institutsdirektor den Auftrag, (und dieser erhielt den Auftrag vermutlich von der ZK-Abteilung Wissenschaften,) das Manuskript dieses Bandes, das zwischen 1965 und 1975 unter Leitung von H. Pepperle (von G. Irrlitz, R. Semmelmann, H. Ullrich, E. Mieth) erarbeitet worden war und seit zehn Jahren unpubliziert beim Dietz-Verlag schmorte, „publikationsreif" zu machen. Die Veröffentlichung dieses Bandes

mit dem Titel: „Rückblick in die Zukunft. Antizipation und Gesellschaftskritik in den Sozialtheorien des 19. Jahrhunderts" und bemerkt, dass es 1990 eine Vorauslieferung dieses Bandes gegeben habe. In den Buchhandel ist er meines Wissens aber nicht mehr gelangt.

1 P. Müller: Zu einigen Grundfragen der materialistischen Geschichtsauffassung Karl Kautskys; B. Ulbrich: Hermann Cohen (1842–1918). Studie zur Geschichte und Kritik des Neukantianismus; M. Nelken: Der Beitrag Bebels zur Entwicklung der materialistischen Geschichtsauffassung in der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus

2 E. Mieth: Geschichte der marxistischen Philosophie, Selbsteinschätzung, S. 3, in: Privatarchiv Ruben/Warnke

war in den 70er Jahren an der Differenz der Autoren zum offiziellen SED-Parteiurteil über die zur Debatte stehende Periode gescheitert.[1] Doch sie war auch jetzt nicht zu realisieren, weil eine wissenschaftlich korrekte Analyse dieser Periode die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, die realistische Aufarbeitung der Kominterngeschichte und der Geschichte der KPD vorausgesetzt hätte, was seitens der Institutsleitung erstmalig im Jahresforschungsbericht vom 1.12.1989 ausgesprochen wurde.

Den von ihr stammenden Text *Zur Faschismusanalyse der KPD und der Komintern 1922-1933* hatte E. Mieth 1980 wenigstens über eine Institutsveröffentlichung zugänglich machen können.

3. *Die philosophische Entwicklung in Russland von der Jahrhundertwende bis 1917* war das Spezialgebiet von E. Mieth. Insbesondere mit Georgi W. Plechanow (und Alexander A. Bogdanow) befasste sie sich in einer Reihe von Aufsätzen. Zum Wirken von Plechanow vermochte sie – nicht ohne Widerstände –, 1982 eine Auswahl aus seinen Schriften unter dem Titel: *Eine Kritik unserer Kritiker aus den Jahren 1898 bis 1911* zu edieren.

V.8.4. Der Bereich Kritik der bürgerlichen Philosophie (hier auch *Kritik-Bereich* genannt)

Unmittelbar vor dem VIII. SED-Parteitag hatte M. Buhr – seit 1971 auch *Vorsitzender des Rates für Grundfragen des ideologischen Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus („Kritik-Rat"* genannt*)* – die Schriftenreihe *Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie* (im Akademie-Verlag) ins Leben gerufen. Diese Reihe – kontinuierlich bis 1987 weitergeführt – war schließlich auf 110 Hefte angewachsen. Bereits 1973 hatte sich Buhr ein hochkarätiges internationales Herausgebergremium zur Seite gestellt (dem konstant Guy Besse, Paris; András Gedö, Budapest; Tadeusz M. Jaroszewski, Warschau; Todor Pawlow, Sofia; Vladimir Ruml, Prag; Robert Steigerwald, Frankfurt/M. angehörten), das einerseits die Bedeutung dieses Unternehmens unterstreichen sollte, ihm andererseits zu Texten aus diesen Ländern verhalf und damit dessen Internationalität garantierte.

Buhr hatte die Reihe unter das Leninsche Diktum gestellt:

> „… bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine ‚dritte' Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt … niemals eine außerhalb der Klassen und über den Klassen stehende Ideologie geben kann). Darum bedeutet die Herabminderung der sozialistischen Ideologie, *jedes Abschwenken* von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie."

Dieses martialische Motto brachte treffend zum Ausdruck, in welchem Geiste die sog. Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Philosophie und Ideologie

1 H. Pepperle habilitierte sich mit dem IV. Kapitel dieses Bandes.

zu betreiben war. Noch Anfang der 70er Jahre war das Verhältnis zu ihr als *ausschließende Alternative*, eindeutig als *Feind*verhältnis definiert. Das Urteil, die sog. „spätbürgerliche Philosophie" sei nur noch verkehrtes Bewusstsein, ideologisches Symptom der gesellschaftlichen Krise usw. hatte – mit beeindruckender Kenntnis der betreffenden Literatur – seinerzeit Georg Lukács in seiner *Zerstörung der Vernunft* gefällt. „Keine einzige philosophische Strömung nichtmarxistischer Abkunft" kam „für ein philosophisches Bündnis in Betracht"[1], und auch keine einzige marxistische, so sie sich nicht durch den Marxismus-Leninismus vereinnahmen ließ. Diese Feindbild-Produktion ist selbstverständlich dem überkommenen Stalinismus und den ideologischen Fronten des Kalten Krieges anzulasten. Der Antikommunismus der anderen Seite war nicht weniger resolut, war gleichfalls ein alle Erkenntnisleistung des Gegners ausschließendes Feindverhältnis – und ist es wohl bis heute geblieben!

Ab Heft 90 der Kritik-Reihe (András Gedö: *Philosophie der Krise,* 1978) war das martialische Lenin-Zitat plötzlich gestrichen. Es passte wohl nicht mehr in die politische Landschaft. Die sozial-liberale Koalition und ihre neue Ostpolitik, die Studentenbewegung mit ihrem Interesse an allerlei linker und marxistischer Ideologie und die Friedensbewegung hatten ein Klima geschaffen, in dem es in der Bundesrepublik bald zum guten Ton gehörte, wissenschaftliche Kontakte auch zu Kollegen im anderen Lager zu unterhalten. Diese Entwicklung, die in den 80er Jahren in der Losung vom „Streit der Ideologien und der gemeinsamen Sicherheit" gipfelte[2], veränderte die Situation für die professionelle Ideologiekritik. Hatte man die Ideologen der anderen Seite bisher als *Feinde* traktiert, als eine Spezies, die es vernichtend zu schlagen galt, so hatte man nun einen *Gegner* vor sich, mit dem man stritt und zum Zwecke der Selbsterhaltung auch streiten musste, dessen Existenz aber nolens volens anzuerkennen war.

In der Kritik-Reihe sind auch einige Hefte der Hallenser Philosophen publiziert. Diese hatten unter Dieter Bergner seit den 60er Jahren einen weniger martialischen Weg eingeschlagen – was vielleicht nur im Schatten der lautstarken Klassenkampfrhetorik aus dem Hause Buhr möglich war. In der Nachfolge von Wolfgang Heises *Aufbruch in die Illusion* (von 1964) habe man – so Hans-Martin Gerlach im Rückblick – die Produkte spätbürgerlicher Philosophie vorrangig unter dem Aspekt untersucht, inwieweit sie Ausdruck

1 N. Kapferer: Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988, Darmstadt 1988, S. 22

2 In den 80er Jahren hatte sich in den kommunistischen Parteien des sozialistischen Lagers die Auffassung durchgesetzt, dass angesichts ihres atomaren Patts die beiden Lager bei Strafe des gemeinsamen Unterganges auf lange Zeit miteinander werden auskommen müssen, was auf Seiten des sozialistischen Lagers mit dem Terminus „friedliche Koexistenz" ausgedrückt wurde. Es war also ungeachtet der fundamentalen Gegensätze der Partner hinsichtlich der ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnisse eine „Koalition der Vernunft" (Herbert Häber) einzugehen, weil Frieden eben „nur noch miteinander, nicht mehr gegeneinander möglich ist" – so das Fazit der Vertreter der SPD-Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED bei den Freudenstädter Gesprächen zwischen SPD und SED 1986.

der sie bedingenden realen Verhältnisse sind. Man war hier m. a. W. auf der Suche nach in den Ideologien verborgenen Erkenntnissen über die moderne Welt in der globalen Verflechtung ihrer Glieder, d. h. man reflektierte sie nicht länger allein aus der Sicht des *Sonderinteresses* des eigenen Lagers, sondern auch aus dem des *Gemeininteresses* der menschlichen Gattung. Und so waren die Hallenser seit den 70er Jahren mit den bürgerlichen Kontrahenten in einen kritischen Dialog eingetreten und vermochten in der Ägide der „Koalition der Vernunft" in den 80er Jahren sogar ideologische Kontrahenten wie Niklas Luhmann und Jürgen Habermas zum Gedankenaustausch nach Halle einzuladen.[1]

Das war neu, wenngleich von Wolfgang Harich bereits im Gefolge des XX. Parteitags der KPdSU im April 1956 verlangt. Er hatte von den Marxisten gefordert, ihr Verhältnis zur „bürgerlichen Philosophie und Wissenschaft" zu überdenken und bereit zu sein, auch „von ihrem Wissen und ihren Erfahrungen kritisch zu lernen"[2] – was damals nichts als ein weiterer Beweis für Harichs Revisionismus gewesen war.

Für Lukács und Heise war die Struktur spätbürgerlicher Philosophie durch den Gegensatz von Positivismus und Lebensphilosophie (resp. Irrationalismus) bestimmt. Dem schloss sich Buhr an, der diese Auffassung kraft seiner Funktion als Leiter des Kritik-Rates zu einer verbindlichen Konzeption für die Ideologie-Kritiker der DDR (ja über die DDR hinaus) zu machen vermochte. Der Ungar A. Gedö hat diese Konzeption ebenso geteilt wie die Kollegen aus dem Prager Akademie-Institut. Und Gedö hat sie, wie folgt, zusammengefasst: „Ein Grund für den Dauerzustand der Krise der spätbürgerlichen Philosophie liegt im Gegensatz und in der Komplementarität von Positivismus und Lebensphilosophie – dieser Hauptrichtungen und Aspekte des spätbürgerlichen Denkens –, wobei sich ihr Gegensatz und ihre Komplementarität in den Formveränderungen, vorübergehenden Synthesen und Überwindungen der Hauptrichtungen reproduzieren."[3]

Und als das ZIPh 1974 mit dem *Prager Institut für Philosophie und Soziologie (ČSAV)* eine gemeinsame Forschungsgruppe zur Kritik der bürgerlichen Ideologie etablierte, wurde ihr selbstverständlich dieses Strukturkonzept zugrunde gelegt.[4]

---

1 Vgl. H.-M. Gerlach: „Zerstörung der Vernunft" oder „Koalition der Vernunft? In: H.-C- Rauh/H. M. Gerlach: Ausgänge, a. a. O., S. 312 ff.

2 Vgl. W. Harich: Hemmnisse des schöpferischen Marxismus, in: *Sonntag,* 11(1956)16, 15. 4., S. 4

3 A. Gedö: Philosophie der Krise, Berlin 1978, Reihe Kritik der bürgerlichen Ideologie, Bd. 90, S. 16

4 Vgl. ABBAW, Inst. f. Phil. A 1045: Dies geschah in Realisierung einer Bitte G. Husáks an E. Honecker um „brüderliche Hilfe" zur ideologischen Konsolidierung nach der Niederschlagung des Prager Frühlings. In einem Brief von M. Buhr und Radovan Richta (Leiter der Prager Partnergruppe) an E. Honecker wird u. a. darauf hingewiesen, dass die gemeinsame Forschungsgruppe *Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie* vor fünf Jahren aus eben diesem Grunde gebildet worden sei. Vgl. auch den Bericht von P. B. Löwe/R. Steindl: 10 Jahre Forschungsgruppe DDR–CSSR „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie", in: DZfPh 32(1984)10, S. 924 ff.

Die Analyse der Kritik-Reihe steht noch aus und kann hier nicht erfolgen.[1] Der flüchtige Überblick lehrt, dass sie im Kollegenjargon zu Recht „Buhrs bunte Reihe“ hieß. Neben Philosophen sind Ökonomen, Historiker, Rechtswissenschaftler, Soziologen und Literaturwissenschaftler als Autoren vertreten. Ein beachtlicher Teil der Hefte stammt von Kollegen aus dem sozialistischen und dem nichtsozialistischen Ausland. Kaum eine der Erscheinungen der zeitgenössischen bürgerlichen Ideologie dürfte in dieser Reihe unbeachtet geblieben sein.

Die DDR-Leserschaft wusste die Kritik-Reihe durchaus zu schätzen. Sie war eine der Möglichkeiten, mit der Gedankenwelt zeitgenössischer Philosophie und Ideologie jenseits des Eisernen Vorhangs bekannt zu werden. Und für einen Teil der DDR-Autoren dieser Reihe war das der Weg, sich ungestraft dieser Gedankenwelt zuwenden zu dürfen.

Dem Kritik-Bereich gehörten jedoch Kritiker unterschiedlichen Typs an: Da gab es einerseits den Typ des Apologeten, des ideologischen Eiferers, der gar nicht erst versuchte, die Gedankenwelt des Klassengegners zu verstehen und wahrheitsgemäß darzustellen, der sie – wenn's sein musste – zurechtbog, um die Überlegenheit der marxistisch-leninistischen über die bürgerliche Ideologie zu sichern. Aber es gab unter den Ideologiekritikern auch den Gegentyp, Personen, die dieses Metier ergriffen, um ungestraft Wissen über andere Arten von Philosophie als die hierzulande zugelassene, erwerben und den DDR-Lesern vorstellen zu dürfen. Auch diese Kollegen verstanden sich in der Regel als Marxisten, aber sie traktierten die marxistisch-leninistische DDR-Variante des Marxismus nicht als der Weisheit letzten Schluss, d. h. sie beurteilten Aussagen, die auf anderen philosophischen Positionen erworben wurden, nicht von vorneherein als verfehlt. Und in solchen Heften der Kritik-Reihe fanden die Leser, was sie sich von ihr versprachen: eine sachliche Darstellung der untersuchten Gegenstände und eine Erweiterung ihres ideologischen Horizontes.

Buhr hat beide Typen von Mitarbeitern goutiert und für verschiedene Beziehungen gebraucht. Diente ihm der erste Typ des Ideologiekritikers als Ausweis für die Parteitreue seines Unternehmens, so der zweite – v. a. im internationalen Geschäft – als Garant wissenschaftlicher Honorigkeit.

Das Kritik-Unternehmen kann als ein treffliches Beispiel für die „List der Vernunft“ gelten. Es sollte eigentlich beweisen, dass der Marxismus-Leninismus im *alleinigen Besitz* der Wahrheit der Philosophie ist, also als philosophische *Art* eigentlich die *Gattung* der Philosophie repräsentiert. Und dieser Anspruch sollte durch *Negation* alles dessen realisiert werden, was nicht dem Geiste des Marxismus-Leninismus entspricht, also aller anderen *Arten von Philosophie.* Aber indem diese Arten in den 110 Heften der Kritik-Reihe dadurch negiert

1 Die Bibliografie der Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“ findet man in: H.-C. Rauh/M. Gerlach: Ausgänge, a. a. O., S. 676 ff.

werden, dass ihre Autoren sie *vorstellen,* werden sie nolens volens als *Arten der philosophischen Gattung anerkannt.*

Diese Anerkennung wurde unübersehbar nochmals in Buhrs Edition einer 600-seitigen *Enzyklopädie zur bürgerlichen Philosophie im 19. und 20. Jahrhundert* 1988 realisiert[1], die gewissermaßen das Resümee und die Krönung der Kritik-Reihe war, die jedoch mit der bald danach eintretenden Wende ungewollt auch zum letzten Wort des gesamten Unternehmens geworden ist. Ihre Intention hat Herausgeber Buhr so beschrieben:

Sie wolle „das Ganze, die Totalität des spätbürgerlichen Denkens befragen, um … seine grundlegenden Tendenzen, Strukturen, Denkweisen, Knotenpunkte und Einschnitte" vorzustellen. Deshalb habe man „eine in sich geschlossene Darstellung der spätbürgerlichen Philosophie unter systematischen und historischen Gesichtspunkten" und nicht „eine lexikalische Sammlung mehr oder weniger zusammenhängender Stichwörter" gewählt. Sie untersuche ihren Gegenstand, „indem sie fragt: Wie denkt die spätbürgerliche Philosophie Natur, Geschichte und Gesellschaft, den Menschen und die Menschen? Wie denkt sie Erkenntnis, Wahrheit, Wissenschaft, Technik und Fortschritt?"[2]

Diese Enzyklopädie war ein Projekt deutsch-deutscher Zusammenarbeit (plus internationaler Teilnahme) und von fachlich kenntnisreichen Autoren verfasst, somit ein ernst zu nehmendes Produkt der Philosophiehistorie der DDR. Doch zur Debatte seiner Thesen und Urteile ist es durch die Abwicklung ihrer Philosophie nicht mehr gekommen. Von den Mitarbeitern des ZIPh sind als Autoren M. Buhr, E. Dölling, J. Erpenbeck/U. Röseberg, H. Klenner, J. Schreiter und F. Tomberg vertreten.

Ob dem ehemaligen Bloch-Schüler Buhr der historische Witz bewusst geworden ist, durch die Negation der Arten der Philosophie ihre Anerkennung zu betreiben, vermag ich nicht zu sagen. Dass er seine Leipziger Herkunft nie ganz losgeworden ist, vermutet jedenfalls Prof. Fritz Tomberg – Mitarbeiter im Kritik-Bereich seit 1988. Buhr habe diesen „Leipziger Bazillus" in Gestalt einiger jüngerer Philosophen, die in der durch Bloch und Seidel „durchtränkten Atmosphäre philosophisch atmen gelernt hatten", an sein Institut geholt, „mit der Maßgabe von oben, wie kolportiert wurde, die denklustigen Seidel-Adepten gehörig zu disziplinieren". Das habe er auch gelegentlich getan. „Er bildete aus ihnen aber auch den Stamm seiner engsten Mitarbeiter." Sehr anschaulich und zutreffend charakterisiert Tomberg diese Adepten.[3]

„Für das, was die Politik dem Institut abforderte, waren sie … nicht besonders geschaffen. So war Wilfried Lehrke als der an philosophischer Bildung weit Überragende im Innern des Instituts sehr angesehen, tat sich aber schwer,

1 Enzyklopädie der bürgerlichen Philosophie im 19. und 20. Jahrhundert, Leipzig 1988. Sie war nur der erste Teil, dem ein zweiter folgen sollte, in dem einzelne Strömungen, Richtungen und Schulen untersucht werden sollten. Dazu ist es nicht mehr gekommen.

2 Ebd., S. 6

3 Vgl. F. Tomberg: Wie in der DDR mit der Geschichte der Philosophie die Staatsideologie unterhöhlt wurde. In: H.-C. Rauh/H.-M. Gerlach: Ausgänge, a. a. O., S. 255 f.

seine Arbeiten dem offiziellen Maß genügend anzupassen, und beschränkte sich im Wesentlichen darauf, als Textlieferant persönlich möglichst im Verborgenen zu bleiben.[1] Jörg Schreiter versuchte sich umgekehrt im Spagat von Macht und Geist.[2] Andere entfalteten sich erst nach der Wende. Udo Tietz, der jüngste und undisziplinierteste von allen Leipzigern, der mit Buhr darob in offenen Konflikt geriet, stieg nach der Wende „in die Diskussion der Sprachanalytiker ein, als habe er sein Leben lang nichts anderes betrieben".[3]

Zu dieser Gruppe von Mitarbeitern zählt Tomberg auch Vincent v. Wroblewsky (Romanist und Philosoph), der Buhr bei seinen „durchaus freundschaftlichen Kontakten mit ansonsten angefeindeten spätbürgerlichen Philosophen als Dolmetscher unentbehrlich war". V. v. Wroblewsky aber erlebte Buhr – wie wohl kein Zweiter – in seiner irritierenden Doppelgestalt als Dr. Jekyll und Mr. Hyde: als eine umgängliche, freundliche Person in der westlichen Welt, die sich in den unzugänglichen Funktionär und Hierarchen verwandelte, sobald er das Flugzeug zur Heimreise bestieg.

Wroblewskys Art, auf parteipolitische Zwänge und Absurditäten zu reagieren, war „Unlust, wenn nicht gerade passive Resistenz" – so Tomberg – und drückte sich darin aus, „dass er zwar manches veröffentlichte, nur nicht das, was ihm aufgegeben war. Das trug ihm den Ruf einer unheilbaren Faulheit ein". Solches Verhalten nimmt nicht wunder bei einer Person, deren erklärter Favorit der Freiheitsphilosoph par excellence, Jean-Paul Sartre ist, den er in der Kritik-Reihe dem DDR-Publikum vorstellte, zu dessen Herausgeber, Interpreten und Experten er schon in der DDR avancierte, der als Sartre-Editor nach der Wende viele Jahre bei Rowohlt gewirkt hat.[4] Von „Faulheit" kann da wohl schwerlich die Rede sein.

---

1 Als Exempel für die profunde Qualität von Lehrkes Texten mag der Aufsatz: Austrorevisionismus alias Austromarxismus – am Beispiel Max Adlers, gelten, in: DZfPh 29(1981)6.

2 J. Schreiter profilierte sich v. a. als Spezialist für Hermeneutik. Vgl. Stichwort Hermeneutik, in: Enzyklopädie, a. a. O., S. 411 ff.

3 Udo Tietz (Jg. 1953) war durch Vermittlung von St. Dietzsch 1983 ans ZIPh gelangt und hatte 1985 eine Dissertation Zur Entwicklung der geschichtsphilosophischen Auffassung von Georg Lukács vorgelegt. Aber die Obrigkeit ließ ihn zur Promotion erst 1989 zu, da er sich wegen eigenständiger, nicht genehmigter Aktivitäten mit ihr in Dauerfehde befand. So wollte er partout nicht akzeptieren, dass ihm ein Vortrag zum jungen romantischen Brecht, den er zu den Brecht-Tagen 1985 halten wollte, verboten wurde. Und als Juraj Balac (Jg. 1956 und gleichfalls Mitarbeiter des ZIPh) in einem tschechischen Archiv Briefe Edmund Husserls an T. G. Masaryk entdeckte, sorgte Tietz hinter dem Rücken der Institutsleitung für ihre Publikation im *Spektrum* (10/1988). Doch die Aktion flog vor der Auslieferung der Hefte auf, und die Institutsleitung nötigte die Redaktion, etwa die Hälfte der bereits gedruckten Briefe aus dem Heft zu entfernen. Husserl hatte in ihnen nämlich u. a. seinen Schüler Jan Patočka als einen Denker gerühmt, der seiner Nation einmal Ehre machen würde. Diese Prophezeiung aber musste angesichts des Faktums, dass Patočka nach 1970 einer der Führer der tschechischen Bürgerrechtsbewegung gewesen war, als politische Provokation verstanden werden. Und das angesichts des Versprechens, das Institut werde „brüderliche Hilfe" zur Konsolidierung der ideologischen Verhältnisse nach der Niederschlagung des Prager Frühlings leisten!

4 Jean-Paul Sarte: Theorie und Praxis eines Engagements (Kritik-Reihe, H. 77) 1977; in der Kiepenheuer-Bücherei Leipzig/Weimar hat er 1982 *Sartre, Situationen, Reden, Aufsätze, Interviews zur Literatur* herausgegeben und dazu ein Nachwort geschrieben. Zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Textes war er Vorsitzender der Sartre-Gesellschaft.

Dem Kritik-Bereich gehörte organisatorisch auch *Prof. Hermann Klenner* an, da die historischen und zeitgenössischen Varianten bürgerlicher Rechtstheorie Gegenstand seiner zahlreichen kritischen Analysen waren, aber ebenso hätte er angesichts der Edition rechtsphilosophischer Texte auch in den Editionsbereich gepasst. Seine Produktivität auf beiden Gebieten ist beeindruckend.[1] Klenner hatte von 1946–1949 Jura studiert und war bereits 1951 mit einer Wahrnehmungsdozentur für Staats- und Rechtstheorie an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Uni betraut und 1952 zum Thema *Formen und Bedeutung der Gesetzlichkeit als einer Methode in der Führung des Klassenkampfes"* promoviert worden. Er gehörte somit zu jener Gruppe junger Leute, die früh Karriere machten, da sie gebraucht wurden, um nach Entlassung des nazistisch belasteten Universitätspersonals den Universitätsbetrieb im Geiste der marxistisch-leninistischen Ideologie weiter zu führen. Nach dem XX. Parteitag hatte er in einem (unterdrückten) Aufsatz der stalinistischen Doktrin: die Theorie habe „Systematisierung" der gesellschaftlichen „Praxis", also ihr Instrument zu sein, entgegengestellt: Sie müsse im Gegenteil eine Praxis systematisieren, *wie sie sein soll.* Ins Schussfeld der Parteikritik geriet er nicht durch diesen ideologischen Fauxpas, sondern durch den Aufsatz *Zur ideologischen Natur des Rechts*, der den selbstbewussten jungen Genossen zum Präzedenzfall machte[2], um am Exempel den Juristen den nach dem XX. Parteitag in ihrer Zunft verbreiteten *Revisionismus* auszutreiben. Aus Ulbrichts Sicht musste die Rechtswissenschaft, wenn sie dem Aufbau des Sozialismus dienen sollte, nicht mit abstrakten Normen operieren (das nannte er *bürgerlichen Formalismus*), sondern man musste das *Wissen der Parteiführung* in Rechtsnormen transformieren, und zwar so, dass dieses … direkt und unmittelbar das Recht unter sozialistischen Bedingungen wird.[3]

Die öffentliche Verurteilung Klenners fand in Vorbereitung der Babelsberger Konferenz (April 1958) mit dem Artikel: *Professor Klenner und der Revisionismus* im ND vom 28.2.1958 statt, und aus der ZK-Abteilung Wissenschaften erfolgte Zuarbeit.

„Klenner bekam keine Chance zu einer Rechtfertigung", schreibt Herzberg, „stattdessen wurde sofort gegen ihn an der Humboldt-Universität ein Verfahren eingeleitet. Damit war klar, dass für die Konferenz ein Sündenbock präpariert (!) wurde. Im März wurden die durch das *ND* bekanntgemachten Vorwürfe noch einmal – und noch etwas schärfer – ausführlich von der Abteilung Wissenschaften zusammengestellt als Vorarbeit für das Referat von Ulbricht. Und noch vor dessen Auftritt in Babelsberg heißt es in dem *Ab-*

1 Neben zahlreichen Artikeln sind die folgenden Monografien zu erwähnen: Rechtsphilosophie in der Krise (1976); Marxismus und Menschenrechte (1982); Vom Recht der Natur zur Natur des Rechts (Moskau 1988); Deutsche Rechtsphilosophie im 19. Jh. (1990); von den Editionen neben weiteren: G. Winstanley: Gleichheit im Reiche der Freiheit. Sozialphilosophische Pamphlete und Traktate, Leipzig 1986 (RUB, Bd. 997)

2 H. Klenner: Zur ideologischen Natur des Rechts, in: Staat und Recht im Lichte des Großen Oktober, Berlin 1957

3 In: G. Herzberg: Anpassung und Aufbegehren, Berlin 2006, S. 599

schlussbericht über Vorgänge an der Juristischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität: Klenner dünke sich klüger als die Partei, veröffentliche parteischädliche Auffassungen, hetze gegen den Genossen Ulbricht und vertrete eine bürgerlich-imperialistische Ideologie".[1]

Auch *Dr. Werner Röhr* ließ sich nur bedingt ins Bereichsprofil einordnen, da er es mit einem breit gefächerten Spektrum eigener Projekte, die er hartnäckig verfolgte, oft überschritt. So gelang ihm, ohne Genehmigung des Institutsdirektors, bei Reclam 1978 eine Edition zum Atheismus-Streit um Fichte mit einer vorzüglichen Einleitung zu realisieren.[2] 1981 publizierte er gegen Widerstände Texte des im GULag 1938 verstorbenen Kommunisten Hans Günther zur Ideologie des Nationalsozialismus.[3] 1979 erschien seine Studie zum Thema *Aneignung und Persönlichkeit*.[4] Ungedruckt geblieben ist hingegen ein (ebenfalls außerhalb des Planes entstandenes) 500seitiges Manuskript zur *Geschichte der Anthropologie in Deutschland.* Ein weiteres Interesse Röhrs galt der von Klaus Holzkamp und seinem Kreis inaugurierten *Kritischen Psychologie*, die er jedoch eher als Bündnispartner marxistischen Philosophierens gegen eine einseitig biologistische Sicht psychischer Phänomene, denn als dessen Gegner verstand.

Als Röhr in den im Zusammenhang mit der Ruben-Affäre durchgeführten Parteiverfahren Buhr erpresserischen Verhaltens, der Verletzung des Parteistatuts beschuldigte (O-Ton Buhr: „Wer nicht für Rubens Ausschluss aus der Partei stimmt, für den gilt in diesem Institut das Arbeitgesetzbuch nicht mehr!"), wurde er umgehend selbst aus der Partei ausgeschlossen und musste das Institut verlassen. Er wurde von Prof. F. Klein in den Bereich *Allgemeine Geschichte* am Zentralinstitut für Geschichte (ZIG) der AdW aufgenommen und hat sich hier sofort und nach der Wende der Faschismus-Forschung zugewandt.[5]

Nachdem Buhr 1971/72 die Krise seiner Leitungstätigkeit überstanden hatte und wieder fest im Sessel saß, hatte er alles dafür getan, dass ihm so etwas nicht wieder zustößt. Er hatte sich eine führende Stellung innerhalb der DDR-Philosophie sowohl auf dem Gebiet der *Geschichte der vormarxistischen Phi-*

1 Ebd., S. 597

2 Appellation an das Publikum. Dokumente zum Atheismus-Streit um Fichte, Forberg, Niethammer Jena 1798/99, Leipzig 1978

3 H. Günther: Der Herren eigener Geist. Die Ideologie des Nationalsozialismus, hg. v. W. Röhr, Berlin u. Weimar 1981

4 W. Röhr: Aneignung und Persönlichkeit. Studie über die theoretisch-methodologische Bedeutung der marxistisch-leninistischen Aneignungsauffassung für die philosophische Persönlichkeitstheorie, Berlin 1979. Reihe: Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte, Nr. 23

5 Damit hat Röhr noch zu DDR-Zeiten begonnen, u. a.: Europa unterm Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939–1945), Berlin 1989; nach der Abwicklung: Geschäftsführender Vorstand der Berliner Gesellschaft f. Faschismus u. Weltkriegsforschung; seit 1993: Hg. d. Bulletins f. Faschismus und Weltkriegsforschung. Wissenschaftl. Halbjahresschrift.

losophie als auch auf dem der *Kritik der bürgerlichen Philosophie* geschaffen und verstanden, sich international nach Ost und nach West bestens zu vernetzen. In gewissem Sinne hatte er sich also unentbehrlich gemacht.

Und wenngleich nach den blamablen öffentlichen Begleiterscheinungen der Ruben-Affäre in der Akademie-Parteileitung und der Leitung des Forschungsbereiches Stimmen laut wurden, Buhr von seiner Funktion als Direktor abzulösen und Hörz an seine Stelle zu setzen – was insbesondere der Leiter des Forschungsbereiches, Prof. Kalweit erwog – , ließ man doch lieber alles beim Alten. Möglicherweise wäre der Schaden, statt dass man ihn behoben hätte, nur noch größer geworden! In den vielen internationalen Beziehungen, die er sich aufgebaut und sorgsam gepflegt hatte, konnte ihn Hörz nicht ersetzen. Und so vermochte er sich an der Spitze des Instituts zu behaupten. Herbert Hörz aber wurde ihm als Stellvertreter beigegeben.

Im politischen Vorzeichen der „Koalition der Vernunft" war es 1985 möglich geworden, *Ernst Blochs 100. Geburtstag* zu feiern. Die Leipziger Philosophen begingen ihn mit einem Symposium. Als Vorsitzender des *Rates zur Kritik der bürgerlichen Philosophie* und ehemaliger Bloch-Schüler hielt Buhr das Schlusswort des Symposiums, in dem er die Ausbürgerung Blochs aus dem Marxismus erneut bekräftigte: Ungeachtet seines Humanismus und Antifaschismus sei Bloch ein „Denker zwischen den Fronten" geblieben, und letztlich ein spätbürgerlicher Philosoph.[1]

In das Jahr 1985 fiel auch *der 100. Geburtstag* des bekennenden Kommunisten *Georg Lukács*, der 1956 – seit der Parteinahme für I. Nagy und seinen Aktivitäten im sog. „Petöfi-Klub" während des ungarischen Volksaufstandes – zum Revisionisten gestempelt worden war. Noch 1979 galt in der DDR unverändert dieses Urteil.[2] Im März 1985 veranstaltete das ZIPh gemeinsam mit den ungarischen und sowjetischen Partnerinstituten ein Kolloquium, das vor der schwierigen Aufgabe stand, dieses Urteil ohne Gesichtsverlust zu korrigieren. Buhr wusste Rat:

„Nachgeborene haben die Pflicht" – ließ er die Versammelten wissen –, „die gesellschaftlich-historischen Bedingungen zu beachten, unter denen ein kämpfender Ideologe seine Ergebnisse vorgetragen hat und dann, gegebenenfalls, ihre Korrekturen einzubringen. Das Maß der Beurteilung der Ideologiegeschichte kann nicht aus einem Später, sondern nur aus einem Zugleich, das die historische Perspektive im Blick hat, hergeholt werden."[3]

1 Vgl. Bloch und die spätbürgerliche Philosophie, Wissenschaftliche Beiträge der Karl-Marx-Universität, Leipzig 1985, S. 314 f.

2 Vgl. Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre, Berlin 1979. U. a. wird Lukács hier vorgeworfen, „die marxistische Philosophie im Sinne des Hegelianismus zu revidieren, den Marxismus auf den Hegelianismus zu reduzieren" … „den Gegensatz von Materialismus und Idealismus in einen Gegensatz von Rationalismus und Irrationalismus, von Dialektik und Metaphysik" aufgelöst zu haben. S. 339 f..

3 M. Buhr: Anmerkungen zu Georg Lukács. In: Geschichtlichkeit und Aktualität. Beiträge zum Werk und Wirken von Georg Lukács, Berlin 1987, S. 23

Man hatte sich also – wenn ich die kryptischen Worte richtig deute – Lukács' Verurteilung als „Revisionist" im Nachhinein nicht vorzuwerfen, denn sie war durch die zu dieser Zeit gegebenen historischen Umstände ebenso gerechtfertigt, wie seine jetzige Rehabilitierung durch die heutigen. Marxistisch ist diese fatalistische Pointe freilich nicht. Sie unterschlägt, dass ungeachtet der Bedingtheit der Urteile durch die vorgefundenen Verhältnisse, die Menschen die Akteure ihrer Geschichte sind und diese folglich auch zu verantworten haben. Buhrs Argumentation, die sich als historische Weisheit geriert, eignet sich vorzüglich dazu, Verwerfungen wie die stalinistischer Politik und Ideologie nachträglich zu rechtfertigen.

An der spektakulären *Nietzsche-Debatte* der 80er Jahre war das ZIPh nur am Rande beteiligt. Als sein Repräsentant nahm Dr. Heinz Malorny mit zahlreichen Publikationen an ihr teil und blieb nicht unbeeindruckt von der Verve, mit der v. a. die Literaturwissenschaftler um die Relativierung von Lukács' Nietzsche-Urteil kämpften, das Nietzsche in die unmittelbare Nähe zum Faschismus gerückt hatte. Aber getreu dem Geist des Hauses verwahrte er sich gegen eine Nietzsche-Renaissance in der DDR:

„Die marxistisch-leninistische Philosophiegeschichtsschreibung wird sich auch in Zukunft allen derartigen Versuchen einer Wiedererweckung der Ideen Nietzsches gegenüber unversöhnlich verhalten, wie sie bisher Nietzsche immer als philosophischen Gegner behandelt hat."[1]

Und dabei blieb Malorny auch in der sich zuspitzenden Debatte. Mitte der 80er Jahre hatte W. Harich in *Sinn und Form* kategorisch verlangt, an Lukács' Nietzscheurteil ohne Wenn und Aber festzuhalten und Nietzsche ins „Nichts" zu verbannen.[2] Diese schroffe, absolute Verurteilung Nietzsches verspottete der Präsident des Schriftstellerverbandes, Hermann Kant, als „Polpoterie" und sprach damit die Meinung eines Großteiles seiner Kollegen aus.

Um eine weitere Zuspitzung dieses Streites zu verhindern, rief Ideologiechef Hager den Kritik-Spezialisten Buhr an die philosophische Front. Buhr distanzierte sich zwar von Harichs

> „ […] inquisitorisch-katholischer" Attitüde, aber bestätigte Harichs und Lukács' Position. Es gebe keinen Grund zu einer „Neubewertung" Nietzsches und seiner Wirkung, aber es sei auch falsch, Harich zu folgen und Nietzsche totzuschweigen. „Gegnerische Ideologien können nur überwunden […] werden […] mit den Waffen der Kritik, […] nicht per Dekret, nicht durch Verbote […] oder Nicht-Existenz-Erklärungen." Aber eines habe klar zu sein: Nietzsche gehöre nicht zum „Erbe des antifaschistischen Staates DDR".[3]

1 H. Malorny: Nietzsche und der deutsche Faschismus. In: Faschismusforschung, hg. v. D. Eichholz u. K. Gossweiler, Berlin 1980, S. 282; Ders.: Zur Philosophie Friedrich Nietzsches, Berlin 1989. Das Buch lag als Manuskript seit 1986 im Akademie-Verlag. Nach Auskunft seines Verfassers vermochte Harich dessen Druck bis 1989, bis zum Einschreiten Hagers, zu verhindern.

2 Vgl. W. Harich: Revision des marxistischen Nietzschebildes? In: Sinn und Form 5/1987

3 M. Buhr: Es geht um das Phänomen Nietzsche. In: Sinn und Form 2/1988, S. 202

Um Harichs Furor zu zähmen, war das ZIPh – offensichtlich von Hager – beauftragt worden, Harich im intimen Philosophenkreise zur Mäßigung zwar nicht in der Sache, aber in seinem Ton zu bewegen. Dieser Versuch blieb – wie Augenzeugen berichten – jedoch völlig erfolglos.[1]

Wie aus dieser Entwicklung ersichtlich, trat mit der Politik der friedlichen Koexistenz, der „Koalition der Vernunft", für das Kritik-Unternehmen eine schwierige Situation ein, die F. Tomberg zutreffend charakterisiert hat:

„Zum einen wurde der Zwang zur Konformität mit der herrschenden Politik jetzt noch größer, da den Auswirkungen der Annäherung in der Praxis mit einer umso eindeutigeren Abgrenzung in der Ideologie begegnet werden sollte", was an der Argumentationsweise in den skizzierten Debatten ablesbar ist. „Zum anderen aber ließ sich der Duktus der Feindschaft bei gleichzeitiger angestrebter Sicherheitspartnerschaft nicht mehr generell durchhalten. Es durfte deutlicher zwischen fortschrittlichen und konservativen Tendenzen in der Ideologie und Philosophie unterschieden werden."[2]

Und ohne diese Unterscheidung wären die genannten Debatten, bzw. teilweisen Korrekturen geltender Urteile, gar nicht möglich geworden.

Aus dieser veränderten Lage erwuchs der Plan, sich mit den Mitarbeitern des Kritik-Bereichs an eine *Gesamtdarstellung der bürgerlichen Gegenwartsphilosophie* zu wagen, zu der 1988 unter Leitung von F. Tomberg am Institut ein Forschungsseminar eingerichtet wurde.[3] In den Papieren des FoB Gewi findet sich – wohl als vorläufiges Fazit dieses Seminars – eine kurz gefasste, m. E. realistische Skizze der westdeutschen Ideologie der 1980er Jahre, die frei von den üblichen Denunziationen ist.[4] Das Papier trägt das Datum Juni 1989 und ist vom Leiter des Forschungsbereichs Gesellschaftswissenschaften, W. Kalweit, anstandslos akzeptiert worden!

Ich komme nicht umhin, zu diesem ganzen Kritik-Unternehmen abschließend Folgendes zu bemerken: Kritik ist seit Sokrates unbestritten ein notwendiges Anliegen der Philosophie. Sie hat es zu realisieren, um das Denken von ideologischen Verkehrungen, vom ideellen Selbstbetrug zu befreien, oder – um mit Bacon zu sprechen – vor den zahlreichen, es bedrängenden „idola" zu schützen. Damit ist sie originäres Werkzeug zur *Selbstreflexion*, d. h. zur *Kritik der Vernunft* – und zwar vor allem der *eigenen*. Jedoch genau dieser Selbstbezug des Kritik-Unternehmens, öffentlich Kritik an den Produkten der Ideologie des *eigenen* Gemeinwesens zu üben, war in der DDR-Philosophie bis an ihr Ende verboten. Angesichts dessen haftet dem Kritik-Unternehmen – wie klug, kenntnisreich und mit wie zutreffendem Urteil im Einzelfall auch immer – die

1 Von diesen erfolglosen Debatten im Herbst 1988 berichtete Buhr ratlos an den stellvertretenden Vorsitzenden der ZK-Wissenschaftsabteilung Dr. Gregor Schirmer. Vgl. ABBAW, Inst. f. Phil., Nr. A 1045

2 F. Tomberg: Bereich Gegenwartsphilosophie. Selbstbeurteilung, Juli/August 1990. In: Privatarchiv Ruben/Warnke, S. 2

3 Ebd.

4 Vgl. ABBAW, FoB Gewi, Nr. 139

Peinlichkeit der Besserwisserei an, die nolens volens aus der Verabsolutierung der eigenen Denkungs*art* zur menschlichen *Gattung*svernunft resultiert.

V.8.5. Der Bereich Edition

Einem eigenständigen Editionsbereich begegnen wir am ZIPh seit 1980. Er verdankt seine Existenz der Edition der Werke Ludwig Feuerbachs, die Dr. Werner Schuffenhauer (Jg. 1930) seit 1967 in Zusammenarbeit mit dem Akademieverlag in Angriff genommen hatte. Bis 1980 waren (unter Mitwirkung von Dr. W. Harich) *12 Bände der Schriften Feuerbachs* erschienen. Das internationale Renommee, das diese Ausgabe erlangt hatte, bewog die Akademieleitung, die Pläne zur Fortführung dieser Edition zu fördern. Sie erschien nunmehr im Auftrag des ZIPh und war Planaufgabe des neu eingerichteten Editionsbereiches, zu dessen Leiter Dr. Schuffenhauer berufen wurde. Im Vordergrund der Feuerbach-Edition stand jetzt der Briefwechsel, bei dessen Erschließung vor allem Edith Voigt dem Herausgeber zur Seite stand.[1]

Der 1980 gegründete Editionsbereich ist mit 13 wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Mitarbeitern angetreten, die zuvor größtenteils anderen Bereichen, vor allem dem der Geschichte der vormarxistischen Philosophie angehört und in ihm an Editionen gearbeitet hatten. So finden wir für 1980 unter anderem folgende Planpositionen:

– *Kantstudien-Ausgabe, Bände 2 u. 3* (Dietzsch/Teske)
– *Hegel: Enzyklopädie* (Dietzsch/Zwerschke)
– *Zur Stirner-Debatte: Textsammlung m. Vorwort* (Sandig, Mingram, Neumann)
– *Zur Spinoza-Debatte: Textsammlung m. Vorwort, 2 Bände* (Wolle, Carlin)
– Als weiterführende Arbeiten werden genannt:
– *Leibniz-Akademie-Ausgabe, Bd. 3, Reihe IV: Politische Schriften* (T.: 1982)

Als Publikationen sind in Vorbereitung:

– *Beiträge zur Leibniz-Forschung* (Internationaler Sammelband, Gloger)
– *Feuerbach-Lesebuch* (Schuffenhauer)
– *Bolzano-Memorialband.* (In Zusammenarbeit mit Prof. E Winter – Internationaler Sammelband, Hartmann/Zwerschke).[2]

1984 wurde Schuffenhauer krankheitshalber berentet, ohne indes seine Arbeit an der Feuerbach-Edition aufzugeben. Seine Nachfolge als Bereichsleiter trat *Dr. Steffen Dietzsch* (Jg. 1943) an, der den Bereich bis zu dessen Auflösung 1989 leitete.

Dietzsch war 1975 in Leipzig zum Thema *Zeit und Geschichte beim jungen Schelling* promoviert worden und seitdem Mitarbeiter des ZIPh. Buhr

1 Vgl. W. Schuffenhauer: Ludwig Feuerbach. Eine erste Bilanz der *Gesammelten Werke.* In: : H.-C. Rauh/H. M. Gerlach (Hg.): Ausgänge, a. a. O., S. 164.
2 Vgl. ABBAW, Inst. f. Phil., Nr. A 1044

schätzte Dietzsch ob seiner fundierten Kenntnisse der klassischen deutschen Philosophie, machte ihn zu einem seiner engsten Mitarbeiter und häufig zu seinem Koautor und Reisegefährten, sofern er in der westlichen Welt die wissenschaftliche Honorigkeit seines Instituts vorführen wollte. Dabei übersah er geflissentlich, dass sich Dietzschs marxistisch-leninistische Parteilichkeit durchaus in Grenzen hielt.[1]

Dietzsch gehörte zu jener Gruppe junger DDR-Intellektueller, für den auch ein von seinen stalinistischen Verwerfungen befreiter Marxismus, der für die Verhältnisse des vergangenen Jahrhunderts gepasst haben mochte, keine hinreichende Option mehr zu sein schien, die gegenwärtige Welt zu begreifen. Verwöhnt durch den sprachlichen Reichtum der klassischen deutschen Philosophie, mit der er es in seiner Editionstätigkeit täglich zu tun hatte, war ihm allein schon die armselige Sprache ein Gräuel, in der die marxistisch-leninistischen Traktate gewöhnlich verfasst waren. Er wusste die Nische zu schätzen, die er sich durch seine Tätigkeit erschloss, schluckte so manche Kröte, und ertrug so manche Laune Buhrs im Interesse, sich diese Nische zu erhalten.

In den die Editionen des Bereichs betreffenden Verhandlungen mit den Verlagen lernte er deren Leiter kennen und schuf sich sukzessive ein Netzwerk von Beziehungen. Mit ihrer Hilfe vermochte er jenseits des Planes und hinter dem Rücken von Buhr Editionen zu realisieren, an denen ihm gelegen war. Das war nicht risikolos für seine Karriere und schon gar nicht, wenn es sich um „moderne“ Texte – d. h. um philosophische Texte aus der Zeit nach 1830 – handelte, für die der Bereich Edition nicht zuständig war.[2] Dietzsch gehörte als Leiter des ZIPh-Editionsbereichs der *Arbeitsgemeinschaft philosophischer Editionen* der *Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie* an und war über diese mit anderen Editionsunternehmen vernetzt. Bei der Erarbeitung von Textausgaben zur mittelalterlichen Philosophie bestanden Kontakte zu Prof. Kurt Flasch (Bochum), die insbesondere Norbert Winkler (Jg. 1952) zu nutzen wusste, der zur Philosophie des Mittelalters, der Renaissance und speziell zu Cusanus arbeitete.[3] Für die Herstellung von Textausgaben zur klassischen deutschen Philosophie wurden die wissenschaftlichen Kontakte zur Universität München (Prof. Dieter Henrich) und zum Kant-Archiv Marburg (Prof. Reinhard Brandt), bei der Erarbeitung der Feuerbach-Ausgabe das

1 F. Tomberg: Wie in der DDR mit der Geschichte der Philosophie die Staatsideologie unterhöhlt wurde, a. a. O. S. 256: „Freilich, marxistisch war von Anfang an nicht, was er zu sagen hatte“ – urteilt Tomberg – „man habe das vor der Wende nur nicht gemerkt und auch nicht merken sollen.“

2 So publizierte Dietzsch trotz Buhrs Verbot unter dem Titel *Ästhetik in der Straßenbahn* (in der Spektrum-Reihe von Volk und Welt) 1987 Essays von Ortega y Gasset. Diese Eigenmächtigkeit blieb für ihn folgenlos. Aber die illegale Einschleusung eines Westkollegen ins Universitätsarchiv, dem er unbedingt einen bislang unbekannten Brief von Rosenkranz zeigen wollte, flog auf und brachte Dietzsch im Januar 1987 ein Disziplinarverfahren ein. Die Institutsleitung zog den eingereichten Vorschlag zur Professur zurück, erteilte ihm für ein Jahr Archivverbot und sperrte ihn als Reisekader. Dietzschs Berufung fand dann erst 1989 statt.

3 N. Winkler: Philosophie des Mittelalters und der Renaissance, in: DZfPh 37(1989)1; ders.: Diss. A.: Die Entwicklung der Grundidee von der coincidentia oppositorum in der Philosophie des Nikolaus von Kues 1988

Nachlasswissen der Bayerischen Staatsbibliothek München (Frau Dr. Caroline Hwang-Töpelmann) genutzt.[1]

Die wichtigsten Editionen zwischen 1985 und 1990 waren die folgenden:
– *Platons Werke, hg. unter Leitung von J. Irmscher* (durchgesehen von R. Steindl) nach der Übersetzung von F. Schleiermacher, Bd. I/1 u. I/2 1985; II/1, II/2, II/3 1985–1987; Bd. III 1987.
– *Aristoteles: Metaphysik,* i. d. Übersetzung von F. Bassenge, bearb. von R. Steindl, 1990.
– *F. W. J. Schelling/G. W. F. Hegel: Journal der Philosophie*, hg. von St. Dietzsch, Berlin (West) 1985, Lizenznahme vom Reclam-Verlag.
– Berlin (West) 1986, hg. v. St. Dietzsch, Lizenznahme vom *G. W. F. Hegel: Differenz des Fichteschen und Schellingschen Systems der Philosophie,* Reclam-Verlag.
– *F. W. J. Schelling: Bruno. Ein Dialog*, hg. von St. Dietzsch 1989 (erstmals in der DDR publiziert).
– Außerhalb des Planes:
– *A. Panormita, Hermaphroditos, mit Aphoreta von F. C. Forberg*, kommentiert von St. Dietzsch 1986. – (Dieses Werk, entstanden zwischen 1422 und 1425, enthält die umfangreichste Sammlung erotischer Texte des Altertums; es wurde 1824 von dem Kantianer Forberg in einer lateinischen Edition veröffentlicht, und die Übersetzung dieses Bandes von 1908 bildet die Druckgrundlage der vorliegenden bibliophilen Ausgabe des Verlages *Edition* Leipzig. Der Band wurde in einer Lizenz 1986 gleichfalls in Hanau publiziert.)
– *K. Rosenkranz: Geschichte der Kant'schen Philosophie*, hg. von St. Dietzsch, 1987.
– *Die planmäßige Arbeit an der Feuerbach-Edition, insbes. an der Korrespondenz-Abteilung, den Vorlesungsnachschriften und dem Gesamtregister wurde weitergeführt*.[2]

Neben der Editionstätigkeit hat sich Dietzsch durch Beiträge an Institutsobjekten beteiligt, so z. B. an den Studien zur Aufklärung, deren 2. Band er durch einen umfangreichen Artikel zur *Natur der Geschichte. Zum Theorienwandel des Geschichtlichen zwischen Aufklärung und Transzendentalphilosophie* einleitete[3]; ferner am Projekt „Aufklärung in Berlin": zu dem er den Aufsatz *Die Aufnahme des Kantianismus* beitrug. Er hat am „Lexikon der philosophischen Werke" hg. von Franco Volpi u. Julian Nida-Rümelin mitgearbeitet.[4] Und er ließ es sich nicht nehmen, sobald dies möglich geworden war, zur Nietzsche-

1 Selbstdarstellung des Bereichs Edition für den Zeitraum 1985 bis 1990, S. 5, in: Privatarchiv Ruben/Warnke
2 Ebd. S. 1f.; Zwischenbilanz des Plans 1986–1990, in: ABBAW, FoB Gewi, Nr. 149, S. 6
3 Dieser Artikel beruht auf seiner Dissertation B (Habilarbeit): Die Herausbildung des geschichtlichen Denkens in der klassischen deutschen Philosophie. Studien zur Theorieentwicklung des Geschichtlichen zwischen Kant und Hegel 1986
4 Stuttgart 1988 (Beiträge zu Erdmann, Krause, Maimon, F. Schlegel, Strauß)

Edition in der DDR beizutragen : *Vom Wiederentdecken eines Unvergessenen. Überlegungen zur ersten Nietzsche-Edition in der DDR.* In: Weimarer Beiträge 36(1990)6.

1988 wurde Dr. theol. Dr. phil. Detlef Döhring Mitarbeiter der Editionsabteilung. Er brachte als Einstand einen in Holland publizierten Aufsatz zu Samuel Pufendorf mit[1], hat sich mit Pufendorf-Studien umgehend habilitiert und eine eigenständige, auf fünf Bände ausgelegte Pufendorf Edition begründet, die er bis heute fortführt.[2]

V.8.6. Die Arbeitsgruppe Leibniz-Edition und Leibniz-Forschung

Das Präsidium der AdW beschloss 1984, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sämtliche Schriften und Briefe von G. W. Leibniz in einer historisch-kritischen Akademie-Gesamtausgabe edieren sollte (*G. W. Leibniz. Sämtliche Schriften und Briefe*). Die Akademie zeichnete für diese Edition verantwortlich und war Inhaber aller Verlagsrechte. Der Akademie-Verlag verlegte und vertrieb die Ausgabe.

Zur Realisierung dieses Planes wurde im Rahmen des Editionsbereichs1986 die Arbeitsgruppe Leibniz-Edition und Leibnizforschung mit 7 wissenschaftlichen Mitarbeitern etabliert.[3] Sie kooperierte von Anfang an mit den Leibniz-Forschungsstellen der Niedersächsischen Landesbibliothek Hannover und der Universität Münster. Die Ausgabe wurde in thematischer Arbeitsteilung realisiert und erfolgte nach gemeinsamen Editionsregeln. Im Mittelpunkt der editorischen Aufgaben am ZIPh stand die *Reihe IV: Politische Schriften (V. Historische Schriften).*

1989 verselbstständigte sich diese Forschungsgruppe zu einer eigenständigen Abteilung. Zu diesem Zeitpunkt waren als Editoren tätig: als Leiter der Historiker Dr. Hans-Stephan Brather, Frau Rosemarie Caspar (Altphilologin), Rüdiger Otto (Theologe).

Zur Abteilung gehörten ferner: Dr. Cornelia Buschmann, Dr. Ursula Goldenbaum und Dr. Hartmut Hecht, die die Edition durch Forschungen und Publikationen zur Wissenschaftsgeschichte des 17./18. Jh. und von deutschsprachigen Leibniz-Textausgaben zur Einführung in Leibniz' Gedankenwelt ergänzten, was die Akademieleitung auch im Interesse der für 1996 geplanten Leibniz-Feiern und des 2000 stattfindenden Akademie-Jubiläums wohlwollend unterstützte. Als Leiter des gesamten Unternehmens setzte Direktor Buhr Prof. Dr. Hubert Horstmann (Jg.1937) ein.[4]

---

1 Pufendorf und Leipziger Gelehrtengesellschaften, in: Lias, Vol. XV(1988) H.1

2 Döhring begann die Pufendorf-Edition mit Band 1: Pufendorfs Briefe; die noch heute laufende Ausgabe hat nach 1990 Schmidt-Biggemann von der FU an sich gezogen.

3 Ich folge in der Darstellung der Arbeit dieser Abteilung dem Bericht von H. Horstmann von 1990, in: Privatarchiv Ruben/Warnke

4 Nicht seine wissenschaftliche Biografie qualifizierte Horstmann für die Leitung der Leibniz-Edi-

1989 waren folgende Publikationen fertiggestellt und den Verlagen übergeben:

– *Geometrie und Erfahrung* (Studienband unter Mitarbeit aller der Abteilung Angehörenden), hg. von H. Hecht (Akademie-V.), 1989. Zur Bedeutung des mos geometricus für die Philosophie und bestimmte Wissenschaften.
– *Leibniz-Studien Textausgabe, 1. Band*, hg. von U. Goldenbaum (Akademie-V.), 1989.
– *H.-St. Brather: Leibniz und seine Akademie* (800 S., Buchmanuskript, 1989 an den Akademie-V.). Quellenedition, die durch Text, Kommentierung und einführenden Essay einen wesentlichen Beitrag zur Leibniz-Forschung und zur Frühgeschichte der Akademie leiste. Sie bringe einen erheblichen Fortschritt gegenüber der Akademiegeschichte Harnacks von 1900, – so der Autor.
– *H. Hecht: G.W. Leibniz. Eine Biographie.* Manuskript, im Jan. 1990 an den Teubner-V. Philosophische Begründung der Mathematik, Naturwissenschaften und Technik; Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsorganisation und ihre Verankerung in einer scientia generalis.
– *C. Buschmann: Ch. Wolff. Geschichte und Gesellschaft als philosophisches Problem.* Diss.schrift, verteidigt 1989.

Ferner stellten die Mitarbeiter in Sammelbänden und Zeitschriften ihre Forschungsergebnisse vor und beteiligten sich mit diesen an zahlreichen Tagungen und Kongressen im In- und Ausland. So nahmen sämtliche Mitarbeiter der Abteilung mit Vorträgen am V. Internationalen Leibniz-Kongress 1988 in Hannover teil. Und an den *Studien zur Philosophie der Aufklärung* und *Aufklärung in Berlin*, über die weiter oben berichtet wurde, wirkten U. Goldenbaum und C. Buschmann mit.

VI. Das ZIPh während der Wende und der Abwicklung der Akademie der Wissenschaften

1989 umfasste das ZIPh insgesamt 122 Personen; davon 92 wissenschaftliche Mitarbeiter und hiervon 58 männlichen und 34 Personen weiblichen Geschlechts, also betrug der Anteil von Frauen an der Gesamtheit des wissenschaftlichen Personals mehr als ein Drittel, wobei die Frauen im etwa gleichen Zahlenverhältnis wie die männlichen Kollegen promoviert und habilitiert waren. Die meisten wissenschaftlich-technischen Kräfte waren weiblich.

Die sich in diesem Verhältnis ausdrückende Chancengleichheit der Frauen der DDR mit ihren männlichen Kollegen in der Wissenschaft wurde von beiden Geschlechtern als Selbstverständlichkeit empfunden und gelebt. Dass dieses Faktum ein entscheidender Freiheitsgewinn, ein gelungener Schritt auf dem Weg der Frauenemanzipation gewesen ist, wurde uns jedoch erst im Ver-

tion, es sei denn, man wolle den Dank Buhrs für geleistete Dienste als amtierender Parteisekretär in der Ruben-Affäre als Qualifikationsnachweis gelten lassen.

einigungsprozess der beiden Teile Deutschlands wirklich bewusst. Wir hatten nun zu konstatieren, dass unsere westdeutschen Schwestern um Vieles zu kämpfen hatten und noch haben, was uns mit der Gründung der DDR in den Schoß gefallen war: etwa für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu erhalten und durch ein engmaschiges Netz von Einrichtungen zur Kinderbetreuung jungen Müttern die Teilnahme am Arbeitsprozess zu ermöglichen.

Vor dem November 1989 findet man in den offiziellen Instituts-Papieren nichts, was auf das nahe Ende einer historischen Epoche hinweist. Im August lief alles noch weiter seinen gewohnten sozialistischen Gang. Die Leitung des ZIPh verkündete, sie werde 1990 die „konsequente Realisierung des Zentralen Forschungsplanes der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften 1986–1990 entsprechend den Orientierungen des XI. Parteitages und in Vorbereitung des XII." fortsetzen, was bedeute, „einen aktiven und zielgerichteten […] Beitrag zur Vorbereitung und Auswertung des XII. Parteitages […] zu leisten." Die fortschreitende Erosion des Systems im September und Oktober, die sich in rapide ansteigenden Ausreisegesuchen, Botschaftsbesetzungen und Massendemonstrationen manifestierte, ist – jedenfalls in den überlieferten Dokumenten des Instituts – ohne jedes Echo geblieben.

Doch hinter den Kulissen brodelte es. Man debattierte in den Bereichen über den Krieg der UdSSR in Afghanistan, die hier ihr Vietnam finde, den Zerfall des sowjetischen Imperiums und des sozialistischen Lagers, und die Mitarbeiter des Bereichs Wissenschaftsentwicklung protestierten gegen das Sputnik-Verbot. Das m. W. erste offizielle Dokument, in dem die Institutsleitung sich zur Notwendigkeit von grundlegenden Reformen ihrer Disziplin äußerte, stammt vom 15. November 1989, datiert also nach dem VII. DDR-Philosophiekongress, der vom 1.–3.11.1989 stattgefunden hatte.

In seinem Vorfeld hatte der *Philosophische Rat* Ideologiechef Kurt Hager, der auf Philosophiekongressen ein Richtung weisendes Referat zu halten pflegte, vom Kongress ausgeladen – wohl in der Befürchtung, sein Auftritt werde zum öffentlichen Zusammenstoß mit zu Reformen entschlossenen Teilnehmern führen. Zwar konnte die Kongressleitung so vermeiden, dass im Plenum eine Reformdebatte stattfand, aber in den Arbeitskreisen brach sie dann aus. So habe – wie ich erfuhr – Prof. U. Röseberg in seinem Arbeitskreis verkündet, man sei nicht länger gewillt, die Philosophie zur „Magd der Politik" zu machen.

Anfang November trat Ideologiechef Kurt Hager zurück und nur wenige Tage später das gesamte SED-Politbüro. Am 9. November war die Mauer gefallen. Nun geriet auch das Präsidium der Akademie in Bewegung; am 15. entließ es sowohl den Generalsekretär als auch den Leiter des gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsbereichs, Prof. Kalweit.

VI.1. Die eigenständigen Reformen

Am 15. November 1989 findet sich in den Akten die erste Spur einer Reaktion der Institutsleitung auf die neue politische Situation. Sie fordert nun: Trennung von philosophischer Forschung und Parteipolitik, keine administrativen Vorgaben mehr für die philosophische Forschung, die Leitungstätigkeit soll demokratisiert werden (Schaffung eines von der Institutsleitung unabhängigen Wissenschaftsrates).[1]

Am 29. November 1989 beschließt die SED-Organisation des Instituts, die Parteiverfahren von 1981 gegen P. Ruben, C. Warnke, B. Hartmann, P. Beurton, U. Hedtke und W. Röhr erneut aufzurollen. Sie bildet eine Untersuchungskommission, die der Romanist Heinz Gerhardt leitet, der dem ZIPh erst seit 1988 angehört, also ein an den Parteiverfahren gänzlich Unbeteiligter gewesen ist. Den Stein ins Rollen brachte meines Wissens U. Goldenbaum im Namen vor allem der jungen Leute mit dem Hinweis, auch das Institut habe seine „Leichen im Keller"!

Im Jahresforschungsbericht vom 1.12.1989 spricht die Institutsleitung offen aus, warum das Projekt zur *Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland 1917–1933* nicht realisiert werden konnte.

Das Forschungsdefizit auf diesem Gebiet könne nur auf der Grundlage solider Materialkenntnisse überwunden werden,

„ […] d. h. bisherige Tabus müssen überwunden werden, die Archive, besonders die Parteiarchive, sind zu öffnen, neue Forschungsergebnisse sowjetischer Wissenschaftler sind auszuwerten (z. B. Einschätzungen der Geschichte der Komintern durch das IML Moskau, Leninsche Etappe der Komintern und Etappe der Deformation), die Diskussion über die politischen Diskussionen in den zwanziger und dreißiger Jahren (Würdigung der Leistungen Deborins, Rjasanows, Luppols u. a.), die Rolle Shdanows und Mitins in diesen Diskussionen (Dogmatisierung der politischen Arbeit). Neu zu durchdenken ist das Verhältnis von Philosophie und Politik, von Fortschritt und Rückschritt in der Geschichte. Zur Diskussion um den Begriff ‚Leninsche Etappe der Philosophie' muss ein Standpunkt erarbeitet werden, ebenso zur Relativierung der Bedeutung der Oktoberrevolution."[2]

Die Gründe, warum dieses Projekt nicht realisiert werden konnte, waren der Institutsleitung zwar längst bekannt, denn Dr. Erika Mieth, die Leiterin der „Forschungsgruppe zur Geschichte der marxistischen Philosophie", hatte der Institutsleitung immer wieder eben diese Gründe genannt, die einer wissenschaftlich redlichen Realisierung des Projekts im Wege standen, und sich einer verfälschenden Darstellung verweigert. Aber die Institutsleitung hatte sich bis zur Wende gehütet, in ihren Berichten an die übergeordneten Ins-

1 Vgl. Protokoll der Dienstberatung am 15. November 1989, in: Privatarchiv Ruben/Warnke
2 Jahresforschungsbericht 1989, in: ABBAW, FoB Gewi 150, S. 13

tanzen an dem politischen Tabu zu rühren, mit dem die SED-Führung diese Fakten belegt hatte.[1]

In diesem Bericht kündigte die Institutsleitung auch an, die vor der Wende geplanten Programme und Projekte im Sinne obiger Reformvorstellungen überdenken zu wollen.[2]

Doch damit war es nicht getan. Sie hatte mittlerweile begriffen, dass eine Konzeption zu entwickeln war, die die Philosophie von den unter Parteiregie erlittenen Verwerfungen befreien und imstande sein müsse, die künftigen Forschungen am Akademieinstitut zu tragen. Damit beauftragte der Direktor einen Kreis von Mitarbeitern, die – bekannt für nonkonformistisches Denken – ohne Rücksicht auf bisher für gültig Anerkanntes und ohne bereits zu einheitlichen Positionen zu gelangen, ihre persönlichen Reformvorstellungen äußern sollten. H. Klenner hat die Resultate dieses Brainstorming in einem *Kondensat vom 11.12.1989* zusammengefasst.[3] Ideen und die Motive, die die Institutsreform des kommenden Jahres getragen haben, sind hier schon präsent. Um den Geist dieses Kondensates zu charakterisieren, möge etwa folgende Passage dienen:

„Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Alleinherrschaft der marxistischen Philosophie in unserer Gesellschaft nur dadurch gewahrt werden konnte, dass sich schöpferisches Denken in die Zwangsjacke eines importierten Theoriesystems zu fügen hatte, aus dem es nur in Verkümmerungen ans Licht der Öffentlichkeit gelangte, falls es nicht überhaupt verdorrte. Wenn marxistische Philosophie aber in der Tat, wie es ihrem Bewusstsein von sich selbst entspricht, den höchsten Grad begreifenden Denkens möglich macht, zu dem die Menschheit sich in unserer Epoche aufschwingen konnte, so wird sie sich auch in unmittelbarer Auseinandersetzung mit anderen Denkweisen bewähren können. […] Das Akademie-Institut braucht einen innermarxistischen Pluralismus ebenso dringend wie alternative Philosophiekonzeptionen. Beides sind unerlässliche Bedingungen von Erkenntnisfortschritt, nicht etwa ‚nur' ein Toleranzphänomen."[4]

Das Jahr 1990 war das dynamischste, ereignisreichste Jahr des Instituts seit seiner Gründung. Das Institut war im Begriff, sich neu zu erfinden, diesmal nicht als Gründung *von oben,* von den leitenden Organen von Partei und Regierung, sondern *von unten*, durch die freigesetzte Energie seiner Mitarbeiter. Der längst überfällige Bruch mit einem Philosophiebetrieb, der am Gängel-

1 Der Zyniker Buhr versuchte die Fertigstellung des Manuskripts Dr. Erika Mieth schmackhaft zu machen, indem er ihr empfahl, sie solle sich diese Arbeit vorstellen wie die eines Klempners, der ein Rohr einzusetzen habe und sich dieses, wenn es nicht passt, zurechtbiege, damit es passend werde.

2 Vgl. Jahresforschungsbericht 1989, a. a. O., S. 1

3 Konzeptions-Arbeitsgruppe Kondensat. In: Archiv Ruben/Warnke. Dieser Gruppe gehörten an: R. Benjowski, St. Dietzsch, J. Erpenbeck, H.-P. Florian, B. Gebhardt, H. Horstmann, H. Klenner, W. Lehrke, M. Nelken, V. Schöneburg, F. Tomberg, B. Ulbrich.

4 Ebd., S. 4 f.

band politischer Vorgaben hing, konnte endlich vollzogen werden, was vom Philosophenvolk des Instituts überwiegend als beglückende Möglichkeit, als Aufbruch zu neuen Ufern begriffen wurde. Während der eine Teil diese in einer von Grund auf zu reformierenden sozialistischen DDR und einem Marxismus erblickte, dem seine Entwicklungsfähigkeit zurückzugeben ist, sah der andere Teil in ihr v. a. die Chance, sich unbehindert von ideologischen Vorgaben in der zeitgenössischen internationalen Philosophie tummeln zu dürfen. Ins Institut zog also – freilich reichlich spät – der Geist der Bürgerrechtsbewegung ein.

Das Jahr 1990 wurde zum Jahr der Demokratie von unten, zur Zeit der Runden Tische auch am Institut. Das Gros der Mitarbeiter wirkte ideenreich, kritisch und hoch motiviert in den verschiedenen Gremien an der inhaltlichen und strukturellen Neugestaltung des Instituts mit. „Demokratie jetzt" – der Name einer im September 1989 gegründeten Gruppe von Bürgerrechtlern (übrigens von Wolfgang Templin, einem ehemaligen Mitarbeiter des Diamat-Bereichs am ZIPh) – hätte auch als Motto für diesen Aufbruch getaugt. Er implizierte eine erste Bestandsaufnahme und kritische Bewertung der vergangenen Institutsarbeit, die z. T. schon in meine Darstellung eingeflossen ist[1], und führte zu einem Akt bemerkenswerter „Selbstkritik", die diesen Namen diesmal wirklich verdiente. Es war mit einem Wort ein Jahr der neuen Horizonte, der neuen Lust zu philosophieren.

Doch kehren wir zu den Ereignissen in ihrem zeitlichen Ablauf zurück. Das Jahr 1990 begann (am 12. Januar) mit einer Belegschaftsversammlung, auf der Frau Prof. Dölling im Namen der Gewerkschaftsgruppe vorschlug, nach der Untersuchung der Parteiverfahren von 1981 auch deren *arbeitsrechtliche Konsequenzen* zu untersuchen und die Institutsleitung mit den Ergebnissen zu konfrontieren. Mit großer Zustimmung wurde ferner die Bildung eines *Wissenschaftlichen Rates* (künftig: WR) beschlossen, der – im Unterschied zu dem bisher existierenden – ein demokratisches Gegengewicht gegen die auf dem Prinzip der Einzelleitung gegründete autoritäre Leitungsstruktur schaffen sollte. In dieser Diskussion sprach P. Ruben bereits wie selbstverständlich über die künftige Entwicklung des Instituts mit, so als habe man ihn nicht seit 1981 vom Institutsleben ausgeschlossen.[2]

Der *Wissenschaftliche Rat* befand auf seiner ersten Sitzung (13.2.1990) dass die vordringlich von ihm in Angriff zu nehmende Aufgabe der Entwurf sowohl eines neuen inhaltlichen Profils für die künftige Institutsarbeit (was einer Arbeitsgruppe, bestehend aus P. Ruben, U. Röseberg, C. Buschmann,

1 Im Kontext der bevorstehenden Evaluierung wurden von allen Bereichen „Selbsteinschätzungen" erarbeitet, die z. T. sehr selbstkritisch ausgefallen sind. Auf sie habe ich mich bei der Darstellung bereits teilweise gestützt. Vgl. Archiv Ruben/Warnke

2 Vgl. Kurzprotokoll der Diskussionen zur Belegschaftsversammlung am 12. Januar 1990, Archiv Ruben/Warnke. Die unabhängige Kommission zur Untersuchung der beruflichen Folgen für die Ausgeschlossenen… wurde am 12.2.1990 unter Leitung von Dr. U. Goldenbaum konstituiert. (Mitarbeit Prof. S. Paul, V. Schöneburg, N. Winkler, G. Zialas)

W. Lehrke übertragen wurde), als auch von Konzeptionen für die Forschungsrichtungen sei.[1] Damit avancierte der WR zum eigentlichen Leitungsorgan des Instituts, resp. es entstand eine Art „Doppelherrschaft" – wie Klenner das nannte. Diese war dem Umstand geschuldet, dass der Runde Tisch der Akademie entschieden hatte, die Direktoren der Akademieinstitute abzuberufen. Im Mai sollte dann die demokratische Neuwahl der Direktoren – in geheimer Abstimmung durch die Wissenschaftlichen Räte – erfolgen. Auch eine Neuwahl des Akademiepräsidenten stand bevor.

Am 28.2. stand im Wissenschaftlichen Rat der Antrag des Direktors an die Akademieleitung zur Debatte, P. Ruben zum Professor zu ernennen. Dieser längst überfällige Vorschlag und Akt der Wiedergutmachung wurde vom Wissenschaftlichen Rat einstimmig befürwortet.[2]

Im März 1990 wurde als Interessenvertretung aller Mitarbeiter gegenüber der Leitung auch ein *Institutsrat* konstituiert, der von allen Mitarbeitern (ausschließlich der Leiter) zu wählen war. Zur Vorsitzenden wurde Birgit Gebhardt gekürt.

Die folgenden Wochen waren v. a. von der Arbeit an und den Diskussionen zum künftigen Profil des Instituts und der Bereiche geprägt. Gedacht war an eine „Einrichtung philosophischer Grundlagenforschung", die Geschichte der Philosophie, philosophische und wissenschaftshistorische Editionen, Theoretische Philosophie, Wissenschaftsphilosophie und Praktische Philosophie betreibt, also an ein Institut, in dem ein breites Spektrum der Philosophie präsent ist. Diese enzyklopädische Struktur hatte schon bisher das Profil des Instituts bestimmt und sollte möglichst erhalten werden. Dem ZIPh waren in der Vergangenheit gewisse Freiräume für die wissenschaftliche Forschung, Zugeständnisse an die akademische Tradition der Philosophie gewährt worden, die die Mitarbeiter und die Leitung wohl zu nutzen gewusst hatten. Die kritische Reflexion der eigenen Geschichte ging in den Entwurf u. a. durch folgende Überlegungen ein:

Die am Institut künftig zu betreibende Philosophie dürfe weder „Proklamation einer Weltanschauung noch parteipolitische Ideologie" sein, und auch das „wissenschaftliche Werk von Marx" sei „in die geisteswissenschaftliche Tradition zurückzunehmen. Die Philosophie thematisiert Weltanschauungen und Ideologien unter Voraussetzung der Logik und der Erfahrung des menschlichen Verstands und der Vernunft in der wirklichen Geschichte der mensch-

1 Vieles andere war gleichfalls neu zu durchdenken und zu gestalten, wofür sich weitere Kollegen, resp. Arbeitsgruppen engagierten. So musste eine neue Institutsordnung erarbeitet werden (G. Richter); 1983 hatte die letzte Überarbeitung dieser Ordnung stattgefunden, die v. a. darin bestanden hatte, die ideologische Kontrolle nochmals zu verschärfen. Dies geschah z. B. in der *Anweisung über die Regelung des Schriftverkehrs,* und in der *Publikationsordnung* (Archiv Ruben/Warnke). 1990 waren ferner Vorschläge für die künftige internationale Kooperation (J. Erpenbeck), für Kriterien für die Leistungsbeurteilung (H. Hecht. S. Grunwald, H. P. Florian) u. a. m. zu erarbeiten.

2 Zur Ernennung waren vorgeschlagen worden: P. Ruben, G. Richter und R. Simon. In geheimer Abstimmung wurde Ruben von 17 Ratsmitgliedern auf Platz 1 und von einem Mitglied auf Platz 3 gesetzt.

lichen Gesellschaft; sie ist allein den Interessen der menschlichen Gattung verpflichtet.“ Und so gehöre zu den nächsten Aufgaben der am Institut tätigen Forscher „die Emanzipation der Philosophie von den partiell selbst verschuldeten wissenschaftsfeindlichen Folgen stalinistischer und anderer Unterwerfung der philosophischen Arbeit unter parteipolitische Interessen“.[1]

Mit der Annahme dieser Erklärung bekundeten die Mitarbeiter des Instituts, dass sie die bis dato verordnete Teilnahme am „Kalten Krieg“ der Ideologien aufgekündigt hatten, und den Willen, in den Diskurs der internationalen Philosophengemeinschaft zurückzukehren.

Bereits seit Anfang 1990 zeichnete sich ab, dass die Entwicklung auf die Einheit Deutschlands zustrebt. Im Januar sprachen sich 74% der DDR-Bürger für sie aus, bereits die Regierung Modrow agierte unter der Losung „Deutschland einig Vaterland“, am 10. Februar gab M. Gorbatschow H. Kohl die Zustimmung zur Herstellung der Einheit, und nur wenige Tage später (am 14. 2.) wurde die Aufnahme der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen vereinbart. Bei den im März stattfindenden Wahlen zur DDR-Volkskammer stimmten 48,1% für die „Allianz für Deutschland“, und die Konstituierung der neuen Volkskammer unter de Maizière drängte darauf, die Einheit Deutschlands so rasch wie möglich nach Artikel 23 GG herzustellen.

Diese Entwicklung war von den Reformern am Philosophieinstitut in Rechnung zu stellen. Es war von vorneherein klar, dass das zu rekonstruierende Institut für alle philosophischen Richtungen und für Philosophen aus Ost und West offen zu sein habe. Und da bekannt war, dass es in den alten Bundesländern zwar zahlreiche außeruniversitäre Forschungsinstitute für alle möglichen Wissenschaften, aber bisher kein einziges für die Philosophie gab, bot sich das eigene Philosophieinstitut in seiner enzyklopädischen Struktur an, ein solches zu schaffen. Es könnte gewissermaßen als nucleus fungieren, aus dem eine gesamtdeutsche Forschungsstätte zu entwickeln wäre, die Philosophie in der Einheit ihrer traditionellen Bestandteile betreibt. Vorausgesetzt wurde zunächst freilich noch, dass das vereinigte Deutschland die von Leibniz gegründete traditionsreiche Berliner Akademie der Wissenschaften als eine *gesamtdeutsche Akademie* rekonstruieren werde. Doch unabhängig vom Fortbestand der Akademie war die Forderung nach „einer außeruniversitären philosophischen Forschungseinrichtung in der deutschen Hauptstadt von klar überregionaler Bedeutung“, unterhalten durch „Bund-Länder-Gemeinschaftsfinanzierung“, ein sinnvoller Vorschlag, den das Institut auch in die Evaluierung einbrachte. Er ging als Vorschlag in den vom ZIPh zu beantwortenden Fragenkatalog der *Wissenschaftsrates der BRD* vom August 1990 ein.

Am 7. Mai fand eine Institutsvollversammlung statt, zu der auch jene Kollegen gebeten wurden, die in der Ruben-Affäre das Institut hatten verlassen

1 Vgl. Forschungskonzeption des Wissenschaftlichen Rates des ZIPh vom 14.3.1990, in: Archiv Ruben/Warnke

müssen. Ferner nahmen an ihr W. Templin und Dr. G. Herzberg teil, ehemals Mitarbeiter des Instituts, jetzt aktive Bürgerrechtler, die beide ihre ideologischen Erfahrungen mit dem ZIPh gemacht hatten. Zur Debatte stand der Gewerkschaftsbericht der *Kommission zur Untersuchung der beruflichen Folgen für die Ausgeschlossenen:*

Das Mittel, mit dem die Betroffenen aus dem Philosophiediskurs ausgeschlossen worden waren, sei die „politisch-ideologische Aushöhlung des Arbeitsrechts" gewesen, so die Berichterstatterin U. Goldenbaum. Die „Maßnahmen, für die das Arbeitsrecht instrumentalisiert wurde, … waren rein parteipolitischen Interessen geschuldet und geschahen nicht aus fachlichen Gründen." „Symptomatisch für die Unterordnung des Rechts unter parteipolitisches Interesse" sei der Umstand gewesen, „dass vor den Parteiausschlussverfahren gegen die genannten Kollegen das Abstimmungsverhalten der Genossen am Institut durch die arbeitsrechtlichen Konsequenzen im Falle von Gegenstimmen beeinflusst wurde".[1] Während im Falle von Ruben und den mit ihm Ausgeschlossenen die Proteste westdeutscher Kollegen die Entlassung in die Arbeitslosigkeit verhindert hatten, war in Bezug auf die Nachzügler Dr. Püschel und L. Pawliczak die arbeitsrechtliche Drohung dann wahr gemacht worden. Es genügte, dass die beiden nach den Ausschlüssen der Gruppe um Ruben Nichteinverständnis mit diesen Beschlüssen signalisierten, um sich mittels instrumentalisierten Arbeitsrechtes in der Arbeitslosigkeit wiederzufinden.

Aber parteipolitische Interessen handeln nicht. Personen müssen sie artikulieren, sich zu ihrem Sprecher machen. Offen blieb im Bericht die Frage: Wer hatte Interesse daran, zur Ausschaltung der Gruppe um Ruben parteipolitische Interessen zu bemühen?[2]

Diese Fragen waren in der Diskussion dann omnipräsent. Der Direktor eröffnete sie mit der damals üblichen Entschuldigung für das vor zehn Jahren Vorgefallene und übernahm dafür pauschal die politische Verantwortung. Die Quintessenz seiner Rede: Damals seien Vorhaben abgebrochen worden und es habe einen Bruch in der Entwicklung des Instituts gegeben. Jetzt komme es darauf an, die Gräben von vor zehn Jahren zu überbrücken und das Institut zu erhalten. Wir sollten durch Behebung des alten Schadens keinen neuen entstehen lassen. Vielleicht wäre es damals besser gewesen, weder auf Ratschläge noch auf Weisungen zu hören. Aus Sicht der Wissenschaftssoziologie gebe es keine Gewähr dafür, dass sich so etwas nicht wiederholt.

In seiner Rede gab Buhr jedoch keinerlei Aufschluss über die den damaligen Ausgrenzungsprozess in Gang setzenden Ursachen, Interessen, Moti-

1 Vgl. Bericht der Unabhängigen Kommission des Zentralinstituts für Philosophie der AdW der DDR zur Untersuchung der beruflichen Folgen und der arbeitsrechtlichen Fragen im Kontext der Parteiverfahren gegen Dr. Peter Ruben, Dr. Camilla Warnke, Dr. Bruno Hartmann, Dr. Peter Beurton, Dr. W. Röhr und Dr. Ulrich Hedtke. S. 5. In: Archiv Ruben/Warnke

2 Ebd. S. 13

vationen und Personen, keinerlei Aufschluss über seinen eigenen Anteil an ihm. Und selbst auf die an ihn gestellte Frage: Wer denn das Ganze damals eigentlich „eingerührt" habe, warum der Parteisekretär „gelogen" und die Tatsachen „verfälscht" habe, dass sich „die Balken bogen", hatte Buhr nur zu sagen, es gebe dafür im Moment für ihn keine klare Antwort.[1] Und auch das übrige Führungspersonal hüllte sich in Schweigen. Weder der Stellvertreter des Direktors und der damalige Parteisekretär, die mit Eifer die Ausgrenzung der Ruben-Gruppe betrieben hatten, noch der langjährige Leiter des Bereichs Wissenschaftsphilosophie, H. Hörz, der mit seiner Mannschaft kräftig an der Hatz beteiligt war, meldeten sich zu Wort.[2] Und indem die Führung des Instituts sprachlos in Bezug auf die Forderung nach kritischer Reflexion ihres eigenen Tuns blieb, hatte sie der Belegschaft ad oculos demonstriert: Die Reform des Instituts ist mit dem alten Leitungspersonal nicht zu machen.

Von Anfang an wurde diese v. a. vom sog. „wissenschaftlichen Mittelbau" getragen und von den jüngeren Wissenschaftlern, die sich im Institutsrat und im Wissenschaftlichen Rat ihre Instrumente geschaffen hatten, sich neu zu erfinden. Der referierte Gewerkschaftsbericht war ebenso Produkt ihrer Initiative wie die Untersuchung der Parteiverfahren seitens der SED-Parteiorganisation des Instituts. Aus diesem Kreise stammen die ersten kritischen Darstellungen und Analysen der vergangenen Institutsarbeit. In diesen Texten trugen nicht anonyme Kräfte die Schuld, sondern, soweit man die Entwicklung bereits überblickte, wurden Ross und Reiter genannt! Auf dieser Veranstaltung nahmen die Teilnehmer schließlich eine Erklärung des Wissenschaftlichen Rates an, die in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* publiziert werden sollte, mit der die zu Unrecht aus der Zunft Exmittierten rehabilitiert wurden.[3]

Noch am selben Tag teilte Prof. Buhr mit: er trete mit sofortiger Wirkung als Direktor des Instituts zurück. Der am Nachmittag tagende WR debattierte darüber, ob er „unverzüglich einen neuen Direktor aus den Wissenschaftlern des Instituts wählen solle, oder ob erst über Kandidaten diskutiert und evtl. auch Wissenschaftler aus anderen philosophischen Einrichtungen für diese Funktion gewonnen werden sollten". Mit 15 gegen 3 Stimmen fiel die Entscheidung, sofort zu wählen. Als Kandidat wurde P. Ruben vorgeschlagen; in geheimer Wahl erhielt er 16 Stimmen bei einer einer Gegenstimme und einer

1 Für die Belegschaftsversammlung vom 7.5.1990 konnte ich kein Protokoll auffinden. Die hier wiedergegebenen Inhalte stammen aus eigener Mitschrift.

2 Hörz hat in seinen „Lebenswenden", a. a. O., seine Sicht auf die Geschichte DDR-Philosophie vorgestellt. In ihr polemisiert er über weite Strecken gegen Ruben, aber nicht etwa mit theoretischen Gründen gegen dessen philosophisches Konzept, sondern mittels einer Orgie von politischen und moralischen Verdächtigungen. Auf Hörz' irrwitzige Denunziationen hat Ruben reagiert. Vgl. P. Ruben: Neues von der philosophischen Front, in: Berliner Debatte Initial 17(2006)1/2, S. 207 ff. Im vorliegenden Band, S. 274 ff.

3 Diese Stellungnahme des Wissenschaftlichen Rates (erarbeitet von E. Dölling, P. Beurton, B. Ulbrich) vom 7. Mai 1990 ist unter dem Titel *Erklärung* in DZfPh 38(1990)7, S. 702 f. erschienen. Vgl. auch: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 336 ff.

Stimmenthaltung.[1] Die Gegenstimme stammte (wie er sich in seinen Memoiren S. 350 rühmt) von Hörz, und auf Grund des Wahlergebnisses legte er sein Mandat im WR nieder.[2] In dieser Sitzung entschloss sich der WR ferner, die 1981 verfassten Gutachten zur Konzeption von Dr. Ruben (‚grüne Mappe' genannt) zu publizieren, ergänzt um die heutigen Stellungnahmen ihrer Autoren, – sofern diese damit einverstanden sind. Als Editor wurde Prof. Hans-Christoph Rauh angefragt (damals Universität Greifswald) und gewonnen.[3]

Am 1. Juli 1990 trat der neu gewählte Akademiepräsident, der international renommierte Nierenspezialist, AM Prof. Horst Klinkmann (Jg. 1935), die Nachfolge Werner Schelers an. Und im Juni/Juli fanden an allen Akademieinstituten die Neuwahlen des Leitungspersonals statt. So auch am ZIPh. Als Leiter des neu formierten Forschungsbereichs FB *Geschichte der Philosophie* wurde Prof. F. Tomberg gewählt, des FB *Theoretische Philosophie* Dr. sc. C. Warnke, als Leiter des FB *Praktische Philosophie* Dr. U. Hedtke (gleichfalls einer der 1981 Ausgeschlossenen). Als Leiter des FB *Wissenschaftsphilosophie* wurde Prof. U. Röseberg bestätigt, der diesen FB bereits seit September 1989 leitete.

Das weitere Schicksal der Akademie war zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden. Der sozialdemokratische Minister der de Maizière-Regierung für Forschung und Technologie, Prof. Frank Terpe, hatte zur Vermeidung sozialer Verwerfungen in einem Moratorium, das Zeit für erforderliche Umbildungen schaffen sollte, die Finanzierung der Akademie für weitere zwei Jahre vorgeschlagen. Der Finanzminister der BRD aber hat gerechnet, was das kosten würde, das Moratorium ignoriert und klargestellt, dass im 2. Halbjahr 1990 für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung nur noch 9,3 Millionen DM verfügbar sind, begleitet durch ideologische Kommentare aus dem BMFT, wie: „Die DDR-Wissenschaft ist nur noch Schrott." Das bedeutete: Ab 1.7.1990 war das Personal um durchschnittlich 40–50 % abzubauen.

Das machte umgehendes Handeln erforderlich. Die Direktion sprach unter Beteiligung der beiden Räte mit etwa einem Drittel aller Mitarbeiter über deren mögliche persönliche Perspektive angesichts der neuen Ansprüche an die Philosophie. Im Ergebnis der Gespräche verließen 1990 – ausschließlich auf

1 Protokoll des WR vom 7.5.1990, in: Archiv Ruben/Warnke. Am 10.5.1990 hat Klenner im Auftrag des WR an den Präsidenten der AdW den Antrag gestellt, Herrn Dr. sc. Peter Ruben zum Direktor des Instituts zu berufen. Zur Begründung heißt es hier u. a., dass der „angestrebte Wechsel im Direktorat des Instituts das Ergebnis eines längeren Veränderungsprozesses ist, der von den Mitarbeitern des Instituts getragen wird und von konzeptionellen Überlegungen seinen Ausgang nahm. Während des ganzen Prozesses gab es ein vertrauensvolles Miteinander von Direktor, Wissenschaftlichem und Betriebsrat des Instituts." In: Archiv Ruben/Warnke

2 Rubens Berufung erfolgte am 18. Juni, rückwirkend zum 1. Juni.

3 Gefesselter Widerspruch. Die Affäre um Peter Ruben, hg. von H.-C. Rauh, Berlin 1991. Enthalten in dieser Edition sollten sein: a) die Basis-Artikel von Dr. Ruben und b) die Negativgutachten, soweit die Gutachter mit einer Publikation ihres damaligen Textes einverstanden waren, und – so sie wollten – Anmerkungen aus der Sicht des Jahres 1990. Vgl. Brief von H. Klenner an H.-C. Rauh, vom 10.5.1990. In: Archiv Ruben/Warnke. Rauh erweiterte die Edition zu einer umfassenden Dokumentation des gesamten Vorgangs.

freiwilliger Basis – von 122 Mitarbeitern 42 das Institut.[1] Vom ehemaligen Leitungspersonal verabschiedeten sich in den Monaten August/September Prof. Buhr, Prof. Eichhorn I, Prof. Redlow und Dr. Kirchhoff in den Vorruhestand.

VI.2. Evaluation

Im Juli 1990 beauftragten die Regierung der DDR sowie die Regierungen von Bund und Ländern der BRD den Wissenschaftsrat der BRD, „gutachterlich zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der damaligen DDR Stellung zu nehmen". Im Einigungsvertrag vom 23.7.1990 ist (im Art. 38) das Verhältnis der beiden Wissenschaftssysteme als *„Einpassung"* der wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR in die *gemeinsame* Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland bestimmt. Dass nach einer *Einpassung* von der DDR-Wissenschaft im Prinzip nur das überleben würde, was mit dem bestehenden bundesrepublikanischen Wissenschaftsbetrieb kompatibel ist, war vorauszusehen. Folglich heißt es im Bericht des Wissenschaftsrates nach beendeter Evaluation, dass „sehr häufig Lösungen empfohlen werden, die sich in der Bundesrepublik bewährt haben", wobei die Berichterstatter durchaus zugestanden, „dass auch die Geisteswissenschaften in den alten Ländern […] ungelöste Probleme, Organisationsdefizite und innere Widersprüchlichkeiten aufweisen und der verbesserten Fortentwicklung bedürfen".[2]

Das 2. Halbjahr stand ganz im Zeichen der Vorbereitung auf die im Januar 1991 ins Haus stehende Evaluierung. Im Vorfeld hatte das Institut einen *Tätigkeitsbericht 1990* zu liefern und einen umfangreichen Katalog von Fragen zu beantworten, die Auskunft über die bisherige Struktur und Entwicklung des Instituts sowie über die erarbeiteten Vorschläge für dessen künftige Gestaltung zu geben hatten, der, mit zahlreichen Anhängen bereichert, zu einem Konvolut von mehreren hundert Seiten anwuchs.

Am 3. September fand Rubens offizieller Antritt als Institutsdirektor statt und am 2. Oktober wurde er vom Minister für Bildung und Wissenschaft und dem Akademiepräsidenten zum Professor ernannt. Da war das weitere Schicksal des Instituts bereits höchst ungewiss. Denn per Einigungsvertrag (Art. 38, Abs. 2) war die AdW als Gelehrtensozietät von den Forschungsinstituten getrennt worden. Der Forschungsverband sollte aufgelöst und abgewickelt werden, während die Entscheidung über die Fortführung der Gelehrtensozietät landesrechtlich getroffen werden sollte.[3]

1 Tätigkeitsbericht des Zentralinstitutes für Philosophie 1990, S. 4. In: Archiv Ruben/Warnke

2 Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften (hg. v. Wissenschaftsrat). Köln 1992, S. 7 f.

3 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Ende Oktober teilte Minister Riesenhuber vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMFT) den Instituten der „ehemaligen“ AdW mit, dass nach der Evaluierung durch den Wissenschaftsrat eine „Übergangsfinanzierung“ für die Mitarbeiter bis Ende 1991 stattfinden und eine „Abwicklungsstelle AdW“ geschaffen werde. Diese stellte sich dem Institut am 22.11. als *Koordinierungs- und Abwicklungs-Integrationsstelle der AdW* (*KAI)* mit ihrem Geschäftsführer Ministerialrat Hartmut Grübel aus dem BMFT vor.

Aber bevor dieser tätig wurde, stand am 8. und 9. Januar 1991 die angekündigte Evaluation ins Haus, die über das Schicksal des ZIPh als Institution und seiner Mitarbeiter zu entscheiden hatte. Sie wurde von Prof. Jürgen Kocka geleitet und von einer 20 Personen umfassenden Arbeitsgruppe vorwiegend bundesrepublikanischer Geisteswissenschaftler durchgeführt.[1] Wer von der Veranstaltung etwa erwartet hatte, dass partnerschaftlich erörtert werden würde, wie man die bislang getrennten Teile der Zunft miteinander in ein für beide Seiten produktives Verhältnis setzen könne, hatte auf Sand gebaut. Denn das gewählte Mittel des Umgangs war ja die Evaluation. Evaluation aber ist ein Verfahren, in dem sich nicht *Partner* auf gleicher Augenhöhe begegnen, sondern Richter und zu Richtende als *Subjekt* und *Objekt* des Verfahrens einander gegenübertreten. Im vorliegenden Falle hatten die West-Kollegen zu beurteilen, inwieweit sich die Ost-Kollegen mit ihren Vorschlägen in die bestehenden Strukturen, in das vorgegebene System der BRD- Philosophie „einpassen“ lassen (und auszusortieren, was ideologisch und strukturell nicht hineinpasst). Und es versteht sich, dass nach 40jähriger Trennung und Kaltem Krieg der Systeme das meiste als nicht passgerecht befunden und aussortiert wurde. Die Problematik dieses Verfahrens hat J. Kocka 2010 in nachträglicher Reflexion eingeräumt:

„Die Entscheidungen 1989/90 liefen bekanntlich nicht auf die Föderation oder die Union zweier weiter bestehender Wissenschaftssysteme hinaus, sondern auf die Herstellung einer integrierten Wissenschaftslandschaft. Sie liefen nicht auf die Überprüfung beider Wissenschaftssysteme mit dem Ziel der Bildung eines neuen hinaus, das die Stärken beider verbinden und die Schwächen beider vermeiden würde. Vielmehr entschied man sich dafür, das westdeutsche System im Wesentlichen … als Richtschnur und Grundlage für das zu bildende gesamtdeutsche System zu akzeptieren und das ostdeutsche so zu verändern, dass es hineinpassen würde. Diese durch und durch asymmetrische Entscheidung war der Kern. … Hätte man die institutionelle Umstrukturierung nicht doch anders handhaben können? Es sei daran erinnert, dass die beiden Berliner Kunstakademien einen zeitlich gestreckten und verträglicheren Weg der gegenseitigen Anerkennung und Verbindung wählten, als er im Fall der Wissenschaftsakademien gefunden wurde. … Machten die letztlich breit

über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag). Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin 104, Bonn, 4.9.1990, S. 887

1 Von den Gutachtern waren Philosophen nur Prof. Mittelstraß (Konstanz), Prof. Gethmann (Essen), Prof. Höffe (Freibourg), Prof. Kreiser (Leipzig), Prof. Henrich (München).

gewünschte inhaltlich-kognitive Integration und die letztlich breit akzeptierte institutionelle Neuordnung einen solchen fundamentalen personellen Wechsel notwendig? Oder wären Lösungen denkbar gewesen, die schonender mit dem Personal in den beigetretenen Ländern umgegangen wären und das Verhältnis von Verlierern und Gewinnern verträglicher austariert hätten?“[1]

Wissenschaftsrat und Institutsleitung des ZIPh hatten – ganz im Sinne von Kockas nachträglicher Reflexion – darüber nachgedacht, was sie in die gesamtdeutsche Forschungslandschaft an „Stärken“ einzubringen hatten, was in ihr bisher fehlt, resp. unzureichend entwickelt ist. Während fast alle Wissenschaften in der Bundesrepublik für ihre Grundlagenforschung außeruniversitäre Forschungseinrichtungen haben, gibt es keine einzige für die Philosophie. Wir schlugen daher dem Wissenschaftsrat vor, die Situation des Neuanfangs zu nutzen und sich für die Einrichtung eines *gesamtdeutschen Forschungsinstituts für philosophische Grundlagenforschung* einzusetzen. Das bestehende *enzyklopädisch strukturierte* Philosophieinstitut des ZIPh könne zum Ausgangspunkt einer solchen Einrichtung werden. Auf Grund ihres überregionalen Charakters komme als Organisationsform ein Institut im Rahmen der „Blauen Liste“, resp. die Angliederung als An-Institut an eine der Berliner Universitäten, oder an ein zu gründendes Berliner interdisziplinäres Zentrum für Geisteswissenschaften in Frage. Dieses sollte selbstverständlich von Philosophen beider Teile Deutschlands und unterschiedlichen philosophischen Positionen getragen sowie (gemessen am Personalbestand des ZIPh) in personell abgespeckter Form konstituiert werden.

Inhaltlich hatten wir diesen Vorschlag, wie folgt, begründet:

„Die deutsche Philosophie hat in ihrer nun fast tausendjährigen Geschichte im Gesamtsystem der internationalen Philosophie eine Stellung erarbeitet, wie sie ähnlich im Altertum von der griechischen Philosophie realisiert worden war. Das Erbe Notkers von St. Gallen, Alberts des Großen, des Nikolaus von Kues, Leibniz’, Kants, Fichtes, Schellings, Hegels, Schopenhauers, Feuerbachs, Marx’, Nietzsches, Husserls, Hartmanns, Heideggers und vieler anderer stellt in der internationalen Wissenschaft ein solches Gewicht dar, dass es nach Auffassung des Instituts gerechtfertigt ist, wenigstens eine philosophische Forschungseinrichtung außeruniversitären Charakters in Deutschland zu unterhalten, die eben der Erhaltung und Weiterbildung dieses Erbes verpflichtet ist. […] Als außeruniversitäre Forschungseinrichtung von überregionaler Bedeutung könnte das Institut zu einem Kommunikationszentrum der Philosophie von europäischem Rang werden, das hervorragend geeignet ist, die künftig wichtige Brückenfunktion zwischen West- und Osteuropa im Interesse philosophischer Klärung weltanschaulicher Positionen in der Tradition der Berliner Aufklärung wahrzunehmen. Die bisherigen Beziehungen des

1 Beitrag auf einer Konferenz der BBAW zum Thema: „Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen“ 2010, Auszug aus dem Tagungsprotokoll, *ND* vom 23.9.2010, S. 17

Instituts zu den Philosophen Osteuropas bedeuten dafür eine günstige Voraussetzung, die nicht grundlos aufgegeben werden sollte.“[1]

Unser Vorschlag stieß bei den evaluierenden bundesrepublikanischen Kollegen mehrheitlich auf Unverständnis und Ablehnung. Eine inhaltliche Debatte zu unserem Vorschlag fand gar nicht erst statt. Sich auf sie einzulassen hätte nicht nur ihrem Philosophieverständnis, sondern auch dem Ziel der Evaluierung widersprochen, das auf „Einpassen“ und „Abwickeln“ der DDR-Institutionen angelegt war. Ihr Sinn war es eben nicht, auch jene Schwächen des westdeutschen Philosophiebetriebs zur Sprache zu bringen, auf deren Beseitigung unser Vorschlag gezielt hatte, was Kocka – freilich folgenlos – in nachträglicher Reflexion beklagte. Und so wurde unser Vorschlag im Abschlussbericht mit dem folgenden Argument abgelehnt:

„Im Sinne des Prinzips der Einheit von Forschung und Lehre ist die Philosophie eine Hochschuldisziplin. Ihr Forschungsprofil ist durch eine enge Verbindung mit allen Wissenschaftsbereichen, ihr Lehrprofil durch die Vermittlung philosophischer, meist grundlagenspezifischer Elemente in anderen Studiengängen bestimmt. Als Einrichtung außerhalb der Hochschulen fehlten der Philosophie wesentliche Teile ihrer institutionellen Interdisziplinarität und das gerade für das Philosophieren wesentliche Element der Lehre.“[2]

Mit dieser Vorstellung wird, wenn ich den Text richtig deute, die Philosophie auf die Funktion ihrer *Interdisziplinarität* festgelegt. Um als Philosophie *interdisziplinär* wirksam sein zu können, muss sie sich jedoch ihrer *disziplinären* Grundlagen versichern, ihrer Existenz als autonomer Wissenschaft mit eigenem Gegenstand, eigener Methode und Problemstellung. Und eben dazu bedarf es der philosophischen Grundlagenforschung, die natürlich Logik, Kategorienlehre, Erkenntnistheorie, Ethik und Ästhetik sowie die Philosophiegeschichte als erarbeitetes Wissen von der Evolution der menschlichen Vernunft umfasst.

Im Abschlussbericht der Evaluierung wurde ferner vermutet, die ideologische Kontrollfunktion, die das ZIPh ausgeübt habe, sei möglicherweise dieser Orientierung auf philosophische Grundlagenforschung geschuldet gewesen.[3] Damit wird suggeriert, dass man die philosophische Grundlagenforschung für ein Relikt aus vormodernen Zeiten hält, von dem man sich längst verabschiedet hat, das jedoch in der DDR und anderen kommunistischen Staaten in Gestalt des Marxismus-Leninismus überlebt habe. Die dogmatische Entartung, die die Theoretische und die Praktische Philosophie durch den Stalinismus in der Tat erfahren haben, gilt als Indiz, jede Art systematisch betriebener Philosophie – mit Husserl zu sprechen, „Philosophie als strenge Wissenschaft“ – zu beargwöhnen und abzuweisen.

1 Dieses enzyklopädische Konzept wurde in der Beantwortung der Fragen des Wissenschaftsrates vom August 1990 unter der Frage 23 (S. 73 f.) in seiner Bedeutung für die gesamtdeutsche Philosophieentwicklung dargestellt und begründet. In: Archiv Ruben/Warnke

2 Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, a. a. O., S. 162

3 Vgl. ebd.

VI.3. Abwicklung

Die Empfehlung des Wissenschaftsrates lautete: „Das ZIPh wird als eigenständige, außeruniversitäre Forschungseinrichtung aufgelöst.“[1]An seine Stelle sollten – konform mit dem herrschenden Zeitgeist – Arbeitsgruppen und Einzelprojekte zu speziellen Themen treten. Von den Empfehlungen waren zur Zeit der Auflösung des Instituts für Philosophie Ende 1991 die folgenden übriggeblieben:

Die *Leibniz-Editionsgruppe.* Die bisher mit ihr verbundene Forschungsgruppe wurde aufgelöst und die Gruppe der Editoren in Potsdam angesiedelt. Hartmut Hecht (von 1993–1996 im Rahmen der KAI an der Viadrina tätig), arbeitete von 1997–2000 in dieser Editionsgruppe und war seit 2001 Leiter der neu geschaffenen 2. Arbeitsstelle der Leibniz-Edition: Reihe „Naturwissenschaftlich-technische Schriften“ an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW).[2] 2013 wurde er in den Ruhestand verabschiedet.

Fortgeführt wurde die Arbeit an den *Gesammelten Werken Feuerbachs*, die auf Empfehlung des Wissenschaftsrates und der Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften gleichfalls an die BBAW angebunden wurde.[3]

1992 wurde ein *Zentrum für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie* eingerichtet. Ihm gehörte u. a. ein Kreis von positiv evaluierten Mitarbeitern des Bereichs Wissenschaftsphilosophie um Ulrich Röseberg an: so Peter Beurton, John Erpenbeck, Siegfried Paul und Petra Gentz-Werner.[4] (Ferner umfasste es eine Gruppe aus dem IWTO und aus dem IfG.) Dieses Zentrum bestand bis Ende 1995. Mit der Gründung des *Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte* wurde es aufgelöst. Aus dem ZIPh wurde nur P. Beurton in dieses Institut übernommen.

Zentrum für die Erforschung der europäischen Aufklärung (in das Romanisten, Literaturwissenschaftler und Philosophen der Akademie integriert wurden). Aus dem ZIPh wurden C. Buschmann, U. Goldenbaum und als wissenschaftlich-technische Kraft I. Kaiser integriert. 1994 übersiedelte das Zentrum nach Potsdam. Aus ihm entstand 1996 das *Forschungszentrum Europäische Aufklärung (FEA)* als außeruniversitäres Forschungsinstitut, das nach Evaluierung 2007 geschlossen wurde. C. Buschmann wurde an die Potsdamer Universität übernommen.

1 Ebd., S. 164

2 Vgl. Leibniz: Sämtliche Schriften und Briefe, Bd. VIII/1, hg. v. H. Hecht, E. Knobloch u. S. W. Stork, Berlin 2009

3 Vgl. W. Schuffenhauer: Ludwig Feuerbach. Eine erste Bilanz der *Gesammelten Werke.* In: H.-C. Rauh/H.-M. Gerlach (Hg.). Ausgänge, a. a. O.

4 Dr. P. Gentz-Werner wurde nach 1995 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Alexander-Humboldt-Forschungsstelle der BBAW.

Vom Wissenschaftsrat vorgeschlagen und zur Einrichtung empfohlen, aber *nicht realisiert*, wurden folgende Vorhaben:

„Einrichtung einer wissenschaftlichen Arbeitsstelle für die Philosophie in Ost- und Südosteuropa mit der Aufgabe, durch Rezensionen, Referate, Übersetzungen, Bibliographien und Forschungsberichte den Stand der philosophischen Produktion und Diskussion in den betreffenden Ländern für einen breiten Interessenkreis zu erschließen und zu dokumentieren.“[1]

Die personellen Voraussetzungen für dieses Vorhaben waren extrem günstig, da es im ZIPh eine Reihe von Mitarbeitern gab, die durch langjährige Zusammenarbeit, Studium oder/und Promotion in der UdSSR und anderen Ländern des sozialistischen Lagers über exzellente Kenntnisse der philosophischen Situation und Sprache der betreffenden Länder verfügten. Diese Arbeitsgruppe sollte an die zu gründende Viadrina Frankfurt (Oder) angebunden werden. Aber aus diesem Vorhaben wurde aus Gründen, die ich nicht ermitteln konnte, nichts.

In der Veranstaltung zur Evaluation hatte Prof. Dieter Henrich angeregt, auf Arbeiten zur marxistischen Theorie auch künftig nicht zu verzichten.[2] Unter die Empfehlungen des Wissenschaftsrates wurde daher die „Bildung einer Arbeitsgruppe zur weiteren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Marxschen Philosophie, u. a. zur Analyse der Erfahrungen mit der institutionalisierten Ideologie des Marxismus-Leninismus im ‚realen Sozialismus‘“ aufgenommen.[3] P. Ruben ergriff hierauf erfreut die Initiative und plante, sich mit einer kleinen Arbeitsgruppe aus jungen Mitarbeitern, die zur Geschichte der Arbeiterbewegung promoviert worden waren, dieses Themenkreises anzunehmen. Aber auch dieser Projektvorschlag scheiterte.

Aus der Evaluierung gingen viele weitere Projekte als förderungswürdig hervor und wurden zur Integration in eine Universität empfohlen. Das WIP im HEP (d. h. das Wissenschaftler-Integrationsprogramm im Hochschul-Erneuerungs-Programm) sollte diese Integration bewirken. Nach massiven Protesten der in ihm geparkten Wissenschaftler gegen ihre „Abwicklung“ wandelte die dafür zuständige KAI das „A“ in ihrem Namen, das „Abwicklung“ hieß, euphemistisch in „Aufbau“ um und sprach fortan von einer „Aufbau-Initiative“. Aber den Realitäten entsprach die Bedeutung des zuerst gewählten Namens. Denn die Integration ist auch nach Verlängerung des Programms bis Ende 1996 *dauerhaft* nur in wenigen Fällen geglückt.

Die Ost-Universitäten hatten nach der Entlassung ideologisch belasteter Hochschullehrer und ihrer Ersetzung durch Personal aus den westlichen Bundesländern meist keine freien Kapazitäten, um Mitarbeiter der abgewickelten

1 Stellungnahme, a. a. O., S. 167; dieses Projekt ist nicht identisch mit dem geisteswissenschaftlichen *Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO),* das 1995 in Leipzig gegründet wurde.

2 D. Henrich hat sich entgegen der vorherrschenden Tendenz, alles Marxistische abzuwickeln, meines Wissens auch dafür eingesetzt, dass wenigstens die Edition der MEGA nicht abgebrochen, sondern weitergeführt wird.

3 Stellungnahme …, a. a. O., S. 164

AdW auf eigene Kosten dauerhaft zu übernehmen. Und die sog. „Durchmischung", d. h. die Integration von Ost-Wissenschaftlern in West-Universitäten und West-Wissenschaftlern in Ost-Universitäten, von der im Vorfeld der Evaluation gesprochen worden war, fand nur in eine Richtung, nämlich von West nach Ost statt. In den Empfehlungen der Evaluationskommission war die umgekehrte Integration meines Wissens auch gar nicht vorgesehen. Und so scheiterte das WIP und wurde 1996 beendet.[1] Nur wenige Mitarbeiter des ZIPh wurden dauerhaft in eine Universität übernommen.[2]

Einige Mitarbeiter des ZIPh versuchten auf eigene Faust einen Arbeitsplatz in der gesamtdeutschen Hochschullandschaft zu finden, so Prof. St. Dietzsch, der seine bestehenden West-Beziehungen nutzen konnte und ein willkommener Mitarbeiter an Forschungs-Projekten zu Kant wurde. Bis zur Rente vermochte er immerhin ein lückenloses Erwerbsleben zu führen. Aber eine Berufung an eine Universität hat auch er nicht bekommen.[3]

Als geglückte Ausnahme ist der Berufsweg von Dr. W. Lehrke zu sehen, der bei der *Klassik Stiftung Weimar* als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Forschung und Edition bis zur Rente 2007 arbeiten konnte.

Als eher typisch für jene Gruppe von Abgewickelten, die von der Philosophie partout nicht lassen wollten, kann der berufliche Weg von Dr. N. Winkler gelten, der via WIP an der Humboldt-Universität *Philosophie im Mittelalter und der Renaissance* lehrte, aber für dessen Integration nach 1996 der Universität die Mittel fehlten. Es folgten für ihn Jahre der Arbeitslosigkeit und fachfremder Tätigkeiten, bevor er 2005 Mitarbeiter am DFG-Projekt „Topik und Tradition" (Prof. W. Schmidt-Biggemann, FU Berlin) wurde, das bis 2011 lief.[4] Als ich ihn im vergangenen Herbst (Herbst 2012) nach seinem Werdegang befragte, war er dabei, sich um ein neues Projekt zu bemühen.

---

1 Vgl. Die Bilanz des WIP nach seinem Scheitern, in: Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2 mit Beiträgen von P. Ruben und B. Hartmann (aus dem abgewickelten ZIPh), und einer soziologischen Analyse von Hansgünter Meyer (aus dem IWTO).

2 Von den Mitarbeitern des ZIPh wurden aus dem WIP 1993 an eine Universität auf Dauer übernommen: Prof. G. Banse 1992 an die Universität Cottbus: Professur für allgemeine Technikwissenschaft, ab 1999 an das ITAS Karlsruhe; Prof. E. Dölling an das Institut für Linguistik (Arbeitsstelle Semiotik) an die TU Berlin; Prof. J. Erpenbeck arbeitete ab 1995 an der Universität Potsdam; Prof. J. Schreiter war bei den Literaturtheoretikern der Humboldt-Universität bis 1999 (Thema: Literatur und Hermeneutik) als PD tätig. Dr. U. Goldenbaum lehrt nach mehreren befristeten Stellen hierzulande seit 2004 als Associate Professor an der Emory University Atlanta.

3 1991–1993: Mitarbeit am DFG-Projekt: Kants Amtstätigkeit (Marburg); 1998–2002: Mitarbeit am DFG-Projekt: Philosophie und Philosophische Fakultät zu Königsberg 1770–1870 (Lehrstuhl f. Praktische Philosophie Humboldt-Universität); 1993–1998 Prof. f. Philosophie am Lehrstuhl für Praktische Philosophie des Instituts für Philosophie an der Fernuniversität Hagen. Publikationen: Fort Denken mit Kant, 1996; Immanuel Kant. Eine Biografie, 2003; Kant der Europäer, Europäer über Kant, 2010; viele weitere Publikationen über zeitgenössische Themen.

4 Promotion 1988: Die Entwicklung der Grundidee von der coincidentia oppositorum in der Philosophie des Nikolaus von Kues. Publikationen u. a.: Paracelsus, Astronomia Magna oder die ganze Philosophia sagax der großen und kleinen Welt 1999; Meister Eckhart: Zur Einführung, 1997; Nikolaus von Kues. Zur Einführung, 2010; Muster im Wandel. Zur Dynamik topischer Wissensordnungen im Spätmittelalter und Früher Neuzeit, hg. v. W. Dickhut, S. Manns u. N. Winkler (Berliner Mittelalter- und Frühneuzeitforschung 5), 2008

Die skizzierten Fälle sind Zufallsbefunde. Ich vermag keinen Überblick über die Lebenswege der Mitarbeiter nach der Liquidierung des ZIPh zu geben. Ich weiß nicht, wer und wie viele sich von Projekt zu Projekt hangelten, mit AB-Maßnahmen (d.h. Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen) zu überleben suchten, vorzeitig in Rente gingen, dauerhaft in fachfremde Beschäftigungen wechselten oder über kürzere und längere Perioden arbeitslos wurden. Die Folgen der Abwicklung für die Betroffenen zu erkunden wäre ein eigenes Forschungsprojekt.

Mit Sicherheit vermag ich jedoch zu behaupten, dass mit der Abwicklung des ZIPh produktive Möglichkeiten für die philosophische Disziplin vertan worden sind und auf manches philosophische Talent verzichtet wurde.

Redaktionelle Bemerkung

Abschluss der Recherchen und des Manuskripts: Juli 2012.

Neue Einführung durch *Anmerkungen zur Genesis des Marxismus-Leninismus* und nochmalige Durchsicht und Überarbeitung des Manuskripts im Sommer 2016 und im Juni 2020.

Peter Ruben (geb. 1933) kann gleichsam als enfant terrible der DDR-Philosophie gelten. Als Philosophiestudent solidarisch mit antistalinistischen Reformern, wurde er der Universität verwiesen. 1961 kehrte er ins akademische Leben zurück. Mit seinen Analysen zum Charakter der dialektischen, mathematischen und fachwissenschaftlichen Theoriebildung und seinen umfangreichen Forschungen zur Widerspruchstheorie erwarb er sich einen über die DDR weit hinausreichenden Ruf als brillanter marxistischer Analytiker.

Als er mit Beginn der DDR-Krise Grundlagen der kommunistischen Wirtschaftsführung kritisch reflektierte, wurde er als „Revisionist" attackiert und wissenschaftlich isoliert. Dem überaus produktiven Philosophen wurde dies zur Befreiung, konnte er sich doch nun ungebunden der sozialtheoretischen philosophischen Analyse widmen. Er erarbeitete einen eigenständigen Zugang zur Innovationstheorie wie zur Theorie der langen Wellen und warf die Frage nach Grundgrößen der Ökonomie auf. Im Anschluß an Tönnies' Analyse des Verhältnisses von Gemeinschaft und Gesellschaft fand er zu einer neuen Sicht auf Kommunismus und Marktwirtschaft.

1990 wurde der Außenseiter-Marxist zum Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR gewählt. Ruben thematisiert die notwendige Abkehr vom kommunistischen Entwicklungsweg und skizziert Konturen einer sozialistischen Perspektive.

Peter Ruben: Gesammelte philosophische Schriften, herausgegeben von Ulrich Hedtke und Camilla Warnke in Verbindung mit Karl Benne.

Band 1: Zu den philosophischen Grundlagen

Band 2: Zu philosophischen Fragen von Wirtschaft und Gesellschaft

Band 3: Zu philosophischen Fragen der Naturwissenschaften. Zur Geschichte der Philosophie

Band 4: Peter Ruben und Camilla Warnke: Zum philosophischen Denken in der DDR

Berlin 2022, Elektronische Ausgabe 2023